

Händler und Helden

Wahlen und politische Konfliktkultur in Deutschland und Großbritannien, 1918–35

Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades

Doctor philosophiae
(Dr. phil.)

eingereicht am 4. Januar 2016,

verteidigt am 21. Juli 2016

an der Philosophischen Fakultät I
der Humboldt-Universität zu Berlin

von Benjamin Schröder, M. A.

Der Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz

Dekan der Philosophischen Fakultät I

Prof. Michael Seadle, PhD

Erstgutachter: Prof. Dr. Thomas Mergel

Zweitgutachterin: Prof. Dr. Christiane Eisenberg

Für Antonia

*There are so many stories that could be told, but only
some of them can be true.*

– Aleksandar Hemon, The Lazarus Project

Inhalt

Danksagung	ix
Abkürzungen	xi
Abbildungen	xii
Einleitung	1
Demokratie als Geschichte 2 Historisieren und Vergleichen 5 Praxis in der Theorie 12 Eine lokale Perspektive 18 Wahlkampf, Klasse, Milieus 21 Quellen und Literatur 28 Die Story: Händler und Helden 30	
 I DER RAHMEN	
1 Konturen des Konflikts	37
Anfang 38 Ende 45 Tabu und Konsens 56 Ausweitung und Eingrenzung 64 Prioritäten 73	
2 Wahlkampfplaner und die Politik	83
Inhalte und die Maschine 85 Professionalität 93 Exkurs: Amerika 102 Gegenseitige Beobachtung 106 Selbstbeobachtung 114	
3 Das Schweigen der Wähler	127
Der <i>Canvass</i> 129 Schlepp-„Systeme“? 140 Charlottenburger Hausbesuche 146 Vorhersagbarkeit 156 Ergebnisanalysen 164	
 II DIE ROLLEN	
4 Wahlwerbung: Repräsentieren und Verkaufen	181
Anspruch 184 Bücher, Flugblätter, Kartoffeln 188 Rezeption 196 Allianzen und Gefolgschaften 201 Schwarze Interessen 208 Rote Interessen 212 Die Allgemeinheit und ihre Zergliederung 224 Konsumenten und Produzenten 235	

5	Die Presse: Kommerz gegen Gesinnung	243
	Presse und Parteien 245 Der Markt und die Politik 253 Bilder vom Wähler 261 Zeitungen an ihre Leser 270 Eingesandtes 273 Letters to the Editor 279	
6	Kirchen und Vereine: Wähler und ihre Loyalitäten	289
	Gewerkschaften und Genossenschaften 291 Deutsche Glaubensgemeinschaften 298 Britische Glaubensgemeinschaften 308 Kandidatenprüfung 314 Möglichkeiten des Engagements 323 Kandidatenaufstellung 328 Zugehörigkeit und Loyalität 335	
7	Politiker: Demokratische Führung	343
	Personalisierung 344 Diener und Führer 353 Alte und neue Eliten 361 Distanz und Nähe 372 Enttäuschte Versprechen 383	
 III DER STREIT		
8	Versammlungen: Deliberation und Demonstration	401
	<i>Hustings</i> zu Fragerunden 404 Das Ideal der Sachlichkeit 409 Partizipation und Parteilichkeit 414 Zwischenrufe und Lautsprecher 417 Störungen als Spiel 422 Störungen als Störungen 424 Krieg und Spiel 430 Militarisierung: Deutsche Saalschützer 437 Abrüstung: Britische Ordner 444 Frauen 453 Demonstration und Deliberation 459	
9	Demokratie, die Krise und die Einheit der Nation	469
	Wendepunkt 1930/31 470 Nationalsozialisten und Faschisten 476 Zwänge und Hierarchie 483 Gewalt 493 Krieg in den Köpfen 501 „Englische Demokratie“ 504 Reflexionen 507	
	Schluss	517
	Gewöhnung 519 Der Krieg 523 Möglichkeiten 526 Moderne Demokratie 529	
	Quellen und Literatur	535
	Archivgut 535 Zeitungen und andere Periodika 538 Gedruckte Quellen und Literatur 540	
	Zusammenfassung / Abstract	573

Danksagung

Bei dem vorliegenden Manuskript handelt es sich um die überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die ich im Januar 2016 eingereicht und im Juli 2016 verteidigt habe. Begonnen hat die Arbeit daran Anfang 2011 mit einem Forschungsstipendium des Deutschen Historischen Instituts London; anschließend lebte sie für zwei Jahre in einem von der Thyssen Stiftung geförderten Forschungsprojekt. Besonderer Dank für finanzielle Unterstützung gebührt der Johannes-Rau-Gesellschaft, die es mit einem Stipendium ermöglichte, aus dem Projekt eine Dissertation zu machen.

Neben den nachgewiesenen Archiven hat eine Reihe weiterer Institutionen die Arbeit unterstützt – den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen möchte ich für ihre rege Unterstützung herzlich danken. Hervorheben möchte ich Mike Petty, Chris Jakes, sowie Philip Crick von der South Yorkshire Police, deren Hilfe weit über das erwartbare Maß hinaus ging!

Kein Gedanke ist jemals völlig originell – so ist auch diese Arbeit das Resultat regen Austauschs, der über die Fußnoten und das Literaturverzeichnis weit hinausgeht. Wertvollen Input gaben mir die Kolloquien und Seminare, in denen ich über die Projektzeit vortragen durfte: Wolfgang Hardtwig, Gabriele Metzler, Benjamin Ziemann und der Modern European History Group in Sheffield, Andreas Gestrich und dem GHIL, Andreas Fahrmeir, André Krischer, meiner Zweitgutachterin Christiane Eisenberg und dem ADEF (nun AGF) sowie dem Großbritannien-Zentrum, Kiran Patel und der Friedrich-Ebert-Stiftung, Andreas Schulz und der KGParl, Tim B. Müller und dem Hamburger Institut für Sozialforschung sowie Martina Steber sei hierfür herzlich gedankt.

Für anregende Gespräche, wichtige Literatur- sowie andere Hinweise, die Überlassung von Material, die Zusendung eigener Arbeiten im Manuskriptzustand und das kritische Gegenlesen von Teilen meines Tex-

Danksagung

tes möchte ich außerdem danken: Sören Brandes, Michael Buchner, Paul Deslandes, Chris Jakes, Laura King, Hannah Klein, Verena Kümmel, Molly Loberg, Kai Nowak, Armin Owzar, Hedwig Richter, Thorsten Riotte, Kathryn Rix, Felizitas Schaub, Verena Steller, Geraint Thomas, Andrew Thorpe, David Vessey, Benedikt Wintgens.

Nicht zu denken wäre das gesamte Projekt ohne Claudia Gatzka, Jon Lawrence sowie meine akademischen Väter: Wolfgang Hardtwig hat mich zur politischen Kulturgeschichte gebracht; mit meinem Doktorvater Thomas Mergel, der mich fördernd und fordernd begleitet hat, habe ich in engagierten Debatten einen Denkstil einüben können, der für mein Leben weit über die Wissenschaft hinaus prägend geworden ist.

Eine der lohnendsten Erfahrungen mit einem Unterfangen wie diesem ist die alltägliche und nicht so alltägliche Unterstützung, die man durch Freunde – alte wie neue – erfährt. Neben den bereits angeführten sind im Zusammenhang dieses Projekts zu nennen: Stefan Dölling, Lara Muñoz Pérez, Phil O'Neill, Martin Güther, Nils Reimers, Jacques Schuhmacher, Isabelle Plate, Johannes Plate, und nicht zuletzt meine Eltern und Geschwister.

Das Wichtigste zum Schluss. Fraglos den größten Anteil an dem Projekt hatte Antonia. Sie hat mir bedingungsloses Vertrauen gegeben, mich auf dieses eher unsichere Unterfangen einzulassen; sprudelnde Lebensfreude, es in den Höhen zu genießen; festen Halt, es in den Tiefen durchzustehen; nie ermüdende Ermunterung, es zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. Antonia: Für Dich.

Abkürzungen

ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
APSR	American Political Science Review
BA	Bezirksamt
BArch	Bundesarchiv
BCA	British Cartoon Archive
CArch	Cambridgeshire Archives
CAJ	Conservative Agents' Journal
CC	Cambridge Chronicle
CDN	Cambridge Daily News
CEH	Central European History
CIPC	Cambridge Independent Press and Chronicle
DAZ	Deutsche Allgemeine Zeitung
DStP	Deutsche Staatspartei
E	Eisenhammer
EHR	English Historical Review
EHQ	European History Quarterly
FW	Das freie Wort (Zeitschrift)
GAL	General-Anzeiger Ludwigshafen am Rhein
CPA	Conservative Party Archive, Bodleian Library
GStA PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
HJ	Historical Journal
HR	Historical Research
ILP	Independent Labour Party
LA	Liberal Agent
LASp	Landesarchiv Speyer
LAV NRW	Landesarchiv Nordrhein-Westfalen

Abkürzungen

LHASC	Labour History Archive and Study Centre
LM	Labour Magazine
LPACR	Labour Party: Annual Conference Report
MA	Münsterischer Anzeiger
MSPD	Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands
MZ	Münstersche Zeitung
NL	Nachlass
NPL	Neue Pfälzische Landeszeitung
NSZ	NSZ-Rheinfront
o. D.	ohne Datum
o. O.	ohne Ort
OED	Oxford English Dictionary
ParlP	Parliamentary Papers
PP	Pfälzische Post
P&P	Past & Present
SArch	Sheffield Archives
SDI	Sheffield Daily Independent
SDT	Sheffield Daily Telegraph
SM	Sheffield Mail
SozM	Sozialistische Monatshefte
StALu	Stadtarchiv Ludwigshafen
StAMs	Stadtarchiv Münster
StatDR	Statistik des Deutschen Reichs
T	The Times
UBSC	University of Bristol, Special Collections
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VM	Volkswille (Münster)
VZ	Vossische Zeitung
WL	Westfälische Landeszeitung
WM	Westfälischer Merkur
YTS	Yorkshire Telegraph and Star

Abbildungen

1	Nominierung in Cambridge, 1922	40
2	Ergebnisverkündung in Cambridge, 1922	50
3	Der Weltkrieg als Wahlkampffargument, 1924	62
4	Ländliche Bevölkerung, 1931/1933	69
5	Wissen über den Stand der Kampagne, 1922	138
6	Hausbesuche in Charlottenburg, 1920/1921	149
7	Ein Bürger betrachtet Wahlplakate, 1920	200
8	Die Labour Party als „Partei für Jedermann“, 1935	222
9	„Nationale Wahlarbeit“, 1924	268
10	„The Open Mind“, 1931	269
11	Nähe: Richard Briscoe beim Fußball, 1923	374
12	Distanz: Richard Briscoe, förmlich gekleidet, 1924	375
13	Deutsche Politiker im Wahlkampf, 1930	376
14	Wahlkampf als wissenschaftliche Arbeit, 1930	415

Einleitung

Der Golden Shiner (*notemigonus crysoleucas*) ist ein äußerst geselliger Süßwasserfisch. Die Gattung ist bekannt dafür, Schwärme zu bilden und als solche gemeinsam auf Nahrungssuche zu gehen. Wie für Schwarmfische allgemein ist auch für den Golden Shiner noch vieles darüber ungewiss, wie genau die Individuen dabei in der Gruppe gemeinsame Entscheidungen treffen. Vermutlich hängen diese in hohem Maße von Mehrheitsverhältnissen ab, zudem vom unterschiedlichen Ausmaß individueller Überzeugungskraft.

Das zeigt insbesondere ein Experiment: Golden Shiner lassen sich darauf trainieren, auf Ziele unterschiedlicher Farbe hin zu schwimmen und dabei mehr oder weniger Nachsichtigkeit gegenüber anderen Mitgliedern des Schwarms an den Tag zu legen. So ist es möglich, einzelne Fische darauf zu trainieren, eine starke Vorliebe für Gelb zu entwickeln, während man eine andere – größere – Gruppe auf eine gemäßigte Präferenz für die Farbe Blau konditioniert. Lässt man nun diese beiden Gruppen als *einen* Schwarm handeln, vermag es die Minderheit, den gesamten Schwarm auf ein gelbes Ziel hin zu lenken – Hartnäckigkeit in der Überzeugung der Gelb-Enthusiasten scheint hier schwerer als das Mehrheitsprinzip zu wiegen.

Das ändert sich, sobald eine weitere Gruppe Fische zu dem Schwarm dazustößt, die nicht trainiert wurden. Diese verändert das Verhalten des gesamten Schwarms: Plötzlich schwimmen alle Fische in Richtung Blau. Die gleichgültigen Individuen, so scheint es, verhelfen der gemäßigten Mehrheit, sich gegen die Unnachgiebigkeit der Minderheit durchzusetzen.¹

¹ Couzin u. a., *Uninformed Individuals* (2011); vgl. Ward/Krause/Sumpter, *Decision-Making* (2012), West/Bergstrom, *Ignorance* (2011).

Dieses Buch handelt nicht von Fischen, aber von Fragen ähnlich denen, die das Experiment aufwirft. Wie kommen menschliche Gesellschaften aus Individuen, die gemeinsame Entscheidungen treffen – Demokratien –, zu einem kollektiven Urteil? Wie das biologische Experiment geht die Untersuchung dabei von Verhalten aus. Sie begreift die Demokratie also weniger als eine Idee oder ein Ideal, und auch nicht hauptsächlich als ein formales Regel- und Abstimmungssystem, sondern als einen Handlungs- und Verhaltenszusammenhang.

Als konkrete Fälle beschäftigt sich die Arbeit mit zwei Demokratien – Großbritannien und Deutschland in der Zwischenkriegszeit. Wie sahen diese Demokratien in der Praxis aus, wie wurden sie konkret „gemacht“, wie sahen politische Handlungsformen hier wie dort aus? In Deutschland hat diese Perspektive bisher wenig Aufmerksamkeit erhalten, wie der nächste Abschnitt in einem Forschungsüberblick zeigt. Der Vergleich mit Großbritannien bietet sich an, weil hier dagegen politische Praktiken seit jeher größere Beachtung gefunden haben. Wie man diese untersucht, diskutiert die Einleitung nach dem Forschungsüberblick anhand einiger theoretischer Vorannahmen, die darauf Schritt um Schritt in ein konkretes Forschungsprogramm übersetzt werden.

Demokratie als Geschichte

Die dominierenden Fragen zur Geschichte der Demokratie in Deutschland tragen einen ideengeschichtlichen Zug: Es sind Fragen nach „Einstellungen zu“, „Vorstellungen von“ oder „Denken über“ Demokratie, also nach ausformulierten Grundüberzeugungen, von denen auf politische Mentalitäten geschlossen wird. Was die Zeit zwischen den Weltkriegen betrifft, heben die Antworten auf solche Fragen ein bestenfalls problematisches Verhältnis der Deutschen zur Demokratie hervor. Das „demokratische Denken“ hatte nicht nur einen schweren Stand gegenüber den starken antirepublikanischen Strömungen jener Zeit, es war auch selbst in seiner Genese von den Voraussetzungen der konstitutionellen Tradition und der kriegsbedingten Abgrenzung des „deutschen Wesens“ gegenüber dem Westen belastet. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, als alle Alternativen vollends diskreditiert waren, konnte auch in Deutschland die Demokratie gelingen. Entsprechend hat die ältere Forschung, teils mit deutlichem

Bezug auf den Erfolg des westdeutschen Systems nach 1945, die Defizite der Weimarer Republik betont. Aktuellere Arbeiten sind vorsichtiger, aber dennoch häufig von normativen Problematisierungen durchzogen, wenn sie etwa den geringen Pluralismus in den Demokratiekonzepten der Zeit hervorheben.²

Die so angelegten Bewertungsmaßstäbe wären aber den untersuchten Zeitgenossen selbst fremd gewesen; die daraus gewonnenen Urteile sind darum in hohem Maße ahistorisch. Eine andere Perspektive bietet ein Ansatz, der die Untersuchung von Demokratie ausdrücklich innerhalb des historischen Erfahrungsraums selbst ansiedelt. Was meint nämlich „Demokratie“, wenn nicht eine eigene Definition zu Grunde gelegt wird, die auf bestimmte – liberale, pluralistische – Idealvorstellungen zurückgreifen kann? Wie Ralf Dahrendorf einmal bemerkte, bedeutet sie „vielen vieles“,³ und das galt zu Anfang des 20. Jahrhunderts, als die moderne Demokratie noch in den Kinderschuhen steckte, in noch viel höherem Maße als heute. Die Idee der „westlichen Demokratie“ selbst entstand überhaupt erst in der propagandistischen Auseinandersetzung der Entente mit den Mittelmächten gegen Ende des Ersten Weltkriegs. Dass es sich dabei keineswegs zwangsweise um eine universelle Vorstellung handelte, zeigen andere nationalisierte Konzepte wie die von einer spezifisch „nordischen“, einer „niederländischen“ oder auch einer „deutschen“ Demokratie, die in den 1920er Jahren Konjunktur hatten.

Wie die intensive Forschung zu den zeitgenössischen Bedeutungen der Begrifflichkeit eindrucksvoll zeigt, wurde überall im Europa der Zwischenkriegszeit intensiv darum gestritten, was eigentlich Demokratie sei und sein sollte: um „undemokratische“ Aspekte der politischen Ordnung und darum, wie sie „demokratischer“ gemacht werden könne, um angemessene Formen der Partizipation sowie deren Exzesse und Verwerfungen. Überall waren es nicht zuletzt radikale Gegner bestehender Demokratien,

² Deutlich etwa bei Gusy (Hrsg.), *Demokratisches Denken* (2000); anschließend an den in zahlreichen Auflagen erschienenen Klassiker Sontheimer, *Antidemokratisches Denken* (1962), zuletzt als 3. Auflage einer dritten Ausgabe von 1978 (München, 1992); klassisch auch: Bracher, *Auflösung* (1971), hier bes. 20 f. Zur normativen Grundierung der älteren Weimar-Forschung Pyta, *„Weimar“* (2003); als Überblick zum Erfolgsnarrativ vgl. Nolte, *Jenseits* (2013), der aber auch fast ausschließlich von der Zeit nach 1945 spricht.

³ Dahrendorf, *Gesellschaft* (1977), 21.

von Kommunisten bis hin zu Faschisten, die sich ihrerseits eine bessere weil „wahre Demokratie“ auf die Fahnen schrieben – um eine Bezugnahme auf dieses politische Projekt kam niemand mehr herum.⁴

Dahinter standen, grob gesprochen, zwei unterschiedliche Bezugspunkte. Sie als ein liberales Verfahren der Willensbildung, das auf einer bestimmten institutionellen Ordnung und geteilten Grundüberzeugungen fußt, zu verstehen – die Demokratie als politisches System –, ist nämlich nur eine Möglichkeit. Sehr viel stärker als heute war demgegenüber in der Zwischenkriegszeit noch eine andere Erwartung, die mit der erstmaligen Einführung eines breiten, allgemeinen Massenwahlrechts zusammenhing: dass nämlich die Demokratie das Volk als Ganzes und als *eine* Allgemeinheit repräsentieren und seinem Willen einheitlich zum Ausdruck verhelfen sollte. Daher rührten die vielen verschiedenen Konzepte, die nicht eine universale, sondern eine Demokratie forderten, die auf spezifische nationale Charaktereigenschaften zugeschnitten sein müsse.

Diese Art von Legitimität, die sich auf das Volk als Einheit bezog, konnte in Widerspruch geraten mit der Methode des Mehrheitsentscheids, der Spaltungen produzierte, weil er immer eine abweichende Minderheit zurückließ. Davon zehrten die Kontroversen um die demokratische Ordnung, die überall in Europa die Zwischenkriegszeit prägten.⁵ Man würde sich der Vielschichtigkeit dieser Debatten mit einer eigenen, anachronistischen Definition, was von demokratischer Politik zu erwarten sei, versperren – wie es übrigens Dahrendorf selbst in seinen Auseinandersetzungen mit der Thematik dann doch ganz offensiv tat.⁶

Jenseits solcher Kontroversen hätte den Zeitgenossen in der Zwischenkriegszeit noch ein anderer Wortgebrauch eingeleuchtet, der uns auch heute noch geläufig ist: Dass sie in einer Demokratie lebten, war bei allen Auseinandersetzungen darum für die meisten zugleich eine hintergründige Selbstverständlichkeit. Das ist, was auch hier gemeint ist: Die Demokratie, von der hier die Rede ist, bezeichnet eine spezifische

4 Llanque, *Demokratisches Denken* (2000), zur „westlichen Demokratie“ bes. 104–114; Gijzenbergh, *Semantics of „Democracy“* (2013); Kurunmäki/Strang (Hrsg.), *Rhetorics* (2010); Müller/Tooze (Hrsg.), *Normalität* (2015); für die Eigenheiten einer „deutschen Demokratie“ z. B. Charmatz, *Deutsche Demokratie* (1918), bes. 113 f.; zu den Gegnern Buchanan, *Anti-fascism* (2002); als Synthese Müller, *Contesting Democracy* (2011).

5 Rosanvallon, *Demokratische Legitimität* (2010).

6 Dahrendorf, *Gesellschaft* (1977), 34–39.

historische Konstellation, die sich in Europa nach dem Ersten Weltkrieg herausbildete und die unser Leben bis heute prägt. Diskussionen um ihre Bedeutung und ihren Wert gehörten von Anfang an zu ihr und sind bis heute nicht verstummt. Zwar blieben im Verlauf des Jahrhunderts die demokratischen Systeme im Kleinen wie im Großen nicht unverändert; auch der Stil politischer Auseinandersetzungen veränderte sich über Zeiten und Orte. Die Demokratie der Zwischenkriegszeit musste also keineswegs unseren heutigen Demokratien entsprechen. Doch gerade im Kontrast zu den Diktaturen, die diese Entwicklungen unterbrachen, sowie zu den konstitutionellen Ordnungen, die ihnen vorausgingen, bedarf es keiner inhaltlichen Festlegung der Begrifflichkeit, um ganz selbstverständlich in der Zwischenkriegszeit den Anfang des Projekts der modernen Massendemokratie zu erkennen.

Diesen Anfang in seinen politischen Handlungsformen und Erfahrungen auszuleuchten, wie es die begriffs- und ideengeschichtliche Forschung für das Demokratievokabular leistet, muss darum ähnlich wie diese fragen – nicht nur danach, wie in jeweiligen Situationen über Demokratie gesprochen wurde, sondern auch danach, wie sie zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten praktiziert wurde.⁷

Da es sich hierbei um eine geteilte europäische Erfahrung handelte, ist zudem eine Perspektive gefordert, die über nationale Grenzen hinaus blickt. Hier werden dafür Deutschland und Großbritannien herangezogen. Solche Vergleiche sind oft gefordert worden,⁸ bis heute werden sie aber sowohl in der deutschen als auch in der britischen Historiographie nur selten durchgeführt. Dabei bietet für eine historisierende Herangehensweise gerade der Vergleich ein mächtiges Instrument.

Historisieren und Vergleichen

Die Diskussion über den methodischen Nutzen des Vergleichs ist in der deutschen Forschung vor allem aus Richtung der Sozialgeschichte angestoßen worden. Wie es für den sozialwissenschaftlichen Ansatz typisch war, ging es hierbei vielfach um die Frage sauberer Kategorisierung und

⁷ Für den Ansatz v. a. Buchanan/Conway (Hrsg.), Special Issue (2002).

⁸ Kürzlich für Weimar etwa Hofmeister, Kultur- und Sozialgeschichte (2010), 501.

Typenbildung, die mit der scharfen Trennung von Vergleichsfällen und einer exakten Definition des Vergleichsgegenstands operierte. Bei dieser Herangehensweise stand das Ideal des naturwissenschaftlichen Vergleichs Pate, bei dem der Einfluss unterschiedlicher Rahmenbedingungen auf isolierte Variablen präzise gemessen und der Grad ihrer Unterschiedlichkeit genau bestimmt werden kann.

Wie Thomas Welskopp und andere bemerkt haben, ist dieser Ansatz in der historischen Forschung aber nur schwierig mit der empirischen Arbeit vereinbar.⁹ Gerade kulturgeschichtliche Fragestellungen sperren sich der exakten Segmentierung und dem Aufwiegen von Kontrasten und Kongruenzen: Für einen vielschichtigen Vergleichsgegenstand wie die Demokratie als Praxis lässt sich kein einfaches Maß dafür finden, ob zwischen beiden Gesellschaften insgesamt Gemeinsamkeiten oder Unterschiede überwiegen.

Der Vergleich dient darum in der Untersuchungsanlage nicht einer genauen Bestimmung des Verhältnisses von Unterschieden und Gemeinsamkeiten, sondern grundsätzlich der Ermittlung der *Variationsbreite*, in der sich die untersuchten Erfahrungen und Handlungsweisen auf verschiedenen Dimensionen auffinden lassen. Dafür arbeitet die Darstellung mehr mit Kontrastierungen als mit der Betonung von Gemeinsamkeiten, denn nur in diesen wird die gesamte Spannbreite sichtbar. Der Vergleich dient damit als narratives Instrument zum Aufzeigen des Horizonts an Alternativen, die in der Zeit angelegt waren, und als Werkzeug zur methodisch kontrollierten Entwicklung plausibler kontrafaktischer Szenarien.

Mit dem Verlassen der Pfade der national fixierten Geschichtsschreibung lassen sich so Wertungsmaßstäbe verschieben. Die Sicht von einer „Norm“ und „(problematischen) Abweichungen“, die stark von heutigen Erwartungen geprägt ist, weicht im historischen Erfahrungsraum einem Panorama unterschiedlicher Möglichkeiten der Entwicklung in verschiedenen Gesellschaften. Das gilt nicht zuletzt im Hinblick auf eine gesamteuropäische Geschichte, zu der hier mit der systematischen Bezugnahme der

⁹ Hier und für das Folgende: Welskopp, *Vergleichende Geschichte* (2010); ders., *Stolpersteine* (1995); Arndt/Häberlen/Reinecke (Hrsg.), *Vergleichen* (2011); vgl. Haupt/Kocka (Hrsg.), *Vergleich* (1996).

deutschen und britischen Erzählungen aufeinander ein Beitrag geleistet werden kann.

Großbritannien und Deutschland bieten sich für diesen Vergleich in mehrfacher Hinsicht an. Schon aus zeitgenössischer Perspektive wurde stets von Deutschland auf die Insel geschaut; seit den Anfängen des Konstitutionalismus galt „England“ den Deutschen – synonym für das Vereinigte Königreich – als Musterland des Fortschritts.¹⁰ In den Diskussionen um den deutschen „Sonderweg“ hat diese Sicht implizit ihren Fortgang gefunden. Vorstellungen von der britischen Entwicklung standen hier als das Modell für den „Normalweg“ Pate, oft ohne diese tatsächlich explizit vergleichenden Untersuchungen auszusetzen. In dieser Sicht gilt Großbritannien als eine alte Demokratie, die im Rückblick auf eine lange Tradition, in liberalen Werten gefestigt, die Krisen der Zwischenkriegszeit unbeschadet überstehen konnte, während die Weimarer Republik daran scheiterte, weil es sich bei ihr um eine junge und unerfahrene Demokratie handelte.¹¹

Diese deutsche Sicht geht allerdings an den zeitgenössischen Erfahrungen vorbei – und an der britischen Historiographie, die ganz selbstverständlich auch von Großbritannien erst nach 1918 als einer „vollständigen (liberalen) Demokratie“ spricht.¹² Sie tut das aus guten Gründen: Auch in Großbritannien wurde die Einführung des allgemeinen Wahlrechts nach dem Ersten Weltkrieg als ein fundamentaler Einschnitt empfunden, der eine neue Ära einläutete. Viele Zeitgenossen begriffen diese Veränderung als ein gefährliches Experiment und sorgten sich darum, ob die Gesellschaft für den Wandel, den es bringen würde, überhaupt bereit sei. Noch 1928 sah der britische Premier Stanley Baldwin die größte Herausforderung seiner Zeit darin – in einer bewussten Verdrehung der berühmten Worte Woodrow Wilsons –, die „Demokratie sicher zu machen für die Welt“.¹³

Gerade konservative Geister blickten mit Sorge in eine ungewisse Zukunft, denn auch Großbritannien teilte viele Problemlagen mit Deutsch-

¹⁰ Bauerkämper/Eisenberg (Hrsg.), *Britain as a Model* (2006); Muhs/Paulmann/Steinmetz, *Aneignung* (1998).

¹¹ So in einer kürzlichen Debatte: Kailitz, *Demokratie* (2015), 451.

¹² Etwa: Lawrence, Masters (2009), 121, 138 („full democracy“); McCarthy, *Whose Democracy?* (2012), 224 („full liberal democracy“).

¹³ Williamson, Baldwin (1999), 143–156, 205 („make democracy safe for the world“); Jarvis, *Class Politics* (1996).

land und anderen europäischen Nationen. Insofern lagen die Erfahrungen näher beieinander, als eine kategorische Gegenüberstellung nahelegt, und es lassen sich viele Ähnlichkeiten zwischen beiden Demokratien betonen. Schlagartig wurde hier wie dort mit dem Ende des Weltkriegs die Zahl der Wahlberechtigten in ähnlicher Größenordnung vervielfacht, erstmals gewannen auch Frauen formale Partizipationsrechte. Tiefgreifende Transformationen des politischen Koordinatensystems stellten beide Gesellschaften vor große Herausforderungen: der Aufstieg der Arbeiterparteien in die Regierungsverantwortung, die Ausweitung der sozialstaatlichen Sicherungssysteme oder die rapide technische Entwicklung und Veränderung der Medienlandschaft wären hier zu nennen. Besonders bedrohlich wirkten diese Veränderungen, weil sie mit schweren wirtschaftlichen Krisen zusammenfielen, die zu gravierenden sozialen Verwerfungen und Auseinandersetzungen um die gerechte Lastenverteilung führten. Das engte den Handlungsspielraum der Politik ein.

Freilich gab es in diesem geteilten Erfahrungsraum auch eine Reihe offensichtlicher Unterschiede, die den Konflikten in Großbritannien einen Teil ihrer Brisanz nahmen. Großbritannien stand im Weltkrieg auf Seite der Sieger, Deutschland war Verlierer. Mochte das demokratische Massenwahlrecht für die Briten eine neue Erfahrung darstellen, schauten sie dennoch auf eine sehr viel längere und vor allem ungebrochene parlamentarische Tradition zurück, während in Deutschland mit der Abdankung Wilhelms II. eine Monarchie unterging und parlamentarische Verantwortlichkeit erst gelernt werden musste. Das britische politische System unterlag darum zwischen den Kriegen in der Tat niemals so großen Legitimitätszwängen wie das deutsche; extremistische Bewegungen hatten weit weniger Erfolg. So erwies sich denn auch unter allen großen europäischen Nationen zwischen den Weltkriegen Großbritannien als der Ort mit der stabilsten politischen Ordnung – insofern bildet die Entwicklung auf der Insel vor dem Hintergrund ähnlicher Erfahrungen zugleich einen idealen Kontrast zum Scheitern des demokratischen Projekts in Deutschland.

Diesen Kontrast spiegelt auch die Historiographie wider, die für die Zwischenkriegsdemokratien in beiden Gesellschaften unterschiedlichen Aufmerksamkeiten folgt. Von Deutschland aus wurde eine vergleichende Perspektive auf die Demokratie bereits in einer Reihe von Studien erprobt, die am Institut für Zeitgeschichte entstanden sind. An politischen Prak-

tiken kam in diesem Rahmen vor allem die Gewalt in den Blick, die von den Extremisten auf der Linken und auf der Rechten ausging.¹⁴ Insgesamt haben politische Handlungsformen in der Weimar-Forschung vornehmlich dann Beachtung gefunden haben, wenn sie, wie in paramilitärischen Aufmärschen, Straßenkämpfen oder spektakulär inszenierten öffentlichen Feierlichkeiten, praktisch nicht mehr zu übersehen waren.¹⁵ In gewisser Weise wird darin Geschichte von vornherein unter dem Eindruck eines „Problems“ geschrieben – von den Extremen und von Phänomenen her, die auch für die Zeitgenossen eher als die Symptome krisenhafter Zuspitzungen zählten. Ähnliches ließe sich über den Fluchtpunkt der Instituts-Projekte sagen. Ausdrücklich fragen sie nach Faktoren für die Stabilität und Instabilität der Zwischenkriegsdemokratie, was von vornherein den Blick auf den innenpolitischen Untergang der Weimarer gegenüber dem Fortbestehen der französischen Dritten Republik lenkte.¹⁶

Damit wurde der Blick für die historischen Möglichkeiten verschlossen, die es in den 1920er Jahren gab, auch wenn sie nicht unseren heutigen Vorstellungen von guter Demokratie entsprochen haben mochten. Darauf hat eine Reihe neuerer Arbeiten hingewiesen, die gegenüber den pessimistischen Urteilen der älteren Weimar-Forschung gezielt die Offenheit der Zwischenkriegszeit betonen: Man darf sie nicht von 1933 her denken, schließlich konnten die Zeitgenossen selbst nichts vom späteren Untergang ihrer Republik wissen. Entsprechend war ihre Wahrnehmung selbst der viel beschworenen Krisenphänomene dieser Jahre weit weniger schwarz-malerisch als die der ihnen folgenden Historiker; viele der Zeitgenossen sahen gar optimistisch in die Zukunft.¹⁷

Damit soll keiner Idealisierung der Zeit das Wort geredet werden, die das Offensichtliche ignoriert: Schließlich hatten erschütternde und dramatische Ereignisse wie die Inflation oder die Weltwirtschaftskrise – in

¹⁴ Wirsching, *Weltkrieg* (1999).

¹⁵ Vgl. z. B. Schumann, *Politische Gewalt* (2001); Rossol, *Performing the Nation* (2010); früh schon Fritzsche, *Rehearsals* (1990).

¹⁶ Besonders deutlich: Kittel u. a., *Faktoren* (1998), 807 f.

¹⁷ Föllmer/Graf (Hrsg.), *„Krise“* (2005); Graf, *Zukunft* (2008); vgl. für diese Perspektive schon Peukert, *Weimarer Republik* (1987), 272; auch Hardtwig (Hrsg.), *Politische Kulturgeschichte* (2005); ders. (Hrsg.), *Ordnungen* (2007). Auch diese Arbeiten folgen methodisch vielfach einem eher – diskurstheoretisch aktualisierten – ideengeschichtlichen Ansatz. Vergleichend sind sie nicht.

Großbritannien wäre außerdem an den Generalstreik zu denken – einen festen Platz im zeitgenössischen Erfahrungsraum. Vor allem kann das Scheitern der Weimarer Republik am Anfang der 1930er Jahre nicht wegdiskutiert werden, und dieses war nicht einfach einem Betriebsunfall aus Zufälligkeiten unter dem externen Druck der Wirtschaftskrise geschuldet,¹⁸ sondern es hatte weiter zurückreichende Gründe.

Die vorliegende Arbeit schlägt eine Brücke zwischen diesen Perspektiven auf die Weimarer Republik. Sie geht zunächst ausdrücklich vom Bestand der 1920er Jahre und den Möglichkeiten der Entwicklung der Demokratie aus, die in der deutschen Tradition angelegt waren. Sie zeichnet dafür ein weites Panorama politischer Handlungsformen als eine Art „Normalgeschichte“.¹⁹ Zugleich werden dabei aber auch strukturelle Entwicklungen und Weichenstellungen aufgezeigt, welche das demokratische Projekt von Anfang an begleiteten, bevor sie um 1930 fatale Folgen zeigten, die das Ende der Arbeit verdeutlicht.

Die Geschichtsschreibung zur britischen Demokratie hält für eine solche Untersuchung viele Anregungen bereit. Anders als in Deutschland weiß sie wenig von Idealmodellen und einer davon abweichenden Entwicklung – in Großbritannien muss schließlich kein Scheitern erklärt werden. So kann hier differenzierter danach gefragt werden, ob die Demokratie der 1920er und 1930er Jahre im Grunde ein konservatives Projekt war, das auf einem breiten antisozialistischen Konsens der Mittelschichten aufbaute, oder ob man sich Großbritannien zu der Zeit eher als eine lebhafte Basisdemokratie vorstellen muss, die auf einer pluralistischen Zivilgesellschaft fußte.²⁰ Auch zu solchen Fragen kann der Vergleich neue Perspektiven beitragen, wenn Charakteristika der britischen Entwicklung gegenüber den deutschen Erfahrungen deutlich hervortreten.

Inspirationen bietet die britische Historiographie aber vor allem, weil sie politischen Praktiken seit jeher große Aufmerksamkeit schenkt – auch jenseits des Spektakulären. Das liegt in der unterschiedlichen Entstehung der Demokratie begründet: In Deutschland und anderswo in Kontinentaleuropa war ihre Vorgeschichte von prägnanten Brüchen gekennzeichnet, die stets der Begründung und einer explizierten Vorstellung von der Gestalt

¹⁸ In dem Sinne kürzlich: Müller, *Lebensversuche* (2014).

¹⁹ Vgl. so für das Parlament Mergel, *Parlamentarische Kultur* (2012).

²⁰ Siehe den Überblick bei McCarthy, *Whose Democracy?* (2012).

tung der Zukunft bedurften – schriftlich fixiert im Verfassungsdokument. Es verwundert darum kaum, dass auch Historiker hier vor allem nach solchen ausdrücklichen Vorstellungen fragen. Dagegen lag der Ursprung des britischen politischen Systems in der langsamen Anpassung überkommener Traditionen; noch heute besteht die ungeschriebene Verfassung maßgeblich aus Gepflogenheiten, die nirgendwo anders als in sich selbst und ihrer ständigen Wiederholung festgehalten sind. Die Praxis diente damit als Leitfaden für Vorstellungen von der politischen Ordnung; offensichtlicher als in Deutschland war die politische Wirklichkeit überhaupt nur *in* ihr konstituiert. Schon für Walter Bagehot war darum die Annahme grundlegend, eine Untersuchung der britischen Verfassung müsse von der „lebenden Realität“ der „rohen Praxis“ statt von „literarischen Theorien“ ausgehen.²¹

Bereits in traditionellen Werken der Politikgeschichte wie Charles Seymours Demokratisierungs- als Fortschrittsgeschichte haben Handlungsformen wie die Wahlkampfführung dementsprechend einen festen Ort. Für Norman Gash war die Rekonstruktion politischer Praktiken maßgeblich, weil einzelne Ereignisse und individuelle Karrieren erst in deren Kontext in ihrer vollen Bedeutung nachvollziehbar würden.²² Und nicht einmal in jenen Arbeiten, die sich in ihren Erklärungen von der Wahlsoziologie der 1960er und 1970er Jahre inspirieren ließen, wurden politische Handlungsformen völlig ignoriert. Mochte sich die politische Entwicklung für Historiker in dieser Zeit auch noch so einfach aus gesellschaftlichen Strukturen ableiten lassen – selbst für sie gehörte das Wahlkampfgeschehen zu einem vollständigen Bild einigermaßen selbstverständlich dazu, wie die farbigen Beschreibungen Peter Clarkes zeigen.²³

Seit der konstruktivistischen Neuausrichtung der Geschichtswissenschaft als Kulturwissenschaft waren es denn auch britische Historiker, die mit als erste demonstrierten, wie fruchtbar die Analyse konkreter Praktiken für Fragen nach Erwartungshaltungen, Rollenverständnissen und den Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten – kurz: für die Erforschung poli-

21 Bagehot, *Constitution* (1867), 1 („living reality [...] rough practice [...] literary theory“).

22 Seymour, *Electoral Reform* (1915); Gash, *Politics* (1953), programmatisch hier S. ix.

23 Clarke, *Lancashire* (1971), Kap. 6.

tischer Kultur sein kann.²⁴ Hiervon lässt die Studie sich anregen, um einen britisch inspirierten Blick auch auf die deutsche Geschichte zu werfen.

Ziel ist also eine vergleichende Geschichte der Demokratie zwischen den Weltkriegen, die politische Praktiken in den Blick nimmt, um die verschiedenen Entwicklungspfade und -möglichkeiten auszuleuchten. Der Ort, an dem dies besonders gut untersucht werden kann, sind Wahlen. Bevor wir mit diesen die konkrete Anlage der Studie in Angriff nehmen, braucht es aber noch eine Klärung dessen, was genau mit Praktiken oder Handlungen gemeint ist und wie es möglich ist, davon auf politische Kultur zu schließen. Ganz praktisch könnte man fragen: Wie wird das gemacht?

Praxis in der Theorie

Die Politische-Kultur-Forschung ist in der deutschen Geschichtswissenschaft vor allem von Karl Rohe angeregt und theoretisch begründet worden. Bei ihm sind mit dem Begriff der „politischen Kultur“ tiefliegende, weitgehend unreflektierte Grundannahmen gemeint, die politisches Denken, Handeln und Fühlen konditionieren. Sie bilden ein „Weltbild“, eine spezifische „Brille“, durch die Wirklichkeit betrachtet wird. Analytisch nimmt dieses Konzept eine Trennung zwischen Mentalität und Handlungen vor, mit zwei möglichen Akzentuierungen. Einmal wird damit all das, was man als „politische Kultur“ fassen kann, vom Kernbereich der „eigentlichen“ Politik gelöst – hier findet man Dinge wie Symbole und Rituale, man befindet sich auf einer Ebene der Darstellung und der Wahrnehmung gegenüber der Welt der harten Fakten, in denen die „wirklichen“ Entscheidungen getroffen werden. In der Zuspitzung kann in dieser Aufteilung eins gegen das andere ausgespielt werden: Wenn politischen Akteuren „reine Symbolpolitik“ vorgeworfen wird, heißt das, sie täten nur so als ob – „echte politische Lösungen“ bleiben sie dagegen schuldig.

In einer anderen Betonung ist die Rohesche Wahrnehmungs-„Brille“ den politischen Handlungen nicht nach-, sondern vorgeordnet. In dieser Variante prägt sie die politische Wirklichkeit vor, indem die Optik eine

²⁴ Ein exemplarischer Ausschnitt: O’Gorman, *Campaign Rituals* (1992); Vernon, *Politics* (1993); Lawrence, *Speaking for the People* (1998); ders., *Masters* (2009).

praktische „Aktualisierung“, also eine wiederkehrende Umsetzung der grundsätzlichen Annahmen über die Welt in Form politischer Stile und Ästhetiken erfährt. Trotz der Betonung der Un- oder Unterbewusstheit des so postulierten Weltbildes, scheint hierbei ein intentionalistisches Handlungsmodell Pate gestanden zu haben – an erster Stelle gibt es den „Geist“, aus diesem fließen konkrete Handlungen. Wie genau dies geschieht, warum also ein bestimmtes „Weltbild“ genau die politische Ästhetik produziert, die sich beobachten lässt, kann dieser Ansatz allerdings nicht erklären, weil zwischen den streng voneinander getrennten Ebenen der Handlung und der Mentalität eine theoretische Lücke klafft.²⁵ Ohnehin, ob Handlungen mehr als Ausdruck oder Gegenstand eines Deutungsschemas verstanden werden: Es sind vor allem diese Deutungsschemata, für das sich ein solches Konzept „politischer Kultur“ interessiert. Praktiken dagegen sind darin allenfalls zweitrangig.

Gezielt in den Mittelpunkt der Analyse werden sie dagegen in Sozialtheorien gestellt, die Handlungen und Kultur enger zusammen denken und dabei von Praktiken²⁶ als kleinster Analyseeinheit ausgehen. Kultur wird hier nicht als ein mentaler Deutungsrahmen, sondern als ein Muster begriffen, nach dem Handlungen geordnet sind. Man findet sie darum nicht in einem Weltbild, das konkreten Tätigkeiten als *vor-* oder *nachgelagert* gedacht wird, sondern in dem „stillen Wissen“ (Michael Polanyi) oder der „impliziten Logik“, die *in* Praktiken selbst steckt. Mit Blick auf alltägliche Handlungen geht diese Perspektive davon aus, dass das meiste, was wir tun, nicht aus vorher klar gefassten Absichten erfolgt, und es ist so selbstevident, dass es keiner Begründung bedarf. Das „stille Wissen“ in Praktiken, das „wie-man-etwas-tut“, ist weniger in Form von „Vorstellungen“ explizit, sondern steht *in* den Routinen zur Verfügung,

25 Rohe, Politische Kultur (1990), Begriffe 332 f., 338. Symbolische Politik als Verblendungszusammenhang ist bekannt v. a. von Edelman, Politik (1976), den Rohe dafür kritisiert – der Ansatz findet sich in der ontologischen Unterscheidung zwischen realer und symbolischer Politik aber auch bei Rohe selbst, z. B. 333 f., 344 f.

26 Der Differenzierung zwischen „Praxis“ und „Handlung“, die Hirschauer, Praktiken (2004), 73–75, vornimmt, folge ich nicht, weil es mir, in Hirschauers Diktion, um ein Kontinuum von intentionalen Handlungen bis hin zu unreflektierten Praktiken geht.

denen Handlungsabläufe folgen – es handelt sich um „Könnerschaft“ statt „Kennerschaft“, wie es Stefan Hirschauer ausdrückt.²⁷

In dieser Perspektive braucht es keine kataloghaften Schubladen für die Einordnung von Befunden. Sie muss nicht trennen zwischen verschiedenen Sphären, Kategorien oder Funktionsweisen „politischer Kultur“, wie sie bei Karl Rohe in kategorialen Bestimmungen wie ihrem „Inhalts-“ gegenüber ihrem „Gestalt-“ und „Prozessaspekt“ oder der Differenzierung zwischen „Deutungs-“ und „Soziokultur“ zu finden sind.²⁸ Sie setzt damit weniger Annahmen über die politische Wirklichkeit voraus: Ganz gleich, ob man sich in einer Kabinettsitzung unter Politikern befindet oder ihre Kommunikation mit Medien und der Bürgerschaft beobachtet – Handlungen und die ihnen impliziten Regeln kann man überall untersuchen. Entsprechend haben Ansätze, die ausdrücklich von sozialer Praxis in diesem Sinne ausgehen, auch in historischen Untersuchungen bereits auf einer Reihe von Untersuchungsfeldern ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen können – von der Fabrik bis zur politischen Versammlung im Wirtshaus, vom Parlament bis hin zu extremistischen politischen Bewegungen.²⁹

Vor allem löst diese Perspektive den gefühlten Gegensatz von Struktur und dem auf, was die Soziologen *agency* nennen: der freien Fähigkeit zur individuellen Handlung. Wie diese sich zu den globalen, anonymen Mustern der Kultur verhält, ist für eine Theorie der Praktiken kein Problem, denn beide stehen in einem aufeinander bezogenen Verhältnis.³⁰ Strukturen werden *in* vielen tausend kleinen alltäglichen Handlungen immer wieder reproduziert und verändert, während Handlungen ihrerseits von den erwarteten Strukturen vorgeprägt sind. Ein offensichtlicher Nutzen dieser Perspektive für Historiker liegt in der theoretischen Erklä-

27 Hirschauer, *Empiriegeladenheit* (2008), 176; vgl. zum Konzept v. a. die Synthesen bei Reckwitz, *Grundelemente* (2003); ders., *Weg* (2010). Michael Polanyis Begriff des „tacit knowledge“ wird im Deutschen zumeist als „implizites Wissen“ übersetzt, vgl. Polanyi, *Implizites Wissen* (1985). Das von mir hier verwendete „stille Wissen“ kennzeichnet deutlicher den Ausgangspunkt seiner Überlegungen: Die Kompetenz in unseren Handlungen zeigt, dass wir mehr wissen, als wir sprachlich kommunizieren können.

28 Begriffe bei Rohe, *Politische Kultur* (1990), 341, 346.

29 Biernacki, *Fabrication* (1995); Welskopp, Banner (2000); Mergel, *Parlamentarische Kultur* (2012); Reichardt, *Kampfbünde* (2002).

30 Dazu v. a.: Giddens, *Constitution* (1984).

rung für das, was sie gerne als „Tradition“ bezeichnen, also den Einfluss der Vorvergangenheit auf die untersuchte Vergangenheit. Als ein Ensemble eingeübter Handlungsmuster wird „Tradition“ konkret greifbar. Ihre Beharrlichkeit oder Wandelbarkeit lässt sich so im Einzelnen empirisch nachweisen und überprüfen.³¹

Für die Untersuchung der Demokratie in der Zwischenkriegszeit bedeuten diese Vorannahmen konkret, nach der Grammatik zu fragen, der die politische Auseinandersetzung folgte. Welche Erwartungen stellten die Beteiligten aneinander und an sich selbst, ohne diese notwendigerweise auszusprechen? Welche Annahmen über die Rollen von Bürgern und Politikern steckte in den Routinen, nach denen gestritten wurde? Und wie waren diese Annahmen eingeübt worden?

Damit ist zugleich eine Leitfrage benannt, die einen großen Teil der Arbeit organisiert: Sie fragt nach dem Auftreten oder den Rollen, die Politiker und Bürger im Austragen von Konflikten einnehmen konnten. Dieses Konzept ist hier im Sinne des Soziologen Erving Goffman gemeint, in dessen Arbeiten praxis-orientierte Sozialtheorien eine reiche Inspirationsquelle gefunden haben.³² Stellen wir uns die öffentliche demokratische Auseinandersetzung ähnlich der Inszenierung eines Theaterstücks vor – in welchen Rollen konnten Bürger und ihre Interessenvertreter darin auftreten? Wie musste man sprechen, welches Bild musste man vermitteln, was musste man *tun*, um in der öffentlichen Inszenierung als ein Politiker oder ein Bürger zu gelten? Und was verrät das über die impliziten Regeln, nach denen Politik gemacht wurde?

Wie andere Soziologen, die sich für das Soziale in alltäglichen Praktiken interessierten, konnte Goffman diese Fragen bis hin zu körperlichen Techniken und dem konkreten Einsatz von Artefakten verfolgen. Auch für die Frage nach politischer Praxis als körperliche Handlung ist diese Perspektive anregend: Welchen Kleidungsstil konnten etwa Redner in Versammlungen wagen, welche Gesten und welchen Tonfall mussten sie beherrschen, welchen Einfluss nahmen Hilfsmittel wie das Mikrofon auf ihre Darbietung? Allerdings ist es Historikern nur selten vergönnt, derart dicht an ihren Untersuchungsgegenstand heranzukommen. Wäh-

³¹ Vgl. Reckwitz, Reproduktion und Subversion (2004).

³² Goffman, Presentation (1959).

rend Goffman und andere für ihre Untersuchungen die unmittelbaren Handlungen zwischen wenigen Personen in Anwesenheit selbst beobachten konnten, bleibt Historikern aus dem zeitlichen Abstand kaum eine Alternative dazu, indirekt vorzugehen, denn die Interaktion zwischen Anwesenden finden wir in den Quellen nur als die Beobachtung von Dritten überliefert – wenn überhaupt.

Auch aus anderen Gründen kann die Studie sich nicht ausschließlich auf körperliche Praktiken in Anwesenheit konzentrieren. Wenn das Ziel eine umfassende Untersuchung der Massendemokratie ist, muss auch der Tatsache Rechnung getragen werden, dass diese in bedeutendem Maße von medialer Vermittlung abhing: Es wurde nicht nur von Angesicht zu Angesicht, sondern auch in Flugblättern, Plakaten, Briefen und Zeitungen gestritten, mit Bildern und mit Worten. Auch in solchermaßen medial vermittelten Auseinandersetzungen waren die Teilnehmer in bestimmten Rollen involviert und angesprochen, die sich herausarbeiten lassen. Um die Annahmen und Erwartungen über die Bürgerschaft, über Politiker und das Verhältnis zwischen beiden zu beleuchten, wie sie hier aufeinander trafen, argumentiert die Arbeit darum über lange Strecken – und notwendigerweise – indirekt: Aus einer Reihe unterschiedlicher Perspektiven beschäftigt sie sich mit ausdrücklichen Anspruchshaltungen, gezielten Selbstdarstellungen, aber auch populären (Sprach-)Bildern und Motiven sowie der Logik der Ansprache von Bürgern und Politikern und was diese über ihre jeweilige Rolle im Konflikt aussagten.

In diesem Sinne ist der Fokus auf Praktiken nicht als ein Gegenkonzept zu verstehen, das andere Analysemethoden ausschließen soll.³³ Man kann ihn vielmehr als *eine* Spielart des Konstruktivismus begreifen, die gesellschaftliche Realität in Handlungen konstituiert sieht und ihr darum dort nachspürt. Als eine solche Rahmenperspektive vermag der Blick auf Praktiken auch andere Ansätze zu integrieren. So bedeutet eine Untersuchung ausgehend von politischen Praktiken etwa keinesfalls, dass damit dem Sprechen keine Bedeutung mehr beigemessen werde. Das Gegenteil ist der Fall: Auch im Sprechen kann man schließlich eine (diskursive) Praxis sehen, die sich auf ihre Routiniertheit sowie auf die Bedeutung

³³ Ebenso wenig fungiert er als eine Alternative zu gesellschaftlichen Großtheorien, als die Graf, Theorie (2008), ihn kritisiert.

der darin implizierten Logiken befragen lässt – ein Großteil dessen, was eine Versammlungsrednerin tut, liegt in ihrer Rede selbst. Gegenüber der Sprach-Fokussierung großer Teile der neueren Kulturgeschichtsschreibung führt die praktische Perspektive das Sprechen als Akt aber stärker mit anderen politischen Handlungsformen zusammen. Selbstverständlich ist für die Analyse dementsprechend auch, dass soziale Verhältnisse und institutionelle Rahmungen die Handlungsmöglichkeiten mitprägen.³⁴ In konkreten Praktiken werden diese sichtbar und wirksam, etwa in dem ganz anderen persönlichen Auftreten eines adligen Landbesitzers in einem überschaubaren Wahlkreis gegenüber dem Gewerkschafter, der über einen Platz auf einer langen Kandidatenliste einer Partei ins Parlament einziehen konnte.

Dabei wird ein Kernanliegen praxistheoretischer Zugänge aufgegriffen: ihr entschiedener Materialismus. Dieser ist notwendig nicht nur für die Untersuchung von Handlungszusammenhängen in Anwesenheit, er prägt auch die mediale Vermittlung bedeutend. Schließlich hingen die Möglichkeiten und Grenzen kommunikativer Strategien zwischen Bürgern und Politikern nicht zuletzt von technischen Bedingungen wie der Zeitungsproduktion oder der Verbreitung von Radioempfängern ab. Und selbst für grundlegende Fragen wie denen danach, welches Wissen über die Bürgerschaft als Wähler überhaupt verfügbar war, kann damit gezeigt werden, wie Vorstellungen und Weltbilder in Abhängigkeit von Befragungstechniken und Systemen der Informationssammlung ganz praktisch „gemacht“ wurden.³⁵

Ebenso geraten Dinge und Handlungen selbst als Kommunikationsmittel in den Blick: Auch nichtsprachliche Handlungen, wie das Verteilen von Flugblättern, das Kleben und Abreißen von Plakaten oder das Besetzen von Versammlungsplätzen und die anschließende Prügelei, „sagten“ in ihren jeweiligen Zusammenhängen etwas. Dem Rechnung zu tragen, ist gerade für eine Geschichte der Demokratie wichtig, weil die Politik damit gleichsam „tiefergelegt“ wird gegenüber den Sphären, in denen sie als eine Geschichte demokratischer Ideen und Vorstellungen schwebt: Das schützt vor der Gefahr einer Intellektualisierung der sozialen Wirklichkeit

³⁴ Reckwitz, *Praktiken und Diskurse* (2008); Lawrence, *Speaking for the People* (1998), Kap. 3.

³⁵ Reckwitz, *Tendenzen* (2006), 717 f.

einer praktizierten Demokratie, die in einer Konzentration auf Textualität liegt.³⁶ Die Untersuchung von Handlungsformen jenseits des Redens verhilft dagegen auch Akteuren zu einer Sprache, die sonst stumm bleiben würden. Die Mitgestaltungskraft vieler „einfacher Bürger“, des erklärten Souveräns im demokratischen System, kann so sichtbar gemacht werden.

Die Arbeit betrachtet also politische Kultur als die Ordnung und die Logiken, nach denen Politik gemacht wurde – in Anwesenheit zwischen konkreten Akteuren wie in medialer Vermittlung. Hier wie dort fragt sie nach den Routinen sprachlicher sowie nichtsprachlicher Handlungsweisen und insbesondere den darin eingebetteten Erwartungen und Annahmen darüber, in welchen Rollen Politiker und Bürger an der Austragung von Konflikten teilnahmen. Wie dieser abstrakte Ansatz in einem historischen Forschungsprogramm zum Einsatz kommen kann, ist als nächstes zu klären.

Eine lokale Perspektive

Wahlkämpfe entwickelten sich erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu dem Medienspektakel, als das wir sie heute kennen. Bis dahin spielten sie sich vor allem vor Ort ab: Hier wurden Plakate geklebt, Flugblätter verteilt, Versammlungen abgehalten und Wähler an der Haustür aufgesucht. Eine Untersuchung von Wahlkämpfen in der Zwischenkriegszeit muss darum kleinräumige Kontexte aufsuchen, um dieser Dimension der Auseinandersetzung gerecht zu werden. Gerade wenn Politik als Praxis, als konkret gemacht untersucht werden soll, ist diese Herangehensweise unverzichtbar, denn Handlungsformen in Anwesenheit lassen sich nur mikrohistorisch nachzeichnen. Die Untersuchung erfordert darum eine lokale Perspektive.

Ein solcher Ansatz bringt Herausforderungen mit sich: Wie können aus einer kleinräumigen Perspektive weitreichende Erklärungen mit Anspruch für ganze Gesellschaften gewonnen werden? Denn notwendigerweise muss eine Studie aus einem örtlich gebundenen Blickwinkel beispielhaft vorgehen, muss sie konkrete Vorgänge an konkreten Orten in ihre Details nachzeichnen. Die Schwierigkeit hierbei liegt darin, sich nicht in der Lo-

³⁶ Vgl. aus theoretischer Perspektive Reckwitz, *Grundelemente* (2003), 289.

kalgeschichtsschreibung aus lokalem Interesse zu verlieren: Nicht *über* die Städte und Dörfer selbst, die untersucht werden, sondern *in* ihnen muss die Geschichte der praktizierten Demokratie untersucht werden, um die einprägsame Formel von Clifford Geertz aufzugreifen.³⁷ Es braucht also eine lokale *Perspektive*, aus der, ausgehend von den konkreten Kontexten vor Ort, auf die Gesellschaft insgesamt geschlossen werden kann.

Dafür müssen mehrere Orte in den Blick genommen werden. So lässt sich vermeiden, von zufälligen Einzelfällen und lokalen Besonderheiten irrigerweise auf weiter verbreitete Handlungsmuster zu schließen. Kontrastiert man diverse Ortschaften und Gegenden miteinander, lässt sich mit größerer Zuverlässigkeit auf das Allgemeine im Kleinen schließen: Im Abgleich des Streits an mehreren Orten kann man erkennen, welche Erwartungen die ganze Gesellschaft teilte, weil man sie überall antrifft. Umgekehrt erlaubt das auch, örtliche Spezifika zu bestimmen und die politischen Handlungsformen in einer gewissen Variationsbreite zu erfassen. So lässt sich aus je örtlich gebundener Perspektive über ganz Deutschland und ganz Großbritannien sprechen.

Dabei sei zu Großbritannien hinzugefügt, dass mit dem Begriff auch tatsächlich nur Großbritannien gemeint ist: England, Schottland, Wales, nicht dagegen (Nord-)Irland. Was diese drei Nationen für den Zweck dieser Studie zusammenbindet, ist mit dem House of Commons ein gemeinsames Parlament, für das Waliser, Schotten und Engländer zusammen nach identischem Verfahren Abgeordnete wählten. Entsprechend lief der Wahlkampf in allen drei Ländern in „sehr ungewöhnlichem Maße“ im „Gleichschritt“, wie es Ross McKibbin für die britische Politik der Zwischenkriegszeit formuliert hat.³⁸

Zur Einlösung der lokal gebundenen Perspektive arbeitet die Untersuchung mit Fallstudien. Dabei wurden je untersuchter Gesellschaft zwei extensive Kernfallstudien zum Wahlkampf als breitem Feld durchgeführt, die anhand von Parallelüberlieferungen und der verfügbaren Literatur um exemplarische Seitenblicke zu einzelnen Themen, Fragen und Problemen ergänzt wurden. Die Ergebnisse schöpfen so aus Erkenntnissen, die weit in die Tiefe nachverfolgt und in die Breite überprüft wurden.

³⁷ Geertz, *Thick Description* (1973), 22.

³⁸ McKibbin, *Parties and People* (2010), vi („to a quite unusual degree in step“).

Als Kernfallstudien dienen der Arbeit Cambridge und Sheffield in Großbritannien sowie Münster und Ludwigshafen am Rhein in Deutschland, dazu die ländliche Umgebung dieser Städte. Ausgewählt wurden diese Gegenden für die vielfältigen Kontraste, die sie bieten, weil diese die Einordnung der Befunde als Besonderheiten oder geteilte Erfahrungen erleichtern: Trifft man in so unterschiedlichen Orten wie Ludwigshafen und einem Dorf im Münsterland auf Ähnliches, liegt die Annahme nicht fern, dass man auch anderswo in Deutschland fündig würde.

Hier wie dort folgt die Kontrastierung ähnlichen Kategorisierungen und Ausprägungen. In der Nord-Süd-Teilung, die in beiden Gesellschaften eine einflussreiche kulturelle Selbstbeschreibung bildete, gehörten Cambridge und Ludwigshafen zum Süden – die Pfalz war ein Teil Bayerns – während Münster und, in höherem Maße, Sheffield eher zum Norden zu rechnen sind. Mit Cambridge und Münster sind zwei Orte vertreten, die auf eine alte städtische Tradition zurückblicken konnten und die als Universitätsstädte sowie, im Münsteraner Fall, als Verwaltungszentrum bürgerlich geprägt waren. Die örtliche Gesellschaft gerierte sich hier als eher konfliktarme, harmonische und konservative Gemeinschaft, die entsprechend wählte: Cambridge war über die gesamte Zwischenkriegszeit eine Hochburg der Tories, Münster war als katholische Stadt fest in der Hand einer lokalen Zentrumspartei, die im reichsweiten Vergleich weit rechts stand.

Sheffield und Ludwigshafen unterschieden sich davon markant: Erst im 19. Jahrhundert waren beide Orte zu großen Industriestädten und Arbeitersiedlungen herangewachsen. Politisch waren die Städte gespalten. In Ludwigshafen teilte die Bürgerschaft sich traditionell in die drei großen Anhängerschaften des Liberalismus, der Sozialdemokratie und der katholischen Zentrumspartei. In Sheffield stach gegenüber dem konservativen Südwesten der Stadt ein radikales East End hervor, das im späten 19. Jahrhundert Schauplatz sogenannter Lib-Lab-Kandidaturen wurde – Absprachen zwischen liberaler Partei und Vertretern der Arbeiterbewegung –, um sich nach dem Weltkrieg zu einer stabilen Hochburg für die Labour Party zu entwickeln.

Bei allen vier Fallstudien erlaubt schließlich der Einbezug des Hinterlandes die Erkundung von Gegensätzen zwischen Stadt und Land. Diese waren von großer Bedeutung: Auf den Dörfern, in denen insbesondere in Deutschland noch ein großer Teil der Bürgerschaft lebte, lief manches sehr

anders ab als in den Städten. Diese Überlegung trifft sich auch mit einem letzten Entscheidungskriterium für die Auswahl dieser Fallstudien: Mit Absicht handelt es sich bei den Orten nicht um die Metropolen, die sehr häufig im Fokus historischer Arbeiten stehen, denn deren Avantgardismus machte sie ziemlich untypisch für die Gesellschaft insgesamt. Außerhalb von Berlin, um nur das prägnanteste Beispiel für eine beliebte Fixierung unter Historikern zu nennen, war Deutschland in den 1920er Jahren weit weniger „modern“, als es die vielen verkürzten Blicke auf die Hauptstadt als Stellvertreterin für die Weimarer Republik suggerieren.³⁹

Die vier Kernfallstudien, das sei noch einmal betont, bilden nur *Beispiele* für die gewonnenen Deutungen und Erklärungen. Um aber sicherzustellen, dass man diese auch für *andere* Orte beschreiben könnte, geht die Untersuchung mit einer Reihe von Seitenblicken über sie hinaus. Bemerkbar macht sich das vor allem daran, dass über weite Strecken der Arbeit die Städte und ihre Umgebung eine untergeordnete Rolle gegenüber den Themen einnehmen, die sich aus den Untersuchungen hier ergaben und die daraufhin in die Breite weiterverfolgt wurden. Vereinzelt wirft die Studie zudem detaillierte Blicke auf andere Ortschaften, wo sich bestimmte Fragestellungen tiefer verfolgen ließen. So sind die vier Kernfallstudien in einen breiteren Untersuchungsrahmen eingebettet, der anhand einzelner Personen, Institutionen sowie gezielter Falluntersuchungen konstruiert wurde. Damit werden schließlich einige zentrale Konzepte in der Forschung zur Zwischenkriegszeit berührt, zu denen die Untersuchung neue Perspektiven beiträgt.

Wahlkampf, Klasse, Milieus

Mit Recht gelten Wahlen als das zentrale Merkmal der Demokratien, die in Europa Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden. Sie sind der Moment, in dem die Beteiligung der Bürgerschaft an der Gestaltung des Gemeinwesens am offensichtlichsten wird – nicht nur bei der Stimmabgabe, auch in der Unterstützung einer Partei bei deren Werbeanstrengungen, in der Teilnahme an Versammlungen oder beim Schreiben von Leserbriefen an eine Zeitung. Eine Geschichte der Demokratie, die deren Souverän, den

³⁹ So die treffende Kritik bei Ziemann, *Weimar was Weimar* (2010), 545–547, 566 f.

„einfachen Bürger“ mit ins Bild nimmt, kann darum besonders gut über die Auseinandersetzungen im Vorlauf von Wahlen geschrieben werden.

Der Fokus muss dafür weniger darauf liegen, einzelne Wahlergebnisse zu erklären, als auf dem Wahlkampf als einer Phase intensiven Streits zwischen einer großen Zahl von Akteuren. Hier lassen sich Formen der Auseinandersetzung, das „Wie“ des Streits, besonders gut unter die Lupe nehmen.⁴⁰ Was damit gemeint ist, kann mit einem Blick auf die Leitfrage nach den Rollen der Teilnehmer im politischen Konflikt und auf einige zentrale Interpretationen verdeutlicht werden, die dazu in der britischen und deutschen Historiographie diskutiert werden. Das gibt zugleich Gelegenheit, das Vorhaben gegenüber älteren Studien zu verorten und den Stellenwert einiger Konzepte zu diskutieren, die seinen Verlauf begleiten.

Klassisch hat die Geschichtswissenschaft in Deutschland wie in Großbritannien ähnliche Bilder von der Rolle der Bürger gezeichnet, die von ähnlichen methodischen Ansätzen inspiriert sind. Hier wie dort berief man sich vor allem auf die makrosoziologische Wahlforschung, die von Wahlergebnissen ausging und diese auf die Sozialstruktur der Gesellschaft bezog: Konfliktlinien zwischen Arbeit und Kapital sowie landwirtschaftlicher und städtischer Produktion entschieden demnach wie die Zugehörigkeit zu einer Religion über die Interessen von Bauern, Arbeitern, mittelständischen Bürgern oder Katholiken, und diesen Interessen verliehen sie mit ihrer Stimmabgabe Geltung.

Für den britischen Fall wurde aus dieser theoretischen Perspektive insbesondere „Klasse“ als die bestimmende Größe für das Wahlverhalten (und vieles andere) in der Zwischenkriegszeit betont. In Deutschland spielte daneben die konfessionelle Kluft eine große Rolle, die zu einer Teilung der Gesellschaft in distinkte sogenannte sozialmoralische Milieus (Lepsius) und der Wählerschaft in drei große Lager (Rohe) beitrug. Während demnach in Großbritannien Arbeiter ihre Stimme der Labour Party gaben und die bürgerliche Mittelschicht in der Zwischenkriegszeit zunehmend in der konservativen Partei Zuflucht suchte, hing in Deutschland die katholische Wählerschaft der Zentrumsparterie, die klassenbewusste Arbeiterschaft einer der roten Parteien und das Bürgertum den Liberalen bis

⁴⁰ Programmatisch: Mergel, Wahlkampfgeschichte (2005); Lawrence, Culture of Elections (2011).

Konservativen an.⁴¹ Die Wähler spielen in diesen Erklärungen vor allem die Rolle loyaler Anhänger, deren Entscheidungen aus ihrer sozialen Lage determiniert schienen.

Dieses Bild ist in der neueren Forschung kritisiert worden – mehr in Großbritannien als in Deutschland. Dass zentrale empirische Stützen der Klassen-Interpretation einer kritischen Überprüfung nicht standhielten, weckte hier früh grundsätzliche Zweifel an der methodischen Herangehensweise. Kann man wirklich ohne Umschweife aus der Sozialstruktur auf politische Loyalitäten schließen? Im Zuge der kulturwissenschaftlichen Wende wiesen britische Historiker die Annahme zurück, es gebe überhaupt so etwas wie objektive Interessenlagen, die gleichsam natürlich und automatisch in die Parteipolitik übersetzt würden. Stattdessen betonten sie, dass dieser Übersetzungsprozess in hohem Maße von der Interaktion zwischen Parteien, Politikern und Wählern geprägt werde. Entsprechend seien politische Loyalitäten nicht einfach anzunehmen, sondern als etwas zu begreifen, das aktiv hergestellt werden muss. Soziale Beschreibungen wie „Klasse“ und politische Anhängerschaft sind demnach das Resultat von Vorstellungen und Überzeugungsarbeit, die es im Einzelnen zu untersuchen gilt. Entsprechend skeptisch wird die Bedeutung von „Klasse“ in Großbritannien mittlerweile diskutiert.⁴²

Demgegenüber ist das Bild der Milieus in Deutschland vergleichsweise ungeschoren davon gekommen, obwohl die Geschichtsschreibung sich hier nicht minder von einem kulturwissenschaftlichen Konstruktivismus inspirieren ließ.⁴³ Dafür gibt es nachvollziehbare Gründe: Komplexe statistische Analysen haben hier den starken Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen wie Klasse oder Konfession sowie der Unterstützung bestimmter Parteien bestätigt.⁴⁴ Darüber hinaus gab es in Deutschland weniger Anlass für eine Fundamentalkritik an den Annahmen hinter der Milieu-Erklärung, weil kulturalistische Argumente hier vergleichsweise früh in das Modell integriert wurden. Bei M. Rainer Lepsius galten die Parteien

41 Als Klassiker: Matthew/McKibbin/Kay, *Franchise Factor* (1976); Cook, *Age of Alignment* (1975); Lepsius, *Parteiensystem* (1993); Rohe, *Wahlen* (1992).

42 Tanner, *Political Change* (1990), Kap. 4; Lawrence/Taylor (Hrsg.), *Party, State, and Society* (1997).

43 Vgl. z. B. McCarthy, *Whose Democracy?* (2012), mit Mergel, *Parlamentarische Kultur* (2012), bes. 13, 413–437.

44 V. a. Falter, *Hitlers Wähler* (1991).

zwar noch als die einfachen „politischen Aktionsausschüsse“ der Milieus, die gleichsam automatisch und einseitig aus den sozialen Gruppen hervorgingen, die sie repräsentierten. Aber für Karl Rohe war es vom Konzept her bereits selbstverständlich, dass die Milieus von Parteien „nicht einfach vorgefunden, sondern bis zu einem gewissen Grade auch von ihnen politisch gemacht“ waren. In der konkreten Analyse allerdings spielte das eine eher untergeordnete Rolle. So tauchen kulturelle Faktoren bei Rohe mehr wie eine Restgröße auf, die in Form einer abstrakten regionalen Tradition oder Mentalität postuliert statt in ihrer Funktion erklärt wird, um an diejenigen Stellen Lücken in der Erzählung zu schließen, wo die Sozialstruktur alleine kein ausreichendes Erklärungspotenzial bietet.⁴⁵

Dieser Schwachstelle des Konzepts hat sich im Anschluss an Lepsius und Rohe eine ergiebige Forschung angenommen, die in Mikrostudien die Milieus in ihre lokalen Zusammenhänge verfolgt. Sie zeichnet in vielen Beispielen die enge Verflechtung zwischen Vereinswelt, örtlichen sozialen Hierarchien sowie den politischen Parteien nach. Unser Bild von der Funktionsweise der Milieus hat das enorm bereichert, wenngleich manche dieser Arbeiten zu einem gewissen Schematismus neigen, der im Grunde schon vor der Untersuchung mit den einzelnen Milieus alle wichtigen Kategorien identifiziert und die Befunde entsprechend einordnet: So überzeugend ist das Modell der Milieus in Deutschland, dass man ihrer örtlichen Struktur nachspürt, ihre Existenz aber nicht in Frage stellt.⁴⁶ So viel sei vorweggenommen: Diese Arbeit wird das nicht grundsätzlich ändern – dafür entsprach der Wahlkampf in Deutschland in zu hohem Maße der Logik der Milieu-Erklärung, als dass man sie völlig über den Haufen werfen könnte.

Dennoch bietet die Wahlkampfsituation eine Chance, eine veränderte Perspektive auf die politische Gemeinschaft zu gewinnen. Die Beobachtung mehrerer Akteure auf dem gemeinsamen Feld des Wahlkampfs überschreitet nämlich die Innenperspektive der Milieuforschung. Vor allem nimmt sie diese nicht einfach als gegeben an, indem sie Befunde in makrosoziologische Kategorisierungen einordnet, die bereits festgelegt

⁴⁵ Lepsius, Parteiensystem (1993), Zitat 37; Rohe, Wahlen (1992), Zitat 28.

⁴⁶ Etwa: Weichlein, Sozialmilieus (1996); Pyta, Dorfgemeinschaft (1996); Kittel, Provinz (2000). Weniger auf Selbstbestätigung angelegt und stärker auf die Funktionsweise eingehend: Bösch, Milieu (2002).

sind. Damit kann im Sinne der kulturgeschichtlichen Herangehensweise, erstens, deutlicher gezeigt werden, wie politisch aktive Milieus konkret *gemacht* wurden. Gegenüber Lepsius, Rohe und einigen Beiträgen der Milieuforschung hat damit die aktive Gestaltungskraft der politischen Parteien und anderer Akteure größere Bedeutung. Zudem kann so, zweitens, sichtbar gemacht werden, wie multiple Zugehörigkeiten in Konkurrenz zueinander funktionierten, wie sie in politische Loyalität umgesetzt wurden, und wie Widersprüchlichkeiten und Reibungen zwischen verschiedenen sozialen Rollen und Zuordnungen verhandelt wurden. Die Diskussion um Milieus bettet das in eine breitere gesamtgesellschaftliche Perspektive, die deutlich werden lässt, dass das Milieu nicht alles war. Denn im Wahlkampf werden auch andere Logiken sichtbar, was die Annahme fester Loyalität bestimmter sozialer Gruppen überprüfbar macht und zu anderen Entscheidungsmotiven relationiert.

In diesem Sinne begleiten die Milieus die Untersuchung über lange Strecken. Sie haben dabei nicht den Stellenwert eines Kategoriensystems, das die Analyse gliedert, und sie dienen nicht als eine Großerklärung, die im Nachhinein über die Geschehnisse gelegt wird. Stattdessen werden sie als *eine* Logik sichtbar, die bereits *in* den politischen Handlungen der Zeitgenossen selbst steckte. Und als solche konkurrierten sie mit anderen Mustern, welche die Auseinandersetzung prägten.

Das gilt indes für beide Gesellschaften, was die Milieu-Erklärung noch deutlicher in einem anderen Licht erscheinen lässt: Ohne Schwierigkeit könnte man, mit den deutschen Begrifflichkeiten als Rüstzeug, auch in Großbritannien von sozialmoralischen Milieus sprechen, die sich um Parteien und mit ihnen verflochtenen Organisationen der Arbeiterbewegung oder der freikirchlichen Glaubensgemeinschaften formierten. Graduell mochte es hier Unterschiede darin geben, wie tief einzelne Bürger in ein lebensumspannendes soziales Netzwerk mit parteipolitischer Prägung eingebunden waren. Kategorischer Natur waren die Differenzen zwischen den Gesellschaften aber keineswegs, wie eine Reihe vergleichender Arbeiten bereits deutlich gezeigt hat.⁴⁷ Dass derartige Milieubildung in Groß-

⁴⁷ Berger, *Ungleiche Schwestern?* (1997), bes. 153–195; Williams, *Democratic Rhondda* (1996); Boughton, *Working-class Politics* (1985), 285–334; Macintyre, *Little Moscows* (1980); James, *Politics of Identity* (2008).

britannien insgesamt von geringerer gesamtgesellschaftlicher Konsequenz blieb, hatte also weniger mit ihrer Existenz schlechthin als damit zu tun, wie sie politisch gemacht und wirksam wurden, und das ist auch für Deutschland eine wichtige Erkenntnis. Nicht, dass sich einzelne gesellschaftliche Gruppen gegeneinander abschotteten, war schließlich für die politische Entwicklung entscheidend, sondern dass und wie die gegenseitigen Abgrenzungen das politische Handeln prägten.

Wahlkämpfe bieten ein optimales Untersuchungsfeld, um dem nachzuspüren. Hier tummelten sich viele gesellschaftliche Akteure, die aus je eigener Perspektive Anspruch auf die Prägung gesellschaftlicher Rollen und auf politische Loyalitäten formulierten und damit in Konkurrenz zueinander gerieten. Mit ihnen geraten vor allem Konfliktsituationen in den Fokus, denn im Wahlkampf ist alles statt auf friedliche Koexistenz auf gegenseitige Abgrenzung und die Sichtbarmachung von Unterschieden angelegt. Man mag dagegen einwenden, dass damit auch nur Streit sichtbar werden kann, während Kooperation und Konsens in Nichtwahlkampfzeiten weitgehend ausgeblendet werden. Aber dieser Schwerpunkt ist beabsichtigt, denn Konflikte haben für jedes politische Geschehen einen zentralen Stellenwert.

Theoretisch entsprechen alle politischen Situationen einer ähnlichen Logik wie der des Wahlkampfes: Nach einer Gegenüberstellung der verschiedenen Optionen laufen sie auf eine Entscheidung hinaus, die den Streit beendet – oder ihn weiter latent hält. Insofern hat man es mit der Natur von „Politik“ schlechthin zu tun, wenn man sie als das Handeln versteht, das auf die kollektiv verbindliche Verteilung von Werten (David Easton) oder, allgemeiner, die Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen zielt (sinngemäß nach Niklas Luhmann).⁴⁸ Implizit scheint im Kern solcher Definitionen der Konflikt als Grundbedingung für politisches Handeln hervor: Verbindliche Entscheidungen müssen nur getroffen werden, wenn es unterschiedliche Optionen und damit potentielle Konflikte über den einzuschlagenden Weg gibt. Deutlich machen das Versuche, die Definition von „Politik“ um das Entscheidungsmoment zu erleich-

⁴⁸ Alemann/Forndran, *Methodik* (2002), 38–40; Lauth/Wagner, *Politikwissenschaft* (2009), 25; Blondel, *Politics* (1993). Solche Definitionen erfreuen sich auch in der kulturgeschichtlichen Erforschung von Politik einiger Beliebtheit: Mergel, *Kulturgeschichte der Politik* (2002), 587.

tern: Sie ist dann nur mehr die „Möglichkeit kollektiven Handelns bei nicht vorauszusetzendem Konsens“. ⁴⁹ Was sich am Wahlkampf über den Umgang mit politischen Konflikten lernen lässt, verspricht darum allgemeinere Hinweise auf die Charakteristika politischen Handelns in einer Gesellschaft.

Dementsprechend sind es gerade Konfliktsituationen, die das Zusammenleben politischer Gemeinschaften strukturieren. Wie Konfliktforscher argumentieren, sind es insbesondere Aufstörungen der „Normalität“, die tiefe Einblicke in diese „Normalität“ ermöglichen, weil unausgesprochene, hinter- oder untergründige Annahmen und Erwartungen plötzlich ins Rampenlicht geraten: „Konflikte scheinen auf erschreckende Weise grundlegende Eigenschaften einer Gesellschaft hervortreten zu lassen, die normalerweise von den Gewohnheiten und Gepflogenheiten des täglichen Umgangs überdeckt werden“, hat Victor Turner dies einprägsam formuliert. ⁵⁰ Gesellschaftlicher Zusammenhang muss sich im Streit erweisen.

Schließlich bleibt es nicht bei diesen theoretischen Überlegungen: Die Untersuchung thematisiert die Reichweite der Aussagen über die Wahlkampfsituation ausdrücklich im empirischen Teil, indem sie nach Rückwirkungen der Wahlkampfpraxis auf das Zusammenleben in Nichtwahlkampfzeiten fragt. So beschäftigt sich das erste Kapitel mit den Grenzziehungen zwischen der Konfliktsituation und den „Friedenszeiten“ in beiden Gesellschaften – die keineswegs immer so klar zu definieren waren, wie die kategorische Unterscheidung das gerne hätte. Darüber hinaus zeigt das sechste Kapitel, welche Rückwirkungen das politische Engagement im Wahlkampf auf soziale Rollen im Alltag jenseits des akuten Konflikts hatte. Derart gerahmt bietet die Beschäftigung mit den Wahlkämpfen eine Perspektive auf die Demokratie der Zwischenkriegszeit, die weit über die konkrete Wahlkampfpraxis hinausgeht.

Die Studie nutzt also die politischen Handlungsformen in Wahlkampfsituationen, um auf die Rollenerwartungen und Logiken politischer Konflikte in beiden Gesellschaften zu schließen. Klassische Sichtweisen auf

⁴⁹ Rohe/Dörner, Politikbegriffe (1995), 456 f.; vgl. Garner/Ferdinand/Lawson, Politics (2012), 2.

⁵⁰ Turner, Dramas (1974), 34 f., Zit. 35 („Conflict seems to bring fundamental aspects of society, normally overlaid by the customs and habits of daily intercourse, into frightening prominence.“); Collins, Interaction Ritual (2014), hier bes. 42.

die Bedeutung sozialer Zugehörigkeit zu gesellschaftlichen Großgruppen kann sie dabei als eine – wichtige – Logik in die Analyse integrieren und in ihrer konkreten Funktionsweise untersuchen. Wie – und wo – der Wahlkampf in diesem Sinne unter die Lupe genommen wird, darauf gehen die nächsten beiden Abschnitte zur konkreten Anlage der Quellenanalyse ein.

Quellen und Literatur

Wer die Gesellschaft im Wahlkampf untersuchen möchte, kommt nicht umhin, mit einem großen Netz zu fischen: In Frage kommen Überlieferungen der Parteien sowie anderer Organisationen, die sich am Wahlkampf beteiligten; Nachlässe einzelner bekannter und weniger bekannter Politiker; Planungen, Anleitungen und Erfahrungsberichte von Wahlkampfstrategen und Aktivisten; staatliches Verwaltungsschriftgut zur Organisation der Wahlen und Beobachtung der Wahlkämpfe; Sammlungen von Plakaten, Flugblättern sowie anderer veröffentlichter und nicht veröffentlichter Schriften und Wahlkampfartefakte; schließlich in großem Umfang die beteiligte Presse. Neben der Auswertung dieser Überlieferungen in den Lokalarchiven in Cambridge, Ludwigshafen, Sheffield und Münster wurden entsprechende Bestände in den zentralen Parteiarchiven sowie in staatlichen Archiven auf Landes- und nationaler Ebene hinzugezogen, um die Einbettung der Fallstudien in einen breiteren Zusammenhang zu gewährleisten.

Besondere Erwähnung verdient dabei eine Verschiebung zwischen den ursprünglichen Erwartungen und dem tatsächlichen Wert der verwendeten Quellen, die sich im Verlauf der Arbeit ergab. So erwiesen sich die Parteiüberlieferungen insgesamt als sehr lückenhaft und in großen Teilen als erstaunlich unergiebig – im hektischen Wahlkampf wurde vieles wohl nur ausgesprochen statt niedergeschrieben, und was die Akteure von Tag zu Tag an Material produzierten, mochte die längerfristige Aufbewahrung oft nicht wert erscheinen. Insbesondere die liberalen Parteien haben so in beiden Gesellschaften wenige Spuren hinterlassen. In Deutschland ist dieses Problem sehr viel gravierender als in Großbritannien, weil hier noch der große Verlust von Parteiüberlieferungen durch die Diktatur und den Weltkrieg hinzukommt. Hier wie dort, in Deutschland in höherem Maße, wurden darum ein besonderes Augenmerk auf greifbare Parallel-

überlieferungen aus anderen Orten geworfen, um ein breiteres Bild zu zeichnen und bessere Einsicht in Einzelfragen gewinnen zu können.

Eine Kompensation für die eher magere Ausbeute der verfügbaren Parteiinterna bot die zeitgenössische Presse. Der Wert von Zeitungen als Quelle für den Wahlkampf kann kaum überschätzt werden. Sie von Tag zu Tag auszuwerten ist mühselig, allein weil je mehrere Blätter heranzuziehen sind, um nicht der Agenda einer einzelnen Zeitung – das fünfte Kapitel beschäftigt sich damit ausführlich – auf den Leim zu gehen. Dann ist die Analyse aber ein lohnenswertes Unterfangen, weil sie ein dichtes Panorama der Geschehnisse aus mehreren Perspektiven zeichnet. Um die derart ausgewerteten Lokalblätter mit nationalen und den Medien aus anderen Orten abzugleichen, war für das Projekt die fortschreitende Digitalisierung historischer Zeitungen in verschiedenen Projekten von unschätzbarem Wert. Neben der analogen Presseauschnittsammlung des Reichslandbundes im Bundesarchiv erlaubten die digitalen Archive einzelner Zeitungen wie der *Times* oder des *Manchester Guardian* sowie ganze Sammlungen wie die von Google, Gale NewsVault, die Projekte der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Staatsbibliothek zu Berlin und insbesondere das British Newspaper Archive der British Library aus einer schier unerschöpflichen Bandbreite an Material zu schöpfen, um Befunde abzugleichen, Bestätigung für vereinzelte Hinweise zu finden oder unsichere Wertungen wieder zu verwerfen, wenn sie der Gegenprobe nicht standhielten.

Zur breiteren Einordnung der Fallstudienbefunde anhand der Quellen dient schließlich eine Fülle an Literatur, die eine breite Kontextualisierung ermöglicht. Die Konzentration auf Wahlkämpfe erlaubt eine Einbettung der Studie in längere zeitliche Horizonte. Für beide Gesellschaften kann sie nämlich an eine reiche Forschung zur Wahl- und Wahlkampfkultur anschließen, die vor allem Aufschluss über die Traditionen seit dem 19. Jahrhundert und davor, aber auch über den Fortgang der Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg gibt. Die Zwischenkriegszeit stellt hier in gewisser Weise eine Lücke da: Über die Wahlkampfkultur in den 1920er Jahren weiß die Forschung vergleichsweise weniger als insbesondere über die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, die mit Studien zu einzelnen Wahlen bis hin zu umfassenden Synthesen bereits gut erschlossen ist. Zwar liegen auch für die Zwischenkriegszeit einige Spezialuntersuchungen zu Themen wie der Sprache der Wahlwerbung oder der Versammlungskultur vor – mehr für

Großbritannien als für Deutschland. Umfassende Analysen sind für diesen Zeitraum aber besonders rar. Zu der Schließung dieser Lücke kann hier etwas beigetragen werden, zumal aus einer vergleichenden Perspektive, die nach wie vor ein großes Desiderat darstellt.⁵¹

Innerhalb der Forschung zur Zwischenkriegszeit ist zur Einordnung der Befunde zunächst die Auswertung der jeweiligen Lokalgeschichtsschreibung zu den vier Kernfallstudien unerlässlich. Für die Verbreiterung der Perspektive und den Abgleich der Befunde, etwa mit Vorgängen in Wales, Schottland oder dem ländlichen Osten des Deutschen Reichs, werden zudem einzelne Studien zu anderen Orten und Regionen herangezogen, darunter vor allem einschlägige Untersuchungen zu lokalen Milieus und zur Politik im ländlichen Raum. Diesen zu erschließen erweist sich nämlich mangels überlieferter Quellen als besonders schwierig. Thematisch relevante Untersuchungen zu Parteien und Institutionen, zu Medien und Kommunikation sowie zum politischen Personal liefern zusätzlichen Kontext.

Insgesamt erlaubt das Heranziehen solcher Arbeiten, vor dem Hintergrund der eigenen Quellenanalysen, vergleichende Aussagen zwischen und innerhalb Großbritanniens und Deutschlands zu treffen. Die Befunde aus dem Quellenstudium können so sensibel in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge eingebettet und eingeordnet werden, und damit lässt sich aus der Untersuchung von Wahlkämpfen weit mehr als nur eine Spezialstudie zur Wahlkampfführung gewinnen: Sie ermöglicht eine synthetisierende, vergleichende politische Geschichte zweier Gesellschaften im Umgang mit politischen Konflikten zu schreiben. Wie diese aussieht, skizziert abschließend in groben Zügen der nächste Abschnitt.

Die Story: Händler und Helden

Um das Erkenntnispotential des Vergleichs und seiner Funktion der Aufzeigung von Spannbreiten und Alternativen auszuschöpfen, verfährt die

⁵¹ Aus den vielen Arbeiten beispielhaft: O’Gorman, *Voters* (1989); Vernon, *Politics* (1993); Lawrence, *Speaking for the People* (1998); ders., *Masters* (2009); zu Deutschland Anderson, *Democracy* (2000); Mergel, *Propaganda nach Hitler* (2010). Lau, *Wahlkämpfe* (2008), liefert mehr eine (dankbare) Materialsammlung als eine interpretative Analyse zur Zwischenkriegszeit.

Darstellung in thematisch orientierten Kapiteln, welche die deutschen und britischen Erfahrungen parallel zueinander kontrastierend in den Blick nehmen. Hier und da verschieben sich dabei die Scherpunkte, je nach Lage der Befunde, immer wieder von der einen in die andere Gesellschaft. Das Organisationsprinzip für die einzelnen Kapitel ergibt sich aus der Leitfrage nach den Rollen der Teilnehmer und den Logiken ihrer Handlungsweisen im politischen Streit: Diese legt nahe, den Gang der Untersuchung ähnlich einer dramaturgischen Aufführung zu gestalten. Die Studie verfährt darum in drei Teilen, die sich der Bühne, der Besetzung der Rollen und schließlich der Inszenierung des Stücks widmen.

Der erste Teil erkundet mit der metaphorischen Bühne die unterschiedlichen Kontexte und Bedingungen für die Teilnahme am politischen Streit. An erster Stelle gibt er einen Überblick über den Ablauf des Wahlkampfes vor Ort und sein Verhältnis zu den Nichtwahlkampfzeiten, was eine Klärung der grundsätzlichen Bedeutung von Politik in beiden Gesellschaften erlaubt. Es folgt eine Beschäftigung mit den Planern in den Wahlkampfzentralen – den Regisseuren hinter der Kulisse – und ihre Perspektive auf den Konflikt, welche seine konkrete Ausgestaltung auf unterschiedliche Weise beeinflusste (Kapitel 2). Ihnen gegenüber steht im dritten Kapitel die Bürgerschaft als ein Problem: Wie ging man mit einer Wählerschaft um, die in einer so großen Masse nach dem Weltkrieg nicht mehr so einfach zu kontrollieren schien wie in vordemokratischen Zeiten? Wie waren die Rollen der Bürgerschaft in der Auseinandersetzung zu besetzen?

Mit diesen möglichen Besetzungen beschäftigt sich der zweite Teil der Untersuchung. In mehreren Kapiteln werden hier aus unterschiedlichen Perspektiven die Rollen für die Teilnahme von Politikern und der Wählerschaft beleuchtet. Diese Fokussierung bietet sich als Leitfaden an, weil schon zeitgenössisch alles auf sie konzentriert war: Die Wählerschaft stand in ihrer Beziehung zu den Volksvertretern schließlich im Zentrum der demokratischen Wahlkämpfe. Darüber hinaus trägt der Titel des Teils noch eine zweite Bedeutung: Im Sinne der Art und Weise ihrer Beteiligung in der Wahlkampfarena meint er zugleich die Rolle, die andere, kollektive und institutionelle Akteure spielten.

An erster Stelle stehen hier die politischen Parteien und ihre Wahlwerbung. In der Auseinandersetzung mit dem Gegner und der Ansprache der Wähler formulierten sie unterschiedliche Erwartungen an die Bürgerschaft

und ihre politische Teilhabe (Kapitel 4). Freilich wirkten in der Öffentlichkeit weitere Akteure an der Definition dieser Erwartungen mit: Als wichtige Institutionen werden die Presse (Kapitel 5) sowie die Kirchen- und Vereinswelt vor Ort untersucht (Kapitel 6). Wie Medien sowie Glaubensgemeinschaften, Vereine und Verbände sich in Wahlkampfzeiten selbst positionierten, und wie sie in der Wahlkampfarena die Beziehungen zu ihrer Leser- und Mitgliedschaft gestalteten, hatte Einfluss auf die Beschaffenheit von Parteinahme und darauf, wie diese in beiden Gesellschaften auf den Alltag jenseits des Wahlkampfes zurückwirkte. Das Gegenüber der Wähler-Rollen nimmt sich das siebte und letzte Kapitel des Teils vor: Hier wird der Fokus auf die Rollen für Politiker in ihren Beziehungen zur Bürgerschaft gerichtet.

Die ersten beiden Teile argumentieren dabei stark mit den Traditionen des 19. Jahrhunderts. In Deutschland war die Entstehung der modernen Massenpolitik und schlussendlich der Demokratie anders verlaufen als in Großbritannien, weshalb die Gesellschaft hier andere Routinen und politische Handlungslogiken eingeübt hatte als dort. Das greifen die einzelnen Kapitel in diesen Teilen immer wieder auf, um zu zeigen, wie die Verhältnisse in den 1920er Jahren aus den unterschiedlichen Vorgeschichten sowie den kurzfristigen Änderungen um und nach dem Krieg entstanden. Vereinzelt wird hier bereits ein Blick auf die Entwicklungen um 1930 und ihren Fortgang in der fernerer Zukunft nach dem Zweiten Weltkrieg geworfen, um die unterschiedlichen Optionen und Chancen sowie das unterschiedliche Schicksal der Demokratie der Zwischenkriegszeit anzudeuten.

Der dritte Teil schließlich bindet die einzelnen Stränge dieses Panoramas zusammen und lässt die Akteure auftreten: Nachdem die Rollenbesetzung geklärt ist, kann nachgezeichnet werden, wie sie in beiden Gesellschaften konkret ausgespielt wurde. So zeigt das achte Kapitel an der Versammlungskultur, wie sich die Erwartungen und Annahmen über die Teilnahme der verschiedenen Akteure im Streit in Anwesenheit niederschlugen. Aus den lang gewachsenen Erwartungen und den impliziten Regeln des politischen Streits ergab sich dabei zum Ende der 1920er Jahre eine Veränderung des politischen Stils in entgegengesetzte Richtungen. Das hatte Konsequenzen für den Umgang mit der Verschärfung des Konfliktpotentials um 1930: Die unterschiedlichen Pfade der britischen und der deutschen

Demokratie angesichts dieser Herausforderung skizziert ausblickartig das letzte Kapitel, bevor der Schluss einige weiterführende Erkenntnisse zur Geschichte der modernen Demokratie und ihren Eigenheiten formuliert.

Zum Schluss noch eine Anmerkung zum Titel der Arbeit. *Händler und Helden* ist geborgt von einer Propagandaschrift, die Werner Sombart im Ersten Weltkrieg zur ideologischen Unterstützung der deutschen Kriegsanstrengung veröffentlichte.⁵² Darin stellte Sombart die Engländer als ein Händler- den Deutschen als ein Heldenvolk gegenüber: Wo die angelsächsische Volksseele nur auf profitable Geschäfte aus sei, strebe das deutsche Wesen danach, der Wahrheit der Dinge auf den Grund zu gehen. Den einen verdamme das zu einer beschränkten Oberflächlichkeit, die sich in einer rein praxisorientierten Auffassung und einem spielerischen Sportsgeist äußere. Dem anderen gebe das eine geistige Tiefe und erhabene Ernsthaftigkeit, die sich letztlich als überlegen erweisen würde – zumindest glaubte Sombart das.

Ohne zu viel vom Inhalt der folgenden Kapitel vorwegzunehmen, charakterisieren diese Sombart'schen Motive die deutsche und britische Wahlkampfkultur der Zwischenkriegszeit erstaunlich treffsicher. Freilich verwendet Sombart seine Beschreibungen als Urteile zur Verdammung der Briten und zur Lobpreisung der Deutschen, und es sollte sich von selbst verstehen, dass das hier keinesfalls gemeint ist. Als Wissenschaftler verbietet es sich, derartige Werturteile zu fällen; dementsprechend zielt der Text frei davon aufs Verstehen. Zugleich sei kein Hehl daraus gemacht: Als Bürger und Demokrat neige ich dazu, Sombarts Werturteile genau umzukehren. In diesem Sinne ist der Titel der Arbeit mehr wie ein britischer als ein deutscher Titel zu verstehen – er ist nicht völlig ernst gemeint, sondern spielt ironisch mit seinem Gegenstand.

⁵² Sombart, *Händler und Helden* (1915).

I

DER RAHMEN

Konturen des Konflikts

Wann ist überhaupt Wahlkampf? Diese Frage scheint auf den ersten Blick einfach zu beantworten. Schließlich ist der Wahlkampf eine Zeit, die leicht an der Intensität und Allgegenwärtigkeit politischer Werbung und öffentlicher Debatten zu erkennen ist. Die Besonderheit der Wahlkampfzeit tritt auch in einem Sprachbild deutlich hervor, das in Großbritannien wie in Deutschland verbreitet war: Das „Wahlfieber“, „election fever“ oder „electionitis“ im Englischen. Am stärksten ergreife es die politisch Interessierten, andere würden weniger infiziert, und kaum jemand sei völlig immun, diagnostizierten die Zeitgenossen. Der Wahlkampf sei wie eine Epidemie: Je näher er dem Finale entgegengehe, desto mehr Menschen erfasse er. Je nach Verlauf des Infekts konnte es ein Auf und Ab der Symptome geben, gewiss war aber auch, dass am Ende die Erregung und die damit einhergehenden Fiebererscheinungen wieder abklingen würden.¹

Die Metapher unterschied den Wahlkampf als Krankheit klar von der gesunden Normalität, zu der man nach der Wahl zurückkehren würde. Mit diesen Beschreibungen war ein Bewusstsein dafür verbunden, dass die Dinge, die während des Wahlkampfs passierten, nicht mit den Maßstäben von Nichtwahlkampfzeiten gemessen werden durften – schließlich konnte es im Fieber zu Fehlwahrnehmungen, Übertreibungen, ja, sogar zu Wahn kommen. Zugleich war damit deutlich: Es gab wie in jeder Konfliktsituation ein Davor und ein Danach, das den Streit begrenzte und damit erträglicher machte. Wo begann also der Konflikt, und wo hörte er auf?

¹ Wahlfieber, GAL, 10. 9. 1930; Schreiber, Brüning–Hitler–Schleicher (1932), 11; Won by Women, YTS, 24. 10. 1924; The Outlook, SDI, 30. 10. 1924.

Den Verlauf dieser Grenzziehungen nachzuzeichnen, wirft ein Schlaglicht auf das Verhältnis der politischen Auseinandersetzung zum außerpolitischen Alltag in beiden Gesellschaften. Wie wir sehen werden, verliefen die Grenzen dabei in Deutschland und Großbritannien recht unterschiedlich – trotz der grundsätzlich gleichen Abgrenzung, die in der hier wie da verbreiteten Metapher vom „Wahlfieber“ zum Ausdruck kam. Ein Überblick über die Konturen der Auseinandersetzung bietet zugleich einen ersten Eindruck über den typischen Verlauf der Wahlkämpfe in der Zwischenkriegszeit. Damit wird zugleich das Terrain für die folgenden Kapitel bereitet, die tiefer in einzelne Aspekte der Auseinandersetzung einsteigen. Grenzen konnten dabei ganz unterschiedlich verfasst sein. Die unterschiedlichen Wahlrechte zum Beispiel, über die wir einiges erfahren werden, hatten einen sehr bedeutenden Einfluss darauf, wann und wie um die Wählerschaft geworben werden durfte, ebenso wie kulturelle Konventionen oder die Siedlungsstruktur. Darum nähern wir uns den Grenzziehungen auf mehreren Ebenen: der zeitlichen Struktur des Wahlkampfes, seiner räumlichen Ausdehnung, den Inhalten, die er behandeln konnte, und der Höhe der Hürden zur Teilnahme. Dabei fangen wir beim Anfang an: Wann war überhaupt Wahlkampf?

Anfang

Einen klaren Anfangszeitpunkt für den Beginn der Wahlkampfaktivitäten zu benennen, ist schwierig. Anders als in einem sportlichen Wettkampf, der mit einem deutlichen Signal beginnt – einem Startschuss, einem Anpfiff –, steht am Anfang des Wahlkampfes ein eher fließender Übergang. Graduell stellten Politiker und Journalisten ihre Reden, Handlungen und Beobachtungen auf die erwarteten Auseinandersetzungen ein. Dies konnte sich hinziehen, wenn die nächste Wahl sich schon von weitem am Horizont abzeichnete, wie es zum Ende der 1920er Jahre in Deutschland wie in Großbritannien der Fall war, weil die Parlamente sich dem Ende ihrer Legislaturperiode näherten. Sie konnte auch überraschend anberaumt werden, besonders in Krisensituationen, was beide Gesellschaften Anfang der 1920er Jahre erlebten. In jedem Fall gab es aber feste Zeitpunkte, die geeignet waren, so etwas wie einen Anfang zu markieren, indem sie vor dem

Hintergrund der unterschiedlich schnell angelaufenen Werbetätigkeiten der Parteien verdeutlichten: Jetzt wurde es ernst.

Ein solches festes Datum war in Großbritannien die Nominierung der Kandidaten, die in allen Wahlkreisen genau am achten Werktag nach Auflösung des Parlaments und neun Werktagen vor dem Wahltag stattfand.² Ursprünglich war dies eine öffentliche Veranstaltung gewesen, anlässlich der die Kandidaten eine Rede vor der versammelten Bürgerschaft hielten. Weil dieses volksfestähnliche Ritual häufig einen zügellosen Verlauf nahm und den Anlass für Schlägereien bot, wurde es im Rahmen der Bemühungen zur Reformierung des Wahlsystems 1872 mit dem Ballot Act abgeschafft. Fortan, so heben Historiker hervor, war die Nominierung eine nichtöffentliche Angelegenheit, die mit Hilfe geschriebener Formulare hinter verschlossenen Türen abgewickelt statt mündlich und öffentlich im Zentrum der Gemeinschaft zelebriert worden sei.³

Allerdings war die Veranstaltung damit keineswegs vollkommen in die Privatsphäre verschwunden, wie solche Interpretationen nahelegen. Zumindest in der Zwischenkriegszeit fanden sie in einer anderen Form von Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit. Das Medium hierfür bot die Provinzpresse, die in Großbritannien über die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts rapide expandiert war.⁴ Eine ausführliche Berichterstattung über die Nominierungen hatte sich darin nach dem Ersten Weltkrieg fest etabliert, wobei technische Neuentwicklungen die öffentlichkeitswirksame Inszenierung des Anlasses begünstigten. Seit etwa der Jahrhundertwende wurde es möglich, in Zeitungen mit geringem Aufwand Fotos abzudrucken. Hinzu kamen in den 1920er Jahren die ersten Kompaktkameras, welche die Produktion der dafür benötigten Vorlagen vereinfachten:⁵ Regelmäßig zeigten Lokalzeitungen nun in verschiedenen Motiven die offizielle Nominierung.

Besonders beliebt waren dabei ein Kandidat beim Überreichen seines Nominierungsformulars sowie die Kandidaten im Gruppenbild. Die zuge-

² Für Nachwahlen war die Zeitordnung etwas anders: Fraser, *Parliamentary Elections* (1922), 179 f.

³ Vernon, *Politics* (1993), 157; O’Gorman, *Ballot* (2007), 37 f.; Crook/Crook, *Advent* (2007), 465.

⁴ Brown, *Victorian News* (1985), 24 f., 30–34.

⁵ LeMahieu, *Culture* (1988), 73–78.

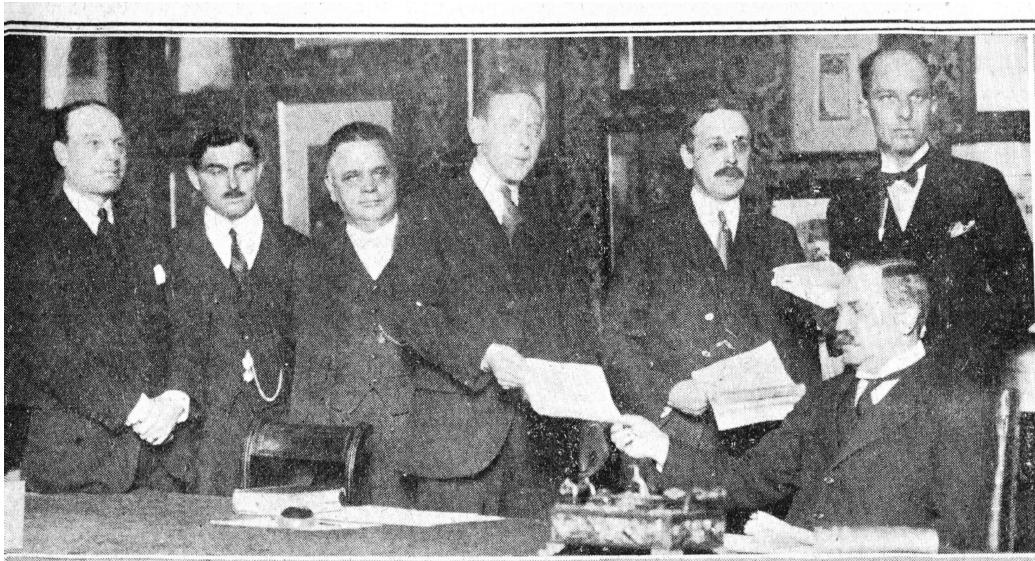


Abb. 1. Nominierung in Cambridge, Nachwahl im März 1922: Der Liberale Sidney Cope Morgan (Mitte), der Konservative Sir Douglas Newton (rechts davon) und der Sozialist Hugh Dalton (ganz rechts) reichen als „Friendly Trio“ ihre Nominierungspapiere ein. Links die drei Wahlagenten, deren Funktion das nächste Kapitel behandelt. Foto *Cambridge Chronicle*, 18. 3. 1922.

hörigen Berichte lebten von einer gewissen Spannung, ob in letzter Minute überraschend noch ein unabhängiger Bewerber auftauchen würde, mit dem vorher niemand gerechnet hatte. Aber dies war kaum jemals der Fall, und anstatt zu dramatisieren, hoben die Journalisten üblicherweise die freundschaftliche Atmosphäre zwischen allen Beteiligten hervor – wie um gezielt darauf hinzuweisen, dass man sich unabhängig des nun anstehenden Streits gut verstand.⁶

Die Kandidaten selbst trugen ihren Teil dazu bei, die Wichtigkeit des Anlasses zu betonen. Rechtlich waren sie nicht verpflichtet, ihre Rivalen während des Prozederes zu treffen. Für die Nominierung reichte es, während des vorgeschriebenen Zeitraums ein von zehn Wählern im Wahlkreis unterschriebenes Formular sowie ein Pfand von 150 Pfund zu hinterlegen. Dieses sollte sicherstellen, dass Kandidaturen ernst gemeint waren, denn wer weniger als ein Achtel der abgegebenen Stimmen erhielt, verlor das

6 Bilder z. B. in SDT, 21. 5. 1929; SDI, 5. 11. 1935; The Friendly Trio: Candidates Meet at the Nominations, CC, 18. 3. 1922.

Geld. Die Kandidaten schätzten aber die Gelegenheit, sich in Szene zu setzen, indem sie für ein Foto posierten und vielleicht ein paar Worte mit einem Reporter wechselten. In den 1920er Jahren entwickelten Wahlstrategen zudem ausgefeilte Systeme, um eine immer größere Anzahl an Nominierungsformularen einzureichen. Damit sollte schon zu Beginn der Kampagne demonstrativ die Unterstützung zur Schau gestellt werden, die ein Kandidat im Wahlkreis genoss.

Insbesondere die Torys taten sich darin hervor. So reichte Douglas Newton in Cambridge 1929 ganze 267 Nominierungsformulare ein – fast vier Mal so viele wie die Gegner von der Labour Party und den Liberalen zusammen. Den Rekord holte wohl ein Kandidat in Ipswich: Nach einem ausgeklügelten System gelang es ihm, basierend auf einer Liste von 16 000 möglichen Unterzeichnern, 1000 unterschriebene Formulare einzureichen. Deutlich vor Augen geführt wurde der Umfang solcher Aktionen dabei nicht nur all den Bürgern, die während der Unterschriftensammlung ein Formular zu Gesicht bekamen. Auch den Lesern der Lokalpresse mussten die langen Unterstützerlisten auffallen, die in den Zeitungen abgedruckt wurden. So nahm allein die Veröffentlichung eines Auszugs der wichtigsten Unterstützer in Cambridge 1929 eine ganze Zeitungsseite in Anspruch. Selbst flüchtigen Lesern zeigte das schon mit Blick auf die Anzahl der Zeilen ein deutliches Übergewicht für Newton an.⁷

Auch in Deutschland gab es in den Wahlkreisen eine Art offizieller Nominierung. In einer Sitzung überprüfte ein dafür berufener, paritätisch besetzter Wahlausschuss die von den Parteien aufgestellten Kandidatenlisten und legte die zugelassenen Kandidaturen fest. Anders als in Großbritannien war die Prozedur hier formell öffentlich – jeder Bürger hatte prinzipiell das Recht zur Teilnahme. Praktisch fand das Geschehen aber keinerlei öffentliche Beachtung.⁸ Das lag vielleicht daran, dass die Nominierten nicht persönlich anwesend sein mussten und sich so keine Situation ergab, die wegen des Aufeinandertreffens der Kontrahenten Spannung für die

⁷ Lo, *Conduct* (1928), 21–25; Borough and County Nominations, CDN, 21. 5. 1929; nach anderer Quelle war die Zahl in Cambridge 270: *The Nominations*, CC, 22. 5. 1929; Ipswich: *Passing Notes*, CAJ, Juli 1929, 103–105.

⁸ Kreiswahlausschusssitzung zur Festsetzung der Kreiswahlvorschläge, Nov 1924, StALu, alt, ZR I 1412/19, 127–143; Pollock, *Election Administration* (1934), 27–29; Zur Reichstagswahl, GAL, 31. 5. 1920.

Berichterstattung hätte erzeugen können. Ein weiterer wichtiger Grund war, dass die gesamte Aufstellung des Personals in Deutschland anders als in Großbritannien nicht auf einen Schlag stattfand. Denn neben den Wahlkreisen stellten die Parteien noch auf Reichsebene Kandidaten auf, um Wählerstimmen möglichst proportional in Reichstagsmandate umrechnen zu können.

Dieses Verfahren hatte seinen Hintergrund im Verhältniswahlssystem. Dieses vergab nach der Auszählung im Wahlkreis zunächst für jeweils 60 000 Stimmen ein Mandat im Wahlkreis. Überzählige Stimmen wurden sodann in sogenannten Wahlkreisverbünden mit den überzähligen Stimmen aus einem oder zwei weiteren Wahlkreisen addiert, um ein oder zwei mögliche weitere Mandate zu verteilen. Danach wurden in einem letzten Schritt die nun noch übrig gebliebenen Stimmen von überall her zusammengerechnet und auf die Reichslisten der Parteien transferiert, um hier ein letztes Mal in Mandate umgerechnet zu werden – so wenige Stimmen wie möglich sollten verloren gehen, wie es die Zeitgenossen ausgedrückt hätten. Dafür brauchte es sowohl auf Ebene der Wahlkreise wie auch auf Reichsebene Kandidatenlisten. Während dabei die sogenannten Kreiswahlvorschläge bei den Reichstagswahlen spätestens am 17. Tag vor der Wahl einzureichen waren, mussten die Reichslisten erst am 14. Tag davor feststehen. Zwei Tage später war zu erklären, welche Kreislisten zwecks Verrechnung miteinander verbunden werden sollten, nochmals vier Tage später, an welche Reichsliste die einzelnen Kreislisten angeschlossen werden sollten.⁹

Während also in Großbritannien ein zentrales Ereignis die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zog, schleppte die Aufstellung der Kandidaturen sich in Deutschland lange hin. In den britischen Wahlkreisen fand die offizielle Nominierung auf einen Schlag statt; als Ereignis in Szene gesetzt markierte sie deutlich den formalen Anfang der Auseinandersetzung. In der Weimarer Republik dagegen folgten mehrere bürokratische Akte in einem längeren Prozess aufeinander, der nicht einfach nachzuvollzie-

⁹ Kaisenberg, *Wahl 1924* (1924), 117 f., und spätere Bände. 1920 waren die Abgabefristen für Kreis- und Reichslisten noch gedehnter (21. und 16. Tag vor der Wahl): Kaisenberg/Welser, *Reichswahlgesetz* (1920), 63 f.

hen war. Das komplizierte Wahlsystem, das hinter diesem Prozess stand, bedingte eine große Ungleichzeitigkeit in der Kandidatenaufstellung.

Ein ähnlich verschiedenes Bild ergibt sich für das Einsetzen der Werbetätigkeiten. In Großbritannien war das logische Pendant zum Nominierungsritual eine Versammlung, in der die örtliche Partei offiziell ihren Kandidaten aufstellte (*adoption meeting*). Dieses legten die verschiedenen Parteien meist kurz vor die Nominierung, gegebenenfalls in einem Abstand von wenigen Tagen zueinander. Einige dieser Versammlungen waren öffentlich oder zumindest halböffentlich, indem diejenigen eingeladen wurden, die sich als Wähler der Partei identifizierten.¹⁰ Die Aufstellung an sich war dabei längst parteiintern abgemacht; der Zweck des *adoption meeting* lag also nicht darin, eine Entscheidung zu treffen. Seine Funktion war vielmehr, die Kampagne mit einem „Paukenschlag“ zu eröffnen und unter den eigenen Unterstützern den nötigen Enthusiasmus zu erzeugen, der sie zur Mitarbeit bis zum Wahltag motivieren sollte.¹¹

In Deutschland ist es nicht so einfach, den Beginn einer Wahlkampagne festzumachen. Weil es kein einheitliches Datum gab, um das die Parteien ihren Wahlkampfauftakt legten, muss man länger nach Feststellungen suchen, dass nun die Kampagne begonnen habe. Für die Wahl am 4. Mai 1924 zum Beispiel erklärte der *Münsterische Anzeiger* am 24. März, Wilhelm Marx habe die „Wahlbewegung“ des Zentrums mit einer Versammlung in Elberfeld eröffnet.¹² Bereits neun Tage früher hatte der Ortsverein der SPD in Münster eine öffentliche Versammlung über die bevorstehende Wahl abgehalten; und am 30. März hieß es von sozialdemokratischer Seite noch einmal, eine anstehende Veranstaltung mit Carl Severing müsse ein „machtvoller Auftakt“ in der Wahlbewegung werden.¹³

Wenn dies terminlich nahe lag, waren die Arbeiterparteien SPD und KPD geneigt, die jährlichen Maifeiern als Wahlkampfauftakt zu nutzen. Hier diente also nicht ein gemeinsamer Termin für alle Parteien als Signal für den Anfang, sondern ein Anlass, der spezifische symbolische Bedeu-

¹⁰ Etwa „All Conservative Electors Invited“, CDN, 13. 10. 1924; vgl. auch Sir Tudor Walters, SDI, 4. 11. 1922. Dagegen eine selbst für die Presse geschlossene Versammlung: County Candidates Adopted, CIPC, 1. 11. 1935.

¹¹ Extracts from a Paper . . . , CAJ, Apr 1923, 80–87, hier 80 („bang“).

¹² Reichskanzler Marx über die Politik des Zentrums, MA, 24. 3. 1924.

¹³ Ankündigung in VM, 14. 3. 1924; Die Severing-Versammlung, ebd., 30. 3. 1924.

tung nur für die Arbeiterbewegung besaß. So sollte der 1. Mai 1920 in manchen Gegenden den „offiziellen Beginn“ der SPD-Kampagne für die Wahl am 6. Juni des Jahres markieren, wenngleich die Versammlungstätigkeit bereits zweieinhalb Monate früher einsetzte.¹⁴ Acht Jahre später, als am 20. Mai abgestimmt wurde, versuchte die KPD dies überall im Reich, mit gemischtem Erfolg. In Ludwigshafen berichtete die SPD-Presse, auf eine Mai-Demonstration wollten die Kommunisten verzichten, stattdessen solle erst am 11. Mai ein prominenter Redner den Wahlkampf eröffnen. Das war zwei Wochen später als die SPD, die bereits für den 27. April zu einem „Werbe-Abend“ mit Gesang und Tanz geladen hatte.¹⁵

Der Wahlkampfauftakt in Deutschland konzentrierte sich also nicht so eng um einen festgelegten Termin, und er war auch nicht in gleichermaßen fixe, routinierte Formen gegossen wie in Großbritannien. Neben Maifeiern, Wählerversammlungen oder Berichten über große Kundgebungen mit national führenden Politikern gab es noch weitere Formen, die Kampagne zu eröffnen: aufwändig und imposant mit einem Parteitag oder Märschen durch die Stadt,¹⁶ oder eher verhalten mit der Veröffentlichung des Wahlaufrufs in der Presse. Besonders markant war dabei die örtliche und zeitliche Streuung der Wahlkampföffnung. Für den Kreis Düren zum Beispiel zeigt eine Aufstellung über die Veranstaltungen aller Parteien für die Reichstagswahl 1928, dass zwischen dem ersten und dem letzten Kampagnenauftakt einer Partei nicht weniger als 41 Tage vergingen: Während die KPD am 18. März erstmals auftrat, ließ die DDP sich damit bis zum 28. April Zeit – bis zum Wahltag waren es dann immer noch 22 Tage.¹⁷

Der Einstieg in die Kampagne war somit in Deutschland diffuser als in Großbritannien. In der Tat gewinnt man beim Blättern in der deutschen Lokalpresse stärker als für die britischen Wahlkämpfe den Eindruck einer kontinuierlichen Spannungskurve, die ohne tiefe Brüche das Anschwellen der Agitation und die Ausweitung des Streits anzeigt, zunächst stetig,

¹⁴ SPD-Unterbezirk Lüneburg, Geschäftsbericht 1920, 4.

¹⁵ Besprechung KPD-Bezirksleitung Nordwest, 25. 3. 1928, BArch, RY 1/I 3/17/10, 58 f.; Der „Aufmarsch“ der Kommunisten, PP, 17. 4. 1928; Ankündigung ebd., 25. 4. 1928.

¹⁶ Etwa: Außerordentlicher Parteitag der Münsterländischen Sozialdemokratie, VM, 4. 11. 1924; Unser Wahlkampf hat begonnen, NSZ, 10. 10. 1932; Wuchtige Kundgebung der Eisernen Front, VM, 6. 2. 1933.

¹⁷ Staatz, Reichs- und Landtagswahlen (1994), 206–211.

zum Ende der Kampagne schneller steigend. Das hängt auch damit zusammen, dass der Wahlkampf sich in Deutschland insgesamt über einen längeren Zeitraum streckte als in Großbritannien. Während hier ab den *adoption meetings* noch etwa zwei Wochen Zeit für eine kurze aber intensive Kampagne verblieben,¹⁸ zogen sich die deutschen Wahlkämpfe nicht selten vier Wochen und mehr in die Länge. Ähnlicher war sich äußerlich in beiden Gesellschaften das Ende der Kampagnen, wenngleich es auch hier bedeutsame Unterschiede gab.

Ende

Die Schließung der Abstimmungslokale am Abend des Wahltags machte in beiden Ländern jede weitere Agitation umsonst. Die Aufregung klang damit allerdings nicht schlagartig ab, denn einen wirklichen Abschluss fand die Wahlkampagne erst, wenn die Stimmen ausgezählt und die Ergebnisse verkündet waren. Was den zeitlichen Ablauf betraf, gab es die ersten Resultate in kleinen deutschen Gemeinden. Weil hier direkt nach Schließung der Wahllokale direkt vor Ort ausgezählt wurde, war die Stimmverteilung einzelner Orte schnell bekannt. Der Rekordhalter im Münsterland etwa war die 800-Einwohner-Gemeinde Appelhülsen, wo 1925 die Auszählung im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl nur eine halbe Stunde dauerte. Von hier aus wurden die Resultate an die Zentralen in den Wahlkreisen, und von dort in großer Eile an den Reichswahlleiter in Berlin weitergeleitet – üblicherweise lag bereits einen Tag nach der Wahl ein vorläufiges Resultat vor, an dem sich bis zur Feststellung des amtlichen Endergebnisses spätestens zwei Wochen darauf nicht mehr viel änderte.¹⁹

In Großbritannien dauerte alles länger, weil man hier nicht in den Wahllokalen selbst auszählte. Nachdem diese um acht oder neun Uhr abends geschlossen hatten, mussten zuerst alle Stimmzettel eines Wahlkreises an

¹⁸ Lawrence, Masters (2009), 109. Von über 1000 erhobenen Wahlversammlungen in 13 Wahlkreisen 1922 und 1935 fanden über 95 Prozent innerhalb der letzten 16 Tage vor der Wahl statt (einschließlich „adoption meetings“), kalkuliert nach Lawrence/Good, *Electing John Bull* (2005).

¹⁹ Das Ergebnis der Stadt Münster, MA, 15. 9. 1930; Einwohnerzahl Appelhülsen: Handbuch der Aemter und Landgemeinden (1931), 435; Pollock, *Election Administration* (1934), 42–46.

einen zentralen Ort gebracht werden – hier wurde dann, je nach lokalem Arrangement, entweder noch in der Wahlnacht oder am nächsten Morgen gezählt. Die ersten Ergebnisse gab es so in besonders gut organisierten Wahlkreisen mit kurzen Wegen gegen halb zehn abends. Der Großteil der nächtlichen Auszählungen kam wie in Sheffield zwischen elf und halb drei Uhr morgens hinzu. Wo wie in Cambridge erst am nächsten Tag gezählt wurde – das war in etwa zwei Drittel aller Wahlkreise der Fall –, war das Resultat gegen Mittag am Folgetag bekannt.²⁰ Bei erdrückenden Gewinnen für eine Partei, wie das 1924 oder 1931 für die Konservativen der Fall war, zeigten die Abendzeitungen am Tag nach der Wahl deutlich an, wie das neue Parlament aussehen würde. Spätestens mit den Morgenblättern am zweiten Tag nach der Wahl lag auch bei weniger klaren Ausgängen ein einigermaßen verlässliches Gesamtergebnis vor, wenngleich sich die Feststellung des endgültigen Gesamtergebnisses auch in Großbritannien hinziehen konnte. Die Wahlkreise der Universitäten nämlich, die noch in der Zwischenkriegszeit eigene Abgeordnete ins Parlament entsandten, wurden mitunter erst Tage nach dem eigentlichen Wahltag ausgezählt.²¹

Doch wie deutlich war mit dem Vorliegen der Ergebnisse das Ende des Konflikts markiert? Dafür gibt der zeitliche Ablauf der Auszählungen allein nur Anhaltspunkte; wichtiger ist, wie die Resultate kundgetan und aufgenommen wurden. In britischen Wahlkreisen fand die Wahl ihren Abschluss an einem zentralen Ort der örtlichen Gemeinschaft: dem Rathaus, der Getreidebörse, dem Zunfthaus. Es handelte sich um Gebäude, die im 19. Jahrhundert ganz bewusst an zentraler Stelle der Städte und Gemeinden errichtet worden waren, um im Stadtbild der örtlichen Gemeinschaft einen symbolischen Mittelpunkt zu geben.²²

Der Ablauf der Zeremonie folgte ritualisierten Formen, die sich aus den öffentlichen Wahlen der Zeit vor dem Ballot Act von 1872 entwickelt hatten. Bei der Auszählung der Stimmzettel waren die Kandidaten mit einem Anhang aus Familie und lokalen Parteifreunden anwesend, um die

²⁰ Polling Day, *Western Times*, 17. 5. 1929; The General Election, *T*, 15. 11. 1935; By the Way, *YTS*, 30. 10. 1924; Declaration Scenes at Cambridge, *CDN*, 31. 5. 1929.

²¹ So wurde das letzte Ergebnis 1924 (die drei Mandate der schottischen Universitäten) am 13. November verkündet, Wahltag war der 29. Oktober gewesen. Final Election Result, *T*, 14. 11. 1924; ebenso 1935 (Wahltag 14. November): Final Result of General Election To-Day, *Western Daily Press*, 25. 11. 1935.

²² Vernon, *Politics* (1993), 49–55.

Korrektheit des Verfahrens zu überwachen. Stand ein Sieger fest, erklärte der Wahlleiter diesen vor den Anwesenden. Der neu gewählte Abgeordnete rief dann zu einem Dankesvotum (*vote of thanks*) für den Wahlleiter auf, der seine Sache vorbildlich und unparteiisch gemacht habe; unterlegene Kandidaten unterstützten den Aufruf mit wenigen Worten; es folgten Applaus und Hochrufe. Der Wahlleiter selbst gab eine Antwort, gratulierte dem Gewinner, fand einige aufmunternde Worte für die Verlierer und erklärte damit die Auseinandersetzung für beendet. Nach Gratulationen wurden die Stimmenzahlen öffentlich verkündet und die Kontrahenten traten für die so genannte *declaration* vor das Volk: Von erhöhter Stelle – einem Balkon oder einer speziell errichteten Plattform – hielten erst der neu gewählte Abgeordnete, dann die Verlierer eine kurze Ansprache an die versammelte Menschenmenge, die, manchmal schon seit Stunden, auf diesen Moment gewartet hatte.²³

Die Rhetorik, die diese Ereignisse begleitete, hatte meist einen konzilianten Ton. Typischerweise dankten die Kontrahenten ihren Unterstützern, oft gratulierten sie sich gegenseitig zu einer fair geführten Kampagne. Während es dem Wahlgewinner zustand zu erklären, warum er den Sieg davongetragen hatte, hoben die Verlierer häufig noch einmal hervor, dass sie das Votum zu akzeptieren hätten. Wenn sie dabei klarmachten, dass das letzte Wort jedoch nicht gesprochen war, dann verwiesen sie damit nicht auf die unmittelbare Folgezeit, sondern auf die nächste Wahl: Dann würden sie den Sieg holen, der ihnen diesmal noch verwehrt geblieben war.²⁴ Generell wurde Versöhnlichkeit als ein „gutes Ende“ der Wahl erwartet. Während der Kampagne mochten die Leidenschaften aufkochen, aber sobald der Kampf einmal geschlagen sei, trügen in Großbritannien die Kontrahenten „ihre Differenzen nicht mit ins Raucherzimmer“, wie es der langjährige liberale Abgeordnete Percy Harris ausdrückte.²⁵ An geschlagene Kandidaten ging entsprechend der gutgemeinte Ratschlag, die „Tracht Prügel“ mit einem Lächeln zu ertragen, statt offen ihren Ärger zu zeigen – auch wenn die Niederlage noch so bitter schmecke, habe

²³ Lo, *Conduct* (1928), 63 f.

²⁴ Etwa: Sir Douglas Newton M.P., CDN, 17. 3. 1922 (Hugh Dalton); Hull Joins The Great Trek, Hull Daily Mail, 30. 10. 1924 (Councillor Muff).

²⁵ Harris, *Forty Years* ([1947]), 24 („don't carry their differences into the smoking-room“).

niemand Sympathien für schlechte Verlierer. Solcher Rat entsprach populären Vorstellungen von der Männlichkeit echter Engländer, die auch eine Niederlage erhobenen Hauptes einstecken könnten. Weise sei darum derjenige, so eine humoristische Empfehlung, der die Niederlage sogar als großes Glück verkaufe: „Ich bin ziemlich froh, nicht ins Parlament gekommen zu sein, wenn ich so an die Liste meiner Wahlversprechen denke.“²⁶

Manchmal schlich sich trotzdem Verbitterung ein. Das war zum Beispiel in Pontefract 1924 der Fall, wo der unterlegene Labour-Kandidat, Tom Smith, den Gewinner bei der Ergebnisverkündung wegen eines Flugblattes angriff, das ihn als Kommunist denunziert habe. Wenn sein Kontrahent die Verbreitung solch dreckiger Lügen durch seine Anhänger zulasse, so Smith, sei er es nicht wert, ein Gentleman genannt zu werden. Smiths Wahlkampfmanager bestärkte ihn mit Rufen wie „Gib's ihm!“ und versuchte, sich einen Weg auf den Balkon zu bahnen; aus der Menschenmasse kamen Schreie: „Schmeiß ihn runter!“ Dass der Sieger und frisch gewählte Abgeordnete entgegnete, das Flugblatt nie vorher gesehen zu haben, vermochte die aufgebrachte Menge kaum zu beruhigen, hatte er doch noch kurz zuvor das Votum für seine Person zu einem Sieg gegen den Kommunismus erklärt.²⁷

Der Verlauf der Kampagne und der Charakter der Kandidaten beeinflussten so, welchen Abschluss der Wahlkampf vor Ort finden würde. Auch das Ergebnis selbst spielte dafür keine unwichtige Rolle: Mit einem eindeutigen Resultat konnte man sich einfacher abfinden, zumal in einem Wahlkreis, in dem man von vornherein wenig Erfolgsaussichten gehabt hatte. Wenn der Ausgang dagegen eng war, es vielleicht eine oder gar mehrere Neuauszählungen hatte geben müssen und nur wenige Stimmen den Verlierer um die Früchte der Arbeit brachten, dann brauchte es größere Selbstbeherrschung, um in der Öffentlichkeit gute Miene zum bösen Spiel zu machen.

²⁶ Aye, Humour (1931), 26 f. („his beating“, „I think myself jolly lucky in not getting in when I remember my list of election promises“); vgl. Sheffield All Conservative, YTS, 28. 10. 1931.

²⁷ Dirtiest Circular Ever Issued! SDI, 31. 10. 1924 („Give it him“, „Chuck him over“). Vgl. Sheffield Returns Four Labour Men, SDI, 15. 11. 1935; Conservatives' Triple Triumph, CC, 12. 12. 1923.

Happy End oder nicht, die Deklarationszeremonie markierte in jedem Fall das Ende des Konflikts. Jenseits ihres versöhnlichen oder unversöhnlichen Verlaufs war sie dafür schon allein auf Grund ihrer Form geeignet, denn wie ein Ritual fand sie an einem festen Ort zu einer festen Zeit statt und folgte einer strengen Liturgie.

Doch wie viel Aufmerksamkeit fand die Zeremonie, die so einen streng geordneten Übergang zwischen Konflikt und Frieden schuf? Die Anzahl der Teilnehmer ist nicht einfach zu bestimmen. Selbst für den engeren Kreis aus Kandidaten, einigen Vertrauenspersonen und Anhängern sowie den Wahlhelfern, die bei der Auszählung direkt anwesend waren, lassen sich keine allgemeinen Zahlen nennen. Wesentlich mehr Personen kamen zur anschließenden Verkündung der Resultate, aber genaue Angaben sind auch hier schwierig zu machen. Angaben, sofern sie überhaupt verfügbar sind, schwanken zwischen Hunderten und mehreren tausend Teilnehmern, und diese sind nur als Schätzungen zu verstehen. Die Größe der Menschenmenge hing von einer Reihe von Faktoren ab, nicht zuletzt dem Wetter. Meist war dies wenig ansprechend: Wenn es nicht regnete, war es neblig. Wenigstens im Mai 1929 war der Himmel zumindest im Norden einmal wolkenlos. Unter solchen Bedingungen wartete es sich zweifellos angenehmer als bei strömendem Regen wie im November 1935 – dennoch kamen auch dann in Sheffield geschätzt zwei- bis dreitausend Teilnehmer.²⁸

Viel hing davon ab, ob die Auszählung in einer größeren Stadt oder einem ländlichen Wahlkreis stattfand. In ersterem Fall waren die Wege zwischen Wohnort und dem Ort der zentralen Verkündungszeremonie kürzer, zumal wenn, wie in Sheffield, Arrangements für die nächtliche Heimfahrt der Bürger mit der Straßenbahn getroffen wurden.²⁹ Wo dagegen längere Strecken zurückgelegt werden mussten, war nicht nur die Abwägung schwieriger zu treffen, ob sich der Weg lohnen würde. Auch die Auszählungen fanden in solchen Wahlkreisen meist erst am Folgetag statt, weil die Wahlurnen aus den verschiedenen Abstimmungslokalen spät eintrafen. Hier waren insgesamt weniger Personen anwesend als bei Auszählungen in der Wahlnacht, denn es handelte sich um einen Wochen-

28 Sheffield Returns Four Labour Men, SDI, 15. 11. 1935; In Manchester, Manchester Guardian, 31. 5. 1929; Craig, Electoral Facts (1989), 157.

29 Later Cars To-night, SM, 29. 10. 1924.



Abb. 2. Ergebnisverkündung in Cambridge, 16. 11. 1922, vor einer Rekordmenge: „Not within living memory has such a huge crowd assembled on the Market Hill to hear the declaration as that which awaited the result in front of the Guildhall on Thursday“. Foto *Cambridge Chronicle*, 22. 11. 1922.

und damit einen Arbeitstag. Zudem lagen bereits mit den Morgenzeitungen die ersten Ergebnisse aus dem ganzen Land vor. Wer sich dagegen noch in der Wahlnacht möglichst schnell über den Ausgang informieren wollte, den zog es in die Stadt. Hier erfuhr man nicht nur das lokale Ergebnis; auch aus dem restlichen Land liefen die ersten Resultate zusammen – auf Leuchtdisplays, in eilig zusammengestellten Extrablättern der Lokalpresse, später auch auf Kinoleinwänden.³⁰

Das Bedürfnis nach Information bot nicht den einzigen Teilnahmegrund. Auch in den 1930er Jahren, als ein großer Teil der Haushalte bereits über ein Radio verfügte,³¹ mit dem man die Ergebnisse bequem in den eigenen vier Wänden empfangen konnte, kamen große Menschenmengen vor den Rathäusern, Getreidebörsen und Zunfthäusern zusammen. Die Verkündung war auch eine Art Volksfest, das einen Teil seiner Attraktivität aus seinem Unterhaltungscharakter zog. Es wurde gesungen und getrunken;

³⁰ Election Results, YTS, 27. 10. 1931; Lawrence/Good, *Electing John Bull* (2005).

³¹ Scannell/Cardiff, *British Broadcasting* (1991), 362.

mit Freunden und Bekannten, mit Anhängern der eigenen Partei und Gegnern konnte man die zurückliegende Kampagne Revue passieren lassen und über den Abschluss spekulieren. Hier konnte jeder Bürger das Ende des Konflikts ganz körperlich miterleben: die mit fortschreitender Stunde steigende Anspannung bis zu dem Moment, in dem der Wahlleiter zur Verkündung der Zahlen auf den Balkon stieg; schließlich die plötzliche Auflösung in Siegestaumel oder Enttäuschung unter dem Gebrüll der Menschenmenge, wenn das Ergebnis feststand.

Für wie wichtig die Zeitgenossen diesen dramaturgischen Höhepunkt hielten, zeigt nicht zuletzt, dass die Medien ihm große Aufmerksamkeit schenkten. Neben den Zahlen druckten Zeitungen bis in die 1930er Jahre Bilder von den Verkündungszeremonien, die meist so gewählt und zugeschnitten waren, dass sie große Ansammlungen zeigten. Auch in den Wochenschauen boten aufgeregte Menschenmassen und andere Szenen von der *declaration* logische Motive, die Wahl auf die Kinoleinwand zu bringen.³² Im Nachgang konnten die Leser und Zuschauer so das formale Ende des Konflikts nachvollziehen, und ob er ein gutes, versöhnliches Ende gefunden hatte.

Ein vergleichbar zentrales Ereignis, an dem Politiker und Bürger gemeinsam teilnahmen, gab es in Deutschland nicht. Mehr als in britischen Städten verteilten sich die Menschenansammlungen in der Wahlnacht an verschiedene Orte. Seitdem Wirte die über den Rundfunk abgegebenen Ergebnisse praktisch ohne Zeitverzögerung verkünden konnten, waren Kneipen äußerst attraktiv; auch, weil hier nicht nur der Durst nach Informationen gestillt werden konnte.³³ Bis dahin – und auch danach – waren vor allem Zeitungshäuser eine wichtige Anlaufstelle, denn hier liefen Informationen aus der Region und dem ganzen Reich zusammen und wurden in rascher Abfolge in Form von Extrablättern unters Volk gebracht. Der *Münsterische Anzeiger* etwa produzierte in der Nacht des entscheidenden

³² Sogar in der *Times* finden sich solche Bilder: The Election: Yesterday's Declaration Scene, T, 16. 11. 1935; zu den Wochenschauen siehe z. B. Election at Ilford (1920), Election Result (1923), Election Scenes in London (1935), British Pathé, Film IDs: 220.15, 324.24, 843.22. Vgl. Schröder, Ceremony and Carnival (2013), 43 f.

³³ Der Wahlsonntag, PP, 15. 9. 1930.

zweiten Wahlgangs für die Präsidentschaftswahl 1925 zwischen halb acht und halb zwei allein sieben solcher Sonderdrucke.³⁴

Viele der Menschenansammlungen wiesen dabei eine deutlich parteipolitische Färbung auf. Am deutlichsten war dies bei den Treffen, die Parteien ausdrücklich für ihre Mitglieder und Anhänger anlässlich der Ergebnisverkündungen organisierten.³⁵ Aber auch bei Veranstaltungen im öffentlichen Raum waren die Grenzen zwischen Partei- und Nichtpartieveranstaltungen häufig nicht leicht zu ziehen, denn die Zeitungs- und Wirtshäuser, an denen Verkündungen stattfanden, waren eng mit einzelnen Parteien verbunden. Es ist darum selbst bei großen Versammlungen im Zentrum von Städten nicht einfach zu sagen, ob sie eher öffentlichen oder den Charakter einer Parteiveranstaltung hatten. So war es in Ludwigshafen die Parteileitung der SPD, die anlässlich der Präsidentschaftswahl 1925 erstmals auf dem Marktplatz Ergebnisse auf eine Leinwand projizieren ließ, weil sie nach eigenen Angaben von einer Bekanntgabe in einem Lokal absehen musste. Unterbrochen wurden die Verkündungen von unterhaltenden Filmen und Reklame für Ludwigshafener Unternehmen – für „Tausend und Abertausende“ war das ein attraktives Format. Wohl auch darum wiederholte die Partei 1928 die Übung, diesmal auf einer Leinwand, auf der sie die Woche zuvor Wahlfilme gezeigt hatte. Lieferant der Resultate war vermutlich die parteieigene *Pfälzische Post*; zumindest 1930 übermittelte sie die Ergebnisse und hob hervor, man habe bei der Verkündung über Lautsprecher allerorts „das Parteiabzeichen“ sehen können.³⁶

Nach und nach ergab sich aus den Ergebnissen aus der Region und dem Reich ein Bild des Gesamtausgangs. Allerdings waren diese nicht immer einfach einzuordnen. Dass sich mit den Meldungen nicht viel anfangen ließe, berichtete ein Beobachter aus Münster noch 1930, denn zu den einzelnen Zahlen hätten Vergleiche gefehlt. Nackte Ergebnisse einzelner Dörfer, Stadtteile und Städte allein sagten wenig über den Ausgang der Wahl aus, wenn man sie nicht ins Verhältnis zum vorherigen Abschneiden

³⁴ Die Wahlschlacht in Münster und dem Münsterland, MA, 27. 4. 1925.

³⁵ Etwa: Aus Ludwigshafen, NPL, 6. 12. 1924; Aus den Bezirken, PP, 11. 9. 1930.

³⁶ Aus Stadt und Land, PP, 27. 3. 1925; Ruhiger Verlauf des Wahltages in Ludwigshafen, PP, 30. 3. 1925; Ein Bubenstreich, PP 19. 5. 1928; Der Wahlsonntag, PP, 15. 9. 1930.

der Partei setzen konnte.³⁷ Denn eine lokale Bekanntgabe von Siegern und Besiegten wie in Großbritannien gab es nicht.

Es konnte sie auch kaum geben, weil die Feststellung der Gewählten von der Stimmauszählung vor Ort abgetrennt war: Während in jedem Wahllokal ausgezählt wurde, fand die Verteilung der Mandate in Berlin und in den Zentralen der Wahlkreise statt. Diese konnten weit entfernt sein, denn die deutschen Wahlkreise hatten enorme Ausmaße. Zwar hatten die Schöpfer des Listenwahlrechts nach 1918 an einem System mit mehreren Wahlkreisen festgehalten, aber diese waren faktisch so groß dimensioniert, dass sie kaum mehr als Verrechnungseinheiten darstellten. Britische Wahlkreise lagen in der Größenordnung zwischen wenigstens etwa 25 000 Wählern unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg und bis zu 70 000 Wählern in den 1930er Jahren. Dagegen umfassten deutsche Wahlkreise bereits 1920 im Mittel je über eine Million Wähler, bis 1932 wuchs diese Zahl auf mehr als 1,2 Millionen. Ende der 1920er Jahre waren sie damit im Schnitt etwa 24mal so groß wie ein britischer Wahlkreis.³⁸

Wie bei den Nominierungen sah das deutsche Wahlrecht für die Ergebnisfeststellung keine persönlichen Duelle vor. Vielmehr gab es eine unüberschaubare Zahl von Kandidaturen, die sich zwischen verschiedenen Wahlkreisen zudem überschnitten. In jedem der Wahlkreise konnten über Listen mehrere Abgeordneter verschiedener und selbst einer Partei gewählt werden, so dass selbst in den kleinsten deutschen Wahlkreisen nach 1920 für die Reichstagswahlen nie weniger als 72 Bewerber antraten – Tendenz steigend.³⁹ Zudem konnte ein Kandidat in mehreren Wahlkreisen aufgestellt werden. Zu dieser Strategie griffen vor allem programmatische Splittergruppen und nationale Minderheiten, die so, wie bereits zu Zeiten des Kaiserreichs,⁴⁰ im gesamten Reichsgebiet Stimmen sammeln konnten, wenngleich diese sich praktisch kaum in Einfluss im Reichstag umwandeln ließen.

³⁷ Das Ergebnis in der Stadt Münster, MA, 15. 9. 1930.

³⁸ Berechnet nach: StatDR, 291, II, 2; 372, I, 6–7; 434, 8; Field, Electoral Data (2007), Durchschnitt für 1929, Durchschnitte plus/minus eine Standardabweichung für 1918 und 1935.

³⁹ Das war im Mai 1924. Die Bewerberzahlen stiegen bis 1930, für 1932 geben die Bände des Statistischen Reichsamts keine Auskunft. Im Juni 1920 waren es 37. StatDR, 291, I, 22 f., 48; 315, I, 67 f., 80 f.; III, 65 f., 78 f.; 372, I, 85 f., 101–103; 382, I, 94 f., 112–114.

⁴⁰ Bekannt als „Zählkandidatur“: Bertram, Wahlen (1964), 147–151.

Aber auch Parteien mit ernsthaften Aussichten nutzten diese Möglichkeit. Bereits in den Anfangsjahren der Republik hatten die Kommunisten damit experimentiert, ihr Führungspersonal gleich in einer Reihe von Wahlkreisen aufzustellen. So war Clara Zetkin über die Vorschlagslisten 1920 in 27 der 35 Wahlkreise wählbar. In den frühen 1930er Jahren übernahm neben den Kommunisten auch die DNVP diese Strategie, um Alfred Hugenberg herauszustellen. Am konsequentesten war das Zentrum, das im Juli 1932 Heinrich Brüning als Spitzenkandidat auf alle bis auf vier der Wahlkreislisten setzte, mit denen die Partei antrat. Gewählt wurde Brüning in 16 dieser Wahlkreise, aber er konnte davon nur ein Mandat annehmen – die anderen musste er ablehnen.

Das traf auf viele Abgeordnete zu, die über mehr als eine Liste in den Reichstag eingezogen waren. Nicht nur Aufstellungen in mehreren Wahlkreisen, sondern auch eine zusätzliche Absicherung über die Reichsliste führte dabei zu einer Loslösung der Mandate von den einzelnen Wahlkreisen, insbesondere in den späteren Jahren der Republik. So mussten im Juni 1920 von den 466 gewählten Volksvertretern 17 ein oder zwei Mandate abgeben, weil sie in mehreren Wahlkreisen oder zusätzlich auf der Reichsliste gewählt worden waren – das entsprach in etwa einem von 27. Im Juli 1932 dann war es schon fast jeder siebte Abgeordnete, der mindestens ein Mandat ausschlagen musste.⁴¹

Wer hier genau wo gewählt worden war, das war jedenfalls nicht einfach zu sehen. Bereits 1920 bemerkte ein Journalist, dass mit dem neuen Verhältniswahlrecht Ergebnisse nicht genau zu erkennen waren, denn zwischen Wähler und Gewählte schiebe sich „eine Rechenmaschine, deren Walten den Zufall der Zahl oft in eigenartiger Weise zur Geltung bringt“.⁴² In jedem Fall waren die komplexen Umrechnungen von Stimmenzahlen in Mandate und die nachträglichen Entscheidungen, wer welches annehmen würde, weit entfernt von der dramaturgischen Zuspitzung auf einige wenige Personen, die sich wie in Großbritannien im Moment der Ergebnisverkündung klar in Sieger und Besiegte teilten.

Die einzelnen Mandate fanden dementsprechend in der deutschen Öffentlichkeit weniger Aufmerksamkeit. Vielmehr zählte, wie viele Stimmen

⁴¹ Für 1920 ohne die Nachwahlen 1921/22. StatDR, 291, I, 4, 14, 94; 434, 13–42; vgl. 382, I, 121–189.

⁴² Julius Elbau, Das Ende der Koalitionsmehrheit, VZ, 9. 5. 1920.

eine Partei insgesamt erreicht hatte. Das lag allerdings nicht allein am Verhältniswahlsystem, denn es hatte sich bereits in der Vorkriegszeit abgezeichnet. Auch im späten Kaiserreich, als deutsche Kandidaten ähnlich wie ihre britischen Pendanten noch in Ein-Mann-Wahlkreisen aufeinander trafen, hatte sich die Aufmerksamkeit in hohem Maße auf die reichsweiten Ergebnisse der Parteien gerichtet.⁴³ So auch in den Wahl Nächten der 1920er und 1930er Jahre. Um etwas mit den Zahlen anfangen zu können, notierten Bürger bei den Ergebnisverkündungen die Resultate mit Bleistift auf Notizblöcke, sie addierten die Zahlen und versuchten so zu erschließen, wer gewonnen und wer verloren hatte.⁴⁴ Das war selbst mit solcher Vorbereitung nicht immer leicht zu sagen, wie noch die Zeitungsdebatten der folgenden Tage zeigten. Denn auch jenseits der lokalen Ebene produzierte das deutsche Wahlsystem keine eindeutigen Gewinner und Verlierer. In gewisser Weise setzten sich die Auseinandersetzungen des Wahlkampfes nach dem Wahlsonntag in Diskussionen darüber fort, wer nun mit wem koalieren sollte.

Vielleicht das eindrucklichste Beispiel dafür bietet die Wahl von 1928, weil diese gegen Ende einer Legislaturperiode lag und lange absehbar war – auch über mögliche Konstellationen nach dem Wahlgang konnte bereits lange im Vorfeld spekuliert werden. Nach dem Wahltag setzten sich die Debatten darüber noch wochenlang fort, nachdem die sogenannte Weimarer Koalition aus SPD, DDP und Zentrum knapp die Mehrheit verfehlt hatte. Von einer Erweiterung der Koalition mit Hilfe von Splitterparteien bis hin zu einer Minderheitsregierung der Weimarer Parteien oder der SPD alleine, selbst über eine Neuauflage einer rein bürgerlichen Regierung gab es Spekulationen. Noch am 22. Juni schien der wahrscheinlichste Ausgang – ein Bündnis von SPD bis DVP – vorerst gescheitert. Neue Verhandlungen standen an, da kam die Große Koalition nach Intervention Gustav Stresemanns doch noch zu Stande. Am 28. Juni, 39 Tage nach der Wahl, wurden die Minister ernannt. Einen Monat später verkündete das Satire-Magazin *Simplicissimus* wie eine Sensation: „Wir werden regiert!“ Selbst dann waren mehrere Parteien nur unverbindlich beigetreten; die Regierung firmierte als ein „Kabinet der Köpfe“, bis im

⁴³ Gawatz, Wahlkämpfe (2001), 373.

⁴⁴ Der Wahlsonntag, PP, 15. 9. 1930.

April 1929 schließlich eine formelle Koalition vereinbart wurde. „Quälende Regierungsbildungskrisen“ prägten die Weimarer Innenpolitik, so das Urteil Thomas Raithels,⁴⁵ und quälend empfanden dies auch Zeitgenossen. Wer die Verhältnisse in Großbritannien kannte, verfiel demgegenüber regelrecht in Neid: So ungerecht das Wahlrecht dort auch sein möge, bemerkte ein Beobachter der Unterhauswahl von 1929, immerhin führe es eine klare Entscheidung herbei und vermeide so die „unangenehmen Begleiterscheinungen“ einer deutschen Regierungsbildung.⁴⁶

Wie der diffuse Beginn einer Kampagne war auch ihr Ende in Deutschland weniger prägnant markiert als in Großbritannien. Sie endete nicht in einem zentralen Akt, der das Ende des Streits symbolisch markierte, sondern in Unklarheit und Spekulationen um das Ergebnis und seine Bedeutung. Die politische Auseinandersetzung im Wahlkampf, der sich in Deutschland lange hinzog, besaß damit einen fließenden Übergang zum friedlichen Alltag. Das trug auch dazu bei, den Konflikt dauernd am Köcheln zu halten. In Großbritannien dagegen war er deutlich auf eine kurze aber intensive Phase des Streits eingegrenzt, der eindeutig Sieger und Verlierer produzierte, von denen erwartet wurde, dass sie sich mit dem Ergebnis abfinden würden.

Auch die Auseinandersetzung selbst war so deutlicheren Beschränkungen unterworfen. Das zeigt sich beispielhaft, wenn wir zwischen Anfang und Ende der Kampagne eine erste inhaltliche Probebohrung in den Wahlkampf anlegen und exemplarisch die Diskussionen um den zurückliegenden Weltkrieg in beiden Gesellschaften nachzeichnen. Diese demonstrieren deutlich, dass man sich in Großbritannien auch im Streit selbst um seine Grenzen verständigen konnte, während er in Deutschland tiefer ins Grundsätzliche reichte.

Tabu und Konsens

Die Novemberwahl 1935 fand in Großbritannien in einem Klima der Sorge um einen erneuten Krieg statt. Zur Debatte stand die Frage, ob die

⁴⁵ *Simplicissimus*, 33 (1928) 18, 239; Raithel, *Funktionsstörungen* (2005), 248 (Zitat), 254 f.; Kolb, *Führungskrise* (1999).

⁴⁶ Weingartz, *Psychologie* (1929), hier 491; Goverts, *Wahlverfahren* (1930), 131; vgl. nur den Titel: *Die Qual nach der Wahl*, VZ, 9. 5. 1924.

Nation aufrüsten müsse, wogegen es großen öffentlichen Widerstand gab. Alex Wood, Labour-Kandidat in Cambridge, versuchte aus diesen Fragen Kapital zu schlagen. Wood präsentierte sich als Verfechter des Friedens gegenüber der nationalen Koalitionsregierung, die Gelegenheit um Gelegenheit versäumt habe, zu weltweiter Abrüstung und einem friedlichen Zusammenleben aller Völker beizutragen. In seinem Wahlprogramm illustrierte er diese Botschaft mit Antikriegslyrik, die wie eine Todesanzeige schwarz gerahmt war, sowie mit dem Bild eines typischen Weltkriegsfriedhofs. Darüber prangte in großen Lettern: „Wider das Vergessen“.⁴⁷

Selbstredend wiesen die Konservativen den Angriff zurück. Der wirkliche Stein des Anstoßes war für sie dabei aber nicht die Frage des Engagements um Abrüstung, sondern dass Wood den Weltkrieg für seine Argumente in Anspruch nahm: Für diejenigen, die ihre Liebsten im Großen Krieg verloren hätten, könne man sich nichts „Abscheulicheres“ vorstellen, als nun das Foto von Kriegsgräbern in einem Propagandablatt der Sozialisten zu sehen. In der Tat hatte Wood auch jenseits der parteipolitisch berechenbaren Reaktion des Gegners einen wunden Punkt getroffen. Schon zuvor hatte sich ein Leserbriefschreiber als „einfacher Bürger“ und Veteran gegen ihn gewendet, weil Wood seine Ansprache anlässlich der jährlich wiederkehrenden Feierlichkeiten zum Weltkriegsende am Armistice Day für parteipolitische Zwecke missbraucht habe. Wenn Wood wirklich Zusammenarbeit für den Frieden wolle, so der Leserbrief, dann hätte er damit anfangen können, es seinen politischen Gegnern gleich zu tun, die an dem Tag aus Respekt die Waffen niedergelegt und mit ihrem Schweigen dem politischen Kampf zeitweise Einhalt geboten hätten.

Tatsächlich hatten beide Parteien ein Abkommen geschlossen, am Armistice Day keine Wahlkampfveranstaltungen abzuhalten, und dies nicht nur in Cambridge. Im Großteil des Landes schwiegen die Kontrahenten an diesem Tag demonstrativ.⁴⁸ Wo dennoch politische Versammlungen

⁴⁷ Parliamentary Election, 1935, Election Addresses, Cambridge Central Library, Cambridgeshire Collection, C.33.3 („Lest we forget“). Zum nationalen Hintergrund Ramsden, Balfour and Baldwin (1978), 340 f.; Ceadel, Referendum (1980).

⁴⁸ Full House at „National“ Rally, CDN, 14. 11. 1935 („nauseating“); Election Letters, CDN, 12. 11. 1935; Election Jottings, CDN, 6. 11. 1935; Labour – Communist Unity, SDI, 11. 11. 1935.

abgehalten wurden, musste dies gut begründet werden: In Chesterfield etwa argumentierte die Labour Party, man sei zu spät darauf angesprochen worden, als dass man die Pläne für die Kampagne noch hätte ändern können. Man würde aber zu Beginn der Wahlversammlungen die Besucher auffordern, sich zur Erinnerung an die Weltkriegstoten zu erheben.⁴⁹

Dreizehn Jahre zuvor, als ebenfalls der Wahlkampf mit der Wiederkehr des Weltkriegsendes zusammengefallen war, hatte dies die Gemüter noch nicht in so hohem Maße bewegt – am Armistice Day 1922 waren Wahlversammlungen noch eher die Regel als die Ausnahme. Die spätere Praxis, die Auseinandersetzung an diesem Tag auszusetzen, zeichnete sich aber schon zu dieser Zeit ab. So berichtete ein konservativer Strategie aus dem südwestlich von London gelegenen Epsom, die Ankündigung zum Wahlkampfauftakt, am Armistice Day die Kampagne ruhen zu lassen, habe vollen Erfolg gehabt: Die Gegner hätten darin eine Chance gesehen und sich dem Waffenstillstand nicht angeschlossen – und seien daraufhin mit Buh-Rufen empfangen worden.⁵⁰

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch in der Darstellung und Selbstdarstellung von Kandidaten mit militärischem Hintergrund. Vor dem Krieg hatten sie darauf noch gerne verwiesen, und in der unmittelbaren Nachkriegszeit war die Frage des individuellen Beitrags zu den Weltkriegsanstrengungen wichtig. Heftig angegangen wurden nun Pazifisten und andere Kandidaten, deren Leistungen im Krieg in Zweifel gezogen werden konnten. Im Dezember 1918, als die Gesellschaft sich mental noch im Kriegszustand befand, war dies nicht verwunderlich, und auch bei der nächsten Unterhauswahl vier Jahre darauf gehörten derartige Angriffe noch selbstverständlich zum Repertoire. Im Verlauf der 1920er und besonders in den 1930er Jahren aber trafen Bezüge zum Militärischen zusehends auf Missbilligung. Selbst Kandidaten mit entsprechendem Hintergrund ließen sich nun zum Beispiel nicht mehr in Uniform porträtieren.⁵¹

49 No Truce For Armistice Day, SDI, 7. 11. 1935.

50 C. F. Davey, Electioneering Notes. Epsom, CAJ, März 1923, 55 f. („hoots“). Lawrence/Good, Electing John Bull (2005), zählen am Armistice Day 1922 insg. 36 Versammlungen (von 550 für die Kampagne erfassten), 1935 sind es nur 6 (von 526).

51 Good, „Quit Ye Like Men“ (2007), 158 f.; Wilson, Coupon (1964), 38–42; Hilson, Women Voters (2001), 333–337; Striking Sheffield Polls, SDI, 30. 12. 1918; Mr. Rewcastle's War Record, SDT, 11. 11. 1922.

In der Thematisierung des Kriegs folgten die britischen Wahlkämpfer offensichtlich der öffentlichen Meinung, die Selbstbeschränkung auf diesem Gebiet guthieß. Dem Streit waren damit Grenzen gesetzt, die für alle Parteien gleichermaßen galten. Im Verzicht auf Werbetätigkeit am Armistice Day 1935 wurden sie sichtbar inszeniert. Die andächtigen Momente zur Erinnerung an die Kriegstoten mochten dazu dienen, so ein Zeitungskommentar, „die Dinge hervorzuheben, die *wichtig* waren“⁵² – wichtiger als die anstehende Wahl.

Der Kontrast zu Deutschland könnte kaum markanter sein: Hier war der Krieg ein Thema, über das während der Wahlen stets heftig gestritten wurde. So zogen sich in die Kampagne zur Wahl der Nationalversammlung moralische Auseinandersetzungen um die gerechte Verteilung von Lasten und Lebensmitteln hinein, die schon während des Kriegs immer schwieriger zu überspielen gewesen waren, je länger er andauerte. In Zeitungsartikeln und Wahlversammlungen liefen Klagen über Bauern auf dem Land um, die den Frauen und Kindern von Frontkämpfern bewusst Lebensmittel vorenthielten, um diese dann überteuert verkaufen zu können. Umgekehrt beschuldigten landwirtschaftliche Interessenvertreter die Industriearbeiterschaft, in den Städten gut geschützt vor den Bomben prächtig an der Rüstungsproduktion verdient zu haben. Der Vorwurf illegitimer Profite vertiefte schließlich die ideologischen Gräben zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern: Als „Partei der Kriegsgewinnler“ attackierten etwa die pfälzischen Sozialdemokraten die DVP, als „Lebensmittelverteurer“, als „Kriegsverlängerer“ und als „blutiger Arbeiterfeind“ einige ihrer namentlich genannten Unterstützter.⁵³ Auch die bereits im Weltkrieg angefachte Debatte darüber, ob „die Juden“ ihren Teil zur Kriegsanstrengung beitrugen, fand ihre Fortsetzung in den Wahlkämpfen der Nachkriegszeit. Im Münsteraner Schützenhof versuchte noch im Mai 1924 ein Redner mittels Statistiken gegenüber den „lärmenden Kundgebungen“ einer völkischen Versammlung nachzuweisen, dass der

⁵² Armistice, SDI, 11. 11. 1935 („to emphasise the things that matter“, meine Hervorhebung).

⁵³ Schwarze Demagogie, PP, 4. 1. 1919; Das Programm der deutschen [!] Volkspartei und seine Bürger, PP, 10. 1. 1919; Ein Wahlschwindel der Kriegsgewinnler, PP, 11. 1. 1919; vgl. Chickering, *Great War* (2007), Kap. 10–13.

Vorwurf der Drückebergerei aus der Luft gegriffen sei, weil sie genau wie alle anderen ihren Mann gestanden hätten.⁵⁴

Ab 1920 kreiste die Thematisierung des Krieges um die Zuweisung von Schuld für die Misere, in der die Deutschen sich auf Grund der als ungemein hart empfundenen Friedensbedingungen des Versailler Vertrags sahen. Viel ist in diesem Zusammenhang über die Dolchstoßlegende geschrieben worden: Wer angesichts des Untergangs die Enttäuschung über die Sinnlosigkeit der Anstrengungen nicht wahrhaben konnte oder wollte, fand in der mächtigen Erzählung vom „Dolchstoß“ schon unmittelbar nach Kriegsende eine überzeugende Erklärung, die der verworrenen Situation von 1918/19 ihre Komplexität nahm, indem sie die Einteilung der Welt in Freund und Feind aus dem Krieg in den Frieden fortsetzte. Die Niederlage war in dieser Vorstellung eine Konsequenz nicht militärischer Unterlegenheit, sondern einer Unterminierung der Kriegsanstrengung durch die Heimat; der Zusammenbruch ein Resultat nicht von Erschöpfung, sondern der Revolution, die dem unbesiegt im Felde stehenden Heer im Herbst 1918 in den Rücken gefallen sei. In der Wahlpropaganda hielten Nationalisten von völkischen Splittergruppen bis hin zur DVP dies Sozialdemokraten und Linksliberalen vor. Damit griffen sie zugleich die Legitimität der Republik als ein korruptes System an, das die Verräter nach der Zerstörung der alten Ordnung aus der Taufe gehoben hätten – Ideologeme, an die um 1930 die Nationalsozialisten mit ihrer Agitation gegen die „Novemberverbrecher“ nahtlos anschließen konnten.⁵⁵

Weniger bekannt ist dagegen, wie unversöhnlich auf der anderen Seite auch die Linke polemisierte. Die Schuld am Zusammenbruch etwa warf der sozialdemokratische Stadtverordnete Paul Kleefoot in Ludwigshafen im Januar 1919 auf Junker und „Schlotbarone“ sowie ganz allgemein die bürgerlichen Parteien zurück. Noch fundamentaler waren die Anklagen, die in den Folgejahren die Auseinandersetzung anlässlich der Reichstagswahlen prägten – zuweilen als ein zentrales Thema der Wahlwerbung.

54 Frontkämpferversammlung im Schützenhof, MA, 2. 5. 1924; vgl. Rosenthal, „Ehre“ (2007).

55 Der Dolchstoß von hinten? WL, 5. 6. 1920; Heraus aus dem November-Sumpf! WL, 6. 12. 1924; Politische Plakate (1980), Nr. 49; ausführlich zur Wirkung v. a. Krumeich, Dolchstoß-Legende (2001), zum Wahlkampf im Mai 1924: 596; Ziemann, Konstruktion (2002), 110–118, mit Verweis auf ältere Literatur.

Immer wieder hieß es, die (bürgerliche) Rechte und der preußische Militarismus hätten den Krieg überhaupt erst verursacht, dann künstlich in die Länge gezogen und damit Deutschland ins Verderben gestürzt. Schlimmer noch: Wenn man sie ließe, würden sie es wieder tun. Bei Sozialdemokraten war damit ein energisches Bekenntnis zur Revolution und den neuen demokratischen Verhältnissen verbunden, die in systematischer Form der Unfreiheit und der ungerechten Klassengesellschaft der Vorkriegszeit gegenübergestellt wurden.⁵⁶

Überraschender als die sozialdemokratische Rhetorik ist vielleicht, dass auch in der Zentrumsparlei einzelne Verbände den Weltkrieg als ein Wahlargument heranzogen. An das Elend erinnernd hieß es etwa in dem großen Aufruf am Vortag der Dezemberwahl 1924 in der Pfalz, ein Rechtskurs würde einen neuen Weltkrieg bringen – wer Ordnung und Frieden wolle, müsse Zentrum wählen. Der Landesverband griff auch ein Jahr später anlässlich der Reichspräsidentenwahl offensiv Paul von Hindenburg als ein Kriegssymbol an, dem der eigene Kandidat, Wilhelm Marx, als Garant für den Frieden gegenübergestellt wurde. Mit der Parole: „Wir wählen keinen General“, kalkulierte die Partei auf die Abneigung gegen alles Militärische, und sie spielte auf die Erfahrung der sozialen Gräben zwischen einfachen Soldaten und der verhassten Offizierskaste im Weltkrieg an, die in der republikanischen Erinnerungskultur der 1920er Jahre gepflegt wurde. Auch sozialdemokratische und demokratische Wahlkämpfer arbeiteten „fieberhaft“ mit dem „verlogenen Schlagwort“, Hindenburg bedeute den Krieg, wie die Leitung seiner Wahlkampagne aus dem Berliner Stadtteil Schöneberg erfuhr.⁵⁷

All dies zeigt, was die Forschung zur Erfahrungs- und Erinnerungsgeschichte des Ersten Weltkriegs auf anderen Gebieten bereits in vielen Facetten herausgearbeitet hat. Die deutsche Gesellschaft war heillos zerstritten in der Frage, wie der Krieg zu verstehen und welche Lehren aus

⁵⁶ Aus der Wahlbewegung in der Pfalz, PP, 18. 1. 1919; eine Reihe von Artikeln in PP, 31. 5. 1920, sowie sehr deutlich: Ein letztes Wort! PP, 5. 6. 1920; Parade der Toten! VM, 2. 12. 1924; Politische Plakate (1980), Nr. 57–61 (1924–28); vgl. Abb. 3.

⁵⁷ NPL, 6. 12. 1924, 20. und 22. 4. 1925; Allerlei zur Reichstagswahl, NPL, 9. 9. 1930; Schönrock an Leitung des Reichsblocks, 24. 4. 1925, BArch, R 45 II/312, 237; vgl. Diogenes, Drinnen und Draußen, MZ, 6. 6. 1920; zum Hintergrund Ziemann, Front und Heimat (1997), 155–163; ders., Commemorations (2013), hier bes. 44–49, 78–93.



Abb. 3. Der Weltkrieg als Wahlkampffargument: Bilder aus einer Serie in der sozialdemokratischen Zeitung „Volkswille“, 17. und 18. 4. 1924.

ihm zu ziehen waren. Aktuelle politische Brisanz erhielten die Kämpfe um seinen Sinn, weil die verschiedenen Bedeutungsentwürfe untrennbar mit der Legitimität der Nachkriegsordnung selbst verknüpft waren.⁵⁸

Der Kontrast zu Großbritannien ist nicht verwunderlich, denn die Voraussetzungen hier waren vollkommen andere. Der Krieg mündete hier nicht in einen fundamentalen Bruch mit der alten politischen und gesellschaftlichen Ordnung, und es musste keine Schuld verteilt werden: Man hatte gewonnen. Zwar gab es auch in Großbritannien Auseinandersetzungen über die ungleiche Lastenverteilung, und auch die Frage nach dem Sinn des massenhaften Sterbens war nicht unumstritten. Aber anders als in Deutschland gab es von Anfang an gemeinsame Symbole der Erinnerung wie das Kenotaph in Whitehall und die zwei Schweigeminuten am 11. November, die nicht grundsätzlich angefochten wurden. Bis in die 1930er Jahre entwickelte sich auf dieser Grundlage eine einzige

⁵⁸ Siehe v. a. Ziemann, Erinnerung (1999); mit vielen Details ders., Commemorations (2013).

dominante Form des öffentlichen Gedenkens, die mit der Betonung der Gemeinsamkeit der erlittenen Opfer die Einheit der Gesellschaft beschwor. Öffentlich wurden Kontroversen um seine Bedeutung ausgespart.⁵⁹ Ein solcher Konsens war aber die Voraussetzung dafür, dass ein Thema für die politische Auseinandersetzung zum Tabu erklärt werden und damit Grenzen des Konflikts markieren konnte – auch wenn diese nur darin bestehen mochten, Differenzen als gegeben zu akzeptieren und deswegen aus dem Streit herauszuhalten.

Eine entsprechende Übereinkunft bestand in Deutschland über die Thematisierung des Weltkriegs offensichtlich nicht – insofern ist der Vergleich zugegebenermaßen ein wenig schief. Er ist dennoch aufschlussreich, denn ein ähnliches Tabu, das die Auseinandersetzung im Wahlkampf demonstrativ eingegrenzt hätte, wie es die Frage des Weltkriegs in Großbritannien tat, gab es in Deutschland auch anderweitig nicht. Man konnte sich hier nicht auf einen Gegenstand einigen, den alle Beteiligten als ein Tabu akzeptiert hätten.

Die Thematisierung des Weltkriegs deutet zugleich auf die Gründe dafür. Kleiner als in Großbritannien war wegen der Niederlage und des Systembruchs die Menge der Einigkeiten, die man in Deutschland selbstverständlich akzeptierte. Wie die Auseinandersetzung über die Schuld am Weltkrieg, die Niederlage und deren Konsequenzen außerdem zeigt, standen damit in der Weimarer Republik schnell grundlegende Fragen der politischen Ordnung und ihrer Legitimität auf der Tagesordnung. Fundamentalere als in Großbritannien gingen hier die Ansichten darüber auseinander, worüber man überhaupt legitimerweise streiten konnte, und worüber man den Konflikt besser vermied. Alles stand zur Debatte.

Man kann darin eine Eskalation der gesellschaftlichen Konflikte erkennen, die bereits im Kaiserreich angelegt und nun von der Erfahrung der Niederlage vertieft worden waren. Und eine Ausweitung der Auseinandersetzung in der deutschen Zwischenkriegszeit zeigte sich auch anderweitig: Ihre räumliche Ausdehnung nahm zu. In Deutschland stand nicht nur alles zur Debatte, die Debatte selbst fand auch an immer mehr Orten statt – anders als in Großbritannien.

⁵⁹ Gregory, *Last Great War* (2008), Kap. 8; Watson, *Different Wars* (2004), Kap. 5–7.

Ausweitung und Eingrenzung

Dass Wahlkämpfe an immer mehr Orte getragen wurden, war bereits eine Entwicklung des späten Kaiserreichs. Mit der Massenpolitisierung seit den 1890er Jahren beobachteten Zeitgenossen, wie kaum ein Dorf mehr vom Parteienstreit verschont bleibe. Dass allerdings schon seit der Jahrhundertwende die letzten „Oasen der Stille“ verschwunden seien und die nationale Politik in Form des Dauerwahlkampfs auch in die entlegensten Winkel gedrungen sei, wie es Andreas Gawatz für Württemberg behauptet,⁶⁰ ist fraglich. Denn bis in die 1920er und 1930er Jahre erzählten Zeitgenossen sich weiterhin typische Anekdoten, die das erstmalige Eindringen politischer Konflikte in eine zuvor unberührte, harmonische Welt thematisierten. Noch im November 1932 berichtete etwa die *Emsdettener Volkszeitung* von den unangenehmen Folgen der Wahlkampffexesse für einen Bauern aus dem Flecken Austum. Als dieser mit seinem Pferdekarren über eine Chaussee fuhr, habe sein Pferd sich vor Schreck aufgebäumt und sei nach vorn gestürzt, geradewegs gegen einen Baum. Die Insassen seien aus dem Wagen gefallen, dieser habe einen Achsbruch erlitten, das Pferd eine Verletzung, und die Kosten dafür habe natürlich niemand erstattet. Schuld trug, wie so oft in der Weimarer Republik, der Parteienstreit: Große farbige Wahlplakate an Häusern und Straßen hätten das Pferd zum Scheuen gebracht.⁶¹

Zwei Dinge sind an dieser Geschichte typisch: der ländliche Schauplatz, dem wir uns gleich zuwenden, sowie der Verweis auf die grelle Wahlwerbung im öffentlichen Raum. Diese empfanden Zeitgenossen nicht nur außerhalb der Städte als bedeutende Neuerung, denn vor 1914 war diese Art von Propaganda äußerst eingeschränkt gewesen. In Preußen und anderen Staaten des Reichs unterlagen Anschläge bis 1918 strikten Verboten und polizeilicher Zensur. Über kleinformatige und textlastige Veranstaltungsankündigungen hinaus, von geklebten Flugblättern kaum zu unterscheiden, waren die Parteien selbst kurz vor dem Krieg darum nur in geringem Maße im Stadtbild präsent. Ansätze zur Verwendung

⁶⁰ Gawatz, *Wahlkämpfe* (2001), 225 f.; dagegen etwa Becht, *Wahlkämpfe* (2006), 97.

⁶¹ Die Episode bei Bisping, *Wahlkämpfe in Emsdetten* (1974), 111. Insgesamt zeigt Bisping, dass selbst in einer Stadt von über 12 000 Einwohnern wie Emsdetten nicht alle Parteien zu Wahlkampfzeiten präsent waren.

großer, farbiger Plakate gab es nur vereinzelt. Das änderte sich plötzlich mit der Revolution, die einer rapiden Ausbreitung großformatiger Poster und lebhaften Diskussionen über derartige Propaganda den Weg bahnte.⁶²

In Großbritannien dagegen war dies in der Zwischenkriegszeit nichts Neues. Auch vor 1914 waren der Entwicklung großflächiger Werbung kaum staatliche, sondern einzig technische und finanzielle Grenzen gesetzt. In der britischen Öffentlichkeit erreichte die Bildpropaganda mittels Plakaten darum bereits um 1900, frei nach James Thompson, eine „zentrale Bedeutung“ für die Austragung politischer Konflikte.⁶³ Der vergleichsweise späte Einzug solcher Werbetechniken in Deutschland war dabei nur ein Symptom einer allgemeineren Entwicklung der 1920er Jahre. Die Sichtbarkeit der Parteien im öffentlichen Raum – und damit des politischen Konflikts selbst – nahm gegenüber der Vorkriegszeit bedeutend und ständig zu, wie auch Versammlungen unter freiem Himmel und demonstrative Kundgebungen zeigen sollten, die um 1930 immer beliebter wurden. Damit werden wir uns an späterer Stelle noch ausführlich beschäftigen.

Parteien drangen in Gegenden vor, in denen sie bis dahin den Gegnern deren Territorium kaum streitig gemacht hatten. Bei der Wahl zur Nationalversammlung unmittelbar nach Kriegsende fielen in kleineren Dörfern in ländlichen Gegenden vor allem Sozialdemokraten auf, die nie zuvor einen Fuß hierher gesetzt hatten. Zwar habe es auch vor dem Krieg hier und da einmal ein vereinzelt SPD-Flugblatt gegeben, berichtete etwa ein schlesischer Pfarrer. Aber fern der Großstadt sei für die meisten „von uns Dorfpfarrern“ im Winter 1918/19 zum ersten Mal überhaupt etwas vom Wahlkampf zu spüren gewesen.⁶⁴

Die Parteizentralen versuchten nach 1918 verstärkt, auf dem Land mit Organisationen oder Vertrauensleuten eine Präsenz zu etablieren, denn vielerorts waren sie bis dahin nicht vertreten. In Berichten an die Zentrale im Frühling 1924 beklagten etwa Kommunisten aus dem Bezirk West-

⁶² Etwa: Wahl-Plakate, VZ, 5. 6. 1920; Paul Kampffmeyer, Agitation und Politik, SozM, 34 (1928) 6, 467–472; dazu Gawatz, Wahlkämpfe (2001), 208, und zusammenfassend Biefang, Reichstagswahlen (2008), 243.

⁶³ Thompson, „Pictorial Lies“? (2007), Zitat 178 („centrality of pictorial propaganda to political conflict“); vgl. Roberts, Election Cartoons (2013), 370.

⁶⁴ Treblin, Dorfpfarrer (1918/19), 145; vgl. z. B. Provinzielle Nachrichten, WM, 15. 1. 1919; und für die Stadt Münster: Das Parteileben in Münster, MZ, 8. 1. 1919.

fallen wiederholt die düstere Situation; insbesondere in den ländlichen Gebieten des Münsterlandes sowie des Sauer- und Siegerlandes gebe es, obwohl man bei der zurückliegenden Wahl durchaus große Stimmenzahlen erreicht habe, praktisch keinerlei Organisation und kaum Abonnenten der Parteipresse. Im Münsterland konnte immerhin der Erfolg verzeichnet werden, dass innerhalb nicht einmal eines Monats seit Beginn der Arbeit die Anzahl der Ortsgruppen um die Hälfte gestiegen war: Eine Neugründung im Mai hatte deren Zahl auf drei erhöht.⁶⁵

Mit noch größeren Problemen hatte ein Organisator der DVP zu kämpfen, der für den Dezemberwahlkampf 1924 Propagandafahrten durch die Landkreise Gleiwitz und Beuthen in Oberschlesien durchführte, um einen Fuß in die Tür zu bekommen. Ungeschminkt berichtete er an die Zentrale, dass ihm „in Wirklichkeit“ mehrfach vollständige Unkenntnis entgegen geschlagen sei, „dass man mir sagte, ‚Was ist denn das für eine Partei, von der habe ich noch nie etwas gehört‘“. Ein großes Problem war dabei der Parteiname: Im Gegensatz zur Vorgängerorganisation, der National-liberalen Partei, war selbst sechs Jahre nach Gründung der Republik die Deutsche Volkspartei offenbar noch nicht überall bekannt. Der DVP-Organisator empfahl eine Rückkehr zu der alten Bezeichnung, denn seine Erfahrung bei jeder Wahl der letzten vier Jahre habe gezeigt, dass viele die Feinheiten zwischen Deutscher und Deutschnationaler Volkspartei nicht auseinanderhalten könnten – selbst eingeschriebene Mitglieder hätten am 6. Dezember 1924 aus Unkenntnis oder Verwechslung der DNVP ihre Stimme gegeben.⁶⁶

Deutlich zeigen solche Episoden, dass es noch viele Gebiete in Deutschland gab, die bis in die Zwischenkriegszeit nur begrenzte Erfahrung mit parteipolitischen Auseinandersetzungen gemacht hatten. Die Struktur der Parteienkonstellationen im Kaiserreich weist ebenfalls darauf hin. Lässt man aussichtslose Bewerber ohne nennenswerte Organisation und aktive Kampagne außen vor, standen sich in den einzelnen Wahlkreisen des Kaiserreichs nur jeweils zwei bis drei Parteien gegenüber. Nur durch die regionale Variation dieser jeweiligen Anordnungen ergab sich für das Reich insgesamt eine größere Zahl von Konkurrenten um die Mandate:

65 Bezirk Münster an Zentrale, Orbüro, Apr/Mai 1924, BArch, RY 1/I 3/20-21/20, 108 f., 115, 119.

66 Bericht über Propagandafahrten, 2.11.–6. 12. 1924, BArch, R 45 II/69, 106–108.

Die typische Gegenüberstellung von Sozialdemokratie, Zentrumsparterie sowie Liberalen und Konservativen verschiedener Richtung war darum vor allem eine virtuelle Konfliktkonstellation.⁶⁷ Erst nach 1918 nahm sie vor Ort konkretere Gestalt an, weil die einzelnen Parteien nun bestrebt waren, ihre Anstrengungen in den Gegenden zu verstärken, in denen sie bis dahin noch keine oder kaum eine Präsenz hatten. Die zentrale Motivation dafür gab das neue Verhältniswahlrecht, das jeder Stimme ein gleich großes Gewicht für die Mandatsverteilung zu geben versprach, auch wenn sie in einer gegnerischen Hochburg gewonnen wurde. Davon profitierten vor allem Parteien, die überall ihr volles Potenzial ausschöpfen konnten; und dafür mussten sie Sorge tragen, dass sie überall auch gewählt werden konnten.

Das war kein triviales Problem. Bis zur Reichstagswahl im Mai 1924 gab es nämlich wie im Kaiserreich auch in der Weimarer Republik keinen Einheitsstimmzettel. Es waren die Parteien selbst, die Stimmzettel herstellen und diese an die Wähler senden oder für ihre Verteilung vor dem Wahllokal sorgen mussten: Nur wenn Wähler über einen solchen Stimmzettel verfügten, konnten sie ihn mit ins Wahllokal nehmen, dort in einen Umschlag stecken und in die Urne einwerfen.⁶⁸ Theoretisch war es daneben möglich, handschriftlich selbst einen Stimmzettel anzufertigen, doch praktisch kam dies kaum vor. Das hing auch damit zusammen, dass Wähler dafür Name und Wohnort des Spitzenkandidaten fehlerfrei angeben mussten, wozu im Urteil der Zeitgenossen nur wenige in der Lage wären. Und das lag nicht an persönlicher Unfähigkeit: In kleineren und selbst in mittleren Ortschaften war es, wie schon Zeitgenossen argumentierten, äußerst schwierig, über die Bewerber etwas in Erfahrung zu bringen, wenn deren Partei nicht in irgendeiner Form präsent war. Mindestens forderte es Wählern einiges an eigenem Engagement und Wissen über die Welt jenseits ihres Dorfes ab, um außerhalb der gängigen lokalen Optionen abzustimmen.

Das änderte sich ab Mai 1924 mit der Einführung eines staatlich gefertigten Stimmzettels. Auf diesem musste nur noch eine Partei angekreuzt

67 Fenske, *Wahlrecht* (1972), 108; Gawatz, *Wahlkämpfe* (2001), 327–331.

68 Nur in Württemberg sollten staatlich gefertigte Stimmzettel für alle Parteien vor dem Wahllokal zur Verfügung gestellt werden – was nicht immer geschah: Meyer, *Wahlprüfungsgericht* (2010), 99 f., 203.

werden, was die Chancen der Konkurrenten auch in den kleinsten Dörfern näher aneinander rückte, weil nun jeder Wähler zumindest die volle Auswahl unter allen Bewerbern hatte. Ein Journalist prophezeite: Auch in kleinen Landgemeinden, die bisher ziemlich geschlossen abgestimmt hätten, würde nun mit einem größeren „Vielerlei“ der Wahlergebnisse zu rechnen sein. Schließlich bedürfe es nur einer zugkräftigen Parteibezeichnung auf dem Stimmzettel, um Unterstützer zu finden.⁶⁹ Und in der Tat versuchten einige kleinere Parteien, den neuen Stimmzettel als Plattform für kostenlose Werbung zu nutzen, indem sie Slogans oder halbe Programme als Parteibezeichnung drucken ließen. Phrasen wie die „Unpolitische Liste der Kriegsoffer, Arbeitsinvaliden und Unterstützungsempfänger (Volkswohlfahrtspartei)“ gehörten dabei noch zu den eher vagen Bezeichnungen. Konkreter wurden Listen wie „Gerechtigkeitsbewegung für Parteiverbot – gegen Lohn-, Gehalts- und Rentenkürzungen – für Arbeitsbeschaffung“ oder „Höchstgehalt der Beamten 5000 RM, für die Arbeitslosen und bis jetzt abgewiesenen Kriegsbeschädigten“.⁷⁰

Großen Erfolg hatten solche Gruppierungen nicht. Ihre Mühen verweisen aber darauf, dass tatsächlich darauf spekuliert wurde, dass die Wählerschaft die Vielfalt des neuen Stimmzettels genau ansehen würde. Wenn dann noch einige Wähler in der Tat eine der Möglichkeiten wahrnahmen, die sich ihnen nun auftraten, konnte dies vor Ort tiefgreifende Konsequenzen haben. Denn wie bereits gesehen, wurde in jedem Wahllokal einzeln ausgezählt – die Ergebnisse zeigten also vor Ort, inwiefern die neuen Optionen auch genutzt wurden. Nach Abschluss der Wahl wurden so neue Spaltungen in der lokalen Gemeinschaft sichtbar, die zuvor unter Verwendung der Parteienstimmzettel kaum Ausdruck finden konnten.

In Großbritannien war ein Einheitsstimmzettel bereits seit 1872 in Verwendung – die darauf sichtbaren Parteienkonstellationen waren also bereits seit langem überall die gleichen geblieben. Traditionell entsprach im 19. Jahrhundert so die Konfliktstruktur in den einzelnen Wahlkreisen mit kleinen Variationen auch der nationalen Konfrontation von Liberalen und Konservativen. Neu war seit dem späten 19. Jahrhundert nur die Labour Party, die nun auf die politische Bühne drängte. Und tatsächlich war es am

69 Wie wähle ich Zentrum? MA, 30. 4. 1924.

70 StatDR, 372 (Reichstagswahl 1928), I, 18, 21; StatDR, 434 (Reichstagswahl Juli 1932), 19 f., 25, 38.

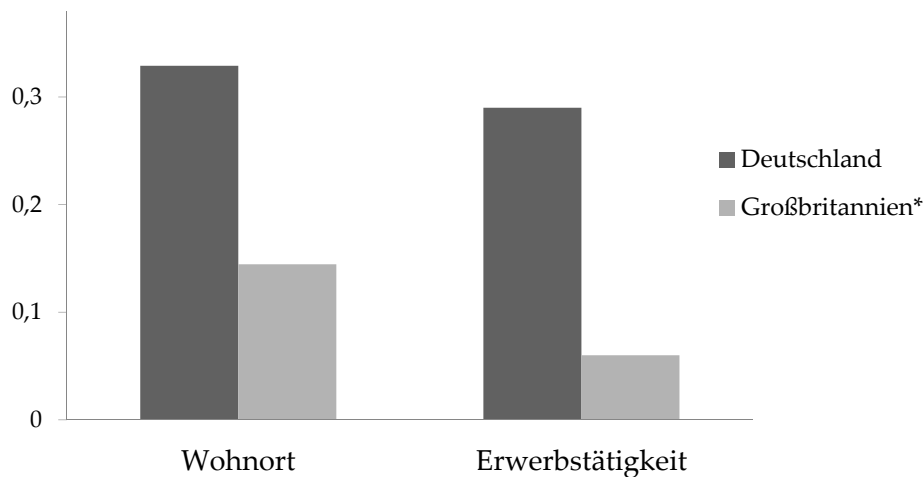


Abb. 4. Ländlicher Bevölkerungsanteil nach Wohnort und Erwerbstätigkeit, 1931/1933. Für Daten und Quellen, siehe Anm. 72.

ehesten die Labour Party, die sich in der Zwischenkriegszeit mit ähnlichen Schwierigkeiten wie in Deutschland konfrontiert sah, die Bekanntheit der eigenen Partei überall sicherzustellen.

So machten auch Organisatoren der Labour Party Anfang der 1920er Jahre Andeutungen über die Unbekanntheit der Partei in ländlichen Gegenden, wo sie erstmals auftrat. Mit den typischen Klagen über die Schwierigkeit, auf dem Land Fuß zu fassen, war damit allerdings vornehmlich gemeint, dass die Menschen falsche Vorstellungen von der Bewegung und ihrem Programm hätten, weil ihnen die Früchte politischer Bildung bisher verwehrt geblieben seien – von völliger Unkenntnis über die Existenz der Partei, wie sie dem DVP-Organisator in Oberschlesien entgegenschlug, war dagegen kaum die Rede.⁷¹ Das ländliche Großbritannien war schon deutlich länger und gründlicher für die Auseinandersetzung zu Wahlzeiten erschlossen, als das in Deutschland der Fall war.

Nicht zuletzt lag das auch daran, dass es in Großbritannien nicht so große ländliche Gebiete gab, in welche die Parteien vorstoßen konnten. Die deutsche Gesellschaft war wesentlich ländlicher geprägt, denn noch Anfang der 1930er Jahre lebte ein Drittel aller Deutschen in Orten, welche

⁷¹ Griffiths, Labour (2007), die das Thema erschöpfend behandelt, spricht nur an einer Stelle von „unheard of“ (51), vermutlich mit Verweis auf H. N. St. Dunstan White, *The Village Meeting*, LO, Juli–Aug 1922, 16 f. Dort trägt der Begriff die Konnotation „unerhört“ – solches Unerhörtsein setzt aber Bekanntsein voraus.

die Statistiker der Zeit als „Landgemeinden“ bezeichneten: Dörfer mit weniger als 2000 Einwohnern. Für Schottland sind vergleichbare Zahlen nicht einfach zu berechnen, aber der Anteil der Engländer und Waliser, die in ähnlich kleinen Gemeinden lebte, war mit etwa 15 Prozent nicht einmal halb so groß. Und selbst von diesen waren viele eng an städtische Lebenswelten angebunden, wie ein Blick auf die Berufsstruktur der Bevölkerung zeigt. Viele von denen, die im Grünen wohnten, arbeiteten im nächstgrößeren Ort: Nur etwa einer von siebzehn britischen Erwerbstätigen war Anfang der 1930er Jahre noch in der Land- und Forstwirtschaft oder der Fischerei tätig. In Deutschland traf dies 1933 auf einen fünfmal so großen Anteil zu: Jeder dritte Deutsche wohnte nicht nur, sondern arbeitete auch auf dem Land (vgl. Abb. 4).⁷² Während die britische Gesellschaft also praktisch überall bereits an ein hohes Maß öffentlicher Konfliktaustragung gewohnt war, gab es in Deutschland selbst in den 1920er und 1930er Jahren noch viele Orte, die nun erstmals mit dem Wahlkampfgeschehen konfrontiert wurden.

Die Zunahme des öffentlichen Streits wurde dabei in der Weimarer Republik empfindsam registriert und als problematischer Exzess thematisiert. Die Kehrseite dessen war ein starkes Bedürfnis zu offizieller Regulierung. Bekannt sind vor allem die Demonstrations-, Uniform- und Schnapsverbote der frühen 1930er Jahre, die in einem aufgeheizten Klima der Gewalt Einhaltung gebieten sollten. Diese unterschieden sich aber mehr in ihrem Umfang als grundsätzlich von staatlichen Interventionen zur Glättung der Wogen politischer Leidenschaften, die schon lange vorher üblich waren. Bereits unmittelbar nach dem Weltkrieg etwa ermöglichten staatliche Stellen in Ostpreußen, den Ausschank von Hochprozentigem zu verbieten, um für Ruhe an den Wahlsonntagen im Januar 1919 zu sorgen. In

⁷² Bewohner in deutschen „Landgemeinden“: 32,9 % (Petzina/Abelshauser/Faust, Arbeitsbuch (1978), 36 f.). Für England und Wales berechnet nach Southall u. a., Census Data (2004), Summe aller Einwohner in Parishes unter 2000 Einwohnern geteilt durch die Gesamteinwohnerschaft: 1921 = 15,76 %, 1931 = 14,45 %. Diese Rechnung überschätzt noch die ländliche Bevölkerung, weil einige der so aufgeführten Parishes, historischen Einteilungen folgend, in Großstädten liegen. Für Schottland sind die geographischen Einheiten der Volkszählungsdaten unklar, darum habe ich keine Vergleichsziffer berechnet. Erwerbstätigenziffern: 6 % in Großbritannien 1931 gegenüber 29 % in Deutschland 1933, berechnet nach International Historical Statistics (2013), Tab. B1.

Münster wurde für die Wahl zur Nationalversammlung sogar der sogenannte „Bummel“ auf dem Prinzipalmarkt im Herzen der Stadt „gänzlich verboten“, um die Straßen leer zu halten. Der Explosion von Wahlwerbung im öffentlichen Raum begegneten städtische und staatliche Regierungen vielerorts seit 1920 mit Abkommen und strengem Vorgehen gegen „wilde Plakatierung“ – einzig auf dafür vorgesehenen Reklamewänden sollten die Konkurrenten sich präsentieren dürfen.⁷³

In Westfalen handelte im April 1924 zudem der Oberpräsident der Provinz mit Vertretern von Parteien und Presse ein Abkommen aus, dass die Wahlkampfführung in geordnete Bahnen lenken sollte. Es richtete sich nicht nur gegen Störungsversuche in Versammlungen sowie unwahre Behauptungen und persönliche Angriffe in der Agitation, sondern auch gegen das Abreißen und Überkleben gegnerischer Plakate. Zudem sollte zumindest die Karwoche „möglichst frei von politischen öffentlichen Versammlungen“ gehalten werden. Der Entschluss, den bis auf die KPD alle Parteivertreter annahmen, machte Schule: Auch in der benachbarten Rheinprovinz wurden entsprechende Vereinbarungen getroffen.⁷⁴ Schon im Dezember desselben Jahres griff der Oberpräsident dann noch entschiedener ein: Wie es auch ab 1930 weit verbreitet war, verbot er kurzerhand im Interesse der öffentlichen Ordnung überall in der Provinz Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel am Wahltag.⁷⁵

Ähnliche Interventionen von außen gab es in Großbritannien nicht. Hier vertraute man ganz auf die Selbstregulierung des Wahlkampfgeschehens. Schließlich war man bereits einiges gewohnt, weil die politische Auseinandersetzung praktisch überall schon um einiges länger hoch sichtbar gewesen war. Zudem setzte das britische Wahlrecht dem Konflikt deutlichere Grenzen – an den klaren Markierungen von Wahlkampfauftritt und Ende der Kampagne haben wir das bereits gesehen. Hinzu kamen Höchstgrenzen für die Wahlkampfausgaben, die in Großbritannien gesetzlich festgelegt waren. Die Wahlrechtsreform von 1918 reduzierte diese dras-

73 Oberpräsidenten an Landräte, o. D.; Regierungspräsident (Allenstein) an Oberpräsident, 16. 1. 1919, GStA PK, XX. HA, Rep. 2, II, Nr. 2998; Bekanntmachung, WM, 19. 1. 1919 (Zitat, Hervorhebung im Original); Schröder, *Ceremony and Carnival* (2013), 49.

74 Sachlicher Wahlkampf in der Provinz Westfalen! MA, 7. 4. 1924 (Zitat, Hervorhebung im Original); Aus der Wahlbewegung, MA, 14. 4. 1924.

75 Aus der Stadt, MA, 5. 12. 1924.

tisch, während sich zugleich die Preise für zentrale Wahlkampfposten wie Papier und Druckkosten mit der Inflation über den Weltkrieg vervierfacht hatten.⁷⁶ Die Möglichkeiten der Parteien zur Werbung im öffentlichen Raum schränkte dies gegenüber der Vorkriegszeit weiter ein – die Änderungen am britischen Wahlsystem hatten so einen konträren Effekt zu der Wahlkampfausweitung in Deutschland.

Wenn überhaupt, war es eine stärkere Eingrenzung des Konflikts, die man in Großbritannien nach dem Krieg beobachtete. Eine weitere Änderung des Wahlrechts trug hierzu bei: Erstmals fanden nach 1918 Parlamentswahlen überall zur selben Zeit statt. Vor dem Krieg hatten sie sich noch über einen Zeitraum von zwei oder mehr Wochen erstreckt: Im Januar 1910 etwa waren 16 Tage von der Wahl des ersten bis zu der des letzten Abgeordneten vergangen.⁷⁷ Das ließ Aktivisten viel Zeit, nach einer abgeschlossenen Wahl in den nächsten Wahlkreis zu ziehen, um auch dort die Kampagne der örtlichen Organisation zu unterstützen. Nach 1918, als die Auseinandersetzung zeitlich überall parallel verlief, war das vorbei. Allein diese Änderung habe „mehr als alles andere“ dazu beigetragen, Wahlen zu „beruhigen“, wie ein Beobachter bereits im Dezember 1918 feststellte, denn ein Großteil des Tumults der Vorkriegszeit sei auf die große Zahl der herumreisenden Wahlkämpfer zurückgegangen.

Der Eindruck eines Abklingens der Leidenschaften war verbreitet. Die gesamte Zwischenkriegszeit begleiteten Kommentare über den vergleichbaren Mangel an Aufregung und Begeisterung die Wahlkämpfe, hinter denen auch die Sorge um Teilnahmslosigkeit und Desinteresse bei der Bürgerschaft stand.⁷⁸ Anders als in Deutschland vermisste man geradezu eine intensivere öffentliche Auseinandersetzung und die demonstrative Zurschaustellung politischer Differenzen im öffentlichen Raum, die vor dem Krieg noch üblich gewesen sei. Eingriffe zu einer weiteren Regulierung des Schlagabtauschs brauchte es vor dem Hintergrund dieser Wahrnehmung nicht.

⁷⁶ Lawrence, Masters (2009), 110; Dawson, Money (1992).

⁷⁷ Daten aus Craig, Electoral Facts (1989), 151 f. Ausnahmen waren noch nach 1918 die bereits erwähnten Universitätssitze, für die der Wahlkampf allerdings auch nur in der universitätsinternen Öffentlichkeit von Bedeutung war.

⁷⁸ A Tour in London, Observer, 15. 12. 1918 („has done more than anything else to make elections quiet“); vgl. z. B. The Election, YTS, 13. 11. 1922; The Silent Election, Western Times, 7. 12. 1923; Apathy! SDI, 6. 11. 1935.

Wohl gemerkt ist damit im Vergleich nichts darüber gesagt, ob der Konflikt in Großbritannien ein kleineres Ausmaß hatte als in Deutschland. Diese Frage muss, sofern sie überhaupt beantwortet werden kann, an dieser Stelle offen bleiben. Schließlich bezogen die Beobachtungen der Zeitgenossen sich einzig auf ihre jeweils *eigenen* Erfahrungen in der Vorkriegszeit: In dieser Wahrnehmung nahm also der Parteienstreit in Deutschland zunehmend exzessive Formen an, während die Briten die umgekehrte Erfahrung eines Rückgangs der gewohnt überschwänglichen Auseinandersetzungen im öffentlichen Raum machten. Diese konträren Empfindungen trugen dazu bei, dass der Auseinandersetzung insgesamt in beiden Gesellschaften eine unterschiedlich hohe Bedeutung beigemessen wurde. Das zeigte sich schließlich darin, dass der Wahlkampf in Deutschland und in Großbritannien in ein anderes Verhältnis zu anderen Aktivitäten des Alltags gesetzt wurde.

Prioritäten

Auch während der Wahlkampfzeit wurde nicht permanent gestritten – irgendwie musste die politische Auseinandersetzung sich in den Alltag fügen, der normal weiter lief. So fand etwa der Großteil der Wahlversammlungen in Deutschland wie in Großbritannien in den Abendstunden statt, weil die Möglichkeiten für den Wahlkampf tagsüber an Wochentagen beschränkt waren: Frauen konnten zu speziellen Versammlungen eingeladen werden, weil die meisten von ihnen im Haushalt beschäftigt waren und ihre Zeit selbst einteilen konnten; Arbeiter und Angestellte musste man schon in der Mittagspause im Betrieb aufsuchen, wenn man sie vor Feiertag umwerben wollte.

Viel Zeit für Politik gab es im Wochenrhythmus dagegen am Samstag und Sonntag. Trotzdem nahm in Großbritannien gerade dann die Kampagnentätigkeit ab. An Samstagen fanden weniger Veranstaltungen statt als an den Wochentagen, an Sonn- und Feiertagen ruhte die Wahlkampfaktivität üblicherweise vollständig – ein Muster, das man bereits im 19. Jahrhundert beobachten kann. Das lag nicht nur am Erholungsbedürfnis der Wahlkämpfer, auch religiöse Gründe wurden ins Feld geführt. So schrieb ein Baptist aus Creswell 1929 in einem Leserbrief, dass man Männern, die keinen Respekt vor dem heiligen Tag hätten, auch besser

keine Macht anvertraue. Er glaube darum fest, dass in Barnsley der Liberale William Sutherland gegen seinen Konkurrenten von der Labour Party gewinnen werde, weil er anders als dieser am Sonntag die Kampagne ruhen lasse. Gott sage, „wer mich ehrt, den will auch ich ehren“. (Gott selbst war allerdings weniger streng – Sutherland verlor mit über 9000 Stimmen.)⁷⁹

Dieses Muster war typisch. Den meisten Vertretern der älteren Parteien war die Nutzung des Sonntags für den Wahlkampf „selbstverständlich zuwider“, wie es ein liberaler Stratege ausdrückte. Dagegen hatten Sozialisten weniger Bedenken, am Sonntag zu agitieren, was ihnen regelmäßig den Vorwurf des Atheismus einbrachte. Die anschließenden Zeitungsdebatten zeigten, dass die Konvention nicht so selbstevident war, dass sie nicht auch in Frage gestellt werden konnte. Immerhin folgte ihr bis 1935 die überwältigende Mehrheit aller Wahlkämpfer. Von über 1000 Versammlungen, die in einem quantitativen Forschungsprojekt für 24 lokale Kampagnen 1922 und 1935 in 13 verschiedenen Wahlkreisen erfasst sind, fanden nur acht an einem Sonntag statt, darunter keine einzige konservative.⁸⁰ Damit pausierte in gewisser Weise die Auseinandersetzung insgesamt. Nur drei Tage vor der Wahl im Oktober 1924 war das zumindest der Eindruck, den ein Reporter in Sheffield der Stadt abgewann: An diesem Sonntag habe man überall nicht über die anstehende Entscheidung, sondern vor allem über das Wetter, über Fußball und andere Dinge geredet. Möglicherweise, so der Journalist, habe sich die Einwohnerschaft für eine Weile ganz gezielt aus der Politik zurückgezogen.⁸¹

In Deutschland dagegen gab es keine Pause am Wochenende: Sogar die Wahl selbst fand seit der Revolution stets an einem Sonntag statt. Klagen darüber gab es nur vereinzelt. Ein Ruhetag gehe damit verloren, den gerade die Fabrikarbeitserschaft in den Städten dringend nötig habe,

⁷⁹ J. H. Farrall, *Sunday Meetings*, SDI, 20. 5. 1929; Ergebnis nach Field, *Electoral Data* (2007). Vgl. O’Gorman, *Voters* (1989), 95.

⁸⁰ Kalkuliert aus Lawrence/Good, *Electing John Bull* (2005). Bei drei Versammlungen liegt offenbar ein Tippfehler vor, ich habe das Datum darum je um einen Monat nach vorne korrigiert für: 1935/041/001, 1935/041/002, 1935/081/003. T. F. Tweed, *The Bye-Elections*, LA, Jan 1920, 27–36, hier 32 („the use of Sunday for this work is naturally abhorrent“); vgl. *Holiday Truce in Sheffield*, SDI, 20. 5. 1929; *Sunday Electioneering*, SDI, 9., 10., 11. 12. 1918; *Sunday Meetings*, LA, Juli 1927, 100.

⁸¹ *Conversation*, YTS, 27. 10. 1924.

meinte etwa ein konservatives Blatt – in nicht ganz aufrichtiger Sorge, denn die Wahl am Sonntag bedeutete auch, dass die Fabrikarbeiterschaft in den Städten es leichter als an einem Werktag hatte, ihren wenig konservativen Neigungen mit dem Stimmzettel Ausdruck zu verleihen. Wie in Großbritannien wurden auch religiöse Gründe ins Feld geführt,⁸² doch praktisch hatte kaum jemand ernsthaft etwas gegen politisch ausgefüllte Sonntage einzuwenden. Selbst die Zentrumsparterie, die immer wieder als die Verteidigerin der Religion auftrat, veranstaltete in aller Regelmäßigkeit politische Versammlungen am Tag des Herrn. Ein interner Bericht formulierte gar wie selbstverständlich, dass Autos vor allem „des Sonntags für die Wahlredner“ auf dem Land genutzt werden müssten,⁸³ weil dies standardmäßig zu den Aktivitäten der Parteien gehörte.

In der Tat gibt es mehr Hinweise darauf, dass in Deutschland gerade am Wochenende und am Sonntag die politischen Wellen höher schlugen als an den übrigen Wochentagen. Schließlich konnten die Wahlkämpfer am Wochenende ausgedehnte Touren in die großen ländlichen Gebiete unternehmen, um die Botschaft der Partei auch in die vielen kleinen Dörfer zu tragen. Das zeigen allein veröffentlichte Terminkalender für Wahlversammlungen: So fanden von den etwa 470 öffentlichen Wahlveranstaltungen, die meine Auszählung der Ankündigungen von SPD und Zentrum im August und September 1930 für die Pfalz ergeben hat, fast 280 am Wochenende statt, davon 149 Versammlungen, also mehr als die Hälfte, an einem Sonntag.⁸⁴

In Deutschland wurde der Wahlkampf also durchgängiger geführt als in Großbritannien. Dieser Eindruck vertieft sich mit einem Blick darauf, wie Wahlkämpfer in beiden Gesellschaften Zeit aus ihrem üblichen Alltag für die Kampagnenführung aufbringen konnten. Der Wahlkampf war schließlich keine Vollzeitarbeit für das ganze Jahr, für den Aktivisten regulär angestellt wurden, sondern er brach alle Jahre für ein paar Wochen in den üblichen Alltag ein und lebte dann von einer großen Zahl freiwilliger Helfer, die Reden hielten, Flugblätter verteilten, an Haustüren klopfen.

82 Wahlsonntage, Deutsche Tageszeitung, 21. 6. 1920; Berichte der Wahlkommissare 1919, BArch, R 1501, 114494, 108.

83 Bericht über Parteibeamtentagung in M.-Gladbach, 8. 9. 1927, ACDP, 01-586/Ko34.

84 Die Zahlen basieren auf einer Auswertung der *Pfälzischen Post* sowie der *Neuen Pfälzischen Landeszeitung*.

Die Unterstützer mussten dafür Zeit und gegebenenfalls einen Ausgleich für den Lohn finden, der ihnen in dieser Zeit entging – und das fiel in Deutschland leichter.

So lassen sich in den Überlieferungen preußischer staatlicher Stellen Anweisungen finden, dass öffentlich Beschäftigten „in entgegenkommender Weise“ der Urlaub zu gewähren sei, der zur Vorbereitung der Wahl erforderlich sei, wenn sie als Kandidaten antraten. Arbeitern im Staatsdienst, die nicht verbeamtet waren, sollte in diesem Fall sogar der Lohn weiter gezahlt werden.⁸⁵ An preußischen Schulen gingen die Regelungen noch weiter. Sofern der geregelte Unterrichtsbetrieb davon nicht gestört werde, wies der zuständige Minister 1920 an, sollten nicht nur Lehrer beurlaubt werden, die als Reichstagskandidaten antraten. Auch Wahlhelfern sei auf Antrag ihrer Parteiorganisation Urlaub zu gewähren – bis zu einer Gesamtdauer von neun Tagen.⁸⁶ Neben Berufsgruppen, die ohnehin freier über ihre Zeit verfügen konnten – Selbstständige oder Kleriker etwa – stand so mit staatlich Beschäftigten ein weiterer großer Personenkreis zur Verfügung, der einigermaßen gleichmäßig auf ganz Deutschland verteilt lebte und sich in der heißen Phase rund um die Uhr dem Wahlkampf widmen konnte: Es ist kaum verwunderlich, dass Lehrer in Deutschland eine zentrale Rolle als Versammlungsredner und -organisatoren spielten.

Zudem war es nicht unüblich, Wahlkämpfer zu bezahlen. Wer seiner Partei mit Reden, der Verteilung von Flugblättern und Wahlzeitungen oder dem Kleben von Plakaten half, konnte auf Entlohnung hoffen. Für findige Geister war das äußerst einträglich. So wusste die Reichstagsgeschäftsstelle der DVP im April 1928 von einem „politisch nicht ganz kapitelfest[en]“ Landwirt zu berichten, der sich Vorschüsse für seine Übernachtungskosten zahlen ließ, ohne diese dann aber im Hotel zu begleichen, so dass im Nachhinein weitere Forderungen an die Partei herangetragen würden:⁸⁷ Offenbar waren die Spesen eine einträgliche Sache, ganz abgesehen von den Redehonoraren, die dazu kamen. Hierbei handelte es sich um einen

85 Anweisung des Ministers für öffentliche Arbeiten, 14. 1. 1919; Allgemeine Verfügung des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, 15. 1. 1919, GStA PK, XX. HA, Rep. 2, II, 2998, 42 f.

86 Schreiben an die Provinzial-Schulkollegien, 11. 5. 1920, GStA PK, I. HA, Rep. 76 Seminare, 2417, 10.

87 Vertrauliche Mitteilung, 28. 4. 1928, BArch, R 45 II/225, 254–256.

Extremfall; aber er wirft ein Schlaglicht darauf, dass Zahlungen aus den Wahlkampfkassen der Parteien nicht nur Verdienstaufwände kompensierten, sondern sogar einen willkommenen Zuverdienst boten.

Das galt selbst für einfache Tätigkeiten wie die Begleitung von Diskussionsrednern in gegnerische Versammlungen – fünf bis sieben Mark pro Person und Abend gab es dafür, schätzte ein Beobachter Ende der 1920er Jahre. Reich wurde man damit nicht, aber im Vergleich mit anstrengenderen Arbeiten war eine solche Bezahlung recht ansehnlich. Ein Drucker oder Bauarbeiter musste zur selben Zeit für einen ähnlichen Verdienst etwa einen halben Tag arbeiten; und eine Schicht im Bergbau lag mit 6,50 Mark bis 8 Mark nicht wesentlich darüber.⁸⁸ Kein Wunder also, dass man mitunter Arbeiter die Werbeschilder ihrer „geschworenen Feinde“ tragen sah, wie ein sozialdemokratischer Kommentator im Dezember 1924 traurig über einen Aufzug der örtlichen DVP durch Ludwigshafen bemerkte – offenbar würden die Bürgerlichen so gut zahlen, dass einige Proletarier über ihre Armut die Loyalität zur Sache vergäßen.⁸⁹

In Großbritannien wäre das illegal gewesen. Bereits in den 1880er Jahren wurde den lokalen Parteien im Rahmen der Korruptionsbekämpfung verboten, Redner oder andere Stimmenwerber für ihre Anstrengungen zu entlohnen. Schreibkräfte und Boten durften bezahlt werden, doch ihre Tätigkeit im Hintergrund prägte die öffentliche Konfliktaustragung eher indirekt. Zum Teil konnten diese Regeln umgangen werden, indem die nationale Parteizentrale Redner und Stimmenwerber zum Einsatz in den Wahlkreisen bezahlte. Doch die Wahlrechtsreform von 1918 beschränkte die Möglichkeiten hierfür weiter, indem sie die gesetzlich erlaubten Ausgaben reduzierte und den Wahltag überall anglich. Von den Parteizentralen bezahlte Aktivisten konnten nun nicht mehr so effektiv von Wahlkreis zu Wahlkreis ziehen und Kampagne nach Kampagne unterstützen, weil diese nun überall gleichzeitig stattfand. Zugleich wuchs vor Ort der Anreiz, Personalkosten zu drücken. In der Tat gaben britische Kandidaten 1935,

88 Was die Reichstagswahlen kosten, *Montagspost*, 21. 5. 1928; Bry, *Wages* (1960), Tab. A-3, A-4, A-7 (334, 337, 345).

89 Das Urteil des deutschen Volkes, *PP*, 8. 12. 1924; vgl. Bytwerk, *Versammlungspraxis* (1996), 39.

bezogen auf ihr Gesamtbudget, insgesamt fast zwölf Prozent weniger dafür aus als noch 1922.⁹⁰

Britische Kandidaten waren so mehr und mehr auf freiwillige und – vor allem: unbezahlte Hilfe angewiesen. Mit welch begrenzten Mitteln mitunter der Wahlkampf bestritten wurde, zeigt eindringlich die erste Labour-Kampagne in Cambridge direkt nach dem Weltkrieg. Zum ersten Mal überhaupt trat die Arbeiterpartei in dieser Tory-Hochburg an, wobei die Arbeit im ländlichen Wahlkreis Cambridgeshire um die Stadt herum besonders aufreibend war. Wie sich mit Leah Manning eine der Beteiligten erinnerte, musste hier der Kandidat Albert Stubbs fast vollständig ohne Unterstützung der in der Stadt angesiedelten Organisation auskommen. Nur drei der Aktivisten erklärten sich bereit, ihm gegen Ende der Kampagne an den Abenden beizustehen, darunter auch Manning. Außer in den Abendstunden hätte Stubbs ohnehin keine Zeit gehabt, denn von seiner Arbeit als Drucker bei der Lokalzeitung nahm er außer für die Einreichung seiner Nominierung nicht eine Stunde frei.

Seine Kampagne sah nun so aus: Manning fuhr auf dem Fahrrad zur Druckerei, wo sie Stubbs direkt nach Feierabend traf, um halb sechs. Es muss draußen schon dunkel gewesen sein, als die beiden zur Stärkung eine Tasse Tee tranken, während Stubbs sich notdürftig die Druckerschwärze von den Händen wischte. Dann ging es auf einem Motorrad in das erste Dorf, wo die zwei hintereinander je eine Wahlkampfreden hielten, während jeweils der andere den Vorsitz über die Veranstaltung führte – und immer so weiter, von Dorf zu Dorf, so lange sie ein Publikum fanden.⁹¹

Es ist in solchen Erinnerungen einiges an Überspitzung zu vermuten, der Pflege eines Mythos geschuldet, nach dem eine kleine Gruppe Überzeugter ohne Mittel aus dem Nichts kam und entgegen alle Erwartungen die Welt veränderte. Aber völlig aus der Luft gegriffen war diese Art der Kampagnenführung nicht, und an anderen Orten dürfte es ähnlich zugegangen sein wie in Cambridgeshire. Schließlich stellte die Labour Party gezielt in einer ganzen Reihe ländlicher Wahlkreise gleichermaßen dürftig

⁹⁰ Die absolute Abnahme war 3,5 Prozentpunkte (von 28,8 Prozent der Gesamtausgaben 1922). Aufwendungen für Agenten und Schreibkräfte/Boten kalkuliert für Boroughs und Counties in England, Schottland und Wales nach den Election Expenses 1922 bis 1935. Dazu Lawrence, Masters (2009), 65 f.; Pollock, Money (1932), 161–166.

⁹¹ Manning, Life (1970), 54–57.

organisierte und finanzierte Kandidaturen auf, deren Hauptzweck es war, die Liberalen aus der Rolle der größeren Oppositionspartei zu drängen und zu demonstrieren, dass eine regierungsfähige sozialistische Mehrheit theoretisch möglich war.⁹²

Das Gros insbesondere der konservativen Kandidaten war dagegen sehr viel finanzstärker als Albert Stubbs. Entscheidend ist an dieser Stelle aber, dass es in Großbritannien einer solchen wirtschaftlichen Unabhängigkeit eher bedurfte, weil es kaum ein Entgegenkommen gab, um sonst eine Kandidatur zu ermöglichen. Denn umgekehrt gab es hier etwa keine den deutschen Verhältnissen ähnliche Urlaubsregelungen. Im Gegenteil: Tatsächlich waren sich Experten nicht sicher, ob es einem Arbeitgeber rechtlich überhaupt erlaubt war, Angestellte ohne Gehaltsabzug für den Wahlkampf freizustellen, weil dies indirekt als finanzielle Unterstützung der Kampagne und damit als Verstoß gegen die strengen Antikorruptionsgesetze gesehen werden konnte.⁹³ Und selbst ohne Bezahlung waren die Aussichten auf Urlaub eher gering. Für die schottischen Nationalisten trat mit Elma Campbell für eine Nachwahl im Mai 1931 und kurz darauf wieder für die Unterhauswahl im Oktober ebenfalls eine Lehrerin als Kandidatin an. Abend für Abend hielt sie um die sieben Versammlungen in ihrem Wahlkreis St. Rollox in Glasgow ab, doch eine Beurlaubung für ihre Kampagnen wurde ihr an ihrer Schule in beiden Fällen verweigert – und diese lag etwa 40 Kilometer entfernt in Greenock.⁹⁴

Aktivisten im Sonderurlaub unter Lohnfortzahlung in Deutschland, Feierabendwahlkämpfer in Großbritannien – der Kontrast verweist auf verschiedene Prioritäten von Politik in beiden Gesellschaften. In Deutschland sah man sie als wichtiger, darum versuchte man von staatlicher Seite zentralen Akteuren die Teilnahme an der Auseinandersetzung möglichst zu erleichtern. In Großbritannien dagegen war es als Privatsache jedem selbst überlassen, den Wahlkampf mit anderen Dingen des Alltags unter einen Hut zu bekommen. Insgesamt behielten hier Arbeit und Freizeit gegenüber der politischen Auseinandersetzung ein größeres Eigengewicht, wie sich auch daran zeigt, dass die Kampagnenführung sich mit ihren

⁹² Dawson, Money (1992); vgl. Griffiths, Labour (2007).

⁹³ Houston/Valdar, Modern Electioneering (1922), 130. Zum Hintergrund ausführlicher unten, S. 323–326.

⁹⁴ Burness, Count Up (2010), 49 f.

Pausen in den Rhythmus der Arbeitswoche einfügte. Das setzte den Parteienstreit in Großbritannien in andere Relationen, weshalb er hier nicht von so fundamentaler Bedeutung erschien wie in Deutschland.

* * *

Wenn Wahlen stattfanden, waren das in beiden Demokratien der Zwischenkriegszeit zentrale Ereignisse, welche die ganze Gesellschaft in ihren Bann zogen. In viel höherem Maße, als wir das heute gewohnt sind, zogen die Auseinandersetzungen zur Wahlzeit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich. Innerhalb der insgesamt hohen Konzentration auf den Wahlkampf gab es aber zwischen beiden Gesellschaften zugleich Unterschiede, die sich aus verschiedenen Priorisierungen speisten.

Insgesamt musste der Parteienstreit sich in Großbritannien stärker in den Alltag fügen, wie man an Kampagnenunterbrechungen und dem geringeren Entgegenkommen für die Bedürfnisse der Wahlkämpfer sieht, während in Deutschland der Politik eine höhere Bedeutung zugewiesen und ihr darum mehr Raum gegenüber anderen Facetten des Alltags zugestanden wurde. So war es nur konsequent, dass der Konflikt hier im öffentlichen Raum mehr und mehr ausgeweitet und sichtbar wurde, nachdem die Beschränkungen gefallen waren, die das alte Wahlrecht und der Staat ihm vor dem Weltkrieg auferlegt hatten. Wie die Versuche zur Mäßigung zeigten, tat man sich in Deutschland allerdings zugleich schwer mit der Zunahme demonstrativer öffentlicher Parteinahme, die schnell als exzessiv wahrgenommen wurde. Dagegen machte man in Großbritannien nach der Wahlrechtsänderung von 1918 die gegenteilige Erfahrung einer Abnahme der gewohnt ausgelassenen Wahlkampfstimmung, die umgekehrt eher Sorgen um Gleichgültigkeit Vorschub leistete.

Die Erklärung für diese Unterschiede lag in der längeren Gewöhnung der britischen Gesellschaft an heftige und hoch sichtbare Formen der Auseinandersetzung im öffentlichen Raum. Zugleich war man sich in Großbritannien stets deren Grenzen deutlicher bewusst: In rituellen Veranstaltungen wie der Nominierung, der Aufstellung der Kandidaten und der Zeremonie zur Verkündung der Gewinner war der Parteienstreit klar von der Normalzeit abgegrenzt. Zwar bestand auch in Deutschland ein Bewusstsein, dass die Wahlkampfzeit eine besondere Zeit sei – das kam

in der Metapher des Wahlfiebers zum Ausdruck, die beide Gesellschaften kannten. Aber in der Weimarer Republik waren die Grenzziehungen schwammiger, und politische Konflikte schwappten einfacher in sonstige Bereiche des Alltags hinüber. Das trug hier zu einer stärkeren dauerhaften Politisierung der Gesellschaft bei. Die strikte Trennung zwischen Politik und Nichtpolitik in Großbritannien machte es demgegenüber einfacher, mit Differenzen und Konflikten umzugehen, weil diese nur in einer streng abgegrenzten Arena Bedeutung hatten. In anderen Bereichen des Lebens mussten sie nicht unbedingt Konsequenzen haben.

Das zeigen exemplarisch die Debatten um den Weltkrieg in beiden Gesellschaften. In Großbritannien wurde darin der politische Streit zunehmend und aktiv der Einigkeit der Nation in der Beschwörung gemeinsam erlittener Opfer untergeordnet – es gab Werte, die, von allen akzeptiert, schwerer wogen als die parteipolitische Gefolgschaftstreue. In Deutschland fand man diese nicht so leicht. Die Niederlage im Weltkrieg zog einen tiefen politischen Bruch und schwere wirtschaftliche Verwerfungen nach sich, die stets die Frage nach der Schuld an der Misere offen hielten. Konsensbildung jenseits der parteipolitischen Auseinandersetzung erschwerte das in der Weimarer Republik enorm.

Einige charakteristische Kennzeichen der öffentlichen Auseinandersetzung in beiden Gesellschaften, die uns dieser erste Überblick über den Verlauf des Wahlkampfs vor Augen geführt hat, werden uns in der Folge weiter begleiten. So werden wir, wenn wir tiefer in einzelne Aspekte einsteigen, immer wieder auf den Kontrast zwischen dem britischen Spaß und humorvollen Umgang mit dem erregten Trubel des Wahlkampfs gegenüber der tiefersten deutschen Sorge über seine Exzesse stoßen. Eng damit verbunden zog sich auch die unterschiedliche Höhe der Bedeutung von Politik wie ein roter Faden durch die Wahlkampfpraktiken in beiden Gesellschaften. Schließlich fällt auf, dass die Konfliktaustragung in Großbritannien insgesamt stärker ritualisiert und formalisiert war, da die Formen der öffentlichen Auseinandersetzung sich hier in einer längeren und weniger gebrochenen Tradition graduell herausgebildet hatten.

Solche formalen Grenzziehungen in Großbritannien prägen auch das nächste Kapitel, das dort ansetzt, wo wir hier geendet haben: beim politischen Personal. Mit den Wahlkampfstrategen hinter den Kampagnen

1 Konturen des Konflikts

sehen wir uns nun genauer eine zentrale Gruppe von Akteuren und ihre Perspektive auf den Konflikt an.

Wahlkampfplaner und die Politik

Innerhalb des abgesteckten Rahmens aus Wahlrecht und kulturellen Konventionen prägten in beiden Gesellschaften maßgeblich die Planer in den Parteizentralen die Gestaltung des Wahlkampfs. Dabei geht es an dieser Stelle noch nicht darum, welche konkreten Konzeptionen sie entwarfen, welche Pläne sie schmiedeten und welche Vorhaben sie durchführten. Inhalte der Wahlkampfkonzepte und einzelne Elemente der Kampagne nehmen erst folgende Kapitel genauer unter die Lupe. Hier interessieren zunächst einmal der Hintergrund, das Selbstverständnis und die grundlegende Perspektive, aus der die Strategen hinter den Kulissen auf den politischen Konflikt blickten: Wer waren die Wahlkampfplaner, wie waren sie in der Auseinandersetzung verortet, und was hieß das für ihr Einwirken auf den Streit?

Diese Fragen gehen notwendigerweise über die Wahlkampfsituation hinaus. Die Strategen waren in beiden Gesellschaften auch jenseits davon in die Politik involviert, insbesondere in die längerfristige Planung und Organisation von Parteiaktivitäten vor Ort. Schließlich wurde hier, in den ruhigen „Friedenszeiten“, das Fundament gelegt: Für einen effektiven Wahlkampf brauchte es eine gut funktionierende Parteiorganisation; und diese erforderte pausenlose Arbeit zwischen den heißen Phasen des Wahlkampfs. Das Kapitel muss darum breiter ansetzen und nicht nur die Perspektive der Strategen auf die Wahlkampfdurchführung im engeren Sinne in den Blick nehmen, sondern auch ihr Verhältnis zu ihrer Arbeit sowie deren Stellenwert innerhalb des weitläufigen Feldes der „Politik“ insgesamt beleuchten.

Unterschiede lagen dabei vor allem im Status der Wahlkampfplaner hier wie dort begründet. Rein formell hatte man es nämlich in Großbritannien mit einer Gruppe von Personen zu tun, die es in Deutschland so nicht gab: die Wahlagenten (*election agents*). Diese hatten sich in Großbritannien seit dem 18. Jahrhundert etabliert. Damals waren es die Agenten gewesen, die gegen Bezahlung die Mobilisierung von Unterstützung für die Wahl eines Kandidaten organisiert hatten. Eine moderne Partei brauchte es dafür noch nicht, weil der organisatorische Aufwand sich bei der kleinen Anzahl der Stimmberechtigten bis weit ins 19. Jahrhundert in Grenzen hielt.¹ Hieraus entwickelte sich langsam der moderne Beruf des Agenten, der noch in der Zwischenkriegszeit – nun als Organisator im Zentrum einer Parteiorganisation – die Kampagne vor Ort leitete. Insofern war der Wahlagent eine „spezifisch britische Institution“ – jedenfalls im Vergleich zu Deutschland, wie hier ein Beobachter des englischen Wahlkampfs feststellte. Denn in Deutschland waren Parlamente und mit ihnen Kandidaten erst sehr viel später und zeitgleich mit den Parteien entstanden, welche dieselbe Funktion wie die der britischen Agenten erfüllten.²

Dieselben Aufgaben der Planung und Durchführung des Wahlkampfs waren so in Deutschland weniger in einer Figur konzentriert. Für den Vergleich ist das nicht unproblematisch, denn es heißt auch, dass die Strategen vor Ort in Deutschland schwieriger zu fassen sind – als Individuen lassen sie sich häufig nicht einfach identifizieren. Hier waren es eher Kollektive wie Parteivorstände und Funktionärsversammlungen, welche die lokalen Anstrengungen dirigierten. Hinzu kommt schließlich eine Verschiebung der Verantwortlichkeiten zwischen beiden Gesellschaften, die den Unterschieden im Wahlrecht entsprach. In Großbritannien mussten von Wahlkreis zu Wahlkreis jeweils eigenständige Kampagnen für den Sieg einzelner Kandidaten geplant werden: Der Wahlkampf insgesamt war dementsprechend stark als eine Aufgabe des Agenten vor Ort verankert.

Dagegen lag die Konzeption von Kampagnen in Deutschland stärker zentralisiert bei der nationalen Parteiführung und den Wahlkreisverbänden, die jeweils ein großes Gebiet abdeckten. Das schloss Eigeninitiative auf Ebene der Ortsvereine und Bezirke nicht aus – im Großen und Ganzen

¹ Smith, *Election Agent* (1969); O’Gorman, *Voters* (1989), 78–90.

² Heinrich Braune, *A German Looks at the British General Election*, LM, Juni 1929, 82.

agierten diese aber in Reaktion auf die Planungen, die von oben herab gereicht und auf die lokalen Bedürfnisse zugeschnitten wurden. Für den Vergleich bedeutet das eine gewisse Schiefelage, weil so für den deutschen Fall die Akteure auf den höheren Ebenen mehr Beachtung finden müssen als für Großbritannien.

Diese Unterschiede ziehen sich durch die folgenden Abschnitte. Auf die genaue Herausbildung des Berufsbilds der britischen Wahlkampfplaner und seiner Veränderung in der Zwischenkriegszeit geht im Kontrast zu den deutschen Verhältnissen der übernächste Abschnitt noch etwas genauer ein. Darauf können wir uns mit den Perspektiven der Strategen in beiden Gesellschaften auf ihre eigene Arbeit und auch auf die ihrer Kollegen in anderen Ländern beschäftigen. Zunächst allerdings müssen wir uns allgemeiner dem Verhältnis der Wahlkampfplaner zum politischen Betrieb sowie ihrem Stand in und jenseits ihrer Parteien zuwenden.

Inhalte und die Maschine

Das Verhältnis von Wahlkampfplanern zu ihren Parteien war ein spezielles. Aus der Perspektive der Strategen musste die Partei als eine Organisation funktionieren, welche ihre Pläne möglichst reibungslos in eine Kampagne umsetzte: Sie musste arbeiten wie ein technischer Apparat. Auf einen Begriff gebracht entsprach dem das Sprachbild der „Maschine“, das in Deutschland wie in Großbritannien bekannt war. Mit ihm verbanden sich Vorstellungen von Präzision und Verlässlichkeit bis hin zur Faszination über die technischen Möglichkeiten der Moderne, ebenso aber auch solche von Seelenlosigkeit. Die Partei als „Wahl-“ oder „moderne politische Kampfmaschine“, die „millimetergenau“ arbeiten müsse, „gut geölt und gewartet“, ihre „Federn und Zahnräder“ perfekt ineinander greifend – das waren Begrifflichkeiten, in denen britische Agenten diese Vorstellungen wie selbstverständlich ausmalten. Die Wahlkampfstrategen selbst machte das zu Technikern der Macht, die im Zentrum des Apparats für sein reibungsloses Funktionieren Sorge zu tragen hatten.³

³ Begriffe bei: Cambray, *Game of Politics* (1932), 155 („election machines“); Houston/Valdar, *Modern Electioneering* (1922), 136 („modern political fighting machine“); Fred J. Kettle, *The Next War*, LO, Jan 1923, 14 („true to a hair“, „well-oiled and well-served“, „springs and cogs“).

Die Beiläufigkeit, mit der man in Großbritannien so über Parteien als Maschinen sprach, löste bei deutschen Beobachtern mitunter Irritationen aus. Das lag nicht etwa daran, dass die Begrifflichkeiten hier fremd gewesen wären – auch in Deutschland erschloss sich sofort, was damit gemeint war. Aber dass die Briten offenbar nichts daran fanden, so über den politischen Betrieb zu sprechen, rief Stirnrunzeln hervor. So berichtete ein deutscher Auslandskorrespondent 1922 aus Großbritannien in ähnlichen Begriffen, aber mit einer anderen moralischen Färbung, über die anstehende Unterhauswahl: Die große Frage, die über der Wahl schwebte, sei die nach der Chance für eine neue Partei der nationalen Einigung quer zu den alten politischen Strömungen. Diese sei allerdings nicht allzu hoch zu veranschlagen, weil ihr niedere Motive im Weg stünden: Die „Maschinen“, die „Ingenieure der *Parteimaschine*“, wollten diese Maschine nur um ihrer selbst willen erhalten – „es wäre doch schade um die schönen Parteimaschinen!“, bemerkte der Kommentar sarkastisch. Für das deutsche Publikum war erklärend hinzugefügt: Das Wort werde in Großbritannien ganz selbstverständlich gebraucht – „als ob es im Grunde nicht einen höchst fatalen Sinn hätte“.⁴ In Deutschland, so erklärt sich der Ton des Berichts, besaß die Metapher von der Maschine einen unangenehmen Beigeschmack und einen vorwurfsvollen Klang.

Das Unbehagen, das man in der Weimarer Republik mit dem Blick auf die Partei als Apparat und die Politik als Betrieb verband, lag an der Gesinnungslosigkeit, die mit dieser Sichtweise in Verbindung gebracht wurde: Schließlich war eine Maschine ein neutrales Instrument, das keine Werte kannte und damit keine Vorstellung von guter oder schlechter Politik. Sah man Parteien als Maschinen, konnten sie sich nur in der Konstruktionsweise und im Grad ihrer Effizienz unterscheiden; *prinzipielle* Gegensätze dagegen gab es in dieser Perspektive zwischen ihnen nicht.

Das stieß sich mit einer traditionellen Auffassung von Parteien, die in Deutschland größere Wirkmächtigkeit besaß als in Großbritannien. Parteien wurden hier nämlich weniger als institutionalisierte Organisationen, sondern mehr als organische Gesinnungsgemeinschaften betrachtet. Sie sollten Zusammenschlüsse von Personen sein, die dieselben Wertauffas-

⁴ R[udolf] K[ircher], Wahlkampagne in England, Frankfurter Zeitung, 7. 11. 1922, Hervorhebung im Original. Vgl. Mergel, Führer (2005), 107 f.

sungen teilten und sich durch diese von anderen unterschieden. In den Mittelpunkt ihrer Bestimmung stellte das politische Überzeugungen, die aber eine Maschine nicht haben konnte – darin lag der „fatale Sinn“, den man in Deutschland in der Metapher sah. Die Maschine war in dieser Sicht etwas Künstliches, das sich zwischen die Mitglieder der Gemeinschaft schob und ihre natürliche Beziehung zueinander wie ein Apparat verfremdete, dessen Funktionsweise man nicht ganz verstand.

Gänzlich unbekannt waren kritische Urteile über die Partei als Maschine zwar auch in Großbritannien nicht – ihre Hochphase schien aber in der Zwischenkriegszeit längst vorbei. Der Ursprung des Sprachbildes lässt sich für beide Gesellschaften in den USA ausmachen. Beobachter hier wie dort griffen die Metapher jenseits des großen Teichs auf, um ihre negativen Einschätzungen von Manipulation und Korruption im amerikanischen politischen System zu unterstreichen. Der Unterschied zwischen Großbritannien und Deutschland war hier vor allem ein zeitlicher: Britische Stimmen hatten sich bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts ausführlich und ablehnend mit der „Maschine“ in der amerikanischen Politik auseinandergesetzt. In Deutschland prägte ähnliche Kritik dagegen erst um die Jahrhundertwende eine entsprechende Diskussion.⁵

Bis in die 1920er Jahre hatte das Unbehagen über eine solche Sicht auf den politischen Prozess in Großbritannien so mehr Zeit gehabt, sich abzunutzen. Das Sprechen über die „Maschine“ hatte sich hier zunehmend zu einer wertungsfreien Gewohnheit gewandelt. In Deutschland war die Kritik dagegen jünger, und die Wahlrechtsänderung nach dem Ersten Weltkrieg schien ihr zusätzliches Leben einzuhauchen. Denn die Einführung der Verhältniswahl bedeutete eine Stärkung der Parteiorganisationen gegenüber den Personen – Zeitgenossen sahen vor allem, dass die Parteizentralen ihre Kandidaten und Abgeordneten nun leichter disziplinieren konnten, weil sie über die Aufstellung der Parteilisten den Zugang zur Macht kontrollierten.⁶ In den Augen der Kritiker wurde die deutsche Politik so noch „maschinenhafter“ als in der Vorkriegszeit. Es

⁵ Siehe die verblüffend ähnlichen Diskurse in Saunders, „America“ (2013), bes. 81–84, und Mergel, *Gegenbild* (1999), bes. 369–375.

⁶ Mit Verweis auf weitere zeitgenössische Urteile: Pollock, *Party System* (1929), 872–876; siehe auch oben, S. 54.

ist kaum verwunderlich, dass sich die weit verbreiteten Vorbehalte unter diesen Bedingungen nicht schnell abschliffen.

Zu spüren bekamen das in Deutschland diejenigen, die als Organisatoren und Planer an der Pflege der politischen Maschine arbeiteten. Zum Ausdruck kam das im Weimarer Diskurs über die „Bonzen“. Bekannt ist der Begriff vor allem aus den gehässigen Angriffen der Rechtsradikalen auf die Republik Anfang der 1930er Jahre. Er ging Funktionäre wegen ihres angeblichen Mittelmaßes an – nicht auf Grund herausragender Verdienste, sondern als kleine Rädchen im Getriebe der Partei-, Gewerkschafts- oder Verbandsmaschinen hätten sie sich anpasserisch hochgearbeitet. Moralisch zu verdammen war daran, dass es ihnen nicht um die Verfolgung hehrer Ziele, sondern einzig um persönliche Bereicherung gegangen sei. Auch darin zeigte sich die Hochschätzung politischer Ideen und Ideale, die als einziges Motiv den Anspruch auf Anerkennung erheben konnten. Besonders in den späten Jahren der Republik verband sich damit die Vorstellung eines von Grund auf korrupten politischen Betriebs. Doch bereits vor 1930 war der Begriff des „Bonzen“ als abschätzigste Bezeichnung für Funktionäre über die Parteigrenzen hinweg weit verbreitet: Bei Kommunisten etwa, die damit über ihre sozialdemokratischen Gegner herzogen, ebenso wie in bürgerlichen Blättern, die sich über die Mittelmäßigkeit einer Partei- gegenüber einer akademischen Karriere mokierten.⁷

Das traf auch die Wahlkampfplaner hinter den Kulissen. Sogar innerhalb der Parteien waren Ressentiments gegenüber den Maschinisten nicht ungewöhnlich – mit einer Ausnahme. Bei der SPD herrschte, ganz im Gegensatz zur öffentlichen Skepsis gegenüber einem maschinenhaft funktionierenden Parteibetrieb, gar ein gewisser „Organisationspatriotismus“. Mitglieder und Anhänger wussten, dass die Stärke der Partei von ihrer strengen Organisation und dem Mobilisierungspotential abhing, das diese barg. Die gut geschmierte Maschine erfüllte Sozialdemokraten wie ihre britischen Genossen so mit einem gewissen Stolz.⁸

⁷ So: KPD-Bezirk Nordwest, Bericht von Versammlungstour 27.–30. 11. 1924, 9. 12. 1924, BAArch, RY 1/I 3/17/14, 61; „Wahlgeschehen“, WL, 3. 12. 1924, übernommen aus der DAZ. Prägnant für die 1930er Jahre: „Der Bonze“, Flugschrift, 1932, StAMs, NL Sperlich, Nr. 167; dazu ausführlich Paul, *Aufstand* (1992), 227–230.

⁸ Berger, *Ungleiche Schwestern?* (1997), 90–152, Begriff z. B. 152.

Bei den übrigen deutschen Parteien lag die Sache anders. Besonders bei den Bürgerlichen hatte man nicht viel für diejenigen übrig, die Politik wie einen Betrieb zu organisieren versuchten. Viele empfanden wenig mehr als Verachtung für die „Maschinenmeister“, wie etwa der demokratische Präsidentschaftskandidat, Willy Hellpach, den Vollblutorganisator der Partei, Anton Erkelenz, abschätzig bezeichnete. Erkelenz selbst zeigte sich sichtlich verzweifelt angesichts der Behandlung von Seiten der Parteifreunde, von denen immerzu „auf die Parteibonzen, die Parteioligarchie und Parteibürokratie geschimpft“ werde. Nicht ohne eine gewisse Dramatisierung klagte er darüber, dass die hauptberuflichen Parteibeamten im täglichen Betrieb „gewissermaßen“ als „sozial minderwertig“ behandelt würden. Organisatoren im Liberalismus sahen sich einem Dünkel ausgesetzt, der den Nutzen ihrer Arbeit kaum anerkannte. Im Gegensatz dazu war das Interesse an programmatischen Fragen groß: Wer über Inhalte rede, so Erkelenz' Erfahrung, dem werde auf Parteitagen stundenlang zugehört, selbst wenn es nur darum ginge, wie „da hinten weit in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen“ – gern ringe man über politische Ideen. Aber wie diese auch praktisch durch- und umzusetzen seien, das kümmere niemanden.⁹

Und mit dieser Einschätzung stand Erkelenz nicht alleine. Selbst unter Sozialdemokraten, die organisatorischer Arbeit grundsätzlich eine höhere Anerkennung zugestanden, haderten Funktionäre mit dem vergleichsweise geringen Interesse innerhalb der Partei: Auch ein noch so enthusiastisches Referat über Planungsfragen werde in der Praxis „immer verblassen neben dem Redner, der über rein politische Fragen spricht“, darüber war man sich hier ebenso sicher.¹⁰ Als „reine Politik“ galt auch in der SPD der Austausch über Inhalte. Nicht anders lag die Sache schließlich beim Zentrum. Ein katholischer Parteisekretär pflichtete Anton Erkelenz noch 1930 bei: Auch in seiner Partei galt die Organisation als „ein wenig

9 Hellpach, *Wirken* (1949), 270–273, Zitat 271; Erkelenz, *Demokratie* ([1924/5?]), Zitate 30, 3, vgl. 11; Schustereit, *Linksliberalismus und Sozialdemokratie* (1975), Zitat Erkelenz 193; Bericht 4. Parteitag DDP (1922), 69; vgl. zur Frustration der Arbeit von Erkelenz und anderen: Kellmann, *Erkelenz* (2007), bes. 59, 63–65, 158–160, 221; Hettling, *Partei ohne Parteibeamte* (1999); Schneider, *Demokratische Partei* (1978), 67–69, 222–230.

10 Conrad Broßwitz, *Die Macht der Organisation*, FW, 1 (1929) 2, 3–5.

beliebtes Thema“ – dabei könne gerade mit guter Organisationsarbeit der Boden für eine breitere und tiefere politische Bildung im Volk bereitet werden. Damit war angesprochen, was in Deutschland Sorgen auslöste: Viele seiner Parteifreunde, so meinte der katholische Sekretär, fürchteten eine Konzentration auf rein organisatorische Arbeit, weil sie darin einen Gegensatz zur Vorstellung von Politik als einem Streit um Ideen sahen.¹¹ Die Verherrlichung der politischen Idee begründete so die Skepsis gegenüber dem Betrieb: Musste eine Partei, die sich zu einer Maschine entwickelte, nicht zwangsläufig ihre Ideale und ihre Seele verlieren?

Es war also nicht nur Geringschätzung, sondern auch offene Ablehnung, auf die Organisatoren und Planer in Deutschland stießen. Aus diesem Grund sind Wahlkampfplaner hier an der Basis auch nicht leicht zu greifen. Was vor Ort getan werden musste, erledigten die Gremien und, so weit vorhanden, Funktionäre der Ortsvereine als Teil ihrer Aktivitäten für die Partei. Doch diese Art von Arbeit war nicht gerade beliebt, und so fand sie zeitgenössisch nur wenig Aufmerksamkeit oder gar Anerkennung. Einen Namen konnte man sich kaum damit machen.

Dagegen fielen Wahlagenten in Großbritannien *gerade wegen* ihrer Organisations- und Planungstätigkeit auf. Einige von ihnen erlangten damit sogar über ihre Partei hinaus Bekanntheit in der lokalen Gesellschaft. Dazu gehörte der Agent der Torys in Cambridge, den ein Lokalreporter im Oktober 1924 für einen Bericht über die Vorbereitungen zur anstehenden Wahl aufsuchte. Den Agenten fragte er – und hier muss das Zitat im englischen Original folgen: „if he was preparing for battle“. Der antwortete: „It is not a case of preparing for battle, but Battle prepared.“ Das Wortspiel wurde in dem Artikel nicht erklärt,¹² denn offenbar konnte bei den Lesern der Lokalzeitung vorausgesetzt werden, dass sie den Agenten – George Battle – namentlich kannten. Seine erfolgreiche Karriere war der Zeitung auch eine längere Würdigung wert, als Battle drei Jahre später in den Ruhestand ging: Er war seit 1902 im Geschäft gewesen und hatte als Agent in verschiedenen Wahlkreisen nicht eine einzige Parlamentswahl

¹¹ Dr. Schmidt (Ratibor), Aufbau der Parteiorganisation, Das Zentrum, Jan 1930, 19–21, Zitat 19. Vermutlich war Schmidt auch der Autor einer Denkschrift über Stand und Entwicklungsmöglichkeiten der Oberschlesischen Zentrumspartei, [1930?], ACDP, 06-051/A001, hier bes. 31.

¹² The Local Situation, CDN, 7. 10. 1924.

verloren; darüber hinaus hatte er sich in den örtlichen Gemeinden auf den verschiedenen Stationen seiner Karriere gemeinnützig betätigt – von der Mitarbeit in einem Büchereikomitee über Rekrutierungsgremien im Krieg bis hin zum Dienst in der staatlichen Armenunterstützung und als Finanzprüfer der Stadt Cambridge.¹³

Noch tiefer war der Eindruck, den Battles Kollege Albert Ballard im Sheffielder Stadtteil Hillsborough hinterließ. Ballard wirkte als Agent der Co-operative Party, die hier den Wahlkampf für den Abgeordneten A. V. Alexander durchführte, und er war ein „Maschinist“ im wahrsten Sinne des Wortes: Ballard hatte als Lokführer gearbeitet, bevor er sich einen Namen als die treibende Kraft hinter der Sheffielder Organisation der Konsumgenossenschaft machte. Wie Battle und andere Agenten, engagierte sich auch Ballard für die Gesellschaft vor Ort, was ihm über die Co-operative Party hinaus Bekanntheit und Anerkennung verlieh. So bemühte er sich um Bildungsfragen, später wurde er in den Stadtrat gewählt, in den 1950er Jahren schließlich diente er für eine Amtszeit als Bürgermeister.

Bezeichnend für die Wertschätzung, die Ballard für seine rastlose Tätigkeit entgegengebracht wurde, sind die Besserungswünsche, die sich auf seinem Schreibtisch stapelten, als er 1929 schwer erkrankte. In einem der Briefe hieß es gar, ganz „Hillsborough ohne Ballard ist beinahe wie ein Heim ohne Mutter“. Was sich hierin andeutete, formten kurz nach dem Zweiten Weltkrieg die ersten Rückblicke auf Ballards Tätigkeit in ein Urteil über die grundlegende Bedeutung seiner Arbeit. Mit unerschöpflicher Energie und Organisationstalent habe Ballard Hillsborough überhaupt erst zu einer Gemeinschaft gemacht, in deren Zentrum die Konsumgenossenschaft stand: Als Albert Ballard, „the man who made Hillsborough“, wurden der Mann und sein Lebenswerk nun gepriesen.¹⁴

Figuren wie Ballard und Battle waren dabei keine zufälligen Ausnahmen. Weitere Agenten haben es mit ähnlichen Karrieren in die historische

¹³ Borough Conservative Agent, CDN, 26. 5. 1927. Abb. 1 auf S. 40 oben zeigt Battle als dritten von links.

¹⁴ SArch, ABC/2/58 („Hillsbro [!] without Ballard is almost like a home without a Mother.“), vgl. 59–64, 66, 80; Albert Ballard, Co-operative Review, Sep 1951, sowie Memorandum on Sheffield Co-operative Party, Juli 1959 (Zitat), ebd., ABC/7/4 und 13; Tilley, Churchill's Favourite (1995), 13 f., 33.

Literatur geschafft: D. B. Foster etwa, der in Leeds namhaft wurde, oder Ernie Gomperts, den man in South Shields als „Mr. Labour“ kannte.¹⁵ Letzten Endes fiel die Erlangung lokaler Berühmtheit für Agenten nämlich keineswegs aus der Reihe, sondern bildete eine logische Konsequenz ihrer Organisationstätigkeit. Typischerweise agierten sie als Netzwerker an der Schnittstelle zwischen örtlicher Gesellschaft und Partei, indem sie diese nach außen vertraten und möglichst viele Verbindungen zu allen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und organisierten Interessen im Wahlkreis pflegten. So konnte man hoffen, möglichst viele Unterstützer zu finden, die eigene Sache auf eine breite soziale Basis zu stellen und die Partei als integralen Bestandteil in die örtliche Gemeinschaft zu verankern.¹⁶

Schließlich hing die Anerkennung von Wahlagenten in Großbritannien nicht allein an individuellen Personen. Sie basierte darauf, dass Fragen der Organisation und der praktischen Umsetzung überhaupt in Großbritannien einen höheren Stellenwert genossen. In Deutschland wurden sie eher wie lästiges Beiwerk als Pendant zur „eigentlichen Politik“ verstanden. Dagegen erkannte man in Großbritannien auch in der Form selbst einen Zweck: Organisation *war* Politik, weil sie etwas bewirkte, indem sie Gemeinschaft stiftete und über die Mobilisierung eine Machtoption ermöglichte, die überhaupt erst Gestaltungsräume eröffnete. Darum genoss die Idee effizienter Organisation auch im Parteialltag vor Ort in Großbritannien einen höheren Stellenwert gegenüber Fragen von Ideologie und politischen Inhalten.

Besonders deutlich hat das John Holford in seiner Studie über die Arbeiterbewegung in Edinburgh herausgearbeitet. Diskussionen über ideologische Differenzen ließ man hier eher außen vor, weil darin eine Einigung zwischen den unterschiedlichen Flügeln vor Ort kaum zu erreichen war. Stattdessen konzentrierte die Parteiarbeit sich hier nach dem Krieg ganz bewusst auf die Form der Reorganisation, die tief ins Selbstbild der Ortsgruppe verankert war: Die Partei verstand sich nicht als ein „Debatierklub“, noch als eine „Schule“ für Wirtschaft oder Philosophie, wie sie mit Nachdruck feststellte: „Sie ist eine Maschine! Wir sind keine Lehrer;

¹⁵ Worley, *Labour Inside* (2005), 86, 91.

¹⁶ Rix, *Party Agent* (2001), 101–107; Ball, *Portrait* (2013), 171 f., 175.

wir sind Mechaniker!“¹⁷ Der Vorrang einer solchen Perspektive erklärt, wieso die Wahlagenten in Großbritannien Anerkennung für ihre Organisationsarbeit erlangten, während „Parteibonzen“ in Deutschland sich einer herablassenden Behandlung bis hin zu offener Verachtung ausgesetzt sahen. Kein britischer Strategie musste wie Anton Erkelenz in Deutschland seine eigene Position und Arbeit rechtfertigen.

Darin zeigen sich unterschiedliche Auffassungen von Politik und dem Sinn der Parteien. In Deutschland standen in ihrem Mittelpunkt die Idee und der programmatische Inhalt, der die Gemeinschaft als eine organische Einheit definierte. Die Beschäftigung mit rein formeller Organisation und Umsetzung galt demgegenüber als eine niedrigere Tätigkeit. Dagegen besaß in Großbritannien eine pragmatische Perspektive Gewicht, nach der Politik als etwas galt, das konkret gemacht werden musste.

Dem entsprach schließlich, dass die Agenten in Großbritannien als Verwirklicher und praktische Gestalter der Auseinandersetzung eine deutlich klarer definierte Position innerhalb der Parteien und im politischen System insgesamt einnahmen als die deutschen Wahlkampfplaner. Darauf verweist bereits der Ursprung ihres Berufs in der spezifischen Entstehungsgeschichte des Parlamentarismus in Großbritannien, den wir bereits angesprochen haben. Im nächsten Abschnitt kommen wir darauf noch einmal ausführlicher zurück. Er beschäftigt sich mit der Entstehung des Berufsbildes des Wahlkampfplaners in beiden Gesellschaften und trägt so auch etwas zur Untersuchung des weiten Feldes der Professionalisierung der Politik im 20. Jahrhundert bei. Wie wir sehen werden, war diese in Großbritannien früher stärker ausgeprägt als in Deutschland, und das trug zu einem anderen Umgang mit politischen Konflikten bei.

Professionalität

Der Grad der Professionalisierung deutscher und britischer Wahlstrategen lässt sich nach formalen Kriterien bestimmen und vergleichen:¹⁸ Wie klar war das Berufsbild definiert? Brauchte es eine spezifische Ausbildung? In welchem Maße verfügten die Wahlkampfstrategen über ein professionelles

¹⁷ Holford, *Reshaping Labour* (1987), Zitat 168 („debating society“, „school“, „It is a machine! We are not schoolmasters; we are mechanics!“).

¹⁸ Etwa nach Freidson, *Professionalism* (2001); Kurtz, *Berufssoziologie* (2002), 49.

Spezialwissen? Und inwiefern unterlag die Berufsausführung einer Kontrolle anhand festgelegter Normen der Profession? Nach solchen Kriterien müssen die britischen Wahlagenten gegenüber der eher losen Gruppe der Wahlkampfplaner in Deutschland eindeutig als eine stärker professionalisierte Zunft gelten, und das hatte Einfluss auf ihre Perspektive auf und ihren Umgang mit politischen Konflikten.

Die Professionalisierung der Wahlagenten hatte in Großbritannien bereits im 19. Jahrhundert eingesetzt.¹⁹ Am Anfang dieser Entwicklung standen als typische Agenten selbstständige Rechtsanwälte, die von Wahl zu Wahl den Kandidaten ihre Dienste gegen eine Gebühr anboten. Ihre Aufgaben erforderten nämlich beträchtliches juristisches Fachwissen: Zum einen waren die Agenten für die Wählerregistrierung zuständig, für die sie mit den komplizierten Qualifikationsbestimmungen des Besitzwahlrechts vertraut sein mussten. Zum anderen hatten sie dafür Sorge zu tragen, dass es während des Wahlkampfs nicht zu illegalen Beeinflussungsversuchen kam, die später eine Anfechtung des Mandats ermöglicht hätten. In dieser Funktion wurde die Stellung des Agenten erstmals in den 1880er Jahren gesetzlich definiert: Bei jeder Wahl *mussten* Kandidaten seitdem genau einen Agenten bestellen, der für die Einhaltung der Antikorruptionsbestimmungen verantwortlich gemacht wurde.

Die Wahlrechtsreformen Mitte der 1880er Jahre und 1918 veränderten zugleich das Berufsbild der Agenten. Die Wählerregistrierung nahm an Bedeutung ab, zumal in der Zwischenkriegszeit. Während nämlich zuvor die Parteien diese im Wettstreit miteinander besorgen mussten, stellten nun staatliche Stellen eine vollständige Wählerliste bereit. Dabei war die Zahl der Wahlberechtigten derart gestiegen, dass einzelne Anfechtungen den Aufwand kaum noch lohnten – und nach 1918 gab es für solche ohnehin kaum noch Möglichkeiten, weil die Einführung des allgemeinen Stimmrechts die Qualifikationsregeln außer Kraft gesetzt hatte, die vor dem Krieg noch Anlass zur juristischen Auseinandersetzung um die Stimmberechtigung einzelner Wähler gegeben hatten.²⁰

Zugleich hatte das Anwachsen der Wählerschaft eine stetigere Form ihrer Verwaltung und Mobilisierung nötig gemacht; darum waren per-

¹⁹ Für das Folgende v. a. Rix, *Party Agent* (2001), Kap. 1–3. Eine publizierte Fassung dieser Arbeit erschien erst nach Abschluss meines Manuskripts: Dies., *Parties* (2016).

²⁰ MacDonagh, *Pageant of Parliament* (1921), 34–36.

manente Parteiorganisationen entstanden. Damit wurden höhere Anforderungen an die Zeit der Agenten gestellt, deren Aufgaben sich nun zunehmend außerhalb des Wahlkampfs in Richtung politischer Organisationsarbeit verschoben. Zum Ende des langen 19. Jahrhunderts wurde der Rechtsanwalt-als-Teilzeitagent so von einem politischen Strategen verdrängt, der sich mit politischer Mobilisierung beruflich in Vollzeit beschäftigte – das Wahldebakel der Konservativen von 1906 markierte hierfür einen wichtigen Einschnitt.²¹ Spätestens in den 1920er Jahren wurde die Rolle des Agenten idealtypisch als die eines professionellen Kampagnenplaners und hauptberuflichen Organisators verstanden. Oftmals dienten Wahlagenten zugleich als Sekretär des Wahlkreisvereins und verfügten, je nach dessen Finanzkraft, über Büropersonal zur Unterstützung ihrer Arbeit.

Das Berufsbild der Agenten hatte sich bis dahin stark formalisiert. Im Zentrum dieser Entwicklung standen Verbände, in denen die Agenten sich getrennt nach ihrer Parteizugehörigkeit organisierten, um die Anerkennung als Profession zu erlangen und die eigenen Interessen zu vertreten. Die erste dieser Vereinigungen war ein Zusammenschluss, den konservative Agenten in Nordengland bereits Anfang der 1870er Jahre gründeten; elf Jahre später folgten die ersten liberalen Pendants. Bis zur Zwischenkriegszeit waren daraus die *National Society of Conservative and Unionist Agents* sowie die *Society of Certificated and Associated Liberal Agents* entstanden. Agenten der jüngeren Labour Party hatten sich in der *Labour Agents' Association* zusammengeschlossen.

Diese Vereinigungen waren bestrebt, eine Prüfung als Voraussetzung für den Zugang zum Beruf zu etablieren. Der Erfolg dieses Vorhabens ging allerdings je nach Partei unterschiedlich weit. Als jüngste der Parteien stimmte die Labour Party erst auf ihrem Parteitag 1926 einem formalisierten Ausbildungssystem in Form eines Kurses mit Abschlussprüfung zu, wenngleich es wegen der Vorbereitungen noch bis 1930 dauerte, bis das Training tatsächlich begann – 300 Interessierte schrieben sich im ersten Jahr ein.²² Die älteren Parteien boten bereits seit der Vorkriegszeit eine Prüfung an. Diese entschied über den Status der Mitgliedschaft in den

²¹ Ramsden, Balfour and Baldwin (1978), 51 f.; Rix, *Party Agent* (2001), 4.

²² LPACR, 1930, 7.

jeweiligen Agentenverbänden, wenngleich sie nicht unbedingt ein entscheidendes Kriterium bildete, das den Zugang zum Beruf regelte. Ein Zertifikat erhöhte die Chancen, weil es als Ausweis für Kompetenz diente. Aber nicht alle Kandidaten und Ortsvereine forderten von ihren Agenten die förmliche Qualifikation, und gerade bei der liberalen Partei gab es angesichts der klammen Kassen kaum eine Möglichkeit, sie darauf zu verpflichten. Denn viele der liberalen Ortsvereine konnten sich glücklich schätzen, überhaupt einen einigermaßen erfahrenen Agenten zu finden, auch wenn dieser kein Papier über seine Fertigkeiten vorweisen konnte. So waren gerade in der liberalen Vereinigung Klagen der Agenten verbreitet, dass nur eine geringe Zahl der Kollegen tatsächlich die Examinierungen durchlaufen hätten: Im Oktober 1925 waren das etwa 40 Prozent.²³

Zumindest als Norm gelang die Verpflichtung auf eine Ausbildung den konservativen Agenten. Deren Interessenvertretung erreichte 1933, dass innerhalb der Partei nur noch Männer und Frauen als Agenten beschäftigt würden, die eine abgeschlossene Ausbildung mit einem Zertifikat nachweisen konnten – wenngleich dies auch hier nicht überall eingehalten wurde. Darüber hinaus waren es ebenso die Torys, bei denen die Kontrolle über das Agentendasein als formaler Beruf am weitesten ging. Die Regeln für die Mitgliedschaft, die vor dem Krieg allein von den einzelnen Gliederungen der föderal organisierten Vereinigung bestimmt worden waren, wurden zwischen den Weltkriegen nach zentralen Vorgaben vereinheitlicht. Seit 1925 wachte ein zentrales Kontrollgremium aus Vertretern von Agenten und Partei über die Lehrpläne und Prüfungen. In den frühen 1930er Jahren kam ein Disziplinarkomitee hinzu, das den Agentenstatus wieder nehmen konnte: Wer gegen die professionellen Standards der Zunft verstieß, konnte bestraft werden, von einer Mahnung bis hin zum Ausschluss aus der Vereinigung, die theoretisch auch das Ende der Berufsausübung bedeutete.²⁴

Nicht nur für den Zugang zum Agentenberuf, auch für die Zeit nach dem Erwerbsleben blieben die Berufsvereinigungen für die Agenten wichtig – denn sie verwalteten deren Pensionskassen. Auch auf diesem Gebiet hinkte Labour den älteren Parteien hinterher: Erst in den 1930er Jahren

23 Etwa: F.C. Rivers, *Why Every Liberal Agent Should Sit for Examination*, LA, Okt 1925, 127–129; *Taking Stock*, ebd., 145–149; dazu Rix, *Party Agent* (2001), 131–138.

24 Ball, *Portrait* (2013), 176; Fawcett, *Conservative Agent* (1967), 27–37.

verdichteten sich hier Diskussionen über die Einrichtung eines Pensionsfonds für Agenten, und es sollte noch bis 1941 dauern, bis mit Hilfe von Gewerkschaftsgeldern ein Vorhaben umgesetzt wurde, das alle Wahlkreisorganisatoren umfasste.²⁵ Dagegen unterhielt die liberale Vereinigung bereits seit der Jahrhundertwende einen Unterstützungsfonds nach einem Stiftungsprinzip, der auf freiwilliger Mitgliedschaft und Spenden aufbaute. Nach Bedürftigkeit konnten daraus Pensionen für Agenten im Ruhestand gezahlt werden, worüber von Fall zu Fall entschieden wurde. Diese hatten einen recht bescheidenen Umfang – Mitte der 1920er Jahre erhielten 23 ältere Kollegen eine Zuwendung von 50 Pfund im Jahr – und stellten so mehr eine Unterstützung bei Bedürftigkeit als eine auskömmliche Pension dar. Bemühungen um die Einrichtung einer echten Rentenversicherung trieben liberale Agenten in der Zwischenkriegszeit wiederholt voran, sie scheiterten allerdings an den finanziellen Problemen der Partei.²⁶

Vorbildlich dafür waren wiederum die reichen Konservativen, die bereits 1913 einen Rentenfonds ins Leben gerufen hatten. Agenten der anderen Parteien blickten neidvoll darauf, und auch unter den Konservativen selbst galt der Fonds als die „wichtigste Einrichtung“ ihres professionellen Daseins. In den 1920er Jahren wurde das System reformiert, um es finanziell attraktiver zu machen: Wahlkreisvereine und Agenten teilten sich nun einen Beitrag zwischen sechs und neun Prozent des Agentengehalts, der in eine Versicherung eingezahlt wurde. Dafür erhielt ein Agent im Ruhestand eine ansehnliche Altersrente zwischen 186 und 225 Pfund im Jahr – mehr als das, was ein Büroangestellter zu der Zeit durchschnittlich verdiente.²⁷

Der Beruf der britischen Wahlagenten war so nicht nur rechtlich bestimmt. Die Agentenvereinigungen innerhalb der Parteien taten ihr eigenes, ihre Tätigkeit zu einer nach formalen Kriterien definierten Profession zu machen. Mit Examinierungen und dem Versuch, diese zu einem ver-

²⁵ Annual Conference of Labour Agents, LO, Okt 1935, 204; Thorpe, *Parties at War* (2009), 106–108.

²⁶ Memorandum submitted by Mr. F. C. Rivers to the Re-organisation Committee and endorsed by the General Meeting of the S.C. and A.L.A., LA, Okt 1925, 42–47; FWK, *A Superannuation Fund?* LA, Mai 1927, 82; „Under Forty“, *Agents' Superannuation Scheme*, LA, Nov 1929, 44 f.

²⁷ Fawcett, *Conservative Agent* (1967), 13 f., 19 (Zitat: „the most important institution“), 36; Routh, *Occupation and Pay* (1965), 79.

bindlichen Zugangskriterium zu machen, versuchten die Agenten sich ein Monopol darüber zu sichern, wer ihren Beruf ausüben durfte. In ihren Vereinigungen organisierten sie eine Interessenvertretung gegenüber den Parteien, denen sie dienten; nach innen verständigte man sich in diesem Rahmen über berufsständische Normen. Die Agenten kontrollierten damit während der Berufsausübung ihre Standards, deren Verletzung bei zumindest einer der Parteien theoretisch sogar zum Ausschluss aus der Profession führen konnte. Schließlich konnte, wer lange genug als Wahlagent arbeitete, aus dem Beruf Ansprüche auf eine Altersvorsorge für die Zeit nach dem Erwerbsleben erwerben.

Nichts davon gab es in dieser Form in Deutschland. Besonders frappierend ist hier der Kontrast vor Ort, insbesondere in kleineren Städten, wo in der Weimarer Republik statt ausgebildeter Profis ausgemachte Amateure in den Gremien der Ortsvereine den Wahlkampf führten. In größeren lokalen Parteiorganisationen und weiter oben in der reichsweiten Hierarchie mochte das Bild ein wenig anders aussehen: Hier fand man auch in Deutschland Wahlkampfstrategen, die als Parteifunktionäre oder als Mandatsträger von der Politik lebten. Aber auch diese bildeten keine gesonderte Gruppe beruflicher Organisatoren und Wahlkampfplaner mit eigener Ausbildung und definierten beruflichen Standards wie die britischen Agenten. Insbesondere bei den bürgerlichen Parteien wirkte sich zudem die geringe Wertschätzung für organisatorische und planerische Arbeit aus. Funktionär zu sein, brachte hier wenig Geld und vor allem kaum Prestige ein, was auch die beruflichen Perspektiven deutlich beschränkte. Viele hauptberufliche Sekretäre verließen ihre Partei darum bereits nach kurzer Zeit wieder, wenn sich ihnen eine bessere Karrierechance bot. Auch informell erschwerte diese „transitorische Existenz“ vieler Organisatoren und Planer,²⁸ dass sie sich zu einer Gruppe routinierter Wahlkampfspezialisten zusammenschließen konnten, die eine eigene Interessenvertretung hätten organisieren können.

Insbesondere war für die Strategen in Deutschland die Organisations- und Wahlkampfarbeit nur Teil ihrer viel breiter angelegten politischen Ak-

²⁸ So Hettling, *Partei ohne Parteibeamte* (1999), 128, über die DDP. Ebenso: Ohnezeit, *DNVP* (2011), 54 f.; Gemein, *DNVP* (1969), 107 f. mit Anm. 54; Richter, *Volkspartei* (2002), 174.

tivitäten. Anton Erkelenz zum Beispiel, der in Deutschland als besonders rühriger Planer ins Auge sticht, war gleichzeitig Abgeordneter, Gewerkschaftsvorsitzender und Mitglied des Parteivorstandes der DDP. Auch für die Spitzenfunktionäre, die bei anderen Parteien den Wahlkampf organisierten, war es typisch, mehrere Ämter und mitunter ein Mandat gleichzeitig auszufüllen.²⁹ Umgekehrt ist bezeichnend, dass auch hauptberufliche Parteisekretäre in Deutschland nicht nur als Planer im Hintergrund agierten. Auf allen Ebenen der Parteien traten sie zugleich als Vertreter der Sache in der Öffentlichkeit auf. So erhielten sie etwa von der Partei Rednerkurse, um in Wahl- und anderen öffentlichen Versammlungen für die Idee zu werben, was sie ausgiebig taten. Eine Parteigeschichte der DVNP in Düsseldorf schätzt gar, dass Parteisekretäre hierfür „meist stärker als die Vorsitzenden“ zum Einsatz kamen.³⁰

Vor Ort sind präzise Angaben über die Tätigkeit der deutschen Wahlkampfplaner in vielen Fällen nicht einfach zu machen, weil der Verlust von Quellenmaterial hier nur selten tiefe Einblicke zulässt. Diese bestätigen aber das Bild von Amateuren oder politischen Allroundern, die den Wahlkampf neben vielen anderen Aktivitäten organisierten. Bei der Ludwigshafener SPD gehörte dazu etwa Jakob Sommer, der als Vorsitzender des Vorstands in den 1920er Jahren die örtlichen Anstrengungen dirigierte. Sommer arbeitete nicht hauptamtlich für die Partei, sondern als Eisendreher bei der BASF; zudem war er Mitglied des Stadtrats. An seiner Seite engagierte sich zu Wahlzeiten besonders Richard Hammer, der als Redakteur des örtlichen Parteiblatts seinen Lebensunterhalt verdiente.³¹ Auch hier deckte die politische Aktivität der Strategen ein breiteres Spektrum als das der britischen Agenten ab, die ausschließlich für Organisation und Wahlkampfführung ausgebildet und bezahlt wurden.

²⁹ Überblick bei Lau, *Wahlkämpfe* (2008), 127–131; vgl. auch Wertheimer, *Portrait* (1929), 122.

³⁰ Gemein, *DNVP* (1969), 107 (Zitat); Ohnezeit, *DNVP* (2011), 54; Richter, *Volkspartei* (2002), 173 mit Anm. 97; *Denkschrift über Stand und Entwicklungsmöglichkeiten der Oberschlesischen Zentrumsparterie*, [1930?], ACDP, 06-051/A001, 26 (Manuskriptzählung).

³¹ SPD Ludwigshafen, *Protokollbuch, 1924–1928*, StALu, PGV 3, 866; Braun, *Freiheit und Demokratie* (1986), 78; Brach, *Mannheimer Gemeinderat* (1984), 114 f.; vgl. Berger, *Ungleiche Schwestern?* (1997), 108 f.

Politische Mobilisierung, die Arbeit der „Maschinisten“, war damit in Großbritannien stärker abgetrennt von den übrigen Bereichen der Politik als in Deutschland. Nach innen zeigte sich das im Selbstverständnis der britischen Agenten als eine Berufsgruppe, die einen Sonderstatus gegenüber anderen Teilnehmern am politischen Betrieb hatte. Vermutlich war dieser Korpsgeist bei den Liberalen am stärksten ausgeprägt: Mitglieder der Agentenvereinigung bezeichneten sich hier gegenseitig als „Brüder“ – im extrem seltenen Fall einer Agentin als „Schwester“ –, und die liberale Agentenschaft insgesamt als „Bruderschaft“.³² Der gemeinsame Beruf verband zu einem Gruppengefühl.

Nach außen ließ sich beobachten, dass Agenten sich bewusst von politischen Fragen fernhielten, die über ihre berufliche Kompetenz hinausgingen. Mit politischen Inhalten und Programmatik beschäftigten sie sich, anders als die redenschwingenden Funktionäre in Deutschland, weniger, weil das nicht zu ihrem Geschäft gehörte. Damit soll nicht gesagt sein, dass sie völlig losgelöst von Parteilichkeit agierten – üblicherweise blieben Agenten schließlich, wie ihre separaten Vereinigungen, grundsätzlich an eine Partei gebunden und boten ihre Dienste nicht wie Söldner den Kandidaten aller Richtungen an. Ein gutes Gehalt im Dienste einer anderen Partei konnte verlockend klingen,³³ aber für solch einen Übertritt musste wie bei einem Loyalitätswechsel anderer Parteimitglieder auch der politische Graben glaubhaft übersprungen werden. Für gewöhnlich konnten Agenten in dem Sinne also als Überzeugungstäter gelten, dass sie ihrer Partei über die rein technische Organisationsarbeit hinaus auch in der Sache verpflichtet waren.

Dennoch lässt sich in ihrer Arbeit ein bewusster Abstand von Fragen politischer Inhalte und der Programmatik beobachten. Agenten mussten damit durchaus vertraut sein: Um Flugblätter oder Plakate zu entwerfen, um Vorlagen für die Presse zu schreiben oder Redner einzuweisen, brauchte es ein tiefgehendes Verständnis der Parteiprogramme und aktueller Geschehnisse.³⁴ Aber darin agierten Agenten mehr wie eine ausführen-

³² Etwa: „Strictly Private“, LA, Juli 1925, 88 („brother agent“); New „Fellows“, LA, Juli 1921, 48 („sisters“, Anführungszeichen im Original); Should the „Mag“ be supplied to Tory Agents? LA, Okt 1920, 20 f. („fraternity“).

³³ Etwa: About Agents, LA, Juli 1921, 57 f.

³⁴ Etwa: Preparations for the General Election, LO, Juli 1928, 128–135.

de Kraft. Die Richtlinien gaben Kandidat und Ortsverein vor, mehr oder minder geleitet von der Richtschnur des nationalen Parteiführers und den Themen, die vor Ort wichtig erschienen. Für die eigene Organisationsarbeit war das enorm wichtig: Agenten konnten es kaum wagen, sich in inhaltlichen Fragen zu exponieren, weil diese auch immer das Potenzial für Kontroversen bargen. Wer sich im Streit auf eine Seite schlug, riskierte seine Organisationsarbeit, indem er einen Teil der Partei vor den Kopf stieß. Noch mehr galt dies an der Schnittstelle zur örtlichen Gesellschaft, an der die Agenten als Aushängeschild für ihre Partei dienten. Polarisierende Politiker waren hier weniger zu gebrauchen als umgängliche Netzwerker.

Entsprechend verstanden sich Wahlagenten selbst auch weniger als Politiker: Ihr Selbstbild entsprach eher dem eines Geschäftsmannes. Der ganze moderne Wahlkampf müsse „geschäftsmäßig“ organisiert sein, der Agent als „Öffentlichkeits- und Geschäftsführer eines politischen Kunden“ agieren, hieß es in einem Wahlkampftratgeber. Die Agenten aller Parteien waren sich darin einig: Ihr Erfahrungsaustausch untereinander war durchzogen von der Vorstellung, dass die Organisation der Partei sowie der Wahlkampf wie ein Unternehmen geführt werden müssten.³⁵

Kehren wir damit zur Professionalität als einer Sammlung formaler Kriterien zur Charakterisierung einer Tätigkeit zurück, so muss man die britischen Wahlagenten im Vergleich zu den deutschen Strategen der Zwischenkriegszeit eindeutig als stärker professionalisierte Zunft bezeichnen. Die Agenten waren besonders ausgebildet für das klar abgegrenzte Tätigkeitsfeld der Parteiorganisation und des Wahlkampfs, auf dem sie als Spezialisten hauptberuflich und unter Aufsicht ihrer Standards ihren Lebensunterhalt verdienten; und anders als ihre deutschen Pendants konnten sie auf ihre Tätigkeit als eine rein berufliche Beschäftigung blicken.

Dieses Selbstbild als professionelle Geschäftsleute im Hintergrund schlug sich auf die Perspektive der Wahlkampfstrategen zur Politik nieder. Es schuf Distanz. Es ist kein Zufall, dass Agenten selbst im Zusammenhang mit der „geschäftsmäßigen“ Führung des Wahlkampfs die hohe

³⁵ Houston/Valdar, *Modern Electioneering* (1922), Zitate 10, 14 („businesslike“, „publicity and business manager of a political client“); vgl. etwa F.G. Pyne, *New Methods*, CAJ, Apr 1922, 19–21; Edgar Butler, *The Conduct of an Election*, LA, Mai 1927, 70 f.; *The Business Side of Electioneering*, LO, Apr 1922, 9 f.

Bedeutung der Leidenschaftslosigkeit für ihre Arbeit betonten.³⁶ Das war schließlich, was formale Professionalität kennzeichnete: Wer etwas „nur beruflich“ tat, der musste persönlich nicht involviert sein und konnte an der Auseinandersetzung unaufgeregt, aus emotionaler Entfernung teilnehmen. Das begünstigte gegenüber den deutschen Kollegen unter britischen Wahlkämpfern eine vergleichsweise nüchterne und distanzierte Perspektive auf den politischen Konflikt.

Diese machte sich bemerkbar im Erfahrungsaustausch unter den Wahlkämpfern, dem wir uns in den folgenden Teilen des Kapitels zuwenden. Diese untersuchen sowohl den innerbritischen und innerdeutschen wie auch den Wissensaustausch zwischen beiden und den Blick auf andere Gesellschaften. Damit klären wir noch zwei wichtige Punkte zur Frage der Professionalität. Zum einen ist das die Art und Weise, in der politische Strategen in Deutschland und Großbritannien Spezialwissen – die Arkana der Profession – ansammelten und austauschten. Zum anderen thematisieren wir dabei die Assoziation von Professionalität mit Expertise und Kompetenz: Es muss betont werden, dass die höhere Professionalität der britischen Wahlagenten hier nicht bedeutete, dass sie auch die fähigeren Strategen waren.

Das zeigt deutlich die Beobachtung britischer und deutscher Planer über Grenzen. Denn auch aus Großbritannien meinte man prinzipiell, von anderen Kollegen – und darunter auch den deutschen – einiges lernen zu können. Weit mehr Aufmerksamkeit erlangten allerdings hier wie dort die US-amerikanischen Kampagnen, weshalb wir dem Blick auf diese einen kurzen Exkurs widmen. Dieser beleuchtet einige grundlegende Bedingungen für den Wissensaustausch und das Lernen von anderen Gesellschaften in Wahlkampffragen.

Exkurs: Amerika

Weder für Deutschland noch für Großbritannien ist die Beobachtung fremder Wahlkämpfe einfach nachzuzeichnen. Die Parteien unterhielten hier wie dort keine gesonderten Abteilungen, die für Analysen aus anderen

³⁶ Political Psychology, LA, Apr 1924, 28–30; Agreements with the Enemy, LO, Mai 1921, 3 f.

Gesellschaften zuständig gewesen wären und Material zur Auswertung für eigene Wahlkampfzwecke erzeugt hätten. In beiden Gesellschaften war die Beschäftigung mit den Wahlkämpfen in anderen Ländern nur in geringem Maße institutionalisiert. Sie hing mehr an vereinzelt Ansätzen, Versuchen und Personen, die nicht zuletzt persönliches Interesse zu einer Befassung mit fremden Kulturen trieb. Das ist ein Befund für sich: Dass Parteien weder in Deutschland noch in Großbritannien eine systematische Beobachtung der Gepflogenheiten in anderen Ländern betrieben, deutet darauf hin, dass sie sich im Allgemeinen auch nicht besonders viel davon versprochen. Und tatsächlich schien das, was an Austauschversuchen probiert wurde, nicht unbedingt geeignet, an dieser Einschätzung etwas zu ändern.

Das galt für die britischen Blicke, die hier insbesondere konservative Agenten auf die USA warfen. Ab und zu glichen diese ihre eigenen Erfahrungen mit einzelnen Wissensfragmenten ab, die sie über amerikanische Methoden zu hören bekamen – von Klassifizierungen vielversprechender Wählerschichten bis zum technischen Fortschritt, der jenseits des Atlantiks immer einen Schritt vorauszuweichen schien. Gemein war solchen Verweisen, dass es sich zumeist mehr um Anspielungen und zuweilen um offen zugegebene Spekulationen handelte: Niemand behauptete wirklich umfassende Expertise zu besitzen. Immerhin machte es die niedrige Sprachbarriere vergleichsweise einfach, Aufgeschnapptes über die Zustände in den USA in die eigenen Ausführungen einzuflechten – aus anderen Ländern war es bedeutend schwieriger, an interessante Informationen in englischer Sprache zu kommen. Selbst im Englischen allerdings blieben Unterschiede etwa in den verwendeten Begrifflichkeiten nicht unerheblich. Ein Agent betonte in einer Abhandlung über amerikanische Wahlkampfmethoden gar, dass er nur über „begrenzte Kenntnisse der amerikanischen Sprache“ verfüge. Seine Quelle ging offensichtlich so tief in die Feinheiten der amerikanischen Politik, dass es ihm schwer fiel, spezifischen Fachausdrücken zu folgen.³⁷

37 American Electioneering, CAJ, Feb 1923, 38 f., wieder abgedruckt in CAJ, Apr 1929, 61–64 („limited knowledge of the American language“); „Thirty-Three Division“, Some Thoughts on Electioneering, CAJ, März 1923, 58–60; Electioneering by Wireless, CAJ, Mai 1922, 5; vgl. Gordon Hosking, Labour and Advertising, LO, Juli 1924, 5 f.

Einen etwas umfangreicheren Versuch zur Untersuchung amerikanischer Wahlkämpfe startete die Liberale Partei Ende der 1920er Jahre, indem sie eine Gruppe von drei „Missionaren“ gezielt für eine Beobachtung der dortigen Präsidentschaftswahl über den großen Teich sandte. Viel ist über die Reise nicht herauszufinden – außer, dass sie anscheinend das einzige derartige Experiment blieb. Zeitgenossen beurteilten sie jedenfalls nur als mäßig erfolgreich, was mögliche Lehren für die heimische Wahlkampfführung betraf. Allzu viel konnte man von den amerikanischen Erfahrungen offenbar allein deshalb nicht abschauen, weil der Wahlkampf in Großbritannien deutlich strengeren finanziellen Regeln unterworfen war, der allzu großem Aufwand einen Riegel vorschob. Die Liberalen scherzten: Wollte man in Großbritannien eine Kampagne nach amerikanischem Stil betreiben, müsse man zuerst einmal klären, wer sich um Frauen und Kinder der Agenten kümmern würde, wenn diese wegen Wahlkorruption verknackt würden.³⁸

Hinter solchen Anspielungen standen ähnliche Vorstellungen, wie sie auch in Deutschland verbreitet waren, wenn von amerikanischen Methoden gesprochen wurde. Vielfach diente der Begriff hier wie da als eine Leerformel, als ein Platzhalter für Neues, Auffälliges, Grelles, Großes, Lautes, Teures. So versuchten zum Beispiel deutsche Wahlkampfplaner die Aktivisten für die finanziell günstige Agitation von Haus zu Haus zu mobilisieren, indem sie argumentierten, man verfüge nun einmal über keine „amerikanischen Wahlmethoden“. Meist wurde der Begriff dabei nicht neutral, sondern in kritischer Wendung benutzt. Mit einem amerikanischen Wahlkampf wurde dem Gegner eine übertrieben marktschreierische und damit geschmacklose Propaganda vorgeworfen.

Pomp und Unterhaltsamkeit wurden damit einem Ideal von seriöser Politik gegenüber gestellt, die einer Anpreisung als Ware nicht bedürfe. Auch in Großbritannien war das nicht unbekannt – wenigstens auf der Linken gab es auch hier Planer, die in „amerikanisierten Methoden“ eine tosende Manipulation der Masse sahen, die über den fehlenden Gehalt der Politik hinwegtäuschen sollte. Zweifellos stand hinter solchen Klagen auch Neid, denn bezeichnenderweise wurden „amerikanische Methoden“

³⁸ Autolycus Abroad, LA, Nov 1928, 159; American Methods, LA, Nov 1928, 164 („missionaries“); Ubique, In Medias Res, CAJ, Dez 1928, 373 f., Juli 1929, 105–109.

vor allem von denjenigen angeprangert, die sie sich selbst nicht leisten konnten oder wollten. Die riesigen Summen zu organisieren, die solche Mittel erforderten, würde unerwünschte Abhängigkeiten schaffen, hieß es etwa in einem Rundschreiben der Deutschen Staatspartei. Außerdem missachte ein derartiger Wahlkampf die „Würde des Staatsbürgers“ – darum verzichte man als Bewegung grundsätzlich darauf.³⁹

Es ist offensichtlich, dass solche Wertungen in Deutschland auf stereotypen Vorurteilen über Amerika und eine vermeintliche Amerikanisierung der Politik beruhten. Sie zehrten von einer ambivalenten Wahrnehmung, die zwischen Bewunderung für die endlosen Möglichkeiten in der neuen Welt und Abschreckung angesichts der Exzesse schwankte, die daraus entsprangen.⁴⁰ Mit einer unvoreingenommenen Untersuchung tatsächlicher Wahlkämpfe in den USA hatte die Mehrheit der üblichen Anspielungen vor allem in Deutschland somit wenig zu tun. Insofern war die Beobachtung amerikanischer Wahlen hier unter den Strategen hinter den Kulissen trotz – oder vielleicht gerade wegen – verbreiteter Klischees nur schwach ausgeprägt.

Ein wenig offener und mit Lerninteresse griffen einzelne Planer in Großbritannien vielversprechende Aspekte amerikanischer Kampagnen auf. Dabei stießen sie allerdings schnell auf Grenzen der Übertragbarkeit. Die strengen finanziellen Spielregeln der britischen Wahlkämpfe standen einer einfachen Übernahme insbesondere aufwändiger, technisch avantgardistischer Methoden im Weg. Hinzu kamen trotz der geteilten Sprache Verständnisschwierigkeiten, da Wahlkampfmethoden schließlich immer genau auf die unterschiedlichen Verhältnisse im anderen Land angepasst waren und so nicht unbedingt auch in der Heimat funktionieren mussten. Das galt freilich in noch viel höherem Maße für Lernversuche zwischen Deutschland und Großbritannien.

³⁹ Und nun an die Arbeit! NPL, 17. 3. 1925; The Rout and the Rally, LO, Dez 1931, 230–236, hier 232 („Americanised methods“); DStP-Rundschreiben Nr. 4, 25. 8. 1930, BArch, R 45 III/59, 13 f. (Zitate); vgl. Mergel, Gegenbild (1999), bes. 378–382; Lau, Wahlkämpfe (2008), 196–198.

⁴⁰ Dazu: Kamps (Hrsg.), Trans-Atlantik – Trans-portabel? (2000); Lüdtke/Marßolek/Saldern (Hrsg.), Amerikanisierung (1996).

Gegenseitige Beobachtung

Die gegenseitige Beobachtung von Briten und Deutschen ist besonders hilfreich, Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Wahlkampfpraktiken in beiden Ländern zu identifizieren. Gerade in zeitgenössischen Äußerungen über die Gewohnheiten in der jeweils anderen Gesellschaft fallen diese nämlich ins Auge, wie wir bereits an einem Beispiel gesehen haben: Die Irritation deutscher Kommentatoren über die selbstverständliche Rede von den Parteimaschinen in Großbritannien zeigt deutlich, dass hierüber in Deutschland großes Unbehagen herrschte. Über solche Kontraste hinaus ist es wichtig, ein Gespür für den Umfang von Transfers zwischen beiden Wahlkampfkulturen zu erlangen, um diesen auch an späterer Stelle gerecht zu werden. Insofern helfen die gegenseitigen Beobachtungen der deutschen und britischen Wahlstrategen, die Einschätzung über die Unterschiedlichkeit beider Wahlkampfkulturen zu schärfen, die auch für den weiteren Verlauf der Untersuchung von Bedeutung ist. Um dem gerecht zu werden, müssen wir an dieser Stelle beispielhaft auch inhaltlich etwas mehr darauf eingehen, was genau die Beobachter im Anderen sahen und was sie zu übernehmen versuchten.

Die Aufmerksamkeit auf die jeweils andere Gesellschaft war zwischen Deutschland und Großbritannien asymmetrisch verteilt. Bereits im 19. Jahrhundert hatte man vom Kontinent in Richtung der Insel gesehen und hier ein Vorbild erblickt, umgekehrt eher nicht.⁴¹ Aus britischer Perspektive gab es auch in der Zwischenkriegszeit wenig Gründe, ausgerechnet in der Weimarer Republik nach Inspiration zu suchen: Der Parlamentarismus war jung in Deutschland; erst seit sehr viel kürzerer Zeit als in Großbritannien selbst versuchte man sich hier im Wählen und an einer parlamentarischen Regierung. Zudem hatte das Reich gerade erst einen Krieg verloren und so international gegenüber dem Empire und den aufstrebenden USA an Bedeutung verloren. Schließlich stand die Sprachbarriere einer Beschäftigung mit den Verhältnissen in Deutschland im Weg. Was sollte man also von den Deutschen lernen können?

⁴¹ Muhs/Paulmann/Steinmetz, *Aneignung* (1998); Bauerkämper/Eisenberg (Hrsg.), *Britain as a Model* (2006).

Sinnvoll schien diese Frage allenfalls innerhalb der internationalen Gemeinschaft der Arbeiterbewegung. Hier galt nämlich die SPD als die Vorreiterin und das prototypische Modell für eine effizient organisierte, moderne Arbeiterpartei. Über die internationale Vernetzung von Arbeiterorganisationen bestanden zudem Kontakte zwischen gleichgesinnten Politikern und Aktivisten, die sich brieflich oder bei Besuchen potentiell auch über Wahlkampffragen austauschen konnten.⁴² Ein Beispiel dafür ist die langjährige Abgeordnete und spätere Bildungsministerin Ellen Wilkinson, die im Sommer 1932 Urlaub in Deutschland machte und dabei auf Anfrage kurzerhand den Wahlkampf der deutschen Genossen unterstützte. Das gab ihr Einblicke erster Hand in die deutsche Kampagnentätigkeit – viele Anregungen für ihre eigenen Anstrengungen oder die der Labour Party insgesamt brachte Wilkinson davon jedoch nicht mit: Allgemein könne man zwar einiges lernen von der deutschen Perspektive auf die Psychologie der Wählermassen, führte sie nach ihrer Rückkehr für interessierte Strategen in Großbritannien aus. Doch müsse davor gewarnt werden, die Ideen unkritisch zu übersetzen, weil die „Bedingungen in den zwei Ländern so grundverschieden sind“ – nicht zuletzt müsse man bedenken, dass Deutschland sich momentan im „frühen Stadium eines Bürgerkrieges“ befinde.⁴³

Bereits vor der Krise der 1930er Jahre war die Labour Party zu einer ähnlich skeptischen Einschätzung gekommen, ob man von den Wahlkampfmethoden der SPD profitieren könne. Auf eine offizielle Anfrage nach der Reichstagswahl 1928 hatte die deutsche Schwesterpartei einen Überblick und Proben ihrer Wahlkampfmaterialien nach Großbritannien geschickt. Doch die Strategen der Labour Party zogen kaum etwas von den deutschen Techniken und Mitteln auch nur für eine Erprobung überhaupt in Erwägung. Einige Methoden, wie die Verteilung von Luftballons oder Seife mit Parteislogans, wären in Großbritannien schlicht illegal gewesen: Unter den Antikorruptionsgesetzen durften Kandidaten Wählern keine Flaggen, Kokarden, Banner oder andere „Erkennungszeichen“ geben, und

⁴² Berger, Morrison's London Labour Party (2005); ders., *Ungleiche Schwestern?* (1997), 233–273.

⁴³ Ellen Wilkinsons Deutschlandbesuch, 1932, LHASC, LP/ID/GER/7; Ellen Wilkinson, *Electioneering in Germany*, LM, Aug 1932, 178 f. („conditions in the two countries differ so widely“, „early stages of civil war“).

einen nützlichen Haushaltsgegenstand wie Seife hätte man sogar als Bestechungsversuch werten können.⁴⁴ Die Verteilung kleiner Werbeartikel, mit der deutsche Parteien experimentierten, schied in Großbritannien so allein aus rechtlichen Gründen aus.

Einzig der sozialdemokratische Wahlfilm und die Schallplattenproben überzeugten die britischen Wahlkämpfer dazu, den möglichen Erfolg solcher Mittel auszuloten. Bemühungen darum verliefen sich allerdings im Sande – wiederum war Geld das Problem. In den Augen der britischen Planer überstiegen die Kosten den Nutzen solch aufwändiger Mittel. Zudem stand die Dezentralität der britischen Wahlkampagnen ihrer Verwendung im Weg. Das galt auch für die deutsche Innovation, Flugblätter aus Flugzeugen über Städte und Dörfer abzuwerfen.⁴⁵ Solch kostenintensive Werbemittel erforderten eine zentrale Finanzierung, Planung und Koordination, die zwischen den einzelnen Kampagnen in den britischen Wahlkreisen nicht gegeben war. Das Wahlsystem und die Regeln, die sich mit ihm entwickelt hatten, erschwerten so direkte Übernahmen von Wahlkampftechniken, die in der jeweils anderen Gesellschaft möglich und üblich waren.

Das galt auch in die umgekehrte Richtung. Von Deutschland aus gab es insgesamt mehr Gründe, in Richtung der älteren Demokratie zu blicken, als die man Großbritannien verstand. Schließlich konnte der Parlamentarismus hier auf eine längere Tradition zurückblicken als in der deutschen Heimat. Dabei waren es, wie sich Ende der 1920er Jahre zeigte, nicht nur Deutsche, die aus dieser Perspektive auf Großbritannien sahen. Zur Unterhauswahl im Mai 1929 besuchten interessierte Ausländer aus einer ganzen Reihe von Ländern die Insel, um Erfahrungen aus erster Hand Erfahrungen über die britische Wahlkampfkultur zu sammeln – die britische Demokratie galt international als Vorbild und Maßstab.⁴⁶ Auch die deutschen Sozialdemokraten entsandten so eine Delegation nach England, um den Ablauf der Unterhauswahl zu verfolgen. Wie bei den britischen Liberalen, die etwa zur selben Zeit in den USA weilten, ist allerdings auch

⁴⁴ Asquith, *Election Guide* (1884), 42 f. („marks of distinction“).

⁴⁵ Labour Party, Research and Publicity Committee, 25. 6. 1928, NEC Minutes, LHASC; Hollins, *Presentation of Politics* (1981), 180 f.

⁴⁶ Ubique, In *Medias Res*, CAJ, Juli 1929, 105–109, hier 106; General Election Campaign, CDN, 16. 5. 1929.

hier nicht viel darüber herauszufinden, welche Lehren und Schlüsse die deutschen Beobachter aus dem Aufenthalt zogen. Einen offensichtlichen Einfluss auf die Kampagnenführung der SPD in Deutschland übten sie jedenfalls nicht aus.⁴⁷

Begrenzt war in dieser Hinsicht auch der Erfolg des deutschen Wahlkampfstrategen, in dessen Arbeiten die Inspiration durch britische Vorbilder am deutlichsten sichtbar wird: Der Demokrat Anton Erkelenz ist uns bereits begegnet. Als ein Organisator und Planer hatte er gerade auf Grund dieser Rolle in seiner eigenen Partei einen schweren Stand. Erkelenz pflegte als Gewerkschafter Kontakte nach Großbritannien, er sprach Englisch und war bereits vor dem Weltkrieg nach England gereist. Wie britische Sozialisten in der deutschen SPD ein Vorbild erblickten, sah Erkelenz als Liberaler in der britischen Variante des Liberalismus ein nachahmenswertes Modell: Hier gebe es eine radikaldemokratische Strömung, welche die Arbeiterschaft ohne marxistischen Ballast mittels guter Organisation an sich binden könne. Entsprechend atmeten auch viele von Erkelenz' Rezepten und Vorschlägen für die Parteiorganisation und Wahlkampfführung in Deutschland den Geist britischer Strategien und Methoden.

Vereinzelt verwies Erkelenz ausdrücklich auf das Vorbild. So hob er gegenüber den deutschen Parteikollegen die Wichtigkeit des persönlichen Besuchs bei den Wählern in den „älteren demokratischen Ländern“ wie Großbritannien hervor, oder er verwies auf die angelsächsischen Erfahrungen mit einer größeren Anzahl von Rednern in Wahlversammlungen. Insgesamt hoffte Erkelenz Mitte der 1920er Jahre, dass britische „Reklamemethoden“ sich auch in Deutschland irgendwann durchsetzen und damit auch ein „bißchen Scherz“ und Auflockerung in den Wahlkampf einziehen würden – deutsche Agitatoren sollten demgegenüber „nicht allzu hochnäsiger sein“. Wie solche Formulierungen allerdings zeigen, stand hinter Erkelenz' Plänen vor allem Wunschdenken – schließlich fanden seine und die Arbeit seiner Kollegen selbst innerhalb der eigenen Partei kaum Gehör.⁴⁸ Die Inspiration durch britische Vorbilder war so zwar nicht völlig

⁴⁷ Heinrich Braune, *A German Looks at the British General Election*, LM, Juni 1929, 82; Berger, *Ungleiche Schwestern?* (1997), 252.

⁴⁸ So deutlich in: Erkelenz, *Leitfaden* ([1924]), Beispiele 11, Zitate 19, 27. Zur Einordnung Kellmann, Erkelenz (2007), hier bes. 32 f., 49 f., 63–65, 158–160, 221.

unbedeutend für die grundsätzliche Perspektive auf mögliche Strategien. Von einer merklichen Prägung des Wahlkampfs durch britische Vorbilder kann aber auch bei den Demokraten, wie bei den anderen deutschen Parteien, kaum die Rede sein.

Wo Strategen britische Wahlkampfstrategien in Deutschland testeten, war ihnen nur zweifelhafter Erfolg beschieden. Zumindest lässt sich diese Lehre aus einem Fall ziehen, in dem deutsche Wahlkämpfer ganz offensichtlich versuchten, sich Erfahrungen aus Großbritannien zunutze zu machen. Nachdem sie die Unterhauswahl von 1924 verfolgt hatten, wollten Konservative in Deutschland die Rechte zu einem ähnlichen Wahlerfolg führen, indem sie den Verlauf der britischen Auseinandersetzung nachahmten.

Als Vorbild diente ihnen der Skandal um den sogenannten Sinowjew-Brief, der in der britischen Literatur wohlbekannt ist. Die gesamte britische Wahlkampagne im Oktober 1924 hatte sich um die Beziehungen des Landes und der ersten Labour-Regierung zur Sowjetunion und zum Kommunismus gedreht. Konservative unterstellten der Arbeiterpartei eine Durchsetzung mit radikalen Elementen, die parteiintern das Sagen hätten und im Zweifel auf Moskau hörten. Vor diesem Hintergrund ließ am 24. Oktober, kurz vor dem Wahltag, die konservative *Daily Mail* eine Bombe platzen: Die Zeitung veröffentlichte einen Brief, gezeichnet vom Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale, Grigori Sinowjew, der das britische Proletariat zu revolutionärem Aufruhr anstachelte. Empörung fegte durch den Blätterwald – nicht nur die Londoner, auch die Provinzpresse stieg in die Enthüllungsgeschichte ein,⁴⁹ und bis zum Wahltag dominierte das Thema die Auseinandersetzung in den Wahlkreisen.

Historiker sind sich heute weitgehend einig, dass es sich bei dem Brief um eine Fälschung handelte. Doch als endgültig geklärt kann die Geschichte selbst heute nicht gelten, trotz intensiver Spurensuche in den Geheimdienstakten. Kurz nach seiner Veröffentlichung 1924 war die Echtheit des Schreibens entsprechend umstritten – mit guten Gründen wurde sie angezweifelt, und von Seiten der Labour Party versuchte man, das Dokument als Teil einer konservativen Verschwörung zu diskreditieren.

⁴⁹ Etwa: Aberdeen Journal; Glasgow Herald; Hull Daily Mail; Nottingham Evening Post; Western Daily Press; Western Morning News; YTS; CDN, alle 25. 10. 1924.

Doch viele schien das vernichtende Urteil, das mit dem Brief über die Außenpolitik der Labour-Regierung gesprochen war, zu überzeugen. Die Arbeiterpartei konnte zwar ihre Wählerstimmen im Vergleich zur zurückliegenden Wahl noch steigern. Aber zugleich drängte die Zuspitzung der Kampagne auf die Entscheidung zwischen verfassungsmäßiger Regierung und gefährlichen sozialistischen Experimenten die Liberalen aus dem Rennen. Ihr Zusammenbruch unter dem Eindruck der bolschewistischen Bedrohung bescherte den Tories einen Erdrutschsieg.⁵⁰

Einige Wochen später versuchten konservative Strategen in Deutschland, den Skandal zur Reichstagswahl im Dezember zu imitieren. Hier hoffte die DNVP von einem ähnlichen Eklat zu profitieren. Die *Berliner Börsen-Zeitung* veröffentlichte am 29. November ein vorgebliches Memorandum des französischen Premiers Édouard Herriot, das ab dem nächsten Tag von einer Reihe deutschnationaler Zeitungen übernommen wurde. Das Schreiben sollte beweisen, dass deutsche Demokraten und pazifistische Internationalisten im Bunde mit Frankreich von innen heraus die Reichswehr zu zerstören suchten – die Parallelen zum Sinowjew-Brief waren offensichtlich. In ihrem Versuch, damit einen vergleichbaren Skandal zu produzieren, bezogen die rechten Blätter sich ausdrücklich auf das britische Vorbild. „Macht’s wie in England!“, hieß es etwa im Münsterland in einem plumpen Aufruf am Vortag der Wahl: „Wählt alle Deutschnational“.⁵¹ Doch die Wählerschaft wollte nicht so recht folgen. Die DNVP verbesserte ihr eigenes Ergebnis im Vergleich zur letzten Wahl kaum; als eigentlicher Sieger durfte sich mit einem Zuwachs von 5,5 Prozentpunkten ausgerechnet die SPD feiern.⁵²

Dass die „deutschnationale Wahlbombe“ nicht zünden wollte, hatte mehrere Gründe. Offensichtlicher als im britischen Fall handelte es sich bei dem Herriot-Memorandum um eine Fälschung. Dafür kam aber seine Veröffentlichung zu früh, sodass bis zum Wahltag selbst unter den Konservativen kaum jemand an der ursprünglichen Geschichte festhielt.

⁵⁰ Bennett, *Zinoviev Letter* (1999); Mowat, *Britain* (1966), 187–191; Worley, *Labour Inside* (2005), 81.

⁵¹ In: WL, 6. 12. 1924; Dazu: Französische Pläne gegen die deutsche Reichswehr, *Berliner Börsen-Zeitung*, 29. 11. 1924; Das Echo des Herriot-Memorandums, *Berliner Börsen-Zeitung*, 1. 12. 1924; Die deutsche Demokratie am Pranger! WL, 2. 12. 1924; Das Komplott gegen die Reichswehr, WL, 3.–4. 12. 1924.

⁵² Vogel/Nohlen/Schultze, *Wahlen in Deutschland* (1971), 296 f.

Trotz einiger halbherziger Verteidigungsversuche ließ sogar die *Börsen-Zeitung* selbst das Thema wenige Tage nach der ersten Veröffentlichung still unter den Tisch fallen. Selbst wenn die Geschichte mehr Glaubwürdigkeit besessen hätte, ist zudem zweifelhaft, ob sie in Deutschland wie in Großbritannien funktionieren konnte. Die Grundvoraussetzungen, die es der britischen Presse ermöglichten, eine Panik vor den Roten zu schüren, waren nämlich in Deutschland nicht gegeben. So war der Inhalt des angeblichen Memorandums für weite Teile der Öffentlichkeit in Deutschland kaum so schockierend wie die Veröffentlichung eines möglichen roten Komplotts in Großbritannien. Britische Zeitungen und Kommentatoren konnten einen größeren öffentlichen Konsens über die Gesellschaftsordnung und das Regierungssystem voraussetzen, der im Lichte der Enthüllungen bedroht erschien. In Deutschland war dieser so nicht gegeben – für viele überzeugte Republikaner gab es schlicht wenig Skandalhaftes an dem fingierten Herriot-Memorandum.

Zudem konnte der Skandal in der deutschen Öffentlichkeit nie eine Dominanz entwickeln, die dem Sinowjew-Brief in Großbritannien geglichen hätte. Das lag an der grundsätzlich anderen Strukturierung der deutschen Presselandschaft: Wie das fünfte Kapitel noch genauer zeigt, war diese stärker als ihr britisches Pendant regional und nach Parteien fragmentiert. Die Berliner Zeitungen konnten so allein wegen ihrer geringen Reichweite nicht wie in Großbritannien die Weichen für die Berichterstattung im restlichen Land stellen. Gegnerische Blätter etwa erwähnten das vorgebliche Memorandum mit keinem einzigen Artikel, oder es war ihnen nur eine Meldung unter vielen anderen wert, als der Skandalversuch bereits an den Fälschungsunterstellungen gescheitert war. An manchen Orten – so etwa in der Vorderpfalz – kam das Thema darum überhaupt nicht richtig auf;⁵³ und selbst wo es angesprochen wurde, blieb es weit entfernt von der Dominanz, mit der die Sinowjew-Affäre in Großbritannien alle anderen Wahlkampfthemen überschattete. Es ist kein Zufall, dass der ge-

53 Die deutschnationale Wahlbombe, MA, 2. 12. 1924; vgl. Die Landeszeitung hat Pech oder verleumdet sie? VM, 3. 12. 1924; Die Reichswehr, WL, 7. 12. 1924 (auf der 2. Seite). Die *Pfälzische Post* erwähnt das Memorandum bis zum Wahltag mit keinem Artikel, wobei ich die Ausgaben für den 6. 12. 1924 und den 7. 12. 1924 wegen Lücken in der Verfilmung (möglicherweise der Überlieferung) nicht einsehen konnte. Auch in der *Neuen Pfälzischen Landeszeitung* ist es mir nicht aufgefallen.

scheiterte Skandalisierungsversuch so auch in der Geschichtsschreibung zur Weimarer Republik keine merklichen Spuren hinterlassen hat,⁵⁴ während der Sinowjew-Brief als Stichwort unter Historikern der britischen Zwischenkriegszeit Allgemeingut ist.

Was in Großbritannien gut funktionierte, hatte in Deutschland so keinen Erfolg. Wenn der Nachahmungsversuch der britischen Kampagne eine Lehre hatte, dann war das die Unmöglichkeit, Wahlkampfmethoden aus einer Gesellschaft eins zu eins in die andere zu verpflanzen. Indirekt bestätigt der gescheiterte Transfer damit die Skepsis der britischen Strategen, die sich zurückhaltend zeigten, Techniken aus Deutschland überhaupt auszuprobieren. Er zeigt zudem, dass einer Übernahme fremder Praktiken mehr als nur das unterschiedliche Wahlsystem und rechtliche Grenzen im Weg standen: In diesem Fall hing das Funktionieren der Strategie in hohem Maße von der Struktur der Medienlandschaft ab, die eng mit den Traditionen der Parteibildung in beiden Gesellschaften verbunden war.

Aus Perspektive der deutschen und britischen Strategen selbst und im direkten Austausch zwischen ihnen erscheint die Verschiedenheit der Wahlkampfkulturen beider Gesellschaften so besonders prägnant. Auf einer oberflächlichen Ebene, so lässt sich der Befund deuten, sah sich das Treiben in Deutschland und in Großbritannien recht ähnlich. Hier wie dort wurden Plakate gehängt, Flugblätter verteilt, Versammlungen abgehalten – nur darum fanden die Planer in beiden Gesellschaften die Idee plausibel, dass man auch von den anderen lernen könne. Wenn sie dies probierten, zeigten sich aber in den entscheidenden Details Unterschiede, die sich nicht einfach überbrücken ließen. In ihrer genauen Ausgestaltung wurzelten die jeweiligen Praktiken so fest in einem nationalen Nährboden spezifischer rechtlicher und institutioneller Arrangements sowie kultureller Gepflogenheiten und Traditionen, dass man sie nicht einfach verpflanzen und dieselbe Blüte erwarten konnte.

Auch darum fand die gegenseitige Beobachtung zwischen beiden Gesellschaften in der Zwischenkriegszeit letztlich nicht zu einer systematischeren Ausgestaltung. Das war vor dem Hintergrund der wahrgenommenen Unterschiede nur logisch. Diese heben zudem noch einmal hervor, wieso

⁵⁴ Auch Lau, *Wahlkämpfe* (2008), 307–312, erwähnt das vorgebliche Memorandum in seinen Ausführungen zur DNVP-Kampagne im Spätherbst 1924 nicht.

im Vergleich mit der Beurteilung der Professionalität von Wahlkampfstrategen hier wie dort nichts über ihre Kompetenz gesagt ist: Wer nun die fähigeren Wahlstrategen waren, ist schon allein deshalb unmöglich zu beantworten, weil ihre Erfahrungen eng auf vollkommen verschiedene Wahlsysteme und sehr spezifische kulturelle Gepflogenheiten bezogen blieben und damit nicht einfach austauschbar waren.

Für die Planer hier wie dort blieben dementsprechend die Beschäftigung mit den eigenen Erfahrungen und ihre Verarbeitung von vorrangiger Bedeutung. Dieser wenden wir uns im letzten Abschnitt des Kapitels zu. Wie tauschten die Strategen hinter den Kulissen sich über ihre eigenen Erfahrungen aus, und in welchen Formen war die Zirkulation von Wissen über den Wahlkampf zwischen ihnen institutionalisiert?

Selbstbeobachtung

Die Selbstbeobachtung von Wahlkampfpraktiken nahm in beiden Ländern, grob unterschieden, zwei Formen an: Darüber, wie Strategen sich im unmittelbaren Kontakt miteinander über ihre Erfahrungen und Planungen austauschten, ist es naturgemäß schwierig, aus dem zeitlichen Abstand viel in Erfahrung zu bringen – vieles blieb nur mündlich ausgesprochen und ist für immer verloren. Mehr lässt sich heute noch darüber herausfinden, wie die Wahlkampforganisatoren in beiden Gesellschaften schriftliche Medien verwendeten, um zurückliegende Kampagnen auszuwerten und für die Zukunft zu planen. Beide Formend es Austauschs waren in Großbritannien stärker institutionalisiert und auf Dauer gestellt als in Deutschland, was eng mit der stärkeren Professionalisierung der britischen Wahlkampfplaner zusammenhing.

Ihre Berufsverbände bildeten nicht nur eine Instanz der Qualitätssicherung und der Interessenvertretung. Zugleich boten die Organisationen einen Rahmen für den Erfahrungsaustausch unter den Kollegen innerhalb der Zunft. Für ihre Selbstverwaltung als Institution richteten die Agentenverbände jährlich eine große Zusammenkunft aus, ähnlich einem Parteitag. Sie diente der Verteilung von Ämtern sowie der Diskussion von Statusfragen wie Standards der Ausbildung oder der Verbesserung von Arbeitsbedingungen. In eigens dafür eingerichteten Sitzungen wurden zudem inhaltliche Fragen zur politischen Organisation und der Wahlkampf-

planung debattiert. Die Treffen boten den Agenten damit eine Möglichkeit, sich mit Kollegen intensiv über den neusten Stand der Kampagnenführung auszutauschen.⁵⁵

Da deutsche Wahlkampfstrategen nicht in dieser Form in eigenen Berufsverbänden organisiert waren, gab es für sie weniger Möglichkeiten, einen ähnlich regelmäßigen Erfahrungsaustausch zu organisieren. Parteitage boten einen Rahmen – hier allerdings standen inhaltliche Fragen klar im Vordergrund. Die Klagen des Linksliberalen Anton Erkelenz darüber haben wir bereits angeführt; bei anderen Parteien gab es nicht unbedingt mehr Raum für Austausch zu organisatorischen Fragen. Selbst bei der SPD, die darin in Deutschland als führend gelten konnte, hatten derartige Diskussionen auf den Parteitagen kaum Bedeutung.⁵⁶ Stärker konzentriert auf die Methoden des Wahlkampfs waren Konferenzen, die sich gezielt an die Parteibeamten richteten. Hier wurde ausführlicher über die Organisation der Parteigremien im Wahlkampf sowie Dinge wie die Bearbeitung der Presse oder die Ausbildung von Parteirednern beraten. Viele Spuren haben solche Veranstaltungen nicht hinterlassen; es scheint allerdings, dass sie in Deutschland mehr zur ausdrücklichen Vorbereitung anstehender Wahlen sowie zu ihrer kurzfristigen Nachbesprechung einberufen wurden, statt regelmäßig und unabhängig vom Wahlkampf selbst eine Plattform für den Austausch zu bieten, die distanziertere Reflexionen ermöglichte.⁵⁷

Noch deutlicher sind die Unterschiede im organisierten schriftlichen Austausch der Wahlkampfplaner in Deutschland und Großbritannien. Britische Agenten unterhielten eigene Fachzeitschriften, die in regelmäßigen Abständen erschienen. Das *Conservative Agents' Journal* war wie der *Labour Organiser* ein monatliches Blatt, der *Liberal Agent* erschien mit einer längeren Unterbrechung zwischen Sommer 1922 und Herbst 1923 zunächst einmal im Quartal, ab 1927 alle zwei Monate. Den Agenten der jeweiligen

55 Etwa: The Annual Meeting, LA, Juli 1919, 10–16; Eastern Union Agents, CAJ, Jan 1922, 5 f.; The Annual Conference of the Labour Agents' Association, LO, Juni 1922, 4.

56 Schneider, Demokratische Partei (1978), 225 f.; Protokolle der Sozialdemokratischen Parteitage (1919–1931); DNVP-Parteitage, 1920, 1930, BArch, R 8005/53–55.

57 Etwa: DNVP-Hauptgeschäftsstelle, Rundschreiben Nr. 96, 26. 7. 1928, BArch, R 8005/86, 3; Bericht über Parteibeamtentagung, 8. 9. 1927, ACDP, 01-586, Ko34; vgl. Lau, Wahlkämpfe (2008), 167–169;.

Parteien boten diese Zeitschriften eine Plattform für den Austausch von Erfahrungen und Reflexionen zu einer Bandbreite an relevanten Themen.

Prinzipiell waren die Blätter für den privaten Umlauf innerhalb der Zunft bestimmt, mit unterschiedlicher Reichweite je nach Partei. Das größte Publikum fand wohl die Zeitschrift der Labour-Strategen, weil es hier einen eher fließenden Übergang von bezahlten Vollzeitprofis zu Freiwilligen gab, die bei einem finanziell schwächer aufgestellten Ortsverein eine wichtigere Rolle spielten. So abonnierten das Heft hier nicht nur zertifizierte Agenten, sondern auch interessierte Abgeordnete und andere Aktivisten, die vor Ort Planungsaufgaben übernahmen: Bereits 1921 verkauften sich jeden Monat mehr als 1600 Exemplare der Zeitschrift. Obwohl das *Journal* der Konservativen strikter für den „privaten Umlauf“ gedacht war, kam es Ende der 1920er Jahre ebenfalls auf eine monatliche Auflage von nahezu 1000.⁵⁸

Am strengsten versuchten die Liberalen, die Verbreitung ihres Magazins auf die registrierten Agenten der Partei zu beschränken. Entsprechend schwankte die Auflage der Zeitschrift zwischen lediglich etwa 140 und 240 Exemplaren, da auch nicht alle Agenten aus der Vereinigung ein Abonnement abschlossen. Wer den *Liberal Agent* bezog, war persönlich dafür verantwortlich, dass kein Exemplar – weder ein aktuelles noch ein älteres Heft – in fremde Hände geriet. Zur Kontrolle dafür wurde die Zeitschrift mit einer Abonnentennummer ausgeliefert, die bei Verfehlungen den Übeltäter verriet. Agenten wurden sogar angehalten, für den Fall ihres Todes Vorkehrungen zu treffen: Die gesammelten Hefte sollten in diesem Fall zurück an den Sekretär der Agentenvereinigung gesandt werden. Als gegen Ende der 1920er Jahre einige liberale Strategen vorschlugen, dem Vorbild von Labour und Torys folgend auch den *Liberal Agent* einem etwas breiteren Publikum innerhalb der Partei zugänglich zu machen, gab es lautstarken Widerspruch, und die Jahrestagung des Agentenverbands lehnte 1926 jegliche Erhöhung der Reichweite „mit Nachdruck“ ab.⁵⁹

58 The „Labour Organiser“ Special Conference Number, LO, Mai 1921, 4; Appointments of Agents, CAJ, Jan 1928, 4 f.; Titelblatt, CAJ, Jan 1925.

59 Balance Sheet, LA, Nov 1928, 175; A Word from the Publisher, LA, Jan 1925, 4; Correspondence, LA, Sep–Nov 1927, 118 („emphatically ‚turned down‘“); zur Diskussion: Editorial, LA, Juli 1927, 83.

Unabhängig von der unterschiedlichen Reichweite galten die Publikationen bei allen Parteien grundsätzlich als Privatmedien für den internen Gebrauch, weil sie so den höchsten Nutzen hatten. Alle Mitwirkenden mussten das Gefühl haben, Teil einer geschlossenen Diskussion zu sein, um in Beiträgen „gefährlos ihr Herz ausschütten“ zu können, wie es der Redakteur des *Liberal Agent* ausdrückte. Der Erfahrungsaustausch musste vor gegnerischen Blicken und einer weiteren Öffentlichkeit geschützt werden, damit Probleme und Defizite – befreit von der Last der Pflege einer Fassade nach außen – selbstkritisch und schonungslos zur Sprache kommen konnten.⁶⁰ Aus diesem Grund scheute man unter Liberalen keine Mühen, die Hefte geheim zu halten.

Freilich machte gerade die Vorsicht, mit der Agenten ihre Berufsgeheimnisse zu schützen versuchten, einen Einblick in die gegnerischen Interna verlockend. Und in der Tat gelang es Agenten zumindest vereinzelt, Zugriff auf die Publikationen der anderen Parteien zu erlangen. So legte ein konservativer Agent seinen Kollegen Anfang der 1920er Jahre nahe, doch einmal durch den *Labour Organiser* zu blättern, weil man darin auch als Tory viele nützliche Hinweise finde.⁶¹

Tatsächlich konnten die Agenten bei so einem Seitenblick viel voneinander abschauen, denn die Zeitschriften aller Parteien thematisierten ähnliche Inhalte. Debatten über den Status der eigenen Profession fanden ebenso Platz wie Berichte über die Treffen, in denen mündliche Referate dem breiteren Fachpublikum zugänglich gemacht wurden. Vor allem enthielten die Blätter eingesandte Erfahrungsberichte und Anregungen zu allen wichtigen Themen der Parteiorganisation und der Wählermobilisierung: von der möglichst effizienten Plakatgestaltung bis zur Integration von Frauen in die Parteiarbeit, von Systemen der Wählerbefragung bis zu Techniken der effizienten Adressierung von Briefumschlägen, vom Einsatz neuer Lautsprechertechnologien bis zu Expertisen in rechtlichen Angelegenheiten – zu all dem und noch mehr informierten die Zeitschriften laufend und aktuell.

60 Should the „Mag“ be supplied to Tory Agents? LA, Okt 1920, 20 f. („safely unburden their souls“).

61 E. Sydney Lawrence, „The Labour Organiser“, CAJ, Mai 1922, 11 f.; vgl. Should the „Mag“ be Supplied to Tory Agents? LA, Okt 1920, 20 f.

Abgeheftet und archiviert bildeten sie eine reiche Fundgrube an Wissen, auf das jederzeit zurückgegriffen werden konnte. Darauf verwies der *Labour Organiser* ausdrücklich. Zum Nutzen der Leser listete er etwa im Vorfeld der Unterhauswahl von 1935 in einer Übersicht alle Artikel der letzten vier Jahre auf, die für die anstehenden Arbeiten besonders hilfreich wären.⁶² Die Bände des *Liberal Agent* enthielten für denselben Zweck jahrgangsweise ein Register, mit dem sich Themen wie „Wählerregistrierung“ oder „Hausbesuche“ schnell auffinden ließen. All das machte die Publikationen für die tägliche Arbeit der professionellen Agenten zu einem unersetzlichen Medium. Unter Konservativen sprach man daher, wenn man von der Zeitschrift redete, auch nur von „*dem Journal*“; die Liberalen gaben ihrem Magazin gar einen Kosenamen und redeten liebevoll von „*unserem Mag*“.⁶³

In ihren Berufsverbänden und Zeitschriften besaßen die britischen Agenten so eine auf Dauer gestellte Infrastruktur für den Erfahrungsaustausch. In Deutschland mussten Wahlkampfplaner lange ohne eine solche Diskussionsplattform auskommen. Als Nachschlagewerke für die Kampagnenplanung konnte man hier abgesehen von rechtlichen Handbüchern nur auf einzelne Leitfäden und Anleitungen für spezifische Wahlkampfmethoden zugreifen, die besonders rührige Strategen in Heftform parteiintern oder für eine breitere Öffentlichkeit publizierten. Im Vergleich mit Großbritannien blieb die Menge an Kampagnenliteratur in der Weimarer Republik allerdings bescheiden: Auch neben den Fachzeitschriften war das britische Interesse groß genug für einen regelrechten Markt an Wahlkampfhandbüchern und Kampagnenratgebern,⁶⁴ während in Deutschland nur wenig Begeisterung für solche Themen aufkam. Entsprechend erschienen hier nur vereinzelte Hefte, meist als graue Literatur parteiintern oder halböffentlich. Eine große Nachfrage bestand offensichtlich nicht, wie Anton Erkelenz als Autor eines Leitfadens resigniert feststellte: Viel Beachtung fanden seine Überlegungen zur Wahlkampfstrategie unter den Parteifreunden

62 Back Numbers of the L.O. to the Rescue, LO, Okt 1935, 197.

63 Fawcett, Conservative Agent (1967), z. B. vii („the Journal“), meine Hervorhebung; etwa: Our Good Old Mag, LA, Okt 1920, 34 f.

64 Etwa: Seager, Parliamentary Elections (1921); Houston/Valdar, Modern Electioneering (1922); Cambray, Game of Politics (1932); Gray, Confessions (1925).

nicht.⁶⁵ Da es sich bei solchen Publikationen zudem nicht um periodisch erscheinende Veröffentlichungen mit einem breiten Beiträgerkreis handelte, konnten sie zu einem schriftlichen *Austausch* von Erfahrungen nur in eine Richtung beitragen.

Eine Dialogfunktion ähnlich den britischen Fachzeitschriften erfüllten in Deutschland allenfalls einzelne Erfahrungsberichte über den Wahlkampf, die sich veröffentlicht oder in Parteiarchiven finden: Parteigliederungen fügten etwa eine Übersicht über ihre Wahlkampfaktivitäten in ihre Geschäftsberichte ein oder fertigten eine solche auf Anforderung der Zentrale an, die sich so einen Überblick über die zurückliegenden Kampagne verschaffen wollte. Wohlgemerkt stand dahinter kein Automatismus, der nach jeder Kampagne eine entsprechende schriftliche Reflexion in Gang setzte – auch bei solchen Analysen handelte es sich um Gelegenheits-schriftgut, das einem in den Quellen mehr oder weniger zufällig begegnet. Und selbst wenn aus der Zentrale eine Anfrage kam, war die Bereitschaft zu ihrer Beantwortung bei vielen Parteigliederungen nicht besonders ausgeprägt, wie häufiger beklagt wurde: Von den 600 Fragebögen etwa, die das Reichsgeneralsekretariat des Zentrums nach der Septemberwahl 1930 an verschiedene Untergliederungen der Partei versandte, sei leider „nur ein kleinerer Teil beantwortet worden“, mussten die Strategen feststellen.⁶⁶

Auch jenseits der Regelmäßigkeit unterschieden sich solche Berichte von den Abhandlungen in den britischen Fachzeitschriften. In Deutschland waren sie mehr Teil eines indirekten als eines direkten Erfahrungsaustauschs über Wahlkampfpraktiken auf der lokalen Ebene, weil sie in eine Hierarchie eingebunden waren: Die Wahlkämpfer vor Ort erstatteten Meldung zu Fragen aus der Parteizentrale, wo die Erfahrungen dann gesammelt und für die nächsten Kampagnen verarbeitet werden konnten. Der direkte horizontale Erfahrungsaustausch zwischen denen, die wie die britischen Agenten vor Ort im unmittelbaren Kontakt mit der Bürger-

⁶⁵ Erkelenz, Republik ([1927]), 3.

⁶⁶ Erfahrungen aus dem Wahlkampf, Das Zentrum, Nov 1930, 301–312, Zitat 301. Weitere Beispiele: Wahlberichte zur preußischen Landtagswahl 1921 in ACDP, 06-051/A022; DVP Pfalz, Burger, an Reichsgeschäftsstelle, Stocksieck, 10. 12. 1932, BArch, R 45 II/175, 73; DDP-Reichsgeschäftsstelle, Rundschreiben Nr. 10, 21. 3. 1928, BArch, R 45 III/39, 117; DNVP, Stadtkreisverband Charlottenburg, An die Bezirksvereine! 23. 2. 1921, GStA PK, I. HA Rep. 94, 620/2.

schaft die Kampagne organisierten, war demgegenüber in der Weimarer Republik schwach ausgeprägt.

Zudem beförderte die Konstellation andere Aufmerksamkeiten und einen anderen Ton in den Berichten: Es handelte sich um kursorische Überblicke über die gesamte Kampagne statt in die Tiefe gehende Analysen einzelner ihrer Aspekte. Häufig lesen sie sich zudem als Erfolgsberichte, die den Wert der eigenen Arbeit gegenüber der Parteiführung herauszustellen bemüht waren. Im Fall veröffentlichter Überblicke, wie den Publikationen einzelner Gliederungen der SPD, galt dies umso mehr.⁶⁷ Hier konnte man gegenüber einer breiteren Öffentlichkeit Eindruck mit dem Umfang und der Effizienz der eigenen Wahlkampfaktivitäten schinden. Dieses Moment der Rechtfertigung und der Außendarstellung gilt es bei solchen Berichten immer in Rechnung zu stellen. Als Medium der Selbstkritik waren sie so weniger geeignet als die Diskussionen zwischen britischen Wahlkampfplanern, die unhierarchisch auf einer Ebene und unter gezielter Abschirmung von der Öffentlichkeit geführt wurden, um ungeschönte Analysen zu ermöglichen. Insgesamt erwecken die Selbstbeobachtungen deutscher Wahlkampfplaner so weit weniger als die ihrer britischen Kollegen den Eindruck einer auf Dauer gestellten offenen Diskussion, in der die Strategen vor Ort sich untereinander austauschten.

Dabei unterhielten auch die deutschen Parteien schriftliche Periodika für den Austausch zwischen ihren Gremien und Mitgliedern. Zeitschriften wie das *Archiv der Deutschen Volkspartei* etwa dienten dafür, die Aktivisten vor Ort über die aktuellen Geschehnisse aus Sicht der Partei und ihrer Führung auf dem Laufenden zu halten. Auffällig ist an diesen Blättern, dass sie sich erst seit den späten 1920er Jahren zu Diskussionsorganen entwickelten. Das galt etwa für das Mitteilungsblatt des Zentrums, das 1930 eine Neuaufmachung unter dem Titel *Das Zentrum* erhielt und nun mit etwas gemischteren Inhalten als nur den offiziellen Verlautbarungen der Parteiführung erschien – das DNVP-Journal *Unsere Partei* sowie das Diskussionsorgan der Sozialdemokraten, *Das freie Wort*, wurden überhaupt

67 Etwa: SPD-Bezirksverband Brandenburg-Grenzmark, Geschäftsbericht 1928/29; SPD-Bezirksverband Hamburg-Nordwest, Tätigkeitsbericht 1927/28; SPD-Ortsverein Kassel, Bericht 1928; SPD-Parteivorstand (Hrsg.), Sozialdemokratie im Wahlkampf (1928).

erst 1928 und 1929 ins Leben gerufen. Um diese Zeit nahm das Maß an Selbstbeobachtung in Deutschland zu.

Auch wenn es innerhalb der deutschen Parteien also keine spezifische Institution wie die Fachjournale der britischen Agenten gab, hätten die Parteiblätter durchaus Raum geboten für Diskussionen über Wahlkampfmethoden und -strategie – auch wenn solche Plattformen erst vergleichsweise spät ins Leben gerufen wurden. Selbst um 1930 noch fand eine solche Debatte aber kaum statt. Auch unter Sozialdemokraten, wo derartige Diskussionen von allen deutschen Parteien am meisten Beachtung fanden, musste noch 1929 gefordert werden, dass die Wahlkampf Erfahrungen viel mehr als bisher „gesammelt, systematisch verarbeitet und für den nächsten Wahlkampf ausgewertet werden“ müssten.⁶⁸ Es war typisch für die Geringschätzung organisatorischer und technischer Fragen in Deutschland, dass diese hier insgesamt, und zumal bei den anderen Parteien, kaum Aufmerksamkeit fanden. Wenn in den Internen über Wahlkampf gesprochen wurde – ganz besonders während der Wahlkampfzeit –, drehten sich die Beiträge nämlich fast nur um die inhaltlichen Auseinandersetzungen, die Angriffe der Gegner sowie die eigenen Entgegnungen.

Diese Perspektive galt übrigens auch dem Training der Aktivisten: Für eine Schulungswoche der Deutschnationalen im März 1928 etwa kündigte das Mitteilungsblatt der Reichsgeschäftsstelle elf Referate an, gehalten von prominenten Führungspersönlichkeiten wie Kuno Graf von Westarp oder Martin Schiele. Diese reichten vom Grundsätzlichen („Verfassungsfragen“) über die konkrete „Regierungsbilanz“ bis hin zu einzelnen politischen Programmen („Landwirtschaftliche Fragen“, „Beamtenpolitik“) und dem Verhältnis zu anderen Parteien und Verbänden. Die „Organisation des Wahlkampfes“ dagegen war nur einen einzigen Vortrag ganz am Ende der Liste wert, und es ist fraglich, ob dieser überhaupt stattfand: In den stenographischen Berichten zu der Veranstaltung ist er nicht überliefert. Einen ähnlichen Eindruck gibt die „Wahlnummer“ des Zentrums-Magazins zur Septemberwahl 1930, die ganze 95 Seiten umfasste: Methoden und Organisation fanden hierin keine Erwähnung.⁶⁹

68 Walther Pahl, Zehlendorf, Wahlkampf im Osten, FW, 1 (1929) 13, 8–11, Zit. 8.

69 Ankündigung in: Unsere Partei, 15. 3. 1928, 87; Berichte zur Schulungswoche im März 1928, BArch, R 8005/58-59; Das Zentrum, Juli/Aug 1930 (Wahlnummer).

Schließlich spielte in solchen Medien auch in der rückwärtigen Analyse des Kampagnenverlaufs der inhaltliche Gang der Auseinandersetzung bei weitem die größte Rolle für die Erklärung der Wahlergebnisse. Entsprechend prominent wurden die Wahlprogramme der verschiedenen Parteien gedruckt, die in eher dokumentarischen Übersichten zwischen einer Erläuterung für den Anlass der Wahl und einer Übersicht über ihren Ausgang erschienen. Umfangreichere Auswertungen zeichneten vor allem das Für und Wider der gebrachten Argumente nach. Wenn dagegen *Wahlkampfmethoden* erwähnt wurden, geschah dies oft eher überblicksartig und beiläufig, ohne tiefer auf ihre Funktionsweise einzugehen.⁷⁰ Der Wertschätzung für die Idee gegenüber der Verachtung der Maschine entsprach es, dass man in Deutschland gerne und ausgiebig über Inhalte stritt. Über den Streit selbst und darüber, *wie* er praktisch funktionierte, wurde dagegen wenig gesprochen.

Was die Wahlkampfmethoden betraf, erwecken die Selbstbeobachtungen deutscher Wahlkampfplaner so weit weniger als die ihrer britischen Kollegen den Eindruck einer auf Dauer gestellten offenen Diskussion, in der die Strategen vor Ort sich untereinander austauschten. Beiträge erschienen nicht regelmäßig und erwartbar an einem festen Ort wie den britischen Fachzeitschriften, sondern nur gelegentlich anlässlich einzelner Kampagnen. Sie ermöglichten eher einen indirekten als einen direkten Austausch zwischen den Wahlkämpfern vor Ort, der noch dazu andere Schwerpunkte besaß: Während britische Planer intensiv die feinsten Details einzelner Wahlkampftechniken diskutierten, steigerten sich deutsche Diskussionen in das Für und Wider der Argumente und Gegenargumente hinein. Den Erfahrungsaustausch zum *Wie* der Kampagnenführung darf man sich in Deutschland, gerade auf lokaler Ebene, so stärker im Medium des alltäglichen, mündlichen Umgangs unter den Parteimitgliedern vorstellen, der hier und da von den Anweisungen aus der Parteizentrale sowie von einzelnen Leitfäden und Reflexionen inspiriert war. Das gab der Selbstbeobachtung der Art und Weise des Streits in Deutschland eine

⁷⁰ Etwa: Erfahrungen aus dem Wahlkampf, *Das Zentrum*, Nov. 1930, 301–312; Die Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924, Archiv der Deutschen Volkspartei, Aug. 1924 (Nr. 3); Die Reichs- und Landtagswahl vom 7. Dezember 1924, ebd., Feb. 1925 (Nr. 1); Die Reichspräsidentenwahl, ebd., Aug. 1925 (Nr. 2); Kritik nach den sächsischen Landtagswahlen, *FW*, 2 (1930) 27, 8–15.

Flüchtigkeit, die unterstrichen wurde von der verbreiteten Geringschätzung organisatorischer Fragen und der personellen Unbeständigkeit der Planung in den Parteizentralen.

In der idealtypischen Unterscheidung zwischen unmittelbarem, mündlichem sowie indirektem, schriftlichem Austausch von Erfahrungen lag die Selbstbeobachtung deutscher Wahlkampfplaner also stärker als die britische auf ersteren Modus fokussiert. Das hatte Konsequenzen. Carlo Ginzburg hat einmal die Sprache im rein mündlichen Austausch als ein so gewohnheitsmäßig verwendetes Werkzeug bezeichnet, dass man sie als „beinahe eine Verlängerung des Körpers“ bezeichnen könne: Das Sprechen im Alltag ist fast immer eine stark routinenhafte und kaum je hinterfragte Praxis. Erst in Form tonloser Schrift auf dem Papier dagegen würde Sprache zu einer „Sache des Geistes“, die Abstraktionen und Reflexionen ermögliche.⁷¹

Nun bedienten auch deutsche Wahlkampfstrategen der Zwischenkriegszeit sich durchaus der Schriftsprache, sodass man nicht ganz so weit gehen muss und kann wie Ginzburg. Dennoch weist die Gegenüberstellung auf einen bedeutsamen Unterschied zwischen der deutschen und der britischen Selbstbeobachtung hin. Denn die umfangreichen Verschriftlichungen von Erfahrungen, die britische Agenten regelmäßig zum Nutzen ihrer Kollegen anfertigten, erforderten eine höhere Abstraktion von der Praxis. Das Wissen aus seinem Anwendungskontext zu lösen und damit anderen zugänglich zu machen, setzte voraus, sich das eigene Tun ins Bewusstsein zu rufen, und das noch dazu in größerem zeitlichem Abstand zur unmittelbaren Durchführung des Wahlkampfs, da Strategen unabhängig vom Anstehen konkreter Wahlen regelmäßig Erfahrungen und Ideen austauschten. Diese zeitliche Distanz verhalf zu einem kühlen, analytischen Blick, der von den Leidenschaften des Streits losgelöst war.

All dies forderte und förderte in Großbritannien einen höheren Grad an Reflexion, eine Betrachtung der eigenen Strategie aus einer nicht involvierten Dritte-Person-Perspektive, die den Agenten in ihrem Selbstverständnis als rational kalkulierende Geschäftsleute eigen war. Man dachte in Großbritannien aus der Distanz viel darüber nach, *wie* man sich stritt. Dagegen blieben die deutschen Regisseure des Wahlkampfs, von ihrer Tätigkeit

⁷¹ Ginzburg, Käse (1983), 93.

während der Kampagnen bis in deren spätere Reflexion hinein, tiefer in die Auseinandersetzung und ihren Inhalt verwickelt.

* * *

Die Unterschiede in der Professionalisierung der Wahlkampfplanung hatten so weitreichende Konsequenzen dafür, nach welchen Kriterien in beiden Gesellschaften Politik gemacht wurde. Mit den Agenten lenkte in Großbritannien eine spezifische Gruppe von hauptberuflichen Strategen die Auseinandersetzung, die in Deutschland ihresgleichen nicht hatte. Diese waren als Organisatoren und Wahlkampfplaner besonders ausgebildet; in eigenen Berufsverbänden und über ihre Fachzeitschriften waren sie institutionell in ein Netzwerk zur Selbstüberwachung und zum Erfahrungsaustausch eingebunden. Die Mandatsträger und ehrenamtlichen Aktivisten, die neben Parteibeamten in Deutschland die Anstrengungen dirigierten, konnten nicht auf ähnliche Ressourcen zurückgreifen.

Bedeutender als der Umfang des Wissens und der Detailkenntnisse, die so hier wie dort zum Austausch kamen, war die Perspektive der Beobachtung, die sich aus den unterschiedlichen Bedingungen ergab. Die Agenten blickten aus einer professionellen Distanz in gewisser Weise von außen auf den Konflikt – das war die Folge des Selbstverständnisses, als Geschäftsleute auf einem politischen Markt zu handeln. Überzeugung für die politische Sache, die sie vertraten, war eine Selbstverständlichkeit, doch ihre eigentliche Aufgabe sahen sie in einer möglichst fachgerechten und effizienten Kampagnenführung.

Währenddessen waren die deutschen Planer als Nicht-Profis zugleich stärker in die Inhalte der Auseinandersetzungen und den Streit der Ideen involviert, was ihnen weniger Gelegenheit zur kritischen Selbstbeobachtung und Überprüfung ihrer Strategien gab. Dieser Unterschied zieht sich als allgemeiner Eindruck durch die Quellen, und er wird uns entsprechend im Fortgang der Untersuchung immer wieder begegnen: Die Beschäftigung mit den eigenen politischen Auseinandersetzungen und Traditionen war in Großbritannien von einem Grad an Selbstreflexion geprägt, der vielen deutschen Zeitgenossen abging. Erst um 1930 waren auch in der Weimarer Republik Anzeichen dafür zu erkennen, dass ein verstärktes Nachdenken über die eigene Streitkultur und ihre Selbst-

verständlichkeiten einsetzte, wie die Begründung von innerparteilichen Diskussionsorganen um diese Zeit herum zeigte.

Schließlich machte sich die Tätigkeit der Planer in beiden Gesellschaften nicht nur hinter den Kulissen bemerkbar, sondern prägte den politischen Konflikt mit. Sie formte die Austragung des Streits in der Öffentlichkeit und hatte so einen Einfluss auf die Bedingungen der Auseinandersetzung insgesamt. Die unterschiedliche Färbung des öffentlichen Diskurses, der Parteien in Deutschland und Großbritannien mit Maschinen gleichsetzte, zeigt das. Aus der Warte der britischen Mechaniker der Macht wurde Politik mehr als ein Feld rein technischer Probleme behandelt, das praktische Lösungen erforderte. In Deutschland dagegen stand in ihrem Mittelpunkt das Aufeinandertreffen verschiedener Grundüberzeugungen, deren gegenseitige Ausschließlichkeit moralische Implikationen mit sich brachte.

Für den Konflikt bedeutete dies in Großbritannien potentiell eine Entlastung, weil Pragmatismus hier einen höheren Stellenwert genoss. Aus der professionellen Distanz und der Selbstreflexion ergab sich zudem ein größeres geteiltes Verständnis für die speziellen Erfordernisse der Wahlkampfsituation, die auf allen Seiten der Auseinandersetzung gleichermaßen auch als eine rein technische Aufgabe verstanden wurde: Das konnte politische Gräben überbrücken, indem es für Nachsicht gegenüber den Handlungen der Gegner sorgte.

Wie sich diese Unterschiede konkret auf die Durchführung bestimmter Wahlkampfmethoden auswirkten, zeigt besonders deutlich das nächste Kapitel. Darin wenden wir uns dem Gegenüber der Wahlkampfstrategen zu: der Wählerschaft, die es zu gewinnen galt. Wie gingen die Planer es an, sich mit ihr auseinanderzusetzen, um sie für die eigene Sache zu überzeugen? Wie wir am Beispiel von Hausbesuchen sehen werden, wirkte der unterschiedliche Grad der Kampagnenprofessionalisierung sich in beiden Gesellschaften merklich auf die Herangehensweise aus.

Das Schweigen der Wähler

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs kam die moderne Massendemokratie nach Europa. Als nach der Aussetzung politischer Aktivitäten in Großbritannien und Deutschland nun zum ersten Mal wieder gewählt wurde, gab eine noch nie dagewesene Zahl an Bürgern ihre Stimmen ab. Seit dem letzten Urnengang vor Ausbruch des Krieges hatte sich die Zahl der Wahlberechtigten in Großbritannien, praktisch über Nacht, fast verdreifacht: Gegenüber knapp 7 Millionen Bürgern durften nun fast 19,4 Millionen mitentscheiden; nach der Gleichstellung der Frauen wuchs die Wählerschaft 1929 mit fast 28 Millionen sogar auf das Vierfache davon an. Obwohl Reichstagswahlen in Deutschland bereits vor 1914 nach dem Prinzip des allgemeinen Wahlrechts für Männer abgehalten wurden, führten die Ausweitung des Stimmrechts und die Absenkung des Wahlalters hier zu einem Ansprung in ähnlicher Größenordnung: Von 14,4 Millionen bei der letzten Reichstagswahl vor dem Krieg stieg die Zahl der Stimmberechtigten auf das Zweieinhalbfache, auf 37,4 Millionen zur Wahl im Januar 1919; bis 1932 wuchs sie immer weiter auf über 44,2 Millionen.¹

Und nicht nur zahlenmäßig hatte sich die Wählerschaft grundlegend verändert. Erstmals durften nun auch Frauen die Parlamente mitbestimmen, außerdem wurden junge Männer zu mündigen Bürgern, die ebenfalls nie zuvor hatten wählen dürfen. In Großbritannien fielen zudem die Hürden der Besitzqualifikationen, deren Auflösung eine Verschiebung zu Gunsten der Armen und Ärmsten befürchten ließ.

¹ Craig, *Electoral Facts* (1989), 68 f.; Vogel/Nohlen/Schultze, *Wahlen in Deutschland* (1971), 293, 296.

Die Unsicherheit im politischen Prozess nahm damit in der Zwischenkriegszeit ein bis dahin – und auch seitdem – nicht mehr gekanntes Ausmaß an.² Institutionalisiert ist diese Unsicherheit in den ergebnisoffenen Parlamentswahlen, die damit eine wichtige Funktion für die moderne Demokratie erfüllen. Indem Wahlen kurzzeitig den Gang der Politik unterbrechen, halten sie auch die Machtfrage für einen gewissen Zeitraum in der Schwebe. Wenn eine Wahl ansteht, verdichtet sich die Gewissheit, dass in naher Zukunft ein Wandel möglich ist. Wie sie ausfällt, das entscheidet sich aber erst, wenn der Wahlkampf abgeschlossen und alle Stimmen ausgezählt sind: Nun erst kann alles seinen gewohnten Gang weiter laufen.

In der Zwischenkriegszeit konnte man bis dahin hoffen oder fürchten, über das Ergebnis selbst aber nicht viel wissen. Anders als in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verfügten die Zeitgenossen noch nicht über die Methoden der Meinungsforschung, die nach dem Zweiten Weltkrieg dauerhaft und recht zuverlässig über die zukünftigen Machtverhältnisse Auskunft gaben. Gerade zu Anfang der Zwischenkriegszeit, kurz nach der Wahlrechtsausweitung, war darum vieles fraglich. Politiker und die Wahlkampfplaner hinter den Kulissen standen den Wählern wie einer schweigenden Masse gegenüber, die nichts über sich selbst verriet. Wer waren sie, wie konnte man sie erreichen und überzeugen, und wie würden sie sich am Ende entscheiden?

Antworten auf diese Fragen zu finden, war für die politischen Parteien aus einer Reihe von Gründen wichtig. Diese ergaben sich aus dem Ziel, Wahlen zu gewinnen: Einen guten Wahlkampf zu führen, setzte Wissen über die Wählerschaft voraus. Vor allem mussten Parteien in der Lage sein, die eigenen Unterstützer zu identifizieren. Diese konnten nicht nur als formale Parteimitglieder rekrutiert, sondern auch jenseits dessen für Wahlkampfanstrengungen, wie die Verteilung von Flugblättern oder den Besuch von Versammlungen, verpflichtet werden. Am wichtigsten war, die Anhänger am Wahltag mobilisieren zu können, um möglichst viele Stimmen für Kandidaten und Partei zu gewinnen. Dafür brauchte es Namenslisten derjenigen, die man an ihre Pflicht erinnern oder wegen Alters oder Krankheit zum Wahllokal bringen musste, weil sie zu gebrechlich waren, den Weg alleine auf sich zu nehmen. Dies waren verbreitete Metho-

² Dazu ausführlicher: Beers, Polling (2011); Schröder, Freund (2015).

den in Deutschland wie in Großbritannien, und hier wie dort bedeuteten sie, dass man die Wähler bei sich zu Hause aufsuchte.

Mit diesem Kapitel folgen wir den Parteien also, soweit es die Quellen zulassen, in ihren Wahlkampfanstrengungen an die Haustüren. Dabei liegt der Fokus noch weniger auf der Überzeugungsarbeit, die hier geleistet wurde, als auf der Frage, was die Aktivisten und damit die Planer in den Parteizentralen hier über die Wählerschaft in Erfahrung bringen konnten. Wie die nächsten Abschnitte zeigen, gab es dabei in der konkreten Ausgestaltung der Praktiken einige Unterschiede zwischen beiden Gesellschaften. Diese hatten zudem Konsequenzen, denen wir uns anschließend zuwenden, weil sie die Berechenbarkeit des politischen Prozesses beeinflussten und verschiedene Rollen für die Wähler vorsahen. Anschließend an den unterschiedlichen Grad der Professionalisierung in der Wahlkampfplanung, mit der wir uns im letzten Kapitel beschäftigt haben, zeigt sich zunächst vor allem, dass Hausbesuche in Großbritannien methodischer und deutlich formalisierter angegangen wurden.

Der Canvass

Die Technik zur Identifizierung von Unterstützern in Großbritannien war der sogenannte *canvass*, ein spezifischer Begriff mit einer doppelten Bedeutung, der im Deutschen keine Entsprechung hat. Sein Ursprung für den politischen Sprachgebrauch liegt möglicherweise in zwei verschiedenen Verwendungen von Tuch – dem *canvas* mit einem s. Zum einen verweist die Wortbedeutung des „Rüttelns, Schüttelns und Schlagens“, „(eingewickelt) in ein Stück Stoff“, die heute mit der Praxis ausgestorben ist, auf so etwas wie Aufrütteln oder Wachrütteln hin – „(to) shake up support“. Andererseits kann von der Verwendung von Tuch als einem Filter die Bedeutung des Heraussiebens oder Ausschüttelns zur Begutachtung von Einzelteilen abgeleitet werden. Ein *canvass* bedeutet damit zugleich die Werbung um Unterstützung wie auch eine vollständige und sehr gründliche Untersuchung. In diesem Sinne war der Begriff jedenfalls allgemein

im 16. Jahrhundert bekannt, im Zusammenhang von Wahlen wurde er in Großbritannien bereits im 17. Jahrhundert verwendet.³

Praktisch wurde ein *canvass* seit dem 18. Jahrhundert denkbar einfach umgesetzt: als eine werbende Befragung von Haustür zu Haustür, im Rahmen derer Kandidaten den Wählern eine förmliche Zusage ihrer Unterstützung abzurufen versuchten. Der Ton der Unterhaltung war schmeichelnd: Die Wähler wurden als klug und unabhängig in ihrer Entscheidung behandelt; zugleich lastete aber, mehr oder weniger unterschwellig, das ganze Gewicht sozialer und ökonomischer Überlegenheit der reichen Kandidaten und der sie begleitenden lokalen Eliten auf dem Aushandlungsprozess. Neben Argumenten konnten zur Überzeugung auch Versprechungen oder Geld zum Einsatz kommen.⁴

Die Rahmenbedingungen für diese Art der Kampagnenführung waren günstig: Bis weit ins 19. Jahrhundert hinein blieben die Wählerschaften in den meisten Wahlkreisen so klein, dass Kandidaten oder ihre Agenten jeden einzelnen Wähler persönlich aufsuchen und um seine Stimme werben konnten. Noch bis 1868 konnte ein Kandidat oder eine sehr kleine Gruppe politischer Aktivisten an den meisten Orten mit jedem einzelnen der Wähler bequem ein Schwätzchen halten.⁵ Die folgenden Wahlrechtsausweitungen stellten dieser Herangehensweise zwar wachsende Herausforderungen gegenüber, aber verzichten konnte eine erfolgreiche Kampagne auf die Besuche von Haustür zu Haustür nicht. Denn bis zum Ersten Weltkrieg gab es in Großbritannien keine staatliche Wählerregistrierung. Es blieb den Parteien überlassen, ihre eigenen Unterstützer in die Wählerliste einzutragen – und dafür mussten sie erst einmal wissen, wer diese Unterstützer waren. Bis 1910 blieben Hausbesuche so ein wesentliches Erfordernis für eine erfolgreiche Kampagne.

Nach der Wahlrechtsreform von 1918 änderte sich das. Nun erstellten staatliche Stellen von sich aus eine vollständige Wählerliste, womit die Registrierungsarbeit der Parteien unwichtiger wurde. Hinzu kam die Wahlrechtsausweitung: Angesichts der Wählermassen war es Kandidaten unter den neuen Verhältnissen der Demokratie kaum mehr möglich, je-

3 „canvass | canvas, v.“, OED Online, Juni 2015, 29.6.2015 <<http://www.oed.com/view/Entry/27322>> („knock about, shake and shatter“, „toss in a canvas sheet“).

4 Eastwood, *Contesting* (1997), 31–34; O’Gorman, *Voters* (1989), 90–100.

5 Mitchell, *Organization of Opinion* (2008), Kap. 4–5 und 126 f.

den einzelnen Wähler in seiner Wohnung aufzusuchen. Man mag es als ein Zeichen der Beharrlichkeit traditioneller Praktiken in der britischen Wahlkampfkultur sehen, dass es zumindest ein Liberaler indes trotzdem versuchte. Als Frank Gray Anfang der 1920er Jahre in Oxford antrat, klopfte er an 12 000 Türen und sprach mit praktisch jedem einzelnen der etwa 25 000 Wähler der Stadt, um sich persönlich bekannt zu machen. Dabei wechselte Gray nicht nur ein paar Worte, mit einigen der Bürger verbrachte er seinen Erzählungen zufolge ganze Abende, während er in ihren Häusern Tee oder Essen für sie zubereitete. Offenbar hatte die Strategie Erfolg: Mit annähernd 4000 Stimmen Vorsprung eroberte er eine Hochburg, welche die Konservativen zuvor beinahe 40 Jahre lang fest in ihrem Griff gehalten hatten.⁶

Einen Wahlkampf wie Gray zu führen, das war allerdings in der Zwischenkriegszeit äußerst unkonventionell. Angesichts der Vervielfachung der Wählermassen nach dem Weltkrieg debattierten politische Strategen aller Parteien in den frühen 1920er Jahren sogar ganz im Gegenteil, ob ein *canvass* überhaupt noch durchgeführt werden könne. Einige verzweifelten gänzlich an der schier unlösbaren Aufgabe; andere versuchten sich an Vorschlägen, den Umfang der Hausbesuche zu reduzieren, um sie noch handhaben zu können. Geprägt waren die Diskussionen von großer Unsicherheit, ob die alten Methoden für die neuen Verhältnisse noch geeignet wären. Vielen boten diese Zweifel zudem eine willkommene Ausrede: Der *canvass* war unter den Wahlkämpfern keine sehr beliebte Arbeit, sodass die Vorstellung nicht unattraktiv erschien, er sei ohnehin nicht mehr zu leisten. So mangelte es wohl auch nicht an Übertreibungen, wenn es um die Unmachbarkeit der Aufgabe ging, wie zumindest ein liberaler Agent argumentierte. Er wies darauf hin, dass trotz der Vervielfältigung der Wählerschaft die Anzahl der aufzusuchenden Häuser tatsächlich nur in geringem Maße gestiegen sei. Auch unter den neuen Bedingungen könne, genügend Aktivisten vorausgesetzt, die Aufgabe also gelöst werden.⁷

Tatsächlich kamen die Agenten aller Parteien zu dem Schluss, dass ein *canvass* immer noch die billigste und effektivste Methode für die Wahlkampfführung sei, selbst wo man ihn nur unvollständig durchführen

6 Gray, *Confessions* (1925), 37–41, 81 f.

7 W. T. Groom, *The Problem of the Election Canvass*, LA, Apr 1920, 32 f.; vgl. W. S. Belcher, „Preparations for an Election“, LA, Mai 1927, 64–70, hier 68.

könne. Auch nachdem die Ausweitung des Wahlrechts auf junge Frauen Ende der 1920er Jahre die Wählerschaft noch einmal vergrößert hatte, glaubten weiterhin viele an die Machbarkeit und den Nutzen der Übung. In der Tat hatte der Wind sich bis dahin gedreht: Nun war unter Agenten die Meinung verbreitet, dass *gerade* unter den „gegenwärtigen Zuständen“ der *canvass* den „wichtigsten Teil der Wahlkampagne“ ausmache. Schon im längeren Vorfeld der Wahl von 1929 führten die Liberalen darum eine nationale Erhebung durch, die jeden Haushalt in Großbritannien erreichen sollte; die Labour Party rief 1935 zum „größten *canvass* aller Zeiten“ auf.⁸

Nicht zuletzt war die Mühe um möglichst flächendeckende Hausbesuche empfohlen, weil die Wähler sie erwarteten – schließlich war man seit Generationen nichts anderes gewohnt. Kenner der Verhältnisse waren sich einig, dass die Bürger sich regelrecht beleidigt fühlten, wenn die erwarteten Klinkenputzer ausblieben, als ob ihre Stimme nicht wert wäre, umworben zu werden. Kandidaten mochten darum schon zu Beginn der Kampagne in ihrem Wahlprogramm gegenüber der Wählerschaft um Entschuldigung bitten, das sie ein volles Besuchsprogramm nicht würden stemmen können.⁹

Ob eine Partei zu einer Befragung aller Wähler vor Ort im Stande war, hing von der Stärke ihrer Organisation und insbesondere der Verfügbarkeit von Freiwilligen ab, die von Tür zu Tür geschickt werden konnten. Stimmenwerber (*canvassers*) zu bezahlen war gesetzlich verboten, und wie bemerkt gehörte die Arbeit unter den Parteisoldaten nicht zu den beliebtesten. Das war auch ein Grund dafür, wieso sie zunehmend von Frauen gemacht wurde. Männer neideten diese Betätigung nicht, weshalb sie das Feld gerne den Frauengliederungen und Aktivistinnen der Partei überließen – typischerweise, stellte ein liberaler Agent fest, seien es auch „immer

8 Preparing for the Contest, LA, März 1929, 14–18, Zit. 17 („Under the present conditions, canvassing is probably the most important part of the election campaign.”); The Big Push 1928–1929, LA, Sep 1928, 145–147; To Canvass or not to Canvass, The Biggest Canvass Ever, LO, Okt 1935, 189 f. Zum Anfang der 1920er zusammenfassend: Electioneering, CAJ, Apr 1923, 67–70; The Canvass, LA, Jan 1924, 13–19.

9 MacDonagh, Pageant of Parliament (1921), 25 f.; „An Agent“, Leserbrief in CAJ, Mai 1923, 114; Wahladressen Douglas Newton (Konservativer), Cambridge, März 1922, CArch, 363/O.1, 22; P. Wilson Raffan (Liberal), North Edinburgh, 1924, CPA, PUB 229/4/17, 22; Houston/Valdar, Modern Electioneering (1922), 61 f.; Lo, Conduct (1928), 129 f.; Wodehouse, Much Obligated, Jeeves ([1971] 2008), 77.

die Männer“, die lautstark am Nutzen des *canvass* zweifelten. Frauen bot das umgekehrt eine Möglichkeit, die Ernsthaftigkeit ihres politischen Engagements und ihre Unentbehrlichkeit für Erfolg im Wahlkampf unter Beweis zu stellen. So wurde die große nationale Umfrage der Liberalen über die Frauensektionen der Partei organisiert und hauptsächlich von Frauen durchgeführt, die in den Wahlkreisen an die Haustüren klopfen. Auch für die aufwändig vorbereitete Kampagne zur Unterhauswahl 1929 gründete die liberale Partei eine besondere „League of Service“ für Frauen, um die Hausbesuche zu organisieren. So selbstverständlich lag diese Arbeit mittlerweile in weiblichen Händen, dass in den Ortsvereinen sogar die Frage aufkommen konnte, ob auch „männliche Stimmenwerber“ das Abzeichen der „League“ tragen dürften.¹⁰

Trotz des weiblichen Engagements ist Skepsis angebracht, ob viele Ortsvereine eine vollständige Befragung aller Haushalte im Wahlkreis leisten konnten. Selbst für die besonders finanzstarken und vergleichsweise gut organisierten Konservativen weisen Untersuchungen einer großen Anzahl an lokalen Parteiorganisationen auf deren eher beschränkte Ressourcen für einen umfassenden *canvass* hin. Stuart Ball hat von solchen Befunden ausgehend sogar argumentiert, dass Hausbesuche für die Beziehungen zwischen Parteien und Wählern über das Jahrzehnt immer unwichtiger geworden seien.¹¹ Ob man sich diesem Urteil anschließt, hängt freilich davon ab, was man als wichtig betrachtet. Welchen Einfluss die Hausbesuche auf den Wahlerfolg hatten,¹² ist schwierig zu sagen. Und auch ihr Umfang bleibt nicht einfach einzuschätzen. Systematische Erhebungen über die Zwischenkriegszeit existieren nicht, erst für die 1950er Jahre geben demoskopische Umfragen einen Eindruck: Demnach wurden zu dieser Zeit zwischen 44 und 53 Prozent der befragten Wähler von mindestens einer der Parteien aufgesucht.¹³ In die Bedeutungslosigkeit war die Praxis also selbst 20 Jahre später noch nicht verschwunden.

¹⁰ W.S. Belcher, „Preparations for an Election“, LA, Mai 1927, 64–70 („they are always the men“); Liberal League of Service, Liberal Woman’s News, März 1929, 212; East Dorset Union of Women’s Liberal Associations, Secretaries’ Conference, 23. 4. 1929, UBSC, DM 1193/1/9 („man canvassers“).

¹¹ Ramsden, Balfour and Baldwin (1978), 170; Ball, Portrait (2013), 98; Cambray, Game of Politics (1932), 30; Houston/Valdar, Modern Electioneering (1922), 128.

¹² Das betont dagegen Pugh, Rezension (2011).

¹³ Swaddle, Mass Electorate (1990), 211.

Doch auch abgesehen von den Zahlen: Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass der *canvass* in der Zwischenkriegszeit zentral für Vorstellungen davon blieb, welche Rolle „der Wähler“ spielte. Entscheidend dafür war weniger die Vollständigkeit als die *Art* seiner Durchführung. Denn in die Praxis der Hausbesuche waren Annahmen über die Wählerschaft eingebettet, welche allein die viel geführten Diskussionen darum offenbarten, *wie* die Befragung durchgeführt werden sollte, wenn die Mittel dazu vorhanden waren.

Einige dieser Diskussionen drehten sich um die effizienteste Nutzung des *canvass*: Taugte er noch zur Beeinflussung, oder war die reine Ermittlung von Wählerpräferenzen wichtiger? Besuche konnten als Wahlkampf an der Haustür fungieren, indem die Aktivisten einer Partei Wähler von der Unterstützung ihres Kandidaten zu überzeugen versuchten. Entsprechend klangen in den Hausbesuchen und den Begriffen, in denen sie beschrieben wurden, noch in den 1920er Jahren die Ursprünge des *canvass* in den Zeiten winziger Wählerschaften nach. Wenn Wähler ihre Unterstützung zusagten, wurde dies als eine verbindliche Zusage verbucht, wenngleich diese nicht wie in einem Vertrag durchgesetzt werden konnte. Die Begrifflichkeit hierfür ist aufschlussreich: So empfahlen Anleitungen, am Wahltag nur auf die „definitiven Versprechen“ zurückzukommen, die während der Hausbesuche gemacht worden waren.¹⁴

Nur aus diesem Zusammenhang wird auch verständlich, wieso die Praxis Teil einer Diskussion um politische Moral und Wahlkorruption blieb, die in den Traditionen der Bestechlichkeit und der Einschüchterungen im 19. Jahrhundert wurzelte. Reforme innerhalb der Labour Party und bei den Liberalen warben für ein Verbot des *canvass*, weil sie in den Hausbesuchen eine Möglichkeit für die Ausübung unzulässigen sozialen Drucks sahen. Widerspruch nicht die Verpflichtung auf einen Kandidaten an der Haustür dem Ideal einer freien, individuellen und vor allem geheimen Wählerentscheidung?¹⁵

Viel Anklang fand diese Argumentation nicht; jegliche Reformbemühungen blieben jedenfalls in den Kinderschuhen stecken. Sie fand zudem

¹⁴ Etwa: „The Compleat [!] Candidate“, LO, März 1922, 24 f., („definite promises“).

¹⁵ Etwa LPACR, 1922, 233 f.; Pollock, *Money* (1932), 173; vgl. MacDonagh, *Pageant of Parliament* (1921), 25 f. Diesen Diskurs gab es schon seit den 1880er Jahren: Pugh, *Making* (1982), 10.

immer weniger Beachtung, weil viele Wahlagenten von sich aus eher kritisch waren, ob mit Hausbesuchen Wähler gewonnen werden konnten. Die freiwilligen Stimmenwerber mochten engagiert sein, anders als die Profis waren sie aber in der Kunst des Argumentierens nicht gut geschult. In „neun von zehn Fällen“, behauptete ein Agent, würden an der Haustür ohnehin nur diejenigen eine Diskussion anfangen, die fest zur gegnerischen Partei gehörten – um den Besuchern wertvolle Zeit zu stehlen.¹⁶ Frank Gray, der als Experte auf dem Gebiet gelten kann, empfahl den eigenen Parteifreunden in der Tat diese Strategie: Wenn er von einem fähigen Stimmenwerber der Gegner aufgesucht werde, lade er stets zu einem Glas Wein ein – ein anschließendes Gespräch verhindere nämlich, dass der gegnerische Stimmenwerber noch fünfzig andere Häuser aufsuche.

Auch Gray war kein Freund davon, eine große Anzahl an Personen durch den Wahlkreis zu schicken, um den Wählern die politischen Ansichten des Kandidaten näherzubringen. „Viele Kandidaten können schon ihre eigenen Ansichten nicht erklären, und aus dem Mund eines hitzköpfigen, unüberlegten und schlecht instruierten Stimmenwerbers klingen sie haarsträubend.“ Gerade der Einsatz unpassender Personen konnte mehr Schaden als Nutzen anrichten. Besonders gefährlich war, den Wählern das Gefühl zu vermitteln, man behandele sie herablassend. „Ich könnte eine Reihe mir bekannter Dörfer zum Bolschewismus bekehren“, meinte Gray, „wenn es mir nur möglich wäre, die Frau des Pfarrers dort Hausbesuche für die Konservativen machen zu lassen.“¹⁷

Eine effizientere Verwendung der begrenzten Ressourcen beschränkte die propagandistischen Funktionen des *canvass* auf die formelhafte Bitte um Unterstützung für die Kandidatur. Zudem konnten Aktivisten an der Haustür Flugblätter oder Zeitungen verteilen und zu Versammlungen einladen. Von zentraler Bedeutung blieb allerdings die andere Seite der Tätigkeit: Mit Erkundungen an der Haustür konnte man die eigenen Anhänger identifizieren und ihre Wertschätzung demonstrieren.

16 W. J. Joel (Henley), *Preparations for the Election*, CAJ, Dez 1928, 365–368 („nine times out of ten“).

17 Gray, *Confessions* (1925), 79 f. („Many candidates cannot give their own views, and in the hands of a heated, ill-advised and worse-instructed canvasser they become dreadful.“ – „I could turn a number of villages I know Bolshevik if I was only allowed to send the Vicar’s wife round to canvass for the Conservative party.“).

Dafür befragten die Klinkenputzer die aufgesuchten Wähler und notierten in speziell vorformatierten Notizbüchern oder auf Karteikarten ihre Einstellung: ob sie „für“ den Kandidaten, „gegen“ ihn oder „unsicher“ („*doubtful*“) waren. Wer am Wahltag Hilfe brauchte, um ins Wahllokal kommen zu können, konnte hier ebenfalls vermerkt werden. Personen, die zwischenzeitlich verstorben waren oder aus anderen Gründen nicht abstimmen konnten, wurden registriert, um sie von den Listen in der Wahlkreiszentrale der Partei zu streichen. Waren Wähler zwischenzeitlich umgezogen, wurden ihre Namen gegebenenfalls an die anderen Stimmbezirke übergeben, um sie dort aufzusuchen.

Mit dieser Verschiebung des *canvass* weg von der Überzeugungsarbeit hin zu einer Technik der Informationsbeschaffung hing ebenfalls zusammen, dass die Aufgabe in der Zwischenkriegszeit zunehmend in weibliche Hände gelegt wurde: Frauen traute man in den Parteizentralen wohl noch weniger als Männern zu, politisch argumentieren und überzeugen zu können.¹⁸ Dafür spekulierte man, dass die Auskunftsbereitschaft der Wähler gegenüber einer – insbesondere jungen, attraktiven – Dame höher sei als gegenüber einem Mann.

Hausbesucher wurden für ihre Arbeit nach systematischen oder, wie die Zeitgenossen es genannt hätten, „wissenschaftlichen“ Plänen über den gesamten Wahlkreis verteilt, den Strategen zuvor in Dörfer, Stadtviertel, Blöcke, Bezirke und Straßen untergliedert hatten.¹⁹ Vereinzelt kamen dabei offensichtlich Versuche zur Bildung von Stichproben zum Einsatz. So schlug ein Labour-Agent ein System vor, das auf der kategorischen Unterscheidung zwischen Angestellten, Handwerkern sowie Arbeitern beruhte: Für jede Berufsgruppe sollte in jedem Abstimmungsbezirk zunächst eine „typische Straße“ identifiziert werden, die man als erstes abarbeitete. Das Ergebnis dieser Vorbefragung würde dann den weiteren Lauf der Kampagne bestimmen.²⁰ Ziel und Maßstab blieb aber auch hierbei stets eine vollständige Befragung aller Haushalte. Ein besonders auffälliges Beispiel

¹⁸ Etwa: Ubique, In Medias Res, CAJ, Aug 1931, 190–193.

¹⁹ Lo, Conduct (1928), 70 f., 121–124, Zitat 70 („scientific“); Houston/Valdar, Modern Electioneering (1922), 17.

²⁰ A Course of Training in Systematic Electioneering, LO, März 1922, 25–28 („typical streets“); vgl. Report by Metropolitan Conservative Agents' Association, CAJ, Jan 1921, 9–12.

dafür, wie fest diese Herangehensweise verwurzelt war, geben die Pläne des Agenten Albert Ballard in Sheffield ab. Während des Krieges hatte Ballard an einer sozialwissenschaftlichen Erhebung über den Bildungsstand der Arbeiterklasse in der Stadt mitgearbeitet, die sich komplexer Methoden zur Erstellung einer repräsentativen Stichprobe bediente. Für seine spätere Arbeit als Wahlagent schien er die hier gewonnene Kompetenz allerdings nicht für nützlich zu halten: Seine Hausbesuchspläne jedenfalls zielten ohne Umschweife auf eine vollständige Erfassung des gesamten Wahlkreises in einzelnen Häuserblocks.²¹

In vielen Fällen dürften Aktivisten bei diesen Befragungen auf ihre Nachbarn oder gar Freunde getroffen sein. Wahlstrategen bestanden aber darauf, dass sie auch in diesen Fällen niemals einfach aufzeichnen sollten, wovon sie selbst *dachten*, dass es der Wahlabsicht eines anderen entspräche. In jedem Fall sollte jeder Wähler unterschiedslos danach gefragt werden, wie er zu dem eigenen Kandidaten stehe. Und während Klinkenputzer bei ihren Hausbesuchen gegenüber den Wählern nach außen enthusiastische Zuversicht ausstrahlen sollten, galt es parteiintern als eine Tugend, „analytisch kalt und objektiv“ über die gesammelten Erfahrungen zu urteilen.²²

Im Hauptquartier der Partei wurden die Informationen gesammelt, um die weiteren Schritte zu lenken. So konnte die weitere Kampagne auf die „Unsicheren“ konzentriert werden, deren Stimme noch zu gewinnen war. An diese konnten nun gezielt Einladungen versandt werden, und besser geschultes Personal oder der Kandidat selbst, vielleicht auch seine Frau oder Kinder, konnten weitere Besuche einlegen. Vor allem erlaubten die gesammelten Unterstützerlisten diejenigen Wähler festzustellen, die es am Wahltag zu mobilisieren galt. Über den Verlauf der Kampagne ermöglichten die nach und nach einlaufenden Zahlen auch Rückschlüsse auf den Erfolg bestimmter Maßnahmen und Themen sowie über die Vertei-

²¹ Summary of Albert Ballard's Work, Juli 1944, SArch, ABC/7/1; Manuskript für einen Artikel im *Wheatsheaf*, [1953], SArch, ABC/7/6; *The Equipment of the Workers* (1919).

²² Houston/Valdar, *Modern Electioneering* (1922), 129 f., Zitat 130 („coldly analytical and dispassionate“); Fred Bottomley, *Canvassers' School of Instruction*, CAJ, Juni 1928, 165–168; G. W. Smith (Darwen Division), *Canvassing*, CAJ, Juli 1935, 161 f.; „Don't Argue“, LO, Aug-Sep 1921, 13 f.

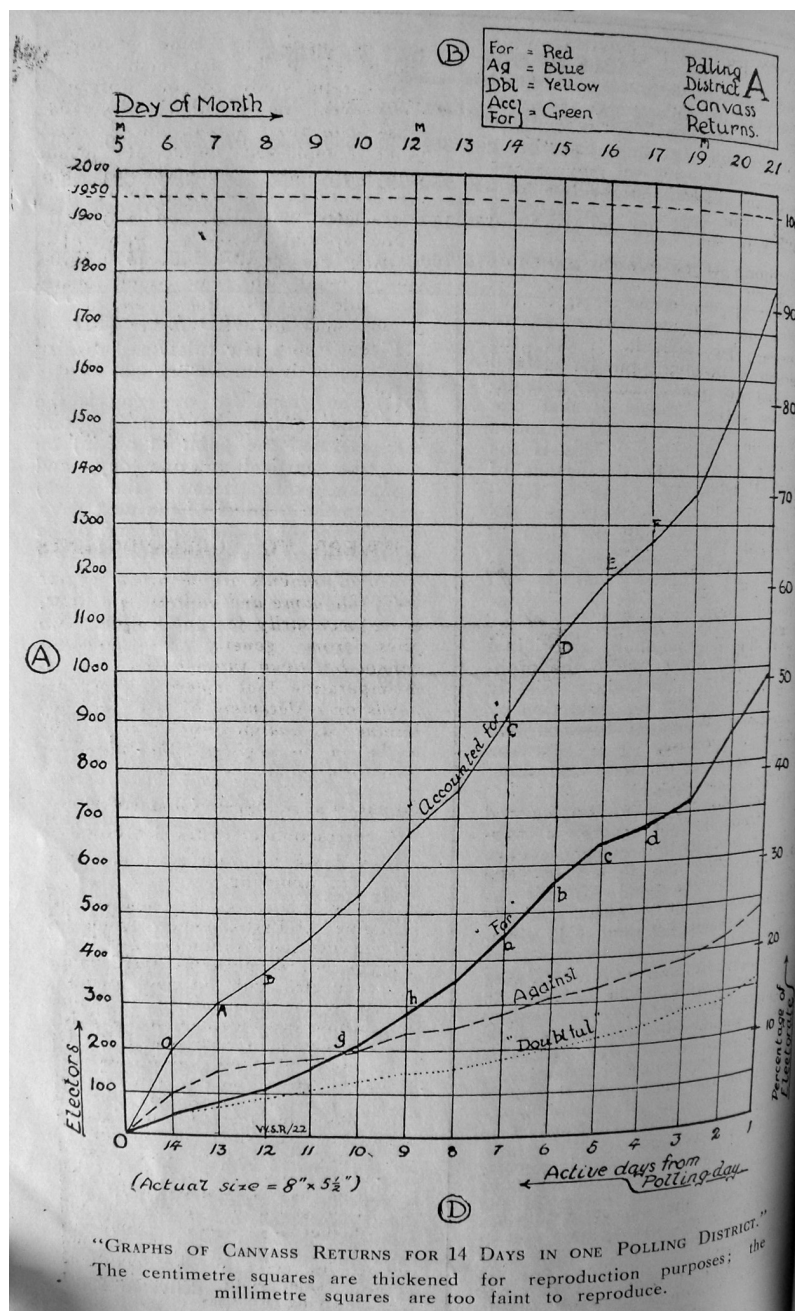


Abb. 5. Der canvass als Indikator für den Stand der Kampagne: Vorschlag für eine fortlaufende Registrierung der Erkundungen über die Wählerschaft in einem Stimmbezirk zur durchgängigen Orientierung über den Erfolg der Wahlkampfanstrengungen. Deutlich sichtbar die typische Kategorisierung aller befragten Wähler („Accounted for“) in Fürsprecher („For“), Gegner („Against“) sowie Unentschlossene („Doubtful“). Labour Organiser, Sep 1922.

lung der Unterstützer im Wahlkreis – im *canvass* sammelten die Planer Rückmeldungen, die ihre Kontrolle über die Kampagne verbesserte.

Am Wahltag dann registrierten Stimmenzähler der Parteien vor den Wahllokalen, wer bereits gewählt hatte und wer nicht. Dafür ließen die Kandidaten den Wählern im Vorfeld mit ihrem letzten Appell per Brief eine Erinnerungskarte zukommen, auf der die Nummer gedruckt war, unter der sie im Wählerverzeichnis zu finden war. Die Wähler wurden gebeten, diese Karte mit zum Wahllokal zu bringen und sie nach der Stimmabgabe dem Zähler der Partei vor dem Lokal abzugeben. Dieser sammelte die Informationen, die Läufer in festen Abständen zum örtlichen Parteihauptquartier brachten, wo die Namen von der großen Zentralliste der Unterstützer gestrichen wurden. Von hier aus wurde schließlich vor Wahlschluss, typischerweise in den letzten zwei Stunden, eine letzte Gruppe Hausbesucher entsandt – um alle diejenigen, die noch nicht durchgestrichen waren, an ihr Versprechen zu erinnern.

Die Aufgabe der Stimmenzähler wurde dabei sehr ernst genommen. Die Position gehörte als bezahlte Stellung zu einer der prestigeträchtigeren Tätigkeiten im Wahlkampf – im Idealfall sollten hier „intelligente Männer mit respektablem Erscheinungsbild“ eingesetzt werden, empfahl ein konservativer Agent. Es galt nicht nur, das Vertrauen der Wähler zu gewinnen, sondern auch einen anständigen Umgang mit den Zählern der gegnerischen Parteien zu pflegen. Nach Möglichkeit sollten diese nämlich untereinander Informationen austauschen. Hier opferten die Strategen aller Parteien die politische Gegnerschaft dem Wunsch nach umfangreicher Information: Ein Stimmenzähler, dem ein Wähler seine Benachrichtigungskarte gegeben hatte, teilte dessen Registrierungsnummer üblicherweise den Kollegen der anderen Parteien mit, damit auch diese ihn von ihren Listen streichen konnten.²³

Bis zum Schluss der Kampagne setzten Strategen in Großbritannien so alles daran, umfangreiches Wissen über die Masse der unbekannten Wähler zu gewinnen. Sie nutzten dafür die Praxis der Hausbesuche, die noch aus der Zeit winziger Wählerschaften die sukzessiven Wahlrechtsausweitungen im 19. Jahrhundert und nach dem Ersten Weltkrieg überdauert

23 Extracts from a Paper Read by Mr. G. H. Edwards, CAJ, Apr 1923, 80–87, hier 86 („Intelligent men of respectable appearance“); Lo, *Conduct* (1928), 124.

hatten. Diese ermöglichten, die Wähler einzeln nach einem formalisierten System zu kategorisieren und so Unterstützer zu identifizieren, die am Wahltag für die Stimmabgabe mobilisiert werden konnten.

Auch in Deutschland überwachten die Parteien an diesem Tag die Abstimmungsorte, um ihre Unterstützer herbei zu „schleppen“, wie der Fachbegriff hier hieß. Allerdings ist es hier bedeutend schwieriger, etwas über die exakte Funktionsweise der Praxis und über das System der Informationsgewinnung herauszufinden, das dahinter stand.

Schlepp-„Systeme“?

Sogenannte „Schlepp-“ oder „Schlepperdienste“ zur Wählermobilisierung waren bereits vor 1914 in Deutschland gängige Praxis gewesen. Allerdings ist es hier schwieriger als für Großbritannien, etwas Genaueres über die Beschaffenheit der „Schlepplisten“ und darüber in Erfahrung zu bringen, wie Aktivisten sie verwendeten. In einer umfangreichen Behandlung der Thematik bemerkt Thomas Kühne ausdrücklich, dass diese Art der Wahlkampfführung in Deutschland einen äußerst geringen Niederschlag in den Quellen gefunden hat. Kühne begründet dies mit der Natur des Materials, das über den jeweiligen Anlass hinaus kaum aufbewahrt worden sei.²⁴ Mit dem britischen Vergleich im Blick überzeugt dieses Argument allerdings nicht. Komplette Wählerlisten oder Karteien aus den Parteizentralen sind zwar auch in Großbritannien kaum überliefert, weil diese in der Tat über den konkreten Anlass hinaus wenig Nutzen hatten, dafür aber einiges an Platz in der Lagerung erforderten. Aber immerhin finden sich in Parteiüberlieferungen Überreste der Befragungen, genaue Aufstellungen über ihre Ergebnisse oder Muster der verwendeten Karteikarten etwa – vereinzelt Spuren also, die einen Eindruck von der Art sowie der Masse des einst verwendeten Materials geben.²⁵

Darüber hinaus haben die Techniken des *canvass* in den britischen Quellen indirekt eine große Menge Spuren hinterlassen, die man in Deutschland vergeblich sucht. Einen kleinen Einblick darin geben Fachdiskussio-

²⁴ Kühne, Dreiklassenwahlrecht (1994), 117f., 126. Auch Anderson, Democracy (2000), 41, 359–362, weiß nichts darüber, wie Parteien von Wählerlisten auf ihre eigenen Anhänger schlossen. Vgl. Suval, Electoral Politics (1985), 169.

²⁵ CArch, 363/O.1, 12 f.; 363/O.2, 80 (1922); Lancashire Archives, DDX 1202/1/20.

nen über die verschiedenen Instrumente der Wissensgewinnung, die in Großbritannien um kleinste technische Details geführt wurden. Agenten führten Debatten über die Vor- und Nachteile verschiedener Karteikartensysteme für die Erhebung und Weiterverarbeitung der Informationen, im Rahmen derer die Bezeichnung einzelner Systeme gar den Status von Fachbegriffen erlangten: Die „Familien‘-Karte“ etwa, auf der alle Wähler in einem Haushalt eingetragen waren, spare Zeit beim Ausfüllen, weil sie die Zahl der insgesamt benötigten Karten reduzierte. Dafür erfordere sie später zusätzliche Arbeit, weil aus ihren Ergebnissen separate Listen oder Straßenkarteikarten mit den einzelnen zu schleppenden Wählern erstellt werden müssten. Als deutlich praktikabler beurteilten viele Agenten gegenüber verschiedenen Varianten solcher „Familien‘-Karten“, und auch gegenüber dem „klassischen *canvass*-Buch“, die „gewöhnliche ‚Einzel‘-Karte“ mit Angaben zu nur einem Wähler. Diese Karten konnten unterschiedlich eingefärbt werden, um sie auf den ersten Blick nach Geschlecht einordnen und sortieren zu können: Das machte es einfacher, gezielt weibliche Parteimitglieder auf Wählerinnen anzusetzen.

Zeitlich am effizientesten war in der Vorbereitung die „Register-Klebe-Karte“, die in Wahlkreisen zum Einsatz kommen konnte, wo das Wahlregister nach Straßen und Häusern vorsortiert war: Auf der Karte war eine Tabelle vorgedruckt, auf die ausgeschnittene Auszüge aus der Wählerliste einfach aufgeklebt werden konnten; Spalten für die Einordnung als Freunde, Gegner oder Unentschlossene befanden sich vorgedruckt daneben. Firmen wie die Druckerei Edwards and Bryning warben mit Inseraten in den Magazinen der Agenten für dieses System, das sie etwa als „Zeitspar‘-*canvass*-Karte“ schmackhaft zu machen versuchten. Verwaltet wurden die Karten schließlich in gesondert dafür gefertigten Büchern; in den Parteizentralen brauchte es gar eigene Wandregale mit speziell für den Zweck konstruierten Registern, um die Karten möglichst übersichtlich zu indizieren und einen schnellen Zugriff auf individuelle Einträge zu ermöglichen. Eine einigermaßen vollständige Wählerbefragung produzierte schließlich, je nach Wahlkreis, bis zu 50 000 einzelne Karteikarten.²⁶

26 Zu diesen und noch mehr Details ausführlich Swaddle, *Mass Electorate* (1990), 204–210 („pasted-register card“); W. Stewart Rainbird, *Systematic Electioneering*, LO, Nov 1921, 6 f., 4: „(adapted) ‚family‘ card“, „old canvass book“, „ordinary ‚single‘ card“;

Über derartige Feinheiten schweigen deutsche Quellen der Zwischenkriegszeit sich aus. Über vorformatierte Karteikarten, Registerbände oder Karteikästen erfährt man nichts; Werbung gar für den Vertrieb vorgefertigter Befragungssysteme gibt es hier nicht. Hinweise und Anzeichen für die Einrichtung von Schleppdiensten beschränken sich zumeist auf knappe Hinweise und einzelne Anzeichen, gewähren aber kaum Einblicke in ihr konkretes Funktionieren.²⁷ Einen Grund für diesen Unterschied haben wir bereits ausführlich behandelt: Ein vergleichbares Medium wie die Zeitschriften der britischen Wahlagenten existierte in Deutschland nicht, weil der Wahlkampfbetrieb hier weniger professionalisiert blieb und stärker von praktischem Erfahrungswissen abhing – so gab es keine ähnliche Plattform für eine Diskussion um verschiedene Techniken, die sich in immer weitere Details verzweigen konnte. Allein dieser Umstand für sich ist ein Hinweis darauf, dass die Produktion von Wissen über die Wählerschaft in Deutschland weniger formalisiert war.

Gute Gründe dafür finden sich bereits im 19. Jahrhundert. Schon bei der Etablierung nationaler Wahlen als regulärer Ereignisse des politischen Lebens erschien in Deutschland nämlich die Wählerschaft auf einen Schlag als eine große Masse. Während in Großbritannien um 1870 die Zahl der Stimmberechtigten gerade von unter fünf Prozent auf um die neun Prozent der Bevölkerung gewachsen war, gab das allgemeine Wahlrecht für Männer ab 25 Jahren zur selben Zeit auf einen Schlag fast 21 Prozent aller Deutschen eine Stimme.²⁸ Es mochte im Deutschen Reich kaum praktikabel erscheinen, Wähler in dieser Menge einzeln zu bearbeiten.

Wichtiger noch als die Zahl der Wahlberechtigten waren die Wahlverwaltung und das Wahlverfahren. So gab es bereits im Kaiserreich eine

farbige Karten: Home Counties' Agents' Meeting, CAJ, Apr 1923, 75–78, hier 77; Werbung: LO, Sep 1929, 175; Okt 1935 („Savetime' Canvass Card“).

²⁷ Etwa: Protokolle des SPD-Ortsvereins Speyer, LAsp, T 91/50, Ausschusssitzung und Versammlung, 11. und 16. 6. 1920; Protokollbücher der SPD-Ortsgruppen Kleinzschocher und Hartha, Bezirk Leipzig; SPD-Wahlverein Nowawes, Bezirk Brandenburg-Grenzmark, BArch, RY 20/II 146/3/3, 90, 103, 107, 166 (1924, 1925, 1928); RY 20/II 146/3/4, 56 (1930); RY 20/II 146/2/3 (1932); Protokollbuch Zentrumsverein Oppenheim am Rhein, ACDP, 01-203/001/2; DStP, Rundschreiben Nr. 6, 10. 9. 1930, BArch, R 45 III/59, 34 (1930).

²⁸ Nohlen/Stöver, *Elections* (2010), 79; Zahlen für Großbritannien kalkuliert nach Craig, *Electoral Facts* (1989), 67; *International Historical Statistics* (2013), Tab. A1.

verlässliche staatliche Wählerregistrierung. Im internationalen Vergleich und auch im Kontrast zu Großbritannien war dies bemerkenswert, und es hatte bedeutende Konsequenzen.²⁹ So brauchten die Parteien in Deutschland umfangreiche Erhebungen über ihre Anhängerschaften nicht selbst durchzuführen, weil diese auch ohne ihr Zutun abstimmen konnten. Vor allem aber profitierten die deutschen Parteien davon, dass Abstimmungen auf Landes- und Kommunalebene vielerorts bis zum Ersten Weltkrieg öffentlich blieben und auch bei den Reichstagswahlen das Wahlgeheimnis nicht völlig garantiert war. Entsprechend konnten sie das tatsächliche Wahlverhalten der Bürgerschaft beobachten und bei der nächsten Abstimmung diejenigen an die Urne bringen und kontrollieren, die zuvor bereits für sie gewählt hatten.³⁰

Nach 1918 war dies nicht mehr so einfach möglich, wie etwa der Düsseldorfer Parteisekretär des Zentrums beklagte: Die zuverlässigen Anhängerlisten der Vorkriegszeit, als „man die Parteistellung eines jeden Wahlberechtigten kannte“, gab es in den 1920er Jahren nicht mehr.³¹ Doch das bedeutete nicht, dass deutsche Parteien nun anfangen, wie ihre britischen Pendanten von Haustür zu Haustür jeden einzelnen Wähler nach seiner Präferenz zu befragen. Die erneute Vergrößerung der Wählerschaft schuf hierfür schließlich nicht gerade eine große Motivation. Zudem spielten in den jeweiligen Wahlsystemen die Ortsvereine eine unterschiedliche Rolle: Das neu eingeführte Verhältniswahlrecht in Deutschland dürfte den Ansporn, lokal in einem fest umgrenzten Gebiet möglichst viele Stimmen zu gewinnen, auch wo das unwahrscheinlich war, eher noch reduziert haben. Denn letztlich zählte die Gesamtstimmenzahl im ganzen Reich, was die Verantwortlichkeit für ein gutes Ergebnis breiter verteilte. In Großbritannien war dagegen entscheidender, was in einzelnen Städten und Dörfern geschah, da Wahlen nicht nur national, sondern auch lokal eindeutig gewonnen oder verloren wurden. Der Anreiz war hier entsprechend größer als in Deutschland, überall im Wahlkreis möglichst viel über das Ansehen der eigenen Partei in Erfahrung zu bringen, um auch die letzten potenziellen Stimmen herauszuholen.

²⁹ Das betont Suval, *Electoral Politics* (1985), 11, 22, 37–40.

³⁰ Ausführlicher dazu: Schröder, Freund (2015).

³¹ Stump, *Zentrumspartei Düsseldorf* (1971), 111.

So ist es nicht verwunderlich, dass die Wissensgewinnung bei den deutschen Parteien weniger streng formalisiert blieb. Vor allem stützte sie sich bereits im Vorfeld auf Annahmen über das wahrscheinliche Verhalten von Großgruppen. Dafür geben die Leitfäden für die Einrichtung von Schlepssystemen einige Hinweise. Die umfassendste Anleitung dafür, die mir bekannt ist, erschien in zwei Auflagen kurz vor dem Ersten Weltkrieg.³² Sie berief sich auf jahrelange Anwendung; die beschriebenen Methoden hätten sich in der Erprobung als zuverlässig erwiesen. Als Grundlage für ihre Arbeit sollten Parteien eine amtliche Abschrift oder eine andere Kopie der offiziellen Wählerliste besorgen. Nach Straßen mussten aus dieser Liste sodann die eigenen Anhänger herausgezogen werden – doch nach welchen Kriterien dies geschehen sollte, darüber bot der Leitfaden nur einzelne Hinweise und Andeutungen: In der Vorkriegszeit konnte man dies vielerorts schließlich einfach an Mitschriften der letzten Landtags- oder Kommunalwahlen ablesen.

In jedem Fall wurde angenommen, dass die Parteien vor Ort ohnehin wussten, wie sie ihre Anhänger zu identifizieren hatten – ohne irgendjemanden danach zu fragen. Wo das nicht auf der Grundlage von öffentlichem Wissen über das Wahlverhalten möglich war, gab der Leitfaden vereinzelte Hinweise. Ein möglicher Vermerk der Religionszugehörigkeit auf der Wählerliste etwa, so ein Tipp, erleichtere die Arbeit ungemein, weil nur die Religionsgemeinschaft berücksichtigt werden müsse, die für eine Partei in Frage käme. Hauptsächlich war damit die Zentrumsparterie angesprochen, auch wenn sie nicht ausdrücklich erwähnt wurde, denn es gehörte zu den politischen Selbstverständlichkeiten, dass diese ihre Unterstützer nur unter Katholiken fand. In der Tat zeigen auch parteiinterne Unterlagen der 1920er Jahre, dass Zentrumsstrategen diese Eingrenzung vornahmen: Übersichten zum Abschneiden verschiedener Ortsgruppen in der südlichen Pfalz etwa verglichen die eigenen Ergebnisse nicht mit der Gesamtwählerschaft oder der Anzahl aller abgegebenen Stimmen, sondern stellten sie jeweils der Zahl der Katholiken gegenüber, die in den jeweiligen Orten wohnten.³³

³² Becker, *Wahlagitation* (1913).

³³ Ortsgruppenverzeichnis im Bezirksverband Landau-Edenkoben, 1924, ACDP, 01-586/Ko41; Zentrumsparterie Kreis Pfalz, Verzeichnis aller Orte mit mehr als 100

Auch andere Parteien stützten sich bei der Identifizierung ihrer Anhänger auf eine Vorauswahl bestimmter sozialer Gruppen. Der Leitfaden für den Schleppdienst empfahl als hilfreich dafür verschiedene Adresslisten, vor allem wenn die offizielle Wählerliste nicht erhältlich sei: das Mitgliederverzeichnis der Partei selbst, die Kirchenliste, ferner die Adresslisten anderer politischer oder religiöser Vereine, Interessengruppen wie Grundbesitzer- oder kaufmännische Verbände, Krieger- oder Arbeitervereine, jeweils abhängig von der „Konstellation der Parteien“ vor Ort. Erst *nachdem* aus diesem Material Straßenlisten erstellt waren, sollten Vertrauensmänner herum geschickt werden, um ihre Richtigkeit und Vollständigkeit zu überprüfen, Freunde hinzuzufügen und Gegner zu streichen. Unentschiedene Wähler, das war ein weiterer bedeutender Unterschied zu Großbritannien, wurden überhaupt nicht erwähnt.³⁴

Anweisungen aus den 1920er Jahren verwiesen auf ähnliche Quellen für die Informationsbeschaffung. In seinen Hinweisen zur Parteiorganisation erklärte Anton Erkelenz, dass Wahlkreisverbände und Ortsgruppen ständig eine Reihe von Kartotheken oder Adresslisten auf dem Laufenden halten mussten, um die politische Arbeit zu koordinieren. Neben Listen der eigenen Funktionäre, Mitglieder und „Vertrauenspersonen“ gehörten dazu auch Verzeichnisse namhafter „Frauenführerinnen“, jugendlicher Wähler sowie anderer Persönlichkeiten, die für die Partei als „erreichbar“ galten. Etwas umständlich empfahl er dafür eine „besondere Adressensammlung von Wählern, die nicht Mitglied der Partei sind, die aber auch sonst nicht parteipolitisch irgendwo festgelegt sind, aber als unter Umständen für uns nahestehend in Frage kommen“ – was in Großbritannien mit dem einfachen Begriff der „Unentschiedenen“ belegt war, musste in Deutschland als Konzept erklärt werden.

In der Tat folgte Erkelenz britischen Vorbildern, in dem er eine ähnliche Unterteilung der Wählerschaft in „Freund“, „Feind“ und „Laue“ vornahm. Die Herangehensweise, letztere ausfindig zu machen, wich dagegen deutlich von der Systematik und Arbeitsintensität eines britischen *canvass* ab. Pragmatisch schlug Erkelenz vor, jedes Parteimitglied solle zehn bis zwanzig Adressen von Verwandten, Freunden, Bekannten und

Katholiken, Bezirke Landau-Edenkoben und Bergzabern-Annweiler, 1924, ACDP, 01-586/K035.

³⁴ Becker, *Wahlagitation* (1913), 7–10, 20, Zitat 7.

Mitarbeitern angeben, die den Ideen der Linksliberalen vermutlich nahe stünden. So gewinne man eine gute Arbeitsgrundlage, auf der man Versammlungen, Hausbesuche, Versand von Flugblättern und ähnliches organisieren könne. Wichtig war in jedem Fall auch bei dieser Herangehensweise die Vorauswahl: Nur ein Teil der Wählerschaft kam nach den Plänen der Demokraten überhaupt in Frage. Wie Erkelenz' Parteifreund Werner Stephan es ausdrückte, wolle man nur an diejenigen herantreten, von denen man „annehmen“ könne, sie hätten bereits demokratisch gewählt oder seien der Partei zugänglich und gewinnbar.³⁵

All das deutet an, dass Hausbesuche in Deutschland nicht ebenso systematisch organisiert waren wie in Großbritannien. Zudem arbeiteten sie mit Kategorisierungen, in denen unentschiedene Wähler kaum vorgesehen haben: Die Strategen schienen hauptsächlich darauf aus, diejenigen zu identifizieren, die sie bereits zu ihren Anhängern zählen konnten. Tatsächlich lassen sich diese Unterschiede in der Praxis zeigen: Für den Kreisverband der DNVP in Berlin-Charlottenburg sind eine Reihe von Unterlagen erhalten, die einen tieferen Einblick in die Organisation von Schleppdienst und „Kleinpropaganda“ erlauben, wie die Wahlwerbung in der Nachbarschaft in Deutschland auch genannt wurde. Sie leuchten die Kontraste zu den britischen Methoden deutlich aus, weshalb wir uns in einem eigenen Abschnitt etwas ausführlicher mit den Klinkenputzern beschäftigen, die hier um 1920 von Wohnungstür zu Wohnungstür gingen.

Charlottenburger Hausbesuche

Die Überlieferung zu den Hausbesuchen in Charlottenburg³⁶ ist besonders eindrücklich, weil sie aus einem großstädtischen Umfeld stammt. Anders als in ländlichen Gegenden, wo Nachbarschaften und ganze Dör-

³⁵ Erkelenz, Leitfaden ([1924]), 6 f., 18 f. (Zitat 7); Stephan, Parteiorganisation ([1928]), 8–10, 17 (Zitat 9).

³⁶ Handakten Otto Kleindienst, DNVP-Bezirksverein Schlossviertel, GStA PK, I. HA Rep. 94, 620/2. Die folgenden Ausführungen beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf diese Unterlagen. Mangels Foliiierung lassen sich einzelne Blätter nicht nachweisen. Eine weitere Loseblattsammlung in GStA PK, I. HA Rep. 94, 620, enthält ähnliche Dokumente: Inhaltlich stimmen diese mit den folgenden Ausführungen überein; allerdings war es mir wegen des Aufwands nicht möglich, hierfür eine ebenso präzise Auswertung von Wohnorten und Stimmberechtigtenzahlen vorzunehmen.

fer überschaubar waren, durfte man gerade hier eine stark formalisierte Systematik der Kontaktaufnahme zu den Wählern erwarten. Wie wir im Folgenden sehen, war das allerdings nicht unbedingt der Fall.

Dabei konnte man in der Anonymität der Großstadt nicht darauf setzen, die Wählerschaft allein über persönliche Kontakte einschätzen und mobilisieren zu können. An diese Überlegung anschließend geht Thomas Kühne schon für das Kaiserreich von einer „durchrationalisierte[n] Form“ der Hausbesuche in einem städtischen Umfeld aus. Er führt dazu typische Planungen der Parteien für ein dichtes Netz von Vertrauensleuten an: So hätten die Vertrauensmänner der Berliner Sozialdemokraten nach 1908 nur jeweils zwei Häuser bearbeiten müssen, um flächendeckend ganz Berlin an der Haustür zu besuchen.³⁷ Die Pläne der Charlottenburger DNVP 1920 lesen sich ähnlich systematisch, wenngleich sie keine ganz so hohe Zahl an Aktivisten voraussetzten. Immerhin sollten es den Planungen nach genug Parteimitglieder geben, dass jeder höchstens fünf Häuser besuchen musste.

Für zwei Stimmbezirke bei der Reichstagswahl 1920 liegen dazu im Charlottenburger Schlossviertel genauere Informationen vor (vgl. Abb. 6). Sie zeigen, dass dieser Schlüssel hier tatsächlich aufging – allerdings machen sie auch deutlich, dass derartige Zahlen nicht ganz so beeindruckend wirken, wenn man sie im Lichte der Verhältnisse vor Ort sieht. Vor allem zeigen die Unterlagen, dass zwischen der Systematik der Pläne und ihrer Ausführung riesige Lücken klafften. Für den Stimmbezirk 22 verzeichneten die Interna des Bezirksvereins nur fünf Parteimitglieder, für den Stimmbezirk 25 waren es vierzehn, von denen vier die Partei bis zum Mai 1921 verließen. Selbst diese bescheidene Zahl an Personen musste aber in der Tat nur je zwei bis drei Häuser besuchen, um die beiden Stimmbezirke vollständig zu durchkämmen, denn diese bestanden insgesamt aus lediglich 37 Häusern. Allerdings waren Berliner Mietshäuser groß – in der Gegend wohnten typischerweise zwischen 20 und 40 Mietparteien in einem Haus; noch größer war die Zahl der Wähler: Ein einzelner Charlottenburger Stimmbezirk umfasste im Juni 1920 um die 1430 Wähler; die Stimmbezirke 22 und 25 lagen mit 1263 und 1351 eingetragenen Wahl-

³⁷ Kühne, Dreiklassenwahlrecht (1994), 117 f.

berechtigten recht genau in dieser typischen Größenordnung.³⁸ Auf ein Haus kamen hier im Durchschnitt also über 70 Wähler. Ein Schlüssel von zwei Häusern pro Vertrauensmann bedeutete in diesen Stimmbezirken also die Bearbeitung von etwa 140 Wahlberechtigten pro Aktivist.

Die Nationalisten im Schlossviertel suchten davon nicht mehr als einen Bruchteil auf. Das zeigen Listen über die „Wählerschichtung“ in den Stimmbezirken, die in den Unterlagen überliefert sind. Schon rein äußerlich weisen diese auf die vergleichsweise geringe Formalisierung der Wählerbefragung hin: Anders als in Großbritannien wurden die Informationen nicht als Karteikarten oder tabellarische Formulare, sondern als handschriftliche Notizen gesammelt und intern weiterverarbeitet. So trägt ein derartiges, unbetitelttes Blatt in der Sammlung den Vermerk „Bearbeitet!“, der offensichtlich angebracht wurde, nachdem die enthaltenen Informationen auf eine weitere – ebenfalls handschriftliche – Liste übertragen wurde.³⁹ Das war möglich, weil der Umfang der Befragungen sich in engen Grenzen hielt. In einem der Bezirke wurden acht, in dem anderen sogar vierzehn Häuser überhaupt nicht besucht – nur in 15 der 37 Mietshäuser wurden also überhaupt Erkundungen angestellt. Und auch in diesen bearbeiteten Häusern waren die Besuche alles andere als umfassend: Insgesamt führen die Listen nur 32 potentielle Wähler auf, über deren politische Einstellung in irgendeiner Form Erkundungen eingeholt wurden – bei über 2500 Wahlberechtigten in den Straßenzügen.

Die Befragten wurden in Charlottenburg anders eingeordnet, als es in Großbritannien üblich war. Statt in Freunde, Gegner sowie Unentschiedene zu unterteilen, verzeichneten die Listen in variierender Begrifflichkeit „Parteifreunde“ oder Wähler, die „Deutschnational gesinnt“ seien sowie die Anhänger anderer Parteien wie der DVP, der SPD oder, wie es in einem Fall hieß: „möglicherweise sogar Demokrat!“ Es spricht für die geringe Formalisierung der Informationssammlung, dass es hier anders

38 Stimmbezirke und Wahlberechtigte nach: Wahlergebnis im Bezirk Schloßviertel, o. D., GStA PK, I. HA Rep. 94, 620/2 (Stimmbezirke 22 und 25); Charlottenburger Abendpost, 28. 5. 1920, 7. 6. 1920 (Durchschnittszahlen für Charlottenburg). Häusergrößen nach Berliner Adreßbuch 1920 (1920); Berliner Adreßbuch 1921 (1921). Häuser mit mehreren Hausnummern (Eckhäuser sowie die Nehringstr. 21/22 und 23/24) habe ich als ein Haus gezählt.

39 „Wählerschichtung im Stimmbezirk 22“ ist der Titel einer der Listen.

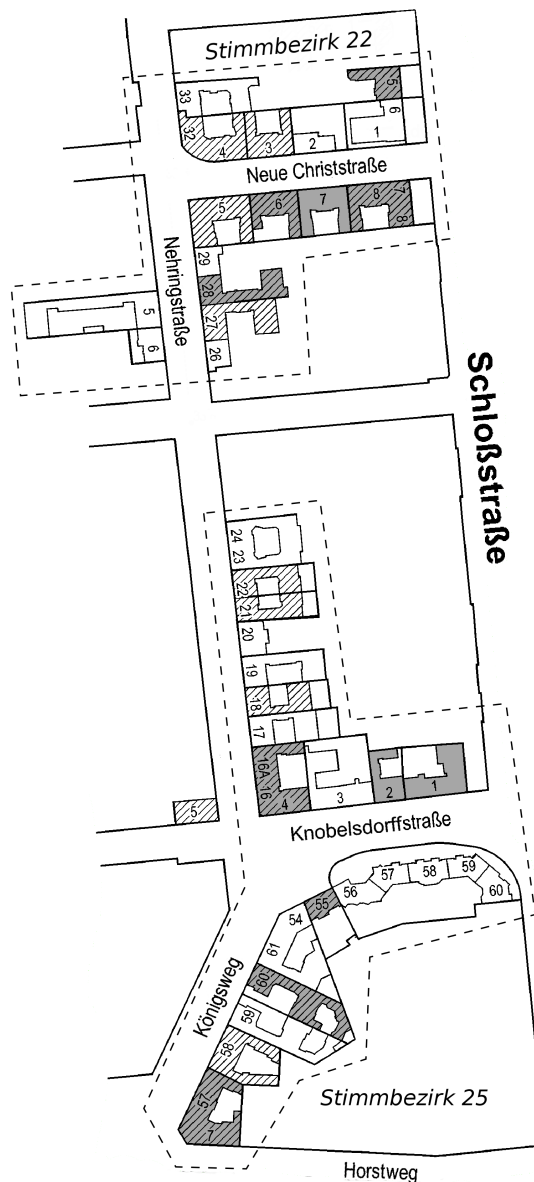


Abb. 6. Deutschnationale Hausbesuche im Charlottenburger Schlossviertel, 1920/1921: Schematischer Plan der Adressen in den Stimmbezirken 22 und 25. Wohnorte der Parteimitglieder sind grau hinterlegt, Wohnorte der aufgesuchten Wähler schraffiert. Das Haus Knobelsdorffstr. 5 gehört zu keinem der beiden Stimmbezirke. Straßenverlauf und Häusergrundrisse basieren auf dem digitalen Landeskartenwerk Berlin (K5) von März 2015, entsprechen darum in einigen Fällen vermutlich nicht den tatsächlichen Grundrissen der Häuser in den 1920er Jahren.

als in Großbritannien keine feststehenden Begriffe, sondern variierende Bezeichnungen für die verschiedenen Zuordnungen der Wähler gab. Ein noch größerer Unterschied zum britischen *canvass* lag aber darin, dass Unabhängige oder gar unpolitische Bürger in dem Kategoriensystem nicht vorgesehen waren. Hier entsprach die Praxis der deutschnationalen Hausbesuche eher der Anleitung der Vorkriegszeit als den Empfehlungen, die Anton Erkelenz abgab. Bezeichnend ist insbesondere der Vermerk, mit dem in den Listen der DNVP diejenigen versehen wurden, die eine abschlägige Antwort auf das Unterstützungsgesuch gegeben hatten, ohne sich zu einer anderen Partei zu bekennen: Über ihre „wirkliche Parteistellung“⁴⁰ sei nichts bekannt geworden, hieß es dann – wie selbstverständlich nahmen die deutschnationalen Wahlkampfstrategen an, dass jeder Wähler grundsätzlich einer der Parteien zuzuordnen sein müsse.

Wie genau die Befragung an der Haustür vor sich ging, ist aus den Unterlagen nicht ersichtlich. Die Wohnorte der Befragten geben aber einige Hinweise. Für fast alle der angegebenen Wohnhäuser sind jeweils nur eine oder zwei Personen vermerkt, zum Teil Eheleute, die eine Wohnung teilten. Die meisten Wähler – acht an der Zahl – wurden im Königsweg 60 befragt. Auch hierunter befand sich ein Ehepaar, außerdem der Mann („DVP“) sowie die Tochter („MSPD“) eines Parteimitglieds, was die Zahl der aufgesuchten Wohnungen auf fünf reduzierte – bei über 20 Mietparteien im Haus. Jede und jeder der fünf Deutschnationalen, die selbst im Königsweg 60 wohnten, mussten dafür theoretisch nur an je eine Wohnungstür klopfen.

Wie ein Abgleich der Wohnorte der Parteimitglieder mit denen der befragten Wähler zeigt (Abb. 6), scheint das insgesamt das Muster der Erkundungen gewesen zu sein: Die Deutschnationalen sprachen einzelne Wähler in ihrem eigenen oder dem Nachbarhaus an und fragten vielleicht Freunde, Kollegen oder Bekannte in der Gegend. Wer sich nicht traute, tatsächlich bei Fremden anzuklopfen, mochte sich – in der Verlegenheit, gegenüber den Parteifreunden jemanden benennen zu müssen – auch einfach einen Namen aus der Nachbarschaft aus den Fingern saugen. Details konnten aus dem Berliner Straßenverzeichnis nachgetragen wer-

⁴⁰ Meine Hervorhebung.

den, das die Deutschnationalen zur Überprüfung ihrer Informationen verwendeten.⁴¹

Es ist nicht einfach zu sagen, wie typisch diese Verhältnisse für andere Bezirke und andere Parteien waren. Einen kleinen Hinweis gibt immerhin eine interne Auswertung der DNVP zum Umfang des Schleppdienstes, der auf dieser Art von Informationen basierte. Für die Reichstagswahlen im Juni lagen einem solchen Dienst große Hindernisse im Weg, weil keine Abschrift der Wählerliste verfügbar war, aber acht Monate später konnte er für die Wahlen zum preußischen Landtag eingerichtet werden. Im Anschluss daran erhob die Partei, wie viele Wähler die Gliederungen in den einzelnen Stimmbezirken „geschleppt“, also an ihre Wahlpflicht erinnert hätten. Zudem fragte sie, wie viele von den so gemahnten Wählern dann ihr Wahlrecht auch noch ausgeübt hätten. Aus dem Stimmbezirk 22 hieß es dazu, 37 Personen hätten erst nach halb fünf gewählt, wobei nicht ganz deutlich ist, ob damit auch die Zahl der „geschleppten“ Wähler gemeint war. Andere Bezirke meldeten deutlich höhere Zahlen, sodass man hier umfassendere Erhebungen vermuten kann. Spitzenreiter waren die Bezirke 34 und 14, in denen 231 sowie 168 Wähler zum Urnengang ermahnt wurden, von denen 111 sowie 101 dann auch tatsächlich noch ihre Stimme abgegeben hätten. In anderen Straßenzügen lagen die Zahlen allerdings deutlich unter 30 und unter 20 Wählern, die man zu mobilisieren versuchte. Für eine Reihe von Stimmbezirken – darunter auch Bezirk 25 – sind überhaupt keine Meldungen überliefert. Außergewöhnlich wirkt die Aktivität der deutschnationalen Schlepper in der Nehring- und der Neuen Christstraße im Vergleich mit diesen Zahlen jedenfalls nicht.

Ins Auge springt schließlich eine Unstimmigkeit zu den Wählerlisten, welche die Partei intern führte. Denn obwohl hier offenbar über 30 Wahlberechtigte „geschleppt“ wurden, verzeichnen die Listen für den Stimmbezirk 22 nur Informationen über 14 Wähler, die zudem nicht alle als freundlich gesinnt aufgeführt sind. Man kann darüber spekulieren, dass hier kurzfristig noch weitere Personen zur Wahl aufgefordert wurden, die man auch unabhängig von dem gesammelten Wissen als Unterstützer vermutete. Das hätte sich jedenfalls auch mit den Anweisungen für den

⁴¹ So heißt es auf einer der Listen zu einer „Frau Prüfer“, sie sei unter der angegebenen Anschrift nicht im Adressbuch verzeichnet.

„Schlepperdienst“ gedeckt, die für den Wahltag intern an die Bezirksvereine der DNVP in Charlottenburg ergingen: Hier hieß es, säumige Wähler sollten an ihre Wahlpflicht erinnert werden, „soweit sie *voraussichtlich* den rechtsstehenden Parteien angehören“. ⁴² Schließlich entspräche diese Herangehensweise auch der Skizze von den Bemühungen der Zentrumsparterie, die Andrew Bergerson für Wahltag in Hildesheim gezeichnet hat: Hier schickten katholische Wahlbeobachter der Partei Kinder zu den säumigen Nachbarn, die ebenfalls einzig nach der *Vermutung* ausgewählt wurden, sie würden das Zentrum unterstützen. ⁴³

Insgesamt verdichten sich diese Befunde zu einer eher skeptischen Einschätzung: Es ist fraglich, ob man hinter den Planungen und Andeutungen deutscher Wahlkämpfer in der Ausführung allzu umfangreiche Schleppersysteme vermuten kann, die einer formalisierten und standardisierten Logik entsprochen hätten. Darauf verweisen auch Hinweise auf konkrete Vorfälle in dem Charlottenburger Material. ⁴⁴ So verzeichneten die Stimmenwerber der DNVP in ihren Wählerlisten mehrfach „sehr grob!“ oder „Grober Kerl!“ hinter den Namen von aufgesuchten Bürgern. Eine Dame habe sich ausdrücklich über die „unerhörte Zumutung“ beklagt, von den Aktivisten angesprochen zu werden: „Sie wüßte nicht, wie sie in unsere Listen gekommen sei“. Offenbar, so erklärt sich die Empörung, gehörte die Befragung nach politischen Präferenzen hier, anders als in Großbritannien, nicht zu den gängigen Mitteln der Wahlkampfführung.

Den unterschiedlichen Umfang der Hausbesuchsprogramme in beiden Gesellschaften bemerkten im zeitgenössischen Vergleich schließlich auch deutsche Beobachter der britischen (und amerikanischen) Verhältnisse: Dort hätten Haus- und Straßenagitation einen sehr viel größeren Anteil am Wahlkampf als in Deutschland. Frappierend ist dabei, wie beeindruckt sich selbst deutsche Sozialdemokraten vom Ausmaß und der Systematik der Hausbesuche in Großbritannien zeigten – war es doch gerade die SPD, die in Deutschland Renommee für ihren durchgeplanten Häuser-

⁴² Durchschlag mit dem Titel „B. Bezirksvereine“, o. D., GStA PK, I. HA Rep. 94, 620 (meine Hervorhebung).

⁴³ Bergerson, *Ordinary Germans* (2004), 105–108; vgl. A. Kolb, *Wahlarbeit: Soziale Gliederung der Wählerschaft*; Robert Müller, *Nochmals die Nichtwähler*, FW, 2 (1930) 32, 22 f.

⁴⁴ Hier beziehe ich mich wiederum auf die Listen in den Handakten Otto Kleindienst, DNVP-Bezirksverein Schlossviertel, GStA PK, I. HA Rep. 94, 620/2.

wahlkampf genoss. „Mit welcher Sorgfalt das *canvassing* durchgeführt wird!“, staunte so Heinrich Braune, nachdem er für die Partei die britische Unterhauswahl von 1929 vor Ort beobachtet hatte. „Wir Deutschen haben keine Vorstellung von diesem *canvassing*.“ Braunes Kollege Fritz Heine, der ihn auf der Reise nach Großbritannien begleitete, zeigte sich ebenso beeindruckt: In „viel stärkerem Maße“ hätten sich die britischen Wahlkämpfe auf die Werbung „von Haus zu Haus“ konzentriert – „etwas, was uns neu war“.

Braune deutete dabei auch Gründe für den Unterschied an: Eine höhere Empfindsamkeit was die Wahrung des Wahlgeheimnisses betraf, argumentierte er, mache den deutschen Parteien ähnliche Hausbefragungen unmöglich.⁴⁵ Auch in diesem Sinne kann man die „unerhörte Zumutung“ verstehen, über die sich die Charlottenburger Dame entrüstete: Die Befragung nach politischen Präferenzen wurde in Deutschland mehr als in Großbritannien als eine unzumutbare Verletzung der Privatsphäre verstanden. Darum war es nur konsequent, dass für den Schleppdienst am Wahltag in Deutschland Erinnerungszettel zur Verwendung kamen: In Charlottenburg wie anderswo ermahnten die Aktivisten am Wahltag die säumigen Wähler nämlich nicht von Angesicht zu Angesicht zu ihrer „Wahlpflicht“. Stattdessen gingen sie umher und verteilten von Tür zu Tür Zettel, auf denen diskret zum Urnengang aufgerufen wurde.⁴⁶ Anders als die unmittelbare Ansprache nach einem Klingeln oder Klopfen erhielt das Stück Papier eine gewisse Distanz zwischen den schleppenden Aktivisten und den Wählern: Eine private Entscheidung ließ sich einfacher gegenüber einem Zettel rechtfertigen als gegenüber einem Menschen.

Hier machte sich wiederum das Erbe der unterschiedlichen Entwicklung von Stimmrecht und Wahlgeheimnis in beiden Gesellschaften bemerkbar.

⁴⁵ Heinrich Braune, A German Looks at the British General Election, LM, Juni 1929, 82 („With what care canvassing was done! We Germans know nothing of this canvassing.“); Berger, Ungleiche Schwestern? (1997), 252 (Zitat Heine); auch: Erkelenz, Leitfaden ([1924]), 19, 22; Lewinsohn, Geld (1931), 272; Vom englischen Wahlkampf, Vorwärts, 6. 12. 1923; Wahlkampf, Deutsche Zeitung, 4. 4. 1928; vgl. Gosnell, Europe (1930), 33 f.

⁴⁶ Vgl. etwa: Sitzung des Ortsausschusses, 12. 9. 1930, sowie Zettel mit der Erinnerung an die „Wahlpflicht“, Protokollbuch Katholischer Bürgerverein/Zentrumsverein Oppenheim, ACDP, 01-203/001/2; SPD-Bezirksverband Brandenburg-Grenzmark an Ortsvereinsvorstände, 16. 3. 1932, BArch, RY 20/II 146/2/4, 99 f.

Wie ein langer Schatten der Zeiten, in denen die Wahlstimme das Privileg einiger weniger gewesen war, erwarteten britische Bürger auch in der Zwischenkriegszeit noch, an der Haustür um ihre Unterstützung gebeten zu werden. Wie sie dabei letztlich entschieden, war ihnen durch den Schutz des Wahlgeheimnisses ganz allein überlassen. In Deutschland überwog demgegenüber noch aus dem Kaiserreich der Instinkt zur Abwehr grassierender Wahlbeeinflussung. Das Wahlgeheimnis war zwar auch hier rechtlich versprochen, anders als in Großbritannien aber lange Zeit nicht durch das Stimmverfahren garantiert. Anders als ihre britischen Pendants mussten deutsche Wähler sich daher selbst um die sorgfältige Geheimhaltung ihrer Entscheidung bemühen, wenn ihnen dies am Herzen lag.⁴⁷

Wie dieses Erbe noch in der Weimarer Republik die persönliche Auseinandersetzung der Parteien mit der Wählerschaft prägte, lässt sich noch von der anderen Seite beobachten. Mancherorts gaben sich Klinkenputzer der Parteien als Vertreter der örtlichen Stadtregierung oder Verwaltung aus. Indem sie einen „amtlichen“ Eindruck hinterließen, spekulierten sie auf eine größere Bereitwilligkeit zur Auskunft und darauf, ihre Partei als einen integralen Teil der örtlichen Gesellschaft und deren „offizieller“ Vertretung erscheinen zu lassen. Nähe zum Staat versprach immer noch, das glaubten offenbar einige politische Strategen, Eindruck zu machen; darum versuchten sie, an die amtliche Wahlbeeinflussung anzuschließen, die im Kaiserreich weit verbreitet gewesen war.⁴⁸

Im Vergleich zum britischen *canvass*, das zeigen die Befunde bis hier, waren Hausbesuche in Deutschland ungleichmäßiger verbreitet. Wichtiger noch als ihre Verbreitung sind aber die Unterschiede in der Durchführung der Praktiken. Die Auswahl der besuchten Häuser entsprach in Deutschland Vorannahmen, die in den Plänen der Wahlkämpfer angelegt waren und welche die Praxis wie selbstverständlich bestimmten. Noch bevor deutsche Klinkenputzer an eine einzige Tür klopfen, kalkulierte sie, wer bereits zu den Unterstützern der Partei zählte oder dazu werden konnte. Ob sie dabei persönliche Bekanntschaft oder andere Quellen wie die Mitgliedsverzeichnisse ähnlich gesinnter Vereine zur Grundlage nahmen – in

⁴⁷ Anderson, *Democracy* (2000), bes. Kap. 3.

⁴⁸ Münsterland, WL, 11. 11. 1924; vgl. Städtisches, WM, 30. 3. 1924, 29. 4. 1924; Das Zentrum auf dem Gimpelfang, PP, 4. 1. 1919.

der Vorauswahl spielten Erwartungen darüber eine wichtige Rolle, welche gesellschaftlichen Schichten jeweils für die eigene Sache mobilisiert werden konnten.

Diese Norm zeigt sich auch in einzelnen greifbaren Episoden an der Haustür. So war die Aufregung unter Sozialdemokraten im Januar 1919 groß, als das Zentrum in der Vorderpfalz Stimmenwerberinnen von Haus zu Haus schickten. Als Teil der Bemühungen, die Partei für eine Wählerschaft jenseits der konfessionellen Grenze zu öffnen, erkundigten diese sich den Berichten zufolge nicht nur gezielt nach katholischen Wählern im Haushalt; einige sprachen auch protestantische und unreligiöse Wähler an. Die so Umworbenen argumentierten wie selbstverständlich, dass sie nicht katholisch seien und darum doch überhaupt nicht in Frage kämen. Zum Teil wichen die Wahlkämpferinnen aus: Irgendjemand in der Familie müsse Katholik sein, sonst stünde die Adresse nicht in ihrer Liste, meinte eine von ihnen. In der Tat gab in diesem Fall der angesprochene Wähler zu, dass seine Frau katholisch war. Eine andere Aktivistin probierte es mit dem Argument, dass auch Nichtkatholiken für das Zentrum stimmen könnten – mit ungewissem Erfolg. Von der anderen Seite wurden solche Erklärungen jedenfalls als „Ausreden“ und die ganze Aktion in der typischen Ausdrucksweise der Zeit als „Gimpelfang“ bezeichnet: Das Zentrum versuche bei Einfältigen nach Stimmen zu fischen, die sich von solch absurden Behauptungen überzeugen ließen.⁴⁹ Üblicherweise konnte man mit Hausbesuchen, das deutet die Aufregung um die Aktion des Zentrums an, höchstens von den Seiten rechnen, zu denen man auf Grund der konfessionellen und Schichtzugehörigkeit plausibel gezählt werden konnte. Die Überzeugung, dass für bestimmte Parteien auch nur bestimmte gesellschaftliche Schichten zugänglich waren, saß so auch bei vielen Wählern selbst tief.

Das war in Großbritannien anders. Hier arbeiteten die Wahlkampfplaner mit einer wesentlich kleineren Menge an Vorannahmen über die Wählerschaft. Mit Hilfe der Aktivisten versuchten sie, sich individuell und unterschiedslos *allen* Wählern zu nähern, unabhängig von deren sozialem Hintergrund. Der *canvass* war damit wesentlich ergebnisoffener als die Hausbesuche in Deutschland, wo die Parteien sich im Grunde bereits in

⁴⁹ Ebd.; Aus Stadt und Land, PP, 3. 1. 1919, 8. 1. 1919 („Ausrede“).

ihrem Blick auf die Wählerschaft auf eine Teilgröße von ihr beschränkten. So ähnelte die Produktion von Wissen über die unbekannte Wählerschaft in Deutschland einer Suche nach Bestätigung für das, was man ohnehin zu wissen meinte. Vor 1914 hatte diese Suche in Deutschland als Teil eines Systems von Beobachtung und sozialer Kontrolle gewirkt, dass sich auf die (Halb-)Öffentlichkeit des Stimmverhaltens stützen konnte. Doch nach 1918, unter dem besser geschützten Stimmrecht in der Massendemokratie, galten andere Bedingungen – wie fügte die Wählereinschätzung in Deutschland sich in diese neue Situation ein?

Einen Testfall hierfür bietet die Frage nach der Vorhersagbarkeit, denn diese war seit der Vorkriegszeit zu einem größeren Problem geworden. In der Massendemokratie war die Politik deutlich unberechenbarer geworden, als die Strategen das aus dem 19. Jahrhundert gewohnt waren. Inwiefern half nach 1918 das Wissen über die Wähler, das Parteien in Deutschland und Großbritannien in Befragungen gewannen, darüber hinweg? Eine Antwort auf diese Frage hilft zu einer Einschätzung, wie Planer und Politiker in der Zwischenkriegszeit die Rahmenbedingungen einschätzten, unter denen sie am öffentlichen Streit teilnahmen.

Vorhersagbarkeit

Auch in Großbritannien hatte die Berechenbarkeit des Wahlverhaltens vor 1914 deutlich höher gelegen als zwischen den Weltkriegen. Bis 1872 konnten Wahlkampfplaner die Ergebnisse von Wählerbefragungen mit den Aufzeichnungen über die Stimmabgabe für jeden Einzelnen abgleichen. Das Ergebnis war eine extrem hohe Erwartungssicherheit: Zwar wählte trotz der Kontrollmöglichkeiten nicht jeder einzelne Befragte so, wie er es zuvor zugesagt hatte. Insgesamt aber lag die Zahl der tatsächlich erzielten Stimmen zuverlässig bei 80 Prozent oder mehr der Versprechen, die zuvor beim *canvass* gesammelt worden waren.⁵⁰

Nach der Einführung des Stimmgeheimnisses war es für Zeitgenossen – wie auch für Historiker nach ihnen – nicht mehr möglich, genaue Aussagen über individuelle Befragung und tatsächliches Wahlverhalten

⁵⁰ O’Gorman, *Voters* (1989), 102–104; Mitchell, *Organization of Opinion* (2008), 70–78, 95–108, 110 f., 129–134.

zu treffen. Zumindest blieb aber das reine Zahlenergebnis einer Befragung von Haus zu Haus, das vor dem Wahltag einen Hinweis auf den voraussichtlich zu erwartenden Ausgang geben konnte. Glaubt man den Zeitgenossen, die aus den 1920er und 1930er Jahren zurückblickten, war auch dies ein äußerst zuverlässiger Vorbote. „Wahlen spielen sich weitaus mehr im Dunklen ab als vor dem Krieg“, meinte Stanley Baldwin 1930. Denn damals habe man in einem gut organisierten Wahlkreise das Ergebnis „sehr oft mit einer Genauigkeit von zwei Prozent oder weniger“ vorhersagen können – heute bezweifle er dagegen „in neun von zehn Fällen“, dass irgendjemand ein Wahlergebnis oder eine Mehrheit vorhersagen könne.⁵¹

Vereinzelt waren die Vorhersageleistungen der Planer vor 1914 in der Tat beeindruckend, wenn man nicht an Zufall glauben möchte: So irrten sich die Konservativen in Abingdon um gerade einmal 16 Stimmen, als sie ihr Ergebnis im Dezember 1910 vor dem Wahltag kalkultierten – ohne nach der vorherigen Wahl im Januar des Jahres überhaupt einen weiteren *canvass* durchgeführt zu haben. Dagegen machte Baldwin nach 1918 in der Parteizentrale die Erfahrung, dass die Propheten regelmäßig daneben lagen. Hochrangige Parteistrategen erwarteten wie die Spekulanten, die an der Börse Wetten auf den Wahlausgang abschlossen, sowohl 1923 als auch 1929 konservative Siege, zu denen es dann nicht kam. Beunruhigt über ihr Unvermögen, diese Resultate vorherzusehen, sahen sie in den 1930er Jahren mit Skepsis Richtung Wahltag. Nun gab es niemanden, der die großen Mehrheiten für das National Government erwartete.⁵²

In den Wahlkreisen waren allerdings nicht alle so pessimistisch wie Baldwin. Grundsätzlich gab es auch keinen Anlass, am Funktionieren eines *canvass* zu zweifeln. Es galt immer, Unwägbarkeiten in Rechnung zu stellen, weil nicht jeder Hausbesucher so gewissenhaft arbeitete, wie die Wahlkampfstrategen es gerne hätten – anders wäre kaum zu erklären, wieso Aktivisten ständig ermahnt werden mussten, sich genau an den

51 Ansprache vor dem 1912 Club, 20. 5. 1930, zit. nach Jarvis, *Shaping* (1997), 131 („you could tell very often, within two percent, what the result [...] was going to be“, „now in nine times out of ten I defy anybody to say what the result of an election or the majority at an election is going to be“).

52 Ramsden, Balfour and Baldwin (1978), 53 f., 181; Beers, *Polling* (2011); dies., *Punting* (2010).

geplanten Ablauf zu halten. So gab es vereinzelte Unterstützer, die ihrer Partei den zweifelhaften Dienst leisteten, die Karteikarten für das gesamte Dorf am heimischen Herd auszufüllen, weil sie zu wissen meinten, wie die Nachbarn stimmen würden.⁵³ Doch selbst bei derartig ungenauer Arbeit lässt sich fragen, inwiefern sie bei dem großen Umfang und der hohen Standardisierung der Befragungspraxis für die Vorhersage von Sieg oder Niederlage ins Gewicht fiel. Schließlich kann man annehmen, dass viele daraus entstandene Fehler zufällig verteilt waren und so für die reine Ergebnisprognose unerheblich blieben.

Jedenfalls war die Erhebung der Daten so formalisiert, dass Experten standardisierte Verfahren für ihre Behandlung für möglich hielten. Der konservative Agent in Oxford sprach zum Beispiel gegenüber seinen Kollegen Mitte der 1920er Jahre von den „üblichen“ 20 Prozent, die man von der Zahl der Zusagen abziehen müsse, um ein recht genaues Bild vom Abschneiden der eigenen Partei am Wahltag zu erhalten. Die Wortwahl legt nahe, dass hiermit eine Größe bezeichnet war, die Agenten gewohnheitsmäßig anlegten, um zu belastbaren Aussagen zu kommen. Tatsächlich kalkulierte mindestens einer seiner Kollegen mit derselben Zahl, wenngleich seine Berechnung eine andere war: Im Wahlkreis Fylde in Lancashire, wo die Konservativen 1929 etwa vier Fünftel der Wahlberechtigten befragten, zog der Agent die Fehlermarge von 20 Prozent nicht von den eigenen Zusagen ab, sondern er rechnete sie zu den erklärten Gegnern sowie den Unentschiedenen hinzu, um das eigene und das Abschneiden des Konkurrenten abzuschätzen. Agenten mochten ihr jeweils eigenes Rezept gefunden haben, das nach ihrer Erfahrung die besten Resultate produzierte; und abhängig von der Vollständigkeit des *canvass* konnten andere Kalkulationen nötig werden.

Wie nah lagen nun aber solche Berechnungen an den tatsächlichen Ergebnissen? In Fylde überschätzte der Wahlagent die tatsächliche Stärke des Gegners drastisch, um mehr als ein Drittel. Das Ergebnis seines Kandidaten sagte er dafür recht präzise voraus: Die 31 148 Versprechen des *canvass* lagen nicht einmal fünf Prozent über dem tatsächlichen Wahlergebnis von 29 894, das eine äußerst komfortable Mehrheit brachte. Weiter

⁵³ Einen solchen Fall berichtet Fred Bottomley, *Canvassers' School of Instruction*, CAJ, Juni 1928, 165–168.

entfernt, aber immer noch innerhalb der Marge seiner eigenen Faustformel von 20 Prozent, lag auch das Ergebnis des Agenten in Oxford, wo 12 400 Zusagen 10 079 Stimmen gegenüber standen. Andere konnten auf ähnliche Zahlen verweisen: Ein Kollege der Labour Party in Tottenham kam 1929 mit ungefähr je doppelt so vielen „Versprechen“ und Stimmen auf ein ähnliches Verhältnis. Nicht ganz ging die Rechnung im März 1922 in Cambridge auf: Für eine Nachwahl befragten die Aktivisten hier alle bis auf 651 der 27 914 registrierten Wähler, und 15 153 davon gaben an, sich für den konservativen Kandidaten entschieden zu haben. Letztendlich erhielt dieser jedoch nur 10 897 Stimmen, was immerhin weitere acht Prozentpunkte über der „üblichen“ Fehlermarge von 20 Prozent lag. Selbst das spielte allerdings keine bedeutende Rolle: Die Zahlen sprachen hier immer noch so eindeutig für die Tories, dass die konservativen Wahlkämpfer sich ihrer Sache schon vor der Stimmabgabe sicher sein konnten.⁵⁴

Die Funktionsweise des britischen Wahlrechts spielte so eine wichtige Rolle für die Nützlichkeit des *canvass* als Prognoseinstrument. Die tatsächlich erzielten Stimmen mochten deutlich von den Resultaten der Häuserbefragung entfernt liegen. Da im Wahlergebnis aber die genaue Stimmenzahl unwichtig war, solange man nur eine relative Mehrheit erzielte, ließ sich von vornherein zumindest abschätzen, ob man wohl mit einem Sieg, einer Niederlage, oder einem knappen und unsicheren Ausgang rechnen könne. Noch 1932 empfahl ein Stratege in einem Handbuch für Wahlkampfführung also nicht grundlos, dass ein *canvass* ein „wirklich zuverlässiger Anhaltspunkt“ für die Aussichten der Partei sein könne. Allerdings musste er dafür „gut“ sein, wie die Anleitung hervorhob. Wurde er dagegen „schlampig“ durchgeführt – waren etwa die Hausbesucher schlecht ausgebildet und unfähig –, gab auch der *canvass* nur eine „höchst unzuverlässige Orientierungshilfe“ ab.⁵⁵

Ob es an schlampiger Durchführung gelegen haben mochte – andere Strategen und Politiker kamen zu skeptischeren Urteilen über die Möglich-

54 B. M. Thornton, Oxford City Bye-Election, CAJ, Juli 1924, 165 („customary“); Fylde Division, Canvas [!] Return Record 1929, Lancashire Archives, DDX 1202/1/18; The Rout and the Rally, LO, Dez 1931, 230–236, hier 234 f.; Cambridge Borough Conservatives, Scrapbook, Feb-Nov 1922, CArch, 363/O.1, 53, 65.

55 Cambray, Game of Politics (1932), 181 („really reliable indication“, „slovenly“, „most unreliable guide“).

keiten, von Hausbesuchen auf Wahlergebnisse zu schließen. Dazu gehörte Austen Chamberlain, der auf noch längere Wahlkampf Erfahrung als sein Parteikollege Stanley Baldwin zurückblicken konnte. Bereits Mitte der 1920er Jahre urteilte Chamberlain über die „neue Wählerschaft“, dass sie sehr viel weniger „verlässlich und beständig als die alte“ sei. Im Mai 1929 hatte Chamberlains *canvass* nach Niederlage ausgesehen, nur knapp retteten ihn 43 Stimmen vor diesem Schicksal. Zwei Jahre später sah es besser aus; dennoch gab er gegenüber seinen Schwestern zunächst nur eine verhaltene Prognose über eine Führung von vielleicht 2000 Stimmen ab, falls die Schätzung seines Agenten – 4000 – und das Ergebnis des *canvass* – 6000 – sich doch nicht bewahrheiten sollten. Die tatsächliche Mehrheit lag weit jenseits davon: Bei knapp 33 000 abgegebenen Stimmen zog Chamberlain mit einem Vorsprung von annähernd 12 000 ins Unterhaus ein. In der Tat schienen die Ergebnisse der Befragungen „weit weniger zuverlässig als einst“ zu sein, wie Chamberlain an seine Schwestern schrieb.⁵⁶

Schmerzhafter zu spüren bekamen das die politischen Gegner. Überall im Land wurde die Arbeiterpartei 1931 vernichtend geschlagen. Nach der Niederlage war die Ratlosigkeit groß, so überraschend war sie für viele gekommen. Allerdings hatte es während der Kampagne durchaus Anzeichen dafür gegeben, dass diesmal alles anders als bei der letzten Wahl laufen würde. Aus den verschiedensten Orten berichteten Agenten über große Teile der Wählerschaft, das „Great Silent Electorate“, das nur schwierig zu erreichen gewesen wäre. Zahllose Wähler hätten bei den Hausbesuchen geäußert, dass sie nicht wüssten, was sie tun und wie sie sich entscheiden sollten. Eine solche Masse an „Unschlüssigen“ habe er in den Übersichten über die Hausbesuche noch nie gesehen, bemerkte aus Wolverhampton der Vorsitzende der nationalen Organisation der Labour-Agenten, der seit 25 Jahren im Geschäft war. Sein Kollege W. J. Irving aus Tottenham-Nord lieferte Zahlen: Hatte sein *canvass* 1929 bei einer Wählerschaft von über 52 000 nur 3167 Unentschiedene gezeigt, waren es dieses Mal fast doppelt so viele. Hinzu kam nun außerdem eine Anzahl von etwa 4000 weiteren, die „jede Auskunft verweigerten“. Selbst eine Intensivierung der Kampa-

⁵⁶ Briefe an Ida, 30. 10. 1924 („This new electorate is much less dependable & consistent than the old one was.“) und an seine Schwestern, 1. 11. 1931 („far less trustworthy than of old“), Self (Hrsg.), Austen Chamberlain Diary Letters (1995) 259, 391 f.; vgl. schon A Back Number, Notes on Electioneering, CAJ, Sep 1920, 15–17.

gne auf Unentschiedene und Wähler mit unbekannten Präferenzen in den letzten zwei Tagen der Kampagne hätte nicht einmal 500 weitere Zusagen ergeben. Andere Parteien machten um diese Zeit ähnliche Erfahrungen: Auch beim *canvass* der Konservativen in Fylde erklärte sich schon 1929 fast ein Fünftel der Befragten als unentschieden.⁵⁷

Politischen Strategen und Aktivisten wurde damit deutlich vor Augen geführt, wie stark die Unsicherheit im politischen Prozess zunahm. Die Zuverlässigkeit von Wählerbefragungen als Instrument für Prognosen nahm offensichtlich ab – das förderte gerade die Systematik der Befragungen zu Tage. Das war ein Ergebnis, das weitreichende Schlüsse zuließ: Mit jeder Vorhersage, die sich nicht einstellte, und mit jedem Ansteigen der Zahl der Unentschlossenen in den Befragungen von Haus zu Haus wurde deutlich, dass politische Loyalitäten im Fluss waren. Das war auch die Lehre, die Frank Gray aus den Erfahrungen seiner Hausbesuche in Oxford und anderswo zog. Gray war überzeugt: Abgesehen von einer begrenzten Zahl an Wahlkreisen – vielleicht in der Größenordnung von jedem fünften – könne in „diesen Zeiten der sich rasch wandelnden politischen Überzeugungen“ grundsätzlich jeder Kandidat an jedem Ort gewinnen. Und wie Gray zeigten sich andere Experten sicher: Während vor dem Krieg die Mehrzahl der Wähler zu den fest eingeschworenen Parteigängern gezählt werden konnte, war nun selbst an Orten mit starker Parteiorganisation nur noch bei wenigen Verlass auf ihre politische Treue.⁵⁸

Die Ergebnisse des *canvass* führten Strategen und Politiker in Großbritannien so zu grundsätzlichen Einschätzungen darüber, unter welchen Bedingungen Politik in der Zwischenkriegszeit gemacht werden musste. Die Einordnung und Selbsteinordnung als „unentschieden“, die in den britischen Umfragen möglich war, bot so etwas wie eine Brücke hin zur Entdeckung einer Wählerschaft, die sich nicht in die gängigen parteipolitischen Muster fügte. Diese Figur war nicht nur in den Parteizentralen, sondern auch einer breiteren Öffentlichkeit schon vor 1914 unter der Be-

57 The Morning After, LO, Nov 1931, 202–205, hier 203; The Rout and the Rally, LO, Dez 1931, 230–236, Zitate 234 f. („4000 more refused to declare themselves“); Fylde Division, Canvas [!] Return Record 1929, Lancashire Archives, DDX 1202/1/18. Vgl. schon Houston/Valdar, *Modern Electioneering* (1922), 126 f.

58 Gray, *Confessions* (1925), 18–20, Zitat 20 („these times of the shifting sands of political thought“); Cambray, *Game of Politics* (1932), 8.

zeichnung des „schweigenden Wählers“ („*silent voter*“) bekannt:⁵⁹ Politische Überzeugungen stelle dieser nicht offen zur Schau, falls er überhaupt welche pflege. In der Zwischenkriegszeit wurde die Wählerschaft mehr und mehr in dieser Rolle gesehen. Kontrastiert wurde sie mit dem offenen Bekenntnis zu festen Loyalitäten, das im 19. Jahrhundert geherrscht hätte: Vor dem Krieg galten Wähler wie auf ein religiöses Glaubensbekenntnis auch auf eine politische Überzeugung von klein auf festgelegt, und Konvertiten schien es nur wenige zu geben. Gerne wurden zur Erinnerung daran Gilbert und Sullivan zitiert: Wie kommt es, dass jeder Junge und jedes Mädel, die in diese Welt geboren werden, entweder ein kleiner Liberaler oder ein kleiner Konservativer ist? – so hatten sie 1882 in *Iolanthe* dichten können.

Der „schweigende Wähler“ von heute dagegen, so ein Beobachter 1921, halte es anscheinend für „unter seiner Würde“, sich eine fixe politische Meinung zuzulegen. Beschrieben wurde er aus zwei unterschiedlichen Perspektiven. Verächtlich klagten vor allem Anfang der 1920er Jahre politische Strategen über seine Einstellung, die sie für wankelmütig, rückgratlos und abhängig von flatterhaften Eingebungen hielten, weil sie eine politisch gebildete Meinung mit parteipolitischer Festlegung gleichsetzten. Dem stand als positive Variante das Ideal des freien und vorurteilslosen Wählers entgegen, der, von staatsbürgerlicher Verantwortung getrieben und unabhängig von reinen Parteiinteressen, vernünftig die verschiedenen Optionen abwog, um über das Wohl der Nation zu entscheiden.⁶⁰ Wie wir später noch sehen werden, gewann diese Rolle auch in der britischen Öffentlichkeit in den 1920er Jahren zunehmende Bedeutung.

In Deutschland war es weit schwieriger, aus den Hausbefragungen derart grundlegende Schlüsse zu ziehen. Das fing schon damit an, dass lokale Parteigruppierungen kaum eine Möglichkeit hatten, schon vor der Stimmabgabe etwas über ihr Abschneiden am Wahltag vorhersagen zu können. Die gesammelten Unterstützerlisten – aus einzelnen Befragungen an der Haustür, informellen Angaben von Parteimitgliedern zu möglichen Sympathisanten oder von den Mitglieder- und Bezugslisten nahestehender

59 Zwei zufällige Beispiele: *The Silent Voter*, *Manchester Courier*, 16. 8. 1909; „*The Silent Voter*“, *Nottingham Evening Post*, 24. 12. 1909.

60 MacDonagh, *Pageant of Parliament* (1921), 19–21, Zitate 21 („have disdained to adopt fixed and settled political opinions“); vgl. Roberts u. a., *Some Memorials* (1971), 118 f.

Vereine und Zeitungen gewonnen – mochten zwar für die Mobilisierung am Wahltag nützlich sein. Eine überprüfbare Prognose über die voraussichtlich zu erzielenden Stimmen ließ sich aus solchen Unterstützerlisten aber kaum ableiten. Das zeigt sich auch im Fall der deutschnationalen Hausbesuche in Charlottenburg.⁶¹ Anders als in Großbritannien ließ sich aus dem Material, das die DNVP hier sammelte, kaum eine überprüfbare Prognose über die voraussichtlich zu erzielenden Stimmen ableiten. Es gibt auch keine Hinweise dafür, dass die Interna dafür verwendet worden wären. Bezeichnenderweise wurde die Informationssammlung zur Wählerschaft in den Charlottenburger Stimmbezirken erst nach der Wahl in zählbare Mengenangaben übersetzt, in Reaktion auf die parteiinterne Anfrage über den Umfang des Schleppdienstes. Auch anderswo und bei anderen Parteien in Deutschland scheinen nachprüfbare Vorhersagen nicht üblich gewesen zu sein: Präzise Aussagen, wie die der britischen Wahlkampfplaner über erwartete und tatsächlich erhaltene Stimmzahlen, sind hier jedenfalls nicht greifbar.

Für die Abschätzung der Erfolgsaussichten blieben damit vor der Wahl intuitive Schätzungen auf Grundlage von Bewertungen der „allgemeinen Stimmung“ und der subjektiven Erfahrungen in dem sozialen Umfeld, in dem die Parteiaktivisten ihre Erkundungen einholten. Berichte über den Besuch von Wahlversammlungen, Eindrücke über die Debatten in der Presse und das, was man als Politiker auf Wahlkampfreise in den Straßen aufschnappte, konnten auf höherer Ebene Hinweise über die groben Trends geben. Und diese mussten nicht unzuverlässig sein. Dass etwa die DNVP großen Verlusten entgegenseh, konnten Beobachter auch auf Grund solcher Eindrücke 1928 absehen.⁶² Über grundsätzliche Änderungen in der politischen Landschaft, wie den Einstellungswandel der Wählerschaft, den Strategen in Großbritannien wahrnahmen, boten solche Einschätzungen allerdings nur wenige Aussagen.

Aufschlussreicher dafür sind die Analysen, die in den Parteizentralen nach dem Wahltag angestellt wurden, um die Ergebnisse zu erklären.

61 Handakten Otto Kleindienst, DNVP-Bezirksverein Schlossviertel, GStA PK, I. HA Rep. 94, 620/2.

62 Etwa: Ministerpräsident a.D. Tantzen, Erlebnisse in Schleswig-Holstein, Berliner Tageblatt, 15. 5. 1928; Wahlbild aus Hessen-Nassau, Hannoverscher Kurier, 17. 5. 1928, in BArch, R 8034 II/5105, 106 f.

Wenn diese auch nicht in einen so direkten Bezug zu vorherigen Prognosen gestellt werden konnten wie in Großbritannien, so wurden sie in Deutschland doch nicht weniger ausführlich diskutiert. Und in diesen Auswertungen zeigte sich ebenso, welche Erwartungen über die Loyalitäten der Wählerschaft und ihre Veränderungen hier verbreitet waren. Darum nehmen wir an dieser Stelle noch einen kleinen Umweg und werfen einen Blick auf die deutschen Ergebnisanalysen, bevor wir zu einer abschließenden Einschätzung über die Konsequenzen der unterschiedlichen Wählerbeobachtung für die Vorhersagbarkeit und damit die Bedingungen des Wahlkampfes in Deutschland und Großbritannien zwischen den Weltkriegen gelangen.

Ergebnisanalysen

Ein erneuter Blick in die Unterlagen der DNVP im Charlottenburger Schlossviertel ist auch für die Untersuchung von Ergebnisanalysen in Deutschland hilfreich. Sie demonstrieren nämlich anschaulich, wie losgelöst diese von der vorherigen Sammlung von Wissen über die Wählerschaft waren. Die Auswertungen der Wahlen, die sich in der Überlieferung finden, waren dabei typisch für die Art von Analyse, die auch andere deutsche Parteien durchführten. Weil sie aber daneben auch die Unterstützerlisten für den Schleppdienst enthalten, könnten sie kaum deutlicher zeigen: Anders als in Großbritannien bezogen die Ergebnisanalysen sich hier in keiner Weise auf die eigenen Informationen, die vor der Stimmabgabe über die Wählerschaft gesammelt wurden. Es war in Deutschland ausschließlich öffentliches Wissen vom Ausgang der Wahl, das in den Auswertungen verarbeitet wurde.⁶³

In Charlottenburg führten die Nationalisten die Zahlen der Stimmberechtigten sowie die der abgegebenen Stimmen, außerdem die Ergebnisse für die einzelnen Parteien in verschiedenen Listen auf, die nach Stimmbezirken untergliedert waren. Zur Erfassung von Veränderungen wurden auch Vergleichszahlen von vorherigen Wahlen daneben aufgeführt, aus denen durch einfaches Abziehen Gewinne und Verluste berechnet wur-

⁶³ Die Aufstellungen finden sich ebenfalls in der Loseblattsammlung Handakten Otto Kleindienst, GStA PK, I. HA Rep. 94, 620/2.

den. Dabei verglichen die Deutschnationalen Kommunal-, Landes- und Reichstagswahlen: Wie praktisch alle politischen Strategen der Weimarer Zeit gingen sie davon aus, dass Wähler ihren Parteien auf allen Ebenen treu blieben, auch wenn es jeweils um andere inhaltliche Fragen ging und das Personal nicht dasselbe war. Dass Wähler zwischen den Auseinandersetzungen auf den verschiedenen Ebenen durchaus differenzierten, darauf hätte die Wahlbeteiligung hinweisen können, denn die unterschied sich deutlich. Eine „Zahlenmäßige Betrachtung“ der Reichstagswahl und der Berliner Stadtverordnetenwahl, die im Abstand von zwei Wochen im Juni 1920 stattfanden, bemerkte diesen Unterschied auch. Sie erklärte ihn aber denkbar einfach, indem sie jeweils die absoluten Wählerstimmen einer Partei bei den Kommunalwahlen kurzerhand vom Ergebnis der Reichstagswahlen zuvor abzog und daraus schloss, dass die Differenz bei dieser „gleichgiltig“ beiseite gestanden habe: Am 6. Juni hatte die DNVP 3032 Stimmen erzielt, am 20. Juni waren es nur 2309. Also mussten, so meinte die Analyse genau feststellen zu können, „723 Deutschnationale“ sich bei der zweiten Wahl ihrer Stimme enthalten haben.⁶⁴

Typisch war auch, dass in den Wahlanalysen die Wähler verschiedener Parteien zu Blöcken von Gleichgesinnten zusammengefasst wurden. Diese Art von Auswertung erfreute sich nicht nur in den Parteizentralen großer Beliebtheit. Selbst amtliche Statistiken konnte man dabei erwischen, wie sie die Ergebnisse verschiedener Parteien zwecks Gegenüberstellung zu größeren ideologischen Lagern aufsummierten – üblicherweise standen sich dabei „bürgerliche“ und „sozialistische Stimmen“ gegenüber.⁶⁵ In den Charlottenburger Analysen war das Bild etwas komplizierter, aber nicht grundsätzlich anders. Hier bildeten in einem Vergleich der Reichstagswahl im Juni 1920 und der darauffolgenden Wahl zum Preußischen Landtag DNVP und DVP die Rechtsparteien, Wirtschaftspartei, Zentrum und Demokraten galten als Mittelparteien, Sozialdemokraten, USPD und Kommunisten stellten die Linksparteien.

Verschiedene Rechnungen addierten die absoluten und prozentualen Gewinne und Verluste innerhalb dieser Gruppen, die dann in Blöcken

⁶⁴ Zahlenmäßige Betrachtung der beiden letzten Wahlen im „Schloßviertel“, o. D., ebd.

⁶⁵ So etwa: Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.), Wahlen im Bremischen Staatsgebiet (1925), 39 (Begriffe); auch: Archiv der Deutschen Volkspartei, Aug 1924 (Nr. 3), 103; Feb 1925 (Nr. 1), 20 f.

miteinander verglichen werden konnten: Für die Reichstagswahlen ergab das eine „schwache rote Mehrheit“, die sich bis zu den Landtagswahlen verschob. Nun standen 8034 sozialistische 11 010 bürgerlichen Stimmen gegenüber, wenn man Mittel- und Rechtsparteien zusammenzählte – und unter der Bedingung, dass man die „Herren Demokraten“ überhaupt noch als bürgerlich bezeichnen könne. Selbst wenn man aber deren „rosa Couleur“ bedächte, zu dem Ergebnis kam die Analyse, stünden noch knapp mehr Bürgerliche den „Rosaroten“ gegenüber. Stimmenverluste und -zuwächse konnten plausibel als Wählerwanderungen innerhalb dieser Blöcke erklärt werden. So hieß es zur Berliner Stadtverordnetenwahl genauer, dass der Stimmenverlust der DNVP nicht nur auf „ausgesprochener Wahlfaulheit“ beruhe, sondern auch Stimmen „an die Volkspartei abgegeben“ worden seien. Auch bei den Demokraten sei ein „starkes Abwandern nach der Volkspartei“ unverkennbar gewesen, während Zentrum und SPD „alle Mann zur Urne gebracht“ hätten.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums wurde nicht anders gerechnet. Die Leipziger SPD druckte 1929 eine ausführliche Auswertung der sächsischen Landtagswahl im Vergleich mit der Reichstagswahl ein Jahr zuvor. Hier waren die Stimmanteile der Parteien in Blöcken als „Gesamtarbeiterschaft“ oder „proletarische Parteien“ dem „Bürgertum“ und der Gruppe der Nichtwähler gegenübergestellt. Detailliert aufgeschlüsselt waren nur die Arbeiterparteien in die Anteile der SPD und aller Gruppierungen links von ihr, außerdem war die NSDAP als ein Teil des „Bürgertums“ gesondert aufgeführt. Das Ergebnis war für die Sozialdemokraten nicht allzu erfreulich: Zwar besaß die Linke in Leipzig eine Mehrheit, gegenüber der letzten Wahl hatte sie aber 4,11 Prozent eingebüßt, während die Bürgerlichen 1,59 Prozent hatten zugewinnen können.

Die „naheliegende Annahme“, dass bei dieser Wahl „proletarisch eingestellte Wähler“ für bürgerliche Parteien gestimmt hätten, verwarfen die Analysten aber. Als Beleg dafür verwiesen sie auf einzelne Arbeiterviertel in der Stadt, in denen dem „Verlust proletarischer Wähler“ kein „nennenswerter Gewinn des Bürgertums“ gegenüber stünde, dafür aber ein Ansteigen der Nichtwähler. Das Fazit schien offensichtlich: Von der Linken waren Wähler daheim geblieben, der Zuwachs des Bürgertums sei dagegen aus „Reserven“ erfolgt, also von vormaligen Nichtwählern. Auch die Nichtwählerschaft wurde damit im Grunde in „proletarische“

und „bürgerliche“ Nichtwähler geteilt – Wechselwähler zwischen den Lagern waren offensichtlich nicht vorstellbar. Die Lehre aus der Wahl war dementsprechend, das nächste Mal die Agitation verstärkt auf die „zum proletarischen Lager gehörenden *Nichtwähler* zu richten“.⁶⁶

Die Ergebnisse einzelner Stadtteile auf deren gesellschaftliche Zusammensetzung zu beziehen, war typisch für die Analysen der Zeit und ist noch heute eine gern verwendete Methode in historischen Untersuchungen.⁶⁷ Für die grobe Einordnung waren derartige Deutungen durchaus plausibel. Genauere Betrachtungen hätten aber auch Zweifel wecken können. In Leipzig traf das Erklärungsmuster eines Verlustes auf der Linken gegenüber kaum einer Veränderung bei den Bürgerlichen nämlich nur auf ein paar der zwanzig untersuchten Stadtteile zu. Zum Teil waren dagegen auch andere Entwicklungen zu beobachten: In Thonberg etwa hatte das „Bürgertum“ fast die Hälfte dessen gewonnen, was für die „proletarischen Parteien“ weggefallen war. Nach der einfachen Kalkulation der sozialdemokratischen Analysten schloss dies zumindest einen Wechsel proletarischer Wähler zu den bürgerlichen Parteien nicht einfach aus. Es scheint, als wären solche Anhaltspunkte in der Auswertung jedoch selektiv ausgeblendet worden. Beobachter konzentrierten sich stattdessen auf die Zahlen, die ihre naheliegenden Vermutungen zu bestätigen schienen – und solche gab es immer zur Genüge.

Ohnehin war die Art und Weise, nach der die Leipziger Sozialdemokraten mit Zahlen jonglierten, eher fragwürdig. Ihre Rechnung jedenfalls ging nicht auf. In absoluten Zahlen hätten die behaupteten Wählerwanderungen bedeutet, dass sich 1929 von den ehemals linken Wählern ungefähr 16 200 zu den etwa 82 700 Nichtwählern von 1928 gesellt hätten, während sich von diesen 11 400 zusätzlich für die bürgerlichen Parteien hätten mobilisieren lassen. Die daraus zu erwartende Zahl von 87 500 Nichtwählern ließ allerdings eine große Gruppe von 9500 Wählern völlig unerklärt, denn tatsächlich war die Wahlbeteiligung insgesamt noch stärker gesunken: 1929 enthielten sich ungefähr 97 000 Wahlberechtigte ihrer Stimme.⁶⁸

66 SPD Groß-Leipzig, Wahlen, Zitate 3; so auch: Rober Müller, Reichenbach i. Vogtl., Die Nichtwähler, FW, 2 (1930) 28, 26.

67 Für meine Fallstudien: Focke, Wahlen (2010); Grevelhörster, Münster (1993), 43 f.

68 SPD Groß-Leipzig, Wahlen, Zitate 3, Zahlen für meine Berechnungen 5.

Das Problem dahinter war grundlegender, als dass es nur diesen einen Erklärungsversuch betroffen hätte. Wie die Charlottenburger Deutschnationalen und die Leipziger Sozialdemokraten stellten Parteistrategen und andere Experten in Deutschland regelmäßig weitreichende Aussagen über Wählerwanderungen auf, die sie allein aus dem Vergleich von Ergebnisziffern ableiteten.⁶⁹ Diese Ziffern ließen solche Aussagen aber überhaupt nicht zu. Es war und ist unmöglich, nur aus den Aufsummierungen individuellen Stimmverhaltens auf dieses Stimmverhalten zurückzuschließen, weil wegen des Wahlgeheimnisses nicht festgestellt werden kann, wie genau die jeweiligen Summen zustande kommen – in der quantitativen Wahlforschung sind derartige Erklärungsversuche als „ökologischer Fehlschluss“ bekannt. Der Aufwand der statistischen Berechnungen, die eine Grundlage für eine Abschätzung von Wählerbewegungen geboten hätten, lag jedenfalls bedeutend höher. Und selbst mit diesem Aufwand hätte sich die Präzision der zu treffenden Behauptungen in engeren Grenzen gehalten, als die zeitgenössische Zuversicht über die „klare Sprache der Zahlen“ zur Kenntnis nahm.⁷⁰

Den Weimarer Experten war dies nicht geläufig. Es konnte ihnen auch kaum geläufig sein, da ihre statistische Kompetenz noch deutlich unter der der nachfolgenden Generationen von Sozialwissenschaftlern lag. Quantitative Untersuchungen von Wahlergebnissen steckten noch einigermaßen in den Kinderschuhen; jedenfalls hatten sie noch lange nicht den Rang selbstverständlicher Beschreibungen erlangt, der ihnen später im 20. Jahrhundert zukommen sollte. Nicht zufällig verwendeten unterschiedliche Wahlanalysen in der Zwischenkriegszeit noch ganz unterschiedliche statistische Maße, oder sie hielten es für geboten, ihren Lesern erst einige Grundlagen zu vermitteln. Eine interne Denkschrift der Zentrumspartei in Oberschlesien befand es etwa noch 1930 für notwendig, zunächst darauf hinzuweisen, dass absolute Zahlen „kein richtiges Bild“ ergeben

69 Vgl. für ähnliche Analysen Schadt (Hrsg.), *Tätigkeitsberichte* (1977), 80–83, 97–100, 144–148 (1920–1921); Wahlbericht des schlesischen Landessekretariats des Volksvereins für das katholische Deutschland, 22. 2. 1921, ACDP, 06-051/A022; KPD Bezirk Ruhrgebiet, Bericht über die Wahlkampagne im Sep 1930, BArch, RY 1/I 3/18-19/33, 9; Die Vorläufer der Reichstagswahlen, *Münsterische Zeitung*, 26. 3. 1924.

70 So in einer Analyse der KPD: Was die SPD verliert, *Rote Fahne*, 16. 9. 1930; methodisch dazu Falter, *Hitlers Wähler* (1991).

würden, ebenso wenig wie „die Prozentziffern“, solange man sie nicht „mit anderen Faktoren“ vergleiche.⁷¹ Vor diesem Hintergrund war es nicht überraschend, dass deutsche Wahlanalysen zu fragwürdigen Ergebnissen kamen, ohne dass sich ihre Verfasser etwas dabei dachten.

Zugleich trug das dazu bei, die Auswertungen wenig ergebnisoffen zu gestalten. Wahlanalysen übersetzten in Deutschland vor allem gängige Annahmen in die Sprache der genauen Zahlen – und hierbei handelte es sich um dieselben Annahmen, die bereits die Vorauswahl erreichbarer Zielgruppen prägten. Das versah sie mit dem verführerischen Anschein von Objektivität und autoritativer Wahrheit. Die Gedankengänge, die dahinter steckten, waren dabei keineswegs unplausibel: Wo Reichs- und Landtagswahlen zeitgleich stattfanden, deuteten die Ergebnisse stark darauf hin, dass Wähler auf verschiedenen Ebenen in der Tat genau gleich abstimmten, so ähnlich waren sich die Resultate der verschiedenen Auszählungen. Dass zudem ein Großteil der Wähler, wenn überhaupt, zu nahen Parteien wechselte oder der Urne zeitweise fern blieb, war keine abwegige Vermutung, wie auch komplexere Analysen des Materials zeigen.⁷² Doch die nahezu ausschließliche Konzentration auf diese offensichtlichen Deutungen der Ergebnisse versperrte den Blick darauf, dass sich nicht alle in die erwarteten Muster fügten.

Erst um 1930 erschienen in Deutschland einige systematische Ergebnisanalysen, die dazu geeignet waren, diese Zuordnungen in Frage zu stellen. Gleich mehrere Studien näherten sich der Erklärung der Wahlergebnisse nun aus soziologischer Perspektive mit größerer statistischer Kompetenz. Sie machten vor, was die Geschichtswissenschaft noch viele Jahrzehnte später beschäftigen sollte, indem sie fragten, wie das Wahlverhalten der Stimmberechtigten sich zu ihrer sozialen Position verhielt. Methodisch reflektiert unterzogen sie damit die Beobachtungen der politischen Strategen einer Überprüfung, die an den Ergebnissen von Stadtvierteln und Abstimmungsbezirken ihre Vorstellungen von der Aufteilung der Wählerschaft in bestimmte soziale Großgruppen mit relativ festen Loyalitäten stets aufs Neue bestätigt sahen.

⁷¹ Denkschrift über Stand und Entwicklungsmöglichkeiten der Oberschlesischen Zentrumspartei, [1930?], ACDP, 06-051/A001, 1 (Manuskriptzählung).

⁷² Falter/Lindenberger/Schumann, Wahlen (1986), 117, Kap. 2.

Besonders genau war eine solche Begutachtung für die Katholiken möglich. Denn anders als für flexible Kategorisierungen wie „Bürgertum“ und „Arbeiterschaft“ konnte der katholische Bevölkerungsanteil relativ präzise in Zahlen gefasst werden. Diese wiederum ließen eine Berechnung des katholischen Wähleranteils und einen Vergleich mit den Stimmenanteilen zu, die Zentrum und BVP erreichten. Auch diese Analysen mussten allerdings eine Annahme treffen, die aus der Erfahrung plausibel schien, die streng genommen jedoch nicht nachgewiesen werden konnte: Dass Nichtkatholiken in bedeutender Anzahl eine der katholischen Parteien wählten, musste für die Kalkulationen ausgeschlossen werden. Akzeptierte man diese Bedingung, kam die zentrale statistische Untersuchung der Frage, die der junge Zentrumsolitiker Johannes Schauff erstmals 1928 vorlegte, zu einem alarmierenden Ergebnis. Nur etwas weniger als 60 Prozent aller katholischen Wähler hielten demnach „ihrer“ Partei 1924 die Treue, bei enormen regionalen Variationen. Während zum Beispiel im Dezember 1924 in Oldenburg nach den Berechnungen 93,4 Prozent aller Katholiken für das Zentrum gestimmt hatten, waren es in Stralsund nur 12,1 Prozent gewesen.

Vor allem war das Loyalitätsproblem in Gegenden mit hohem katholischen Bevölkerungsanteil offensichtlich. Eine interne Denkschrift über „Stand und Entwicklungsmöglichkeiten“ des Zentrums in Oberschlesien etwa bestätigte die Schauffsche Analyse für die Provinz, in der das Problem besonders peinlich erschien, weil die Bevölkerung zu 90 Prozent katholisch war. Als ein „voller Zentrums-erfolg“ galt eine Wahl hier nur dann, wenn mindestens 50 Prozent aller gültigen Stimmen im Wahlkreis auf das Zentrum fielen. Doch davon war die Partei weit entfernt: Im September 1930 stimmten gerade einmal 35 Prozent für sie.⁷³ Besorgnis erregten solche Daten vor allem vor dem Hintergrund der längeren Entwicklung, in die sie eingeordnet wurden: Seit dem Kaiserreich war der Anteil an der katholischen Wählerschaft, der seine politische Heimat auch bei den katholischen Parteien fand, beständig geschrumpft.

Die Kehrseite dieser Entwicklung bot Anlass, die Erwartung fester parteipolitischer Loyalitäten zu überdenken. Denn Schauff zeigte mit seinen

⁷³ Denkschrift über Stand und Entwicklungsmöglichkeiten der Oberschlesischen Zentrums-
partei, [1930?], ACDP, 06-051/A001, hier 1 f. (Manuskriptzählung).

Zahlen auch, dass es keine einfache Regel dafür gab, wie sich die etwas über 40 Prozent der Katholiken entschieden, die Zentrum und BVP ihre Stimme nicht gaben: Von Kommunisten bis zur DNVP verteilten sie sich zwar nicht gleichmäßig, aber in ähnlichen Größenordnungen auf alle anderen Parteien. Hinzu kam, dass es auch hier bedeutende regionale Variationen gab, die sich einer einfachen, allgemeinen Regel der Zuordnung widersetzten.

Allerdings fanden diese und ähnliche Analysen selbst parteiintern zunächst wenig Resonanz – geschweige denn, dass sie hier oder in der weiteren Öffentlichkeit auf einmal ein Überdenken der üblichen Erklärungen von Wählerverhalten ausgelöst hätten. Erst in der Rückschau wurde die wahlsoziologische Untersuchung von Johannes Schauff und anderen von der historischen Wahlforschung als eine wichtige, weil erste belastbare quantitative Analyse entdeckt – zeitgenössisch war die unmittelbare Reaktion bestenfalls ambivalent. Wie wir zum Ende der Arbeit noch ausführlicher sehen werden, war es eher der Eindruck der Septemberwahl von 1930, der in Deutschland einen offensichtlichen Anlass zum Überdenken der Zuordnungen bot.⁷⁴

Für deutsche Strategen blieb so lange alles Partei. Trotz widersprüchlicher Befunde sahen Beobachter in Deutschland in ihren Ergebnisanalysen die Wählerschaft praktisch nur als loyale Unterstützer, über deren Anhängerschaft vor allem ihr sozialer Hintergrund entschied. Wie in den Hausbefragungen waren unentschiedene oder unabhängige Wähler auch hier nicht vorgesehen. Ein Schlaglicht darauf wirft schließlich der weit verbreitete Gedanke, dass prinzipiell alle Wähler einer Partei auch deren Mitglieder sein sollten. Er zeigte sich etwa in der Überraschung von Analysten in den Parteizentralen, die bei der Auswertung von Ergebnissen darüber rätselten, dass sie auch dort Stimmen erhalten hatten, wo es ihnen an einer eigenen Parteiorganisation fehlte. Wenn Wähler ihre Stimme für die Sache abgaben – wieso unterstützten sie diese Sache dann nicht auch als Mitglieder der Partei?

⁷⁴ Schauff, *Wahlverhalten* (1975), Zahlen S. 92, 130; dazu Ziemann, *Katholische Kirche* (2007), 65; vgl. auch Theodor Geiger, *Panik im Mittelstand*; sowie Hans Neisser, *Sozialstatistische Analyse des Wahlergebnisses*, *Die Arbeit*, 7 (1930) 10, 638–659.

Vereinzelt wurde dieser Gedanke in Parteiinterna ausdrücklich angesprochen: So meldete ein Parteisekretär des Zentrums Anfang 1921 an die Zentrale, dass im Regierungsbezirk Kassel mehr als die Hälfte der Wählerschaft zum Reichstag auch als Mitglieder registriert wäre. Das war beeindruckend genug, es reichte dem eifrigen Organisator aber nicht. Unmissverständlich formulierte er das Bestreben, auch „die noch fehlenden Wähler in die Parteiorganisation einzuschliessen“.⁷⁵ Wähler, die einfach nur Wähler waren, die sich vielleicht sogar von Wahl zu Wahl für eine jeweils andere Partei entschieden – das war offensichtlich kaum vorstellbar.

Gab es also „schweigende Wähler“, wie sie in Großbritannien bekannt waren, in Deutschland nicht? Jedenfalls lassen sie sich nicht einfach aufspüren. Allenfalls im Linksliberalismus schienen auch in Deutschland einzelne Strategen ausdrücklich über Wähler zu spekulieren, die als „Laue“ keiner Partei fest zuzuordnen waren, wie Anton Erkelenz das ausdrückte. Jenseits der Pläne, die hier allerdings selbst innerhalb der Partei wenig Widerhall fanden, wurde in der Weimarer Republik dagegen kaum über sie gesprochen.⁷⁶

Spuren haben sie möglicherweise dennoch hinterlassen – zum Beispiel im Charlottenburger Schlossviertel, um noch ein letztes Mal auf die deutschnationalen Hausbesuche zurückzukommen. Die überlieferten Wählerlisten bieten wenigstens Hinweise:⁷⁷ Von den 32 Wahlberechtigten, über die hier Erkundungen eingeholt wurden, gab eine Mehrheit von 20 Befragten zu, mit der DNVP zu sympathisieren. Der hohe Anteil zeigt, dass die Vorüberlegungen über mögliche Unterstützer, die den Hausbesuchen hier wie anderswo vermutlich vorausgingen, wohl nicht ganz daneben lagen – oder dass dies schlicht die einfachste Antwort war, um

⁷⁵ Sekretariat Fulda an Generalsekretär, 24. 2. 1921, ACDP, 06-051/A022; vgl. z. B. Stump, Zentrumspartei Düsseldorf (1971), 115; SPD-Unterbezirk Lüneburg, Geschäftsbericht 1920, 1; KPD-Bezirk 19, Westfalen, Bericht über die stattgefunden Wahlen, 8. 5. 1924, BArch, RY 1/I 3/20-21/10, 97; L. K., „Unterwegs für die sozialistische Presse....“, FW, 2 (1930) 30, 21 f., hier 22. Derart hohe Organisationszahlen waren auch anderswo nicht unbekannt: Morsey, Zentrumspartei (1966), 592.

⁷⁶ Erkelenz, Leitfaden ([1924]), nahm die „Lauen, die Neutralen, die unsicheren Kantonnisten“ (18) als ein großes Reservoir wahr. Sein Parteifreund Werner Stephan hielt sie für eine Minderheit: Stephan, Parteiorganisation ([1928]), 15 f. Dagegen Lau, Wahlkämpfe (2008), 188 f., der die Bedeutung seiner Funde m. E. überschätzt.

⁷⁷ Wiederum: Handakten Otto Kleindienst, DNVP-Bezirksverein Schlossviertel, GStA PK, I. HA Rep. 94, 620/2.

ungewollte Klinkenputzer schnell wieder loszuwerden. Von den übrigen zwölf Wählern, welche die Aktivisten aufsuchten, weigerte sich allerdings eine Mehrheit von sieben, sich zuordnen zu lassen. Es waren also keineswegs wenige, über deren „wirkliche Parteistellung“ den Nationalisten nichts bekannt wurde, und die sich so weigerten, sich in das gängige Kategoriensystem einzuordnen.

Man kann diese Hinweise dahingehend deuten: Auch in Deutschland dürfte es „schweigende Wähler“ im Sinn des britischen Begriffs gegeben haben. Schließlich musste sich auch hier, nicht anders als in Großbritannien, nach dem Krieg eine große Gruppe von Wählern, die zuvor nicht stimmberechtigt gewesen war, erstmals einen Reim auf die Politik machen. Viele davon waren überhaupt erst nach der letzten Vorkriegswahl in ein Alter gekommen, in dem Politik für sie eine Bedeutung erlangte; andere mochte der Weltkrieg ins Grübeln gebracht haben; wieder andere hatten sich vielleicht auch vor 1914 nie richtig einer Partei verschrieben. Doch politische Strategen und Aktivisten behandelten in Deutschland alle Wähler schon im Ansatz ihrer Wissenssammlung über sie als Anhänger der Parteien. Nach den Wahlen spiegelten sie diese Annahme in Ergebnisanalysen, die wie Bestätigungen dafür wirkten, dass alle, sogar die Nichtwähler, im Grunde zu einem parteipolitischen Lager zu rechnen wären. So konnten deutsche Strategen und Aktivisten, gefangen in der eigenen parteilichen Sicht, kaum zur Entdeckung unabhängiger Wähler gelangen. Ihr Schweigen blieb lauter als in Großbritannien.

* * *

Konfrontiert mit der stummen Masse der Wählerschaft nach dem Ersten Weltkrieg, knüpften Strategen in Deutschland wie in Großbritannien an Praktiken der Vorkriegszeit an, um mehr über sie herauszufinden. So trug die Wissensgewinnung noch in den 1920er Jahren deutliche Züge der Bedingungen, unter denen Parlamentswahlen hier wie dort erstmals institutionalisiert worden waren. Die Hausbefragungen des britischen *canvass* waren lange vor dem Zeitalter der Massenpolitik und der organisierten Interessen geboren, während die Erfindung der Schleppsysteme in Deutschland, sehr viel später, mit ihrem Aufkommen zusammenfielen. So ist es nicht verwunderlich, dass Wähler in Großbritannien einzeln als

Individuen angesprochen wurden, während in Deutschland ihre Einordnung in gesellschaftliche Großgruppen eine größere Rolle spielte. Das war auch, was der Labour-Politikerin Ellen Wilkinson ins Auge sprang, als sie im Sommer 1932 in Deutschland den Wahlkampf der Sozialdemokraten unterstützte: „Die Deutschen neigen immer dazu, Menschen mehr als eine Masse zu behandeln als die Engländer“.⁷⁸

Das spiegelte sich in den Kategoriensystemen, die zur Einordnung der Wählerschaft benutzt wurden. Während in Deutschland die angenommenen wirtschaftlichen und ideologischen Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen als Annahmen über die erreichbare Wählerschaft eine große Rolle spielten, war die offene Einteilung von Bürgern in Unterstützer, Gegner und Unentschiedene in Großbritannien noch frei von diesen Merkmalen der modernen Massenpolitik. Andererseits war es aber gerade der britische *canvass*, der in seiner Durchführung moderner erschien als die deutschen Hausbesuche: Während diese vielfach auf persönliche Beziehungen setzten, hatten sich die Praxis in Großbritannien seit ihrer Entstehung zu einem System formalisiert, das in seiner Funktion unabhängiger von den durchführenden Aktivisten war. Hier machte sich die stärkere Professionalisierung des politischen Betriebs in Großbritannien bemerkbar, die wir im letzten Kapitel beobachtet haben: Sie begünstigte einen distanzierten und methodisch kontrollierten Blick auf die Wählerschaft, der deutschen Strategen und Aktivisten wegen ihres eigenen ideologischen Einsatzes abging.

Der britische *canvass* war so systematischer, er traf weniger Vorannahmen, und er war ergebnisoffener als die Hausbesuche in Deutschland. Zudem produzierte er Ergebnisse, die als Vorhersagen an den tatsächlich eintreffenden Ereignissen gemessen werden konnten. Die Wissensproduktion über die Wählerschaft in Deutschland dagegen folgte in hohem Maße einer zirkulären Logik der Selbstbestätigung, welche die Beteiligten selbst kaum als Problem erkannten. Diese fing an bei der Vorauswahl möglicher Unterstützer anhand ihrer gesellschaftlichen Stellung, und sie endete in der Bestätigung dieser Annahmen in den selbstverständlichen Erklärungen der Wahlergebnisse. Diese Sicht konzentrierte sich fast ausschließlich

⁷⁸ Electioneering in Germany, LM, Aug 1932, 178 f. („The Germans always tend to deal with people more in the mass than the English“).

auf die gängigsten Annahmen über die sozialen Bedingungen parteipolitischer Neigungen, andere Teile der komplexeren Realität blendete sie aus. Die Zusammenhänge, auf die sie sich stützte, waren dabei nicht falsch. Aber sie boten eben nur eine Möglichkeit, die Wirklichkeit zu verstehen. Das zeigt der Kontrast mit Großbritannien, wo die Frage der sozialen Zusammensetzung der Parteianhängerschaften sich – bis heute – niemals zu einer solchen Obsession entwickelte wie in Deutschland.⁷⁹

Zeitgenössisch hatten die unterschiedlichen Verfahren der Wählerbeobachtung weitreichende Konsequenzen. So blieben sie nicht ohne Einfluss auf die Vorhersagbarkeit und damit auch die Kontrolle über den politischen Prozess. Der deutsche Modus der Wissensgewinnung war nicht gut geeignet, Veränderungen und Einstellungswandel zu erfassen, da seine Logik zur Konservierung der Vorannahmen tendierte, statt Neues ans Tageslicht zu bringen. In Großbritannien, wo die Wählerbefragungen nach offeneren Kategorien funktionierte, konnte das Aufkommen neuer Einstellungen in der Wählerschaft dagegen leichter erfasst werden – damit kam es zur Entdeckung der „schweigenden Wähler“, die man in Deutschland weitgehend ignorierte, weil sie nicht in die vorgesehenen Muster fielen.

Wenn damit bei britischen Strategen auch zunehmend Skepsis über die Zuverlässigkeit des politischen Prozesses aufkam, war das doch auch ein Ergebnis ihrer Beobachtungen: Immerhin registrierten sie, dass sie sich im Wahlkampf auf einem Terrain bewegten, das zusehends unsicherer wurde, und konnten ihre Appelle darauf ausrichten. In der Weimarer Republik dagegen konnte man solche Entwicklungen kaum sehen. Neuausrichtungen vollzogen sich hier vielfach unterhalb der Wahrnehmungsschwelle der Beobachter in den Parteizentralen, weil deren Sichtweise Unvorhergesehenes ausblendete. Wie wir noch sehen werden, wenn wir am Ende der Untersuchung auf die Entwicklungen um 1930 zu sprechen kommen, war die Septemberwahl in dem Jahr darum so etwas wie ein Weckruf. Nun brachen sich Unzufriedenheit und eine Verschiebung von Loyalitäten Bahn, die den Beobachtern vorher in diesem Ausmaß entgangen waren.

79 So hat der Aufwand, den Jürgen Falter und andere betrieben haben, in der britischen Geschichtsschreibung kein Äquivalent. Freilich musste hier auch keine Schuld für den Aufstieg einer rechtsextremen Partei und deren Diktatur verteilt werden – eine nicht zu unterschätzende Motivation für die Frage danach, wer es denn nun war, der Hitler seine Stimme gab: Falter, *Hitlers Wähler* (1991).

Die unterschiedlichen Herangehensweisen in Deutschland und Großbritannien hatten schließlich Folgen über die Erwartungssicherheit im politischen Prozess hinaus. Denn die Wählerbeobachtung war nicht unschuldig: Die Annahmen, die in der Produktion von Wissen über die Wählerschaft eingebettet lagen, blieben nicht losgelöst von der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die sie beschrieben, sondern wirkten auf diese zurück. Insofern mag es irreführend erscheinen, von einer reinen „Entdeckung“ der „schweigenden Wähler“ zu sprechen.

Denn mit ihrer Entdeckung wurde die Rolle zugleich mitgeschaffen. Das lässt sich unmittelbar an der Haustür beobachten: Die proletarische Wählerin in einem britischen Arbeiterviertel, die unterschiedslos von allen Parteien gefragt wurde, deren Sache zu unterstützen, sich als Gegnerin oder als unentschieden zu bekennen, musste sich selbst anders einordnen als ihr deutsches Gegenüber, die für gewöhnlich – und wenn überhaupt – nur von roten Klinkenputzern mit dem Argument aufgesucht wurde, als Arbeiterin müsse sie für die Sozialdemokratie – oder den Kommunismus – eintreten. Entsprechend spiegelten Wähler selbst diese Kategorisierungen, wie die Hausbefragungen der Zentrumsparterie in der Vorderpfalz zeigten.

Schon die grundlegenden Techniken, etwas über die unbekannten Wähler in Erfahrung zu bringen, trugen damit dazu bei, ihre Rolle in der Auseinandersetzung mitzubestimmen. Darin liegt die größere Bedeutung davon, dass parteiunabhängige Wähler in Deutschland weniger Berücksichtigung fand als in Großbritannien. Indem Parteien in der Beobachtung auf ihren traditionellen Kategorisierungen beharrten, nahmen sie nicht nur Veränderungen nicht wahr – sie trugen vielmehr auch aktiv dazu bei, solche Veränderungen in Form einer Wandlung von Wählerrollen zu erschweren.

Noch deutlicher wird das, wenn wir uns im Folgenden den Rollen der Wähler in der Auseinandersetzung zuwenden, zunächst durch die Perspektive der Propagandaanstrengungen der Parteien. Die Vorstellungen und Kategorisierungen, die uns in der Beobachtung der Wählerschaft begegnet sind, werden uns dabei weiter begleiten. Denn nicht zuletzt hatten diese weitreichenden Einfluss darauf, wie die Parteien sich auch jenseits der Haustür an die Öffentlichkeit wandten. Schließlich hing vom Wissen über die Wählerschaft ab, wie Strategen in den Parteizentralen ihre Werbung entwarfen, um die Wähler als ein Massenpublikum zu erreichen.

Wenn wir uns nun der Parteienwerbung zuwenden, werden wir also noch mehr über die Unsicherheiten in der Einschätzung der schweigenden Wähler sowie die Frage ihrer Loyalitäten und deren Bindung an soziale Stellungen erfahren.

II

DIE ROLLEN

Wahlwerbung: Repräsentieren und Verkaufen

Die modernen Demokratien sind Repräsentationssysteme. Eine direkte Beteiligung der Bürger an Entscheidungen ist zwar möglich – bekannterweise gab es auch in der Weimarer Republik das Instrument des Plebiszits –, sie ist aber ein eher außergewöhnliches Mittel. Grundsätzlich werden die Leitung des Staatswesens und die Regelung der Probleme, die das Gemeinwesen betreffen, einer kleineren Gruppe von Personen übertragen. Dafür dienen Wahlen: Sie ermöglichen eine Auswahl derjenigen, die in den Parlamenten die Bürgerschaft repräsentieren und ihre Interessen vertreten sollen. Hier sprechen Politiker für die Bürger. Bevor sie das tun können, müssen sie aber zunächst einmal *zu* den Bürgern sprechen: Schließlich müssen diese davon überzeugt werden, ihre Stimme einem möglichst guten Fürsprecher zu geben.

Damit sind die zwei Motive angesprochen, die sich durch das folgende Kapitel ziehen. Parteien und Kandidaten beanspruchen, die Wählerschaft oder bestimmte Teile von ihr zu repräsentieren. Dieses Repräsentationsverhältnis aber unterliegt einer Konkurrenz zwischen allen, die sich als der je beste Fürsprecher zu verkaufen versuchen. Darum wenden sie sich mit Programmen und Argumenten, mit Mahnungen und Versprechungen an die Wählerschaft, um diese zur Unterstützung zu überzeugen. Der Inhalt dieser Botschaften ist dabei für uns von nachgeordneter Bedeutung. Wichtiger ist für unsere Fragen ihre Adressierung: Diese verrät nämlich einiges über die möglichen Rollen der Wählerschaft im öffentlichen Konflikt.

Darauf lässt sich aus zwei Gründen schließen. Zum einen zeigt die Anrede der Wählerschaft Erwartungen darüber, wie sie zu erreichen wäre und auf Grund welcher Kriterien sie sich entscheiden würde. Aus den Anreden lässt sich ableiten, wer unter britischen und deutschen Strategen als erreichbar galt und wie man sich versprach, die Erreichbaren überzeugen zu können. Die Wähler waren also als gedachte Empfänger in bestimmten Rollen in den Botschaften der Wahlwerbung *impliziert*, und aus diesen implizierten Rollen lässt sich auf zeitgenössische Einschätzungen und Annahmen über die Wählerschaft schließen.

Zum anderen wurden diese Annahmen öffentlich wirksam: Wahlwerbung beeinflusste diejenigen, die sie ansprach – nur dafür gab es sie überhaupt. So wirkten die Parteien mit ihren Ansprachen auf die Rollen ein, die Wähler im öffentlichen Konflikt einnehmen konnten. Denn das Publikum musste sich irgendwie in den angebotenen Ansprachen wiederfinden; und selbst wenn es das nicht tat, musste es sich dennoch in irgendeiner Weise dazu positionieren. Wie diese Reaktionen aussahen, darüber ist freilich wenig Konkretes in Erfahrung zu bringen – während einiges Werbematerial aus der Zwischenkriegszeit überdauert hat, ist der Umgang der Wähler damit aus der zeitlichen Erfahrungen bis auf wenige Beispiele schwer zu fassen. Immerhin erhellen aber die Ansprachen selbst das Terrain, auf dem die Positionierungen erfolgten.

Um diese Punkte zu verfolgen, erhebt das Kapitel nicht den Anspruch, einen erschöpfenden Überblick über alle Werbematerialien zu geben, die in der Zwischenkriegszeit Verwendung fanden. Plakate, Flugblätter und Broschüren, Gimmicks wie Luftballons oder Seife, Reden von Schallplatten oder im Rundfunk, Wahlfilme, ganz zu schweigen von Versammlungen und Demonstrationen – ein Panorama all der Mittel und Wege, mit und auf denen Parteien und Kandidaten sich an die Wählerschaft wandten, würde zum Ausufern neigen. Um die Leitfrage nach den Wähleransprachen und den darin implizierten Rollen nicht aus den Augen zu verlieren, wird darum nur eine Auswahl vorgestellt.

Formen der Anwesenheitswerbung wie Versammlungen erhalten in einem späteren Kapitel noch eine ausführlichere Behandlung, weshalb sie an dieser Stelle zunächst ausgespart werden. Im Übrigen enthält das Kapitel eine pragmatische Zusammenstellung, die von zwei Gedanken geleitet ist. Zum einen muss diese gerade die gewöhnlichen Medien der Kommu-

nikation mit der Wählerschaft zeigen, weil diese in ihrer massenhaften Standardisierung so etwas wie die Norm der Ansprachen reflektieren. Alltägliche Mittel der Wählerbeeinflussung wie das traditionelle Flugblatt haben darum Vorrang gegenüber vereinzelt vorgeführten Wahlfilmen oder Schallplatten, die in der Zwischenkriegszeit noch eher zu den außergewöhnlichen Experimenten der Wahlpropaganda zählten.¹ Zum anderen müssen aber auch gerade Werbemittel Berücksichtigung finden, die aus einer anderen Perspektive betrachtet wiederum ziemlich ungewöhnlich waren: Solche Typen von Wahlwerbung nämlich, die in der jeweils anderen Gesellschaft unüblich gewesen wären, lassen spezifische Wählererwartungen in Deutschland und Großbritannien besonders hervorstechen.

In diesem Material werden uns einige Annahmen wieder begegnen, über die wir bereits einiges gehört haben. Das ist wenig überraschend: Die Kategorisierungen der Wählerschaft durch die Wahlkampfstrategen, mit denen wir uns zuletzt beschäftigt haben, hatten schließlich direkten Einfluss auf die Herangehensweise in der Wahlwerbung. An späterer Stelle wird dies unmittelbar deutlich, wenn wir auf die Wählerkarteien in den Parteizentralen zurückkommen, deren Aufbau uns im letzten Kapitel beschäftigt hat. Entsprechend zieht sich auch durch die folgenden Abschnitte die Annahme fester Zuordnungen und Loyalitäten einerseits gegenüber einer Unsicherheit andererseits, wie die „schweigenden Wähler“ einzuschätzen und wie mit ihnen umzugehen sei.

Es gab allerdings noch andere Unterschiede in den ausdrücklichen Erwartungen der Kampagnenplaner gegenüber der Wählerschaft, die sich im Stil der Wahlwerbung in beiden Gesellschaften niederschlugen. Dabei erfordert zunächst besonders ein Kontrast eine kurze Diskussion, weil dieser etwas über die Grundvoraussetzungen der Kommunikation mit der Wählerschaft in beiden Gesellschaften sagte. Er lässt sich mit einer einfachen Ausgangsfrage überschreiben: Welchen Grad an (politischer) Bildung meinten die Wahlkampfstrategen in Deutschland und Großbritannien bei der umworbenen Wählerschaft voraussetzen zu können?

¹ Vgl. etwa Hollins, *Conservative Party* (1981); ein breites Panorama bei Lau, *Wahlkämpfe* (2008), Kap. 6, der aus der zentralistischer Perspektive allerdings die Bedeutung technischer Neuerungen für den Alltag, zumal in der Provinz, überschätzt.

Anspruch

„Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber“ – diese Wilhelm Busch zugeschriebene Wendung war in der Weimarer Republik ein geflügeltes Wort.² Und sie war nicht der einzige Vergleich aus dem Tierreich, den deutsche Wähler sich in den 1920er Jahren gefallen lassen mussten. Auch als Kamele oder Schafe begegnete einem die Wählerschaft und, besonders auf der Linken beliebt, als Esel. Dieser konnte auf eine lange Tradition zurückblicken: Mit dem Gedicht „Die Wahlesel“ hatte Heinrich Heine Mitte des 19. Jahrhunderts den Nationalismus seiner Zeitgenossen ins Lächerliche gezogen, indem er ein Wahlkomitee aus „Alt-Langohren“ lauthals für das „Eseltum“ schreien ließ. In der Weimarer Republik diente der Vergleich dazu, ungerecht vielleicht den Tieren gegenüber, die begrenzten geistigen Fähigkeiten der Wählerschaft zu unterstreichen. Als Rindviecher, die geradewegs ins eigene Verderben liefen, oder als geistig schwerfällige Lastenträger, die sich unselbstständig ihren Herren fügten, erschien vielen die große Masse der Bürger:

„Ich wähle mit I-a-Geschrei
Die Kandidaten, die mich hauen.
Auf, Eselsbrüder, auf zur Wahl!
Schirmt heilig Gut, ihr Eselsweiber!
Vergesst die erlittne Qual
Und wählt ‚geschlossen‘ eure Treiber!“³

Die tierischen Umschreibungen waren dabei noch einigermaßen schmeichelhaft. Auch die „Denkfaulheit“ der Wähler wurde beklagt; von allen Seiten klangen Vorwürfe, man spekuliere auf die „Dummheit der Masse“ oder auf ihre „Blödheit“; als „politisch unfähig“, „unreife Kinder“ und „politische Idioten“ wurden Teile der Wählerschaft bezeichnet. All dies waren dabei keineswegs nur die frustrierten und giftigen Kommentare der

² Wahl-Wanderfahrt durch Ostpreußen, VZ, 19. 11. 1924; Dr. Pritze, Wie diesmal wahlgeköpft wurde, Der Tag, 4. 12. 1924; Wahlzeitung und Flugblatt (1930) in StALu, N2/167, 4, 11.

³ Victor Kalinowski, Wahlauf Ruf an alle Esel . . . , VM, 30. 4. 1924; vgl. Der „Reichsblock“-Wähler, VM, 29. 3. 1925 („Jarresel“); Bote aus dem Westrich, NPL, 1. 8. 1932; Haese/Schütte, Frau Republik (1989), 89; Kamele, Kälber und Schafe: Das Wahlkamel, PP, 1. 12. 1924; Flugblätter (1930) in StALu, N2/167, 12, 99; sowie in StALu, Ds 588/15 („Die Land- und Forstarbeiter wählen Hindenburg“, 1932).

Planer hinter den Kulissen: Auch in Zeitungen, sogar in Wahlkampfreden und auf Flugblättern der Parteien selbst schlug deutschen Wählern in der Zwischenkriegszeit ganz offen entgegen, wie wenig man von ihnen hielt. „Sie gehören – Verzeihung – zu den Dummen im Lande“, hieß es da etwa in der Eröffnung eines offenen Briefs an die Adresse von Nichtwählern.⁴

In Großbritannien wären solche Anreden undenkbar gewesen. Wohl waren auch britische Wahlkämpfer nicht unbedingt von den geistigen Fähigkeiten des Durchschnittsbürgers überzeugt. Nach einem enttäuschenden Wahlergebnis mochten auch britische Kandidaten ihrem Frust über die „dämlichen Wähler“ Luft machen⁵ – aber sie taten das nur hinter vorgehaltener Hand. In der Öffentlichkeit hörte man derartige Verurteilungen nicht, und selbst in internen Debatten waren sie in solcher Harschheit unüblich.

Hier drehten sich Diskussionen differenzierter um den Begriff der „Masse“, der zu dieser Zeit überall in Europa Faszination und Unbehagen auslöste. Schließlich hegten nicht wenige Strategen Skepsis über die politische Bildung der Wählergruppen, die nach der Wahlrechtsausweitung von 1918 erstmals mitentscheiden durften. Die Vorhersagbarkeit des politischen Prozesses hatte merklich abgenommen; auch darum galten die Massen als leichtfertig, oberflächlich und schwankend. Menschenmengen folgten Instinkten und Emotionen statt rationalen Urteilen, sie entschieden impulsiv und waren damit nur schwer berechenbar. Aber damit war nicht unbedingt der Stab über die Intelligenz der Wähler gebrochen. Denn was die Strategen in ihren Befürchtungen beschrieben, waren aus ihrer Sicht vor allem spezifische Regeln, die für große Menschengruppen und die Kommunikation mit diesen galt, nicht notwendig aber für Individuen: Der Einzelne mochte durchaus klug sein, aber in der Gruppe folgte er dem Herdentrieb. Wer eine Masse ansprach, musste dies darum anders tun, als mit einzelnen Wählern zu reden.

⁴ Lieber Herr Nichtwähler! MA, 14. 9. 1930; zur „Denkfaulheit“: V, 28. 11. 1924; restliche Begriffe: Rundschreiben DVP-Wahlkreisgeschäftsstelle Düsseldorf-Ost, 3. 11. 1932, BAArch, R 45 II/316, 166; Arbeit und Kapital, PP, 12. 5. 1928; Kann ein Katholik Nationalsozialist sein? E, 13. 8. 1930; Schreiber, Diskussionsfragen (1924), 8; Heiteres aus der Wahl-Bewegung, PP, 6. 9. 1930; Flugblätter z. B. (1930–1932): StALu, N2/167, 92; N2/169, 32; N2/219, 74.

⁵ William Bridgeman an seine Mutter, 9. 12. 1923, Williamson (Hrsg.), *Modernisation* (1988), 173 („stupid electors“).

Von linker Seite wurde besonders den Torys vorgehalten, diese Regeln erkannt zu haben und sie ohne Rücksicht auf moralische Bedenken auszunutzen. Mit Verachtung für den Zynismus und Bewunderung für die technischen Fähigkeiten zugleich sahen Labour-Agenten auf die Werbeanstrengungen ihrer konservativen Kollegen, die in ihren Augen ganz geschickt flüchtige Erregungen und Stimmungslagen instrumentalisierten. Dabei waren die Konservativen selbst sich ihrer Sache nicht besonders sicher. Nicht anders als die Kollegen der gegnerischen Parteien führten sie Diskussionen um den Charakter der Wählerschaften und wie diese am besten zu erreichen seien. Schon zeitgenössisch fasste ein Agent dabei die Bandbreite der Positionen zusammen, indem er stellvertretend für viele andere die Frage stellte: Bestand die Wählerschaft aus einem „Haufen Hohlköpfe“, oder enthielt sie eine bedeutende Gruppe von Menschen, die vernünftigen Argumenten zugänglich waren? In der Praxis sei man sich nicht sicher, welche Antwort auf die Frage zu geben sei, weshalb man auf „einer Art Mittelweg hin und her wanke“: „Wir versichern in unserem Plädoyer der Jury gegenüber, dass es nie eine klügere Ansammlung von Bürgern gegeben habe, aber bemühen uns darum, ihre Vorurteile zu berücksichtigen und ihre Beschränktheit einzukalkulieren.“⁶

In ihren Urteilen über die Blödsinnigkeit des Durchschnittswählers gaben sich also britische Wahlkampfplaner weniger sicher und deutlich zurückhaltender als ihre deutschen Kollegen. Lag dies daran, dass die Bürgerschaft in Deutschland tatsächlich mehr Anlass zum Zweifel an ihrer Intelligenz gab? Platt gefragt: Waren die deutschen Wähler der Zwischenkriegszeit dümmer als ihre britischen Pendanten? Paradoxerweise sprach das, was die Wahlkampfplaner selbst in den beiden Ländern der Wählerschaft jeweils zumuteten, eine ganz andere Sprache.

Gerade in Großbritannien waren die Wahlkämpfer aller Parteien sich einig, dass Botschaften möglichst einfach, knapp und schwungvoll formu-

6 Ubique, In Medias Res, CAJ, März 1929, 43–46, Zitate 43 („multitude of mud-heads“, „wobble along some sort of middle course“, „We assure the jury to whom we are about to appeal that there never was a more intelligent collection of citizens, but we take good care to see that their prejudices are respected and their stupidities allowed for.“); H. Drinkwater, The Psychology of Political Parties, VI., LO, Juli 1923, 12 f.; The Rout and the Rally, LO, Dez 1931, 230–236, hier 231, 233; Jarvis, Shaping (1997), 136–140.

liert sein müssten, um die Aufmerksamkeit der Wähler zu gewinnen und sie beim Lesen von Flugblättern und Betrachten von Plakaten nicht zu überfordern. Ob das eigene Programm, Angriffe auf andere Kandidaten oder Paraden gegnerischer Attacken – die Kunst gelungener Wahlwerbung lag in den Augen der Experten darin, alles auf möglichst einfache und allgemein verständliche Slogans und Schlagworte herunterzubrechen. Intern pochten Strategen immer wieder auf diese Grundregeln, weil ihnen viele der verwendeten Materialien noch zu lang und hochgestochen daherkamen.⁷

Auch in Deutschland waren zum Ende der 1920er Jahre Stimmen zu vernehmen, die in der Kürze den Schlüssel zum Erfolg sahen. Die Demokratie brauche andere Methoden als die Politik der Vorkriegszeit, argumentierte eine Schrift der DDP mit Verweis auf die Vervielfachung der Wahlberechtigten, die in Großbritannien bereits einige Jahre früher für Diskussionen gesorgt hatte. Nun, da auch der Zwanzigjährige und die Landarbeiterin wählen dürften, gäbe es mehr politisch Ungeschulte unter der Wählerschaft, die „durch Mittel des Intellekts“ kaum zu überzeugen seien. „Lange, absatzlose und ununterbrochene Darstellungen werden nicht sehr gelesen“, stimmte eine Broschüre der SPD zu. Es brauche darum knappen, interessanten Text, eine gute typographische Anordnung und Bilder, die das gedruckte Material lebendig gestalteten.⁸

Unmittelbar nach dem Weltkrieg hatte das allerdings noch anders geklungen. Angewidert von der demagogischen Kriegspropaganda argumentierten Fachleute auf der Linken, das alte Regime habe Feingefühl und Geschmack der Arbeiter und Soldaten unterschätzt und damit auch Flugschriften auf einem viel zu geringen intellektuellen und künstlerischen Niveau produziert. Das sollte nun anders werden. „Man stelle hohe Anforderungen an das Verständnis der Vielen und wird sie mit fortreißen zu hohen Zielen“. Schließlich verfolge eine wirksame Beeinflussung des Volkes auch erzieherische Aufgaben; sie müsse dafür aus den edelsten Quellen schöpfen. Vorbilder waren keine geringeren als Figuren wie Ernst Moritz Arndt oder Georg Büchner, die nicht zufällig als große Dichter ihrer Zeit und Propagandisten zugleich galten, wie auch John Milton,

⁷ Lawrence, Masters (2009), 116 f.

⁸ Stephan, Parteiorganisation ([1928]), Zitat 4; SPD-Parteivorstand (Hrsg.), Sozialdemokratie im Wahlkampf (1928), 34.

der „Propagandachef Cromwells“. Der Schluss aus diesen Überlegungen war: Die politische Propaganda sollte auch in den 1920er Jahren „engsten Anschluß“ an Dichtung und Literatur finden; politische Plakate sich der Stilmittel avantgardistischer künstlerischer Strömungen bedienen.⁹

Die Hebung politischer Werbung in die Sphären der Künste sollte freilich ein utopisches Ideal bleiben. Aber die Forderung zeigt, dass in Deutschland mehr als in Großbritannien unter den politischen Propagandisten lautstarke Stimmen gerade *mehr* Anspruch und ein höheres Niveau in der Wahlwerbung forderten. Wie passte das allerdings zu dem paradoxen Befund, dass man zugleich in Deutschland deutlich *weniger* von der Intelligenz der Wähler hielt? Um diese Frage zu lösen, müssen wir einen Blick auf typische Werbeerzeugnisse in beiden Gesellschaften werfen – diese zeigen nämlich, was die Zeitgenossen selbst unter niveauvoller oder abgeschmackter Propaganda verstanden. Die Maßstäbe hierfür waren hier wie dort andere, wie der Kontrast zwischen einigen charakteristischen Werbemitteln in beiden Gesellschaften zeigt.

Bücher, Flugblätter, Kartoffeln

Das zentrale Stück Wahlwerbung in den britischen Kampagnen war die sogenannte Wahladresse der Kandidaten. Darin stellten diese sich selbst und ihre persönlichen Wahlprogramm gegenüber der Wählerschaft im Wahlkreis vor: Der Name des Kandidaten, ein Porträtbild, ein Slogan sowie der Text umfassten üblicherweise eine locker bedruckte, gefaltete Seite. Gegliedert war der Aufruf wie ein Brief; das Wahlprogramm erschien meist mit knappen Überschriften in einzelne Punkte gegliedert, die je mit wenigen Sätzen grundlegende Forderungen und Versprechen formulierten. Zusätzlich zu dieser Wahladresse konnten im Rahmen einer Kampagne noch weitere Flugblätter erscheinen, die zu einzelnen Themen in ähnlich knapper Form Argumente verbreiteten, von denen man sich besondere Durchschlagskraft erhoffte.

Besonders gelungen galt bei der Werbung mit Flugblättern die Zuspitzung eines Programms auf einzelne Schlagworte, die mantrahaft wieder-

⁹ Landau, Flugblatt (1919), Zitate 26–28; Behne, Plakate (1919). Vgl. dazu Vogel, Werben (2008); Wippermann, Propaganda (1976), 236–248.

holt werden konnten. Es gibt dafür kein besseres Beispiel als die Kontroverse um Freihandel oder Schutzzölle, eine der dauerhaftesten und wichtigsten politischen Auseinandersetzungen in Großbritannien bereits im 19. Jahrhundert. Auch in den 1920er Jahren taugte der Konflikt noch zu einem Hauptthema des Wahlkampfs, wie insbesondere die Kampagne 1923 zeigte. Typische Schlagworte der Auseinandersetzung klangen in etwa so: Im Kampf gegen die „Verschleuderung“ ausländischer Waren („dumped foreign goods“), für den Schutz der heimischen Industrie („protection“) und damit die Sicherung und Neuschaffung britischer Arbeitsplätze („employment“) stellten die konservativen Protektionisten Schutzzölle in Aussicht. Die Gegner konterten mit einem klassischen Schlachtruf: Zölle bedeuteten nichts anderes als eine Steuer, die letzten Endes die Konsumenten in Form höherer Preise („prices go up“) zu zahlen hätten. Insbesondere die einfachen Leute träfe das hart, wenn Grundnahrungsmittel wie Brot teurer würden („dear loaf“). Defensiv hielten die Torys entgegen: Lebensmittel würden von dem Programm ausgenommen, damit der Frühstückstisch frei von Steuern bleibe („free breakfast table“); außerdem wären es nicht die Briten selbst, sondern das Ausland, das zahlen müsse („the foreigner pays“). Gezielt übersetzten die Strategen komplexe politische Programme so in Konsequenzen, die jeder Bürger im Alltag spüren würde.

Endverbraucherpreise waren dabei nicht nur in der gedruckten Literatur ein beliebtes Argument für oder gegen ein politisches Programm. In der kleinen Hafenstadt Penzance in Cornwall richteten Liberale 1929 ein Geschäft mit einer Auslage von Waren ein, welche die Kosten der Zölle ganz greifbar vor Augen führen sollte. In Barnstaple versuchte derweil umgekehrt ein Konservativer anhand von Produkten in einem Schaufenster zu demonstrieren, dass die Preise seit 1925 in der Tat gesunken seien. Vor 1914 waren derartige „Tricks“ („stunts“), wie die Wahlkampfplaner das nannten, noch verbreiteter gewesen. Aber auch in der Zwischenkriegszeit blieb es beileibe nicht bei Einzelfällen.

In Sheffield machte ein Konservativer bei einer Wahlversammlung 1931 kurzerhand einen Störenfried zum Millionär: Er gab ihm einen Geldschein über eine Million Mark aus der deutschen Inflationszeit, um im Kontrast die Regierungsmaßnahmen zur Stabilisierung des Pfunds zu verteidigen. Vier Jahre später legte ein Labour-Kandidat während einer Wahlversamm-

lung zur Illustration seiner Angriffe gegen die Regierung Lebensmittel aus, um die resultierenden Preissteigerungen vorzuführen – ein Brotlaib, Butter, Kartoffeln, Speck und Fett je mit einem Schild, auf dem die Preise von 1933 und 1935 notiert waren. Der Kolumnist einer Lokalzeitung scherzte: Vielleicht solle der konservative Kandidat darauf reagieren, indem er 30 oder 40 Männer auflaufen ließ, die vor vier Jahren noch arbeitslos gewesen seien; ein anderer Kandidat könne einen Eisenbahnzug zur Veranschaulichung seiner Argumente mitbringen; und ein letzter ein Schlachtschiff aus der Tasche ziehen, um die Effizienz der Marine zu demonstrieren.¹⁰

Mit Kurt von Stutterheim sah ein deutscher Korrespondent in dieser Kunst der Zuspitzung auf einfach verständliche Kernpunkte einen Beweis für das propagandistische Talent der Engländer. Besonders im Vergleich mit der deutschen Heimat sprang ihm dies ins Auge, als er von der Unterhauswahl 1923 berichtete. Während auf der Insel Leidenschaften entfacht würden und die Propagandisten gezielt mit zündenden Botschaften die „Spott- und Lachlust“ reizten, erwartete er für Deutschland eine völlig andere Behandlung des Themas. Sollte hier jemals ein Wahlkampf um den Freihandel geführt werden, da war sich Stutterheim sicher, würde „von den Alpen bis ans Meer“ das gesamte Reich von einer „Flut von Statistiken und Tabellen“ überschwemmt. Derweil könne man in Großbritannien nicht einmal der „notwendigsten nationalökonomischen Unterlagen“ zur Zollfrage überhaupt habhaft werden.¹¹

Die Vorhersage blieb spekulativ, denn eine ähnlich zentrale Bedeutung erlangte die Kontroverse in der deutschen Innenpolitik nie. Man sucht also vergebens nach der angekündigten „Flut“ genau zu diesem Thema. Allerdings zeigen einzelne Auslassungen, dass Stutterheim wohl nicht ganz Unrecht behalten hätte.

In einer Broschüre aus ihrer „Schriftenreihe für politische Werbung“ befasste sich die DDP 1928 unter dem Titel „Handelsvertrags-Politik“ mit dem Für und Wider von Schutzzoll und Freihandel. Wie die Schwester-

¹⁰ Dawson, *Liberalism* (1995), 429; Foto in CAJ, Aug 1929, 132; Heckler Made a Millionaire! SDI, 16. 10. 1931; Battle of the Means Test, General Topics, SDI, 8. 11. 1935; vgl. Houston/Valdar, *Modern Electioneering* (1922), 179–181. Zur Freihandelsthematik und der Tradition solcher Zurschaustellungen: Trentmann, *Free Trade Nation* (2008), bes. Kap. 2; Lawrence, *Masters* (2009), 89 f., 113.

¹¹ Kurt von Stutterheim, *Der Wahlkampf in England*, Berliner Tageblatt, 29. 11. 1923.

partei in Großbritannien kamen auch hier die Liberalen zum Schluss, dass die deutsche Gesellschaft an der Freiheit des internationalen Handels und möglichst ungehindertem Zugang dazu interessiert sein müsse. Um aber zu dieser Erkenntnis zu kommen, brauchte es – obwohl die Frage im Wahlkampf insgesamt eine untergeordnete Rolle spielte – eine Abhandlung von 22 Seiten. Diese begann nicht untypisch mit einem historischen Überblick über die Entstehung und Entwicklung des Problems, um über eine Übersicht der geltenden Regelungen zu einigen „Grundsätzliche[n] Bemerkungen“ zu gelangen, die mehr allgemeine liberale Glaubenssätze als ein konkret umzusetzendes Programm enthielten.

Dabei mutete man den geneigten Lesern einiges zu. Eine Kostprobe: Zur Einleitung hieß es belehrend, dass Deutschland erst 1925 überhaupt die Freiheit zur selbstständigen Ordnung seiner handelspolitischen Beziehungen wiedergewonnen habe, weil zuvor der Versailler Vertrag die Souveränität des Reichs auf diesem Gebiet beschränkt hätte. Ein Zurückgreifen auf die Grundsätze der Vorkriegszeit sei nun allerdings nicht möglich gewesen, weil die Welt sich seit dem Krieg gewandelt habe. „Vergleichsmöglichkeiten“ lägen höchstens in dem Grundsatz, dass die Handelspolitik der Vorkriegszeit darauf gezielt habe, Schutzzoll- und Exportinteressen im Kompromiss eines längerfristigen Vertragssystems auszubalancieren. Dies sei möglich gewesen, lautete die abstrakte Erklärung, „da die Schutzzollinteressenten eine langfristige Bindung der Zollpolitik dadurch erträglich fanden, daß man die Vertragssätze relativ hoch ließ, während umgekehrt die Exportinteressen die an und für sich hohen Vertragssätze mit Rücksicht auf die Langfristigkeit der Verträge (sowohl die Caprivi- wie die Bülowverträge waren auf je 12 Jahre geschlossen) in Kauf nahmen. Sie konnten das, weil die zunehmende Betonung der Spezialitäten in der deutschen Fabrikatenausfuhr zu der Notwendigkeit eines umfangreichen Absatzapparates geführt hatte, dessen mühsamer Aufbau die Langfristigkeit vorhandener Vertragsbindungen erheischt.“¹² Was immer für konkrete Schlüsse aus dieser Analyse zu ziehen waren – sie hätten schwerlich auf das Preisschild an einer Kartoffel gepasst.

Die Flugschrift zur „Handelsvertrags-Politik“ war, ihr Erscheinen als Nummer 7 in einer Schriftenreihe deutet das an, nicht die einzige Wahl-

¹² Reif, Handelsvertrags-Politik (1928), Zitat 3.

werbebroschüre solchen Ausmaßes. Neben ihr und einer allgemeinen „Einführung und Überblick“ gaben die Demokraten allein zur Reichstagswahl 1928 noch mindestens zehn weitere Hefte zu unterschiedlichen Themen heraus: zum „Einheitsstaat“, zum Reichsschulgesetz, zur Agrar-, Mittelstands- und Finanzpolitik, zum Pazifismus und ganz allgemein zu „Politische[n] Gegenwartsfragen“ sowie den Programmen der gegnerischen Parteien, insbesondere der Wirtschaftspartei. Auf jeweils zwischen acht und dreißig Seiten konnten sich Wähler zu diesen Themen aus der Reihe informieren.¹³

Andere Parteien veröffentlichten ähnliche Flugschriften, zum Teil ebenfalls in Schriftenreihen mit Nummerierung. Bei der DNVP war die parteieigene Schriftenvertriebsstelle für die Veröffentlichung verantwortlich, Broschüren der DVP erschienen als Reihe im Staatspolitischen Verlag, und beim Zentrum war es das Reichsgeneralsekretariat, das die „Flugschriften der Deutschen Zentrumspartei“ herausgab. Die Heftchen ähnelten im Umfang den Pamphleten der DDP, konnten aber durchaus noch dicker werden. Für eine Bilanz zu „Neun Jahre[n] Zentrumspolitik“ brauchte die Partei 1928 zum Beispiel nicht weniger als 56 Seiten; 36 Seiten befand sie für eine Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie für nötig. Wenn im ersten Versuch das Thema nicht umfassend genug behandelt schien, konnte noch nachgelegt werden. Zu einer Schrift mit dem Titel *Beamte nicht leichtgläubig sein, das Zentrum hat Euch was zu sagen*, die in der ersten Fassung 16 Seiten umfasste, gab die Partei später noch eine Ergänzungslieferung von weiteren 10 Seiten für alle beamtenpolitisch Unersättlichen heraus.¹⁴

In Großbritannien musste die Wählerschaft sich mit deutlich knapperen programmatischen Aussagen begnügen. Als Wahlmanifest diente einer Partei hier üblicherweise der Wahlauf Ruf des Parteichefs, der im Umfang vergleichbar mit den persönlichen Aufrufen aller anderen Kandidaten war. Das längste Wahlprogramm, das in dieser Art in der Zwischenkriegszeit

¹³ „Schriftenreihe für politische Bildung“. Die höchste Ausgabennummer der Reihe ist 14; auf den Exemplaren in der Berliner Staatsbibliothek ist jedoch vermerkt, dass die Nrn. 3 und 6 nicht erschienen seien.

¹⁴ Diese und die anderen Zentrumsflugschriften hier zitiert nach dem Konvolut „Wahlmaterial der Zentrumspartei“ (1928) im Bestand der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek der Freien Universität Berlin, Signatur Bd 282.

erschien, war Stanley Baldwins Aufruf von 1929. Dieser war ungewöhnlich umfangreich, er betrug mehr als das Dreifache der üblichen Manifeste. Auch das nächstgrößere Programm, der Wahlauf Ruf des National Government von 1935, lief nur auf ungefähr die Hälfte dieser Länge. Dennoch nahm selbst Baldwins Aufruf von 1929 im Druck nicht mehr als viereinhalb Spalten in der *Times* in Anspruch. Die gegnerischen Programme, die Aufrufe Ramsay MacDonalds und David Lloyd Georges, lagen im typischen Rahmen von eineinviertel und unter einer Spalte. Alle Manifeste zusammen hätten so auf einer einzigen Seite der Zeitung (sieben Spalten) Platz gefunden.¹⁵ Zeitgleich hatte also die Zentrumspar tei in Deutschland den Wählern, vom Umfang her, mehr zu den Problemen der Beamten schaft zu sagen, als die drei britischen Parteiführer zusammen zu ihrem gesamten Wahlprogramm.

Freilich druckten auch deutsche Parteien in großer Menge kürzere Flugblätter. Im Vergleich mit Großbritannien waren allerdings selbst diese umfangreich. Nicht wenige kamen als regelrechte Bleiwüsten daher, die eng gedruckt möglichst viel Text auf kleinem Raum unterzubringen versuchten. Inhaltlich ähnelte ihr Argumentationsstil den umfangreicheren Flugschriften. Oft arbeiteten sie mit Beweisen für die eigenen Behauptungen, die in Form von Zitaten und Verweisen auf Reden oder Presseartikel gedruckt wurden, nicht selten mit einer genauen Quellenangabe. Typisch für das allgemeine Flugblatt „alten Stils“, wie es der Reichsgeschäftsführer der DDP, Werner Stephan, bezeichnete,¹⁶ war ein umfassender argumentativer Gang. Aus der Perspektive des gedachten Lesers diskutierte es nacheinander alle gegnerischen Positionen, um diese eine nach der anderen zu verwerfen und darin zu schließen, die eigene Partei habe das vernünftigste Programm und vertrete die Wählerinteressen am besten. Zum Ende der 1920er Jahre nahm – den Forderungen der Wahlkampfplaner folgend – zwar die Textmenge in dem deutschen Flugblattmaterial ab. Selbst dann blieb es aber keineswegs unüblich, neben grafisch aufwändig gestalteten und bildlich argumentierenden Blättern weiterhin umfangreiche Texte auf Handzettel zu drucken. Es erstaunt nicht, dass diese Tradition in deut-

15 Mr. Baldwin's Address, Mr. MacDonald's Address, T, 13. 5. 1929; Mr. Lloyd George's Policy, T, 25. 5. 1929; Dale (Hrsg.), Manifestos (2000).

16 Stephan, Parteiorganisation ([1928]), 13.

schen Wahlkampfmedien selbst in den 1950er Jahren noch deutlich zu erkennen war.¹⁷

Im Vergleich zur Parteienwerbung, die in Großbritannien üblich war, blieb die deutsche Propaganda auch nach 1928 allemal umfangreich, und die Auseinandersetzung mit ihr setzte weiterhin spezifisches Detailwissen voraus. Im Vergleich mit den deutschen Werbeerzeugnissen entsprachen die Klagen der britischen Agenten über fehlende Knappheit und Zuspitzung in der britischen Parteipropaganda so Gemecker auf ziemlich hohem Niveau. Man kann spekulieren: Hätten britische Wahlagenten deutsche Druckerzeugnisse neben ihre eigenen Werke gelegt, sie wären wohl aus dem Staunen nicht herausgekommen.

Das galt insbesondere für umfangreiche Wahlhandbücher – ein Typ von Werbematerial, der in Großbritannien gänzlich unüblich, wenn nicht gar unbekannt war. Neben den umfangreichen Flugschriften konnte es in Deutschland nämlich noch dicker kommen. Parteien gaben ganze Bücher heraus, die noch ausführlicher zu allen denkbaren politischen Kontroversen informierten. Bereits im Kaiserreich hatte das zu den Eigenheiten der deutschen Kampagnenführung gehört, die im internationalen Vergleich verblüffte.¹⁸ Wahlhandbücher erläuterten die Politik der eigenen Partei, sie gaben Überblicke zu den wichtigen anstehenden Themen und sammelten Material zu den Gegnern, deren Positionen und Schwächen. Randnotizen und Register machten diese Bücher zu Nachschlagewerken, die einen schnellen Zugriff auf gesuchte Informationen ermöglichte. Das war nötig, weil sie zu regelrechten Wälzern anwachsen konnten. So umfasste das *Wahlhandbuch* der DVP von 1924, das in kurzer Abfolge in zwei Auflagen erschien, insgesamt 552 Seiten; das Nachfolgewerk vier Jahre später kam immerhin noch auf 464 Seiten.

¹⁷ Etwa: Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes (KPD, 1930); Der Sinn der Entscheidung (Konservative Volkspartei, 1930); Wie Jos. Bürckel sich Erklärungen verschafft (SPD, 1930); alle: StALu, Ds 588/14; Was uns Katholiken ein führender katholischer Priester zu sagen hat (NSDAP, 1930), StALu, N2/167, 105 f.; Was wollen die Sozialdemokraten? (NSDAP, 1928), StALu, PGV 11/20; Kämpft für die Freiheit der Arbeiterklasse! (KPD, 1932), StAMs, Stadtgeschichtliche Dokumentation, Nr. 62.1; Deutsche Frauen und Männer! (NSDAP, 1932), StAMs, NL Sperlich, Nr. 167; Mergel, Propaganda nach Hitler (2010), 160 f., 165 f.

¹⁸ Anderson, Democracy (2000), 365–368.

Vorrangig wurden derartige Publikationen für die eigenen Parteimitglieder und Aktivisten hergestellt, die tiefgehende Hintergrundinformationen gut gebrauchen konnten. Verlässliches Faktenwissen war unerlässlich, um in der Auseinandersetzung in Reden, Zeitungsartikeln und auf Flugblättern einen argumentativen Vorsprung gegenüber den Gegnern behaupten zu können. Insofern glichen die deutschen Wahlhandbücher ganz ähnlich aufgebauten Leitfäden, die auch in Großbritannien parteiintern für die Wahlkämpfer selbst angefertigt wurden.

Anders als in Großbritannien waren die deutschen Publikationen aber nicht ausschließlich für Redner und andere Wahlhelfer gedacht. Britische Handbücher wie etwa die *Election Notes* der Tories von 1929 und 1931 waren exklusiv für die parteiinterne Nutzung vorgesehen.¹⁹ In Deutschland dagegen war der Übergang zu einem weiteren Publikum aus „Freunde[n]“, wie es im DVP-Handbuch von 1924 hieß, und der breiteren Wählerschaft fließend.²⁰ Das galt nicht nur für Bücher, sondern auch für periodisch erscheinende Medien wie die parteiinterne Zeitschrift der DNVP, *Unsere Partei*. Vornehmlich diente diese im Wahlkampf dazu, Ortsgruppenvorsitzende, Vertrauensleute und andere Agitatoren der Partei über die Lage zu unterrichten und sie mit „Kampfmateriale“ für die Auseinandersetzung zu versorgen. Die Leserschaft wurde aber zugleich angehalten, nach der Lektüre die Zeitschrift kurzerhand an die Wähler zu verteilen, um so für die Sache zu werben.²¹ Zwei sozialdemokratische Publikationen aus der Anfangszeit der Republik richteten sich noch ausdrücklicher an die Wählerschaft: Die SPD-Handbücher von 1920 (189 Seiten) und 1924 (191 Seiten), die eine bereits in den 1890er Jahren begonnene Serie fortsetzten, trugen schon in ihrem Titel die Adressierung an „sozialdemokratische Wähler“.²²

Weniger als in Großbritannien trennte man also in Deutschland zwischen Aktivisten und Wählern: Darin zeigte sich, dass unter britischen Strategen die Auffassung fester verankert war, die politischen Probleme

¹⁹ „Speakers and Workers“: *Election Notes* (1929); *Election Notes* (1931).

²⁰ DVP, Wahlhandbuch (1924), 3; vgl. dies., Wahlhandbuch (1928); In diesem Zeichen wirst du siegen, VZ, 5. 5. 1928; Wahlkampf-Literatur, NPL, 21. 11. 1924.

²¹ An unsere Bezieher! *Unsere Partei*, 15. 3. 1928; Organisation, ebd., 15. 4. 1928.

²² Handbuch für sozialdemokratische Wähler (1920); Handbuch für sozialdemokratische Wähler (1924); so auch: Handbuch USPD (1920).

und Argumente müssten auf möglichst allgemeinverständliche Art für die breitere Wählerschaft vereinfacht werden. In Deutschland dagegen mutete man ihr die volle Ladung des Für und Wider in allen Wendungen und Details zu. Dementsprechend wurden Broschüren und Wahlhandbücher der Wählerschaft auch in der Presse als Informationsmaterial ans Herz gelegt.²³ Dahinter konnte nur die Annahme stecken, interessierte Bürger würden von sich aus die Mühe auf sich nehmen, Zeit – und Geld – in ihre Bildung zu den aktuellen Fragen der Auseinandersetzung zu investieren. Wie realistisch aber war diese Erwartung?

Rezeption

Inwiefern das Wahlkampfmaterial der Parteien Aufnahme fand, ist schwierig zu beantworten. Immerhin indirekt gibt es einige Hinweise, dass auch umfangreiche Schriften in Deutschland ein Publikum fanden. So konnte man tatsächlich manche Handbücher zu den Wahlkampfauseinandersetzungen über den Buchhandel erwerben. In Münster und anderswo warb etwa die Zentrumspartei 1924 intensiv für ein Büchlein mit dem Titel *Zentrum und deutsche Politik* (135 Seiten, 2,50 Mark) sowie eine kleinere Broschüre *Politische Diskussionsfragen* (32 Seiten, 80 Pfennig), die in der örtlichen Buchhandlung gekauft werden konnten. Die Werbung verkniff sich dabei nicht den Hinweis, dass die Schriften bereits nachgedruckt wurden und in einer Auflage von 5000 Stück erschienen waren.

Die Bücher stammten aus der Feder des Zentrums politikers Georg Schreiber, der im selben Jahr auch noch einen dritten Band mit dem Titel *Grundfragen der Zentrums politik* (248 Seiten, 2,50 Mark) herausgab. Nach Pressewerbung gehörte dieses Buch in die „Hand jedes Zentrumsmanne“, es erschien in einer Auflage von 4000 Stück. Vier Jahre später betätigte Schreiber sich wiederum als Autor eines Handbuchs (66 Seiten), da seine vorherigen Versuche „freundliche Aufnahme“ gefunden hätten. Tatsächlich erschien auch der Band von 1928 mindestens in zwei Auflagen, 1930 folgte ein weiteres Handbuch, diesmal im Umfang von 240 Seiten. Diese Art von Literatur sollte der „Aufklärung und Orientierung der Zen-

²³ In diesem Zeichen wirst du siegen, VZ, 5.5.1928; Wahlkampf-Literatur, NPL, 21. 11. 1924.

trumswähler“ dienen, wie es in den *Diskussionsfragen* von 1924 hieß. Und Aufklärung schien Georg Schreiber für nötig zu befinden, wie nicht nur der Umfang seiner schriftstellerischen Tätigkeit demonstrierte. Drastisch aber nicht untypisch beurteilte er die mangelnde politische Vernunft des deutschen Volks, dem es am Verständnis für die gegenwärtigen Probleme mangle und das darum den falschen Parteien folge. So wähle es „eine Reihe schlechter Politiker“ in den Reichstag, was die Sache nur noch verschlimmere: „selbst schuld“.²⁴

Wie die Auflagenziffern zeigen, warf die große Mehrheit aller Wähler wohl nie einen Blick in eines dieser politischen Handbücher. Das Anknüpfen an frühere Handbücher, die Wiederauflage vergriffener Exemplare und deren Auflagenzahlen zeigen aber immerhin, dass es ein interessiertes Publikum gab. Dieses dürfte sich vor allem aus den festen Anhängerschaften der jeweiligen Parteien rekrutiert haben.

Auf ein größeres Publikum waren die bereits erwähnten Flugschriften der Parteien ausgerichtet. Allein die Bezeichnung „Schriftenreihe für politische Werbung“ der Demokraten macht dies deutlich, wie auch die übliche Preisstaffelung der angebotenen Broschüren. Wer mehr als ein Heft bestellte, konnte in Paketen von 100 und 1000 Stück von Rabatten profitieren. Die 22-seitige DDP-Flugschrift zur „Handelsvertrags-Politik“ zum Beispiel kostete einzeln 15 Pfennig, 100 Exemplare konnten zum Stückpreis von nur neuneinhalb Pfennig, 1000 Stück nochmals verbilligt für achteinhalb Pfennig pro Heft erworben werden.²⁵ Deutlicher könnte nicht sein, dass hier mit der Massenabnahme des Materials durch Ortsvereine und Kreisverbände gerechnet wurde, die dann für weitere Verbreitung sorgen würden.

Und gekauft und verteilt wurden die Flugschriften, wie einzelne Hinweise zeigen. Die Nummer 5 der DDP-Reihe von 1928 zum Beispiel war bereits vergriffen, bevor ein Bibliothekar der Preußischen Staatsbibliothek

²⁴ Literatur zum Wahlkampf, MA, 6. 11. 1924; Anzeigen ebd., 10. und 16. 11. 1924; vgl. Die Katholiken und die Wahlen am 7. Dezember, WL, 6. 12. 1924. Schreiber, Zentrum und deutsche Politik (1924); ders., Diskussionsfragen (1924), Zitate 8 (Hervorhebung im Original) und aus der Werbung für die *Grundfragen* im Anhang; ders., Grundfragen (1924); ders., Reichstagswahl (1928); ders. (Hrsg.), Zentrum und Reichspolitik (1930).

²⁵ Reif, Handelsvertrags-Politik (1928), Rückseite.

in Berlin ein Exemplar für die Sammlung ankaufen konnte.²⁶ Für die Verbreitung von Materialien der SPD sind genauere Zahlen verfügbar, welche die Partei selbst in einer Aufstellung veröffentlichte: Anlässlich der Reichstagswahl 1928 verteilte sie insgesamt etwas über 2,8 Millionen Flugschriften; das Politische Handbuch der Partei von 1927, 400 Seiten stark, kam in einer Auflage von 50 000 Exemplaren zum Einsatz.

Sehr viel höher lagen freilich die Auflagen einfacher Flugblätter und Wahlzeitungen. So standen den 2,8 Millionen sozialdemokratischen Flugschriften von 1928 nicht weniger als annähernd 24,2 Millionen Zeitungen und fast 51,5 Millionen Flugblätter gegenüber, welche die Genossen nach eigenen Angaben während des Wahlkampfs im Reich verteilten.²⁷ Das entsprach in der Größenordnung den Mengen an Flugblättern, die in Großbritannien zur Verteilung kamen: Die britische Schwesterpartei produzierte für die Unterhauswahl von 1929 insgesamt 43 Millionen Flugblätter; die Torys schmissen zeitgleich mit 93 Millionen Zetteln gar eine mehr als doppelt so große Menge auf den Markt.²⁸ Die große Masse der Wählerschaft erreichte man in Großbritannien und in der Weimarer Republik gleichermaßen mit Schriften geringeren Umfangs.

Auch diese wurden tatsächlich gelesen. So berichtete ein Wahlkämpfer für Hindenburg im Frühjahr 1932 von seinen Erfahrungen aus Pommern, man könne geradezu von einem „Hunger nach Flugzetteln“ sprechen; den Werbern würden sie meist geradeweg aus der Hand gerissen.²⁹ Zwar zeigten sich nicht alle deutschen Wahlkampfstrategen so zuversichtlich, was den Informationsdurst der Wählerschaft betraf. Doch auch im internationalen Vergleich fiel die Bereitwilligkeit der Deutschen auf, der Wahlkampfliteratur der Parteien Beachtung zu schenken. So zeigte sich ein amerikanischer Beobachter regelrecht erstaunt über den deutschen Umgang mit Propaganda. Entgegen der Erfahrung in seiner Heimat schien es ihm wert hervorzuheben, dass in Deutschland Flugblätter und Wahlzeitungen „tatsächlich von den Wählern gelesen werden“: „Der Deutsche“

²⁶ Bleistiftnotiz auf dem Exemplar Ehlermann, Reichsschulgesetzentwurf (1928) in der Staatsbibliothek zu Berlin.

²⁷ SPD-Parteivorstand (Hrsg.), Sozialdemokratie im Wahlkampf (1928), 33 f.

²⁸ Labour Party, Annual Conference (1929), 49 f.; Ramsden, Balfour and Baldwin (1978), 231 f.

²⁹ Erich Tulende, Bericht über Propagandatour an Hindenburg-Ausschuss, Werbeabteilung, 10. 3. 1932, BArch, R 43 I/583, 256 f.

nehme seine Wahlpflichten sehr ernst. Er studiere die großen Mengen an Flugblättern, sehe sich die Plakate an den Litfaßsäulen genau an und höre bei Versammlungen stundenlang den erschöpfenden Reden zu.³⁰

Fotografien aus der Zeit zeichnen ein ähnliches Bild deutscher Wähler. Durch archivalische Fotosammlungen wie durch illustrierte Zeitschriften der Zeit zieht sich ein wiederkehrendes Motiv: Personen beim intensiven Studium von Wahlplakaten. In verschiedenen Variationen – mit einzelnen oder mehreren Plakate, an Wänden oder auf Säulen, Einzelpersonen oder ganze Gruppen, aus dem Rücken der Bürger oder von ihrer Seite her aufgenommen – trifft man immer wieder auf dieses Bild. Dabei galt die Pose aufmerksamer Betrachtung nicht nur Plakaten mit viel Text, sondern auch solchen, die ihre Botschaft mit Symbolen und Bildern ausdrückten. Fast wie Besucher einer Galerie, versunken in ein Kunstwerk, erscheinen die Abgelichteten in diesen Bildern, welche die Wählerschaft in der Öffentlichkeit als interessierte und aufmerksam involvierte Staatsbürger inszenierten (Abb. 7).³¹

Anzeichen gab es also viele, dass deutsche Wahlwerbung ein Publikum fand. Selbst äußerst umfangreiches und anspruchsvolles Material hatte in der Weimarer Republik seine Abnehmer. Umso mehr erstaunen die Urteile der deutschen Wahlkampfplaner über die minderbemittelte Wählerschaft. Zeigte die Wahlwerbung nicht gerade, dass man der Bürgerschaft hier eine große Menge politisches Wissen zutrauen und zumuten konnte? In der Tat – wie kam es, dass deutsche Parteien ausgerechnet den „Wahleseln“ so schwere Kost wie ihre umfassenden Wahlhandbücher kredenzten?

Ein Widerspruch war dies nur scheinbar. Vielmehr hatte gerade diese Konstellation eine bestechende Logik: *Eben weil* in Deutschland beson-

³⁰ Pollock, Money (1932), 272, 269 f. (Zitat: „are really read by voters“); ders., Elections (1928), 699 („The German“). Skeptischer: Erkelenz, Leitfaden ([1924]), 18.

³¹ Mir sind insgesamt 13 solcher Fotos bekannt: Titelbild, Berliner Illustrierte Zeitung, 17. 11. 1918; Plakate im Zeichen des Wahlkampfes, Neue Illustrierte Zeitung, 10. 3. 1932; Der Abend, 9. 5. 1928, in BArch, R 8034 II/5105, 87; BArch, Bild 102-05929 (1928); B 145 Bild-P046288 (1932); Bild 102-04651A (1932); Bild 102-03111 (1933); LWL-Medienzentrum für Westfalen, Bildarchiv, MZA K550 Die Weimarer Republik, 01_5042 (1932); Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, Nr. 30023987 (1930) und 30003878 (1932); Stadtarchiv Speyer, 233-1/1793 und 1794 (beide 1933); AdsD, Fotosammlung, 6/FOTBo11711 (1932); vgl. Paul, Aufstand (1992), Bild 23 sowie Seiten 151, 156.



Abb. 7. Ein Bürger betrachtet Wahlplakate in der Potsdamer Straße in Berlin, 1920. Fotograf unbekannt, Landesarchiv Berlin, F Rep. 290, Nr. II6209.

ders viel von den Wählern gefordert wurde, stellte sich Enttäuschung über ihre Mängel an politischer Bildung schnell ein. Die Verurteilung der Wählerschaft war also mehr ein Ausdruck öffentlicher Erwartungen an die Befähigung der Bürgerschaft zur politischen Teilhabe als eine kühl kalkulierte Einstufung. Und hier lag ein Unterschied zu Großbritannien: Auf der Insel orientierte sich der politische Betrieb von vornherein an niedrigeren Ansprüchen gegenüber dem Durchschnittsbürger. Typisch dafür, Politik als ein praktisches Problem zu handhaben, lösten gefühlte Kommunikationsprobleme mit der Wählerschaft dabei weniger den Reflex aus, diese für ihre Unfähigkeit zu verdammen. Um etwas zu erreichen, nützte es nicht, Klage zu führen: Eine einfachere Botschaft musste her, die ihren Zweck erfüllen würde.

Schließlich verweist der Kontrast auf noch einen zweiten Unterschied, der nicht unbedingt auf den ersten Blick ins Auge springt. Dass britische Strategen weniger über die Blödheit der Wählerschaft herzogen, hatte auch

den einfachen Grund, dass sie ihr schmeichelten. Um sie zu gewinnen, war es kaum förderlich, Wähler zu beleidigen. Wieso war dies aber in der Weimarer Republik kein Problem, wo die Parteien sich augenscheinlich keine Sorgen darüber machten, mögliche Unterstützer zu verprellen?

Der Schlüssel zur Erklärung liegt in der Adressierung der Wahlwerbung. Während man in Großbritannien wie später in der Bundesrepublik die gesamte Wählerschaft hofierte, richtete sich ein Großteil der Weimarer Parteienpropaganda an Anhänger und Wähler, von denen man ohnehin große Nähe zur Partei erwartete: In der ausdrücklichen Adressierung von Wahlhandbüchern an „sozialdemokratische Wähler“ oder „Zentrumswähler“ ist uns das bereits begegnet. Dumm waren so jeweils die Wähler anderer Parteien – darüber konnte man sich einig sein. Dahinter stand auch eine Annahme, Politik wäre ein Geschäft objektiver Wahrheiten, die mit genügend Bildung erkannt werden müsste. Wie selbstverständlich glaubte dabei jede Partei, diese für sich gepachtet zu haben – eine Überzeugung, die sich in Deutschland bis hin zu den Anfängen des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen lässt.³²

Dieser rationalistische Zug der politischen Auseinandersetzung in Deutschland wird uns noch weiter begleiten. An dieser Stelle wenden wir uns aber noch tiefer der Behandlung der Wähler als Gefolgsleute der Parteien zu. Welche Loyalität konnte man von der Wählerschaft erwarten? Wie besonders deutlich die deutschen Präsidentschaftswahlen zeigen, lagen die Erwartungen hierzu in der Weimarer Republik höher als in Großbritannien.

Allianzen und Gefolgschaften

Die Präsidentschaftswahlen ähnelten in ihrer Durchführung stark den deutschen Abgeordnetenwahlen vor 1914. Wie in den Wahlkreisen des Kaiserreichs wurde auch 1925 und 1932 nicht für Parteilisten, sondern für Personen gestimmt. Die Parteien stellten zunächst je eigene Kandidaten auf, von denen jedoch keiner die erforderliche absolute Mehrheit erreichen konnte. Es kam darum zu einem zweiten Wahlgang und zu Bündnissen

³² Kramer, *Fraktionsbindungen* (1968), 55, 242 f.; Schröder, *Von großen Männern* (2011), 35–37.

zwischen den Parteien, die sich nun auf eine kleinere Zahl aussichtsreicherer Kandidaten verständigten. Nicht nur technisch, auch in der Art der Auseinandersetzung entsprach der Verlauf der Kampagnen dabei den kaiserzeitlichen Abgeordnetenwahlen frappierend.³³

Bei der ersten Präsidentschaftswahl 1925 standen sich in der entscheidenden Runde der „Volksblock“ hinter dem Zentrumsolitiker Wilhelm Marx sowie der „Reichsblock“ hinter Paul von Hindenburg gegenüber. Für Hindenburg warben örtliche Ausschüsse, die mit Vertretern der verschiedenen Parteien und anderer Organisationen besetzt waren, um die bürgerliche Sammlung hinter der Kandidatur zu demonstrieren.³⁴ Auf der anderen Seite der Auseinandersetzung zeigte sich dagegen, dass die Bündnisse nicht unbedingt eine gemeinsame Wahlkampfführung zur Folge hatten. Zwar unternahm Wilhelm Marx selbst eine Rundreise, auf der er in großen Versammlungen von je einem namhaften Politiker der beiden anderen Weimarer Parteien, DDP und SPD, unterstützt wurde. Aber darüber hinaus verlief die Werbetätigkeit der Parteien vor Ort fast ausschließlich nach gängigen Mustern: Ortsgruppen und Bezirksvereine hielten für sich und unabhängig voneinander Veranstaltungen ab.³⁵ Es gab kaum eine gemeinsame Kampagne, die sich an eine allgemeine Öffentlichkeit gerichtet hätte, sondern vielmehr mehrere Kampagnen nebeneinander.

Wie bei den Wahlbündnissen im Kaiserreich war deren Ziel die Überzeugung der eigenen Anhängerschaft, der Bündnispolitik der Parteiführung Folge zu leisten. In Anreden wie der Otto Brauns „an seine Wählerinnen und Wähler“ kam dies unverblümt zum Ausdruck: Nun sei es „unser aller Pflicht, uns mit allen Kräften“ für den Sieg von Marx einzusetzen, forderte Braun seine Unterstützer aus dem ersten Wahlgang in einem Flugblatt auf. Sozialdemokraten und Demokraten waren dabei bemüht, Ängste ihrer Anhänger vor dem katholischen Einfluss auf die Politik zu beschwichtigen. Marx sollte als Garant für die Republik gegenüber Hindenburg als Repräsentanten der alten Ordnung schmackhaft gemacht werden. Die

³³ Vgl. zum Folgenden: Suval, *Electoral Politics* (1985), 95–97, 209, 211 f., 217–225; Gawatz, *Wahlkämpfe* (2001), 325–367.

³⁴ Wahlkampfrichtlinien, DVP-Rundschreiben, 4. 3. 1925, BArch, R 45 II/312, 41–43, 45–49; Fritzsche, *Presidential Victory* (1990), 211–213.

³⁵ Siehe z. B. Aus dem Münsterlande, VM, 23. 4. 1925; Versammlungskalender in NPL, 16. bis 24. 4. 1925; Stump, *Zentrumspartei Düsseldorf* (1971), 60.

Unterstützung für ihn heiße dabei keineswegs, dass damit auch die Politik des Zentrums befürwortet werde, wie man meinte, die Anhänger beschwichtigen zu müssen: Die einzelnen Parteien würden durchaus ihre eigene politische Identität wahren, versicherte Anton Erkelenz in Münster sogar in einer der Marx-Versammlungen.

Offensichtlich gingen die Parteien in der Koalition bei der Loyalität ihrer jeweiligen Anhänger von einer geringen Flexibilität aus. Darauf kalkultierten auch die Gegner. In der Absicht, dem „Volksblock“ bürgerliche Wähler abspenstig zu machen, verwiesen die Strategen hinter der Kandidatur Hindenburgs immer wieder auf die Verbindung zur Sozialdemokratie, die eine Stimmabgabe für Marx gewissermaßen automatisch anrühlich mache.³⁶

Sieben Jahre später wiederholte sich das Spiel, diesmal in einer anderen Konstellation, die den Beteiligten noch peinlicher sein musste. Darauf spekulierten jedenfalls die Angriffe der Nationalsozialisten. Um einen Reichspräsidenten Hitler zu verhindern, scharten sich nun auch SPD und Zentrum in einem Bündnis hinter Hindenburg, das bis zur DVP reichte. Mit solchen Kräften an einem Strang zu ziehen, das ließ sich als zutiefst unanständig anprangern. Wie könne man einen Kandidaten wählen, der den größten Teil seiner Stimmen von 8,5 Millionen Marxisten und 5,5 Millionen Anhängern der katholischen Parteien erhalte? Die noch dazu heuchlerisch und unaufrichtig für eine Person eintraten, die sie noch 1925 selbst heftig bekämpft hätten? Spöttisch zitierten die Nazis zum Beispiel den Aufruf eines sozialdemokratischen Wahlredners an die Anhänger der SPD, man solle eben vor der Wahl einen Schnaps trinken, denn es sei nur verständlich, dass niemandem wohl dabei sein könne, sein Kreuz bei Hindenburg zu machen.³⁷

In der Tat zeigte sich das Unbehagen mit dem Bündnis auch bei den Unterstützern Hindenburgs selbst. Wiederum sollten bürgerliche Ausschüsse für den Generalfeldmarschall werben, aber deren Wahlkampf lief

36 „Otto Braun an seine Wählerinnen und Wähler“ (1925), StALu, Ds, 588/10; Für die Republik, VM, 8. 4. 1925; Holl, Konfessionalität (1969), zu den Marx-Versammlungen 264 f.; WL, 21.-22. 4. 1925, 25. 4. 1925 (Cartoon: „Gebrüder Marx“).

37 Flugblätter: Auf Messers Schneide; Katholiken!, StALu, Ds 588/16; Ein Schnaps – dann Hindenburg; sowie Faksimile sozialdemokratischer Wahlpost v. 26. 4. 1925, in NSZ, 5. 3. 1932.

parallel zu den jeweiligen Anstrengungen des Zentrums und der Sozialdemokraten. Zu praktischer Kooperationen über die ideologischen Gräben hinweg konnte es zwar durchaus kommen: So berichtete ein Agitator für den zentralen Hindenburg-Ausschuss aus dem Pommerschen, er nehme auch die Hilfe von Mitgliedern der SPD und des Reichsbanners an, die er Flugblätter für Hindenburg verteilen lasse, wo ihm dies angeboten wurde. Insgesamt bemerkte man in Berlin kurz vor dem zweiten Wahlgang, dass diese Art von Zusammenarbeit „bis auf ganz geringe Ausnahmen“ überall gut funktioniere. Aber offiziell durfte nicht der Anschein erweckt werden, als arbeite man allzu eng mit Parteien zusammen, die einem unter anderen Umständen als Gegner gegenüber standen.

Bei den örtlichen Ausschüssen, so hieß es etwa in den Vorgaben der DVP, komme eine Beteiligung der Partei nur dann in Frage, wenn diese keine „sozialistischen Elemente“ enthielten, denn ein Zusammenwirken „mit diesen Kreisen“ würde nur für Misstrauen bei den eigenen Anhängern sorgen. Dagegen müsse die volle Selbstständigkeit der Volkspartei bei der Kampagne klar zu erkennen sein.³⁸ Das war auch ein erklärtes Ziel der Zentrumspartei, für die das Bündnis nicht weniger pikant war. Hier war eine Beteiligung an den Ausschüssen insgesamt nicht erwünscht, allenfalls in kleineren Orten oder Landgebieten läge sie im Ermessen der lokalen Organisation. Um nämlich auf diejenigen einzuwirken, „die zu uns gehören“, so hieß es in den Richtlinien aus der Parteizentrale, müsse das Zentrum seine „Werbung in Versammlungen usw. *selbständig*, ohne Anlehnung an andere politische Gruppen“ durchführen.³⁹

All diese Anweisungen und Appelle rechneten mit derselben Annahme einer Unterteilung der Wählerschaft in diskrete Gruppen, die fest an die einzelnen Parteien gebunden seien. Darauf setzte auch die Werbung zur Mobilisierung der eigenen Unterstützer, die anerkannte, dass es nicht einfach würde, die Anhängerschaft zum Sprung über den politischen Graben

³⁸ Bericht über Propagandatour an Hindenburg-Ausschuss aus Ratzebuhr, 10. 3. 1932, BArch, R 43 I/583, 256 f.; Notiz, 7. 4. 1932, BArch R 43 I/586, 159 (Zitat); Anordnungen der DVP zum Hindenburg-Wahlkampf, Vertrauliche Mitteilung Nr. 2, gez. Dingeldey, 18. 2. 1932, BArch R 45 II/376, 15 f., sowie BArch R 45 II/225, 77 f.; vgl. aber: Brief aus Lamsheim, NSZ, 12. 3. 1932.

³⁹ Kaas an Landes- und Provinzvorsitzende, 23. 2. 1932, ACDP, 01-586/Ko36, Hervorhebung im Original.

und zu einer Stimmabgabe für den Kandidaten einer fremden Partei zu bewegen – so fest galt die Loyalität der eigenen Bewegung und nur dieser Bewegung. Darum war so viel Überzeugung nötig, dass diese selbst von der unbehaglichen Allianz auf Zeit keinen Schaden nehmen würde. Auf die tiefen Gräben zwischen Katholiken, Arbeitern und Bürgertum spekulierten schließlich die Angriffe der Gegner, welche die Gefolgschaftstreue zu den Parteien somit für den Normalfall bestätigten.

Die britische Wahlwerbung setzt nicht so offenbar auf solche Zugehörigkeiten. Gänzlich unbekannt war eine Anrede von Wählern als Anhänger bestimmter Parteien zwar auch in Großbritannien nicht. Aber sie hatte sich hier nie zu solcher Bedeutung entwickeln können wie in Deutschland. Dafür hatten sich die Parteien- und Wahlsysteme in beiden Ländern traditionell unterschiedlich entwickelt. Im deutschen Kaiserreich hatte das Stichwahlsystem die Parteien dafür belohnt, loyale Gefolgschaften aufzubauen und diese bestmöglich zu mobilisieren. Denn selbst wenn mit ihnen kein unmittelbarer Sieg geholt werden konnte, verlieh ein gutes Abschneiden im ersten Wahlgang den eigenen Forderungen bei den Verhandlungen über ein Wahlbündnis für die zweite Runde Nachdruck. Das förderte ein erhöhtes Engagement um die Kultivierung einer Anhängerschaft.

In Großbritannien dagegen hatte eine starke Konzentration auf die eigenen Anhänger wenig Sinn. Denn hier hatte sich im 19. Jahrhundert alles in nur einem Wahlgang und klassischerweise zwischen nur zwei Parteien entschieden: Was sollte es da bringen, ausgerechnet diejenigen bekehren zu wollen, die ohnehin schon überzeugt waren? Stattdessen war es vielmehr gerade wichtig, über die festen Anhänger *hinaus* möglichst viele Stimmen zu gewinnen, um eine Mehrheit zu erreichen. Die Anstrengungen mussten sich so hauptsächlich auf die breite Wählerschaft jenseits der loyalen Gefolgsleute richten.

Eine gewisse Änderung brachte das Auftauchen der Labour Party in diese Logik. In den Dreieckskonstellationen, die nun möglich wurden, konnte auch die gezielte Ansprache von Wählern als Parteianhängern eine gewisse Rolle spielen. Wo eine der nun drei Parteien etwa keinen Kandidaten aufstellte, lag es für die beiden anderen nahe, ausdrücklich um die Anhänger der so nicht vertretenen Konkurrentin zu werben. Und auch im Wettbewerb zwischen drei Kandidaten konnte es vielversprechend sein, Anhängern einer gegnerischen Partei das eigene Programm mit dem

taktischen Argument schmackhaft zu machen, dass die eigenen Chancen auf eine Mehrheit besser stünden.

In vielen Orten war so in der Zwischenkriegszeit die Nachfolge der schwachen liberalen Partei umstritten. Das galt auch in Sheffield, wo die Partei 1924 etwa überhaupt keine Kandidaten aufstellte. In seinem Wahlkreis richtete sich darum der Labour-Abgeordnete Cecil Henry Wilson neben seinen anderen Werbetätigkeiten auch ausdrücklich an die „Liberalen in Attercliffe“. Mit einem geradezu klassischen radikal-liberalen Glaubensbekenntnis – Freihandel gegen Schutzzölle, eine Volksregierung gegen das Vetorecht der Lords sowie Besteuerung von Grundbesitz gegen wohlhabende Gutsherrn – versuchte er hier überzeugte Liberale für sich und die Labour Party zu gewinnen.⁴⁰

Die Liberalen selbst waren in dieser Frage gespalten. Der Parteiführer der schwachen örtlichen Organisation, William Clegg, sprach sich öffentlich für die Stimmabgabe zugunsten der Konservativen aus, weil deren Programm weitaus weniger gefährlich als das von Labour sei. Dahinter stand die typische Warnung auch der Konservativen an die liberale Adresse, nur eine Stimme für die Tories schütze vor der roten Gefahr, während eine Aufspaltung des vernünftigen Teils der Wählerschaft in Konservative und Liberale den Sozialisten zum Einzug ins Parlament verhelfen könne. Bezeichnend ist aber, dass diese Empfehlung in einem äußerst unverbindlichen Ton abgegeben wurde. Anders als Otto Braun, der in Deutschland „seine Wähler“ an ihre „Pflicht“ erinnerte, gab Clegg lediglich einen „Ratschlag für Liberale in Sheffield“ ab. Dabei betonte er, dass viele Parteifreunde ihn angesichts der möglichen Optionen – Enthaltung, eine Stimme für Labour oder eine für die Konservativen – um diesen Rat gebeten hätten, und er ging auch nicht weiter, als seine „persönliche“ Meinung und Entscheidung für die Tories zu begründen. Andere Anhänger der Liberalen wandten sich sogleich in ähnlichen Stellungnahmen an ihre Gesinnungsgenossen, um sie dagegen aus ihrer persönlichen Sicht von einer Stimmabgabe für die Arbeiterpartei zu überzeugen.⁴¹

⁴⁰ Shocking Accident Marks Polling Day, SM, 29. 10. 1924 („Attercliffe Liberals“).

⁴¹ Sir William Clegg's Advice to Sheffield Liberals, YTS, 25. 10. 1924; Mrs. A. Barber, Advice to Sheffield Liberals, YTS, 28. 10. 1924; J. Rothnie, ehrenamtlicher Sekretär der Sheffielder ILP, YTS, 27. 10. 1924; Richard Storry Deans / Arthur Ponsonby, Why Liberals Should Vote – Conservative / Labour, SDI, 24. 10. 1924.

Nur in bestimmten Situationen wie diesen hatte die Ansprache von Wählern als Parteianhängern in Großbritannien überhaupt einen gewissen Sinn. Und auch dann war ihr Stellenwert ein anderer als in Deutschland. Wie das Beispiel aus Sheffield zeigt, wurden Unterstützer nicht so selbstverständlich wie in Deutschland als loyale Anhänger behandelt: Man durfte sie nicht zu ihrer Pflicht ermahnen, der Führung zu folgen, sondern konnte ihnen allenfalls nahebringen, wieso man sich selbst zu einer bestimmten Entscheidung durchgerungen hatte. Das verwies auf eine Anhängerschaft nicht aus unerschütterlicher Loyalität zu einer Bewegung und der Partei, die sie repräsentierte, sondern aus Pragmatismus: Wähler würden ihre Stimme denen geben, die am meisten Aussicht auf die Durchsetzung ihrer Überzeugungen boten. Wer wem folgen würde, war so in den Annahmen der britischen Wahlwerbung deutlich umstrittener als in Deutschland.

Schließlich wurde in Großbritannien deutlicher, dass mit diesen Appellen nur Teile der Wählerschaft angesprochen wurden. In Deutschland dagegen, wo Parteien sich ausdrücklich nicht nur an ihre eigenen Wähler wandten, sondern auch die übrige Wählerschaft wie Anhänger der anderen Parteien behandelten, konnte leicht der Eindruck aufkommen, *alle* Wähler müssten einer der Parteien zugeordnet sein. Das zeigt sich noch deutlicher, wenn wir uns nun der Frage zuwenden, worauf sie ihren Führungsanspruch gründeten. In vielerlei Hinsicht basierte dieser in Deutschland weniger auf der Vertretung politischer Ziele als auf der Annahme, Parteien bildeten eine selbstverständliche und quasi-natürliche Vertretung bestimmter Bevölkerungsgruppen. Das war vermutlich nirgendwo so offensichtlich wie bei den Arbeiter- und besonders den katholischen Parteien. Da letztere sich an eine relativ einfach und eindeutig bestimmbare Gruppe der Wählerschaft wenden konnten, lässt sich die Logik dieser Ansprache vermutlich nirgendwo so gut wie hier nachvollziehen. Zunächst gehen wir darum auf den politischen Katholizismus in Deutschland ein, bevor wir uns darauf den Arbeiterparteien und damit auch wieder dem Vergleich mit Großbritannien zuwenden.

Schwarze Interessen

Als politische Interessenvertretung der katholischen Minderheit war das Zentrum im 19. Jahrhundert gegründet worden, um den Kulturkampf des protestantischen Staats abzuwehren, der als Angriff auf die katholische Kirche verstanden wurde. Mehr als 50 Jahre später agierte die Partei im Wahlkampf noch immer nach diesem Selbstverständnis. Inhaltlich besaß darum für die Auseinandersetzung die Erzeugung einer Kulturkampfstimmung immer zentrale Bedeutung: Die Verteidigung katholischer Interessen erschien bis in die 1930er Jahre am vielversprechendsten für eine Vereinigung aller Katholiken als Anhänger hinter dem Zentrum und seiner bayerischen Schwesterpartei, der BVP.

Zu Beginn der Republik lieferten dafür die antiklerikalen Äußerungen des linken Kultusministers Adolf Hoffmann maßgeschneiderte Vorlagen, die das Zentrum überall im Reich dankbar aufgriff, um sich als Retterin der christlichen Schule zu gerieren.⁴² Später erforderte die Strategie mitunter Umwege: Weil es in Deutschland selbst kaum brauchbare Beispiele gab, „verlegte“ das Zentrum seinen Wahlkampf 1928 zum Beispiel kurzerhand nach Mexiko, wie die Sozialdemokraten spotteten. Ausgiebig berichteten zentrumsnahe Medien über die dortige Verfolgung von Katholiken durch eine sozialistische Regierung; in Versammlungen erließen deutsche Mitgläubige Resolutionen des Protests gegen den „Religionskrieg“ des mexikanischen Staats gegen die Kirche. Der Kritik der SPD, die diese Agitation in Broschüren und Zeitungsartikeln als ein durchsichtiges „Wahlmanöver“ zur Erzeugung einer Verfolgungstimmung brandmarkte, wurde mit vermehrter Entrüstung begegnet: Priester hätten in Mexiko kein Wahlrecht, die Kirche sei vollständig aus der Schule verbannt, und – der Zahl der Ausrufezeichen nach war dies der größte Skandal: Priester mussten „verheiratet (!!)" sein, ließ ein Wahlhandbuch des Zentrums wissen.⁴³ Solche Botschaften zielten allein auf die gläubigen Katholiken

⁴² Morsey, *Zentrumspartei* (1966), 110–117; Dahm, *Pfarrer* (1965), 134–137; Grevelhörster, *Münster* (1993), 37 f.; Stump, *Zentrumspartei Düsseldorf* (1971), 29 f.

⁴³ Zitate: Aus dem Wahlkampf, PP, 9. 5. 1928; Wahltag in Bellheim, PP, 23. 5. 1928; Schreiber, *Reichstagswahl* (1928), 23–26; *Die Katholikenverfolgung in Mexiko*, Germania, 5. 5. 1928. Die SPD brachte eine ganze Broschüre zum Thema: SPD-Parteivorstand (Hrsg.), *Sozialdemokratie im Wahlkampf* (1928), 36; siehe auch Marshall, *Political*

unter den Wählern. Das kam auch ganz explizit in den Wahlaufrufen von Zentrum und BVP zum Ausdruck: Nicht an die Wählerschaft insgesamt, sondern an die „Katholiken“ in Deutschland richteten sie einen Großteil ihrer Appelle.⁴⁴

Die Verteidigung katholischer Werte stand in einem starken Kontrast dazu, Attraktivität auch jenseits der „natürlichen“ Klientel der deutschen Katholiken zu gewinnen. Dabei probierte die Zentrumsartei durchaus, sich in diese Richtung zu öffnen. Direkt nach dem Krieg etwa trat die Partei vielerorts als „Christliche Volkspartei“ in den ersten Wahlkampf zur Nationalversammlung ein. Ihre neu gegründete bayerische Schwester versuchte ähnliches und trat bewusst als interkonfessionelle Gruppierung auf, die sich ausdrücklich als Neugründung verstand und sich von der Tradition des Zentrums zu distanzieren versuchte. In der Pfalz betonte die BVP in diesem Rahmen etwa, dass sich ihr auch viele Protestanten angeschlossen hätten; an erster und dritter Stelle ihres Wahlvorschlags stellte die Partei demonstrativ evangelische Kandidaten auf.⁴⁵

Andere Landesverbände und Ortsgruppen allerdings zogen nicht mit und konterkarierten so die Namensänderung. Gerade in überwiegend katholischen Gegenden, wie dem Münsterland, Oberschlesien oder den homogen katholischen Diasporagebieten in Hessen-Kassel, erschloss sich nicht unbedingt, welchen Anklang ein Auftreten als überkonfessionell-christliche Partei haben sollte. Hier trat das Zentrum zum Beispiel als „Katholische Volkspartei“ auf, oder es blieb einfach beim alten Namen, der unter Umständen noch mit dem Zusatz „(Christliche Volkspartei)“ versehen wurde.⁴⁶ Gegenüber einer Wählerschaft, die fast ausschließlich ohnehin katholischen Glaubens war, sprach vor Ort viel dafür, auf Kontinuität in der Namensgebung zu setzen – einer glaubhaften Öffnung der Gesamtpartei anderswo stand das aber demonstrativ im Weg.

Development (1972), 277; Kitzing, Wahlkampfstrategie (2006), 109, 112; Lau, Wahlkämpfe (2008), 354–357; insgesamt: Rauh-Kühne, Katholisches Milieu (1991), 130–134.

⁴⁴ Etwa Flugblätter „Pfälzer Katholiken!“ (1925), StALu, Ds, 588/9; „Letzter Appell“ und „Illustrierte Wahlzeitung“ (1930), StALu, N 2/167, 58, 60–67; An die deutschen Katholiken, MA, 2. 5. 1924.

⁴⁵ Werbung BVP, GAL, 7. 1. 1919; vgl. Früher und jetzt, PP 10. 1. 1919; Schönhoven, Bayerische Volkspartei (1972), 21 f.

⁴⁶ Morsey, Zentrumsartei (1966), 133; An die Gesamtbevölkerung Münsters! MZ, 18. 1. 1919; Weichlein, Sozialmilieus (1996), 88 f.

Hinter den Versuchen zu einer Verbreiterung des Vertretungsanspruchs der Zentrumspartei standen Reformer, die bereits seit der Vorkriegszeit eine Neuausrichtung hin zu einer gesamtkirchlichen Volkspartei forderten. Wie damals konnten diese jedoch auch in den 1920er Jahren innerhalb der Partei kaum etwas erreichen. Wenig half ihnen, dass der halbherzige Auftritt als interkonfessionelle Volkspartei zur Nationalversammlungswahl nur mäßigen Erfolg einbrachte. Dementsprechend schiefen die Ansätze zu einer Öffnung in der Wähleransprache bereits 1920 wieder ein. Erst um 1930 sollte die Zentrumspartei sich angesichts der Herausforderung durch die Nationalsozialisten öffentlich wieder verstärkt bemühen, Wähler jenseits ihrer Stammklientel zu erreichen. Bis dahin versuchten Zentrum und BVP zwar auch, hier und da gezielt protestantische Wähler anzusprechen – in gemischten Gegenden wie der Pfalz konnten derartige Aufrufe zumindest nicht schaden. Allerdings waren die Versuche rar gesät,⁴⁷ und sie standen in einem gewissen Widerspruch zu den übrigen Werbeanstrengungen der Partei: So intensiv, wie Zentrum und BVP sich während des Wahlkampfes in die Verteidigung katholischer Belange hineinsteigerten und ausdrücklich um die Stimmen der Katholiken warben – wie glaubhaft konnte man da erwarten, dass sie auch protestantische Wähler vertreten würden?⁴⁸ So stand die Konzentration auf die Stammklientel der Parteien ihrer Öffnung für andere, nichtkatholische Wählerschichten im Weg.

Dazu war mit der Gründung der BVP nach dem Weltkrieg erstmals eine Konkurrenzsituation im katholischen Lager entstanden. Grundsätzlich vermieden beide Parteien zwar einen Wettbewerb, indem sie sich ihr jeweiliges Territorium – die BVP in Bayern, das Zentrum im Rest des Reiches – nicht streitig machten. Dennoch konnte es zwischen den Schwestern zu hitzigen Auseinandersetzungen kommen, und diese ließ beide Parteien umso stärker bemüht erscheinen, ihre Führungsrolle im katholischen Deutschland hervorzuheben.

Mitte der 1920er Jahre brach der Konflikt offen aus. Das zentrale Kampfgebiet lag dabei in der Pfalz, wo es zur Spaltung zwischen dem linken und

47 Etwa: Der 7. Dezember. Weitere Abhandlungen zu den Reichstags- und Kommunalwahlen, NPL 26. 11. 1924; Evangelische Wähler! NPL 5. 12. 1924; Lau, Wahlkämpfe (2008), 273 f., 315 f.; zu den Hintergründen ausführlich: Morsey, Zentrumspartei (1966), 33–41, 94–109, 128–133, 290 f., 317 f., 362–378, 468–475.

48 Vgl. Die Bayerische Volkspartei und die christliche Weltanschauung, PP, 9. 1. 1919.

dem rechten Flügel des Parteiverbandes kam. Nachdem die Fraktionsgemeinschaft von BVP und Zentrum im Reichstag bereits 1920 zerbrochen war, favorisierten beide Gruppierungen jeweils einen Anschluss an eine andere der beiden katholischen Parteien. Die Überhand schien in dieser Auseinandersetzung zunächst der BVP-nahe Flügel zu erlangen, der 1921 die formelle Zugehörigkeit der pfälzischen Organisation zur BVP erreichen konnte. Ihr Reichstagsabgeordneter Hermann Hofmann dachte jedoch nicht daran, die Zentrumsfraktion zu verlassen, und auch nach der Wahl von 1924 wollte er seine Arbeit hier statt bei der BVP fortsetzen. Weil kein Kompromiss gefunden werden konnte, brach ein heftiger Streit aus, in dem die nun verfeindeten Schwestern sich gegenseitig ihre politischen Sünden vorhielten. Bis 1927 erneut eine Einigung gefunden werden konnte, mit der beide Parteien zur Kooperation zurückfanden, trat man mit getrennten Listen an; auch im übrigen Bayern unterstützte das Reichszentrum zu dieser Zeit Kandidaturen gegen die BVP.

Einen Hauptteil der Wahlkampfauseinandersetzung führten die Parteien in der Pfalz nun gegeneinander und darum, wer beanspruchen konnte, die Tradition katholischer Interessenvertretung fortzusetzen. In vertrauten Tönen, die man sonst vor allem von deutschnationalen Gegnern des Zentrums hörte, klangen von Seiten der BVP Vorwürfe über die Zusammenarbeit mit den Sozialisten; das Zentrum hielt dem die Spaltung der Katholiken durch den Abfall der BVP vom Mittelkurs des legendären Parteiführers Ludwig Windthorst entgegen.⁴⁹

Streitigkeiten dieser Art erschwerten es Zentrum und BVP, sich von der ausdrücklichen Vertretung der Katholiken und ihrer Interessen zu lösen, um sich auch für andere Bevölkerungsgruppen zu öffnen. Zwar brach der Streit im katholischen Lager nicht überall so offen aus wie Mitte der 1920er Jahre in der Pfalz. Der Fall zeigte aber, dass man stets damit zu rechnen hatte; und allein die Möglichkeit bestärkte die Partei darin, nicht locker zu lassen in ihrem ausdrücklichen Werben um die Katholiken. Gegenüber dem Kaiserreich, als der politische Katholizismus stärker geschlossen gewesen war, erhöhte sich so in der Zwischenkriegszeit der Druck, den

⁴⁹ Vor der Scheidung, NPL, 11. 4. 1924; Das Zentrum marschiert, NPL, 22. 4. 1924; Zentrum oder Bayerische Volkspartei? NPL, 22. 11. 1924; NPL, 4.–6. 12. 1924. Pieroth, Parteien und Presse (1994), 69–72; Ruppert, Dienst (1992), 60 f., 306–314.

Anspruch auf die ausschließliche Vertretung der Stammklientel energisch zu verteidigen. Das wiederum stand im Spannungsverhältnis dazu, Attraktivität für eine breitere Wählerschaft zu gewinnen. Und es führte dazu, dass die Verbindung zwischen Katholiken und „ihren“ Parteien in der Öffentlichkeit stets aufs Neue laute Betonung fand.

Diese Logik galt ebenso für die Werbeanstrengungen der deutschen Arbeiterparteien, die nicht minder als „natürliche“ Interessenvertreter auftraten. Wenn wir uns diesen nun zuwenden, können wir auch wieder zum Vergleich zu Großbritannien zurückkehren. Schließlich gab es auch auf der Insel eine Arbeiterbewegung – eine Ansprache der eigenen Klientel im Wahlkampf spielte bei dieser jedoch eine weitaus kleinere Rolle als in Deutschland.

Rote Interessen

Auch die SPD war im 19. Jahrhundert ausdrücklich als die politische Interessenvertretung einer relativ klar zu bestimmenden Bevölkerungsgruppe gegründet worden. In Großbritannien gab es hierbei eine Parallele: Die Labour Party war ebenfalls mit dem bestimmten Ziel angetreten, der Arbeiterschaft eine politische Vertretung zu geben. An den Arbeiterbewegungen in beiden Ländern lässt sich darum im Vergleich besonders gut nachvollziehen, wie sich ein solcher Führungsanspruch über eine bestimmte Wählergruppe in den öffentlichen Auseinandersetzungen in der Zwischenkriegszeit entwickelte.

In der Wahlwerbung der deutschen Arbeiterparteien entsprachen Anreden ihrer gedachten Klientel, der Arbeiterschaft, auch nach dem Weltkrieg noch geradezu bilderbuchhaft dem Anspruch ihrer „natürlichen“ Vertretung. Eine Materialsammlung für Wahlredner der USPD zur Reichstagswahl 1920 argumentierte etwa ganz klassisch mit der marxistischen Idee des „falschen Bewusstseins“, an dem Teile der Arbeiterklasse litten. Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung zum Proletariat gehöre, sei der Wahlausfall kein einfaches Rechenexempel, weil noch „große Scharen“ ihre „Klassenlage“ nicht begriffen hätten und darum „abseits“ der Bewegung stünden. Es war Aufgabe der Propagandisten, durch Aufklärung

auch diesen Proletariern zur Erkenntnis zu verhelfen, dass ihre natürliche Interessenvertretung nur bei der sozialistischen Partei liege.⁵⁰

Nicht minder verstand sich der revisionistische Flügel der organisierten Arbeiterbewegung als eine solche „natürliche“ Vertretung. So argumentierte die pfälzische SPD im Mai 1928, der Bürgerblock nach den Dezemberwahlen 1924 habe überhaupt nur zustande kommen können, weil Millionen Proletarier einen „falschen Stimmzettel“ – sprich: einen nichtsozialdemokratischen – abgegeben hätten. An diese richtete sie die Frage: „Warum steht ihr drüben?“ Augenscheinlich war den Millionen Arbeitnehmern, die bei der letzten Abstimmung „falsch gewählt“ hatten, die Tragweite ihrer Verfehlung nicht bewusst. „Ihr acht Millionen“, hieß es an ihre Adresse: „ihr seht euch nach Luft, nach Sonne in eurem düsteren, entbehrungsreichen Leben. Ihr könnt Sonne und Lebensfreude für euch und eure Kinder haben, *wenn ihr wollt! Kommt herüber zu uns!*“⁵¹ Wie Zentrum und BVP umwarben so die deutschen Arbeiterparteien ausdrücklich eine Stammklientel, was zugleich einer Öffnung für breitere Wählerschichten im Weg stand. Nichts zeigt das besser als der Kontrast mit Großbritannien, wo der Labour Party genau das nämlich gelang.

Auch in Großbritannien war das Argumentationsprinzip nicht unbekannt, Wähler auf Grund ihres sozialen Hintergrunds fest einer bestimmten Partei zuzuordnen. Das Selbstverständnis, den Arbeitern eine Stimme zu geben, prägte zweifellos auch nach 1918 noch die Werbeanstrengungen der britischen Arbeiterpartei, die den Vertretungsanspruch als „Labour Party“ schließlich explizit in ihrem Namen trug. Besonders in industriellen Hochburgen versuchte sie Kapital aus der engen Verbindung zur Arbeiterschaft und anderen ihrer Interessensorganisationen zu schlagen. In manchen Orten, wie den roten Industrie-Wahlkreisen in Sheffield, dem Kohlerevier im Süden von Wales oder den Sozialistenparadiesen an den Ufern des Clyde und in West Ham, gehörte die Partei als ein so integraler Bestandteil zur Gesellschaft vor Ort, dass sie ähnlich wie die Milieupartei-

⁵⁰ Material für die Redner der USPD zur Reichstagswahl 1920, Russisches Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der Neuesten Geschichte, Fonds 215, Opis 1 (Dittman, Wilhelm), Bd. 85 (Mikrofilm im AdsD), 15–22, Zitate 16.

⁵¹ Was kostet ein falscher Stimmzettel; Warum steht ihr drüben? PP, 11., 14. 5. 1928, Hervorhebung im Original. Plakate etwa: Jeder der arbeitet hat ein Recht zu leben!, sowie Arbeiter! (beide 1924), StALu, alt, ZR I 1412/22.

en in Deutschland selbstbewusst als die natürliche politische Vertretung der Gemeinschaft auftreten konnte.⁵²

Sie tat das allerdings bei weitem nicht so ausdrücklich wie die SPD in Deutschland: Weit weniger als die deutschen Sozialdemokraten appellierten Kandidaten der Labour Party explizit an die Arbeiterschaft und ihre Klasseninteressen. Der Vertretungsanspruch der Partei wurde vielmehr implizit darin sichtbar, dass die Gegner ihn herausforderten; Labour-Kandidaten selbst hielten sich eher zurück, ihn aggressiv zu proklamieren. Das zeigte sich insbesondere in Wahlkreisen, wo die Arbeiterschaft die überwältigende Mehrheit der Wähler stellte: Nicht einmal hier bediente sich die Wahlwerbung der Labour Party einer klassentheoretischen Rhetorik, wie sie in Deutschland üblich war. Der Kontrast mit den Anstrengungen der Konkurrenz zur Linken der britischen Arbeiterpartei verdeutlicht das an diesen Orten.

Wie ihre deutschen Genossen zeichneten sich nämlich britische Kommunisten durchaus als Mitglieder einer Gemeinschaft klassenbewusster Proletarier, an deren Solidarität sie appellierten. Ihre Aufrufe richteten kommunistische Kandidaten an ihre „Genossen“ und „Mit-Arbeiter“, an die „Arbeiter“, die „Wähler aus der Arbeiterklasse“ in ihrem jeweiligen Wahlbezirk oder gar an die „Mit-Angehörigen der Klasse der Lohnsklaven“. Die Adressen waren gespickt mit den Phrasen des revolutionären Klassenkampfes; spätestens ab 1929 kam das Dogma des Kampfes „Klasse gegen Klasse“ und gegen den immer offener faschistischen Charakter der kapitalistischen Herrschaftsordnung hinzu, das zeitgleich auch die Propaganda der deutschen Kommunisten prägte. Am Ende verzichteten kommunistische Kandidaten in Großbritannien auch in ihren Schlussformeln nicht auf proletarische Solidaritätsbekundungen: Einige zeichneten „Brüderlich“, manche empfahlen sich etwas dramatischer als „Der Eurige für die Arbeiterschaft“ oder „in ihrem Kampf“, wenn nicht gar „für die Weltrevolution“.⁵³

52 Etwa: Williams, *Democratic Rhondda* (1996); Marriott, *Labourism* (1991); Boughton, *Working-class Politics* (1985), 285–334; McLean, *Legend* (1983), bes. 157–163, 184–192; vgl. McKinlay/Morris (Hrsg.), *ILP* (1991).

53 Einige Beispiele aus CPA, PUB 229: John Maclean's *Electioneer* (Glasgow Gorbals, 1922): „fellow-members of the wage-slave class“, „Yours for the World Revolution“ (2/16, 44); Robert Stewart (Dundee, 1924): „To the Working Class Electors of Dundee“, „Yours for the working-class [!] *all the time*“ (4/17, 13); Arthur L. Horner (Rhondda

Labour-Kandidaten setzten sich markant von dieser Rhetorik ab. Das galt selbst für Radikale wie James Maxton, der in seinem Aufruf für den „Umsturz der Tyrannei des kapitalistischen Gesellschaftssystems“ zu kämpfen versprach. Maxton argumentierte aus der Perspektive der Arbeiterschaft und ihrer Armut, vermied dabei aber die Begrifflichkeit der Klasse aus der Marxschen Theorie. Mehr noch, während er auf seine Versuche zur Verbesserung des Loses der „Arbeiter und Arbeiterinnen“ in seinem Wahlkreis einging, gab Maxton zugleich der Hoffnung Ausdruck, dass die Arbeiterpartei bei einem verbesserten Wahlergebnis noch mehr für die „Rettung des Volkes“ tun könne.

Dieser fließende Übergang von den „einfachen Arbeitern“ zum „Volk“ war typisch. Er sprach eine breitere Allgemeinheit der einfachen Leute an, der sich nicht nur ausgewiesene Proletarier zugehörig fühlen konnten. Einige Kandidaten in Arbeiterhochburgen betonten noch ausdrücklicher, dass sie jederzeit die „Sache des Volkes gegen die Mächte des Geldes und des Monopols“ vertreten würden. Die Botschaft der Labour Party sei „zum Wohle *aller* Bürger“. Eine ganze Reihe Kandidaten übernahmen hier auf ihren Adressen den Slogan „Labour’s Policy is the People’s Welfare“, den die Parteizentrale auch in Form eines aufwändig gestalteten Vordrucks für Wahladressen zur Verfügung stellte.

Entsprechend klangen auch Anreden und Grußformeln der Aufrufe. Anders als in den Wahladressen der Kommunisten, wandten sich Labour-Kandidaten nicht an die Arbeiter, sondern klassisch an die „(Parlaments-) Wähler“ oder die „Mitbürger“ im Wahlkreis; und statt ihren Aufruf mit klassenkämpferischem Pathos zu beenden, griffen sie zu Schlussformeln wie „Hochachtungsvoll“ oder „Mit den besten Empfehlungen“, die so bei allen Parteien üblich waren. Auch James Maxton eröffnete seinen Brief an die „Wähler des Parlaments-Wahlkreises Bridgeton“ ganz typisch mit einem einfachen „Ladies and Gentlemen“ und schloss mit einem „Yours sincerely“.⁵⁴

East, 1929), John Ross Campbell (Ogmore, 1929): „Fellow Working Men and Women“, „Yours fraternally“ (5/16, 25, 75); Harry Pollitt (Seaham, 1929): „Comrades!“, „Workers, Vote Communist!“ (5/10, 60); George H. Fletcher (Sheffield Attercliffe, 1931), J. T. Murphy (Sheffield Brightside, 1931): „To the working-Class Men and Women of [...]“, „Yours fraternally“ (6/6, 16, 19).

⁵⁴ Maxton (Glasgow Bridgeton, 1923): „working men and women of my constituency“, „for saving the people“, „To the Electors of Bridgeton Parliamentary Constituency“

Allein daran war deutlich zu erkennen, dass die Labour Party nicht als eine revolutionäre Kraft auftrat, sondern – anders als die Kommunisten – zu den alten Parteien gezählt werden konnte. Denn obwohl es in Wahlkreisen mit einer überwältigenden Zahl von Arbeitern durchaus ein plausibles Kalkül sein konnte, diese auch als solche anzusprechen, folgten die Adressierungen der Labour-Kandidaten auch hier den etablierten Formulierungen der Liberalen und der Torys. In ihrer Wahlkampfkommunikation war der Unterschied zwischen Kommunisten und der Labour Party in Großbritannien damit sehr viel deutlicher sichtbar als der zwischen der SPD und den Linksaußen in Deutschland: Die deutsche Sozialdemokratie gab mit ihrer Klassenkampfrhetorik mehr Anlass, sie in enger Nähe zu den Linksradikalen beim Industrieproletariat zu verorten.

Offensichtlich war die Labour Party weniger besorgt darum, ihren Vertretungsanspruch über die Arbeiterschaft zu verlieren – aus diesem Grund sah sie sich nicht gezwungen, ihn öffentlich so offensiv zu verteidigen wie die Sozialdemokratie in Deutschland. Sie musste allerdings auch weniger Sorge haben. Denn im Vergleich mit Deutschland war die Herausforderung von Links in Großbritannien kaum der Rede wert: Der Kommunismus war hier ein wesentlich marginaleres Phänomen. Seinen größten Angriff startete er 1931 mit einem an „Arbeiter! Matrosen! Soldaten!“ gerichteten Manifest, um die Vorherrschaft der Labour Party über das Proletariat zu brechen. Selbst dann reichte es allerdings nur in 26 der 603 Wahlkreise für Kandidaturen, was die Reichweite solcher Appelle allein örtlich stark beschränkte: Die flammenden Aufrufe zur Revolution in den Wahladressen konnte die überwältigende Mehrheit der Wählerschaft nicht einmal zur Kenntnis nehmen.

Und selbst wo sie vorgetragen wurden, fanden sie offensichtlich nur geringe Resonanz. Von der kleinen Zahl der kommunistischen Kandidaten konnte wiederum nur eine Minderheit überhaupt eine einigermaßen bedeutende Anzahl von Wählern von sich überzeugen, und wie zwei Jahre zuvor schaffte auch 1931 nicht ein einziger von ihnen den Einzug ins Parlament. Insgesamt konnte die Communist Party of Great Britain auf

(CPA, PUB 229/3/16, 32); T. I. Mardy Jones (Pontypridd, 1923): „to champion the cause of the People against the powers of Money and Monopoly“ (CPA, PUB 229/3/15, 36); John Winning (Glasgow Kelvingrove, 1929): „for the Good of ALL Citizens“ (CPA, PUB 229/5/18, 53); vgl. Lawrence, *Politics of Class* (2011), 252 f.

dem Höhepunkt ihrer Erfolge zwischen den Weltkriegen gerade einmal 0,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinen.⁵⁵ Das war weit entfernt von der radikalen Linken in Deutschland, die nach 1919 über das gesamte Reichsgebiet niemals weniger als 9 Prozent einfuhr und stets mit 45 bis 100 Abgeordneten im Reichstag saß.⁵⁶

Zudem war das Verhältnis zwischen beiden Parteien nicht so vergiftet wie in Deutschland. Über weite Strecken der Zwischenkriegszeit zeichnete sich der britische Kommunismus anders als auf dem Kontinent nicht durch Fundamentalopposition gegenüber der gemäßigten Arbeiterpartei aus. Im Gegenteil, kommunistische Kandidaten versprachen sich zu Anfang der 1920er Jahre Vorteile davon, Nähe zur Labour Party zu suchen. Solange dies möglich war, verwiesen sie etwa darauf, dass sie als Doppelmitglieder in der Labour Party auch deren Regeln anerkannten. Trotz der ideologischen Differenzen war zudem die britische Kommunistische Partei zumindest bis Ende der 1920er Jahre pragmatisch genug, Vertreter der Labour Party zu unterstützen. Ein offensichtlicher Grund dafür lag im Wahlsystem, das es einer kleinen Partei wie den Kommunisten gegenüber der bereits etablierten Konkurrenz schwer machte. Zudem hatte es anders als in Deutschland nach dem Weltkrieg keine Revolution gegeben, welche dort die Gräben zwischen Links und Linksaußen zementiert und mit einigem bösen – und nicht nur metaphorischen – Blut gefüllt hatte.⁵⁷

Die Labour Party hatte so in Großbritannien schlicht nicht so viele Möglichkeiten wie die SPD, Anhänger auf ihrem linken Flügel zu verprellen. So musste sie auch ein Abbröckeln ihrer Gefolgschaft am linken Rand der Bewegung weniger befürchten. Das war bei der SPD anders: Noch stärker, als wir es in Deutschland bereits für das katholische Lager beobachtet haben, standen die Sozialdemokraten praktisch überall unter dem Druck der Konkurrenz von links, die ihren Anspruch über die Führung der Arbeiterschaft mit hoher Glaubwürdigkeit herausforderte. Es verwundert

55 Worley, *Class Against Class* (2002), 182, 279 f.; Rallings/Thrasher (Hrsg.), *British Electoral Facts* (2000), 23–37.

56 Vogel/Nohlen/Schultze, *Wahlen in Deutschland* (1971), Tab. A11, 296 f.

57 Aitken Ferguson (Glasgow Kelvingrove, 1923), Alec Geddes (Greenock, 1923), CPA PUB 229/3/16, 52, 70; James, *Politics of Identity* (2008), 170; Worley, *Class Against Class* (2002), 8–11; vgl. Macintyre, *Little Moscows* (1980), 71–74. Die Brückenschläge, die Mallmann, *Kommunisten* (1996), 261–283, beschreibt, ändern an dem Kontrast nichts – alleine, weil es sich zumeist um Annäherungen „trotzdem“ handelt.

darum nicht, dass die SPD in Deutschland stärker bemüht war als ihre Schwester in Großbritannien, diesen Anspruch lautstark zu verteidigen.

Umgekehrt machte es das der britischen Labour Party bedeutend einfacher als der deutschen Sozialdemokratie, ihre Attraktivität in die Mitte der Gesellschaft auszuweiten. Und hier lag für die britischen Genossen die größere Herausforderung. Auch von dieser Richtung nämlich gehörte es für die gegnerischen Parteien zum Standard-Repertoire, den Vertretungsanspruch der Labour Party herauszufordern. Wo dies plausibel war, stellten zum Beispiel auch liberale und konservative Kandidaten gezielt ihren eigenen Hintergrund und ihre Verdienste um die Arbeiterschaft heraus, um in industriellen Gegenden Stimmen zu gewinnen. In Sheffield gehörten dazu C. S. Rewcastle oder der Gewerkschaftssekretär Thomas Casey, die als Sozialliberale in der Tradition der Lib-Lab-Pakte antraten. Dieses Vorbild fand durchaus Anklang bei solchen Arbeitern, die selbst wenig vom quasi-natürlichen Führungsanspruch der Labour-„Demagogen“ hielten, weil auch sie ihre politische Heimat bei einer der anderen Parteien gefunden hatten. Mitunter hatten diese allerdings einen schweren Stand: Das Outing eines selbsterklärten Arbeiters als Tory bei einer Wahlversammlung in Sheffield etwa erntete im November 1922 nur Aufschrei und Gelächter: „Ein konservativer Arbeiter! So etwas hatten sie im East End noch nicht gesehen“, kommentierte ein Kolumnist.⁵⁸

Wahlsiege gegen Labour wurden an solchen Orten in der Tat schnell ein Ding der Unmöglichkeit. Dennoch hielten Liberale und Konservative ihre Werbeanstrengungen um die Arbeiterschaft aufrecht. Dabei versuchten sie nicht, der Labour Party den Rang abzulaufen – ein Wettstreit um die „natürliche“ Führung über die Arbeiterschaft war gegen das Original schließlich kaum zu gewinnen. Ihre Strategie lag eher darin, mit glaubhaften Arbeiterkandidaten grundsätzlich in Frage zu stellen, dass es einer gesonderten Vertretung für die Interessen der Arbeiter überhaupt bedurfte: Nicht anders als alle anderen Klassen wäre auch die Arbeiterschaft bei den alten Parteien gut aufgehoben, die anders als Labour nicht ausschließlich die Sonderinteressen einer bestimmten Gruppe bedienten. Mehr noch,

⁵⁸ A Working-Man, Too Easily Led, YTS, 23. 10. 1924 („Tub Thumper“); The Passer By, SDI, 4. 11. 1922 („A working-man Conservative! They had never seen the like before in the east end.“); Working Man Tory, SM, 4. 11. 1922; James, Politics of Identity (2008), 171. Dazu auch unten, S. 365.

die Selbstdarstellung von Kandidaturen mit proletarischen Referenzen als dezidiert nichtsozialistisch diente als indirekte Anklage, dass der Labour Party im Grunde auch nicht viel am Wohl der Gesamtarbeiterschaft lag. Sie nutze die Solidarität der Arbeiter nur als Deckmantel, um ein viel schmaleres und gefährliches Programm zu verfolgen, lautete der Vorwurf gegen die Partei – darum waren insbesondere Konservative bemüht, sie konsequent als „Sozialistische“ statt als „Arbeiterpartei“ zu bezeichnen.⁵⁹

Der Herausforderung einer Politik, die mit sozialen Klassenlagen argumentierte, begegneten insbesondere die Torys also damit, dass sie diese soziale Zuordnung eben *nicht* übernahmen. Statt Wähler aus der Arbeiterschaft als Teilhaber an den kollektiven Interessen einer homogenen Gruppe zu behandeln, zielte die konservative Wahlwerbung eher darauf, an das Allgemeinwohl, das Volk insgesamt und die persönlichen und eigennützigen Interessen jedes Einzelnen als Sparer, Konsument und in einer Vielzahl anderer möglicher Rollen zu appellieren.⁶⁰ An der Beschreibung der Arbeiterschaft als Gemeinschaft, die eine einheitliche Repräsentation bräuchte, ging diese Strategie in gewissem Sinne einfach vorbei.

Das konnte nicht ohne Auswirkung auf die Propaganda der Labour Party selbst bleiben. In den 1920er Jahren zeigte die Partei sich bemüht, jeglichen Vorwürfen des Extremismus den Wind aus den Segeln zu nehmen. Sie betonte darum ihre Verfassungstreue und versuchte auf pikante Begriffe wie Sozialismus und Nationalisierung zu verzichten. Der bekannte Pazifist und Labour-Abgeordnete E. D. Morel ging in seinem Wahlprogramm von 1923 sogar so weit, gerade die Existenz einer „Verfassungstreuen Labour Party“ – „und nichts anderes“ – zu einem Bollwerk gegen die Revolution zu erklären.⁶¹ Laura Beers sieht auch in Mäßigungen des Parteiprogramms – wie den Verzicht auf die Kapitalabgabe 1924 – eine direkte Reaktion auf die Angriffe der Gegner. Labour änderte nicht nur die Darstellung, sondern fuhr auch die Substanz der eigenen Forderungen

⁵⁹ Etwa: General Principles, CAJ, Feb 1922, 11 f.; Ball, Portrait (2013), 90.

⁶⁰ Jarvis, Class Politics (1996), bes. 71–84; vgl. McKibbin, Conventional Wisdom (1990); Marriott, Labourism (1991), 56–58, 61–67.

⁶¹ In: CPA, PUB 229/3/16, 14 („It is the existence of a Constitutional Labour Party and nothing else which stands between this Country and Revolution.“); vgl. z. B. David Graham Pole (Cardiff Central, 1924) und Harold Lloyd (Cardiff East, 1924), CPA, PUB 229/4/15, 4, 7; Daniel Mopkin (Carmarthen, 1929), CPA, PUB 229/5/16, 44.

gen zurück, um Ängste über den Radikalismus zu beschwichtigen, die insbesondere die Torys schürten.

Auf die Herausforderung ihres Vertretungsanspruchs über die Arbeiterschaft reagierte die Labour Party also weniger damit, diesen lautstark zu verteidigen – stattdessen versuchte sie, ihre Anziehungskraft zu vergrößern. Dahinter stand ein pragmatisches Machtkalkül. Die Wahlerfolge Anfang der 1920er Jahre hatten schnell gezeigt, dass ein Sieg und eine Mehrheit im Parlament für Labour möglich waren. Dafür, das erkannten die Strategen schnell, brauchte es allerdings mehr als die Stimmen der Arbeiter aus der Gewerkschaftsbewegung, denn nicht jeder Wahlkreis lag in einem Kohlerevier oder einem Arbeiterstadtteil. Wichtiger, als den Vertretungsanspruch für die Arbeiterklasse zu verteidigen, war für die Partei darum vielerorts, an Attraktivität für andere Wähler- und insbesondere die Mittelschichten zu gewinnen.

Entsprechend setzte auch die Arbeiterpartei auf Botschaften, welche die Wählerschaft insgesamt als Allgemeinheit zu überzeugen versuchte. Wie es die älteren Parteien vormachten, präsentierte auch Labour sich als eine „nationale“ Partei, in der alle Schichten repräsentiert waren. Ähnlich den konservativen Formulierungen sympathisierte zudem auch die Wahlwerbung der Arbeiterpartei mit den Wählern weniger als Arbeitern im Produktionsprozess, sondern vielmehr aus einer (weiblichen) Perspektive des Haushalts, indem sie einfühlsam auf die Schwierigkeiten einging, mit geringen Einkommen über die Runden zu kommen. Solche Botschaften mussten nicht in einem Widerspruch zur marxistischen Gesellschaftsanalyse stehen: Labour betonte den Einsatz für die Armen und die einfachen Leute; und die Partei knüpfte an radikale Traditionen an, indem sie populistisch gegen die Privilegien der Reichen und Mächtigen wetterte. Stärker als ihre deutsche Schwester kleidete die Partei diese Ziele aber nicht in die theoretisch geschulte Rhetorik des Klassenkampfs, sondern in eine allgemeine Mundart ungerechter sozialer Verhältnisse und pragmatischer Maßnahmen für ihre Verbesserung. So fiel es auch Nichtmarxisten leicht, sich in den Parteiprogrammen wiederzufinden.⁶²

Das hatte schließlich auch Rückwirkungen auf die Selbstbilder der Partei. Wie sehr sie sich als Repräsentantin aller einfachen Leute verstand,

⁶² Beers, *Counter-Toryism* (2009); Lawrence, *Politics of Class* (2011).

zeigte sich nämlich nicht nur in der Kommunikation der Labour Party mit der Öffentlichkeit, sondern auch in ihrem Selbstverständnis. Es gibt dafür vielleicht kein besseres Beispiel als ein ausgesprochenes Industriegebiet wie das Sheffielder East End, eine arme Gemeinschaft von ungelernten Arbeitern zwischen rußspeienden Industrieschornsteinen, die in den Worten eines Sozialhistorikers „das Herz von Karl Marx hätte höher schlagen lassen“. In seinem Jahresbericht, der gegenüber den Mitgliedern Rechenschaft über die Aktivitäten und Finanzen ablegte, stellte sich der Ortsverein der Labour Party von Brightside hier ausdrücklich als die „Partei für Jeden“ vor. Und „jeder“, das zeigten Illustrationen zu dem Slogan, meinte dabei nicht nur einen Arbeiter bei seinem Tagewerk und eine Hausfrau beim Kochen, sondern auch Frauen und Männer in der Kleidung des modernen Angestelltentums und die fröhliche Familie-mit-zwei-Kindern, die eher einem gutbürgerlichen Ideal als den Lebensbedingungen vor Ort entsprach (Abb. 8).⁶³

Wenn sich die Labour Party so als Repräsentantin der Gemeinschaft vor Ort inszenierte, demonstrierte sie nicht nur ihre Tauglichkeit als eine Partei für alle gesellschaftlichen Schichten. Wie die Ansprachen der Torys trugen auch die der Labour Party dazu bei, dass Arbeitergemeinschaften sich selbst nicht nur als Opfer der kapitalistischen Ordnung, sondern als Staatsbürger und Teil einer Allgemeinheit begreifen konnten, die mittelständischen Werten entsprach. Das war in Deutschland anders. Zwar hatten auch hier Reformer in der SPD erkannt, dass allein auf das Proletariat gestützt eine Mehrheit nicht zu gewinnen war. Allerdings konnten diese sich mit ihren Bemühungen um eine Öffnung der Partei kaum durchsetzen, nicht zuletzt, weil weiter links immer eine tiefrote Konkurrenz die sozialdemokratische Stammklientel aufzunehmen drohte. In ihrer Wahlwerbung bestärkte die Sozialdemokratie darum, genau wie die Alternativen links von ihr, die Rolle der Arbeiterschaft als Ausgebeutete im Produktionsprozess. Die deutschen Arbeiterparteien bekräftigten so bis in die 1920er Jahre die Abgrenzung und Ausgeschlossenheit ihrer Klientel aus der bürgerlichen Gesellschaft.

63 Boughton, *Working-class Politics* (1985), 127 f., Zitat 128 („to gladden the heart of Karl Marx“); Brightside Labour Party, *Annual Report and Balance Sheets*, 1934 und 1935, SArch, LP(B) 13.

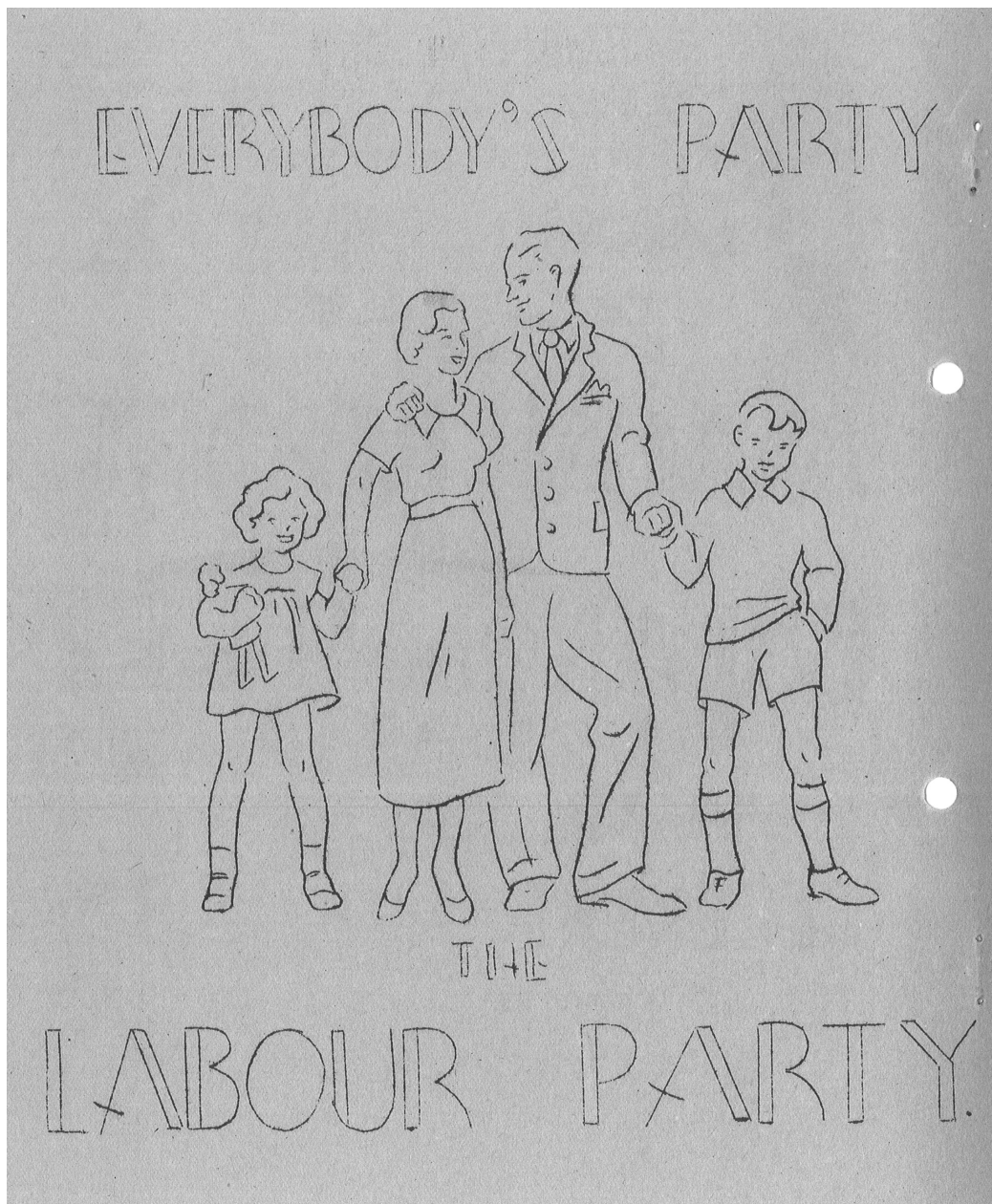


Abb. 8. Die „Partei für Jeden“: Selbstbild des Wahlkreisvereins der Labour Party in Sheffield Brightside. *Annual Report and Balance Sheets, 1935*, SArch, LP(B) 13, Foto Sheffield Archives.

Auch das zeigt sich schließlich in parteiinternen Selbstbildern, die einen scharfen Kontrast zum Selbstverständnis der Labour Party in Brightside in Sheffield abgeben. Die SPD blieb in ähnlichen Industriegebieten in Deutschland eine Organisation von Arbeitern für Arbeiter, wie etwa der Stadtbezirk Bottrop zeigt. Den Sinn der Arbeiterbewegung sah man hier darin, die „Masse der einzelnen in eine einheitliche Front zusammenzuschliessen und sie dann dem gemeinsamen Feind, dem Kapital, entgegenzuführen“. Wer hier aus der Partei austrat, konnte darum mit einem eindringlichen Appell an seine Klassensolidarität rechnen: Aus welchen Gründen auch immer man die Partei verlassen habe, hieß es in einem Formschreiben an ausgetretene Genossen, „wir wissen ganz bestimmt, daß Du damit gegen Deine eigenen Interessen und die der gesamten Arbeiterschaft gehandelt hast“ – schließlich ruhten auf der anderen Seite die Sammlungsanstrengungen der „Todfeinde der Arbeiterbewegung“ unter dem Banner der Reaktion nicht.⁶⁴

In einem Maße, wie es Zentrum, BVP und SPD in Deutschland nicht gelang,⁶⁵ konnte die Labour Party so schon kurz nach ihren ersten großen Erfolgen in den 1920er Jahren das Image einer modernen Volkspartei aufbauen. Der Impuls dazu war ihr anders als in Deutschland bereits in die Wiege gelegt worden. Geboren aus der breiten Allianz der Liberalen Partei im späten 19. Jahrhundert, war der politischen Arbeiterbewegung in Großbritannien von jeher ein Gespür dafür auf den Weg gegeben, dass im britischen politischen System breite gesellschaftliche Koalitionen die Grundvoraussetzung dafür waren, etwas an den Verhältnissen zu ändern. Der früher geborenen deutschen Sozialdemokratie hatte ihr Aufwachsen in einer feindlichen Umgebung dagegen andere Lehren eingeimpft. Verachtet und lange verfolgt, hatte sie gelernt, vor allem den Zusammenhalt der eigenen Klientel gegen jegliche Angriffe zu erhalten, und diesen instinktiven Reflex verlor sie auch in der Weimarer Republik nicht. Erst dahinter kam in der Wahlwerbung Bemühung um Attraktivität für die Allgemeinheit.

⁶⁴ Blankoschreiben an ausgetretene Genossen, o. D., LAV NRW, Abt. Westf., SPD und Reichsbanner, Nr. 1, Bd. II; siehe auch: SPD Nowawes, Mitgliederversammlung, 20. 6. 1928, BArch, RY 20/II 146/2/3, 27 f.

⁶⁵ Vgl. hier v. a. Mallmann, *Kommunisten* (1996), 271–274, sowie die umfassende Diskussion bei Lösche/Walter, *SPD* (1991), 11–76.

Damit ist nicht gesagt, dass Sozialdemokraten und katholische Parteien diese nicht auch umwarben. Dass sie es taten und wie sie es taten, sehen wir im nächsten Abschnitt. Darin wenden wir uns auch den Werbeanstrengungen der anderen Parteien in Deutschland zu, die ihre Werbung nicht auf eine so eindeutig definierte Bevölkerungsgruppe wie die Katholiken oder das Proletariat ausrichten konnten. Für Großbritannien haben wir bereits gesehen, dass Torys und Liberale wie auch die Labour Party vor allem an die Allgemeinheit und die egoistischen Konsumenteninteressen jedes Einzelnen appellierten. In Deutschland besaßen demgegenüber bei allen Parteien speziellere Herangehensweisen ein größeres Gewicht, die in vielerlei Hinsicht der Logik des „natürlichen“ Vertretungsanspruchs der roten und schwarzen Interessenvertreter ähnelte.

Die Allgemeinheit und ihre Zergliederung

Auch liberale und konservative Parteien versuchten in Deutschland, statt die breite Allgemeinheit insgesamt anzusprechen, ihre Propaganda auf einzelne Wählergruppen zu konzentrieren, die sie als aussichtsreich und empfänglich ansahen. Die Logik für die Unterscheidung, wer in diesem Sinne als erreichbar galt und wer nicht, entsprach dabei ebenfalls nicht rein politischen, sondern auch sozialen Kriterien. Grundlage für die gezielte Ansprache bestimmter Teile der Wählerschaft war die Sammlung von Wissen über sie, mit der wir uns im letzten Kapitel beschäftigt haben. Die Vorselektion nach den Annahmen über parteipolitische Loyalität, die darin zum Tragen kam, ging so unmittelbar in die Zielrichtung der Wahlwerbung ein.

Hinzu kamen ausdrückliche Überlegungen zur Selbstbeschränkung. So argumentierte der Demokrat Anton Erkelenz, es wäre vollkommene Zeitverschwendung, überzeugte Anhänger der SPD anzusprechen. Dass es wenig Sinn hatte, Ressourcen spekulativ auf die Bekehrung von Gegnern zu verwenden, statt auf einfacher zu erreichende Wähler zu zielen, war nur einleuchtend. Es ist aber wohl kein Zufall, dass Erkelenz dafür als Beispiel ausgerechnet die SPD und nicht etwa die liberale Schwesterpartei erwähnte, denn die Kriterien für die Zugänglichkeit von Wählern waren von sozialer Zugehörigkeit geprägt. Die große inhaltliche Nähe, die der Linksliberalismus zur sozialdemokratischen Programmatik besaß, wurde

von gesellschaftlichem Status übertrumpft: Vom Großteil der Anhänger der „proletarischen“ SPD wurde nicht erwartet, dass sie ihre Stimme jemals einer „bürgerlichen“ Partei wie der DDP geben würden.

Entsprechend sahen die Auflistungen der Gruppen aus, die Erkelenz gezielt umworben sehen wollte: Abonnenten liberaler Zeitungen sowie Mitglieder von Frauenvereinen, Unternehmerverbänden, Gewerkschaften, Innungen, Hausbesitzervereinen, Beamtenorganisationen, „usw.“, lauteten seine Vorschläge. Wähler sollten gezielt in ihrer Eigenschaft als „Unternehmer und Arbeitnehmer, Beamte, Mittelständler aller Art, Lehrer usw.“ angesprochen werden – deutlich lag der Schwerpunkt dieser Aufstellungen auf „bürgerlichen“ sozialen Gruppen.⁶⁶ Und die Wahlwerbung der Parteigliederungen verfuhr in der Tat nach solchen Plänen. So bezog sich etwa der Bezirksverband Leipzig der DDP ausdrücklich auf den Erkelenz-schen Plan, um 1928 entsprechend adressierte Flugblätter zu versenden.⁶⁷ Die liberale Schwesterpartei griff zu ähnlichen Mitteln. Von sich aus trat zum Beispiel das westpfälzische Sekretariat der DVP in Pirmasens 1928 an die Reichsgeschäftsstelle mit dem Vorhaben heran, Städte und Land soweit wie möglich mit berufsspezifischer Werbung zu bearbeiten – selbstverständlich hielt man diesen Plan in der Zentrale für vielversprechend.⁶⁸

Damit erhielt große Bedeutung, wer vor Ort die Auswahl der zu bearbeitenden Wählergruppen traf: Die Ansprache der Wähler hing nämlich wie die vorangehende Adressensammlung stark von informellen, persönlichen Kontakten ab. Wie genau die Parteien vor Ort zusammengesetzt waren, ist für DNVP, DVP und DDP wegen der schwierigen Quellenlage nur schlecht erforscht – selbst die Parteizentralen konnten in der Zwischenkriegszeit keine genaue Auskunft über ihre Mitgliedschaft geben. Alle Hinweise deuten jedoch auf eine mittelständisch-bürgerliche Zusammensetzung der Parteigliederungen hin: Die DVP könne man mit Fug und Recht als die „nichtproletarische Partei par excellence“ bezeichnen, urteilt die jüngste Geschichte der Partei; bei den Konservativen fällt in Lokalun-

⁶⁶ Erkelenz, *Republik* ([1927]), Zitat 5; ders., *Leitfaden* ([1924]), 7; dem folgend Stephan, *Parteiorganisation* ([1928]), 8–10, 16 f. Gewerkschaften fanden auch Erwähnung; es ist aber fraglich, ob damit andere als die „gelben“ Gewerkschaften gemeint waren, zu denen Erkelenz selbst gehörte. Dazu unten, S. 291–298.

⁶⁷ Merkblatt zur Beschaffung von Werbeadressen, DDP Leipzig, o. D., BArch, R 45 III/39, 122.

⁶⁸ Schreiben sowie Antwort, 28. und 30. 3. 1928, BArch, R 45 II/172, 19 f.

tersuchungen der unverhältnismäßig hohe Anteil von Offizieren, höheren Beamten, Professoren, Pfarrern und anderen herausgehobenen Bürgern der örtlichen Gesellschaft in der Mitgliedschaft auf.⁶⁹ Wenn bürgerliche Parteimitglieder im Ortsverein entschieden, wen sie als potenzielle Wähler anreden sollten, ist es nicht schwer vorzustellen, wie sie von sich selbst auf andere schlossen – schließlich empfahlen auch die Werbeleitfäden eine Konzentration auf bürgerliche Wählergruppen. So verfestigte sich der Glaube, die „nationalen“ und liberalen Parteien hätten ihre soziale Basis im Bürgertum.

In einzelnen Fällen lässt sich konkret nachweisen, wie sich dies auf die Werbeanstrengungen der Parteien auswirkte. Charakteristischerweise verließ sich etwa die DVP wie bei der Beschaffung von Wähleradressen mitunter völlig auf die persönlichen Beziehungen der Mitglieder in den Ortsgruppen. So sah eine Aktion im Wahlkreis Düsseldorf-Ost im Herbst 1932 vor, dass Beamte in der DVP ein vorgefertigtes Schreiben – eigenhändig mit Datum, Wohnort und Unterschrift versehen – an je zehn oder mehr Berufskollegen versenden sollten, von denen sie glaubten, dass diese „mit ihrer Familie für die Partei“ zu gewinnen seien. Zwei Jahre zuvor hatte der Landesverband Lübeck berichtet, man habe derartige Briefe an „sämtliche“ Beamte versandt. Andere Berufsgruppen wurden ebenso mit Schreiben bedacht, die speziell auf ihre Sorgen und Nöte ausgerichtet und nach Möglichkeit von einem bekannten Geschäftskollegen unterschrieben waren. In Hamburg adressierte die DVP 1928 Handwerker und Einzelhändler, später auch Angestellte, Gastwirte, Mitglieder geistiger Berufe sowie Bauunternehmer „usw.“ – wiederum fällt die Fokussierung auf mittelständische, bürgerliche Gruppierungen auf.⁷⁰

Briefe an Selbstständige oder Rentner, Flugblätter für Bauern oder Handwerker, auch Versammlungen zu Beamten- oder Angestelltenfragen, dies

69 So Richter, *Volkspartei* (2002), 182–193, Zitat 191, im Anschluss an Wolfgang Hartenstein. Vgl. {Schelm-Spangenberg 1964 #1968}, 59–61, 119 f.; Bösch, *Milieu* (2002), 37 f., 44 f.; Gemein, *DNVP* (1969), 114–118; Krüger, „Treudeutsch“ (1992), 53–59, 134. Untersuchungen zur DDP sind insgesamt weniger belastbar, deuten aber in eine ähnliche Richtung: Schustereit, *Linksliberalismus und Sozialdemokratie* (1975), 190–192 mit Anm. 26; Schneider, *Demokratische Partei* (1978), 49–54.

70 DVP-Wahlkreis 22 an Hesemann, *Wuppertal-Vohwinkel*, 31. 10. 1932, BArch, R 45 II/377, 154, 152; DVP-Landesverband Lübeck an Stocksiek, 5. 9. 1930, BArch, R 45 II/214, 87; DVP-Wahlbrief Nr. 1, 1. 3. 1928, BArch, R 45 II/224, 50–53.

waren weit verbreitete Formen der Wähleransprache in der Weimarer Republik. Das galt zudem nicht nur für die Liberalen, sondern für alle Parteien. Ausführlich hat die Zielrichtung und die soziale Argumentation der Weimarer Wahlkampfsprache bereits Thomas Childers beschrieben. Vor allem in seinen früheren Arbeiten konzentriert sich Childers allerdings auf die Versuche der NSDAP, die darin formulierten Repräsentationsansprüche der anderen Parteien herauszufordern. Diese wiederum erscheinen so mitunter recht eindimensional und sehr klar voneinander abgegrenzt, weil sie hauptsächlich als Hintergrund für eine Erklärung der NS-Wahlerfolge hinhalten müssen.⁷¹ Childers unterschätzt darum, wie viele Überschneidungen und Vertretungskonflikte es auch zwischen anderen Parteien als der NSDAP und ihren Gegnern gab. Zudem ähnelten die Herangehensweisen der verschiedenen Parteirichtungen sich stärker, als eine Betonung ihrer unterschiedlichen Zielgruppen nahelegt.

So war die Logik, die Wählerschaft in einzelne Berufsinteressen zu zergliedern, kein exklusiv bürgerliches Konzept. Auch SPD und Kommunisten umwarben die Arbeiterschaft nicht einfach als Ganzes, sondern unterteilten sie in verschiedene „Kategorien“, wie die Wahlkämpfer dies nannten. Im Küstenort Cuxhaven bedachte die SPD zum Beispiel die Gruppe der Fischerinnen 1930 mit besonderen Zuschriften, während der Verband in der Pfalz 1928 die Bedeutsamkeit der Wahl für die „Arbeiterkategorie“ derjenigen herausstellte, die in Gemeinde-, Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigt waren.⁷² Der KPD-Bezirksverband stellte seinen Untergliederungen zeitgleich spezifische Flugblätter für Chemiearbeiter, für die sogenannten „Saargänger“, für Metallarbeiter und für Schuharbeiter zur Verfügung, daneben je eines für Bauern und für Frauen. Dies entsprach wichtigen beruflichen Gruppierungen in der Gegend: Wer im Saarland Arbeit gefunden hatte, wer in der chemischen Produktion in Ludwigshafen oder der Schuhindustrie in Pirmasens seinen Lebens-

⁷¹ Auch für das Folgende ausführlich: Childers, *Nazi Voter* (1983); ders., *Social Language* (1990); vgl. weitere Beispiele bei Lau, *Wahlkämpfe* (2008), 185–188.

⁷² SPD Cuxhaven, Distriktversammlung, 28. 10. 1930, BArch, RY 20/II 146/9/2, 239; *Wie wählen die Gemeinde-, Reichs- u. Staatsarbeiter?* PP, 19. 5. 1928.

unterhalt verdiente, fand seine Erfahrungen aus der Arbeitswelt in der kommunistischen Wahlwerbung reflektiert.⁷³

Auch die Arbeiterparteien konzentrierten ihre Werbung zudem nicht ausschließlich auf die Arbeiterschaft. So ging die zentrale Parteiführung der KPD spätestens 1930 dazu über, die Propagandaarbeit „radikal“ auf nichtproletarische werktätige Schichten auszuweiten, wie es in einem internen Bericht hieß. Darunter verstand die Partei Mittelständler wie Handwerker und Gewerbetreibende, außerdem Klein- und Mittelbauern auf dem Land sowie untere Beamte. Jeder, der unabhängig von seinem Stand nach der sozialen Lage als „unten“ begriffen werden konnte, fiel so in das Raster der Partei. In der Pfalz identifizierte man als besondere Zielgruppen neben Arbeitern erneut Frauen und Bauern, darunter spezifisch Kleinbauern sowie die etwa „12 000 Hybriden-Bauern“, außerdem den kleinen Mittelstand, untere Beamte und Angestellte. Völlig neu war das nicht. Bereits 1925 hatten die Pfälzer Kommunisten einen Aufruf zur Wahl ihres Präsidentschaftskandidaten ausdrücklich an „die deutschen Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinbauern“, und einen weiteren an „die deutschen Bauern“ gerichtet.⁷⁴

Wie solche Auflistungen zeigen, hing die Konzentration auf bestimmte Zielgruppen nicht zuletzt von den wirtschaftlichen Verhältnissen vor Ort ab: Es dürfte wenig überraschen, dass die Parteien sich auf Berufe von örtlicher oder regionaler Bedeutung konzentrierten. Dementsprechend verwunderte nicht, dass in weniger proletarischen Gebieten auch die Arbeiterparteien ihr Augenmerk auf bürgerliche Schichten legten. In einer Verwaltungsstadt wie Münster war es nur konsequent, dass auch Sozialdemokraten und Kommunisten ausgiebig um Beamte und den Mittelstand warben – eine nennenswerte Industriearbeiterschaft gab es nun einmal nicht.⁷⁵

⁷³ Protokoll der Polsekretär- und Redakteur-Konferenz, 15. und 16. 3. 1928, BArch, RY 1/I 2/2/11, 163–165 (Manuskriptzählung); Arbeits- und Agitationsplan zur Durchführung der Wahlen, Mai 1928, BArch, RY 1/I 3/25/9, 196–204, hier 203.

⁷⁴ Sekretariat des ZK, Die Vorbereitung des Wahlkampfes der KPD, 31. 7. 1930, BArch, RY 1/I 2/5/3, 110–113, Zitat 112; General-Arbeitsplan der KPD Bezirk Pfalz zum Wahlkampf 1930, BArch, RY 1/I 3/25/13, 79–86, hier 79–81, Begriff 81; KPD-Flugblätter (1925), StALu, Ds 588/9.

⁷⁵ Beamtenschaft und Reichstagswahlen, VM, 3. 5. 1924; Die Polizeibeamtenschaft und die Reichstagswahlen, VM, 4. 5. 1924; Albert Falkenberg, Beamte und Wahlen, VM,

Im Ton gingen diese Ansprachen aber häufig weniger auf diese Berufsgruppen zu, als sie in die traditionellen Muster der sozialistischen Agitation einzugliedern. Beamte und Angestellte mussten davon überzeugt werden, dass ihre Interessen im Grunde denen des Proletariats entsprächen, weshalb auch sie ihre Heimat in der Sozialdemokratie hätten. Die Partei versuchte also weniger, mit einem attraktiven Programm bei möglichst allen Wählern Anklang zu finden, als bestimmte Bevölkerungsgruppen von ihrer Weltsicht zu überzeugen. Tatsächlich, so argumentieren Peter Lösche und Franz Walter, fand die SPD in der Weimarer Republik mit dieser Strategie auch hauptsächlich bei denen Anklang, die sich von der marxistischen Gesellschaftsanalyse überzeugen ließen. Als Konvertiten legten diese in den Angestellten- und Beamtenorganisationen innerhalb der Partei dann nicht selten einen noch größeren ideologischen Radikalismus an den Tag, als es der Parteiführung selbst lieb war.⁷⁶ Vor dem Hintergrund der Wahlansprachen ist das nicht verwunderlich: Wie sonst denn als ein völlig Bekehrter sollte ein Beamter zu einer Partei finden, die ihn zwar mit besonderen Aufrufen bedachte, im selben Atemzug aber stets klassenkämpferische Töne von sich gab?

In ihrem Werben um unterschiedliche soziale Gruppen gerieten die Parteien so in Konflikt miteinander. Schließlich waren die sozialen Zugehörigkeiten, mit denen die Wahlwerbung argumentierte, keinesfalls ausschließlich: Waren Beamte, wie sie die SPD umwarb, nicht eigentlich eine bürgerliche Berufsgruppe? Und sollte sich eine katholische Angestellte vor allem als katholisch, als Angestellte oder als Frau angesprochen fühlen? Am deutlichsten wurden diese Überschneidungen beim Versuch der anderen Parteien, im Teich des Zentrums zu fischen. Denn hier lagen die sozialen Beschreibungen der Konfession und der Klasse, die jeweils eigene Logiken der Loyalität bedingten, quer zueinander. So argumentierte die SPD mit einem Fokus auf ihren Leistungen für die Interessen der Arbeiterschaft, dass sie als eine echte Arbeiterpartei diese deutlich besser als die katholische Volkspartei vertreten würde. Zugleich wehrte sie sich gegen Vorwürfe von katholischer Seite, die Sozialdemokratie sei

21. 11. 1924; KPD-Broschüre „Wer vernichtet den Mittelstand?“ (1932); Flugblatt „Beamte!“ (o. D., vermutlich 1930), StAMs, Polizeiregistratur, Nr. 120; Marshall, *Political Development* (1972), 19–26; vgl. James, *Politics of Identity* (2008), 157.

⁷⁶ Lösche/Walter, SPD (1991), 30–46.

religionsfeindlich – ganz im Gegenteil entspreche gerade der Sozialismus den Grundsätzen des Christentums.⁷⁷

Umgekehrt bestritten Vertreter des Zentrums die Glaubwürdigkeit, mit der die SPD sich als „Arbeiterpartei“ bezeichnen könne, wie gerne mit Führungszeichen um den Begriff hervorgehoben wurde. Schließlich stünden auf den sozialdemokratischen Kandidatenlisten vor allem Lehrer, Rechtsanwälte, Redakteure, Parteibeamte; wirkliche Arbeiter fehlten dagegen. Darüber hinaus beanspruche das Zentrum selbst gar nicht, nur die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten – als eine echte Volkspartei seien bei den Katholiken alle Stände vertreten.⁷⁸ Von anderer Seite schlossen sich die Deutschnationalen dem Argument gegen die SPD an,⁷⁹ während sie zugleich den Nachweis zu erbringen versuchten, dass die Katholiken ihre richtige Vertretung keineswegs im Zentrum fänden. Dafür machten die Nationalisten der katholischen Partei ihre Regierungsbündnisse mit den Roten zum Vorwurf: Das Abdriften des Zentrums nach links zeige, dass die Partei ihre Stellung als Verteidigerin von Religion und guter Sitte aufgegeben habe – den Einfluss der Kirche im Staat sichere nur die DNVP. (Charakteristischerweise gab es dieses typische Wahlkampfangument, ausgeführt auf 32 Seiten, als Broschüre im Buchhandel zu kaufen.)⁸⁰

Wie diese Beispiele zeigen, entsprachen die Werbeanstrengungen aller deutscher Parteien in ihrer Konzentration auf bestimmte Bevölkerungsgruppen der Logik der „natürlichen“ Interessenvertretung. Die soziale Argumentation klang dabei meist in einem Ton der Bevormundung gegenüber den verschiedenen Wählergruppen: Diese mussten über ihre *eigentlichen* Interessen aufgeklärt werden, von wo es dann ein kurzer Weg zur eigenen Partei als der einzig effektiven Vertretung dieser Interessen war. Im Versuch, Wählergruppen jenseits ihrer Kernklientel anzusprechen, übernahmen Parteien dabei die sozialen Beschreibungen ihrer Gegner.

⁷⁷ Etwa: Vom Wahlkampf in Beckum, VM, 1. 9. 1930; Die rote Welle, VM, 3. und 6. 9. 1930; Die „Neue Pfälzischen Landeszeitung“ im Wahlkampf, PP, 21. 8. 1930.

⁷⁸ Die Kandidaten der sozialdemokratischen „Arbeiterpartei“, NPL, 18. 8. 1930; Die „Arbeiterpartei“, NPL, 23. 8. 1930; Eine Bitte, NPL, 13. 9. 1930; vgl. Die katholischen Arbeiter und die sozialdemokratische Wahlagitation, MA, 4. 9. 1930.

⁷⁹ Ist die SPD eine Arbeiterpartei? Unsere Partei, 15. 8. 1930, 212; vgl. Mergel, Parlamentarische Kultur (2012), 364 f.

⁸⁰ Mentor, Katechismus (1924); Warum muß der Katholik rechts wählen?! WL, 5. 12. 1924; Die Katholiken und die Wahlen am 7. Dezember, WL, 6. 12. 1924.

Wie in den deutschen Analysen der Wahlergebnisse erschien der Kampf um die Wählerschaft so als Nullsummenspiel: Die Wähleransprache in der deutschen Parteienwerbung suggerierte weniger eine große Masse potenziell zu gewinnender Stimmen, um die alle aus ihrer jeweiligen Position warben, sondern mehr eine Ansammlung fester Wählerkontingente, aus denen man anderen, die darüber „normalerweise“ verfügten, Anteile streitig machte. Einem amerikanischen Politikwissenschaftler erschien das zeitgenössisch als der „seltsame Charakter“ der deutschen Wahlkämpfe: Auf ihn wirkten sie nicht wie Auseinandersetzungen zwischen denen, die über die Macht verfügten, und denen, die sie herausforderten, wie er es aus den angelsächsischen Ländern gewöhnt war. Stattdessen hinterließen die deutschen Wahlkämpfe bei ihm den Eindruck verschiedener, mehr oder weniger „kohärenter wirtschaftlicher und sozialer Gruppen“, die in einem „Manöver“ um „strategische Positionen“ konkurrierten, ohne dass es eindeutige Gewinner und Verlierer gäbe.⁸¹

Diese Herangehensweise in der Wähleransprache hatte ambivalente Konsequenzen. Sie erlaubte, sich an Bevölkerungsgruppen jenseits der angenommenen Stammklientel zu wenden. Feste Zuordnungen zu bestimmten Parteien, welche die Zeitgenossen aus Gewohnheit vornahmen, wurden so in Frage gestellt. Allerdings war die kalkulierbare Reaktion darauf eher eine Bekräftigung dieser Zuordnungen durch die Gegner, als dass ein effektives Aufbrechen der Erwartungsstruktur gelang, die ihnen zugrunde lag. Zugleich änderte sich mit den sozial argumentierenden Ansprachen nämlich grundlegend nichts an der Zergliederung der Bürgerschaft in einzelne gedachte Großgruppen mit kollektiven, vor allem ökonomisch begründeten Interessen, die es zu vertreten galt. Die Fragmentierung der Wählerschaft – und damit die Zerrissenheit des Volkes und seine Zersplitterung in unverantwortliche und egoistische Einzelinteressen, über die viel Klage geführt wurde – bestätigte die Parteienwerbung so stets aufs Neue.

In Großbritannien erschien die Wählerschaft in den Anreden der Parteienwerbung weniger in gegeneinander abgegrenzte Interessengruppen zerteilt. An den Wahladressen haben wir das bereits gesehen: Außer den

⁸¹ Gosnell, *Europe* (1930), 91 f. („peculiar character“, „maneuvers“, „strategic positions“, „coherent economic and social groups“).

Kommunisten sprachen britische Kandidaten alle Wahlberechtigten gleich als Staatsbürger und Wähler an, deren gesellschaftliche Stellung in der Adressierung offen blieb. Üblicherweise wurden die Wahladressen auch stets an alle Wahlberechtigten im Wahlkreis versandt – eine Vorauswahl traf man hier, anders als in Deutschland, nicht. Eine Neuerung des britischen Wahlkampfrechts nach 1918 half hierbei, indem allen Kandidaten nun eine Briefsendung an jeden registrierten Wähler auf Staatskosten zustand. Die Sendung musste nicht unbedingt für den Versand des Wahlprogramms zur Eröffnung der Kampagne verwendet werden – tatsächlich nutzten viele Kandidaten sie eher dafür, den Wählern in einem „zweiten Satz“ ein „letztes Wort“ sowie ein Kärtchen mit Informationen über ihr Wahllokal zukommen zu lassen, um sie kurz vor der Stimmabgabe noch einmal aufzurütteln.⁸²

Die Regelung demonstriert aber, dass es Kandidaten als selbstverständlich galt, vor die *gesamte* Wählerschaft im Wahlkreis zu treten. Das diktierte schließlich die Logik des Wahlrechts: Wer gewinnen wollte, konnte es sich kaum leisten, bestimmte Wählergruppen vor Ort völlig zu ignorieren, auch wenn die Chancen bei diesen vielleicht nicht besonders gut standen. Britische Aufrufe mussten sich allein deshalb an eine möglichst breite Allgemeinheit richten, in der sich jeder wiederfinden konnte. Darum sprach man Individuen vor allem als „Wähler“ an, denn stimmberechtigt zu sein war der kleinste gemeinsame Nenner, der für alle galt. Dies festzuhalten ist wichtig, um die berufsspezifische Werbung einzuordnen, die auch in Großbritannien nicht unbekannt war.

Die Idee von Propaganda, welche die Bürgerschaft differenziert nach beruflichen Kategorien ansprach, war nämlich auch britischen Strategen nicht fremd. Wenn diese über spezifische Werbung diskutierten, sprachen sie von „gezieltem“ (*targeted*) oder „geschichtetem“ (*stratified*) Wahlkampf. Die Verwendung solcher Spezialbegriffe ist allerdings bezeichnend: Sie zeigt, dass die Konzepte weniger als in Deutschland zum selbstverständlichen Standard-Repertoire der Kampagnen zählten – sonst hätten sie keines besonderen Namens bedurft. Es handelte sich in Großbritannien um eine besondere Form des Wahlkampfs, die erklärt und diskutiert werden musste.

⁸² Houston/Valdar, *Modern Electioneering* (1922), 166–169 („second set“, „final word“).

Wie die Diskussionen darum zeigen, neigten Wahlagenten gegenüber solchen Methoden zu Skepsis. Sie im großen Maßstab zu übernehmen, wurde allein darum als Problem diskutiert, weil die britische Praxis der Wählererfassung sich dafür kaum eignete: Wie wir gesehen haben, war man hier gewöhnt, Wähler einzeln aber möglichst vollständig zu erfassen. Zusätzliche Kategorisierungen, wie berufsspezifische Werbestrategien sie erforderten, waren dabei nicht vorgesehen, und sie einzuführen, erschien angesichts der Masse der Wählerschaft wie eine beinahe unmögliche Aufgabe – schließlich konnte allein die Erhebung eines einfachen *canvass* nur mit Mühe bewältigt werden. Die Norm, die Allgemeinheit als die Summe aller individuellen Stimmberechtigten im Wahlkreis anzusprechen, stand hier allein aus arbeitsökonomischen Erwägungen einer Zergliederung der Wählerschaft im Weg.

In den Reflektionen der Planer wurden „wissenschaftliche“ Methoden der zugeschnittenen Propaganda darum vielfach eher wie Zukunftsmusik denn wie aktuelle Praxis behandelt – und das noch in den 1940er Jahren. Insgesamt, so urteilt Jon Lawrence, verließen sich britische Kandidaten in der Zwischenkriegszeit eher auf propagandistische „Schrotflinten“ als auf präzisere Waffen.⁸³ Schließlich wurde in Großbritannien auch explizit über Nachteile der „Traumland-Vorstellung“ spezifischer Zielgruppenwerbung nachgedacht. Wahlkampfplaner reflektierten hier schon in ihren Vorüberlegungen die Widersprüchlichkeit, welche die zergliedernde Propaganda in Deutschland prägte, und standen ihr darum skeptisch gegenüber: Wie konnte man gezielte Wahlwerbung damit ins Gleichgewicht bringen, dass eine Partei gerade für *alle* attraktiv sein musste? Was einen Kandidaten nämlich als Repräsentanten einer Gruppe attraktiv machte, konnte ihm schließlich umgekehrt bei einer anderen Gruppe schaden. Entsprechend galt es sogar als empfehlenswert, sich auf möglichst wenig spezifische Aus- und Zusagen festlegen zu lassen, die einem im Zweifel mehr Stimmen von der schweigenden Masse kosteten, als sie an Befürwortern einbrachten.⁸⁴

83 Lawrence, Masters (2009), 119 f., Zitate 120 („scientific approach“, „scatter-gun rather than targeted propaganda“); Beers, *Your Britain* (2010), 37, 39 f., 164.

84 Propaganda, CAJ, Aug 1923, 159–161 („dream land-suggestion“); E. S. Lawrence, in CAJ, Mai 1935, 124 f.; Houston/Valdar, *Modern Electioneering* (1922), 18–21; Lo, *Conduct* (1928), 75.

Ein Bewusstsein dafür prägte auch zielgerichtete Botschaften. Am ehesten nutzte die Labour Party Appelle, die sich an bestimmte Berufsgruppen richteten – wenn auch in deutlich geringerem Umfang als in der Weimarer Republik: Man muss sie für Großbritannien in den Quellen eher gezielt aufsuchen, während sie im deutschen Material omnipräsent sind. Zudem prägte die Botschaften ein anderer Stil. Wenn Labour-Kandidaten etwa, wie in Sunderland, einen speziellen Aufruf an die „Fischer“ sowie an alle mit der Fischindustrie verbundenen Arbeiter richteten oder, wie in Bilston, ein Schreiben an alle Lehrer im Wahlkreis sandten, so ähnelten diese Flugblätter von der Ansprache im Titel ihren deutschen Gegenstücken. Im Ton unterschieden sie sich aber deutlich. Statt über die allgemeinen Kollektivinteressen eines bestimmten Berufsstandes und darüber zu argumentieren, bei welcher Partei diese grundsätzlich am besten aufgehoben wären, verwiesen britische Appelle auf konkrete programmatische Punkte: Die Labour Party betonte die Leistungen der ersten Arbeiterregierung zur Verkleinerung von Schulklassen oder versprach staatliche Kredite für Fischer, um sie beim Kauf eines Boots zu unterstützen. Sie verzichtete aber darauf, den Wählern mit dem jeweiligen Beruf einzuschärfen, dass darum allein die Arbeiterpartei für sie als Interessenvertretung in Frage käme. Stattdessen verließ man sich auf die Attraktivität des politischen Programms selbst: Dass dieses Anklang finden würde, konnte den Wählern und ihrer Urteilsfähigkeit überlassen bleiben.⁸⁵

Über konkrete programmatische Inhalte war es Parteien so möglich, bemüht um die Sonderinteressen bestimmter Wählergruppen zu erscheinen, gleichzeitig aber einen gewissen Abstand von ihnen zu wahren. So vermieden sie, ausschließlich mit Sonderinteressen identifiziert und damit für andere Wähler uninteressant zu werden. Berufsspezifische Wahlwerbung kam so in Großbritannien eher als eine Art Bonus und nur dann zum Einsatz, wenn die Mittel dafür ausreichten. Gegenüber dem deutschen Ideal, den Wahlkampf effizient auf Schichten zu konzentrieren, die man wegen ihres sozialen Hintergrunds als erreichbar einschätzte, hatten derartige Aufrufe in Großbritannien zudem weniger einschränkenden Charakter. In

85 Stratified Electioneering at Bilston, LO, Feb 1925, 20; Facts for Fishermen (Flugblatt, 1929?), LHASC, LP/MP 4/1/5.

Deutschland prägte die zergliedernde Strategie die Herangehensweise der Kommunikation mit der Öffentlichkeit tiefgreifender.

Damit gerieten für die Wähler unterschiedliche gesellschaftliche Rollen in den Fokus. Die britische Wahlwerbung setzte die Stimmberechtigten als Individuen einer großen, unbekannten Allgemeinheit voraus, während die deutschen Anstrengungen von gesellschaftlichen Großgruppen mit relativ klar definierten sozialen Merkmalen und Interessenlagen ausging, um deren Vertretung sie konkurrierten. Diese unterschiedlichen Schwerpunkte implizierten dabei auch wirtschaftlich gesprochen verschiedene gesellschaftliche Rollen. Hier und dort sind uns diese Unterschiede bereits begegnet – zum Abschluss verdienen sie eine systematische Diskussion, weil sich gerade darin der unterschiedliche Charakter der Demokratie in beiden Gesellschaften zeigte.

Konsumenten und Produzenten

Viele der Interessenlagen, die in der deutschen Parteienwerbung vorausgesetzt wurden, leiteten sich aus der Berufszugehörigkeit der Wähler ab; also aus ihrer wirtschaftlichen Position als Produzenten und deren Verhältnissen zueinander. Das war auch in Großbritannien nicht völlig unbekannt, aber hier überwog die Herangehensweise von der anderen Seite: Wähler wurden als Konsumenten angesprochen. In der Kontroverse um den Freihandel als Frage der Besteuerung von Verbrauchsgütern, die uns am Anfang des Kapitels begegnet ist, war dies wohl am offensichtlichsten. Anders als auf dem Kontinent und in den Vereinigten Staaten hatte diese Debatte schon im späten 19. Jahrhundert den Konsumenten als *den* Bürger fest im Zentrum der britischen Politik verankert, wie Frank Trentmann gezeigt hat.⁸⁶ Bezeichnend dafür ist das Maß, in dem selbst die Arbeiterpartei in Großbritannien beanspruchte, sich für die Interessen des Einzelnen als Verbraucher einzusetzen. Wie gesehen, öffnete die Labour Party sich schnell einer Öffentlichkeit, in deren Zentrum der Bürger als mittelständischer Konsument stand.

Demgegenüber blieb die deutsche Sozialdemokratie, wie der Kommunismus in beiden Ländern, stärker einem Selbstverständnis als ausdrück-

⁸⁶ Trentmann, *Free Trade Nation* (2008), hier bes. 69–73.

liche Vertreterin der Interessen der Arbeiterschaft als Ausgebeutete in der kapitalistischen Ordnung verhaftet. Mit Recht hat zwar Claudius Torp betont, dass die SPD sich in Deutschland in konsumpolitischen Debatten stärker als andere Parteien als Vertreterin der Verbraucher hervortat. Auch dabei verfocht sie allerdings vorrangig die Konsuminteressen einer städtischen Arbeiterschaft gegenüber der produzierenden Landwirtschaft, statt sich mit der Figur des Verbrauchers als Stellvertreter für eine staatsbürgerliche Allgemeinheit an diese in ihrer Gesamtheit zu wenden.⁸⁷

Insgesamt zeigt Torps Studie zur Konsumpolitik in Deutschland denn auch, dass Verbraucherinteressen hier in der Öffentlichkeit der Zwischenkriegszeit einen schweren Stand hatten. Ihnen gegen das Übergewicht des „produktionspolitischen Mainstreams“ eine größere Bedeutung zu verschaffen, hatte kaum Erfolg. Und an den Versuchen dafür zeigte sich, wie stark die politische Repräsentation in Deutschland von der Produzentenseite her verstanden wurde: Für das Interesse von Konsumenten musste als ein Sonderinteresse intensiv gestritten werden, weil dieses eben *nicht* ohnehin mit dem Interesse der Allgemeinheit identifiziert werden konnte. Dagegen gab es in Großbritannien kaum einen Anlass für besonderes Engagement hierum, da die Parteien sich ohnehin der Staatsbürger vornehmlich als Verbraucher annahmen.⁸⁸

Die Rolle des Konsumenten gab in Großbritannien darüber hinaus auch in der Wahlkampfarena selbst eine Analogie ab, die sich unter Zeitgenossen großer Beliebtheit erfreute. Für Agenten, die ihrem Selbstverständnis nach den politischen Betrieb als professionelle Geschäftsleute führten, war auch das Gewinnen von Wahlen vor allem „eine Frage der Verkaufskunst“, die sich „wenig von der Vermarktung eines beliebigen Produktes“ unterscheidet. Die Wähler erschienen ihnen als Kundschaft, deren Geschmäcker verstanden sein wollten, um ihnen den Kandidaten und seine Standpunkte möglichst schmackhaft zu machen.⁸⁹ Das galt auch für be-

87 Torp, *Konsum* (2011), 234 f., 169–194. Bezeichnenderweise richtet sich der Appell an die Sorgen der Hausfrau, den Torp als Nachweis für das verbraucherpolitische Engagement der Partei im Wahlkampf aufführt (234), an eine „Arbeiterfrau“ (meine Hervorhebung).

88 Ebd., 146–163, 327–331, Zitat 151 zur Stimmung auf dem Zweiten Rätekongress in Berlin, April 1919.

89 Houston/Valdar, *Modern Electioneering* (1922), Zitate 14 („a question of salesmanship“, „little different from marketing any branded article“); Austen Chamberlain

rufliche Sonderinteressen, die man mit einer guten Ware in Form eines attraktiven Programms zu bedienen versuchte.

Folgt man Martin Conway und anderen, rückte die Figur des Bürgers als Konsument nach 1945 dann auch jenseits von Großbritannien überall in Westeuropa den Mittelpunkt der Demokratie. Trends zu einer Individualisierung im Zeichen einer modernen Konsumkultur, die schon vor dem Zweiten Weltkrieg unverkennbar gewesen waren, setzten im Nachkriegseuropa das persönliche Wohlergehen des Einzelnen auf der politischen Tagesordnung an oberste Stelle. Die intensiven ideologischen Auseinandersetzungen, die ein Erbe der Politisierung im 19. Jahrhundert gewesen waren, gerieten demgegenüber in der konsensorientierten Demokratie nach 1945 ins Hintertreffen.⁹⁰

Es ist kein Zufall, dass sich so auch ausgerechnet in den 1950er Jahren eine Sicht auf die Demokratie etablierte, die dezidiert wirtschaftlichen Vorstellungen folgte. In der sogenannten ökonomischen Theorie der Demokratie, die Anthony Downs im Anschluss an Joseph Schumpeter popularisierte, entspricht die Politik einem Markt. Parteien und Kandidaten agieren darauf wie eigennützige Unternehmen, die in Konkurrenz zueinander ihre Stimmenanteile zu maximieren versuchen; die Bürger nehmen in der Analogie die Rolle von Konsumenten an, die als Einzelne auf Grund ihrer persönlichen Interessen zwischen den verschiedenen politischen Angeboten auswählen.⁹¹

Für die Zwischenkriegszeit bietet dieses Modell nicht überall eine genaue Passform. In Großbritannien trifft es das Selbstverständnis der Strategen und die Annahmen über die Wählerschaft in ihrer Werbung: Die Logik der Kommunikation zwischen Parteien und Wählern funktionierte bereits in den 1920er Jahren im hohen Maße nach dem Marktmodell. Das hatte weiterführende Konsequenzen. Sprach man die Wählerschaft als Konsumenten an, konnte sie wie eine Allgemeinheit mit recht identischen Interessen erscheinen: Als Kunden und Käufer waren alle gleich –

an Ida, 6. 6. 1929, Self (Hrsg.), *Austen Chamberlain Diary Letters* (1995), 337; „33 Division“, *Some Election Experiments*, CAJ, Feb 1923, 34–37, hier 37; vgl. aus Wählerperspektive: J. A. J. Kelly, *Catholic Votes*, SDI, 3. 6. 1929.

⁹⁰ Conway, *Democracy* (2002), hier bes. 71–73; Kroen, *Consumer* (2004). Vgl. aus deutscher Perspektive die Skizzen bei Goch, *Konsumgesellschaft* (2003); Wirsching, *Konsum* (2009).

⁹¹ Downs, *Economic Theory* (1957); Schumpeter, *Capitalism* (1942).

oder wenigstens glichen sie einander mehr als in ihren unterschiedlichen Funktionen als Produzenten. Schließlich bringt ein Verkäufer, der reinen Marktprinzipien folgt, seine Ware an den Mann, ohne diesen nach seinem Hintergrund zu fragen. Zudem forderte die Rolle des Konsumenten eine gewisse Flexibilität: Anders als die ausdrückliche Repräsentation gesellschaftlicher Großgruppen, deren Interessen als Gruppeninteressen definiert waren, verlangte eine konsumentenorientierte Politik ein breites Angebot, in dem sich möglichst viele unterschiedliche Lebensentwürfe wiederfinden konnten. Darin steckte die Wurzel einer Politik für Individuen in einer gesellschaftlichen Mitte, die ältere soziale Zuordnungen überschreiben konnte.

Das Potenzial hierfür war auch in der Weimarer Republik vorhanden. Wo hier der Konsument stärker in den Fokus rückte, zeigte sich nämlich, dass auch deutsche Parteien sich weniger von ideologischen Annahmen über ihre natürliche Klientel leiten ließen. Allerdings lässt sich dem hauptsächlich in Großstädten nachspüren. Hier hatte sich eine Vielfalt möglicher Lebensentwürfe entwickelt, um deren Verbesserung die Kommunalpolitik bemüht war. Entsprechend genoss in dieser politischen Arena, die auch traditionell von größerem Pragmatismus und weniger weltanschaulichen Differenzen geprägt war, die Stadtbürgerschaft als eine Summe von Individuen für die Parteien ein größeres Gewicht als ihre Zerteilung in diskrete Interessengruppierungen.⁹²

Außerhalb der Metropolen und für die nationale Politik erlangte dies in der Weimarer Republik aber kaum Bedeutung, worin sich nicht zuletzt die kleinstädtische und ländliche Prägung der deutschen Provinz in der Zwischenkriegszeit bemerkbar machte. Wie die Wahlkampfkommunikation zeigte, dominierte hier der Anspruch, ausdrücklich bestimmte gesellschaftliche Großgruppen und ihre materiellen und ideologischen Interessen gegenüber anderen umfassend zu repräsentieren. Insofern ist der Begriff des „politischen Massenmarkts“ (Hans Rosenberg), der gerne schon für die Zeit seit den 1870er Jahren herangezogen wird, für Deutschland selbst in den 1920er und 1930er Jahren nicht treffend: Die Muster der parteilichen Wahlkampfführung entsprachen in der Weimarer Republik

⁹² Föllmer, *Individuality* (2013), 73–100; im Überblick Torp, *Konsum* (2011), 214–227, 322 f.

eben *nicht* einem Markt, auf dem Wählern als individuellen Konsumenten konkurrierende Angebote unterbreitet wurden. Stattdessen versuchten die Parteien, nach den im Kaiserreich eingeübten Mustern, auch jetzt noch einzelne Gruppen im Wettstreit gegeneinander zu mobilisieren. Sie blieben Massenparteien, wandelten sich aber nicht zu Volksparteien.⁹³

Auch das hatte Konsequenzen. Wer beanspruchte, gesellschaftliche Gruppen umfassend zu repräsentieren, der musste stärker auf ihre Position und Beziehungen zu anderen gesellschaftlichen Gruppen eingehen. Schließlich entsprangen daraus die Interessen, die es zu repräsentieren galt – und diese lagen nicht selten konträr zueinander. Besonders problematisch für die Parteien waren damit die Widersprüchlichkeiten, die sich aus solchen Ansprüchen ergaben. Wie man besonders an der katholischen und den Arbeiterparteien sah, stand ihr Beharren auf der „natürlichen“ Interessenvertretung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe einer größeren Attraktivität für andere Wählerschichten im Weg. Diese Schwierigkeit plagte alle deutschen Parteien, denn sie war in die Logik der zergliedernden Wahlkampfansprachen eingebaut. Was eine Partei als Repräsentantin einer Gruppe attraktiv erscheinen ließ, konnte ihr bei einer anderen wiederum schaden. In Großbritannien waren sich die Strategen dieser Problematik stärker bewusst – und auch in Deutschland erkannte man durchaus die Nachteile, die sich aus der umfassenden Beschäftigung mit Spezialinteressen ergab. Permanent und lautstark wurde schließlich in der Weimarer Republik Klage über die Zerrissenheit des Volkes geführt, die in den zergliedernden Wähleransprachen ihre Verfestigung fand. Sich davon zu lösen fiel den Parteien dennoch schwer. Denn auf die Bearbeitung von Spezialinteressen und damit darauf zu verzichten, den Vertretungsanspruch anderer Parteien herauszufordern, überließ dem Gegner eine potenziell gewinnbringende Strategie.

* * *

Stärker als in Großbritannien prägte in Deutschland ein rationalistisches Ideal die Parteienwerbung. Es äußerte sich in umfangreichen Broschü-

93 So zum Kaiserreich: Anderson, *Democracy* (2000), 417. Darum liegt Lau, *Wahlkämpfe* (2008), 185–188, daneben: Die von ihm beschriebenen Ansprachen richteten sich eben *nicht* an die Wähler als Konsumenten.

ren und Handbüchern zur Aufklärung der Wählerschaft, die mit schier unglaublichen Mengen an Sachwissen aufwarteten – in Großbritannien traute und mutete man dem Durchschnittsbürger nicht so viel zu.

Der hohe Anspruch an die deutsche Wählerschaft, sich umfassend zu informieren und so zu einer wohl durchdachten Position zu finden, war dabei eine zweiseitige Angelegenheit. Zu großer Enttäuschung konnte er führen, wenn die Wählerschaft die erwartete solide Bildung vermissen ließ und den Argumenten nicht folgen wollte – darum musste sie sich mit Eseln vergleichen oder andere Beschimpfungen ihrer mangelnden Intelligenz über sich ergehen lassen. Die „Sachlichkeit“, wie dieser rationalistische Zug in Deutschland genannt wurde, wird uns noch weiter beschäftigen, denn auch in anderen Medien war dieser Ton in der Weimarer Republik prägender als in Großbritannien. Die Herkunft des Ideals wie auch die zunehmende Frustration, die sich in der Zwischenkriegszeit über seine mangelnde Realisierung einstellte, zeichnet insbesondere das achte Kapitel in der Behandlung politischer Versammlungen nach.

Die Enttäuschung hing eng zusammen mit der Zielrichtung der Parteienwerbung: Nicht überraschend, entsprach diese den jeweiligen Kategorisierungen der Wählerschaft in den Parteien, mit der wir uns im letzten Kapitel beschäftigt haben. Wie die Wissenssammlung über die Wähler ging auch die deutsche Parteienwerbung stärker als die britische von einer Zergliederung der Bürgerschaft in verschiedene Gruppen mit sozial determinierten Kollektivinteressen aus, als deren einzig effektive Vertreterin die Parteien sich zu positionieren versuchten. Das drängte deutsche Wähler in eine Rolle, die von äußerst festen Repräsentationsbeziehungen zwischen Bevölkerungsteilen und Parteien geprägt war – was umgekehrt die argumentative Überzeugung des Einzelnen zur schier unmöglichen Aufgabe werden ließ.

Es trug zudem zur Zersplitterung der deutschen Öffentlichkeit bei. Indem die Wähleransprachen auf die Zuordnung der Wähler zu bestimmten Teilgruppen mit festgelegten Interessen setzte, definierten sie auch die Wähler ständig in einer Rolle der Abgrenzung zu anderen Teilen der Wählerschaft. Eine Zergliederung der Gesellschaft für sich musste dabei keine Konsequenzen haben. Da aber die Parteien diese Abgrenzungen gezielt für die politische Mobilisierung nutzten, hatten sie Folgen für das gesellschaftliche Klima. So implizierte das Werben der Parteien nämlich,

dass politische Gegnerschaft in Deutschland auf die Gesellschaft selbst zurückwirken würde: Der Kampf, der auf der Insel vornehmlich ein Kampf zwischen Kandidaten und den Parteien um Stimmen war, erschien in der Weimarer Republik auch als ein Kampf zwischen den Bevölkerungsgruppen selbst. Die Aufrufe von Teilen der Wählerschaft in ausdrücklicher Gegnerschaft zueinander besaßen so in Deutschland anders als in Großbritannien ein hohes Potenzial, *innergesellschaftliche* Abschottungen zu begründen. Genauer geht dem das sechste Kapitel auf den Grund, das die Verflechtung parteipolitischer Loyalität mit anderen gesellschaftlichen Rollen tiefer verfolgt.

Nutznieser dieser grundlegenden Struktur der deutschen Parteienkommunikation waren kurzfristig die kleinen Interessenparteien, die in den 1920er zunehmende Bedeutung erlangten. Ihre Anliegen fanden Bestätigung in dem grundlegenden Bild einer Gesellschaft, die aus kleinen Grüppchen mit gegeneinander gelagerten Partikularinteressen zu bestehen schien. Langfristiger allerdings sollte diese Vorstellung einer Partei zu Gute kommen, die realistisch demonstrieren konnte, sie sei in der Lage, die Zersplitterung zu überwinden und das Volk zu einer Einheit zu verschmelzen. Darauf kommen wir zum Ende der Arbeit zurück.

In Großbritannien entwarf die Wahlwerbung ein anderes Bild: Man erwartete nicht nur weniger von den geistigen Fähigkeiten der Wählerschaft, man nahm auch deutlich weniger über sie an. Das entsprach der Unsicherheit in den britischen Parteizentralen: Über die unbekannte Masse der „schweigenden Wähler“ und ihre Motivationen war nur wenig in Erfahrung zu bringen, und so ließ sie sich nur schwer in diskrete Interessenlagen segmentieren und ansprechen. Britische Wahlkampfstrategen nahmen darum die Rolle von Verkäufern an, die mit einer politischen Ware handelten. Wählern und Wählerinnen wies das eine Rolle als Konsumenten und Teil einer unbestimmten Allgemeinheit zu, die individuell eine Entscheidung aus der Bandbreite des Angebots treffen würden.

Bei dem Thema politische Werbung und Verkaufskunst bleiben wir auch im nächsten Kapitel. Stillschweigend sind wir bisher darüber hinweggegangen, dass ein großer Teil der parteilichen Werbeanstrengungen nicht direkt und ungefiltert an die Wählerschaft gelangte. Eine wichtige Rolle spielten als Vermittler die Medien, insbesondere die Presse. Zeitungen besaßen damit einen ganz erheblichen Einfluss auf öffentliche Diskussionen

4 Wahlwerbung: Repräsentieren und Verkaufen

und die Wählerrollen, die in der Auseinandersetzung zur Verfügung standen; und insbesondere lag bei ihnen das Potenzial, parteiunabhängigen Positionen ein größeres Gewicht zu geben.

Die Presse: Kommerz gegen Gesinnung

Viele Bürger kamen mit den Wahlkampf vornehmlich indirekt in Berührung: Zu einem großen Teil wurde die Auseinandersetzung virtuell in der Presseöffentlichkeit ausgefochten. Hier wurde über Versammlungen und andere Aktivitäten berichtet, hier stellten Parteien ihre Programme vor und hier griffen Kandidaten ihre Gegner an. Darin, in zirkulierenden Bildern der Wählerschaft sowie ihrer Ansprache des Publikums als Teilnehmer am politischen Prozess, transportierten Zeitungen populäre Vorstellungen von der Mitwirkung des Einzelnen. Nicht zuletzt trat die Presse in einen Dialog mit der Bürgerschaft, der ihr Möglichkeiten zur Mitsprache jenseits des Kreuzes auf dem Stimmzettel gab. So hatte sie einen bedeutenden Anteil an der öffentlich Verhandlung der Rolle des Wählers.

Zunächst ist allerdings zu begründen, wieso wir uns auf die Presse konzentrieren. Schließlich bestand die mediale Öffentlichkeit der Zwischenkriegszeit aus mehr als nur Zeitungen. In der Tat: Über Massenmedien in den „Goldenen Zwanzigern“ oder den „Roaring Twenties“ zu sprechen, suggeriert eine glitzernde Welt der Massenunterhaltung, die nicht so recht zum spröden Grau einer Zeitungsseite passen will. Farbige Illustrierte und leuchtende Werbung, Schallplatten, die glamouröse Welt des Kinos, der Aufstieg des Rundfunks – in einem rasanten Wandel schienen technische Innovationen die Medienlandschaft und damit die Gesellschaft zu revolutionieren. Geprägt sind solche Vorstellungen von der Faszina-

tion mit den Neuerungen der Epoche, die schon zeitgenössisch einen ambivalenten Mythos von einer avantgardistischen Moderne fütterte.

Der Alltag, vor allem das Tagesgeschäft der politischen Auseinandersetzungen jenseits der großen Metropolen, war jedoch deutlich prosaischer. Als Teil der „Alltagsrealität“ konnte etwa das Kino in Deutschland nur in mittleren und größeren Städten gelten. Für gut die Hälfte der Bevölkerung, in Kleinstädten und Dörfern, gab es höchstens zu einzelnen Anlässen die Möglichkeit eines Kinobesuchs. Und auch wer häufiger ging, tat dies zur gelegentlichen Zerstreuung und nicht zur täglichen Beschäftigung mit den politischen Vorgängen im Land – auch zu Spitzenzeiten kam auf jeden Deutschen nur alle neun Wochen ein Kinobesuch. Ein geeignetes Medium für fortlaufende Wahlkampfberichterstattung bot das kaum. Eher war dafür der Rundfunk geeignet – doch auch dessen Verbreitung blieb lange äußerst begrenzt, weil die Reichweite der Sendungen klein war. Zudem besaßen in Deutschland wie in Großbritannien noch bis in die frühen 1930er Jahre nicht viele Haushalte überhaupt ein Empfangsgerät. Vor allem aber wurde das Radio für die politische Auseinandersetzung wenig genutzt. Vorstellungen vom Rundfunk als einem bewusst unpolitischen Medium zur Bildung und Erziehung des Volkes setzte in beiden Gesellschaften seiner Verwendung im Wahlkampf enge Grenzen.¹

Die politische Medienöffentlichkeit war in der Zwischenkriegszeit aus diesen Gründen vornehmlich eine Zeitungsöffentlichkeit. In der Presse wurde Tag für Tag der Wahlkampf ausgehandelt, in den Seiten der Morgen- und Abendausgaben konnten die Geschehnisse jenseits der persönlichen Teilnahme am unmittelbarsten verfolgt werden. Dabei waren Zeitungen nicht nur eng in den Konflikt verwickelt, in der Art ihrer Berichterstattung und Beteiligung gestalteten sie ihn mit. Auch für die Verbreitung öffentlicher Annahmen und Erwartungen über die Wählerschaft kam ihnen so eine zentrale Bedeutung zu.

Abhängig war dies zunächst von eigenen Interessen und unterschiedlichen Selbstverständnissen der Zeitungsmacher. Bevor wir uns dem Verhältnis der Presse zu ihrer Leserschaft zuwenden, müssen wir uns darum

¹ Führer, „Massenkultur“? (1996); Dussel, Radiowahlkampf (2009); Ross, Media (2008), 134–140; LeMahieu, Culture (1988), 180, 229 f.; Lau, Wahlkämpfe (2008), 233–243; Lerg, Rundfunkpolitik (1980), 386–394; Scannell/Cardiff, British Broadcasting (1991), 23–46; Lawrence, Masters (2009), 97–103.

in den folgenden beiden Abschnitten zunächst mit den Zeitungen selbst und ihrem Verhältnis zu den Parteien und zur Parteilichkeit beschäftigen. Dabei lässt sich der Charakter der Presse in beiden Ländern grob auf einen Gegensatz zuspitzen: Im 19. Jahrhundert hatten sich moderne Zeitungen in beiden Ländern in enger Nähe zu den politischen Parteien entwickelt. Doch während britische Blätter sich bis in die Zwischenkriegszeit mehr und mehr zu einer unabhängigen Vierten Gewalt entwickelten, dominierte in Deutschland bis in die 1930er Jahre die Vorstellung von der Zeitung als propagandistischer Waffe der Parteien im politischen Kampf.

Presse und Parteien

Die größte Nähe zwischen Parteien und Presse bestand in Deutschland bei den Arbeiter- und den katholischen Parteien. Wo eine Zeitung dieser Richtung bestand, war diese nicht nur politisch konform, im Grunde bildete sie einen Teil der Parteiorganisation. Geld wechselte von Verlagen zu Parteien und zurück, Redakteure saßen nicht selten in örtlichen Parteigremien, teils in wichtigen Funktionen. Sie waren so in die Wahlkampfplanungen eingebunden, und einige beteiligten sich über ihre journalistische Tätigkeit hinaus rege an den propagandistischen Anstrengungen ihrer Partei. Im Allgemeinen saßen die Leiter der katholischen Zeitungen auch als Mitglieder in den Gremien der örtlichen Parteien, reflektierte etwa ein Wahlbericht der Zentrumspartei 1930 über diese übliche Konstellation.

In der Pfalz agierte der Chefredakteur der katholischen *Neuen Pfälzischen Landeszeitung*, Albert Fink, als ein typischer Vertreter dieser Art von Journalist. Seine redaktionelle Tätigkeit war Teil eines breiter angelegten Dienstes an der politischen Sache, der auch Arbeit in den Gremien der pfälzischen Zentrumspartei beinhaltete. Fink war wie andere seiner Kollegen hier nicht nur als Pressevertreter aktiv. Zumindest zeitweilig agierte er als ehrenamtlicher Geschäftsführer des Parteisekretariats; zudem war er als Wahlkampfredner für das Zentrum unterwegs. Sein Kollege von der sozialdemokratischen *Pfälzischen Post*, Richard Hammer, war hier ähnlich umfangreich für die SPD tätig.²

² Erfahrungen aus dem Wahlkampf, *Das Zentrum*, Nov 1930, 301–312, hier 310; zu Fink siehe etwa NPL, Aug/Sep 1930 sowie Fink an Beck, 6. 2. 1933, Vorstandschaft und

Nach innen bildeten Zeitungen wie die *Neue Pfälzische* eine Plattform für die parteiinterne Organisationsarbeit. Die Wahlkampfführung unterstützten sie mit Aufrufen zu Spendensammlungen, Ankündigungen für Mitgliederversammlungen oder Terminplänen für Flugblattverteilungen und andere Wahlvorbereitungen. Nach außen war die Parteizeitung zugleich mehr und weniger als ein Berichterstatter. Ihren Auftrag sah sie nicht so sehr darin, über die Vorgänge zu informieren, als sich selbst aktiv im Sinne der Partei an der Auseinandersetzung zu beteiligen. Mit politischen (Leit-)Artikeln, gedruckter Wahlpropaganda und Berichten über die Auseinandersetzung galt sie selbst gar als „Hauptwaffe“ im Kampf – schon nach ihrem Selbstverständnis bildeten derartige Parteiblätter also einen integralen Bestandteil der Wahlkampagne.³

Auch bei den bürgerlichen Parteien galten Zeitungen als das wirkungsvollste Mittel für die politische Werbung. So wies die Führung der DDP für die Kampagnenplanung im Mai 1928 die Parteigliederungen darauf hin, dass es sich durchaus lohne, bei demokratischen Verlagen nach Zeitungsexemplaren anzufragen, um sie bei großen Versammlungen als Gratisausgaben auszulegen. Hier sollten zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden, indem gleichzeitig für die Partei und für das Medium selbst geworben würde. Verlage wie Mosse und Ullstein zeigten sich auch außerhalb des Wahlkampfs bereit, Freiexemplare ihrer Blätter für die Propaganda der Parteien zur Verfügung zu stellen.⁴

Dass erst förmlich angefragt werden musste, zeigt allerdings, dass die Beziehungen zwischen Zeitungen und Parteien bei den Demokraten wie auch bei der DVP nicht so eng waren wie bei Zentrum oder SPD. Personell und finanziell waren bürgerliche Zeitungen unabhängiger von den Parteien, aber diese Unabhängigkeit tat der Parteilichkeit ihrer Inhalte keinen Abbruch.⁵ Im Grunde kann diese Konstellation nämlich als eine

Ausschuss der pfälzischen Zentrumspartei, Feb 1933, ACDP, 01-586/K035; Fink an Siben, 31. 12. 1931, ACDP, 01-586/K036. Zu Hammer: Braun, Freiheit und Demokratie (1986), 78; Protokollbuch des SPD-Stadtverbandes Ludwigshafen, 1924–1928, StALu, PGV 3/866. Vgl. Kaufmann, Katholisches Milieu (1984), 117–120; Meier, Milieu und Markt (1999), 192–196; Pieroth, Parteien und Presse (1994), 69–72; Meyen, Presse (1996), 53 f.; Bösch, Milieu (2002), 100 f.; Dussel, Pressebilder (2012), 94 f.

³ Begriff in: Mit uns das Volk! VM, 9. 11. 1924.

⁴ Rundschreiben Nr. 18, 2. 5. 1928, BArch, R 45 III/40, 81.

⁵ Vgl. Meyen, Presse (1996), hier bes. 65–72.

Verlängerung der liberalen Organisationskultur gesehen werden: Wie die parteiinterne Struktur hing auch das Verhältnis des parteipolitischen Liberalismus zu den Medien stärker von (losen) persönlichen Kontakten als von förmlichen institutionellen Bindungen ab.

Der Kurs einer bestimmten Partei wurde damit in bürgerlichen Zeitungen nicht bedingungslos mitgetragen, denn es gab eine ganze Gruppe von Parteien, die als bürgerlich gelten und damit Unterstützung finden konnten. Zugleich ließen sich aber auch „bürgerliche“ Blätter bestimmten Parteien explizit einordnen. Sie verstanden sich als überparteilich oder unabhängig nur in dem Sinne, als sie sich – anders als die rote oder die Zentrumspresse – nicht je *einer einzigen* Partei zuordnen ließen und von dieser personell oder finanziell abhängig waren. Viele von ihnen fuhren einen allgemein „nationalen“ Kurs, der sich vornehmlich gegen die Sozialisten und deren demokratische sowie katholische Kollaborateure richtete. Praktisch bedeutete dies eine ausdrückliche Unterstützung für die DVP und, zum Ende der 1920er Jahre zunehmend, für die Parteien rechts von ihr.⁶

Entsprechend wiesen bei den Liberalen viele Hinweise für erfolgreichen Wahlkampf auf die Wichtigkeit der Beziehungspflege zu Journalisten hin. Von den Wahlkreisgeschäftsstellen und den Ortsgruppen aus müsse intensive Pressearbeit geleistet werden, indem Notizen, Artikel, Versammlungsberichte oder Entschließungen an die Redaktionen übermittelt würden, um Kandidaten und Programme bekannt zu machen. Entscheidend war, keine Energien auf aussichtslose Unterfangen zu verschwenden: Die örtlichen Zeitungsverzeichnisse müssten getrennt nach „demokratischen, liberalen und neutralen, aber uns zugänglichen Zeitungen“ überprüft werden, hieß es in einem Leitfaden der DDP. In einem konservativen, einem sozialdemokratischen oder einem Zentrumsblatt, davon gingen die Strategen aus, würde man ohnehin kein Gehör finden,⁷ wie umgekehrt auch Sozialdemokraten nicht darauf hoffen konnten, Inhalte in der bürgerli-

6 Hierzu und für das Folgende ausführlich Fulda, *Press and Politics* (2009), 107–130, dessen Befunde zum Berliner Umland sich mit meinen decken; vgl. Meyen, *Presse* (1996), 153–158; zu dem Muster im 19. Jahrhundert Requate, *Journalismus* (1995), 290–324, hier bes. 293, 308.

7 So Stephan, *Parteiorganisation* ([1928]), 7 (Zitat), 10, 19, 27 f.; dazu Schneider, *Demokratische Partei* (1978), 74 f., 238–244.

chen Presse lancieren zu können. Und damit dürften sie Recht gehabt haben. Ganz gleich welcher politischen Richtung deutsche Zeitungen zuzuordnen waren und wie eng sich ihre Beziehungen zu den jeweiligen Parteien vor Ort gestalteten, sie waren „vollständig parteiisch“, wie es ein amerikanischer Wahlbeobachter Ende der 1920er Jahre ausdrückte. Mehr noch: Deutsche Zeitungen waren in seinen Augen „häufig die Geschöpfe und immer die Sklaven der Parteien“.⁸

In der Tat stellten sie sich fast völlig in den Dienst der Partei oder der Parteien, die sie unterstützten. Inhaltlich und stilistisch waren die gedruckten Artikel kaum von Flugblättern oder anderen Werbematerialien zu unterscheiden, die direkt aus den Parteizentralen kamen – auch, weil Zeitungen sich einfach bei den Artikeldiensten der Parteien bedienten. Am markantesten zeigte sich die einseitige propagandistische Funktion Weimarer Zeitungen darin, dass sie über die Kampagnenanstrengungen anderer als der bevorzugten Parteien kaum etwas berichteten – ein Trend, der sich zum Ende der 1920er Jahre verstärkte. Die meisten Blätter brachten nicht einmal grundlegende Nachrichten wie über die aufgestellten Kandidatenlisten gegnerischer Parteien, die man als Informationsdienst für die Leserschaft hätte verstehen können. Schon der Abdruck solch einfacher Auskünfte hätte dem Prinzip widersprochen, die Konkurrenten dadurch zu schwächen, dass man ihnen überhaupt keine Öffentlichkeit gewährte. Diesem Grundsatz opferten Zeitungen sogar das Geschäft: Unliebsamen Parteien wurde auch im Anzeigenteil die Möglichkeit verwehrt, gegen Geld auf sich aufmerksam zu machen, indem Inserataufträge prinzipiell abgelehnt wurden.⁹

Den Gegner totzuschweigen war am erfolgversprechendsten in Orten, in denen es nur eine einzige oder nur Zeitungen einer politischen Richtung gab. Das war vor allem auf dem Land der Fall, wo die politische Linke einen bedeutenden strukturellen Nachteil besaß – hier waren sozialdemokratische Blätter kaum verbreitet, und kommunistische erst recht

8 Pollock, *Party System* (1929), 870 f. („entirely partisan“, „frequently the creatures, and always the slaves, of parties“).

9 DDP-Flugblatt „Staat und Kirche“ (1919), StAMs, Slg-Plakate, I-391; SPD-Flugblatt „Eine offene Antwort auf den Hirtenbrief“ (1919), ebd., I-398; VM, 27. 4. 1924; Fulda, *Press and Politics* (2009), 110; vgl. Erfahrungen aus dem Wahlkampf, *Das Zentrum*, Nov 1930, 301–312, hier 310.

nicht.¹⁰ Und selbst in einer Stadt der Größe von Münster, mit immerhin über 100 000 Einwohnern, war eine regelrechte Monokultur von Blättern möglich. Zwar gab es eine kleine protestantisch-bürgerlich-rechte und auch eine sozialdemokratische Zeitung, aber dominiert wurde der lokale Markt von drei großen Blättern, die allesamt das Zentrum unterstützten. Das ließ eine Strategie der Öffentlichkeitsverweigerung für die Gegner praktikabel erscheinen. Der katholische *Münsterische Anzeiger* machte daraus auch keinen Hehl, wenn er in einem Bericht über die Gründung der örtlichen Wirtschaftspartei zugab, man würde diese Partei am liebsten ignorieren. Die Zeitung hob lediglich ihre Unnötigkeit sowie die geringe Besucherzahl bei der Gründungsversammlung hervor, um vom Inhalt der Rede bei dem Anlass genau und ausdrücklich: gar nichts mitzuteilen. „Wir haben nun nicht die Absicht, uns zum Sprachrohr des mitunter etwas sehr weltfremden Referenten zu machen“, hieß es in dem Blatt – schließlich „konnte ja kommen“, wer ihn „hätte hören wollen“.¹¹

Wo es Zeitungen mehrerer Parteien gab, bestand wenigstens die Möglichkeit, in der eigenen Presse seine Sicht der Dinge und Gegendarstellungen zu den Auslassungen anderer publik zu machen. Daraus entspannen sich Auseinandersetzungen zwischen den Zeitungen selbst, die von den sonstigen Parteiaktivitäten im Wahlkampf nicht zu unterscheiden waren. In den Angriffen aufeinander zeigten die Blätter, dass sie nicht nur sich selbst, sondern auch die gegnerischen Zeitungen als parteigebundene Akteure in der Auseinandersetzung begriffen.¹² Indirekt tauchten die Gegner damit auch in den strengsten Parteiblättern auf. Vereinzelt enthielten diese auch Kommentare über abgehaltene Versammlungen, die zur Verteidigung gegen Anschuldigungen oder zur Entkräftung von Argumenten gedruckt wurden, die dort vorgebracht worden waren. Insbesondere wurde zudem über aufsehenerregende Veranstaltungen mit politischen Berühmtheiten aller Zugehörigkeiten berichtet, weil bei solchen Anlässen selbst die parteiischsten Zeitungen nicht die Neugier ignorierten, die sie bei ihrer Anhängerschaft annahmen.

¹⁰ Fulda, *Press and Politics* (2009), 117.

¹¹ Das erste Auftreten der Wirtschaftspartei Münster, MA, 10. 4. 1924; Kaufmann, *Katholisches Milieu* (1984), 120.

¹² So auch Fulda, *Press and Politics* (2009), 113 f.

Doch aus diesen gegenseitigen Bezügen entstand keine gemeinsame Öffentlichkeit mit einem geteilten Standard an Informationen. Denn die Berichterstattung war kaum einem Anspruch auf Objektivität verpflichtet. Journalisten trennten nicht zwischen der Wiedergabe von Nachrichten und deren Kommentierung, sondern zogen gegnerische Positionen selektiv und hauptsächlich dafür heran, eine Bestätigung für die Richtigkeit der eigenen Parteilinie zu konstruieren. Auslassungen und gezielte Verzerrungen in der Wiedergabe anderer Sichtweisen bildeten dabei noch das einfachste Mittel zur Bekämpfung des politischen Gegners. Die Weimarer Tagespresse war „gewollt einseitig, lückenhaft und politisch manipulativ“, urteilt Karl Christian Führer.

Zeitgenossen hätten dem vermutlich zugestimmt, denn dieses Urteil entsprach ausdrücklich dem Berufsbild, das Journalisten selbst von sich pflegten. Vor alles andere stellten sie die „Weltanschauung“, aus deren Perspektive einzelne Geschehnisse in der Welt herausgegriffen und zum Anlass für Meinungsäußerungen genommen wurden. Die Zeitung sollte nicht informieren, sondern als „Denkorgan“ der politischen Führung der Massen dienen, wie es ein Redakteur selbst ausdrückte. Im Resultat bildeten deutsche Zeitungen der Zwischenkriegszeit nach Parteien voneinander getrennte kommunikative Netzwerke, zwischen denen selbst darüber kaum ein Konsens bestand, was überhaupt die zentralen Themen waren, über die gestritten wurde.¹³

Auch in Großbritannien gab es eine Presse, die traditionell eng an die politischen Parteien gebunden war. Viele der britischen Zeitungen waren im 19. Jahrhundert von Parteien gegründet oder von ihnen subventioniert worden, um als politisches Sprachrohr der Organisation für die Mobilisierung der Anhängerschaft zu dienen.¹⁴ In der Provinz konkurrierten darum typischerweise dezidiert liberale und konservative Blätter miteinander, von denen viele bis in die 1920er Jahre existierten – auch die lokale Zeitungsöffentlichkeit in Cambridge und Sheffield war traditionell derart

¹³ Führer, *Politische Kultur* (2008), Zitat 27 (zu Hamburg); Fulda, *Press and Politics* (2009), 17–21 (zu Berlin), 108 f., 117 f. Begriff 18; vgl. z. B. Meyen, *Presse* (1996), 77 f. (zu Leipzig); Marshall, *Political Development* (1972), 137–144 (zu Göttingen); Meier, *Milieu und Markt* (1999), 230–232 (zu Ostwestfalen); Dussel, *Pressebilder* (2012), 101–109 (zu Karlsruhe).

¹⁴ Brown, *Victorian News* (1985), 57–71.

geteilt. Wie deutsche Parteiblätter unterstützten auch diese britischen Zeitungen im Wahlkampf ausdrücklich einzelne Kandidaten, zu deren Wahl sie offen aufriefen und denen sie deutlich mehr Platz an prominenterer Stelle einräumten als den Gegnern.

Doch da endeten die Gemeinsamkeiten. So unterschied der britische Journalismus sich allein darin fundamental von deutschen Methoden, dass selbst parteinahe Zeitungen relativ ausführlich auch über gegnerische Aktivitäten berichteten. Vor allem praktizierten britische Zeitungen eine deutlichere Trennung zwischen informativer Berichterstattung und Meinungsteil, der in Leitartikeln und regelmäßigen Kolumnen ernsthaft bis humoristisch das Geschehen kommentierte. Das sollte nicht missverstanden werden: Auch Parteizeitungen in Großbritannien waren keineswegs frei davon, Übertreibungen, Verkürzungen und Entstellungen über die Gegner unter dem Deckmantel objektiver Nachrichten zu verbreiten, ganz zu schweigen von der Vorauswahl der gedruckten Berichte. Und auch in Großbritannien bevorteilte das die Konservativen, denen eine deutlich größere Zahl an Blättern wohlgesonnen war, während die Labour Party mit starker Gegnerschaft zu kämpfen hatte.

Dennoch: Im Vergleich zu Deutschland fällt vor allem auf, um wie viel neutraler der Ton der Berichterstattung in Großbritannien insgesamt klang. Vor allem wurden die Positionen der Gegner in Konturen hier auch in nicht zugeneigten Zeitungen so deutlich, dass sie mit deren Selbstdarstellung in Einklang gebracht werden konnten. Das lag nicht zuletzt daran, dass die Zeitungen ihre Gegner selbst zu Wort kommen ließen – in kurzen Mitteilungen, verteidigenden Richtigstellungen bis hin zu ausführlichen programmatischen Artikeln, mit denen die Kandidaten der verschiedenen Parteien nebeneinander für ihre Sache argumentierten.¹⁵

Auch im Meinungsteil waren britische Zeitungen nicht sklavisch den Wahlkampfanstrengungen der Partei untergeordnet, die sie tendenziell

¹⁵ Einige Beispiele: A. V. Alexander u. a., *A Labour Appeal*, SDT, 8. 11. 1922 (konservatives Blatt); „Why Liberals Should Vote“ – Conservative / Labour, von Richard Storry Deans (konservativ) and Arthur Ponsonby (Labour), SDI, 24. 10. 1924 (liberal); Labour-Stimmen zum Sinowjew-Brief in *Glasgow Herald*, 28. 10. 1924 (konservativ); J. T. Dunn (Tory), in: *Correspondence*, *North Devon Journal*, 23. 10. 1924 (liberal; Dawson, *Provincial Press* (1998), 208, charakterisiert es als „Parteisprachrohr“ – „party mouthpieces“). Vgl. Gosnell, *Europe* (1930), 32.

unterstützten. So übte 1922 der Sheffielder *Independent*, ein traditionell radikal-liberales Blatt, kritische Distanz zu drei der liberalen Kandidaten, die in der Stadt im Rennen waren, weil es an der Aufrichtigkeit ihres Liberalismus zweifelte: Arthur Neal, Tudor Walters und Thomas Casey traten als Nationalliberale und Unterstützer Lloyd Georges an, während der *Independent* auf dem Asquith-Flügel der Partei beheimatet war. Statt, der Logik des geringeren Übels folgend, sein gesamtes publizistisches Gewicht hinter die Liberalen zu werfen, versuchte die Zeitung bewusst ausgeglichen über die Auseinandersetzungen mit den Herausforderern von Labour zu berichten, die den Kampf letztlich für sich entschieden.

Der Kolumnist des *Independent* kommentierte differenzierend. Er empfand durchaus Sympathie mit den Nationalliberalen, weil diese in ihren Veranstaltungen systematischen Störungen von Labour-Anhängern ausgesetzt gewesen seien. Allerdings könne er ihrer Sache inhaltlich keine Träne hinterher weinen, und die Labour-Kandidaten selbst hätten anständig gekämpft. Auch zwischen den einzelnen Anwärtern unterschied die Zeitung. Arthur Neal hätte es sicher nicht verdient, von Labour als Angehöriger der „Big Money Gang“ gezeichnet zu werden; umgekehrt habe auch Thomas Casey – „gelinde gesagt“ – mit einigen Flugblättern einen eher „fragwürdigen“ Geschmack demonstriert.¹⁶ Das waren Urteile über den politischen Stil, die gerade darum schwer wogen, weil sie nicht durchsichtig auf eine parteiische Position zurückgingen.

Die Spaltung der liberalen Partei, die hinter dieser Konstellation in Sheffield stand, hatte als eine strukturelle Veränderung der politischen Landschaft auch in anderen Orten Großbritanniens ähnliche Konsequenzen. So sah sich eine ganze Reihe linksliberaler Provinzblätter, die wie der *Independent* zur sogenannten „Starmer-Gruppe“ gehörte, in der Zwischenkriegszeit mit einem fundamentalen Problem konfrontiert: Der organisierte Liberalismus befand sich im Niedergang, und es wurden vor Ort keine liberalen Kandidaten aufgestellt, die hätten unterstützt werden können.¹⁷ Vor diesem Hintergrund war es bedeutsam, dass dies für traditionell parteinahe Zeitungen nicht notwendigerweise eine Neuausrichtung zu

¹⁶ The Passer By, SDI, 10., 15., 17. 11. 1922 (Zitat: „questionable, to say the least“).

¹⁷ Vgl. Gliddon, Political Importance (2003), 29 f., 36–39.

Gunsten einer der anderen Parteien, sondern die Einnahme einer eigenen, unabhängigeren Position bedeutete.

Während deutsche Zeitungen also bis in die Zwischenkriegszeit ihre enge Bindung an die Parteien beibehielten, lösten britische Medien sich zunehmend von ihren alten Gebietern. Nicht nur die Veränderung der politischen Landschaft spielte hierfür eine wichtige Rolle: Auch Entwicklungen auf dem Zeitungsmarkt beförderten in Großbritannien die Suche nach einer neuen journalistischen Position, während in Deutschland nur wenige Anreize für eine Emanzipation von der Parteipolitik bestanden.

Der Markt und die Politik

Die Londoner Presse, die im 19. Jahrhundert noch hauptsächlich in der Metropole selbst gelesen wurde, entwickelte sich nach 1918 zu einem nationalen Medium. Um 1920 lag ihre Gesamtdruckauflage schon leicht über derjenigen der Provinzblätter, und ihre Verkaufszahlen stiegen beständig weiter: 1939 kamen fast zwei Drittel aller täglich verkauften Zeitungen aus der Hauptstadt. Qualitätsblätter wie die *Times* lagen dabei mit täglichen Auflagen um die 190 000 Exemplare am unteren Ende der Verbreitung. Der *Daily Telegraph*, der bis 1930 einen sinkenden Absatz auf etwa 90 000 zu verzeichnen hatte, schoss nach einer Halbierung des Preises bis 1939 sogar auf über 700 000 verkaufte Ausgaben täglich empor. Populärere Blätter erreichten noch mehr Leser: Fünf britische Boulevardzeitungen überschritten zeitweise die eine-Million-Marke, zum Teil deutlich, und der *Daily Herald* sowie der *Daily Express* konnten sich in den 1930er Jahren für eine Zeit sogar rühmen, über zwei Millionen Exemplare täglich abzusetzen.¹⁸

Im Wettbewerb um Auflage suchten darum viele Provinzblätter nach einem Herausstellungsmerkmal, das sie gegenüber den großen nationalen Zeitungen bestehen ließ. Dazu gehörte gerade eine Konzentration auf die Vorkommnisse vor Ort – schließlich konnte keine Londoner Zeitung so schnell und ausführlich über die Geschehnisse in der Provinz berichten wie ein Lokalblatt. Zeitungen wie der *Yorkshire Telegraph and Star* in Sheffield betonten denn diesen Vorteil auch als ein ausdrückliches

¹⁸ Seymour-Ure, *Press* (1975), 236–238; Dawson, *Provincial Press* (1998), 211–213; Lee, *Popular Press* (1976), 73–76.

Verkaufsargument.¹⁹ Mit der Fokussierung auf die lokale Gesellschaft ging die Strategie einher, eine weniger parteiische Position einzunehmen – das Blatt sollte für *alle* Leser vor Ort attraktiv sein, ganz gleich zu welchem politischen Lager diese sich zählten. Besonders dort, wo ehemals gegnerische Lokalzeitungen sich unter dem wirtschaftlichen Druck zusammenschlossen, um am Markt bestehen zu können, war es nur konsequent, die Parteilichkeit aufzugeben oder zumindest in den Hintergrund zu drängen und subtiler zu gestalten.²⁰ Der Kampf um Auflage begünstigte so ein Abrücken von den Parteien.

Eine vergleichbare Entwicklung gab es in Deutschland nicht. Die Berliner Presse blieb über die gesamte Zwischenkriegszeit in ihrem direkten Einfluss weitgehend auf Berlin beschränkt. Außerhalb der Metropole waren es in größerer Anzahl nur die Redakteure anderer Zeitungen, die einzelne Hauptstadtblätter abonnierten um sich zu informieren und ausgewählte Berichte und Informationen daraus weiterzugeben. Nur etwa jede zehnte aller Zeitungsausgaben, die täglich im gesamten Reich gedruckt wurden, kam aus Berlin. Insbesondere die großen politischen Zeitungen, die von Journalisten und führenden Politikern als besonders einflussreich geschätzt wurden, waren nach ihrer Verbreitung tatsächlich alles andere als groß. Organe wie der *Vorwärts*, die *Germania*, die *Deutsche Allgemeine Zeitung* oder die *Vossische Zeitung* erreichten nicht in einem einzigen Fall eine sechsstellige Druckauflage, viele lagen unter 40 000 und sogar unter 30 000 Ausgaben täglich, Tendenz sinkend. Anders als in Großbritannien konnte die deutsche Hauptstadtpresse unter diesen Bedingungen kaum zu einer Plattform für einen nationalen Meinungsmarkt werden.

Für die große Menge der lokal produzierten und lokal konsumierten deutschen Zeitungen bedeutete dies keine Konkurrenz. Die meisten von ihnen kamen zwar selbst nicht auf solche Zahlen, aber sie bedienten zugleich einen sehr viel kleineren Markt als die Hauptstadt. Vor diesem Hintergrund ist eher bedeutend, dass einflussreiche regionale Blätter in derselben Größenordnung wie die Berliner Qualitätspresse lagen. Die *Neue Pfälzische Landeszeitung* unter Albert Fink etwa erschien nach eigenen Angaben in etwa 15 000 Exemplaren, das Ludwigshafener SPD-Blatt

¹⁹ By the Way, YTS, 29. 5. 1929.

²⁰ Dawson, *Provincial Press* (1998), 202 f., 206.

Pfälzische Presse kam auf eine geschätzte Gesamtauflage von 14 000. Einzelne Zeitungen wie der *Münsterische Anzeiger* konnten mit Verkaufszahlen zwischen 30 000 und 40 000 Ausgaben sogar mit den Hauptstadtzeitungen mithalten.²¹ Insgesamt blieb der Zeitungsmarkt in Deutschland so parteipolitisch und regional stark fragmentiert: Nationale Gemeinsamkeit ergab sich vornehmlich daraus, dass regionale und lokale Zeitungen sich überall in das allgemeingültige parteipolitische Konkurrenzschema fügten.

Die unterschiedlichen Entwicklungen der deutschen und britischen Presselandschaften lassen sich noch weiter zurückverfolgen. Schon ab den 1880er Jahren begann der Zeitungsmarkt in Großbritannien sich von den Parteien zu emanzipieren. Ein bedeutsamer Motor dafür war die Professionalisierung des Journalismus als ein parteiunabhängiger Beruf und das Aufkommen eines neuen journalistischen Ethos', das sich nach populären Geschmäckern richtete. Bezeichnenderweise war es schon im späten 19. Jahrhundert üblich, dass britische Reporter zwischen liberalen und konservativen Zeitungen hin- und herwechselten, während deutsche Redakteure noch in den 1920er Jahren praktisch nur innerhalb einer Parteirichtung Karriere machen konnten. Hinzu kamen wirtschaftliche Interessen, die mit der propagandistischen Funktion einer Zeitung im Widerspruch stehen konnten. Herausgeber machten die Erfahrung, dass der Verzicht auf übermäßige und allzu einseitige politische Berichterstattung dem Verkauf zuträglich war – wer polarisierte, verkleinerte dagegen seinen Markt. Selbst diejenigen, die mit ihren Zeitungen vorrangig parteipolitische Ziele verfolgten, verschlossen sich dieser Logik nicht und setzten ihre Prioritäten entsprechend: Um den politischen Einfluss eines Blattes zu erhöhen, musste es zunächst einmal wirtschaftlich erfolgreich sein und sich weiter Verbreitung erfreuen. Die Zeitung sollte als Ware attraktiv sein, und das machte politische Kompromisse erforderlich.²²

Schon Mitte des 19. Jahrhunderts wurden diese Überlegungen zudem im Rahmen der Theorie der Presse als einer „Vierten Gewalt“ in ein Ideal

21 Fulda, *Press and Politics* (2009), 13 f. 21–24; Pieroth, *Parteien und Presse* (1994), hier 31, 740; Marshall, *Political Development* (1972), 53; Führer, *Politische Kultur* (2008), 27 f.

22 Lee, *Popular Press* (1976), bes. 127 f., 158 f., 214 f.; Dawson, *Provincial Press* (1998), 214 f.; vgl. Gliddon, *Politics* (2002); Packer, *Exception* (2006); zu deutschen Karrieren: Meier, *Regionalpresse* (2006), 184 f.

umgemünzt. Gerade *wegen* ihrer finanziellen Eigenständigkeit konnten Zeitungen es sich wortwörtlich leisten, statt den Interessen einer Partei die ihrer Leser zu vertreten und so unabhängig die Politik zu kontrollieren. Dieses Bild der Presse als „Stimme der Demokratie“, wie es der Journalist W. T. Stead in den 1880er Jahren formulierte, ist wegen der engen Verflechtungen von Zeitungen mit den politischen Parteien um 1900 von einigen Historikern als ein „Mythos“ kritisiert worden.²³ Freilich handelte es sich dabei um ein Idealbild, und es liegt in der Natur von Idealbildern, dass sie nie ganz erreicht werden. Im Vergleich mit Deutschland ist das eigentlich bemerkenswerte aber, dass es diesen „Mythos“ überhaupt gab. Und es ist nicht zu bezweifeln, dass auch die politischen Zeitungen in Großbritannien, die sich zunehmend am wirtschaftlichen Markt statt am Parteibuch orientierten, sich ihm in der Zwischenkriegszeit weiter annäherten.

Als Vorbild dafür konnten Blätter dienen, die schon im 19. Jahrhundert unabhängig von den politischen Parteien gestanden hatten – und die Mehrheit aller britischen Zeitungen war das schon vor dem Ersten Weltkrieg zumindest nominell.²⁴ Ein Beispiel dafür gaben die *Cambridge Daily News* ab, die seit ihrer Gründung 1888 dem Dienst an der Gesamtbürgerschaft der Stadt und der Vertretung der Volksmeinung verpflichtet waren. Im Interesse guter örtlicher Selbstregierung solle die Zeitung – in ihren eigenen Worten – Missstände öffentlich thematisieren, damit die Bürgerschaft selbst Lösungen für die Angelegenheiten ausarbeiten konnte, die ihr Wohl betrafen.²⁵ Das waren hohe Ideale, denen das Blatt noch in den 1920er und 1930er Jahren gerecht zu werden versuchte. Parteipolitisch wahrte es dafür strikte Neutralität, indem es möglichst objektiv und ausgeglichen über die Kampagnen aller Parteien berichtete, vielleicht mit einer leichten Neigung zu Gunsten des Liberalismus. Die Labour Party, üblicherweise die Benachteiligte ob ihrer ungerechten Behandlung in der „kapitalistischen Presse“, sah jedenfalls wenig Grund zur öffentlichen Klage. Ihr Kandidat bedankte sich 1922 ausdrücklich für die neutrale Berichterstattung: Nicht überall habe man das Glück, dass wie in Cambridge „mehr oder weniger gewissenhaft fair“ über die Arbeiterpartei berichtet

23 Boyce, *Fourth Estate* (1978), Zitat Stead 25 („the noble speech if not the voice of democracy“); vgl. Lee, *Popular Press* (1976), 117–120, 190 f.

24 Ebd., 159.

25 Taylor, „Town“ (2006), bes. 408.

werde, wie es beide örtliche Zeitungen, der konservative *Chronicle*, aber insbesondere die *Daily News* getan hätten.²⁶

Dabei nahm die Zahl der Orte, wo die Arbeiterpartei auf so ein Glück hoffen konnte, beständig zu. Den Trend bestätigen Daten zur politischen Ausrichtung von insgesamt über 40 Lokalblättern unterschiedlicher Größe und ihrer Berichterstattung zu den Unterhauswahlen von 1895, 1910, 1922 und 1935. Diese reflektieren sowohl die wirtschaftliche Konzentration als auch die parteipolitische Neutralisierung der Presselandschaft in dem Zeitraum. Während die Zahl der registrierten Titel in den untersuchten Wahlkreisen von anfangs 34 auf 16 in den 1930er Jahren schrumpfte, stieg zugleich der Anteil der als unabhängig eingestuften Zeitungen – von etwa einem Fünftel (7) auf über zwei Drittel der Blätter (11).²⁷

Wie diese Entwicklung in einzelnen Orten ablief, lässt sich exemplarisch in Sheffield beobachten. Die Medienlandschaft war hier aus dem 19. Jahrhundert kommend typisch zwischen einem konservativen und einem liberalen Verlagshaus geteilt, die jeweils neben einem streng parteipolitischen Morgenblatt eine populäre Abendzeitung herausgaben. Traditionell zielten letztere Blätter hier wie anderswo auf ein weniger gebildetes Publikum, indem sie die politische Berichterstattung zugunsten anderer Themen knapper hielten.²⁸ Die erfolgreichere der beiden Abendzeitungen war der *Yorkshire Telegraph and Star*, der zum konservativen Verlag hinter dem profilierten *Sheffield Daily Telegraph* gehörte – beide Blätter gibt es unter leicht geändertem Namen noch heute. Anfang der 1930er Jahre schluckte der *Star* mit der *Sheffield Mail* die liberale Konkurrenz, aber schon zuvor hatte im Laufe der 1920er Jahre die Parteilichkeit beider Blätter immer weiter abgenommen.

So beanspruchte der *Star* bereits 1922 in seinen Kommentarspalten mehrfach, bei der anstehenden Wahl keinerlei Parteistandpunkt zu vertreten. Unaufgeregt und abwägend wurden die Aussagen aller Kandidaten unter die Lupe genommen und darüber sinniert, ob die kruden Angriffe gegen Labour als anti-national und zerstörerisch tatsächlich verfangen

26 Mr. Hugh Dalton's Appeal, CDN, 18. 3. 1922 („more or less scrupulously fair“); vgl. Beers, *Your Britain* (2010), 69–73.

27 Ausgezählt aus Lawrence/Good, *Electing John Bull* (2005). Vgl. Bingham, *Representing* (2011).

28 Brown, *Victorian News* (1985), 33 f.

könnten. Ausdrücklich lehnte die Zeitung ab, ihren Lesern eine Wahlempfehlung zu geben – schließlich lasse man auch selbst nicht andere Journalisten für sich entscheiden.²⁹ Über den Verlauf der Kampagne wurde allerdings die konservative Neigung des Verlags hinter der Zeitung noch deutlich. Anzeigen und einzelne Zitate, die zwischen die Artikel gestreut waren, spielten einseitig auf die antisozialistische Propaganda der Tories an. Auch die Versammlungsberichte konnten eine gewisse konservative Schlagseite nicht verbergen, weil sie unverändert aus dem Schwesterblatt, dem *Telegraph*, übernommen wurden. Noch offensichtlicher als 1922 wurde die Parteinahme zwei Jahre später vor dem Hintergrund der Furcht vor Verbindungen Labours nach Moskau und der Gefahr eines kommunistischen Umsturzes. Suggestiv druckte die Zeitung ein Dokument mit den Unterschriften führender Labour-Politiker aus dem Mai 1917, das sich positiv auf die russische Revolution bezog. Auch ein Leitartikel argumentierte offen gegen den Sozialismus, wohlgermerkt ohne sich dabei reißerischer Überzeichnungen zu bedienen.³⁰

Dafür musste der *Star* sich von seinen Lesern vorhalten lassen, dass er den eigenen Ansprüchen nicht gerecht werde. Unter dem Pseudonym „Worten Taten folgen lassen“, schrieb einer von ihnen: Für den „Mann auf der Straße“ sei ganz offensichtlich, wen das Blatt als Gewinner der Wahl sehen wolle – man sehe es allein daran, dass die Namen der konservativen Kandidaten immer an erster Stelle über denen der anderen Parteien angegeben wurden. Wenn der *Star* „wirklich eine unpolitische Zeitung ist, wie in den ‚By the Way‘-Kolumnen und anderswo stets wiederholt wird, wieso sind die Namen nicht nach Alphabet gedruckt?“ Die Zeitung druckte den Einwand³¹ und nahm ihn offenbar zu Herzen. Schon bei der nächsten Wahl fünf Jahre hätte es für solche Interventionen dann kaum noch einen Anlass gegeben. Peinlich war die Zeitung nun bemüht, Neutralität zu wahren und in alle Richtungen gleichermaßen Verfehlungen zu kritisieren und Leistungen hervorzuheben.

²⁹ By the Way, YTS, 13. und 14. 11. 1922.

³⁰ Dokument in YTS, 24. 10. 1924; The Question, YTS, 20. 10. 1924; zum Hintergrund oben, S. 110–111.

³¹ „Practising what you Preach“, in: YTS, 18. 10. 1924 („man in the street“, „If a non-political paper, as is repeated in the ‚By the Way‘ column and elsewhere, why are not the names printed alphabetically?“); vgl. auch die Kritik von „Fair Play on all Sides“ am SDT, 10. 11. 1922.

Auch in Deutschland waren Ende des 19. Jahrhunderts mit den so genannten Generalanzeigern Zeitungen entstanden, bei deren Gründung ähnlich wie bei der britischen Massenpresse geschäftliche Erwägungen eine große Rolle spielten. Doch diese folgten einer anderen Entwicklung. Vorbehalte gegen eine „Kommerzialisierung“ des Zeitungsmarktes waren in Deutschland stärker ausgeprägt; und so setzte sich auch bei den Generalanzeigern bereits nach kurzer Zeit das Leitbild des Journalisten als eines aufrechten Parteimanns durch, der die Flagge der „Gesinnungsfestigkeit“ sogar gegenüber den Geschäftsinteressen des Herausgebers hochhielt. Zwar zogen auch in Deutschland mehr Bilder und unterhaltende Elemente in die Zeitungslandschaft ein, die den Absatz zu fördern versprachen. Doch in der Prioritätenliste blieben parteipolitische Überzeugungen immer den kommerziellen Interessen übergeordnet.

Statt an einem Warenmarkt orientierte sich so auch der Generalanzeiger-Journalismus an politischen Überzeugungen. Das Ideal einer Presse als „Vierter Gewalt“ blieb in Deutschland völlig unbekannt – nicht einmal als „Mythos“ konnte es Wirkung entfalten. Ähnlich wie die offen „nationalen“ Blätter, die Überparteilichkeit vorgaben und doch eindeutig und offen für eine bestimmte Gruppe bürgerlicher Parteien eintraten, konnten so auch Zeitungen in der Tradition der Generalanzeiger in der Zwischenkriegszeit ihre Sympathien für die Sache einer Partei kaum verbergen, und meist war das auch hier die „nationale“ Sache. Je näher der Tag der Entscheidung heranrückte, desto deutlicher zeigten einseitige Inserate oder Wahlaufrufe, wen die Redakteure unterstützten.³²

Mit der vorgeblichen Neutralität war es also auch bei einer Zeitung wie dem *General-Anzeiger Ludwigshafen* nicht weit her, der in dieser Tradition stand. Interessanter als diese Feststellung noch ist aber die Strategie, mit der das Blatt trotzdem versuchte, Parteilosigkeit zu demonstrieren: Der *General-Anzeiger* berichteten nur in äußerst geringem Umfang überhaupt vom Wahlkampfgeschehen und erweckten damit den Eindruck, als würde er sich in von der Politik insgesamt fernhalten. Die wenigen Berichte über Wahlversammlungen, die gedruckt wurden, zeichneten sich durch einen steifen, „amtlichen“ Ton aus, der es nicht wagte, in irgendeine Richtung

32 Requate, *Medienmacht* (2001), 81–84; ders., *Kommerzialisierung* (2006), hier bes. 127 f.; ausführlicher, auch für das Folgende: Ders., *Journalismus* (1995), 358–382.

zu werten – als ob die Redakteure fürchteten, schon wegen der kleinsten kritischen Bemerkung in eine parteipolitische Ecke gestellt zu werden. In dieser Art der Berichterstattung bildete eine Wahlkampagne, anders als in politisch engagierten Medien, kaum so etwas wie eine zusammenhängende Erzählung, weil die Journalisten sogar davon absahen, thematische Bezüge zwischen den vereinzeltten Berichten herzustellen. Verschiedene Positionen souverän zusammenzufassen und nebeneinander zu stellen, das wagten sie kaum. Nur logisch war, dass es kommentierende Spalten oder argumentierende Leitartikel zum Wahlkampf in dieser Art von Journalismus nicht geben konnte.

Deutlicher noch als die Parteiblätter zeigt eine derartige Berichterstattung, was die enge Orientierung deutscher Zeitungen an der parteipolitischen Landschaft für Konsequenzen hatte: Die Presseöffentlichkeit kannte keine politischen Positionierungen jenseits der Parteien. Eine Alternative dazu, Farbe für eine von ihnen zu bekennen, bestand einzig darin, sich völlig herauszuhalten. Das unterschied sich vom marktorientierten Journalismus in Großbritannien, der aus der Distanz auf die Parteien blickte und sich im Buhlen um die Leserschaft zu deren Anwalt zu machen vorgab. Hier gab es einen Standpunkt, von dem auf politisches Engagement nicht verzichtet werden musste. Denn abwägende Berichterstattung zur Orientierung zwischen den Optionen und eine unabhängige Kritik an beklagenswerten Auswüchsen des Streits, die einem Ideal politischen Anstands verpflichtet war, musste nicht Partei ergreifen, konnte aber trotzdem als politisch gelten.

An den Lesern als politisch aktiven Bürgern konnten diese unterschiedlichen Positionierungen nicht spurlos vorbeigehen. Und damit sind wir an den Punkt gekommen, uns eingehender mit der Beziehung der Presse zu ihrer Leserschaft als Wähler zu beschäftigen. Zeitungen in Großbritannien demonstrierten ihren Lesern mögliche parteiunabhängige Positionierungen, die dennoch politisch involviert waren. Dagegen überließen deutsche Blätter ihr Publikum ganz den Parteien, die sie ebenfalls unterstützten – wer in der Weimarer Republik dagegen nach einer unabhängigen Position suchte, dem bot die Presselandschaft nur das Vorbild, sich nach Möglichkeit völlig aus der Auseinandersetzung herauszuhalten. Diese Ausrichtung am Ideal des aufrechten Parteimanns mag daran gelegen haben, dass deutsche Zeitungsmacher anders als ihre britischen Gegenüber

auch nicht glaubten, dass es parteiunabhängige Bürger überhaupt gab. Darauf deuten jedenfalls die Darstellungen von der Wählerschaft hin, die in der Presse Verbreitung fanden.

Bilder vom Wähler

Beim Vergleich von Darstellungen der Wählerschaft in der Presse fällt ein Unterschied ins Auge, der auch die Konzeptionierung der Parteienwerbung prägte. Während deutsche Wähler vor allem als kollektive Großgruppen begriffen wurden, stand in Großbritannien das Individuum im Mittelpunkt. Das trifft auch auf Karikaturen und andere Illustrationen der Wählerschaft in deutschen und britischen Zeitungen zu, wenngleich der Unterschied ein gradueller und kein kategorischer war: Beide Motive findet man in beiden Gesellschaften, doch die Wählerschaft als Masse erfreute sich in Deutschland einer größeren Beliebtheit. In Großbritannien findet man sie hauptsächlich am Anfang der 1920er Jahre: Der liberale und der konservative Kandidat, die eine Katze mit Namen „Labour-Stimmen“ von der Mauer zu locken versuchten, oder der Tory und der Labour-Verehrer, die in Konkurrenz um die Witwe der „liberalen Stimmen“ buhlten; solche Motive ordneten die Wähler in Kontingente der einzelnen Parteien ein.³³ Zum Ende des Jahrzehnts verschwanden sie.

In Deutschland waren und blieben Kollektivdarstellungen dieser Art prominenter. Sie hatten eine Tradition, die vor den Weltkrieg zurückging. Schon 1898 zeichnete Thomas Theodor Heine im *Simplicissimus* die Wähler als „Stimmvieh“, das nicht als *eine* große Herde, sondern nach Parteien getrennt in separaten Schlangen zur Stimmabgabe schritt. Nach dem Krieg zeigte er die Wählerschaft als Hunde in verschiedenen Farben – einer je Partei –, die nach der leuchtenden „Extrawurst“ im Himmel gierten, welche die unterschiedlichen Kandidaten anpriesen. Als menschliche Personen erschien die Wählerschaft häufig anonym als große Masse, die für ihre Sache hinter einer Fahne marschierte.

33 George Middleton, General Election Cartoons – No. 9, SM, 30. 11. 1923; ders., The Merry Widow, SM, 22. 10. 1924; vgl. ders., The Dreamer, SDI, 28. 10. 1924; sowie den Kommentar: Sheffield Divisions, YTS, 14. 11. 1922, der noch ausschließlich Parteianhänger kannte.

Im Unterschied zu britischen Darstellungen konnten hierbei die einzelnen Figuren oft schon an ihrer Kleidung als Angehörige einer politischen Bewegung identifiziert werden.³⁴ Das traf zum Beispiel auf eine Grafik zu, die anlässlich der Präsidentschaftswahl von 1925 die Wählerkontingente abbildete, die ihren Parteien bei der Stimmabgabe für den Präsidentschaftskandidaten Wilhelm Marx folgen sollten: Ein dicklicher Mann in schwarzer Ordenskleidung mit Hut für das Zentrum, ein Arbeiter für die SPD, ein Bürger im förmlichen Cutaway für die Demokraten. Solche Bilder folgten einer Ikonographie, die bereits im Kaiserreich kanonisiert worden war. Sie machte schon auf den ersten Blick kenntlich, welcher Partei eine Figur angehörig war.³⁵ In Großbritannien konnte man das kaum einer Wählerfigur ansehen.

Weiter verbreitet waren in der britischen Presse Bilder von den Wählern als unabhängigen Einzelpersonen, die von allen Parteien umworben wurden. Schon vor dem Krieg war die Figur des Bürgers beliebt, für den das ganze Wahlspektakel – die Slogans, die Flut an Literatur, die zahlreichen Reden und die endlosen Hausbesuche – nur ein sicheres Ergebnis hatte: ihn vor Verwirrung in den Wahnsinn zu treiben. Diese Darstellungen sympathisierten mit dem einfachen „Mann auf der Straße“, der den verschiedenen Optionen vor allem ratlos gegenüber stand, wenn er nicht gar in dem Wirbelwind der Propaganda einen Schwindelanfall erlitt oder in der Gummizelle landete. Das traf vor allem die Stimmung zur Parlamentswahl 1918, als bisher übliche Parteibezeichnungen neuen irritierenden Konstellationen wichen – vom „militanten Pazifisten“ über den „reaktionären Progressionisten“ bis zum „individuellen Kollektivist“ gab es etwa in einer Darstellung alle möglichen und unmöglichen verwirrenden Kandidaturen, die sich im „Albtraum des Wählers“ an den Ottonormalbürger heranzuschmeißen versuchten.³⁶

³⁴ Thomas Theodor Heine, „Mitbürger, auf zur Wahl!!“ *Simplicissimus*, 3 (1898) 12, 89; ders., *Wahlparolen*, ebd., 25 (1920) 8, 113; *Marschier mit!* WL, 31. 7. 1932; *Wahlspiegel*, VM, 18. 4. 1925.

³⁵ *Arbeiter, aufgepaßt!* VM, 25. 4. 1925; *Wahlfreuden!* WL, 29. 11. 1924, Beilage: Spottvogel; vgl. Anderson, *Democracy* (2000), 87; *Gang zur Wahl*, *Simplicissimus*, 8 (1903) 11, 89; *Württembergische Wahlen*, *Simplicissimus*, 11 (1907) 41, 654.

³⁶ *The Voter's Nightmare*, *Punch*, 4. 12. 1918, 367, übernommen in *Aberdeen Journal*, 5. 12. 1918 („militant pacifist“, „reactionary progressionist“, „individual collectivist“); vgl. die Cartoons in SM, 13. 10. 1924, 20. 10. 1924, und schon: *Voter's Vertigo*, *Punch*,

Andere Karikaturen konzentrierten sich auf die Politiker selbst, die sich mit Versprechungen und Übertreibungen einzelnen Wählern anboten. Diese wiederum traten als neutrale Figuren oder als einfache Bürger in Rollen wie dem Arbeiter, dem Faulenzer, dem Pensionär oder der vornehmen Dame auf.³⁷ Wähler konnten auch eine aktive Rolle haben, ohne automatisch Parteianhänger zu werden. Bei einem Hausbesuch etwa, den der Sheffielder Karikaturist George Middleton in Szene setzte, waren die besuchten Arbeiter deutlich besser vorbereitet als der aristokratische Kandidat, der sich der „scheußlichen Last“ des *canvassing* widmete: Da die Wähler im Haushalt beschäftigt waren, hatten sie dem Kandidaten einen Korb für seine Flugblätter, einen Fragebogen zum Ausfüllen, eine Schallplatte mit ihren eigenen Ansichten, einen Zettel mit Phrasen zur Selbstbedienung („Ach, wirklich?“) und schließlich ihr Baby vor der Tür aufgestellt – für einen Kus, den man von Kandidaten in solchen Situationen klassisch erwartete.³⁸

Besonders wenn Comic-Streifen mit wiederkehrender Hauptfigur das Thema der Wahl aufnahmen, schreckten deren Zeichner davor zurück, sie einem politischen Lager zuzuordnen. Das beste Beispiel dafür ist der „Little Man“ von Sidney Strube, der zwischen den Weltkriegen die wohl einflussreichste und beliebteste Verkörperung des einfachen Normalbürgers in der Presseöffentlichkeit abgab. Bezeichnenderweise hatte Strube den Charakter stilistisch aus den anonymen Figuren entwickelt, die gelegentlich als Ausstaffierung seiner Bildergeschichten dienten. Statt die öffentliche Meinung als eine Masse darzustellen, entschied sich Strube, wie andere Zeichner der Zeit, bewusst dafür, sie als eine Einzelperson mit liebenswerten Charakterzügen zu zeichnen. Den Little Man stellte er in humorvollen Episoden in seinem Ringen mit den kleinen Problemen des Alltags dar, was ihn zu einer Identifikationsfigur für den einfachen

7. 12. 1910, 397; W. K. Haselden, Pity the Poor Elector, Daily Mirror, 24. 11. 1909, BCA, WH0586.

37 W. K. Haselden, Suggestions for Parliamentary Candidates, Daily Mirror, 2. 12. 1918, BCA, WH2822; David Low, „Star“ Election Posters – XVII, The Star, 13. 11. 1922, BCA, LSE6861.

38 George Middleton, Canvasser and Canvassed, SDI, 22. 10. 1931 („beastly nuisance“, „Oh yeah?“). Der Kandidat, der Babys küsst, wird schon von Charles Dickens karikiert: Dickens, Pickwick Papers (1837), 129 f.; vgl. Wodehouse, Much Obligated, Jeeves ([1971] 2008), 19, 23.

Bürger machen sollte. Dabei zeichnete sich die Figur wie andere ähnliche Schöpfungen der Zeit durch seine Genügsamkeit sowie eine heitere, optimistische und gleichmütige Haltung aus.

Zu Wahlzeiten zeigte der Little Man sich mit seiner typischen Melone und dem unvermeidlichen Regenschirm zum Beispiel an einer Straßenecke vollkommen unbeeindruckt von der Agitation der drei Parteiführer, die angestrengt und wild gestikulierend auf ihn einredeten. In einer anderen Bildgeschichte erreichte ihn die politische Botschaft zwar: Aufgeschreckt von der Beschwörung einer Krise und der Gefährdung der Zukunft suchte der Little Man darauf hektisch nach seinen Mitbürgern, um sie zu warnen. Sobald er diese aber gefunden hatte, ließ er sich wie sie von Wichtigerem ablenken: Statt dem Wahlkampf folgte die Bürgerschaft dem klassischen Bootsrennen der Universitäten Cambridge und Oxford. Die einzige Partei, die der Little Man ergriff, war die für das dunkelblaue Boot.³⁹

Unabhängig und ebenso unbeeindruckt vom Trubel des politischen Streits wurden schließlich die jungen Frauen dargestellt, die 1929 zum ersten Mal mit abstimmen durften. Die Ausweitung des Wahlrechts sorgte erstmals dafür, dass Frauen in der Gesamtwählerschaft nun ein Übergewicht gegenüber den Männern besaßen; entsprechend galten sie als das Zünglein an der Waage. Ihre Entscheidung, die für das gesamte Land weichenstellend sein würde, trafen sie dabei in vielen Darstellungen eigenständig und aus selbstbewusster Distanz zum Parteibetrieb: Als Autofahrerin, der John Bull die Wahl zwischen den Zapfsäulen der drei Parteien überließ – „*Du wählst, meine Liebe, Du fährst schließlich*“ –, oder als Fliegerin, die selbstsicher Richtung Flugzeug schritt und dankend auf die Dienste der Parteiführer als Piloten verzichtete.⁴⁰

Zumindest eins der britischen Motive war auch in Deutschland nicht unbekannt. Wie ihre Gegenstücke auf der Insel zeigte sich auch manch deutsche Wählerfigur von den angebotenen Optionen verwirrt: Wähler

³⁹ Sidney Strube, *The Man with a Following*, Daily Express, 26. 2. 1929, BCA, GS0779; *The Rival Blues*, Daily Express, 23. 3. 1929, BCA, GS0785. Zu dieser und anderen Figuren siehe Benson, Strube (2004), 29–37; Mandler, *National Character* (2006), 163–191, bes. 164 f. Einen ähnlichen Ton trafen die „It’s Only Dad“-Cartoons von Ernest Noble in der *Sheffield Mail*.

⁴⁰ *The Spirits of the Hour*, Punch, 22. 5. 1929, 575 („*You choose, my dear; you’re driving*“); *Free and Independent*, Punch, 27. 6. 1928, 713; übernommen je einen Tag später im *Aberdeen Journal*.

wurden von Flugschriften umweht, von Vertretern der Parteien angeschrien oder umgekehrt als „Heilige“ angebetet. Eher findet man diese Darstellungen in Deutschland allerdings in satirischen und illustrierten Wochenzeitschriften, die das Wahlkampfgeschehen aus größerer Distanz kommentierten als die aktiv involvierte Tagespresse. Auch war der Ton in diesen Darstellungen ein anderer. Sie sympathisierten nicht mit dem gelassenen Umgang, der Gleichgültigkeit oder der humorvoll-kreativen Umgestaltung der Situation durch einfache Wähler, die den Parteien einen Strich durch die Rechnung machten. Stattdessen beklagten sie, dass der deutsche Bürger überhaupt der propagandistischen Kakophonie ausgesetzt war.⁴¹

Fließend war dabei der Übergang zu Karikaturen, die nicht exemplarische Individuen, sondern den Volkskörper als Ganzes in den Mittelpunkt stellten, der zum Opfer der Zerstrittenheit wurde. So erschien der deutsche Michel häufig mit gequälter Miene unter der typischen Zipfelmütze: als vom Krieg und der Nachkriegsordnung geschundener Halbtoter, den jetzt auch noch die Parteien in unterschiedlichen Farben anmalten; als gequält am Boden liegender Körper, an dem sie in unterschiedliche Richtungen zogen; oder als Figur mit einem roten und einem schwarzen Bein, die mit dem Schritt grausam über eine Rasierklinge rutschte und dabei in zwei Hälften gespalten wurde, so dass nach den Wahlen nur „eine äußerste Rechte und eine äußerste Linke“ übrig blieben.⁴²

Die Kehrseite solcher Klagen über die parteiliche Zerrissenheit des Volkes bildeten Darstellungen, die wiederum keinen Bürger jenseits parteipolitischer Loyalität oder vollkommener Abstinenz kannten. Unter letzterem wurde vor allem Wahlenthaltung verstanden, die als moralisch anrüchig galt. Nicht wenige der Nichtwähler, die zum Beispiel ein Zeichner für die rechte *Westfälische Landeszeitung* in Szene setzte, waren überaus zwielichtige Gestalten. Als „Wahldeserteure“ wurde ihnen der Verrat am Volk

⁴¹ Der Kampf um die Stimme, *Berliner Illustrierte Zeitung*, 30. 5. 1920; Werner Hahmann, Wahl-Erklönig, *Kladderadatsch*, 30. 11. 1924; Wenn's Mailüfterl weht! Ebd., 13. 5. 1928; Aus der Vogelperspektive, ebd., 20. 5. 1928; *Simplicissimus*, 32 (1928) 40, 541; Thomas Theodor Heine, Der Wähler, ebd., 32 (1928) 50, 676.

⁴² Olaf Gulbransson, Vom Michel, der nicht tot zu kriegen war, *Simplicissimus*, 29 (1924) 36, 490–492; Thomas Theodor Heine, Reinliche Scheidung, ebd., 25 (1920) 9, 144; Wahlnot, *Kladderadatsch*, 7. 12. 1924; vgl. Wahlvoraussicht, *WL*, 7. 11. 1924.

unterstellt – vor dem Hintergrund des Streits um die Verantwortung für den verlorenen Krieg waren Anschuldigungen, die in dieser Tonart vorgetragen wurden, keine leichten. Neben „Kaffeehaus-Literaten“ gehörten zu den Uninteressierten ein städtisch-modern gekleidetes Pärchen an einer Bar, das von der jungen Frau hinter derselben einen Whisky-Soda „wählte“, da ihnen das eigene Amüsement offensichtlich von größerer Bedeutung war als das Schicksal des Volkes. Ein zweiter alternativer „Wahlvorgang“ spielte sich an einer Laterne ab, wo ein Freier auf eine Prostituierte traf. Schließlich war da noch die „edle Gilde der Berufsverbrecher“, die den Wahltag nutzte, um in verlassene Wohnungen einzusteigen, während deren Bewohner ihrer Pflicht nachkamen.⁴³

Unabhängige Figuren, die dem Ideal eines rational abwägenden Staatsbürgers folgten, zwischen den einzelnen Parteien abwogen und sich schließlich für eine von ihnen entschieden, waren nicht gänzlich unbekannt. Anders als in Großbritannien konnte ihre Entscheidung aber nicht offen gelassen werden: Am Ende der Geschichten mit solchen Protagonisten stand in Deutschland stets das überzeugte Eintreten für eine der Parteien. Wenig überraschend folgte dieses der politischen Richtlinie der Zeitung selbst, in der die Darstellung erschien. Fließend war hier zudem der Übergang zur sozialen Argumentation, derer sich auch die direkte Wahlwerbung der Parteien bediente. Angehörige einer sozialen Gruppe, die sich zunächst uninteressiert gaben, mussten durch eine zunehmende Zahl an Argumenten schließlich ihre eigentlichen Interessen und deren richtige Vertretung erkennen.

Zu ihnen gehörte Frau Schulze, die in einer sozialdemokratischen Zeitung anfangs noch in einer Hausfrauenrolle der Zeit beim Sockenstopfen in der Küche darüber sinnierte: „Ach, was geht mich die Politik an“. Nach und nach lernte sie, dass die Lebensmittelpreise gestiegen und ihre Wochenhilfe gesunken waren, dass ihr Mann weniger Lohn erhielt und es neue Steuern gab, und auch, wer dafür verantwortlich war: die Bürgerblockregierung. Kein Wunder, dass Frau Schulze sich schließlich für die „Sozialdemokraten, Liste 1“, entschied, wie sie es in formelhafter Wiederholung des Parteilogans ausdrückte. Ihre Begründung offenbarte dabei, dass sie sich weniger als Staatsbürgerin und mehr als Angehöri-

⁴³ Wahldeserteure, WL, 7. 12. 1924, Beilage: Bilder vom Weltgeschehen.

ge der Arbeiterklasse verstand: Als einzige hätte die SPD „gegen unsere Ausplünderung“ durch die Brüning-Regierung gekämpft.⁴⁴

Viele Wählerfiguren mussten nicht einmal wie Frau Schulze überzeugt werden, weil sie sich schon optisch einer der Parteien zuordnen ließen. Das betraf nicht nur die bereits angesprochenen Wählerkollektive, sondern auch Darstellungen einzelner Personen. Als der „schöne Philipp“ Scheidemann sich etwa 1924 nach der Stimmung im Volk umhörte, traf er nur auf Individuen, die anhand ihrer Kleidung und der Bildunterschriften deutlich als Bürger identifiziert werden konnten. Hoffnungsfroh erfuhr er von einem nach dem andern, dass sie dieses Mal überhaupt nicht mehr zur Abstimmung gehen würden – die „bürgerliche Wahlflauheit“ musste den Sozialdemokraten zugutekommen. Genauso veranschaulichte die Figur des „wahlmüden Bürgers“ eine weitere Zeichnung, die damit ebenso keinen Staatsbürger, sondern einen „Bürger“ im Gegensatz zum Bolschewisten mit asiatischen Gesichtszügen, zum Zentrumsman und zur sozialdemokratischen Bonzenfigur meinte: Während ersterer noch schlafend im Bett lag, grinste letztere hämisch beim Einwerfen ihrer Stimmzettel in die Urne.⁴⁵

Der Übergang zu Darstellungen, die Parteilichkeit so schon an der Physiognomie der Figuren erkennen ließ, war dabei fließend. Das war nicht erst eine Spezialität der späteren nationalsozialistischen Wahlwerbung, die damit gezielt ihre politischen Gegner verächtlich zu machen versuchte. Bereits in den 1920er Jahren traf man solche Figuren in der Propaganda anderer Parteien wie auch in der Presse an.⁴⁶ Die Zugehörigkeit zu den politischen Parteien verankerten diese Bilder weit tiefer als in den Überzeugungen, nämlich in der Natur der Menschen.

Darstellungen der Wählerschaft zeichnete die Presse in Deutschland und Großbritannien so entsprechend ihrer eigenen Positionierung in der politischen Auseinandersetzung. Gegenüber dem unabhängigen Bürger

44 Was Frau Schulze erleben mußte, VM, 6. 9. 1930 (meine Hervorhebung). Als Flugblatt in StALu, N2/167, 7. So auch die Artikelserie: Michel Ehrlichs Wahlzeiterlebnisse, NPL, 27.11., 1.12., 4. 12. 1924.

45 Philipp Scheidemann und die bürgerliche Wahlflauheit, Kladderadatsch, 30. 11. 1924; Der wahlmüde Bürger, WL, 5. 11. 1932; vgl. Titelblatt der DAZ, 5. 9. 1930.

46 Etwa: So siehste aus! VM, 4. 12. 1924; vgl. in der Tendenz: Der Kampf um die Stimme, Berliner Illustrierte Zeitung, 30. 5. 1920. Vgl. Haese/Schütte, Frau Republik (1989), bes. 24, 76, 86; Politische Plakate (1980), 54, 72; Paul, Aufstand (1992), 144 f.



Abb. 9. „Nationale Wahlarbeit“: Wie Kleidung und Physiognomie zeigen, manipulieren ausschließlich „nationale“ Parteivertreter einen „nationalen“ Bürger. Kontrastiere Abb. 10. Karikatur aus: Volkswille (Münster), 13. 11. 1924.

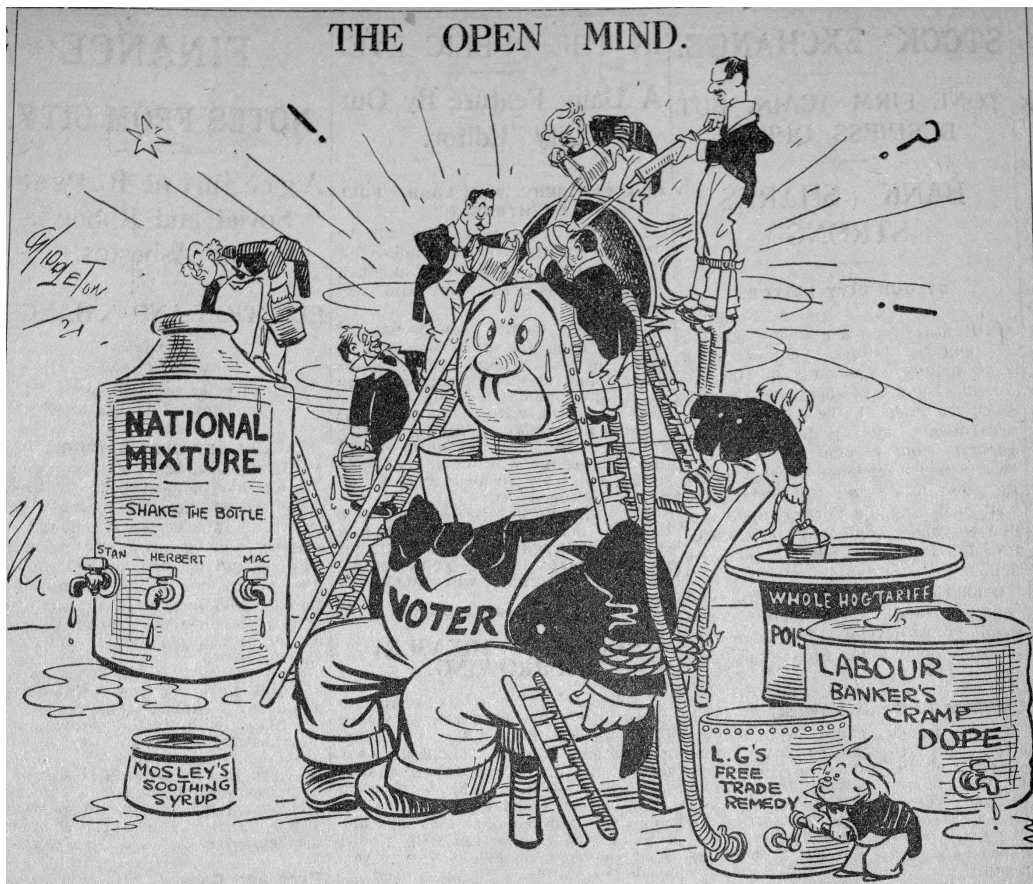


Abb. 10. „The Open Mind“: Alle Parteien werben um den unentschiedenen Wähler. Karikatur aus: *Sheffield Daily Independent*, 24. 10. 1931.

in britischen Zeitungen herrschte in Deutschland der Wähler als Parteigänger vor. Mit rationalen Argumenten war er für die Sache gewonnen, häufiger noch war er ihr selbstverständlich auf Grund seiner sozialen Lage oder gar seiner Natur verschrieben. Über die daraus resultierende Spaltung des Volkes wurde von vielen Seiten Klage geführt – doch eine andere Beteiligung von parteiunabhängiger Position aus, wie sie in Großbritannien im Zentrum von Karikaturen und anderen Bildern stand, kam im deutschen Panorama der Wählerdarstellungen praktisch nicht vor. Einzig völlige Enthaltung schien eine denkbare Alternative – doch die war verpönt, weil die Politik als zu wichtig galt. In der deutschen Presse war so alles Partei. Bezeichnend dafür ist, dass man selbst von den Nichtwählern als einer Partei sprach: Die „Partei der Nichtwähler“

oder die „Partei der Parteilosen“, das waren feste Wendungen, die in der Weimarer Öffentlichkeit weite Verbreitung fanden.⁴⁷

Die unterschiedlichen Darstellungen boten Identifikationsangebote, die darauf verweisen, dass sich Zeitungsmacher auch ihre Leserschaft in diesen Kategorien vorstellten. Das lässt sich auch daran zeigen, wie die Presse der Zwischenkriegszeit ihre Leserschaft direkt ansprach und welche Rollen für politische Bürger in den Anreden impliziert waren.

Zeitungen an ihre Leser

Wie selbstverständlich sprachen deutsche Zeitungen ihre Leser als Anhänger der Parteien an, die auch das Blatt selbst unterstützte. Selbst ein vorgeblich neutrales Medium wie der Ludwigshafener *General-Anzeiger* rief seine Leser so mit den Worten zur Stimmabgabe auf, kein „Bürger“ dürfe seine Wahlpflicht versäumen, denn jede einzelne „Bürgerstimme“ sei eine „Waffe im Kampf gegen einseitige Klassenherrschaft“.⁴⁸ Weiter noch gingen derartige Aufrufe in offenen Parteiblättern. Diese forderten ihre Leser zudem immer wieder dazu auf, die Zeitung selbst nach der Lektüre weiterzugeben oder, besser noch, neue Abonnenten zu werben. Damit würden sie für die eigene und gegen die gegnerische Partei arbeiten, nicht nur durch die Verbreitung von Propaganda, sondern auch, weil damit die Bewegung finanziell unterstützt werde. In diesen Anreden zeigte sich, dass die Leserschaft nicht anders vorgestellt wurde als als eine aktive Parteianhängerschaft – umgekehrt erging entsprechend auch von Seiten der Parteien immer wieder die Aufforderung an die eigenen Mitglieder und Anhänger, auf keinen Fall ein anderes als das eigene Blatt zu abonnieren.

Im Alltag dienten Zeitungen so als symbolischer Ausweis für die Zugehörigkeit zu einer Sache, mit dem Anhänger öffentlich die Loyalität zu „ihrer“ Presse demonstrierten. Ein „schlechter Werber“ für sein Blatt sei, so hieß es etwa in der sozialdemokratischen *Pfälzischen Post*, wer die Zeitung im Mantel stecken lasse, wenn er sich mit anderen am Abend auf einen

⁴⁷ Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung, GAL, 20. 1. 1919; „Der Leser hat das Wort“, DAZ, 31. 8. 1930; Die stärkste Partei, DAZ, 5. 9. 1930; Die große Wahlüber-
raschung, MA, 15. 9. 1930; Lieber Herr Nichtwähler! MA, 14. 9. 1930.

⁴⁸ GAL, 4. 6. 1920.

Schoppen treffe. Sie müsse herausgeholt und offen gezeigt werden, um auch in der Wirtschaft neue Abonnenten zu werben und die Bewegung zu stärken.⁴⁹

Auch britische Zeitungen sprachen ihre Leserschaft als politische Aktivistinnen an – insbesondere den weiblichen Teil. Offensiv geschah das nämlich vor allem in Rubriken mit Titeln wie „Welt der Frauen“, die sich gezielt an das weibliche Publikum richtete. Während hier typischerweise Artikel zu Mode oder Tipps zum Haushalt erschienen, wurden Frauen zu Wahlkampfzeiten gezielt als freiwillige Helferinnen angesprochen. In Parteizeitungen konnte dies mit deutlicher parteipolitischer Färbung geschehen, wenn etwa Leserinnen aufgerufen wurden, „unsere Sache“ gegen den Sozialismus mit der Beteiligung an Hausbesuchen zu unterstützen. Allerdings wurde dabei auch weniger Entschlossenen Mut zugesprochen: Sich bei den anstehenden Wahlversammlungen die Argumente beider Seiten anzuhören, um sich dann zu entscheiden, wurde ausdrücklich als „ausgezeichnete Einstellung“ gelobt.⁵⁰

Parteiunabhängigere Zeitungen pflegten ähnliche Anreden, indem sie Leserinnen als Aktivistinnen behandelten. Auch hier gab die Lektüre etwa wertvolle Hinweise für erfolgreiche Hausbesuche. Doch in diesen Blättern waren derartige Artikel parteipolitisch konsequent neutral gehalten. Sie räsonierten allgemeiner darüber, wie bei der Befragung an der Türschwelle die parteipolitischen Sympathien von Ehefrauen im Verhältnis zu ihren Männern einzuschätzen seien, oder sie gaben – nicht untypisch für den üblichen Inhalt der Frauenseiten – Tipps für angemessene Kleidung als Aktivistin im Wahlkampf: „nicht wie ein Pfau, aber unauffällig elegant“. Hinweise gab es auch für die „ultra-häuslichen“ Frauen, die sich an Befragungen von Tür zu Tür nicht zu beteiligen trauten, geschweige denn,

49 Zitate: Mit uns das Volk! VM, 9. 11. 1924; PP, 15. 8. 1930. Vgl. Kasten „Leser!“, VM, 22. 4. 1925 (SPD), wortgleich in NPL, 17. 4. 1925 (Zentrum) und der Wittenberger Volkszeitung, Fulda, Press and Politics (2009), 119 – vermutlich zurückgehend auf den Pressedienst des Volksblocks; Werbt für die Post, Agitiert für die Partei! PP, 5. 5. 1928; vgl. Ein Bischofswort für die katholische Presse, Germania, 29. 4. 1928; Schadt (Hrsg.), Tätigkeitsberichte (1977), 78 f., 133 f., 186 f., 189; Stump, Zentrumspartei Düsseldorf (1971), 107 f.; Rauh-Kühne, Katholisches Milieu (1991), 131.

50 The World of Women, SDT, 22. 10. 1924 („our cause“, „fine attitude“); vgl. auch nicht gezielt an Frauen: Points for Electors, Devon and Exeter Gazette, 25. 10. 1924.

eine Rede zu halten: Kokarden in den Parteifarben zu basteln, würde dem Kandidaten ihrer Wahl ebenso helfen.⁵¹

Dabei muten die Ratgeber durchaus ein wenig oberlehrerhaft an, zum Teil aus einer Perspektive der Bevormundung, zum Teil aus einer Perspektive des Übereifers – als müssten Frauen ganz besonders beweisen, dass sie der vollen Teilhabe an der politischen Gemeinschaft, die sie erst kürzlich erlangt hatten, auch würdig seien. Insofern traten in diesen Spalten nicht nur gängige Auffassungen über den angemessenen Ort von Frauen in der Gesellschaft hervor. Gerade an der weiblichen Wählerschaft zeigten sich so zudem, gewissermaßen in Reinform, Idealvorstellungen von Staatsbürgerschaft. Und diese betonten eine engagierte aber nicht fanatisierte Teilnahme am politischen Prozess, die auf der rationalen Abwägung der unterschiedlichen Optionen fußte.

In der Anrede der allgemeinen (männlichen) Öffentlichkeit sprachen Zeitungen ihre Leserschaft weniger als aktive Wahlkämpfer an. Auch hier appellierten sie aber an staatsbürgerliche Verantwortung: „Wählt, wählt wie es Euch gefällt, *aber* wählt“, hieß es 1924 zum Beispiel im *Yorkshire Telegraph and Star*. Es ist bezeichnend, dass dieselben Aufrufe auch im konservativen Schwesterblatt der Zeitung, dem *Telegraph*, abgedruckt wurden. Dort wurden sie noch von einer weiteren Variation flankiert: „Wählt, wir hoffen auf unserer Seite, *aber* wählt“⁵² – ein klarer Hinweis darauf, dass Beteiligung unabhängig von und über Parteilichkeit hinaus als ein Selbstwert geschätzt wurde. Vor allem zeigte diese Ansprache, dass in Großbritannien selbst die Zeitungsredaktionen hinter Parteiblättern eine breitere Leserschaft annahmen. Anders als in Deutschland glaubte man hier nicht, dass nur Anhänger der eigenen Sache zu der Zeitung griffen. Und darum war man bemüht, trotz der eigenen politischen Gesinnung denjenigen entgegen zu kommen, die nicht im eigenen Lager zu vermuten waren – schließlich schätzte man auch diese als zahlende Leser.

Diese unterschiedlichen Annahmen über die eigene Leserschaft waren dabei in Großbritannien wie in Deutschland keine reinen Glaubensfragen.

⁵¹ The Wife's Vote, YTS, 20. 10. 1924; The World of Women, SDT, 4. 11. 1922 („not like a peacock, but as quietly smart as I knew“); Our Home Corner, CC, 28. 11. 1923 („ultra-domestic“).

⁵² Etwa: YTS, 13. 10. 1924; SDT, 18. 10. 1924, 27. 10. 1924 („Vote / Vote As You Please / But / Vote“, „Vote / On Our Side / We Hope / But / Vote“).

Die Presse kommunizierte nämlich nicht nur in eine Richtung, sondern sie erhielt auch Rückmeldung aus dem Publikum.

Eingesandtes

Zeitungen spielten nicht nur praktizierbare Rollen vor, indem sie ihre eigenen Positionierungen in populäre Bilder von der Wählerschaft und in die Anrede ihrer Leser übertrug. Sie boten zudem der Leserschaft eine Plattform, sich in Zuschriften an der Auseinandersetzung zu beteiligen. Weil sie so in beide Richtungen mit der Wählerschaft kommunizierten, lässt sich an Zeitungen besser als etwa an der Wahlwerbung zeigen, wie Wähler auf die Rollenangebote reagierten und sich selbst in den öffentlichen Konflikt einordneten. Das Medium dafür waren Zuschriften von Lesern – heute sind uns diese selbstverständlich geläufig als veröffentlichter Leserbrief. In Deutschland ist das allerdings ein relativ junges Format, wie der Kontrast mit Großbritannien zeigt. Insofern ist es nötig, einen genaueren Blick auf die Art und Weise der Leserbeteiligung zu werfen. Denn deren unterschiedliche Ausgestaltung steckte die Möglichkeiten für Beteiligung unterschiedlich ab.

Im Standardwerk der deutschen Zeitungswissenschaft, die sich in der Zwischenkriegszeit etablierte, war vor dem Zweiten Weltkrieg kein Stichwort „Leserbrief“ vermerkt. Als eine regelmäßig erscheinende Rubrik für den Abdruck namentlich gekennzeichnete Leserzuschriften, die eine breite Palette an Meinungen zu den Zeitungsberichten widerspiegeln, fand das Genre erst nach 1945 in der deutschen Presse Verbreitung. Nicht zufällig spielten dabei Blätter in der britischen und amerikanischen Besatzungszone eine Vorreiterrolle: Es war die Pressepolitik der angloamerikanischen Besatzungsmächte, die im Rahmen ihrer Bestrebungen zur Demokratisierung der Deutschen die neuen Zeitungsredaktionen zur Einrichtung entsprechender Rubriken drängte. In Großbritannien waren nämlich wie in den USA reguläre Leserbriefspalten, die der offenen Diskussion zwischen Lesern und Redakteuren dienten, bereits sehr viel länger ein üblicher Teil des Zeitungsgeschäfts gewesen.⁵³

⁵³ Mlitz, *Journalismus* (2008), 63, 224–227; Böttcher, *Leserbrief* (1961), 1, 45–47, 59 f.; Jones, *Local Journalism* (1990), 67.

Völlig unbekannt waren Briefe der Leser an Zeitungen in Deutschland damit nicht – sie hatten aber zumeist ein etwas anderes Format. Systematisch ist dieser Aspekt der Mediengeschichte nicht besonders gut erforscht, aber es scheint, als ob sich Leserbriefe schon in den 1840er Jahren und besonders zur Zeit der Revolution großer Beliebtheit erfreuten. Ende des 19. Jahrhunderts waren es dann vor allem Zeitungen vom Typ des Generalanzeigers, die für ihr Publikum so genannte „Sprechsäle“ einführten. Ähnlich dem Ideal von Zeitungen wie den *Cambridge Daily News*, sollten diese dem offenen und unparteiischen Austausch unterschiedlicher Positionen dienen, vor allem in lokalen Angelegenheiten. Noch in den 1920er Jahren allerdings erkannten deutsche Experten in veröffentlichten „Briefen an den Herausgeber“ eine typisch britische Einrichtung, „die man in Deutschland kaum kennt“ – nur die *Vossische Zeitung* habe hier bisher eine entsprechende Rubrik „nachgeahmt“, urteilte ein Werk über die deutsche Presse von 1928.⁵⁴

Tatsächlich gab es noch andere Blätter, die regelmäßig oder einigermaßen regelmäßig Leserbriefe druckte: „Freie Meinungsäußerung“ oder „Zuschriften aus dem Leserkreis“ hießen entsprechende Sparten in der *Münsterischen Zeitung* und dem *Münsterischen Anzeiger*. Gerade in der Provinz war so etwas allerdings kaum verbreitet. Es waren eher einzelne Berliner Zeitungen, die sich an der Innovation und dem Experiment versuchten, als das die Zeitgenossen die Leserbriefspalten nach britischem Vorbild verstanden. Dabei spielte auch deren Publikum eine Rolle. In den gehobenen und politisch gebildeten Kreisen, die man als Leserschaft für die *Vossische* und andere politische Qualitätszeitungen annahm, konnte das Experiment des gepflegten Raisonnements am ehesten erprobt werden.

Umso bezeichnender ist, dass sich auch hier kaum Äußerungen zum Wahlkampfgeschehen oder gar kontroverse Diskussionen zwischen den Lesern finden – was umso weniger für die Provinzblätter gilt. In der *Vossischen* hätte erstmals die Reichstagswahl im Frühjahr 1924 Aufmerksamkeit in einer neu eingerichteten Leserbriefsparte finden können. Doch abgesehen von einem einzigen Schreiben eines Ärztevertreters, der über die

54 Böttcher, Leserbrief (1961), 30 f., 32, 36 f., 39 f., 57 f., Zitate 58; vgl. auch Stutterheim, Englische Presse (1933), 80. Zum 19. Jh. Püschel, Modernität (1993); Schönhagen, Mitarbeit (1995); Requate, Journalismus (1995), 368.

mangelnde Vertretung von Ärzten auf der Reichsliste der DDP klagte,⁵⁵ enthalten die Spalten nicht einen einzigen Hinweis darauf, dass ein Wahlkampf im Gange war. Später nahm die Zahl solcher Briefe ein wenig zu, im August 1930 gab es auch erstmals Leserbriefe zum Wahlkampf, die sich aufeinander bezogen. Die große Mehrheit der Zuschriften ließ sich allerdings auch nun nicht auf politische Diskussionen ein – nur zehn der insgesamt 76 Briefe, die vom August bis zum Wahltag im September erschienen, bezogen sich überhaupt auf die anstehende Entscheidung. Von einer lebhaften Kommentierung des tagesaktuellen Wahlkampfgeschehens war dies weit entfernt, auch weil die „Briefe an die Vossische Zeitung“ nur einmal wöchentlich erschienen. Diese Befunde treffen so auch auf die *Deutsche Allgemeine Zeitung* zu, die zweite Berliner Qualitätszeitung, die sich ab 1928 neben der *Vossischen* durch eine Leserbriefrubrik nach britischem Muster hervortat.

Beide Zeitungen teilten eine weitere Gemeinsamkeit: In den Zuschriften schien es den Beteiligten wie selbstverständlich, dass andere Leser ihre politische Gesinnung teilten. Es überrascht nicht, dass diese Gesinnung zugleich der Parteirichtung des Blattes entsprach. In einer Diskussion, die sich 1930 um die Mobilisierung der Nichtwähler drehte, entgegnete so etwa in der *Vossischen* ein Leser auf den Vorschlag einer Wahlpflicht, den zuvor ein anderer unterbreitet hatte, dass diese wohl gerade nicht den moderaten bürgerlichen Parteien zugutekommen würde. In der *Deutschen Allgemeinen* wurde dasselbe Thema behandelt. Hier gab „Irene“ sich die Blöße, die Vernachlässigung ihrer Wahlpflicht zuzugeben: Die Zersplitterung der bürgerlichen Parteien mache ihr eine Auswahl unmöglich. „Irene“ spiegelte damit die in der Presse vorgespülte Alternative, die nur zwischen Unterstützung einer bürgerlichen Parteien oder völliger Enthaltung zu bestehen schien. Von anderen Lesern hagelte es Angriffe, dass gerade diese Einstellung einer Sammlung und Vereinigung des Bürgertums im Weg stehe. Unbestritten blieb in allen Beiträgen, wie auch in der *Vossischen Zeitung*, dass die Leserbriefschreiber sich selbst und ihre Mitstreitenden fest im bürgerlichen Lager verorteten.⁵⁶

⁵⁵ Briefe an die Vossische Zeitung, VZ, 13. 4. 1924. Insgesamt erschienen an den fünf Sonntagen an und vor der Wahl 39 Briefe.

⁵⁶ Briefe an die Vossische Zeitung, VZ, 17. und 24. 8. 1930; Der Leser hat das Wort, DAZ, 31. 8., 7. und 14. 9. 1930; vgl. Böttcher, Leserbrief (1961), 39.

Noch deutlicher wurde dies bei Einsendungen von Lesern, die direkt in den redaktionellen Teil übernommen wurden. Das war ein Format, das in Deutschland weitaus größere Tradition hatte als der in einer abgetrennten Rubrik veröffentlichte Leserbrief. Wer einen Artikel oder eine Meinung an seine Zeitung sandte, konnte darauf hoffen, dass die Zuschrift kurzerhand als Artikel gedruckt wurde; möglicherweise gab es sogar ein Honorar. Gerade im Lokaljournalismus waren die Übergänge zwischen Lesern und Mitarbeitern einer Zeitung so einigermaßen fließend.⁵⁷ Insbesondere wenn es sich um politische Stellungnahmen handelte, wurden Briefe von Lesern nicht unbedingt wie eine Zuschrift an den Herausgeber, sondern redaktionell bearbeitet wie ein weiterer Bericht oder eine zusätzliche Polemik zwischen die anderen Inhalte gedruckt. Traditionell waren sie mit dem Begriff „Eingesandt“ überschrieben, sie konnten aber auch mit längeren Phrasen wie „Stimmen aus dem Leserkreise“ oder „Ein katholischer Arbeiter schreibt uns“ eingeleitet werden. Solche anonymisierten Formulierungen dienten meist als einziger Hinweis darauf, dass hier nicht die Redaktion selbst am Werk gewesen war. Wer hinter solchen Einsendungen stand, ist dabei kaum zu sagen, denn weitere Informationen über die Identität ihrer Urheber gaben Zeitungen üblicherweise nicht – es sei denn, es handelte sich um Personen aus der Partei hinter dem Blatt, deren Name bekannt war und damit einen gewissen Einfluss versprach.⁵⁸

Inhaltlich fügten sich solche Beiträge nahtlos in die politische Richtlinie der Zeitung. Kritische Stimmen, geschweige denn Angriffe auf die Zeitung selbst – wie sie uns für Großbritannien im *Yorkshire Telegraph and Star* begegnet sind – kamen nicht zum Abdruck. Ob das einzig an der Auswahl der Einsendungen lag, die gedruckt wurden; ob die eingesandten Texte redaktionell entsprechend überarbeitet waren; ob sie ein Nahestehender, vielleicht auch ein Parteifreund auf Anfrage geschrieben hatte – all das ist im Einzelfall unmöglich zu wissen. Hans Fallada ließ in seinem Gesellschaftsbild der fiktiven Kleinstadt Altholm die Redaktion des örtlichen Heimatblatts sogar ein „Eingesandt“ fälschen, um die angespannte Konfliktlage anzuheizen. Dabei ist nicht unbedeutend, dass Fallada das Porträt

⁵⁷ Schönhagen, Mitarbeit (1995).

⁵⁸ So im Kleinen das „Eingesandt“ des rechtsradikalen Bürgermeisters von Großniedesheim im lokalen NS-Blatt: E, 27. 8. 1930; Eine Zuschrift, NPL, 9. 12. 1924; Eine weitere Zuschrift, NPL, 10. 12. 1924, gez. Studienprofessor Dr. J. Detzel.

der Kleinstadt als typisch für „tausend andere und für jede große auch“ verstanden wissen wollte: Schließlich verarbeitete er für die Erzählung eigene Erlebnisse. Als Rudolf Ditzen, wie Fallada im bürgerlichen Leben hieß, konnte er auf intime Kenntnis der Arbeit in einer Lokalredaktion zurückgreifen, denn zeitweise hatte er seinen Lebensunterhalt bei einem Generalanzeiger im holsteinischen Neumünster verdient, das als Vorbild für Altholm Pate stand. Es liegt in der Natur der Sache, dass nur darüber spekuliert werden kann, wie weit verbreitet solche Praktiken waren. In literarischen Zeitungsredaktionen jedenfalls war der flexible Umgang mit der Wahrheit kein Einzelfall, und immerhin für die Gegenwart ist belegt, dass auch heutige „Leserbriefe“ zuweilen aus der Feder der Journalisten selbst stammen.⁵⁹

Kein Zweifel kann in jedem Fall daran bestehen, dass auch echte Einsendungen von ihrer Niederschrift über den Versand bis hin zum Abdruck in einer Zeitung an deren politische Linie angepasst wurden. Leserbriefe konnten zwar ein „ganz unbeeinflusstes Zeugnis von Publikumsregung“ sein, meinte ein erfahrener Redakteur. Aber grundsätzlich ging er bei den Autoren eingehender Schreiben nicht von Einzelpersonen aus, die ihre individuelle Meinung kundgeben wollten, sondern von kollektiven Akteuren. Gewöhnlich seien wie bei Versammlungsrednern auch die „Wortführer von unten“, die etwas an eine Zeitung sandten, „schon von irgendeiner Stelle her ausgesiebt und vorgeschickt“. Ihre Zuschriften pflegten die Schreiber „schon vorher zu frisieren“, damit sie als Veröffentlichung in die Zeitung passten, hinzu käme dann noch die „Zensur“ der Redaktion.⁶⁰

So nährten die in den „Eingesandts“ zum Ausdruck kommenden Meinungen wie die Leserbriefe in den Berliner Zeitungen den Eindruck, der „Leserkreis“ einer Zeitung habe nur aus denen bestanden, die der Welt-sicht ihres Blattes vollkommen zustimmten. Ein „katholischer Arbeiter“ etwa, der nach eigenen Angaben der Sozialdemokratie nicht angehörte, wiederholte in allgemeinen Begriffen deren typisches Argument, die Arbeiterschaft habe in den sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften eine wirksamere Interessenvertretung als in der Zentrums-partei selbst; und wie

59 Fallada, Bauern (2011), 252–255, 5 (Zitat); Williams, More (1998), hier 85–87, 97; Kästner, Fabian (2011), 31 f.; Kästner hatte ebenfalls journalistische Berufserfahrung: Meyen, Presse (1996), 260–262; Mlitz, Journalismus (2008), 205 f.

60 Schultze-Pfaelzer, Briefe (1930), 1971.

„viele meiner Gewerkschaftskollegen“ erklärte er sich nicht einverstanden damit, dass die Sozialdemokratie in der Zentrumspropaganda ständig als Teufel an die Wand gemalt wurde – es war wenig überraschend, dass der Brief im Parteiblatt der SPD erschien.⁶¹

Schließlich erhielten Redakteure auch Rückmeldungen aus der Leserschaft, die nicht zur Veröffentlichung kamen. Über deren Inhalt ist kaum etwas zu sagen, doch indirekte Zeugnisse lassen darauf schließen, dass sich auch hier hauptsächlich überzeugte Parteigänger engagierten. Offenbar forderten diese eine klare und reine Linie von den Redaktionen, deren Verfehlungen sie gerne anprangerten. So ließ die *Deutsche Zeitung*, eines der Berliner DNVP-Blätter, im Dezemberwahlkampf 1924 auch Kritik am Kurs der Partei von Seiten des Alldeutschen Verbandes erscheinen, um die unterschiedlichen Strömungen unter den Deutschnationalen kenntlich zu machen. Beim Publikum stieß das nicht auf Gegenliebe. Gegenüber dem Redakteur der Zeitung beklagte der Reichstagsabgeordnete Otto Schmidt aus Hannover, wie sich langjährige Leser und Gesinnungsfreunde bei ihm angesichts des Meinungspluralismus im eigenen Lager beklagt hätten: „Jetzt können wir ja nicht mal mehr die ‚Deutsche Zeitung‘ lesen“, hätte man ihm auf den Stationen seiner Wahlkampfreise in den letzten Tagen vorgehalten.⁶² Je eindeutiger eine Zeitung sich zu einer Partei bekannte, desto enger war ihre „Lesergemeinde“ mit ihr „sozusagen persönlich verbündet“, beschrieb ein bürgerlicher Journalist dies aus dem Redaktionsalltag. Zum Ende der 1920er Jahre nahm dabei offenbar die Toleranz gegenüber abweichenden Meinungen beständig ab; „mehr denn je zuvor“, so wusste er weiter zu berichten, seien die Redaktionen nun von Kritik „umbrandet“ gewesen, sobald sie sich Abweichungen von der reinen Lehre erlaubten.⁶³

Die offene und offensive Vertretung eines Parteistandpunktes in den Zeitungen fand so seine Spiegelung in den Erwartungen vieler Leser. Dementsprechend verwundert es nicht, dass Zeitungsmacher ihr Publi-

61 Rückt ab! VM, 5. 9. 1930; vgl. Stimmen aus dem Leserkreise. (Unter sachlicher Verantwortung des Einsenders), WL, 4. 6. 1920.

62 Schmidt an Hans von Sodenstern, 10. 11. 1924, Zitat in: Terhalle, Deutschnational (2009), 116 f.

63 Schultze-Pfäelzer, Briefe (1930), 1967–1970; ebenso eine weitere Stimmen bei Führer, Politische Kultur (2008), 35.

kum als loyale Parteianhänger verstanden und entsprechend behandelten: Schließlich bestätigte eine Vielzahl von Rückmeldungen aus der Leserschaft genau diesen Kurs. Nicht ohne Grund hegten Journalisten also die Überzeugung, dass ihr Stil politisch selektiver Berichterstattung und Meinungsführung genau das war, was ihr Publikum forderte – auch das war ein Grund dafür, wieso in Deutschland selbst dem Namen nach überparteiliche Blätter es kaum wagten, unparteiisch zu berichten.

Letters to the Editor

In Großbritannien dagegen konnten Zeitungsleute sich der politischen Loyalitäten ihrer Leserschaft nicht so sicher sein. Hier kamn in Leserbriefen nämlich auch andere Stimmen zu Wort. Wie erwähnt, war das Leserbriefwesen in Großbritannien deutlich umfangreicher ausgeprägt. In einer eigenen Rubrik, die in jeder veröffentlichten Ausgabe enthalten war, wurde eine große Bandbreite namentlich gekennzeichnete Zuschriften regelmäßig veröffentlicht. Zu Wahlkampfzeiten eröffneten Zeitungen dabei neben den üblichen „Briefen an den Redakteur“ noch eine weitere Sektion für Einsendungen, die sich mit den laufenden Auseinandersetzungen beschäftigten, wenn es eine entsprechend große Anzahl an Zuschriften gab – und das war oft der Fall.

Nach eigenen Angaben druckte etwa die liberale Morgenzeitung in Sheffield im Verlauf der Wahlkampagne im Oktober 1924 aus der „Lawine“ der eingegangenen Briefe fast 200 in knapp über 30 Spalten – und das war nur eine der vier großen Tageszeitungen vor Ort.⁶⁴ Der *Yorkshire Telegraph and Star* wies seine Leser noch während der Kampagne ebenfalls darauf hin: „Wir erhalten so viele Briefe zur Wahl, dass wir nicht mehr als eine Auswahl drucken können. Mögen Korrespondenten sich *bitte* kurz fassen?“ Der Kolumnist der Zeitung scherzte: Man sei sehr froh, wenn alles endlich vorüber sei, weil die Redakteure dann nicht mehr durch „Spalten über Spalten über Spalten von Leserbriefen waten“ müssten – es seien so viele davon eingegangen, dass die Redaktion sich den Weg ins Büro jeden Morgen hätten „freisprengen“ müssen. Neben einem Großteil der eingegangenen Post veröffentlichte die Zeitung zum Ende der Kampagne

⁶⁴ The Passer Bay, SDI, 30. 10. 1924.

eine Liste mit 62 Namen weiterer Personen, deren Briefe keinen Platz hatten finden können. Für einige Leute schien das Leserbriefschreiben ein „höchst seltsames Hobby“ zu sein, so der Kommentar der Zeitung selbst.⁶⁵

Einzelne Leser verbrachten in der Tat erhebliche Zeit damit, der Welt auf diesem Wege ihre Meinung mitzuteilen. Ein gewisser C.H. Walsh zum Beispiel schrieb im Oktober 1924 allein mindestens zehn Mal an das andere Sheffielder Abendblatt, die *Sheffield Mail*; ein Arthur Walby war für weitere sieben der dort gedruckten Leserbriefe verantwortlich. Einige der Vielschreiber beschränkten sich nicht auf eine Zeitung: William Arthur Croft, ein Vorarbeiter in der Stahlindustrie und aktives Mitglied der konservativen Partei, der in der Labour-Hochburg Brightside in Sheffield lebte, verbreitete bei mehreren Wahlen seine Ansichten nicht nur in mindestens drei der örtlichen Zeitungen, er mischte auch in den Spalten der *Yorkshire Post* in Leeds mit.⁶⁶

Nicht alle, aber ein großer Teil der Briefe lassen sich wie diese selbst heute noch eindeutig Individuen zuordnen. Das unterschied sie von den anonymen deutschen „Eingesandts“, deren gebetsmühlenartige Wiedergabe der Parteiorthodoxie kaum je erkennen ließ, ob sie tatsächlich ein Leser verfasst hatte. Wenn auch aus der zeitlichen Entfernung über die meisten der Urheber kaum mehr gesagt werden kann, zeigen immerhin einige wie Croft, dass sie sich nicht einfach in ein Schema „natürlicher“ Interessenvertretung fügten. Briefe wurden mit echtem Namen und Anschrift unterzeichnet oder unter Pseudonym veröffentlicht, wobei die Urheber auch in letzterem Fall zumindest gegenüber der Zeitung üblicherweise ihre Identität offenbaren mussten – sonst wurden Einsendungen abgelehnt.⁶⁷ In den *Cambridge Daily News* war es sogar üblich, dass Briefe

65 Other People's Views, YTS, 22. 10. 1924 („We are receiving so many letters on the Election that we can publish no more than a selection. Will correspondents *please* be brief?“), 29. 10. 1924; By The Way, YTS, 28. 10. 1924 („wading through the columns, and columns, and columns of letters“ „blast [...] way into our office“); Flashlights, YTS, 21. 10. 1924 („most curious hobby“); vgl. By the Way, YTS, 18. 11. 1935.

66 Seine Briefe etwa in YTS, 9. 11. 1922, 27. 10. 1924, 23. 5. 1929; SDI, 28.–29. 11. 1923, 24. 10. 1924, 31. 5. 1929; SDT, 9.–10. 11. 1922; Yorkshire Post, 16., 25., 28. 10. 1924; Angaben zu Croft aus Kelly's Directory (1929), 1929; The Unionist Conference, Hull Daily Mail, 3. 10. 1924.

67 Ausdrücklich etwa: To Correspondents, YTS, 14. 11. 1935.

ausschließlich mit echten Namen und Anschrift unterzeichnet waren: Wer etwas zu sagen hatte, musste dafür auch geradestehen.

Nicht wenige der Leserbriefe stammten von aktiven Parteimitgliedern wie Croft und anderen bekannten Autoritäten aus den örtlichen Parteiorganisationen, die auf diesem Wege versuchten, als Meinungsführer Werbung für ihre Sache zu machen. George P. Bidder etwa war ein solcherart engagierter Liberaler in Cambridge, der nicht nur bei Wahlversammlungen, sondern auch in den Spalten der *Cambridge Daily News* Präsenz zeigte. Anderen Lesern der Zeitung war er wohl bekannt, denn zumindest ein anderer Korrespondent setzte sich namentlich mit „Dr. Bidder“ auseinander, obwohl dieser den Dokortitel selbst zuvor nicht erwähnt hatte.⁶⁸ Auch die Kandidaten selbst oder deren Agenten nutzten die Leserbriefspalten in Zeitungen, um Angriffe zurückzuweisen, Berichte zu korrigieren oder ihre Gegner öffentlich herauszufordern.

Darüber hinaus finden sich in den Zeitungsspalten aber auch eine große Anzahl an Leserbriefen, die mehr aus einer distanzierten Position von außen die Geschehnisse kommentierten. Anders als in Deutschland erwecken diese tatsächlich den Eindruck, dass man es mit Individuen zu tun hatte, die nicht unmittelbar selbst zum politischen Betrieb gehörten. Ein anonymen Kritiker, der eine Schwäche im liberalen Programm zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ausgemacht hatte; ein selbsterklärter Labour-Unterstützer, der Bedauern über das rüpelhafte Verhalten seiner Gesinnungsgenossen in konservativen Wahlversammlungen ausdrückte; ein Geistlicher, der darauf hinweisen zu müssen glaubte, dass keine Partei ein Monopol auf die Religion beanspruchen könne⁶⁹ – solche Schreiben fügten sich nicht ohne Weiteres in parteipolitische Argumentationsmuster. Auch von diesen Briefen mochte vielleicht der ein oder andere fingiert sein, wenn zum Beispiel ein anonymen „Arbeiter“ praktischerweise in einer konservativen Zeitungen seine Tory-Anhängerschaft kundtat.⁷⁰ Dem Gesamtbild einer äußerst diversen und individualistischen Wählerschaft tat das aber keinen Abbruch.

68 Briefe in CDN, 8. 11. 1935, 11. 11. 1935; zu Bidder: New Liberal Champion, CDN, 15. 10. 1924; Cambridge Liberal Association General Register, 1932–1939, Cambridge-shire Collection, C.43:C.33.9 SR, 7, 10.

69 In: Glasgow Herald, 24. 5. 1929; CDN, 27. 10. 1924; SDT, 24. 11. 1923.

70 So etwa ein „Worker“ in SDT, 24. 11. 1923.

Einige Leser gaben sich als betont unabhängig, indem sie vom „unvoreingenommenen“ Besuch der Versammlungen aller Kandidaten berichteten. Weitere klagten über die Belästigung, welche der ganze Wahlkampf überhaupt bedeute und berichteten von der Ruhe, die sie endlich einmal am Sonntag hätten finden können. Auch für amüsante Anekdoten bot der Wahlkampf in den Briefen der Leser Anlass: „Wer ist eigentlich dieser Captain Levi, für den wir stimmen sollen?“, hätten die Wähler in seiner Nachbarschaft gefragt, berichtete ein Leserbriefschreiber. Hier waren die Labour-Aktivisten mit dem Programm einer Vermögensabgabe – *Capital Levy* – auf Stimmenfang gegangen.⁷¹

Auch diejenigen, die in der Auseinandersetzung offen eine Seite unterstützten, machten deswegen nicht automatisch den Eindruck, bedingungslose Anhänger einer der Parteien zu sein. Einige der Leser gaben recht eigenwillige Begründungen für ihre Wahlentscheidung an. Ein „Konsument“ sinnierte etwa über den Anbau eines Nahrungsmittels, das die Bedürfnisse des britischen Volkes in jeder Hinsicht erfülle: die Kartoffel. „Ich kann versichern, ich habe mich entschieden, für den Kandidaten zu stimmen, der verspricht, den *Safeguarding of Industry Act* [!] auf die Kartoffelindustrie anzuwenden, wenn die Preise unter die Produktionskosten sinken, damit ich eine gute Kartoffel zu einem angemessenen Preis genießen kann.“⁷²

Eine große Bandbreite solcher individueller Positionen kam in den Leserbriefspalten britischer Zeitungen zum Ausdruck. Zweifellos deckten unabhängige, populäre Blätter dabei ein größeres Spektrum als parteipolitisch eindeutig festgelegte Medien ab. Selbst ein Tory-Blatt wie der *Cambridge Chronicle* unterstrich aber mit der Umbenennung seiner Leserbriefspalten in „Our Reader’s Parliament“, dass er zur anstehenden Wahl als Plattform für den Austausch kontroverser Ansichten durchaus zur Verfügung stand.⁷³ Umfangreiche Debatten zwischen den Lesern selbst

⁷¹ In: CDN, 18. 3. 1922 („impartial“); 6. 11. 1935; SDT, 13. 12. 1923 („Who is this Captain Levi that we’ve got to vote for?“).

⁷² Correspondence, Yorkshire Post, 25. 10. 1924 („Consumer“: „I can assure you I have made up my mind to vote for the Parliamentary candidate who will promise to apply the Safeguarding of Industry Act to the potato industry when prices fall below the cost of production, so that I may be able to enjoy a good potato at a reasonable price.“).

⁷³ So in: CC, 22. 11. 1922.

findet man dennoch eher in neutraleren Zeitungen, die zweifellos ein gemischteres Publikum fanden. Als „ein Katholik aus Attercliffe“ etwa im Mai 1929 den konservativen Kandidaten nach seiner Position zur Unterstützung katholischer Schulen fragte, reagierten darauf nicht nur der Kandidat selbst, sondern es entbrannte eine umfangreiche und bissige Diskussion. Über eine Woche tauschten mindestens vier weitere Beteiligten in täglichen Runden über zehn Briefe zu Toleranz und Wahlfreiheit, ultramontaner und nationaler Loyalität sowie Steuergerechtigkeit aus.⁷⁴

In parteipolitisch festgelegten Blättern kam es wie in Deutschland weniger zu solchen Auseinandersetzungen. Ob dafür mehr die Politik der Redaktionen verantwortlich zu machen ist oder es ohnehin nur gleichgesinnte Leser gab, das ist nicht zu beantworten – allerdings gab es im Unterschied zu Deutschland schließlich an den meisten Orten die Option, zu einer unabhängigeren Zeitung zu wechseln. Dabei finden sich selbst in propagandistischen Sprachrohren wie der konservativen *Devon and Exeter Daily Gazette* Schreiben, das sei als letztes Beispiel angefügt, die selbst innerhalb des parteipolitisch festgelegten Standpunkts auf eine eigenwillige Auseinandersetzung einzelner Leser mit den Wahlkampfgeschehnissen hinweisen. So hatte ein Reginald N. Palmer aus Tavistock nach eigenen Angaben einer Wahlversammlung der Liberalen Hilda Runciman beigezogen, sich darauf aber die Zeit genommen, einige ihrer Äußerungen zu überprüfen. In der Zeitung forderte er sie im Anschluss heraus, die Behauptung zurückzunehmen, dass die Benzinkosten von Kleinbauern in der Schweinezucht um neun Pfund und zehn Schilling im Jahr gestiegen seien. Palmer hatte nachgerechnet: Für diesen Betrag müsste ein solcher Schweinebauer schon das ganze Jahr an sechs Tagen die Woche jeweils wenigstens 40 Meilen pro Tag zurücklegen – nötig sei das nicht, und grundlos würde wohl keiner derart viel durch die Gegend fahren.⁷⁵

Mit den regionalen Unterschieden im Zeitungsmarkt variierten damit die Möglichkeiten für Meinungsvielfalt. Insgesamt war diese aber deutlich größer als in der politischen Monokultur der „Eingesandts“ in deutschen Lokal- und Regionalzeitungen. Während Zuschriften deutscher Leser sehr eng an den Linien lagen, welche die politischen Parteien vorgaben, prä-

⁷⁴ YTS, 17.–30. 5. 1929.

⁷⁵ In: *Devon and Exeter Gazette*, 28. 5. 1929; zur Ausrichtung der Zeitung: Dawson, *Provincial Press* (1998), 208.

sentierten britische Zeitungen ihre Leserschaft in deren Selbstaussagen als Individuen, die sich unabhängig einen eigenen Reim auf die politischen Zeitfragen machten. Großteils klangen die Beiträge im Ton des gesunden Menschenverstandes, der auch für Skurriles und Belustigendes Raum ließ. Teils stritten die Leser heftig miteinander, immer wieder ermahnten sie die Öffentlichkeit und ihre Mitdiskutierenden zu *fair play*.

In der britischen Öffentlichkeit waren damit Positionen präsenter, die Wähler und Parteien weniger eng aneinander band. Statt auf Grund der Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe oder wegen traditioneller Loyalität zu einer politischen Organisation zugeordnet zu werden, machten britische Wähler selbst eine unendliche Menge an individuellen Gründen für ihre Unterstützung einer Partei geltend. Und darüber hinaus gab es Stimmen, die für keine der Parteien offen eintraten, die aber trotzdem den Anspruch erheben konnten, sich für bestimmte Ideale oder Interessen an der politischen Auseinandersetzung zu beteiligen.

* * *

Zwischen Zeitungen und Leserschaften entstanden so in Deutschland und Großbritannien unterschiedliche öffentliche Erwartungen und Annahmen über die Wählerschaft. Ob es sich dabei mehr um Zuschreibungen der Journalisten oder Selbstbeschreibungen von Bürgern handelte, das lässt sich kaum entscheiden oder überhaupt voneinander trennen. Wenn man die Positionierungen der Presse selbst und ihre Inhalte mit den Rückmeldungen aus dem Publikum in Beziehung setzt, wird aber die Dynamik sichtbar, welche die verschiedenen Positionierungen für die Teilnahme der Bürgerschaft an der politischen Auseinandersetzung hervorbrachte.

Britische Zeitungen richteten sich in den 1920er und 1930er Jahren zunehmend an eine breite, parteipolitisch ungebundene Leserschaft. Dahinter standen Entwicklungen, die sich ins späte 19. Jahrhundert zurückverfolgen lassen. Eine journalistische Haltung, die um ausgewogene und distanzierte Berichterstattung bemüht war, traf auf die wirtschaftlichen Interessen der Zeitungsmacher, die ein möglichst großes Publikum ansprechen wollten. Rückmeldungen von Lesern, die sich selbst als ebensolche Bürger begriffen, bestätigten diesen Kurs. So lernte man auch in den Redaktionen schnell, was die Parteizentralen zur selben Zeit entdeckten –

nämlich von einer großen Gruppe an Wählern auszugehen, die in ihren politischen Überzeugungen nicht besonders festgelegt waren. In der Situation war es vor allem die Marktorientierung der britischen Presselandschaft, welche eine distanzierte Positionierung als sinnvoll erschienen ließ: Zeitungsmacher sahen auf die große Masse derjenigen, die ihre Meinung auch ohne Wortbeiträge mit ihrem Geldbeutel deutlich machten. Denn je weniger eine Zeitung sich selbst parteipolitisch band und je unabhängiger sie selbst auftrat, desto erfolgreicher war sie wirtschaftlich.

Diese Entwicklung verhalf einem unabhängigen Individualismus in der öffentlichen Auseinandersetzung zu größerem Gewicht. Das wird auch deutlich, wenn wir noch einmal einige Merkmale der britischen Parteienwerbung ins Auge fassen, mit denen wir uns bereits beschäftigt haben. Hier gab es frappierende Parallelen: Wahlkampfplaner folgten ebenfalls einer Marktlogik, wenn sie die Öffentlichkeit als Konsumenten einer politischen Ware begriffen. Und sie zeigten ebenso eine große Sensibilität gegenüber einer großen Masse von Einzelpersonen, die sich als „schweigende Wähler“ nicht lautstark, aber mit derselben Kaufkraft in Form von Wählerstimmen an der Auseinandersetzung beteiligten und darum Berücksichtigung finden mussten. Die Entwicklung der Presseöffentlichkeit verlieh diesen Annahmen zusätzliche Plausibilität.

Auch in Deutschland gab es Ansätze für einen Wandel des Zeitungsmarktes, wie er in Großbritannien zu beobachten war. Vor allem spürten das die Arbeiterparteien, die ihre Zeitungen bei den eigenen Anhängern nicht zuletzt darum so offensiv bewarben, weil viele von diesen eben die Treue als Abonnenten missen ließen und stattdessen zu anderen Blättern griffen. Die „werktätigen Volksschichten“ würdigten den Wert des eigenen Zeitungswesens nicht, sondern unterstützten „ihre Todfeinde durch Lesen der bürgerlichen Presse“ – so oder ähnlich war es in internen Berichten der SPD zu lesen.⁷⁶ Auf den Grund stieß die KPD in Berlin, als sie dem Phänomen wegen der Unbeliebtheit des kommunistischen Parteiorgans nachging. Viele Arbeiter, darunter vor allem Frauen, die im Haushalt häufig über das Zeitungsabonnement entschieden, bevorzugten in der Hauptstadt die linksliberale *Berliner Morgenpost*: Diese war unter-

⁷⁶ Zitate: Bericht des Landesvorstands Baden der SPD für 1920 bis 1922, Okt 1922, Schadt (Hrsg.), Tätigkeitsberichte (1977), 78 f., vgl. auch für 1928–1930: 186 f., 189.

haltsamer, sie beschränkte sich nicht nur auf politische Berichterstattung, und sie pflegte diese in einem anderen Stil. Die *Morgenpost* berichtete wesentlich ausgeglichener und objektiver als das Gros der Weimarer Blätter, und wenn sie auch die Demokratische Partei unterstützte, so tat sie das mehr hinter vorgehaltener Hand als es ihren Lesern mit jeder Zeile einzutrichtern. Wie in Großbritannien war auch in Deutschland diese Art von Journalismus erfolgreich: Mit einer Druckauflage von 500 000 bis 600 000 Ausgaben täglich dominierte die *Morgenpost* nicht nur den Berliner Markt, sie war wohl die am weitesten verbreitete Tageszeitung ganz Deutschlands. Nach 1926 übertraf sie allein die stetig sinkende kombinierte Auflage aller parteipolitischen Qualitätsblätter zusammen⁷⁷ – ein Zeichen, dass es auch in Deutschland, den „schweigenden Wählern“ gleich, ein interessiertes Publikum gab.

Doch es sollte erst bis nach dem Zweiten Weltkrieg dauern, dass dieses in der Breite bedient wurde, denn erst dann setzte sich auch in Deutschland der parteiunabhängige Journalismus durch. Eine wichtige Rolle kam dabei den alliierten Besatzern zu, die zunächst nur parteiunabhängige oder politisch paritätisch geführte Zeitungsgründungen zuließen. Gegen den Marktvorsprung, den diese unabhängigen Medien schnell gewannen, konnten die später wieder gegründeten klassischen Parteiblätter nicht mehr ankommen. Die beste Chance hatten sie ausgerechnet in der britischen Besatzungszone, wo die verschiedenen Auffassungen von politischem Journalismus in Deutschland und Großbritannien – wie in einem Epilog auf die Zwischenkriegszeit – im Kontrast aufeinander prallten.

Die britische Besatzungsmacht entschied hier sehr früh, Blätter zu etablieren, die den Parteien nahe und in demokratischer Konkurrenz miteinander stehen sollten. Man kann vermuten, dass im Hintergrund dieser Planungen die Erfahrungen mit den eigenen politischen Zeitungen standen, die einigermaßen distanziert zu den organisierten Parteien selbst agierten. Doch in Deutschland wurde das anders verstanden. Schnell gründeten die Parteien wiederum Zeitungen mit institutionellen Verbindungen, die dem Muster der Zwischenkriegszeit entsprachen. Ihre Berichterstattung zur ersten Bundestagswahl unterschied sich an Auslassungen und Entstellungen nicht von den Praktiken 15 Jahre zuvor; und auch später offenbarten

⁷⁷ Fulda, *Press and Politics* (2009) 26–29, 41, 24.

die Blätter sich im Umfeld von Wahlen als reine Parteisprachrohre. Es dauerte bis in die 1960er Jahre, bis diese Art von Zeitung schließlich verschwand. Wie das bei vielen britischen Zeitungen bereits in den 1920er und 1930er Jahren der Fall gewesen war, kam es jetzt auch in Deutschland zur Neutralisierung ehemals gegnerischer Parteiblätter, die sich unter wirtschaftlichem Druck zusammenschlossen.⁷⁸

In den 1920er und 1930er Jahren dagegen musste ein Blick auf die Verkaufszahlen noch kein Umdenken auslösen. Wirkten diese im Vergleich zu Großbritannien auch eher bescheiden, reichten sie dennoch für die meisten parteinahen Blätter aus, um das Überleben sicherzustellen. Und darüber hinaus setzten deutsche Zeitungsmacher andere Prioritäten: Die propagandistische Funktion eines Blattes genoss gegenüber seinem kommerziellen Erfolg Vorrang. Dementsprechend konnten hier die Parteien selbst die Bedingungen der Auseinandersetzung besser kontrollieren.

Die Resonanzschleife zwischen Redakteuren und Leserschaft entspann sich damit in Deutschland zwischen anderen Polen als in Großbritannien: Statt aus ihrem Angebot und der kommerziellen Nachfrage, zogen deutsche Journalisten Schlüsse aus dem direkten politischen Austausch mit ihren Lesern. Die offene und offensive Vertretung eines Parteistandpunktes, die zu ihrem Berufsethos gehörte, fand nämlich eine Spiegelung in den Erwartungen vieler Leser. Redakteure hörten auf deren Interventionen in Zuschriften, die zum Ende der 1920er Jahre an Lautstärke und Unnachgiebigkeit ständig zunahmen. Weniger bemüht waren sie dafür gegenüber denjenigen, die sich still den parteipolitischen Mustern der öffentlichen Diskussion entzogen, indem sie ihre Pfennige für weniger aggressiv politische Blätter ausgaben. Anders als in Großbritannien begünstigte die Presse in Deutschland so in den 1920er und 1930er Jahren keinen Wandel weg von den Mustern der Parteilichkeit. Im Gegenteil, Zeitungen stießen hier in genau das gleiche Horn wie die Parteien.

Doch die Presse war nicht das einzige Medium, das vor Ort eine Öffentlichkeit für die Verhandlung politischer Loyalität bot. Noch unmittelbarer fand diese im Rahmen einer Reihe von anderen Institutionen statt, denen wir uns nun zuwenden.

⁷⁸ Meier, *Milieu und Markt* (1999), 196–243, Zitat 234; vgl. Piero, *Parteien und Presse* (1994).

Kirchen und Vereine: Wähler und ihre Loyalitäten

Nicht nur Parteien warben im Wahlkampf um die Unterstützung der Wähler. Daneben stellten auch andere organisierte Interessen Forderungen an die Bürgerschaft, die mit der politischen Auseinandersetzung zusammenhingen. Hierbei handelte es sich um eine große Bandbreite an Institutionen und Organisationen: Kirchen, berufliche Interessenverbände oder Vertreter von Industriezweigen, Vereine mit sozialen Anliegen wie auch gesellige Vereinigungen traten im Wahlkampf als Vermittler zwischen ihren Mitgliedern und der breiteren Öffentlichkeit auf.

Anders als die Parteien schickten diese unterschiedlichen Zusammenschlüsse keine eigenen Kandidaten ins Rennen und traten so nicht gegenüber der Wählerschaft insgesamt, sondern nur gegenüber ihren Mitgliedern und Anhängern in die Verantwortung. Dabei lässt sich, vor allem für den deutschen Fall, die Trennlinie zu den politischen Parteien nicht immer einfach ziehen, weil auch andere Organisationen sich an der Kampagnenführung aktiv beteiligten: Im politischen Katholizismus, aber auch in bürgerlich-liberalen und konservativen protestantischen Milieus waren die Parteien organisatorisch eher schwach ausgeprägt, weil die Mobilisierung der Anhängerschaft in hohem Maße über Vereine und andere Institutionen im Vorfeld der Parteien erfolgte.¹ Allein darum ist die Berücksichtigung solcher Institutionen unerlässlich.

¹ Dazu bes. Bösch, Milieu (2002), 35–56.

Doch nicht nur Organisationen, die eindeutig im Lager einer Partei zu verorten waren, hatten Einfluss auf deren Anhänger und die Wählerschaft insgesamt. Auch im weiteren Umfeld des Wahlkampfes beanspruchten Institutionen die Zugehörigkeit und Loyalität von Teilen der Bürgerschaft, was sie potenziell in Konflikt mit den Forderungen von Parteien und Kandidaten geraten ließ. Wie sich solche Ansprüche aus unterschiedlichen Richtungen zueinander verhielten, blieb nicht ohne Auswirkungen auf die möglichen Teilnehmerrollen in der Auseinandersetzung. Dabei waren nicht nur die Mitglieder solcher Organisationen selbst betroffen: Mit der Formulierung von Forderungen über Teile der Bevölkerung prägten Kirchen und Vereine auch über ihre Anhänger hinaus in der breiteren Öffentlichkeit die Bedingungen dafür mit, nach denen Bürger sich am Wahlkampf beteiligen und sich in die Entscheidung einbringen konnten.

Das Kapitel beschäftigt sich darum mit einer Reihe von Institutionen, die sich in Deutschland und Großbritannien in den Wahlkampf einbrachten. Nur selten ist es dabei allerdings möglich, einen tiefen Einblick in ihr Innenleben zu erlangen. Gerade in den Gliederungen vor Ort haben kaum Interna überdauert, die konkrete Einsichten in die Aktivitäten einzelner Mitglieder und ihre Diskussionen zu Wahlkampfzeiten erlauben. Der Leitfrage nach öffentlich verfügbaren Wählerrollen müssen wir uns darum auch hier vielfach indirekt nähern, indem wir zunächst die Institutionen selbst als Organisationen in den Blick nehmen: Ihre Positionierungen und die Art ihrer Beteiligung an der politischen Auseinandersetzung lassen Rückschlüsse darauf zu, welche Ansprüche sie damit an Vereinsmitglieder und andere Teile der Bürgerschaft stellten und wie diese sich zur Frage der parteipolitischen Loyalität verhielten.

Damit ist die Gelegenheit gekommen, genauer auf ein Motiv einzugehen, das uns bereits länger begleitet. In der Wahlwerbung wie der Presse ist immer wieder ein Unterschied ins Auge gesprungen: In Deutschland waren in der Zugehörigkeit der Wähler als Unterstützer von Parteien stärker als in Großbritannien nicht nur deren Überzeugungen, sondern auch soziale Merkmale wie wirtschaftliche Klassenlage oder religiöse Konfession impliziert. Diese Zusammenhänge beleuchtet die Untersuchung des Verhältnisses unterschiedlicher gesellschaftlicher Institutionen sowie ihrer Mitgliedschaften zu den Parteien und Kandidaten intensiver. Sie verspricht Aufschluss über die Frage, wie die Loyalitäten zu Parteien

einerseits sowie Kirchen, Vereinen und Verbänden andererseits miteinander in Verbindung standen und sich gegenseitig bedingten. Damit lassen sich die Rückwirkungen des politischen Streits im Wahlkampf auf andere Bereiche des Alltags besser abschätzen; und damit greifen wir zugleich den Faden aus dem ersten Kapitel auf, der nach dem Stellenwert des Konflikts in beiden Gesellschaften und seinen Einfluss auf die gesellschaftliche Wirklichkeit jenseits des Wahlkampfs fragt.

Das Kapitel geht dafür, an der Nähe zu den Parteien gemessen, von innen nach außen vor: Zunächst geraten mit Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften, dann mit den Kirchen solche Organisationen in den Blick, die traditionell in einer Bündnisbeziehung mit den konfessionellen und den Parteien der Arbeiterbewegung standen. Während man bei diesen auch in der Zwischenkriegszeit eine große Parteiverbundenheit erwarten konnte, bewegen die späteren Abschnitte sich weiter weg zu Vereinen, deren parteipolitisches Engagement nicht ohne weiteres auf der Hand lag. Hier orientiert sich die Analyse dann weniger an einem Überblick über verschiedene Typen von Vereinen und Verbänden als an den unterschiedlichen Praktiken der Einflussnahme in Deutschland und Großbritannien. Gerade die Art und Weise der Partizipation verrät viel über die politische Mobilisierung der Gesellschaft im Wahlkampf und darüber hinaus.

Gewerkschaften und Genossenschaften

Gewerkschaften bildeten in Deutschland wie in Großbritannien einen integralen Teil der organisierten Arbeiterbewegung. Insofern ist es wenig überraschend, dass sie auch im Wahlkampf in beiden Gesellschaften mit den Arbeiterparteien Seit' an Seit' schritten. Im Verhältnis von Parteien und anderen organisierten Interessen zueinander waren die Ähnlichkeiten zwischen Großbritannien und Deutschland hier sicher am größten. Gewerkschaften und ihre Mitglieder waren vor Ort ganz gewöhnlich in Aktivitäten wie Versammlungen oder Flugblattverteilungen für Labour Party und SPD involviert. Vor allem in Großbritannien ist es nicht einfach, zwischen Gewerkschaften und Partei überhaupt zu unterscheiden, denn letztere war entstanden als ein Kind der ersteren: Die Gewerkschaften hatten die Labour Party gegründet, um eine Vertretung im Parlament

anzustreben. Vor 1914 bestand die Partei dementsprechend nur aus einem Zusammenschluss von Körperschaften. Nach 1918 änderte sich dies zwar: Nun wurden individuelle Mitgliedschaften eingeführt, und die Partei baute systematisch eigene Ortsvereine in den Wahlkreisen auf. Trotzdem bildeten die Zweige der Mitgliedsgewerkschaften vor Ort weiterhin zusammen mit den Einzelmitgliedern eine gemeinsame Organisation, die den Wahlkampf koordinierte.

In Deutschland waren der industrielle und der politische Arm der Arbeiterbewegung dagegen förmlich getrennt. Dafür griffen Gewerkschaften unter ihrem eigenen Namen mit ausdrücklichen Weisungen in den Wahlkampf ein. So ging der sozialdemokratische Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) 1924 damit voran, die Mitglieder aller Tochtergewerkschaften ausdrücklich zur Wahl der SPD aufzufordern.² Ähnlich handhabten es die Töchter selbst. Auch einzelne Organisationen wie der Deutsche Metallarbeiter-Verband oder der Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter verkündeten in ihren Publikationsorganen nicht nur eigene Forderungen zu den Wahlen. Im typischen argumentativen Ton der Parteienwerbung machten sie deutlich, dass ein Gewerkschafter keinen anderen als einen sozialistischen Stimmzettel abgeben könne. „Der denkende Arbeiter und die Seinen wählt [!] Liste 1, Sozialdemokraten“, hieß es etwa 1930 im Fazit einer „Wahlbetrachtung“ in der *Metallarbeiter-Zeitung*.³

Nicht immer konnten solche Forderungen jedoch im Brustton der Überzeugung vorgetragen werden. So hatte das Blatt zwar auch 1928 im Sinne der SPD argumentiert. Doch dabei fehlte es nicht an Wendungen, die das politische Engagement verteidigten: Natürlich müssten Gewerkschaften politisch aktiv werden, denn ihre Aufgabe sei der Kampf für eine erträgliche Lage der Arbeiterschaft, die wiederum in einer kapitalistischen

2 An die Mitglieder der Gewerkschaften! VM, 21. 11. 1924; Der freie Gewerkschaftler, Beilage VM, 6. 12. 1924. Ausführlich dazu: Braunthal, Gewerkschaftsbund (1981), Kap. 5, hier bes. 141 f., 147–151. Dezierte Versuche zur Loslösung des ADGB von der SPD, wie sie Brunner, Bürokratie (1992), bes. 239 f., 244 f., behauptet, sind mit diesen Befunden kaum in Einklang zu bringen. Dagegen auch Potthoff, Gewerkschaften. (1987), 217–237.

3 Ibykus, Wahlbetrachtung, Metallarbeiter-Zeitung, 6. 9. 1930; Gewerkschafter und Reichstagswahl, ebd., 19. 4. 1924; W. R., Zur Reichstagswahl, Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung, 29. 5. 1920; Nur die Sozialdemokratie kann uns retten! Gewerkschaft, 6. 9. 1930.

Wirtschaftsordnung unmöglich sei. Jede Gewerkschaft, die diesen Namen verdiene, müsse darum für eine sozialistische Ordnung eintreten. Andere Gewerkschaften änderten das Argument, um zu denselben Schlüssen zu kommen: Zwar wären die freien Gewerkschaften nicht zwangsweise auch sozialdemokratisch; da aber erwiesenermaßen nur die SPD eine arbeitnehmerfreundliche Politik betreibe, ziehe man, gewissermaßen zufällig, ohnehin am selben Strang.⁴

Defensive Formulierungen wie diese reagierten auf Kritik, die der politische Gegner vorbrachte. „Ist das Neutralität?“, konnte die Politik der freien Gewerkschaften legitim gefragt werden – nach seinen eigenen Statuten nämlich war der Bund unparteiisch.⁵ Die Scheinheiligkeit, die ihm hier vorgeworfen wurde, hatte er dabei allerdings nicht für sich gepachtet, denn auf der Seite der Kritiker gab es Ähnliches zu kritisieren. Die sozialistischen Gewerkschaften waren zwar die größten, aber nicht die einzigen im Lande. Ihnen gegenüber stand neben dem kleinen Gewerkschaftsring liberaler Tradition auch noch der Deutsche Gewerkschaftsbund, der als Dachverband den christlich-nationalen Gewerkschaften im Wahlkampf den Weg wies. Und mit einigem Grund wurde auch den Christlich-Nationalen der eigene Anspruch politischer Neutralität gegen die Beteiligung im Wahlkampf entgegengehalten.⁶

In der Tat waren deren Richtlinien zwar etwas aufwändiger formuliert, um unterschiedlichen politischen Richtungen seiner Mitgliedsverbände und Mitglieder Rechnung zu tragen. So gab man keine ausdrückliche Weisung, für genau eine bestimmte Partei zu stimmen. Darüber hinaus lasen sich die christlich-nationalen aber wie das Spiegelbild der Aufrufe der freien Gewerkschaften: Ihre oberste Grundregel war, dass kein Mitglied für die Sozialisten stimmen könne. Danach galt die Priorität der Unterstützung von Funktionären aus den eigenen Verbänden, die sich auf einer der nichtsozialistischen Parteienlisten um ein Mandat bewarben; erst

⁴ Gewerkschaften und Politik, Metallarbeiter-Zeitung, 12. 5. 1928; Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung, 12. 5. 1928; Die politische und religiöse Neutralität der freien Gewerkschaften, Der freie Gewerkschaftler, Beilage zu VM, 13. 4. 1924.

⁵ Ist das Neutralität? MA, 19. 8. 1930.

⁶ Etwa: Zentrum, Religion und Politik, VM, 17. 4. 1924.

zum Schluss kam, sollte es noch mehrere Optionen geben, die individuelle politische Überzeugung.⁷

Wiederum entsprachen dem einzelne Zweiggewerkschaften, wie der Verband christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgewerbes, der sich mitunter äußerst spitzfindig auf den eigenen Grundsatz parteipolitischer Neutralität berief: Weil dieser nur gegenüber jenen Parteien gelte, die „mit ihren Grundauffassungen nicht im Widerspruch stehen zu der Ideengrundlage der christlichen Gewerkschaften“, konnte eine Stimme für SPD oder KPD für Mitglieder keine Option sein. Die Gewerkschaft warb stattdessen für die Arbeit in den „sogenannten bürgerlichen Parteien“, wie sie selbst formulierte.⁸ Faktisch unterstützten die deutschen Gewerkschaften jeder ihre alliierten Parteien, was immer wieder gegenseitige Vorhaltungen und Kontroversen über den Vorsatz parteipolitischer Neutralität auslöste.

Auch in Großbritannien war trotz der engen organisatorischen Verflechtung von Labour Party und Gewerkschaften deren Unterstützung im politischen Kampf nicht unumstritten. Unmut erregte hier besonders die Parteifinanzierung: Zum Großteil lebte die Labour Party indirekt von den Gewerkschaften, die von ihren Mitgliedern Beiträge sammelten und diese an die Partei überwiesen. Gegner kritisierten diesen Modus der Finanzierung, weil der politische Beitrag automatisch von jedem Gewerkschaftsmitglied erhoben wurde, ganz gleich, ob dieses auch die Labour Party unterstützte oder nicht. Als „niederträchtige Erpressung“ gepaart mit „großer Verschwendungssucht“ versuchten die Tories in den Wahlkreisen dagegen Stimmung zu machen, dass die Arbeiter so ihrer Freiheiten beraubt würden, selbst über ihre politische Unterstützung zu entscheiden. Tatsächlich nutzten auch einzelne Gewerkschaftsmitglieder die Plattform der Lokalpresse, um in Leserbriefen ihrem Unmut über den Missbrauch ihrer Beiträge Luft zu machen.⁹

Noch größere Kontroversen löste vor Ort allerdings das politische Engagement der Konsumgenossenschaften aus. In Großbritannien war diese

7 Richtlinien des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Reichstagswahlen, MZ, 3. 6. 1920; knapper: Wahlauf Ruf der Christlichen Gewerkschaften, NPL, 3. 1. 1932.

8 Die politischen Wahlen, Bekleidungsgewerkschaft, 21. 4. 1928.

9 Trade Union Finance, 1922, CArch, 363/O.2, 61 („Mean Extortions and Heavy Extravagance“); A Working Man, Leserbrief in YTS, 8. 11. 1922; A 50 Years' Miner, Y.M.A. Election Grants, SDI, 24. 10. 1924.

Bewegung einflussreicher als in Deutschland, und auch politisch kam ihr so in der Zwischenkriegszeit eine größere Relevanz zu – wiederum zeigt sich darin das größere Gewicht der Konsumenten in der britischen öffentlichen Auseinandersetzung. Wie die Gewerkschaften vor dem Ersten Weltkrieg, beschloss die nationale Konferenz der Genossenschaft 1917, ebenfalls eine Vertretung im Parlament anzustreben und zu diesem Zweck eine eigene politische Partei aufzubauen, die Co-operative Party. Üblicherweise konkurrierte diese nicht mit der Labour Party; sie fungierte eher wie ein weiterer Arm der Arbeiterbewegung. In einer Reihe von Wahlkreisen unterstützte die Genossenschaft die Arbeiterpartei direkt, anderswo stellte sie an deren Stelle eigene Kandidaturen auf, die ihrerseits den Segen der Labour Party erhielten.

Ähnlich wie die Gewerkschaften wurde die Konsumgenossenschaften dafür zur Zielscheibe von Kritik. Noch deutlicher wurde dabei etwa in Leserbriefen öffentlich sichtbar, dass viele Mitglieder der Genossenschaft selbst Gegner eines aus ihrer Sicht unnötigen politischen Einsatzes waren – und dieser kostete schließlich auch ihr Geld. Wer habe der Führung der örtlichen Genossenschaft das Recht gegeben, in ihrer „offiziellen Funktion“ Wahlempfehlungen zu geben, klagte ein offensichtlicher Gegner aus den Reihen des Vereins in Sheffield – „noch nie habe ich beobachten können, dass die Ersparnisse der Mitglieder so freigebig verschwendet wurden, wie in dieser Wahl“, ärgerte sich ein weiterer.¹⁰ Die anderen Parteien griffen die Unzufriedenheit auf, indem sie in ihrer Propaganda gezielt Mitglieder gegen eine Übernahme ihres Vereins durch die Sozialisten zu mobilisieren versuchten: In Sheffield und Birmingham führten die Konservativen etwa Listen über Genossenschaftler, die sich mit dem politischen Kurs nicht abfinden wollten, um Widerstand innerhalb der Bewegung zu organisieren.

Entgegengehalten ließ sich, dass über Zuwendungen an die Labour Party und die Teilnahme am politischen Streit im Verein demokratisch entschieden wurde – schließlich stimmten die Mitglieder der einzelnen Gemeinschaften darüber regelmäßig ab. Je nach Kräfteverhältnissen konn-

¹⁰ M. Roberts, *Politics and the Co.-op.*, SDT, 13. 12. 1918 („in their official capacity?“); J. J. D., *Duty of Hillsborough Voters*, SDT, 15. 11. 1922 („never have I seen the savings of co-operators squandered in so lavish a manner as during this election“); George Edwards, Leserbrief in CDN, 11. 11. 1935.

te es damit zu lokal unterschiedlichen Lösungen der Spannung zwischen Befürwortern und Gegnern einer eigenen parlamentarischen Repräsentation kommen. An vielen Orten begrenzte sich das politische Engagement somit auf eine Unterstützung der örtlichen Labour Party, anderswo konnten Gegner selbst diese abwenden. Einige der Vereine ignorierten den Entschluss der nationalen Konferenz und enthielten sich völlig eines politischen Engagements. Anderswo dagegen konnte die Co-operative Party sich fest etablieren.

Im Wahlkreis Hillsborough in Sheffield wurde sie sogar zur dominierenden Kraft, obwohl die „Antipolitischen“, wie sie von den Aktivisten genannt wurden, sich hier rührig gaben. Zeitweise konnten diese auch bewirken, dass einer der Sheffielder Konsumvereine sich aus der Partei zurückziehen musste. Doch insgesamt vermochten sie am politischen Engagement selbst damit nicht zu rütteln. Zur Entspannung trug bei, dass Mitgliedern ab 1923 die Möglichkeit eingeräumt wurde, zumindest persönlich aus der politischen Beteiligung auszusteigen, indem sie einen reduzierten Beitrag zahlten. Mochte auch der Verein als Ganzes sich am politischen Spiel beteiligen, geschah dies forthin wenigstens nicht auf Kosten der Andersdenkenden unter den Mitgliedern.¹¹

Ähnlich wurden auch innerhalb der Gewerkschaften die Mitglieder als Individuen gegenüber ihrer eigenen Organisation gestärkt. Im Disput über die Finanzierung der Labour Party nahm die konservative Regierung den Generalstreik von 1926 zum Anlass, per Gesetz tief in die Finanzierungsregeln einzugreifen. Bis dahin hatten Mitglieder mit ihren Beiträgen automatisch eine Abgabe für politische Zwecke geleistet – ein Rücktritt davon war zwar möglich, musste aber ausdrücklich erklärt werden, was die Verweigerer einem Rechtfertigungszwang aussetzte. Der Trade Disputes and Trade Unions Act von 1927 drehte den Automatismus um: Nun mussten die Mitglieder der Gewerkschaften ausdrücklich *dafür* entscheiden, sich an der politischen Abgabe zu beteiligen. Ein Rückgang der

¹¹ A Word to Co-operators! Liberale Wahlzeitung, 15. 3. 1922, CArch, 363/O.1, 139; The Passing Hour, CC, 26. 4. 1922; Ballard an Lockwood, 20. 1. 1923, SArch, ABC/2/21 („anti-politicals“); Sheffield Co-operative party, Executive Committee meeting, 6. 4. 1922, SArch, CPR 2, 86 („anti-political campaign“); Boughton, Working-class Politics (1985), 342–345; Marriott, Labourism (1991), 42 f., 62; Robertson, Co-operative Movement (2010), Kap. 7.

gewerkschaftlichen Beiträge zur Labour Party um über ein Viertel war die Folge.¹²

Wichtig ist hierbei, was nicht unbedingt auf den ersten Blick ins Auge fällt, weil es in Großbritannien gerade nicht passierte: Gewerkschaften und Genossenschaften spalteten sich über diese Auseinandersetzungen *nicht* in verschiedene Verbände auf, die unterschiedlichen parteipolitischen Ausrichtungen entsprachen. Nimmt man die internen Debatten ernst, drehten diese sich zudem nicht um die Frage, welche Partei oder Parteien zu unterstützen seien. Stattdessen ging es fundamentaler darum, ob politisches Engagement *überhaupt* wünschenswert sei. Die Alternative zur Mobilisierung als Teil der Arbeiterbewegung lag hier nicht automatisch in der Unterstützung einer anderen Partei, sondern in völliger Enthaltung. Dazu gab es innerhalb der Vereine mehr Freiraum für abweichende Meinungen, die nicht nur intern, sondern auch in der Lokalpresse eine Plattform fanden. Entsprechend konnten Kontroversen auf lokaler Ebene flexibel unterschiedliche Lösungen finden, ohne dass dies den Gesamtzusammenhang der Bewegung in Frage stellte.

Dagegen bestand in Deutschland die Neigung, bei Dissens getrennte Wege zu gehen und andere Parteien zu unterstützen. Die Gewerkschaften waren dementsprechend gespalten, und für die deutsche Genossenschaftsbewegung galt das nicht minder. Auch diese teilte sich entlang der Bruchlinie zwischen roten und bürgerlichen Parteien in unterschiedlichen Dachverbänden mit sozialistischer und christlich-nationaler Ausrichtung.¹³ Wie diese Beispiele zeigen, tendierten in Deutschland Vereine und Organisationen stärker als in Großbritannien dazu, sich in die parteipolitische Konfliktstruktur einzuordnen.¹⁴

Allerdings blieb diese Einordnung begründungspflichtig: Auffällig sind die Verklausulierungen der Beteiligung, die in Deutschland nötiger schien als in Großbritannien. Während auf der Insel eine klare Sprache über die eigene Positionierung als politisch oder nicht politisch gesprochen wurde, veranstalteten die Wahlaufrufe deutscher Gewerkschaften wahrhafte Eierläufe, um nach einigen Windungen doch noch das vorhersehbare

¹² Worley, *Labour Inside* (2005), 112 f.

¹³ Dazu Torp, *Konsum* (2011), 100 f., 106–109, 129–132.

¹⁴ Den Kontrast zeigt auch James, *Politics of Identity* (2008), für die Zwischenkriegszeit bes. 162–166.

Ziel einer konkreten Weisung für die Wahl einer bestimmten Partei zu erreichen. Das inszenierte die Aufrufe als wohl durchdachte Ergebnisse tiefgreifender Abwägungen, die dem rationalistischen Duktus der deutschen Wahlwerbung entsprach. Nur so konnten Institutionen trotz ihrer offensichtlichen Parteinahme darauf hoffen, Distanz zur Parteipolitik zu demonstrieren und eine gewisse Eigenständigkeit zu behaupten, wenngleich ihr Anspruch auf Neutralität sich damit als Farce entpuppte.

Es ist wichtig das festzuhalten – es zeigt nämlich, dass parteipolitische Neutralität trotzdem das Maß war, an dem Institutionen sich in Deutschland messen lassen mussten. Sie stellte sogar geradezu ein Ideal dar, so sehr waren Vereinigungen darum bemüht, den Anspruch darauf aufrecht zu erhalten, um andersdenkende Mitglieder bei der Stange zu halten. Auf der anderen Seite wurden Abweichler unter den Mitgliedern in Großbritannien stärker sichtbar, weil ihnen in der Lokalpresse Gelegenheit gegeben wurde, ihre gegenteiligen Ansichten zur Schau zu tragen. Überhaupt schien die Mitgliedschaft in britischen Organisationen damit einen größeren Einfluss auf die Positionierung der Institution zu haben. Noch deutlicher zeigte sich das in der Wahlkampfteilnahme der Kirchen.

Deutsche Glaubensgemeinschaften

Das politische Engagement der Kirchen in Deutschland folgte der konfessionellen Spaltung der Gesellschaft: Es ist darum nötig, die beiden großen Glaubensgemeinschaften getrennt voneinander zu behandeln – ihre Beteiligung am Wahlkampf unterschied sich deutlich. Während nämlich die katholische Kirche aufs Engste mit den katholischen Parteien verflochten war, lässt sich für die evangelische Gemeinde insgesamt keine strikte Bindung an eine oder mehrere Parteien beobachten. Es empfiehlt sich darum, die beiden Gemeinschaften nacheinander zu behandeln, um die Eigenheiten des kirchlichen Engagements im deutschen Wahlkampf zu vertiefen. Die katholische Kirche bildet dabei ein Paradebeispiel für Organisationen, die sich eindeutig in die Konfliktstruktur einordneten und damit auch ihre Mitglieder auf eine politische Haltung verpflichteten. Das protestantische Engagement, dem wir uns zunächst zuwenden, zeigt dagegen eher, wie schwer man sich in Deutschland mit Neutralität selbst da tat, wo sie eigentlich als Kurs auf der Hand lag.

Die politischen Loyalitäten nämlich, die Klerus und Laien in evangelischen Gemeinden vertraten, konnten breit gefächert sein. Das schilderte etwa der Theologe Heinrich Grüber aus seinen Erfahrungen als Problem: Wie sollte er sich als Pastor positionieren, den nationalistische Bauern, linksliberale Handwerker und Kleinunternehmer sowie rote und blutrote Arbeiter in seiner Gemeinde jeweils auf ihre Seite zu ziehen versuchten?¹⁵ Eine Musterlösung für solche Konstellationen gab es nicht, da diese nicht zuletzt in jeder Gemeinde anders aussehen konnten. Sicher allerdings ist, dass Streitereien um politische Ausrichtungen hier enormes Konfliktpotential bargen. Je nach Zusammenstellung der Gemeinden und abhängig von den jeweiligen Kräfteverhältnissen mussten Gemeinden und Geistliche unterschiedlich reagieren; strikte Neutralität mochte in vielen solcher Situationen als Kompromisskurs geboten sein. Dennoch traten protestantische Geistliche mit der Autorität ihres Amtes in die politische Arena – ob sich ihre Schäfchen einfach stillschweigend damit abfanden, ob sie ohnehin parteipolitisch homogenen Gemeinden vorstanden oder ob sie diese damit willentlich auf Gesinnungsgenossen beschränkte, ist dabei kaum je festzustellen.

Außer Zweifel steht, dass politisch aktive Pastoren in der Weimarer Republik fast ausschließlich als Unterstützer der Deutschnationalen auffielen. So konnte man am Wahlsonntag in einigen evangelischen Kirchen Aufrufe von der Kanzel hören, die eine Stimmabgabe für die DNVP geboten. Zugleich regte sich in solchen Fällen nicht selten öffentlicher Widerstand gegen diesen „Mißbrauch“ des Amtes der Kirche, und andersdenkende Gläubige drohten mit dem Boykott des Gottesdienstes.¹⁶ Einige Landeskirchen versuchten darum, dem politischen Treiben ihrer Pfarrer entgegen zu wirken – auch außerhalb der Kirchenmauern. Damit die seelsorgerische Tätigkeit nicht in den Verdacht der Parteinahme gerate, erließ beispielsweise die Thüringische Landeskirche eine Dienstanweisung, die recht präzise einzelne politische Handlungen wie die Teilnahme an öffentlichen Umzügen oder das öffentliche Tragen von Abzeichen verbot.

Dabei griffen evangelische Landesbischöfe selbst ebenfalls in den Wahlkampf ein – offiziell erließen sie im Namen der Kirche Wahlaufrufe, die in

¹⁵ Grüber, *Erinnerungen* (1968), 58 f.

¹⁶ So: *Wahlagitation in der Kirche*, PP, 8. 1. 1919; Bösch, *Milieu* (2002), 96.

der Presse zur Veröffentlichung kamen. Solche Interventionen kennzeichnete das Bemühen, keinen parteipolitischen Grund zum Anstoß zu bieten – ein Kalkül, das allerdings nicht immer aufging. „[V]on aller Parteilichkeit fern“ erhob etwa der mecklenburgische Landesbischof 1924, „über allem Wahlkampf“ stehend, die „Wahrung unseres christlich-deutschen Volkstums“ sowie die „Forderung der Volksgemeinschaft“ über den Streit der Parteien. Der Hauptvorstand des Deutschen Evangelischen Gemeindetages hatte im November 1918 ähnlich nicht zur Wahl „für eine bestimmte Partei“ aufrufen wollen, als er zugleich aber vom Zwang sprach, „nur solchen Männern und Frauen“ die Stimme zu geben, „die für Zucht und Ordnung, Recht und Gerechtigkeit eintreten“, und die verlässlich die kirchlichen Forderungen nach „Erhaltung der sittlichen Grundlagen des Volkslebens“ unterstützten.

Solche eher offen formulierten Begehren bezogen sich mit dem Appell zur Ordnung in den chaotischen Nachkriegsmonaten und mit der Beschwörung der Volksgemeinschaft auf politische Ziele, die über Parteilinien hinweg Anschluss fanden. Zugleich ähnelte ihre Formulierung aber deutlich parteiischnen Manifesten. Schließlich enthielten auch sie einen in letzter Konsequenz definitiv bindenden Aufruf zur Stimmabgabe für bestimmte Personen oder Parteien – auch wenn diese abstrakt umschrieben blieben. Auf die Wahlanweisung zu verzichten, indem ein Wahlmanifest sich auf die Unterstützung für eine Idee oder auch ein Programm beschränkte, kam dagegen nicht in den Sinn.

Zudem tauchten auch hier Begrifflichkeiten auf, die zumindest Hintergedanken auslösten: Das „Volkstum“, die „sittlichen Grundlagen des Volkslebens“ – war das nicht ein Vokabular, das seine Urheber als deutschtümelnde Nationalisten entlarvte? Sobald diese Frage im Raum stand, wurde nachrangig, ob die Verfasser tatsächlich eine subtile Unterstützung der Rechten im Sinn gehabt hatten oder es mit der Unparteilichkeit aufrichtig meinten: In den Augen vieler Zeitgenossen waren dies untrügliche Kennzeichen für ein durchsichtiges Wahlmanöver zu Gunsten der Rechten. Entsprechend klang ein Spottvers, der in den 1920er Jahren umging: „Die Kirche ist neutral – aber sie wählt deutsch-national!“¹⁷

17 Dahm, Pfarrer (1965), 81, 85 f., 88, 104–109, Zitate 106; gegen die ältere Interpretation der „Volksgemeinschaft“ bei Dahm umfassend: Mergel, Führer (2005); Hardtwig,

Hier lag die Crux an den Verklausulierungen und Umschreibungen, die für Wahlappelle in Deutschland typisch waren. Wie bereits die Aufrufe von Gewerkschaften zeigten, bedienten sich selbst solche Organisationen, die ganz offen Partei ergriffen, einer Redeweise, die ihre Parteinahme zu verhüllen versuchte. Das färbte aber auch auf solche Aufrufe ab, die tatsächlich parteiunabhängig gedacht sein mochten. Denn es förderte einen Sinn für das Jonglieren mit subtilen Hinweisen, die es eindeutig zuzuordnen galt. Auch wer sich völlig unschuldig an diesem Spiel mit parteipolitisch aufgeladenen Begriffen beteiligte, geriet so in Deutschland schnell in den Verdacht, unehrliche Motive zu vertuschen. Eine beträchtliche Zahl evangelischer Pfarrer betrieb im Amt ohnehin mehr oder weniger offen Agitation für eine Partei. Doch selbst wo sie das nicht taten – allein die schwierigen öffentlichen Verlautbarungen, die jederzeit den Verdacht erregten, dass sie konservative Neigungen nur dürftig verschleierten, machte es der deutschen evangelischen Kirche als Institution schwierig, sich der Zuordnung zu einer Partei zu entziehen. Und das implizierte wiederum eine Verwicklung der Gläubigen und Wähler in den Gemeinden als Gemeinschaften in den parteipolitischen Konflikt.

Sehr viel deutlicher war diese Verflechtung bei der katholischen Kirche zu beobachten. Die Kirche unterstützte die katholischen Parteien ausgiebig in deren Anstrengungen, die Katholiken politisch zu vereinen: Tatsächlich war es vielerorts die Kirche, die einen organisatorischen Rückhalt für die eher schwach ausgebildeten Parteistrukturen von Zentrum und BVP bildete. Das Pfarrhaus sowie religiöse Vereine, wie der Volksverein für das katholische Deutschland, banden die Gläubigen an die politische wie an die religiöse Sache. Entsprechend aktiv waren Geistliche im Wahlkampf, und auch über sie als Einzelfiguren hinaus waren die kirchlichen Institutionen als solche involviert.

Nirgendwo wird das deutlicher als an den programmatischen Aufrufen, welche die katholischen Bischöfe regelmäßig zu den Wahlen erließen, um sie in Zeitungen drucken und zur Messe von den Kanzeln verlesen zu lassen. Diese waren, ähnlich den Aufrufen der Protestanten, umschreibend formuliert, zielten aber deutlicher auf die Unterstützung genau einer

Volksgemeinschaft (2013). Mit weiterer Literatur: Bösch, Milieu (2002), 96 f.; vgl. Gemein, DNVP (1969), 147–151.

Partei und ihrer Schwester. Hochoffiziellen Charakter hatte insbesondere der weit verbreitete Wahlaufruf des Vorsitzenden des obersten zentralen Gremiums der katholischen Kirche in Deutschland außerhalb von Bayern, der Fuldaer Bischofskonferenz. Der Aufruf von Adolf Kardinal Bertram, der dieses Amt in der Zwischenkriegszeit führte, lautete zu Ostern 1924 etwa: „Höret nicht auf die, die mit vieldeutigen Versprechungen Stimmenfang treiben oder noch mehr Spaltung ins katholische Volk zu bringen suchen. Folget Männern, die durch die Tat bewiesen haben, ob sie es ehrlich meinen mit Kirche und Schule, mit der Heiligkeit von Ehe und Familie, mit dem friedlichen Ausbau der wirtschaftlichen und staatlichen Ordnung.“

Für Zeitgenossen konnte kaum ein Zweifel daran bestehen, dass hiermit Zentrum und BVP unterstützt werden sollten. Aber auch hier waren die typischen Verkläuterungen der offiziellen Stellungnahmen bezeichnend. Ähnlich formulierten andere Bischöfe ihre Hirtenbriefe und Appelle. Das „Oberhirtliche Schreiben“ des Bischofs von Münster zur Wahl einige Monate später sollte so von der Kanzel eine Woche vor dem Wahlsonntag alle Gottesdienstbesucher in der Diözese anweisen, „nur Vertretern und Vertreterinnen einer solchen Partei“ die Stimme zu geben, „die nach ihrem Programm und ihrer bisherigen Tätigkeit sichere Gewähr dafür bieten, daß sie für die Verteidigung der Religion und der guten Sitte, der öffentlichen Ordnung und der Autorität eintritt, die auch bereit ist, der Kirche ihren segensreichen Einfluß im Staate, in der Gemeinde, in der Schule und in der Familie zu erhalten.“ Es endete in den eindringliche Worten: „Wählet so, daß ihr vor Gott und eurem Gewissen bestehen könnt!“¹⁸

Unumstritten war die kirchliche Wahlhilfe nicht. Anders als im Falle der Gewerkschaften gingen Gegner allerdings nicht so weit, auf Grundlage der politischen Differenzen eine konkurrierende katholische Kirche zu gründen. Dafür behelfen sie sich mit der nächstbesten Sache: Andere Parteien sowie führende konservative Katholiken gründeten eigene Institutionen, um im Namen des Katholizismus Druck auf die politische

¹⁸ Bertrams Wahlauf Ruf in: NPL, 24. 4. 1924; MA, 28. 3. 1924; Bischof von Münster: Aus der Stadt, MA, 1. 12. 1924; vgl. Hinkel, Bertram (2010), 126–138; Ein Bischofswort zur Wahl, NPL, 4. 9. 1930; Hirtenbrief des Bischofs von Speyer, 6. 9. 1930; Hirtenbriefe der Bischöfe zu den Wahlen vom 31. 7. 1932 und vom 5. 3. 1933, Müller (Hrsg.), Katholische Kirche (1963), 41, 63 f.; Rauh-Kühne, Katholisches Milieu (1991), 131.

Linie der Kirche auszuüben. Vor allem im Umfeld der DNVP, später auch in enger Nähe zur NSDAP, bildeten sich solche Zusammenschlüsse. Es handelte sich dabei um Grüppchen, in deren Zentrum stets ein gleicher kleiner, aber äußerst elitärer Personenkreis aus führenden konservativen Intellektuellen und Adligen anzutreffen war. Dafür trugen die Organisationen klangvolle Namen wie „Katholische Vereinigung für nationale Politik“, „Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher“ oder „Reichsausschuss der Katholiken in der DNVP“. Trotz des kleinen Anhangs sollte damit in der Öffentlichkeit demonstriert werden, dass auch für Katholiken andere Parteiaffinitäten möglich waren: In ihren Wahlaufufen wiederum setzten diese Vereinigungen sich für die Gewissensfreiheit der Gläubigen ein, um damit Anhänger am konservativen Rand der Zentrumsparlei für die Rechte zu gewinnen.¹⁹

Eine willkommenene Einladung für Herausforderungen boten dabei die verklausulierten Formulierungen der kirchlichen Unterstützungsaufufe. Deutschnationale Gegner des Zentrums besaßen die Unverfrorenheit, die Worte der Bischöfe – ganz protestantisch – selbst auszulegen, statt dem offiziellen Dogma zu folgen. So veröffentlichten auch evangelische Nationalisten den Wahlaufuf des Münsteraner Bischofs und pflichteten bei: Wer der Kirche ihren segensreichen Einfluss erhalten wolle, der dürfe auf keinen Fall sozialistisch wählen, sondern müsse die Rechtsparteien unterstützen. Zu denen allerdings, hier lag der bekannte argumentative Kniff, könne das Zentrum selbst nicht mehr gezählt werden, weil es überall im Reich mit der SPD paktierte – nur die DNVP käme als Hüterin religiöser Interessen in Frage.

Empört entgegneten Zentrumsvertreter auf diese „heuchlerische Verdrehung und Umdeutung“ der bischöflichen Worte: Der Erlass besage schließlich für jeden, „*der es verstehen will* in aller Klarheit, daß unter der Partei, die die Verteidigung der Religion und der guten Sitten usw. gewährleistet, nur die *Zentrumspartei* verstanden ist“, ereiferte sich eine Replik in Münster gegenüber der „deutschnationalen Wahllüge“. Ähnliche Auseinandersetzungen über die Auslegung der kirchlichen Wahlhilfe

19 Etwa: Seltene Auffassungen, NPL 22. 4. 1924; Ein notwendiger Trennungsstrich, NSZ, 7. 7. 1932; Zum Hintergrund: Morsey, *Zentrumspartei* (1966), 312 f. mit Anm. 12; Gründer, *Rechtskatholizismus* (1984), 145–152; Gottwald, *Bund katholischer Deutscher* (1983–1986).

gab es andernorts im Reich, sodass sich Kardinal Bertram gezwungen sah, im Namen aller Bischöfe eine Klarstellung zu veröffentlichen: „Meine bischöflichen Amtsbrüder und ich haben die Überzeugung, daß das *Zentrum* stets wo und wie immer die Verhältnisse es möglich erscheinen ließen, nach bestem Können für die religiösen Güter der Katholiken einzutreten bestrebt war und daß es auch in Zukunft diesem Grundsatz treu bleiben wird.“²⁰ Damit konnte kein Zweifel mehr daran bestehen, wem die Wahlhilfe dienen sollte.

Neben der DNVP kritisierten auch andere Gegner des Zentrums die kirchliche Wahlbeeinflussung von der Kanzel und im Beichtstuhl. Dabei hoben sie hervor, dass auch Gläubige selbst die Einmischung der Kirche ablehnten. Auf eine Wahlrede in der Kirche im vorderpfälzischen Otterstadt, das berichtete zum Beispiel eine SPD-Zeitung, bildete sich im Januar 1919 Widerstand unter einigen sozialdemokratischen Dorfbewohnern. Zu dritt hätten diese den Pfarrer in seinem Heim zur Rede gestellt, bis dieser sich schließlich nach langem Hin und Her auf eine Anweisung des Bischofs berufen hätte. Allerdings empörte das politische Engagement katholischer Priester bei weitem nicht so sehr wie das von protestantischen Pastoren: Andererseits hörte man nämlich in der Öffentlichkeit auch immer wieder, dass die Wahlpredigten von katholischen Kanzeln kaum weiter wunderten²¹ – in hohem Maße galten sie zeitgenössisch als eine Normalität, mit der man sich im Grunde abgefunden hatte. Entsprechend war auch die Kritik daran wiederum eindeutig parteipolitisch motiviert – nicht ohne Grund betonte der Bericht aus Otterstadt die Zugehörigkeit der unzufriedenen Katholiken zur SPD.

Aus neutralem Blickwinkel ist es schwieriger, Einsicht in Kontroversen innerhalb der Gemeinden zu gewinnen. Wenn sie nicht zugleich von den Gegnern im parteipolitischen Kampf verwendet wurden, gelangten ähnliche Klagen nämlich kaum an die Öffentlichkeit. Das ist nicht überraschend:

²⁰ Wahlauf Ruf Bischof Johannes zum 7. 12. 1924, WL, 2. 12. 1924; Verirrungen des Wahlkampfes, MA, 5. 12. 1924; Erklärung des Kardinals Bertram aus Anlaß der Wahlbewegung, NPL, 5. 12. 1924 (Hervorhebungen im Original); später: Der Bischof von Hildesheim erklärt: „Es ist tatsächlich die Zentrumspar tei gemeint gewesen“, MA, 14. 9. 1930.

²¹ Eine erfolgreiche Predigt, PP, 4. 1. 1919; Wahlagitation in der Kirche, PP, 8. 1. 1919; Zentrumsagitation auf Befehl der Kirche, PP, 11. 1. 1919; zum Beichtstuhl vgl. Simon Katzenstein, Wahlbetrachtungen, SozM, 25 (1919) 2, 106–110, hier 108.

Kirchliche Institutionen und die Parteipresse zeigten sich schließlich bemüht, interne Kontroversen hinter einer Fassade katholischer Einheit zu verstecken. Dabei gab es durchaus Anzeichen dafür, dass selbst Geistliche in den 1920er Jahren die feste Allianz der katholischen Kirche mit der Partei zu hinterfragen begannen.²²

Einen Einblick in innerkatholische Auseinandersetzungen um die Wahlhilfe gibt die Spaltung der pfälzischen Zentrumspartei Mitte der 1920er Jahre. Hier lässt sich auch besonders gut das Selbstverständnis nachvollziehen, auf das sich politische Weisungen des Klerus gegenüber den Gemeindemitgliedern stützten. Nicht ohne eine gewisse Ironie führten in dem Konflikt nämlich auch Katholiken gegen andere Katholiken Klage über den Missbrauch von Kanzel und Beichtstuhl für politische Zwecke, denn die Kirche sah sich in dieser Konstellation vielerorts nicht im Stande, auch nur zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei Neutralität zu bewahren. Angeführt vom Bischof von Speyer schlug sich der Großteil der Pfälzer Geistlichkeit auf die Seite der BVP und führte offen Wahlkampf gegen das Zentrum. Dessen Vorstand und Reichstagsfraktion beklagte sich in der Folge beim Bischof über den Mangel an der „vorgeschriebenen Zurückhaltung kirchlicher Stellen in politischen Fragen“ und den „offenbaren Missbrauch“ der „kirchlichen Autorität“.

Zu einer Stellungnahme aufgefordert, bequemte der Bischof sich erst nach über einem Monat zu einer Antwort, als die Wahl bereits gelaufen war. Die Kritik wies er schroff zurück: Einem katholischen Bischof, der vom Klerus und dem Volk um seine Anschauung gefragt werde, könne man wohl nicht „die Rolle eines Stummen“ zumuten. Mit gequälter Logik, die im Ergebnis der Wahl eine Rechtfertigung für ihre Beeinflussung sah, argumentierte er zudem, dass es in „demokratischregierten [!] Ländern“ nicht unüblich sei, dass „der Majorität eine entscheidende Bedeutung“ zukomme – da nun aber die BVP in seiner Diözese deutlich mehr Stimmen als das Zentrum erhalten hatte, wage er es nicht, „einem erfahrenen Politiker den Rat zu geben, diese Tatsache ehrlich anzuerkennen“.²³ Kälter hätte die Abfuhr kaum lauten können.

²² Hürten, *Katholiken* (1992), 113–115.

²³ Reichskanzler a. D. Fehrenbach an Ludwig Sebastian, 25. 6. 1924; Antwortschreiben, 5. 8. 1924; sowie: Landessekretariat der christlichen Gewerkschaften der Pfalz, Gable, an v. Guerard, 27. 4. 1927, ACDP, 01-366/002/1. Zum Hintergrund oben, S. 210–211.

Die Schärfe der Debatte ist durchaus verwunderlich. Schließlich mochte man meinen, dass es für die konkreten Interessen der Kirche letztlich keinen Unterschied gemacht haben dürfte, ob die Gläubigen sich vor Ort im Einzelfall für das Zentrum oder seine bayerische Schwesterpartei entschieden – immerhin stellte das System der Verhältniswahl sicher, dass die Repräsentation der Katholiken in ihrer Gesamtheit gleich groß bliebe. Die Wucht der Auseinandersetzung musste also andere als solche pragmatischen Gründe haben: Und tatsächlich ging es in den Augen der Beteiligten um mehr als nur die Frage, für welche von zwei katholischen Parteien die Wähler sich entscheiden würden. Wie es ein Domkapitular in Speyer ausdrückte, stand die Gefahr einer „Spaltung der Katholiken“ schlechthin im Raum²⁴ – man fürchtete, dass eine Trennung entlang *politischer* Überzeugungen auch Rückwirkungen auf die Zusammengehörigkeit der *Glaubensgemeinschaft* haben würde. Einen bezeichnenderen Beleg für das Gewicht politischer Positionierungen in Deutschland gibt es wohl kaum: Mit der Religiosität unterlag selbst das Überirdische hier den Konsequenzen der profanen Parteipolitik.

Und noch eine zweite Sache stand bei dem Konflikt auf dem Spiel: die natürliche hierarchische Ordnung der katholischen Welt. Das zeigte sich noch deutlicher an der Basis, wo die Auseinandersetzung nicht weniger giftig ausgefochten wurde. Exemplarisch lässt sich das im Katholischen Gesellenverein Ludwigshafen Süd nachverfolgen – ein typisches Beispiel für die Art von Verein, in denen der politische Katholizismus in Deutschland seinen organisatorischen Rückhalt fand. Die Spaltung der Pfälzer katholischen Partei – und damit in der Wahrnehmung der Zeitgenossen die Spaltung der Pfälzer Katholiken als Glaubensgemeinschaft – ging auch quer durch die Stadt: Ludwigshafen bildete zwar den Mittelpunkt für die Organisation des Zentrums, und die Partei besaß hier ihren größten Rückhalt gegen die bayerische Schwester. Doch in Person des Dekans Martin Walzer, der sich im Vorstand der BVP engagierte, stand die Kirche auf der anderen Seite. Den Wahlkampf im Frühjahr 1924 richteten einige der Zentrums-Aktivisten darum auch gegen Walzer.

Wiederholt seien am Pfarrhaus und der Kirche Wahlplakate des Zentrums geklebt worden, beklagte der Dekan. Unter Gesellen würde zudem

²⁴ Hildenbrand an Erzbischof Carl, 27. 3. 1924, ebd.

seit Kurzem nicht nur die Geistlichkeit als „Pfaffen“ titulierte, man habe Walzer selbst per Telefon vom katholischen Gesellenhause aus beleidigt. Schließlich sei der Dekan Opfer einer nächtlichen Katzenmusik geworden, und einige Mitglieder des Gesellenvereins schienen den Gottesdienst zu boykottieren. Diese „Ungezogenheiten“, die Walzer der Vereinsführung vorwarf, veranlassten ihn dazu, den Präses des Vereins zurücktreten zu lassen und den Aufmüpfigen zu drohen: Auf kirchliche Unterstützung und eine Neubesetzung der Stelle könnten diese erst dann wieder hoffen, wenn die sündigen Vereinsmitglieder persönlich Abbitte leisteten. Dahinter stand nicht nur Ärger über die Respektlosigkeit einiger Gemeindeglieder. Walzer sah den Führungsanspruch der Kirche (und seiner Person) herausgefordert: Wie er im Laufe der weiteren Auseinandersetzung offenbarte, ging er von einer klaren Hierarchie politischer Weisungen aus. Der vom Bischof vorgegebenen Linie müsse die Geistlichkeit, und dieser das Volk folgen.

Mit dieser Ansicht konnte er sich allerdings nicht durchsetzen. Tatsächlich bot der Senior des Gesellenvereins Paroli, indem er Walzers Vorwürfe einen nach dem anderen zurückwies und diesen seinerseits barsch anging: „Es erweckt den Anschein, als ob alle diese Gründe lediglich aus Zuträgerei gepaart mit einem gewissen Parteifanatismus entsprungen sind.“ Dagegen berief er sich auf die Neutralität des Vereins, den die Parteizugehörigkeit seiner Mitglieder nichts anginge, und ging sogar noch weiter: Auch die Kirche müsse frei von Politik sein; auf diesem Gebiet hätten die Gläubigen den Klerikern eben nicht Folge zu leisten. Walzer gab schließlich klein bei und setzte wieder einen Präses ein, nachdem er im versöhnlichen Geist des Gesellenvereins ein Argument fand, das Gesicht zu wahren. Bei dieser Beilegung des Streits spielte allerdings ein Detail eine nicht zu vernachlässigende Rolle: Die Hauptsache sei schließlich, dass die Mitglieder des Gesellenvereins überhaupt „einer christlichen Partei angehören“ – zumindest darauf konnte man sich einigen.²⁵

Der selbstverständliche Führungsanspruch des Klerus, das zeigt der Fall, konnte bestritten und praktisch herausgefordert werden. Hier gab es in der Weimarer Republik vermutlich mehr Dissens, als noch im Kaiser-

²⁵ Erweiterte Ausschusssitzungen, 7. und 14. 5. 1924, StALu, PGV 19/2; zu Walzer: StALu, PGV 13/14.

reich denkbar gewesen war. Wenn dieser groß genug und die Gläubigen an der Basis ausreichend Gewicht in die Waagschale werfen konnten, darauf deuten die Geschehnisse hin, konnte ihnen zudem nicht einfach eine politische Meinung diktiert werden. Doch zugleich sollte die Möglichkeit für Abweichungen nicht als allzu groß eingeschätzt werden: Immerhin ging es hier nur um die vergleichsweise kleine Frage, welche von zwei verwandten Parteien die Unterstützung der Kirche und ihrer Vereine finden sollte – eine nichtkatholische Partei dagegen stand nie auch nur zur Debatte. Insofern verweist die gesamte Episode auf die Norm großer Uniformität im Milieu des politischen Katholizismus, welche die kirchlichen Würdenträger mit Bestimmtheit und der Überzeugung eines natürlichen Führungsanspruchs durchzusetzen versuchten.

In Großbritannien konnten Geistliche nicht so auftreten – ähnlichen Gehorsam der Gemeindemitglieder als Wähler konnte man hier nicht erwarten.

Britische Glaubensgemeinschaften

In Großbritannien mischte sich in der Zwischenkriegszeit keine der Kirchen so selbstverständlich, profiliert, öffentlich sichtbar und klar zu Gunsten einer Partei ins Wahlkampfgeschehen ein. Und auch für einzelne Geistliche findet man eher spärliche Hinweise auf eine Wahlkampfeteiligung, wie sie unter deutschen Pfarrern üblich war. Einer entstammt einer humorvollen Anekdote vom Wahltag, mit der ein Wahloffizieller sich 1924 über einen Herrn lustig machte, den eine entsetzliche Angst vor einer sozialistischen Regierung plage: Nach eigener Auskunft habe dieser am vorigen Sonntag auch seine Kanzel benutzt, um die Kirchengemeinde vor einer roten Mehrheit zu warnen – allerdings bestünde seine „übliche Gemeinde“, so relativierte der Wahloffizielle, wohl „aus ungefähr sechs bis acht Personen“.²⁶ Offenbar war ein derartig offensives parteipolitisches Engagement in Großbritannien nicht wirklich ernst zu nehmen.

Wenn britische Geistliche selbst in die mediale Öffentlichkeit traten, dann eher, um sich *gegen* den Vorwurf politischer Betätigung zu wehren.

²⁶ Polling Station Humours, CDN, 3. 11. 1924 („My information was to the effect that the usual congregation consisted of approximately 6 to 8 persons.“). Vgl. einige Hinweise bei Griffiths, Labour (2007), 62.

Ein Beispiel dafür gab der Vikar der Kirche All Saints in Witham in Essex ab, der, ebenfalls im Oktober 1924, einige Unruhe mit einer Predigt auslöste, weil er über seine Erfahrungen in Russland sprach und auf das Labour-Vorhaben eines Kredits für die junge Sowjetrepublik anspielte: Wer die Bedingungen kenne, unter denen die russischen Bauern ihr Dasein fristeten, könne es sogar für einen Akt der christlichen Nächstenliebe halten, der atheistischen Regierung in Moskau finanziell zu helfen. Für zusätzliche Irritation sorgte neben diesen Bemerkungen zu politischen Tagesfragen der Choral „The Son of God Goes Forth to War“ mit den Zeilen: „sein blutrotes Banner in der Ferne flattert! / wer reiht sich ein in sein Gefolge“. Zuhörer ließ dies an das Symbol der Arbeiterbewegung denken; eine Andeutung, auf welche die Öffentlichkeit sensibel reagierte. Schnell kam der Verdacht auf, der Pfarrer habe eine Predigt für die Sache der „roten Flagge“ gehalten: Auch in Großbritannien war Vorsicht bei der Wahl von Begriffen geboten, wenn man sich zu Wahlkampfzeiten politisch äußern aber nicht in das Fahrwasser einer Partei geraten wollte.

Ob Parteipolitik ursprünglich in der Absicht des Vikars gelegen haben mag oder nicht – öffentlich sah er sich jedenfalls genötigt, jeden Verdacht weit von sich zu weisen: Bei dem Choral handle es sich um ein rein geistliches Lied, das offenbar in Witham – so stellte der Pfarrer fest – anders als in anderen Gemeinden nicht sehr bekannt sei. In seiner Abwehr der Vorwürfe argumentierte er grundsätzlich: „Ich beteilige mich niemals an der Politik, und niemand weiß, welcher Partei ich anhänge, obwohl man mich einige Male gefragt hat.“ Ausdrücklich verwies er auf die Wahlfreiheit: „Natürlich wähle ich, aber niemand weiß, wie. Dafür gibt es das Wahlgeheimnis.“ Und er machte deutlich – wie andere Geistliche auch –, dass er diese Haltung in politischen Auseinandersetzungen für angemessen hielt: „Ich gehe niemals zu Parteiversammlungen, und ich glaube nicht, dass der Klerus sich überhaupt an der Politik beteiligen sollte.“ Das Risiko war groß: Wenn sich die Kirche in politische Konflikte einmischte, so meinte ein Kollege, dann lief sie Gefahr, selbst „entweiht“ zu werden,²⁷ weil sie einen Teil der Gläubigen verprellen würde, die gegenseitige Ansichten

²⁷ Witham, Essex Chronicle, 31. 10. 1924 („His blood-red banner streams afar! who follows in His train?“ / „I never take any part in politics, and no one knows to which party I belong, although I have been asked a good many times. Of course I have voted, but no one knows how. The ballot is secret for that purpose. I never go to any

hegten. Hier war es offensichtlich sehr viel selbstverständlicher als in Deutschland, im Sinne der parteipolitischen Neutralität der Gemeinde öffentlich die eigene Unabhängigkeit kundzutun.

Die Gefahr der Spaltung von Gemeinden war auch für die Freikirchen ein Problem – und zwar bereits vor dem Ersten Weltkrieg. Traditionell pflegten diese in Großbritannien ein größeres politisches Engagement als die anglikanische Kirche. In mancherlei Hinsicht mag der Nonkonformismus in der britischen Politik insofern als ein Pendant zum Katholizismus in Deutschland erscheinen, wenngleich sein Einfluss wohl nicht ganz so hoch eingeschätzt werden kann:²⁸ In beiden Fällen handelte es sich um religiöse Minderheiten, die sich mit politischen Mitteln gegen ihre Ausgrenzung zu wehren versuchten. Doch einen Unterschied gab es zunächst in der Beständigkeit des politischen Engagements. Die katholische Kirche in Deutschland blieb seit der Gründung der Zentrums-Partei bis in die Zwischenkriegszeit untrennbar mit ihr verflochten – allein, weil die Kirche den Existenzgrund der Partei abgab. Dagegen gingen die Freikirchen in Großbritannien ihre Allianz mit der liberalen Partei, die zuvor unabhängig von ihnen entstanden war, nur zeitlich begrenzt ein, als die Liberalen sich um 1900 zu Fürsprechern für nonkonformistische Anliegen machten.

Zudem war diese Allianz stets weniger verbindlich als der Zusammenhalt zwischen katholischer Kirche und Zentrum in Deutschland: Es lag in der Natur der Freikirchen, dass von Ort zu Ort und Kirche zu Kirche ein unterschiedlich starkes politisches Engagement gepflegt wurde, denn die Meinungsbildung war weniger von oben herab organisiert als in der strikten Hierarchie der katholischen Kirche. Nonkonformistische Kleriker orientierten sich nicht an den Vorgaben eines Bischofs, sondern an ihren Gemeinden. Als die Labour Party noch vor dem Weltkrieg begann, den Liberalen in ihren Hochburgen Konkurrenz zu machen, drohte diesen so bei einer Festlegung auf nur eine dieser Parteien die Spaltung. Wiederum ist im Unterschied zu Deutschland bezeichnend, dass statt einer Eingliederung in diese Ausdifferenzierung der parteipolitischen Konfliktstruktur die britischen Freikirchen anders reagierten: Bereits kurze Zeit nach dem großen liberalen Wahlsieg von 1906, bei dem freikirchliche Geistliche eine

party meetings, and do not think the clergy should take part in politics at all.”); R. Smith, *The Testing Time for the Church*, SDT, 22. 10. 1924 („defiled“).

²⁸ Siehe v. a. Williams, *Democratic Rhondda* (1996), 19 f. mit Anm. 29.

wichtige Rolle in der Wählermobilisierung gespielt hatten, begannen non-konformistische Gemeinden sich wieder aus der parteipolitischen Allianz zu lösen, um nicht ebenfalls einer Aufspaltung in verschiedene politische Richtungen zu erliegen. Tatsächlich blieb die Wahl von 1906 die letzte, das betont Stephen Koss, in der die Zentralorganisation der Freikirchen in England und Wales „fest hinter der liberalen – oder irgendeiner anderen – Partei stand“.²⁹

Gewisse Neigungen blieben dennoch in der Zwischenkriegszeit bestehen. Besonders in den Zentren des Nonkonformismus in Wales traten etwa viele Labour-Politiker das liberale Erbe in enger Nähe zu den Freikirchen an. Aber freikirchliche Geistliche waren im Wahlkampf nun sehr viel seltener anzutreffen, und insbesondere drangen bedeutend weniger Klagen über den Missbrauch des Amtes für politische Zwecke in die Öffentlichkeit als in Deutschland. Auch kirchliche Wahlaufrufe, die in der Weimarer Republik zum Standardrepertoire gehörten, muss man in Großbritannien gezielt suchen, da es sie nur vereinzelt gab. Die Freikirchen hatten so insgesamt eine weitaus bescheidenere öffentliche Präsenz im politischen Streit.

Zu einer größeren Aktion kam es noch einmal 1935: Nun veröffentlichten Freikirchen vielerorts ausdrückliche Unterstützungsaufrufe für bestimmte Kandidaten. Mit den genauen Hintergründen dieser Kampagne beschäftigt sich der nächste Abschnitt; an dieser Stelle seien zunächst die offensichtlichsten Unterschiede zu den öffentlichen Appellen der Kirchen in Deutschland benannt. In ihrem Eintreten für bestimmte Kandidaten rechtfertigten die britischen Freikirchler die Unterstützung im Namen des Nonkonformismus damit, dass sie „von der breiten Masse der Freikirchen in deren jährlicher Versammlung in eine repräsentative Position gewählt“ worden seien. So unterstrichen sie die Grenzen ihres eigenen Führungsanspruchs, der auf demokratischer Willensbildung gründete und nicht von einem blinden Gehorsam der Gemeinden ausging. Zudem gaben sie überprüfbare Gründe für die Entscheidung an, die jenseits abstrakter Behauptungen über die Verteidigung kirchlicher Interessen lagen: So führten

29 Auch für das Folgende: Koss, *Nonconformity* (1975), Zitat 108 („stood solidly behind the Liberal – or indeed, any other – Party“); Pope, *Building* (1998); Catterall, *Morality and Politics* (1993).

freikirchliche Geistliche in Cambridge etwa die Entscheidung für den Labour-Kandidaten auf dessen Haltung zur Frage des Friedens zurück. Schließlich blieb es bei dieser halb persönlichen, halb amtlichen Erklärung: Eine ausdrückliche Anweisung an Gemeindemitglieder war damit nicht verbunden; nicht einmal die Empfehlung, geschweige denn die Pflicht, zur Stimmabgabe für die unterstützten Kandidaten wurde in den Unterstützungserklärungen formuliert.³⁰ Offenbar war es in Großbritannien nicht so selbstverständlich möglich, über die politische Entscheidung von Gemeindemitgliedern zu verfügen.

Selbst derart unverbindliche Weisungen gingen aber vielen zu weit. In Leserbriefen klagten andere Wähler darüber, dass auch Freikirchler zwar sicherlich ein Recht auf ihre individuelle Meinung hätten – im Namen des Nonkonformismus dürften sie aber nicht sprechen, weil sie damit die „Kirchen durch den Schmutz einer Wahl“ ziehen würden. In Sheffield äußerte ein methodistischer Geistlicher sich in diesem Sinne: Die Führungsgremien der Freikirchen seien aus welchen Gründen auch immer gewählt – sicherlich aber nicht wegen ihrer politischen Ansichten. In der Nutzung ihrer Funktion für die Unterstützung von Kandidaten konnte er darum nichts anderes als einen „groben Missbrauch“ erkennen.³¹

Insgesamt waren Kirchen als Institutionen in Großbritannien also deutlich weniger in den Wahlkampf involviert als in Deutschland. Und selbst wenn sie es waren, klangen ihre politischen Appelle in einem anderen Ton: Britische Gläubige wurden nicht so einfach wie ihre deutschen Pendants von oben herab behandelt, und auch der Anspruch von Geistlichen, in politischen Fragen für die Glaubensgemeinschaft insgesamt zu sprechen, war in Großbritannien grundsätzlicher umstritten als in Deutschland. Als Wähler genossen Gemeindemitglieder so in Großbritannien eine größere politische Unabhängigkeit von ihrer Kirche, die mehr Rücksicht gegenüber den unterschiedlichen bis gegensätzlichen Ansichten innerhalb der Gemeinde nahm. Neutralität war geboten und wurde unmissverständlich eingefordert und von Geistlichen selbst demonstriert.

³⁰ Free Churches and the Election, CDN, 12. 11. 1935 („elected to a representative position in the Free Churches by the rank and file of the Free Churches in their annual assembly“); ebenso: E. G. Rowlinson, Leserbrief in SDI, 9. 11. 1935.

³¹ G. L. B., Free Churchmen and Politics, YTS, 11. 11. 1935 („drag their churches into the mud of an election“); Geo. E. Johnson, SDI, 12. 11. 1935 („gross abuse“).

Klassisch ist diese Entwicklung als eine Geschichte des Niedergangs des nonkonformistischen Einflusses auf die Politik beschrieben worden. Man kann darin aber auch eine Verschiebung sehen: Die Freikirchen verzichteten zwar zunehmend auf offensichtlich parteipolitische Einmischungen. An politischen Debatten und den gesellschaftlichen Fragen der Zeit beteiligten sie sich aber durchaus weiter, nun allerdings aus einer anderen Position: Zunehmend versuchten die Nonkonformisten, unabhängig von einer einzigen Partei kritisch auf die Politik *insgesamt* einzuwirken.³²

Eine ähnliche Entwicklung kann man auch in Deutschland erkennen – allerdings nicht in der Zwischenkriegszeit. Erst in der Bundesrepublik zogen sich die Kirchen hier langsam aus der Beteiligung am Wahlkampf für die Zwecke einer Partei zurück, und erst jetzt wich auch hier die Verwendung religiöser Argumente als parteipolitische Waffe einer Bezugnahme auf christliche Tugenden für eine allgemeine Kritik an der Politik und ihrer Grenzen. Und selbst dann zog diese Entwicklung sich lange hin – bis in die 1980er Jahre.³³ Erst jetzt nahmen die Kirchen im deutschen Wahlkampf eine ähnliche Position ein, wie sie in Großbritannien bereits in der Zwischenkriegszeit deutlich zu erkennen war.

Wie sich dies bereits vor dem Zweiten Weltkrieg im britischen Wahlkampf in konkreten Aktivitäten zeigte, sehen wir im nächsten Abschnitt, in dem wir noch einmal auf die freikirchlichen Unterstützungsaufrufe für eine Reihe von Kandidaten bei der Unterhauswahl 1935 zurückkommen werden. Damit ist zugleich der Punkt gekommen, an dem das Wahlkampfengagement weiterer Institutionen ins Blickfeld genommen werden muss. Denn die britischen Freikirchen konkurrierten wie andere Glaubensgemeinschaften und Gewerkschaften in beiden Ländern mit einer Reihe von Vereinen um die Beeinflussung des Wahlkampfes und der Wählerschaft. Um dieses breite Feld zu erschließen, richtet sich der Rest des Kapitels weniger an einzelnen Organisationen aus, und nimmt stattdessen *Formen* der Beteiligung ins Blickfeld. Auf welche Art und Weise konnten Institutionen in Deutschland und Großbritannien jenseits von Wahlaufrufen intervenieren, und welche Möglichkeiten des Einflusses gab ihnen das? Was bedeuteten schließlich die unterschiedlichen Beteiligungsformen sol-

32 Kontrastiere für die beiden Positionen Koss, *Nonconformity* (1975), mit Pope, *Building* (1998).

33 Mergel, *Propaganda nach Hitler* (2010), 314–333.

cher Organisationen für ihre Mitglieder, die zugleich als Wähler in die öffentliche Auseinandersetzung involviert waren?

Kandidatenprüfung

Das typische Mittel, zu dem Institutionen in Großbritannien zur Beeinflussung des Wahlkampfs in der Zwischenkriegszeit griffen, waren Briefe an die Kandidaten. Nicht anders als einzelne Wähler, die Klarheit über eine Frage wünschten oder auf Probleme aufmerksam machen wollten, unterzogen organisierte Interessenten die einzelnen Anwerber damit schriftlich einer Prüfung ihrer Positionen. Von Veteranenvereinen, wie der British Legion, bis zu beruflichen Interessenvertretungen, wie der British Medical Association oder der Organisation der Besitzer von Privateisenbahnen; von hohen moralischen Anliegen, wie denen der Abstinenzler oder der Pazifisten, bis zu den eher profanen Ersuchen von Taubenzüchtern und Radfahrern; von den religiösen Angelegenheiten konfessioneller Gruppen, wie der National Protestant League oder der Spiritualisten, bis zu den politischen Problemen lokaler Verwaltungskörperschaften, wie des Stadtrats oder des Board of Guardians – auf dem Weg eines Schreibens an die Kandidaten versuchte neben Einzelpersonen eine große Bandbreite an Organisationen Einfluss geltend zu machen. Die Briefe bewegten sich dabei von der Bitte um Aufklärung zur Position eines Kandidaten zu einer bestimmten programmatischen Frage über das Ersuchen um Unterstützung für ein umfangreiches Programm bis hin zu präzisen Fragekatalogen, die verbindliche Zu- oder Absagen einforderten.

Politiker betrachteten die sogenannten „Wahlfragebögen“ nicht selten als eine „Plage“. So klagte der Abgeordnete von Hereford, Samuel Roberts, über die „vielleicht einhundert Fragebögen“ mit teils über zwanzig Fragen, die bei jeder Wahl in seinem Postfach eingingen. Häufig seien diese extrem geschickt formuliert und darum schwierig zu beantworten, aber gerade bei wichtigen Körperschaften war eine Antwort unumgänglich: Sie zu ignorieren, bedeutete womöglich den größeren politischen Schaden. Wie Roberts den Lesern seiner Memoiren gestand, zwang ihn das mitunter zu Unehrlichkeit. Am schlimmsten setzte ihm die League of Nations Union zu, eine riesige Massenorganisation mit sechsstelliger Mitgliederzahl, die mit breiter gesellschaftlicher Resonanz Unterstützung

für den Völkerbund und eine pazifistische Außenpolitik zur Sicherung des Friedens mobilisierte. In Hereford allein besaß der Verein tausende Mitglieder sowie die Unterstützung aller Kirchen und Frauengruppen, weshalb Roberts wie andere Skeptiker – „obwohl ich im tiefsten Innern meines Herzens wusste, dass die League aussichtslos war“ – ein „Lippenbekenntnis auf ihre Prinzipien ablegte“ und auf ihren Veranstaltungen sprach. „Ich tat dies wohl, weil es um viele Stimmen ging.“³⁴

Nicht alle Parlamentarier und Kandidaten mochten ähnliches Unbehagen wie Roberts verspüren, sich auf programmatische Aussagen festlegen zu lassen. Auch mochte seine Zahlenangabe von einhundert Schreiben übertrieben sein, wie Briefsammlungen in den Nachlässen anderer Politiker zeigen. Tatsächlich aber fanden Klagen über die Ausmaße der Kandidatenprüfungen auch in der weiteren Öffentlichkeit Widerhall, da die Praxis in der Zwischenkriegszeit immer größere Ausmaße annahm. Auch andere Kandidaten sahen so Handlungsbedarf. In Sheffield etwa schlossen Arthur Ponsonby und sein Gegner Matt Sheppard im Oktober 1924 ein Abkommen, dass keiner der beiden auf die vielen Fragebögen antworten würde, die Vereine quer durch das Land verschickten.

Einige Kommentatoren begrüßten diesen Schritt, weil es ihrer Sicht nach allein eine Angelegenheit der Wähler selbst sein sollte, sich bei Bedarf an die Kandidaten direkt zu wenden – als Individuen und ohne die Einmischung organisierter Interessen. Doch dieses Argument war schwer aufrechtzuerhalten. Schließlich waren es auch Wähler selbst, die als Mitglieder und Aktivisten in Vereinen auf solche Art in den Wahlkampf eingriffen. Entsprechend hagelte es von anderer Seite Kritik, dass ein solch „höchst ungerechter und unheiliger Pakt“ die Stimmberechtigten eines Rechts beraubte, mehr über die Positionen der Kandidaten in Erfahrung zu bringen.³⁵ In der britischen Zwischenkriegszeit entwickelte es sich für Politiker so zu einem delikaten Problem, die Abwehr des ständig

34 Roberts u. a., *Some Memorials* (1971), 133 f. („Election Questionnaire“, „nuisance“, „possibly a hundred questionnaires“ „[A]lthough I knew in my heart of hearts, that the League was futile, I paid lip service to their principals [!] and spoke on their platforms. I fear this was because their votes were many.“); McCarthy, *Public Ritual* (2010), 124.

35 By the Way, YTS, 24. 10. 1924; O.J. Wendlandt, *Liberals and Their Votes*, SM, 29. 10. 1924 („most unfair and unholy pact“); vgl. *Election Jottings*, CDN, 6. 11. 1935.

wachsenden Zeitaufwands und des Drucks zu programmatischen Festlegungen durch Fragesteller nicht wie grundsätzlichen Widerstand gegen den prüfenden Blick der Öffentlichkeit aussehen zu lassen, der schließlich als vollkommen legitim galt.

Eine Art Kompromiss fand ein Abkommen, das die drei großen Parteien im Vorfeld der Parlamentsauflösung 1929 schlossen. Liberale, Konservative und die Labour Party schlossen eine förmliche Übereinkunft, die allen Kandidaten ans Herz legte, Fragebögen von *außerhalb* ihres Wahlkreises nicht zu beantworten. Auch Abordnungen von Personen sollten sie nur dann empfangen, wenn diese vor Ort als Wähler registriert waren. Zumindest ein Teil der eingehenden Fragebögen konnte so ignoriert werden, indem alle Parteien einvernehmlich darauf verweisen konnten, dass nur diejenigen Personen ein Recht auf Kontrolle hätten, die einer der Kandidaten am Ende auch vertreten würde.³⁶

Wie wirkungsvoll dieser Versuch der Einschränkung sein konnte, muss dahingestellt bleiben. Nicht alle Kandidaten nutzten die willkommene Vorlage, um sich Arbeit vom Hals zu schaffen. Das zeigen zum Beispiel die Fragebögen und Antwortschreiben, die in den Wahlkreisunterlagen von Marion Phillips, Kandidatin in Sunderland, erhalten sind. Phillips und ihr Kollege Alfred Smith – Sunderland wählte in der Zwischenkriegszeit noch zwei Abgeordnete – antworteten selbst einem internationalen Dachverband von Taubenzüchtern, der aus dem 400 Kilometer entfernten Gloucester um Unterstützung bei der Bekämpfung von Wanderfalken und anderen Gefahren für Brieftauben bat. Wie die Fragebögen in der Phillips-Sammlung außerdem zeigen, konnten gerade Interessenorganisationen mit nationaler Reichweite die Regelung einfach umgehen: Schreiben mussten schließlich nicht aus der nationalen Zentrale verschickt, sondern konnten als Vordrucke von den lokalen Unterabteilungen an die jeweiligen Kandidaten gesendet werden. Besonders einfach machte es sich etwa – vielleicht notwendigerweise – die National League of the Blind of Great Britain and Ireland, eine Gewerkschaft für Blinde, die von der örtlichen Gliederung lediglich deren Namen, eine Adresse, den Tag sowie

³⁶ Labour Party, Annual Conference (1929), 10.

eine Unterschrift handschriftlich auf ein Anschreiben einfügen und dieses samt Manifest dann an die Kandidaten weiterleiten ließ.³⁷

Trotzdem machte die prinzipielle Unterscheidung zwischen Wahlkreis und außerhalb deutlich, dass Abgeordnete und Kandidaten im Prinzip beanspruchten, als Repräsentanten einer örtlichen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zu agieren. Gegenüber dieser mussten sie ihr Programm und ihren Kurs verantworten – Forderungen institutionell organisierter Interessen, zumal auf nationaler Ebene, konnten demgegenüber leichter abgewehrt werden.

Verantwortlichkeit gegenüber der Wählerschaft, die sich in den Vereinen engagierte, reflektierten auch einige der Anschreiben an die Politiker selbst. Diese verwiesen nämlich ausdrücklich auf die Anzahl derjenigen, die an den übermittelten Fragen ein Interesse hätten. Für 250 000 „Taubenliebhaber“ beanspruchte der Taubenzüchterverband aus Gloucester zu sprechen; in Marion Phillips' Wahlkreis Sunderland selbst machte die Hendon Sisterhood auf die Vereinsgröße von „500 weiblichen Wählern“ aufmerksam. Deutlicher noch offenbarten andere Organisationen, dass die Fragebögen nicht nur ein unschuldiges Mittel zur Abfrage von Positionen, sondern ein Druckmittel zur Beeinflussung der Kandidaten darstellten. So warb die National Union of Women Teachers damit, dass die Mehrheit ihrer Mitglieder – mit den richtigen Antworten – noch zu gewinnen sei, weil diese als Frauen erst seit kurzem das Wahlrecht erhalten und sich darum noch keiner Partei angeschlossen hätten. Noch direkter behauptete eine Allianz aus verschiedenen Vereinen der Abstinenzbewegung, eine „große Zahl an Wählern in Ihrem Wahlkreis“ zu repräsentieren: „Ihre Antwort wird entscheiden, wie diese stimmen werden.“³⁸

Ob und welchen Einfluss Antworten der Kandidaten tatsächlich auf Wählerentscheidungen hatten, ist freilich nicht so einfach zu sagen, wie es hier pauschal behauptet wurde. Eine der umfangreichsten Fragebogenkampagnen der 1930er Jahre wirft jedenfalls eher Zweifel auf, dass mit

37 Schreiben des International Pigeon Board, Mai 1929; Schreiben der National League of the Blind of Great Britain and Ireland, Sunderland Branch, 23. 5. 1929, LHASC, LP/MP 9/7/1-2 sowie 9/13/1/1.

38 Schreiben in LHASC, LP/MP 9/7/1 („Pigeon Fanciers“), 9/5/1 („500 women voters“), 9/16/1, 9/22/1 („represent a large number of electors in your division and your reply will determine how they will vote“).

solchen Methoden große Massen bewegt werden konnten. Damit kommen wir zurück auf die Freikirchen und ihr politisches Engagement, mit dem wir uns im letzten Abschnitt beschäftigt haben. Auch die Freikirchen bedienten sich Mitte der 1930er Jahre nämlich des Mittels der Kandidatenprüfung per Brief: Die Unterstützungserklärungen für einzelne Kandidaten, die sie zur Unterhauswahl 1935 veröffentlichten, gingen auf einen großangelegten Versand von Fragebögen zurück. Dahinter stand das sogenannte Council of Action, eine dem Namen nach parteiübergreifende Bewegung von Sozialreformern, die sich vornehmlich auf die Freikirchen stützte. Das Council sandte überall ein Programm für Frieden und Wiederaufbau an die Kandidaten in den Wahlkreisen, um dann aus den Positionierungen der so Befragten eine Liste mit offiziellen Wahlempfehlungen aufzustellen: Von allen befragten Anwärtern erhielten so letztlich 362 Kandidaten ein nonkonformistisches Gütesiegel.

Die Empfehlungen deuteten allerdings darauf hin, dass das Council nicht ganz so parteiunabhängig operierte, wie es vorgab. So waren abgesehen von 18 Namen auf der Liste ausschließlich Kandidaten der Labour Party zu finden – sowie alle liberalen Anwärter. Hatte man es hier also vielleicht doch nicht eher mit dem durchsichtigen Versuch zu tun, die alte progressive Allianz zwischen Freikirchen und Liberaler Partei zu beleben? Dafür gab es einige Hinweise. So erhielten einige Kandidaten trotz unbefriedigender Reaktion auf das Manifest des Councils eine Empfehlung; andere dagegen wurden ignoriert, obwohl sie eine positive Antwort gegeben hatten. Offensichtlich hatten die Empfehlungen in einer Reihe von Fällen nichts mit dem Fragebogen selbst zu tun, was Zweifel an der Aufrichtigkeit der Unternehmung aufkommen ließ. Dass dann mit dem bekannten methodistischen Pastor John Scott Lidgett auch noch einer der Vizepräsidenten des Councils öffentlich Stellung gegen Labour bezog, obwohl 182 der empfohlenen Kandidaten dieser Partei angehörten, half der Sache ebenfalls nicht weiter.

Scott Lidgett hatte sich wie andere führende Figuren hinter dem Vorhaben verkalkuliert: Als strammer Antisozialist war er davon ausgegangen, das Programm des Councils würde so formuliert, dass es für die Sozialisten nicht akzeptabel wäre. Als es dann aber zu dem überraschenden Ergebnis kam, und viele Labour-Kandidaten nach ihren Reaktionen eigentlich eine Empfehlung verdient hätten, taten Scott Lidgett und andere

sich schwer, zu diesem Ergebnis auch zu stehen. Kein Wunder, dass bald statt vom Council of Action vom „Council of Faction“ gesprochen wurde.

Ein großer Wahlerfolg war der Aktion nicht beschieden: Nur 67 der Kandidaten mit Wahlempfehlungen – also nicht einmal jeder fünfte – schafften den Einzug ins Parlament, und selbst in diesen Fällen ist mehr als zweifelhaft, ob die Unterstützung durch das Council mehr als eine marginale Rolle spielte. Stephen Koss, der die Unternehmung als „in hohem Maße unbedeutend“ charakterisiert, macht mehrere Gründe aus: Eine Änderung der internationalen sowie der wirtschaftlichen Lage hätten das Programm plötzlich in anderem Licht erscheinen lassen; zudem hätten die religiösen Körperschaften, auf die sich die Bewegung stützte, auf politischem Gebiet äußerst unerfahren agiert.³⁹

Damit ist ein entscheidender Punkt berührt, der allerdings nicht nur für den freikirchlichen Kern der Bewegung gilt. Auch ihre säkularen Führer verstießen vielfach gegen einen unausgesprochenen Grundsatz der Abgeordnetenprüfung und setzten sich damit dem Spott aus: Wenn man einen Fragebogen aufstellte, musste man auch auf seiner Grundlage werten. Wer dagegen eine Empfehlung aussprach, die nicht mit der Antwort auf ihn übereinstimmte, diskreditierte sich selbst in der Öffentlichkeit, weil er offensichtlich weitere Motive verschleierte. Hier lag ein bedeutender Unterschied zu den kirchlichen – und anderen – Wahlaufrufen in Deutschland. Welche Gründe auch immer deutsche Bischöfe und Priester bemühten, letztlich war der Öffentlichkeit doch immer klar, dass damit ganz absehbar nur eine Partei unterstützt werden sollte – auch alle Umdeutungsversuche konnten an dieser Gewissheit nichts ändern. Dagegen bildeten in Großbritannien in viel höherem Maße nicht die *Absichten* der Kandidatenprüfer, sondern ihre *programmatischen Forderungen* gegenüber den Kandidaten und deren Antworten den Maßstab der Beurteilung.

Darum setzten sich auch Organisationen Verdächtigungen aus, die kaum nachvollziehbare Empfehlungen abgaben, weil sie nur über die „befriedigende“ Antwort eines der Kandidaten berichteten. Wer die Fragen und die Antworten der Kandidaten selbst nicht öffentlich machte, wertete die Aufrichtigkeit des eigenen Unterfangens massiv ab: So ver-

39 Koss, *Nonconformity* (1975), 192–215, Zitate 214 („Councils of Faction“, „largely irrelevant“).

fuhr zum Beispiel der örtliche Sekretär der National Citizen's Union in Sheffield 1922, als er die Mitglieder des Vereins auf solcher Grundlage zur Stimmabgabe für die konservativen Kandidaten aufforderte. Dass er dazu noch eine Tirade gegen den Bolschewismus der Labour Party anschloss, offenbarte, dass in diesem Fall das Ergebnis der Befragung ohnehin vorher festgestanden hatte – kaum überraschend für einen Verein, der für seine Sozialistenfresserei bekannt war. Postwendend wurde die Aktion öffentlich als durchsichtiges Manöver gebrandmarkt: Es sei kein Wunder, dass die Mehrheit der Labour-Kandidaten die Fragen nicht einmal einer Antwort gewürdigt hätten, schrieb ein Sympathisant an die Presse. Statt sich in einem solchen Erguss zu ergehen, wäre es die Pflicht des Sekretärs gewesen, sich auf die getreue Veröffentlichung des Fragebogens und der Antworten der Kandidaten zu beschränken.⁴⁰

Wer ernster genommen werden wollte, musste zumindest auf ein Verfahren wie eine Abstimmung verweisen, das der Entscheidung eines Vereins zur Unterstützung eines Kandidaten eine gewisse Legitimation verlieh. Zu einer vergleichsweise aufwändigen Methode griff dafür die einflussreiche Organisation der Gastwirte (*Licensed Victuallers*) in Cambridge Anfang der 1920er Jahre. Die Antworten der Kandidaten auf die typischen Fragen der Zunft, die sich gegen Restriktionen des Alkoholverkaufs richteten, wurden einer Versammlung anonym verlesen. Erst nach einer Abstimmung wurden die Antworten des Kandidaten mit der Nummer 2, für den die Mitglieder sich einstimmig entschieden hatten, dessen Namen zugeordnet. Wenngleich die jeweiligen Antworten aufmerksame Beobachter der Auseinandersetzung bis zu diesem Zeitpunkt wohl nicht völlig im Dunklen über die Identität der Antwortgeber ließ, machte das Prozedere doch deutlich, dass allein die Positionen zu den politischen Forderungen des Verbandes den Maßstab für die Zusage von Unterstützung bilden sollten.⁴¹

Um jeglichen parteipolitischen Verdächtigungen zu entgehen, gab es nur einen wirklich sicheren Weg: Vereine verzichteten völlig auf eine formelle Wahlempfehlung. Nur so konnten sie ihren Forderungen und Anliegen in

⁴⁰ Frederick Simons, Brief in YTS, 14. 11. 1922; F. Bailey, Antwort in YTS, 15. 11. 1922; vgl. z. B. Robert C. Jackson, Appeal To Airmen, SDI, 14. 11. 1935.

⁴¹ The Trade and Politics, CDN, 11. 3. 1922; Election Jottings, CDN, 13. 3. 1922; zur Bedeutung der Abstinenz-Kontroverse: Pollock, Money (1932), 136–140.

der Wahlkampfarena Geltung verleihen, ohne dass man ihnen Voreingenommenheit oder versteckte Motive vorwerfen konnte. Eine große Zahl an Organisationen beschränkte sich darum von sich aus, ihre Fragen und die eingegangenen Antworten in der Lokalpresse kommentarlos oder mit dem einfachen Hinweis zu veröffentlichen, sie möchten den Wählern als „Orientierungshilfe“ dienen.⁴² Ausdrücklich stellte diesen Zusammenhang ein Vorsitzender der British Legion in der Grafschaft Devon her, indem er die Vorgaben der nationalen Vereinsführung reflektierte: Weil der Veteranenverband mit keiner Partei verbunden sei, sollten die Mitglieder individuell entscheiden, was sie im Interesse der Gemeinschaft für das Beste hielten. Über den Versand des Fragebogens hinaus dürfe darum kein Zweig, kein Komitee und auch keine Gruppe von Mitgliedern im Namen der Legion irgendwelche kollektiven Empfehlungen aussprechen.⁴³

Nicht anders handhabte auch die wohl größte Lobbygruppe der Zwischenkriegszeit ihre Fragebögen. Die bereits erwähnte League of Nations Union versandte in den 1920er Jahren regelmäßig Briefe; Ortsgruppen veranstalteten zudem Treffen, auf denen alle Kandidaten ihre Positionen vorstellen und auf Fragen der Mitglieder in einer Diskussion Rede und Antwort stehen konnten. Besonders in den 1930er Jahren erhielten diese Aktionen in der lokalen Zeitungsöffentlichkeit enorme Aufmerksamkeit, nicht zuletzt weil die League im Juli 1935 mit einer groß angelegten Umfrage demonstriert hatte, welche Massen sie mobilisieren konnte. Im Rahmen des sogenannten „Peace Ballot“ gaben mehr als elfeinhalb Millionen Bürger ihre Meinung zur Mitgliedschaft Großbritanniens im Völkerbund und zum Ziel internationaler Abrüstung auf einem Umfragebogen zu Protokoll, den die League an alle Haushalte hatte verteilen lassen. Obwohl dabei eine überwältigende Mehrheit im Sinne der pazifistischen Organisation stimmte, erlag sie bei der Unterhauswahl wenige Monate später nicht der Versuchung, ihren beträchtlichen öffentlichen Einfluss verbindlich für eine Unterstützung genehmer Kandidaten in die Waagschale zu werfen, wie es

⁴² So: Drink as Election Issue at Chesterfield, SDI, 12. 11. 1935 („guidance“); zur selben Frage: Temperance Points, SDI, 28. 5. 1929; vgl. The Free Churches, SDI, 21. 5. 1929; Pollock, Money (1932), 146.

⁴³ A. J. W. Dowell, British Legion and Election, Western Morning News, 7. 11. 1922. Entsprechend: Ex-service men and the Election, CDN, 14. 3. 1922; The British Legion, Gloucester Citizen, 5. 12. 1923.

das Council of Action zeitgleich versuchte. Nach wie vor veröffentlichte die League ausschließlich ihre Fragen und die Antworten der Kandidaten, „ohne Kommentar“, wie es in Sheffield der Vorsitzende der Ortsgruppe ausdrücklich bemerkte.⁴⁴

Der Grund dafür lag in der Empfindlichkeit des Zuspruchs, auf dem der Erfolg von Organisationen wie der British Legion und der League of Nations Union gründete. Denn dieser setzte ihren politischen Handlungsoptionen zugleich enge Grenzen, wie auch Helen McCarthy in ihren Arbeiten zur Vereinskultur der Zwischenkriegszeit gezeigt hat. Um die Anziehungskraft der eigenen Sache für möglichst viele Bürger groß zu halten, musste diese losgelöst bleiben von einer engeren Verbindung mit den politischen Parteien und ihren Machenschaften, die eine ausdrückliche Wahlempfehlung heraufbeschworen hätte:⁴⁵ Viele Bürger ließen sich offensichtlich für ein bestimmtes Thema oder Interesse, nicht aber gleichzeitig ausdrücklich für eine der Parteien mobilisieren. Das begrenzte den Einfluss von Vereinen in der Öffentlichkeit darauf, Themen zu setzen und Zustimmung für bestimmte Programme zu mobilisieren. In einer Demokratie, in der vieles von der öffentlichen Meinung abhing, bedeutete dies sicher keinen unwesentlichen Einfluss auf die Politik – aber dieser blieb weit unverbindlicher, als es in Deutschland zeitgleich üblich war. Denn die politische Entscheidung selbst überließen die organisierten Interessen in Großbritannien der Wählerin als Individuum. Ihre Informationen konnte jede einzelne Bürgerin von verschiedenen Seiten beziehen; und wie sie die unterschiedlichen Stellungnahmen zu verschiedenen Fragen und Anliegen gegeneinander als Gründe für ihre eigene Wahlentscheidung gewichtete, blieb ihr selbst überlassen.

Das reflektierten die Methoden, nach denen der Großteil der Organisationen ihre Kandidatenprüfungen durchführten. Viele überließen das Urteil über die eingegangenen Antworten ihren Mitgliedern und der breiteren Öffentlichkeit. Manche gingen sogar noch weiter, und verließen sich auch für die Prüfung selbst auf den Aktivismus der Wähler als Individuen.

44 Candidates' Replies to League Union Questions, SDI, 12. 11. 1935 („without comment“); Election Questionnaires, CDN, 14. 11. 1935. Früher z. B. Election Jottings, CDN, 6. 3. 1922; E. G. G. Lyon, *The League and the Election*, SM, 27. 10. 1924.

45 McCarthy, *Parties* (2007), zu den Umfragen bes. 898 f.; dies., *Foreign Policy* (2010); dies., *British People* (2011).

Im Vergleich mit der Weimarer Republik ist hierfür ein besonders beredtes Beispiel ein Rundschreiben der katholischen Erzbischöfe und Bischöfe von Wales. Wie ihre Brüder in Deutschland agitierten auch diese für den Einfluss der Religion in der Schule. Aber sie traten dafür nicht direkt den Parteien gegenüber, sondern richteten sich stattdessen an katholische Wähler. Mit einem Schreiben und dem Vorschlag eines Fragebogens wandten die Bischöfe sich 1929 an die Katholiken unter den Wählern, den diese zur Prüfung der Kandidaten in ihren Wahlkreisen nutzen konnten⁴⁶ – so entschied hier der einzelne Gläubige über die Bedeutung seiner Religiosität für seine politischen Überzeugungen, nicht die Kirchenführung über die Positionierung der Gemeinde und ihrer Mitglieder.

Gegenüber der Politik auf der einen Seite und der Wählerschaft auf der anderen waren die Interventionen von interessierten Organisationen in Großbritannien von größerer Zurückhaltung geprägt. Britische Vereine setzten bei ihren Mitgliedern und den Unterstützern ihrer Anliegen eine Eigenständigkeit im politischen Urteil und eine große Bandbreite möglicher Entscheidungsmotive voraus, in die sie nicht mit einer einfachen Wahlanweisung zu Gunsten einer Partei hineinreden konnten. In Deutschland dagegen übten Institutionen wenig Zurückhaltung gegenüber den persönlichen Überzeugungen ihrer Mitglieder, wie besonders der Kontrast der kirchlichen Einmischungen in beiden Gesellschaften deutlich zeigt. Doch nicht nur gegenüber ihren eigenen Mitgliedern, auch insgesamt beteiligten sich Institutionen jenseits der Parteien in Deutschland deutlich umfassender am Wahlkampfgeschehen. Dieser Unterschied im Ausmaß der Interventionen muss zunächst geklärt werden, bevor wir uns auch für Deutschland dem breiten Feld der Wahlkampfeteiligung von Vereinen jenseits des Arbeitermilieus und der katholischen Kirche zuwenden.

Möglichkeiten des Engagements

Britische Institutionen waren nicht immer so zurückhaltend gewesen, sich auf das bescheidene Mittel der Kandidatenprüfung zu verlassen, um Einfluss auf den Wahlkampf zu nehmen. Wie die Geschichte des politischen

⁴⁶ Principles to be remembered, LHASC, LP/MP 9/19/1; vgl. für dieselbe Herangehensweise Schreiben von Henry Carter, Ernest H. Lamb, Temperance Committee, Wesleyan Methodist Church, in: SM, 16. 10. 1924.

Engagements der Freikirchen in Großbritannien andeutet, hatten britische Institutionen jenseits der Parteien vor 1914 bedeutend aktiver im Wahlkampf mitgemischt – erst nach dem Weltkrieg zogen sie sich zunehmend zurück. Denselben Schluss lassen auch andere Organisationen zu. Charakteristisch etwa für die Wahlkämpfe der Vorkriegszeit war eine Reihe von Lobbygruppen gewesen, die ihre Anliegen fest im Programm einer der großen Parteien aufgehoben sahen. Entsprechend stellten sie sich voll in den Dienst dieser Parteien und investierten riesige Summen, um sie im Wahlkampf mit üblichen Mitteln der politischen Werbung, wie Plakaten, Flugblättern oder bezahlten Rednern, zu unterstützen.

Die Wahlrechtsreform von 1918 schob dem einen Riegel vor. Sie schränkte nämlich die Verantwortlichkeit für die Kampagne stärker auf die einzelnen Kandidaten und ihre Agenten ein: Anderen Personen und Institutionen war es nun verboten, eine der Parteien mit Ausgaben außerhalb ihres eigenen Budgets zu unterstützen. Gezielt sollte damit der Umgehung der gesetzlich festgelegten Höchstausgaben für den Wahlkampf eines Kandidaten über den Umweg nominell unabhängiger Organisationen ein Riegel vorgeschoben werden.⁴⁷ Zugleich schmälerte diese Verschärfung der Regeln die Möglichkeiten für weitreichende Einflussnahme organisierter Interessen von außerhalb der Parteien. Parallelkampagnen von dritter Seite wurden nun schlicht und einfach illegal, wenn sie zu eindeutig auf die Unterstützung eines der Kandidaten hinwirkten.

Auftritte in der Wahlkampfarena, die dagegen verstießen, wurden so rechtlich anfechtbar. In einer Art Testfall kam es so Anfang der 1920er Jahre zu einer Klage wegen einer groß angelegten Einmischung von außen in den Wahlkampf. Während einer Nachwahl in East Hertfordshire hatte der *Daily Mirror* 1921 offensiv Partei für den Kandidaten der Anti-Waste League, Murray Sueter, ergriffen. Die Zeitung hatte sich nicht auf die Schützenhilfe aus den eigenen Spalten beschränkt, sondern zudem einen Handelsvertreter eine große Anzahl an Plakaten aufstellen lassen, die mit dem Porträt Sueters und typischen Slogans warben: „Sueter wird die Verschwendung beenden“. Dieser hatte die Aktion selbst indes nicht autorisiert, geschweige denn dafür bezahlt. Dass es sich hierbei um eine reine Werbekampagne gehandelt haben sollte, um die Auflage zu stei-

⁴⁷ Lawrence, Masters (2009), 80 f., 110.

gern, konnte bei der anschließenden Gerichtsverhandlung niemanden überzeugen: Offensichtlich hatte das Blatt Wahlkampf betrieben und wurde darum wegen Wahlkorruption zu einer Geldstrafe verurteilt. In einem Berufungsverfahren konnten die Anwälte zwar wegen Verfahrensfehlern eine Aufhebung dieses Urteils erreichen. Zugleich aber wurde die Strafe für den mitangeklagten Handelsvertreter bestätigt. Damit verdeutlichte das Gericht, dass in der Sache an der Illegalität solcher Interventionen nicht zu rütteln war, und dass sich ausführende Kräfte nicht hinter den Anweisungen ihrer Auftraggeber verstecken konnten.⁴⁸

Auch in anderen Fällen wurde derartigen Übertretungen der Antikorruptionsgesetze mit Verurteilungen begegnet. Eine Art Schlupfloch schloss schließlich ein weiterer Schuldspruch anlässlich der Nachwahl in Brixton im Juni 1927: Hier hatte ein Unternehmen darauf kalkuliert, dass es immerhin *gegen* einen der Kandidaten Stimmung machen könne, solange es nicht ausdrücklich *für* einen anderen Partei ergriff. Doch vor Gericht konnte auch diese haarspalterische Argumentation nicht überzeugen: Zwei Instanzen sahen auch darin nichts als die finanzielle Unterstützung eines oder, in diesem Falle, mehrerer anderer Kandidaten, die nach dem Wahlrecht nicht zulässig war.⁴⁹

Ausgedehnten Wahlkampagnen auf eigene Rechnung wurden damit in Großbritannien hohe Hürden in den Weg gestellt. Hier zeigt sich noch einmal, was wir im ersten Kapitel thematisiert haben: Der politische Konflikt unterlag in Großbritannien deutlicheren und engeren – auch rechtlichen – Grenzen, und er wurde nach 1918 gezielt stärker eingeschränkt. Auch darum verlegten Vereine sich zunehmend auf die Prüfung von Kandidaten mittels offener Briefe – weiterreichende Eingriffe wurden ihnen verwehrt. Und selbst darin übten sie Zurückhaltung: Tatsächlich glaubten offenbar einige Zeitgenossen, dass sogar eine ausdrückliche Wahlempfehlung für einen der Kandidaten als korrupte Wahlkampfpraxis verstanden werden könnte. Sicherer war es jedenfalls, völlig darauf zu verzichten,⁵⁰ wie es vie-

⁴⁸ Newspapers in Elections, T, 29. 8. 1921; High Court of Justice, T, 3. 3. 1922; Law Report, March 1., T, 2. 3. 1922 („Sueter will stop waste“); Newspaper Posters at Elections, T, 4. 4. 1922

⁴⁹ Unterlagen zur Nachwahl in Brixton, 1927/1928, CPA, CCO 4/1/25; Court of Criminal Appeal, The Times, 28. 2. 1928; siehe auch Pollock, Money (1932), 95, 128 f., 145 f., 174 f., 184 Anm. 9.

⁵⁰ ebd., 146.

le Fragebogenaktionen aus Vorsicht gegenüber den eigenen Mitgliedern ohnehin taten.

In Deutschland dagegen nahm der Einfluss organisierter Interessen dank der Wahlrechtsänderung noch zu. Auch dies zeigte sich vor allem in einer Verschiebung ihrer Aktivitäten. Bereits vor dem Krieg hatte auch in Deutschland eine ganze Reihe von Institutionen im Sinne ihrer Mitgliedschaft in den Wahlkampf eingegriffen. Wie später in Großbritannien waren dabei auch hier Fragebögen an die Kandidaten ein beliebtes Mittel gewesen, um den eigenen Interessen Geltung zu verschaffen. Deutsche Vereine waren allerdings weiter gegangen als ihre britischen Gegenüber der Zwischenkriegszeit, indem sie Kandidaten auf feste Zusagen zu ihren Forderungen zu verpflichten versuchten. Wer so oder auf anderem Wege die Billigung eines Verbandes fand, konnte dafür auf rege Unterstützung im Wahlkampf hoffen: Nicht wenige Vereine verfügten über eigens eingerichtete Wahlfonds, um die ihnen genehmen Kandidaten neben dem obligatorischen Wahlaufruf mit Geld oder üblichen Mitteln der Agitation wie Inseraten, Flugblättern oder Versammlungen zu unterstützen. Bereits ab 1900 war dabei mehr und mehr eine eindeutige Zuordnung organisierter Interessen zu den einzelnen Parteien zu beobachten: Schon vor dem Ersten Weltkrieg begannen Verbände und Vereine in Deutschland, sich in die parteipolitische Konfliktstruktur einzugliedern und zu festen Alliierten der ihnen nahestehenden Parteien zu werden.⁵¹

In der Zwischenkriegszeit änderte sich nichts an dieser Art von Wahlkampfhilfe für die Parteien. Wie Kirchen oder Gewerkschaften traten auch andere organisierte Interessen in Deutschland als ausdrückliche Unterstützer einer oder einer Gruppe von Parteien auf. Dafür halfen sie etwa mit Versammlungen oder Flugblättern zu den speziellen Fragen aus, für die sie sich einsetzten und die darum für ihre Mitglieder wie auch für andere Wähler von Interesse sein konnten: Vereine von Inflationsgeschädigten oder Organisationen von Textilarbeitern traten so zum Beispiel offen zu Gunsten einzelner Parteien in die öffentliche Auseinandersetzung ein.⁵² Als Institutionen rückten sie so näher an die Parteien heran, und

⁵¹ Gawatz, *Wahlkämpfe* (2001), 118–33; Bertram, *Wahlen* (1964), 96–119, 151–155; Anderson, *Democracy* (2000), 379–390; Griesmer, *Massenverbände* (2000).

⁵² Etwa: „Aufwertung und Wahlkampf“, WL, 21. 11. 1924; An die süddeutschen Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen! (Flugblatt, 1930), StALu, N2/167, 5; vgl. die Anspie-

im Wahlkampf selbst übernahmen sie damit ganz ähnliche Funktionen. Bezeichnend dafür ist, dass auch Vereine sich gegenseitig als Wahlkampfakteure empfanden, die den Parteien ähnlich sahen: So schlossen etwa der Bayerische Christliche Bauernverein, der Bayerische Bauernbund sowie der Reichslandbund im November 1924 ein Abkommen, sich gegenseitig im anstehenden Wahlkampf nicht bekämpfen zu wollen.⁵³

Wichtiger noch als diese Einmischungen in das Wahlkampfgeschehen wurden in der Zwischenkriegszeit die Möglichkeiten, die sich Vereinen und Verbänden darüber hinaus ergaben. Bereits vor dem Krieg hatten organisierte Interessen versucht, sich in die Aufstellung der Kandidaten einzuschalten: So konnten sie bereits die Optionen zu ihren Gunsten verändern, die bei der anstehenden Wahl überhaupt erst zur Abstimmung standen. Das Wahlsystem des Kaiserreichs stellte dem allerdings mit den Einzelwahlkreisen eine großes Hindernis entgegen. Kandidaten nämlich, die zu offensichtlich nur ein einziges Sonderinteresse bedienten, erschienen vor Ort gegenüber der breiteren Wählerschaft kaum durchsetzungsfähig. Nach dem Krieg fiel diese Barriere mit der Einführung des Verhältniswahlrechts: Den organisierten Interessen bot es ein Einfallstor für eine wirkungsvollere Beeinflussung der Kandidaturen, weil nun Listen mit mehreren Personen aufgestellt wurden. Nun kam es nicht mehr darauf an, einen Anwärter mit möglichst weit gefächelter Attraktivität aufzustellen, sondern eine Gruppe zusammenzustellen, die gemeinsam die unterschiedlichen Interessen vertreten würden. So konnten Vereine und Verbände direkt mit den Parteien um Plätze auf der Liste verhandeln.⁵⁴

In Großbritannien blieb das beim Fortbestand der Wahlkreise mit Einzelkandidaturen auch nach 1918 unmöglich. Bereits vor dem Weltkrieg waren britische Verbände so allein am Wahlsystem gescheitert, sich einen größeren Einfluss auf das Parlament zu sichern.⁵⁵ Und auch die Kandidatenprüfungen mittels offenen Briefs zeigen, wie die Fokussierung auf den Wahlkreis eine Abwehr von Forderungen von außen erleichterte: Gerade

lung auf eine Organisation in: *Gastwirte!* (Flugblatt, 1932), StAMs, Polizeiregistratur, Nr. 113, 3; *Anzeige der Mietervereinigung Münster in VM*, 6. 12. 1924.

53 *Burgfriede unter den landwirtschaftlichen Organisationen, WL*, 2. 11. 1924.

54 Anderson, *Democracy* (2000), 390; Gawatz, *Wahlkämpfe* (2001), 133 f.; Bertram, *Wahlen* (1964), 151–155.

55 Ein Beispiel: Rolf, *Politics of Agriculture* (1974).

die Interessen nationaler Verbände konnten ignoriert werden, wenn sie sich nicht auf eine Gruppe von Wählern vor Ort stützen konnten. Dagegen vergrößerten die Wahlrechtsänderungen in Deutschland nach 1918 den Spielraum für die Einflussnahme außerparteilicher Institutionen auf das Wahlgesehen deutlich. Um die Rolle von Vereinen und Verbänden in den Wahlkämpfen der Weimarer Republik zu ermessen, muss man darum noch *vor* den eigentlichen Wahlkampf greifen und einen Blick auf die Aufstellung der Kandidaten werfen. Erst dann können wir darauf zurückkommen, was diese Interventionen für die Mitglieder von Verbänden und Vereinen sowie Sympathisanten in der breiteren Öffentlichkeit bedeuteten.

Kandidatenaufstellung

Der wirksamste Hebel für die Einflussnahme auf die Kandidatenlisten der Parteien war Geld. Die Parteien brauchten viel davon, um im Wahlkampf mit breiter Brust auftreten zu können; Interessenverbände konnten es aufreiben. Wie Hans-Peter Ullmann argumentiert, befanden sich organisierte Interessen in Deutschland darum in einer Position der Stärke gegenüber den eher schwachen Parteien.⁵⁶ Viele Vereine und Organisationen waren deutlich straffer und durchgriffsstärker organisiert als insbesondere die deutschnationale und die liberalen Parteien. Während diese sich schwer taten, überhaupt nur die Beiträge ihrer Mitglieder einzutreiben, fiel es gerade den großen industriellen Verbänden vergleichsweise leicht, anschauliche Summen für die Vertretung ihrer Interessen zu beschaffen. Aus diesen Rahmenbedingungen ergab sich die Konstellation, die ein Historiker für die DNVP recht unverblümt als ein einfaches Geschäft beschrieben hat: Die Konservativen sahen sich – genau wie die Liberalen – „gezwungen, für Wahlgelder Mandate zu verkaufen“.⁵⁷

Den Beteiligten war dieser Handel unangenehm. Es hatte etwas Anrüchiges, in der Politik wirtschaftlich motivierte Geschäfte zu tätigen, da es in dieser Arena doch eigentlich um Inhalte und Überzeugungen gehen sollte. Gerade in der Demokratie hatte die Spendierfreude interessierter Kreise einen bitteren Beigeschmack: Kauten sich hier nicht die Reichen einen

⁵⁶ Auch für das Folgende: Nohlen/Stöver, *Elections* (2010), 173–182; Adams, *Parteienfinanzierung* (2005), 24–31.

⁵⁷ Dörr, *Deutschnationale* (1964), 381–386, Zitat 381.

übermäßig hohen Einfluss, der ihnen nach reiner Stimmenzahl gegen die Masse des einfachen Volkes nicht zustand? Entsprechend thematisierte auch die Wahlkampfpropaganda die Interventionen finanzstarker organisierter Interessen, um sie in ein Argument gegen die Parteien zu wenden, die von ihnen profitierten.⁵⁸

Die Beteiligten mühten sich darum, Details der Verhandlungen nicht in der Öffentlichkeit breitzutreten. Selbst in den Interna der Parteien finden sich dementsprechend nur vereinzelte Hinweise statt umfangreicher Unterlagen, die den Verlauf der Kandidatenaufstellungen dokumentieren. Diese sprechen allerdings eine deutliche Sprache. Manche der Zuwender bezogen sich verklausuliert auf die finanziellen Absprachen: So formulierte der Generaldirektor der Hoesch AG in Dortmund, Fritz Springorum, angesichts einer Wahlkampfspende gegenüber dem Parteivorsitzenden der DNVP, Kuno von Westarp, dass „Herren an aussichtsreicher Stelle auf die Wahllisten kommen“ sollten, „die das Vertrauen derjenigen Kreise, die die Mittel aufbringen sollen, im besonderen Maße besitzen“. Andere wurden direkter. Der Industrielle Reinhold Quaatz etwa, der zuvor 80.000 Reichsmark zugesagt hatte, weigerte sich 1928 dann doch, eine derart hohe Summe zu zahlen, weil der zugesagte Listenplatz ihm so viel nicht wert schien – die „westliche Industrie zahle auch nicht mehr als Mark 50.000,- für ein Reichstagsmandat“, argumentierte er gegenüber Westarp.⁵⁹ Nicht weniger unverhohlen kalkulierte man bei den Demokraten: So habe die Parteizentrale zur Maiwahl 1924 für den Wahlkampf mit 220.000 Reichsmark gerechnet, die man als Erlös für die Aufstellung von „zumindest elf ausgesprochenen Industriellen“ auf den oberen Plätzen der Reichs- und einiger Wahlkreislisten erwartete.⁶⁰

Nicht ganz so groß waren die Abhängigkeiten bei Sozialdemokraten und der Zentrumspartei. Gerade der SPD fiel es leichter, ihre Anstrengungen selbst zu finanzieren, weil sie als straff organisierte Mitgliederpartei über ein geregeltes und verlässliches Beitragswesen verfügte. Hinzu kam,

58 Etwa: Wahlpropaganda der Wirtschaft, Vorwärts, 1. 5. 1924; Die Kriegskasse, VZ, 8. 11. 1924; Ein Wahlfonds sächsischer Industrieller, PP, 11. 4. 1928; Die Wahlgelder der Industrie, PP, 17. 4. 1928.

59 Ohnezeit, DNVP (2011), 79–82, Zitat Springorum 81; Dörr, Deutschnationale (1964), 384 f., Zitat zu Quaatz 385; vgl. Adams, Parteienfinanzierung (2005), 29.

60 Schneider, Demokratische Partei (1978), 70–73, 230–234, Zitat 72.

dass Parteifreunde und Anhänger bei beiden Parteien über das dichte soziale Milieu in ihrem Umfeld zu Wahlkampfzeiten effektiv zu außerordentlichen Sammlungen aufgerufen werden konnten: Aus Opferbereitschaft und unter sozialem Druck unterstützten Arbeiter und Katholiken ihre Parteien bereitwilliger, als das bei Liberalen und Deutschnationalen üblich war. Bezeichnend ist, dass die SPD in einer außerordentlichen Situation wie den dicht aufeinander folgenden Wahlkämpfen von 1932 sogar dazu greifen konnte, einen zusätzlichen „Wahlpflichtbeitrag“ von den Mitgliedern zu erheben.⁶¹

Die andere Seite der geringeren finanziellen Abhängigkeit der Milieuparteien lag in der Kosteneffizienz ihrer Wahlkampfanstrengungen. Beide Parteien verfügten über eine hörige Presse, die kostenlos Wahlkampf machte; zudem konnten sie auf die Arbeitskraft ihrer Mitglieder als Freiwillige zurückgreifen. Beim Zentrum spielten schließlich die Kirche und religiöse Vereine eine bedeutende Rolle: Geistliche mussten nicht dafür bezahlt werden, im Gesellenverein und von der Kanzel aus die Gläubigen auf die Partei einzuschwören. Entsprechend konnte die Zentrumspartei ihre eigene Genügsamkeit in ein Argument verwandeln. Sie rühmte sich geradezu dafür, einen besonders billigen Wahlkampf zu führen: Anders als die Konkurrenz vertraue das Zentrum weniger auf marktschreierische Methoden als auf sachliche Argumente – wie es eigentlich auch die anderen tun sollten, wenn sie es mit der politischen Erziehung ernst nähmen.⁶²

Dennoch flossen selbst bei der SPD Beträge von außen in die Wahlkampfkasse: Die sozialistischen Gewerkschaften bezuschussten die Partei, die dafür im Gegenzug – ganz wie bei den Bürgerlichen – Gewerkschaftern auf ihren Listen den Einzug in den Reichstag ermöglichte. In den Abrechnungen der Sozialdemokraten, die ansonsten von großer Genauigkeit und Transparenz geprägt waren, hielt man diese Abmachungen

⁶¹ Siehe etwa: SPD-Zentralvorstand an Sekretäre im Bezirksverband, Berlin, 22. 7. 1930, BArch, RY 20 II 146/2/4, 27 f.; Wahlfonds: Freiwillige Leistungen für den Wahlfonds, PP, 12. 9. 1930; Berichterstattung über den Stand in NPL, 28. 7. 1930–13. 9. 1930; „Wahlpflichtbeitrag“: SPD-Parteivorstand, Rundschreiben, Berlin, 23. 9. 1932, BArch, RY 20 II 146/2/7, 86.

⁶² Michel Ehrlichs Wahlzeiterlebnisse, NPL, 4. 12. 1924; Was die Reichstagswahlen kosten, Montagspost, 21. 5. 1928; Lewinsohn, Geld (1931), 71 f.; Lau, Wahlkämpfe (2008), 165–167.

bezeichnenderweise bewusst im Verborgenen.⁶³ Für das Zentrum erlangten derartige finanzielle Abkommen dagegen anscheinend in der Tat eine geringere Bedeutung. Umso bemerkenswerter ist es, welche Rolle auch hier – trotz der finanziellen Unabhängigkeit – der Balancierung organisierter Interessen bei der Aufstellung von Kandidatenlisten zukam. Diese ergab sich für die katholische Partei insbesondere aus ihrem Anspruch, als eine echte Volkspartei *alle* Bevölkerungsgruppen und Interessen zu repräsentieren. Die Verhandlungen darüber, wer dabei in welchem Maße über die Listen der Partei repräsentiert werden müsse, gestalteten sich zu einem schwierigen Problem der Wahlkampfführung.

Wegen der begrenzt vorhandenen Plätze konnten Mandate stets nur auf Kosten anderer Interessengruppen vergeben werden, die wiederum darüber klagten, dass zugleich eine andere Gruppe weit über das nötige Maß hinaus Berücksichtigung fände. Die Zergliederung des Volkes in verschiedene Stände mit gegensätzlichen Interessen, welche die Wahlwerbung prägte, strukturierte so auch die parteiinternen Verhandlungen um die möglichst gerechte Verteilung der Listenplätze zwischen den einzelnen Gruppen. Alle unterschiedlichen Interessen mussten mit eigenen Kandidaturen bedient werden – eine Nichtberücksichtigung drohte nämlich die Stimmen all jener zu kosten, die sich von den verhandelnden Vereinen und Verbänden als Wähler mobilisieren ließen. Entsprechend ging die Zentrumspartei so weit, die Berufszugehörigkeit für eine ganze Reihe von Kandidaten zum allerersten Kriterium für ihre Auswahl zu machen. Vorschlagslisten, die in den Gremien auf Reichs- und Wahlkreisebene zur Diskussion kamen, enthielten mitunter Platzhalter für einen „Landwirt“, einen „Mittelständler“ oder einen „Beamten“:⁶⁴ Erst nachdem diese Zuteilung festgelegt war, verhandelten Vertreter von Berufsverbänden mit den entsprechenden Beiräten über die konkrete Besetzung. Jenseits einiger Kandidaten, deren politische Qualitäten sie für die Partei unabdingbar

63 Braunthal, Gewerkschaftsbund (1981), 147–151; vgl. Freigewerkschaftlicher Betrug, E, 20. 8. 1930.

64 So in: Württembergisches Zentrum, Bericht von Verhandlungen mit den Bezirksvorsitzenden der Partei in Ulm, 10.5.[1920], ACDP, 06-051/Ao87; vgl. auch die Unterlagen in ACDP, 01-586/Ko34, insbes. Schreiben Marx an Siben, 13. 3. 1928; sowie Unterlagen zur Aufstellung landwirtschaftlicher Kandidaturen, LAV NRW, Abt. Westf., NL Wuermeling, Nr. 22.

machte, wurde das Listensystem vor allem dafür genutzt, die Interessengruppen im Umfeld der Partei zufriedenzustellen.

Bei der Zentrumsparterie sind diese Prinzipien der Aushandlung von Kandidaturen zwischen Partei und Vereinen besonders offensichtlich. Denn die zu vertretenden Interessen waren hier von Bauern über die Arbeiterschaft bis hin zum Bürgertum besonders weit gestreut. Aber dieselbe Logik galt auch bei anderen Parteien. In konservativen Milieus spielten dabei zum Beispiel auch Kriegervereine eine bedeutende Rolle, die mit Berufsverbänden um Plätze auf den Listen einzelner Parteien konkurrierten.⁶⁵ Auch bei diesen war Geld für den Wahlkampf von geringerer Bedeutung als die Überzeugung, dass sie eine große Zahl von Wählerstimmen und potenziellen Unterstützern kontrollierten, die mit einer Kandidatur bedient werden müssten. Bis hin zu den Fragen, wie angemessen auch Arbeiter in den liberalen Parteien oder umgekehrt etwa Lehrer in den Kandidatenlisten der Kommunisten vertreten seien, entwickelte sich das Problem der ausgewogenen Interessenvertretung unter dem Listenwahlrecht der Weimarer Republik zu einer regelrechten Obsession.⁶⁶

Die Legitimität der Einflussnahme organisierter Interessen auf die Kandidatenaufstellung in Deutschland war unter Zeitgenossen umstritten. Auch die Forschung diskutiert das Engagement von Verbänden und Vereinen kritisch in diesem Zusammenhang. Dabei ging und geht es nicht nur um die Frage, wieviel Einfluss man in der Demokratie mit Geld kaufen konnte, sondern um das grundsätzliche Problem der Verantwortlichkeit. Wie verhielt es sich zur Rechenschaftspflicht von Abgeordneten gegenüber der Wählerschaft, wenn diese ihre Wahl vor allem der Einflussnahme eines Sonderinteresses auf die Kandidatenaufstellung zu verdanken hatten? Diese Kritik traf ausdrücklich etwa den Geschäftsausschuss des Deutschen Ärztevereinsbundes, der im Vorfeld der Maiwahl 1928 einen Fonds einrichtete, um Ärzten die Kandidatur zum Reichstag und den Landesparlamenten zu ermöglichen. Auf diese Weise aufgestellte Kandidaten würden wegen der Abhängigkeit von dem Berufsverband vor allem zu Vertretern von Standesinteressen, statt als Vertrauensmänner ihrer Parteien und Volksvertreter die Wählerschaft zu repräsentieren, lautete der

65 Ausführlich schildert einen solchen Fall Terhalle, *Deutschnational* (2009), 68 f., 77–79, 86; vgl. auch Albertin, *Liberalismus und Demokratie* (1972), 151–153.

66 Diese Beispiele bei Mergel, *Parlamentarische Kultur* (2012), 363 f.

Vorwurf gegen derartige Unternehmungen.⁶⁷ Andererseits führte der Weg ins Parlament nur über die Listen der Parteien: In deren Händen lag schließlich die Entscheidung, wer überhaupt eine Chance erhielt, gewählt zu werden. Insofern richtete sich Kritik an Interessenverbänden im Grunde an die falsche Adresse, denn es waren die politischen Parteien, die den Schlüssel zur Macht hielten. Wer sie umgehen wollte, musste damit selbst zur Partei werden und eigene Kandidatenlisten aufstellen, und diese unterlagen wiederum dem Urteil der Wählerschaft.

Darin zeigte sich die Nähe von Vereinen und Verbänden zu den Parteien und ihren Funktionen in der Weimarer Demokratie. Für die Organisationen selbst und ihre Mitglieder hatte sie Folgen. Sie gewährte ihnen einen deutlich größeren politischen und gesellschaftlichen Einfluss als vergleichbaren Institutionen in Großbritannien: Deutsche Vereine mussten sich nicht damit begnügen, ihre Anliegen an die Kandidaten heranzutragen. Mit der Aufstellung eigener Vertrauensleute war ihnen eine recht unvermittelte Vertretung ihrer Interessen bis ins Parlament hinein möglich. Zugleich erforderte dies allerdings eine starke parteipolitische Bindung: Vereine und Verbände mussten in Deutschland in ein enges Verhältnis zu den Parteien treten, weil diese über die begehrten Listenplätze verfügen konnten. Wenn sie darüber hinaus gar mit eigenen Kandidaten antraten, wurden sie noch stärker in den Parteienstreit hineingesogen – falls sie nicht ohnehin als Vorfeldorganisation einer Partei gegründet worden waren, um eine bestimmte Interessengruppierung zu bedienen.

Für die Mitglieder und Sympathisanten von deutschen Vereinen und Verbänden, die in diesem Sinne aktiv wurden, bedeutete dies ebenso eine stärkere Verpflichtung auf parteipolitische Loyalitäten als für ihre britischen Pendants. Die Befragung von Kandidaten in Großbritannien wurde in ihren Konsequenzen für die Entscheidung des Einzelnen bewusst unverbindlich gehalten. Dagegen handelten sich Mitglieder einer beruflichen Interessenvertretung oder auch einer Veteranenorganisation in der Weimarer Republik, gewissermaßen automatisch, mit ihrer Mitgliedschaft auch eine parteipolitische Zuordnung mit ein. Diese wurde klar und deutlich

67 Eine bedenkliche Wahlumlage der Aerzte, PP, 18. 4. 1928; Reichstagswahlen und Aerzte, PP, 7. 5. 1928; zur zeitgenössischen Kritik Lewinsohn, Geld (1931); so auch Pollock, Money (1932); ähnlich: Ullmann, Interessenverbände (1988), 180 f.

in einem Ton kommuniziert, der an Verbindlichkeit den Wahlaufrufen von Gewerkschaften, Kirchen oder religiösen Vereinen in nichts nachstand. Im Fall der Ärzte, die eine parlamentarische Repräsentation anstrebten, forderte etwa der Verband wie selbstverständlich von seinen Mitgliedern, sich an der Umlage von 20 Mark pro Kopf für die Einrichtung des Unterstützungsfonds zu beteiligen: Gehe der Betrag bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht ein, hieß es in dem Schreiben an die Mitglieder, „so setzen wir ihr Einverständnis voraus, dass Ihnen der Betrag vom kassenärztlichen Honorar abgezogen oder durch Nachnahme erhoben wird“. Eine Ablehnung des Engagements war offensichtlich nicht vorgesehen.⁶⁸

Ähnlich bestimmend versuchte der Stahlhelm über seine Mitglieder zu verfügen. So gaben die westlichen Landesverbände des Vereins den organisierten Veteranen 1928 auf, sich in einer Reihe von Wahlkreisen mit allen Mitteln für die DVP und die DNVP einzusetzen. Hintergrund dieser Aufrufe war eine Vereinbarung, nach der diese Parteien für die Aufstellung von „Kameraden“ des Soldatenverbands auf ihren Listen Wahlhilfe erhielten: Je nach örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen sollten sich die Stahlhelmer bei Aktivitäten wie der Verbreitung von Wahlwerbung oder der Durchführung des Schleppdienstes nützlich machen. Vereinsintern regte sich allerdings ein gewisser Widerstand gegen diese einseitige Unterstützung: So sah sich die Vereinsführung gedrängt, noch einmal klarzustellen, dass damit kein Abstimmzwang für DVP und DNVP einherginge. Tatsächlich wäre die Überzeugung der einzelnen Kameraden von den Wahlparolen des Vereins unberührt, sodass sie ihre Stimme frei vergeben könnten – jedenfalls solange die Entscheidung auf eine der „nicht marxistisch-pazifistischen Parteien“ fiele.

Faktisch segnete der Bund damit die rechtsextremen Sympathien vieler Mitglieder ab, die damit eine offizielle Billigung für eine Stimmabgabe zu Gunsten der NSDAP erhielten, obwohl die Nazis eine Verständigung mit dem Veteranenverband abgelehnt hatten.⁶⁹ Das war eine Entwicklung, die

⁶⁸ Adams, *Parteienfinanzierung* (2005), 31.

⁶⁹ Schreiben des Stahlhelm-Landesverbands Industriegebiet, 8. 3. 1928; 14. 4. 1928; 5. 5. 1928, LAV NRW, Abt. Westf., Soldatenverbände, Nr. 5; Stahlhelm-Bundesamt, Führerbrief Nr. 6, 5. 3. 1928, ebd., Nr. 7; vgl. *Der Stahlhelm und die Wahlen*, WL, 27. 11. 1924; *Die Wahlparole des Stahlhelm*, WL 17. 7. 1932; zum Hintergrund knapp Berghahn, *Stahlhelm* (1966), 70 f., 109–112.

auch in vielen anderen Organisationen in der bürgerlichen Vereinswelt zu beobachten war. Zum Ende der 1920er Jahre verschoben sich hier insgesamt die Zuordnungen weg vom Liberalismus und Konservatismus hin zum Nationalsozialismus. Für ihre Wahlerfolge konnte – und musste – die NSDAP nun an die Verquickungen der Loyalitäten zwischen Vereinen, Verbänden und Parteien in Deutschland anschließen.⁷⁰

Die Ähnlichkeiten zu den sozialistischen und den katholischen Milieuorganisationen im Wahlkampf sind offensichtlich. Auch in der protestantischen, bürgerlichen Vereinswelt forderten Vereinsführungen von ihren Mitgliedern eine Unterstützung der Parteien ein, denen sie sich zuordnete. Zwar konnte auch hier die Loyalität, wie beim katholischen Gesellenverein in Ludwigshafen, mit Verweis auf den Anspruch von Überparteilichkeit herausgefordert werden – Mitglieder fügten sich also nicht immer widerspruchslos in die Pläne der Vereinsführung. Insgesamt allerdings spielte die Aushandlung des politischen Kurses, die sich für eine Institution aus diesem Für und Wider ergab, stets in den engen Grenzen eines kleinen Ausschnitts aller verfügbaren parteipolitischen Optionen ab.

Das ist besonders deutlich im Kontrast zu Großbritannien, wo das Individuum in seiner politischen Entscheidung deutlich freier war. Politische Gefolgschaft unterlag in Deutschland größeren Zwängen, die sich aus unterschiedlichen sozialen Zugehörigkeiten gewissermaßen automatisch ergaben.

Zugehörigkeit und Loyalität

Im Mai 1929 verlor der Chor der katholischen Gemeinde in Brohl am Rhein, einer kleinen Ortschaft von annähernd 2000 Einwohnern zwischen Koblenz und Bonn, eine Stimme. Lapidar teilte der Pfarrer einem der Sänger per Brief mit, dass er sich „von heute ab nicht mehr als Mitglied des Kirchenchores zu betrachten habe“. Der Grund für den Rauswurf: Der Herausgeschmissene war Mitglied der Deutschen Volkspartei – ein Problem, das in den Augen des Geistlichen auf der Hand lag. So erläuterte er weiter: „Wenn Sie aber konsequent denken wollen, dann werden Sie selbst zugeben müssen, daß nicht jemand Mitglied eines ausgesprochen

⁷⁰ Bösch, Milieu (2002), 113–132.

kirchlichen Vereins sein und zugleich einer Partei angehören und sogar agitatorisch für seine Partei wirken kann, die die Interessen der Kirche aufs hartnäckigste bekämpft. In dieser Lage befinden Sie sich aber, was ich übrigens auch nicht von Ihnen erwartet hätte. Dadurch schließen Sie sich eigentlich selbst aus dem Kirchenchor aus.“ An der Entrüstung des Pfarrers war nicht zu rütteln: „Ich bitte Sie noch, keine weiteren Bemühungen um Rückgängigmachung meines Entschlusses anstellen zu wollen. Er ist endgültig.“ Immerhin hatte das Vergehen des Chormitglieds in einem Punkt keine Konsequenzen: Der Brief schloss mit der Zusicherung des Pfarrers, wenigstens als Seelsorger weiterhin zur Verfügung zu stehen – als sei dies keineswegs selbstverständlich.⁷¹

Aus heutiger Perspektive irritiert die Episode: Wir sind gewohnt, soziale Aktivitäten wie das Engagement in einer Gemeinde und ihrem Chor von politischer Zugehörigkeit zu trennen. Auch im Großbritannien der Zwischenkriegszeit hätte das Vorgehen des Pfarrers Erstaunen und Empörung hervorgerufen, denn hier war das Vereinsleben ebenfalls strikter von der Parteipolitik getrennt. Für die Kirchen galt das ohnehin, und selbst Organisationen, die ausdrücklich politische Ziele verfolgten, respektierten in ihrem begrenzten Wahlkampfengagement die Möglichkeit gegensätzlicher parteilicher Neigungen bei ihren Mitgliedern – darum verlegten sie sich darauf, im Sinne ihrer Anliegen öffentlichen Druck auf die Kandidaten aller Parteien auszuüben, statt sich selbst einer Partei anzuschließen. Die eigene Mitgliedschaft auf eine politische Linie festzulegen, wurde nämlich zunehmend undenkbar. Politisches Engagement löste sich damit auch von den Parteien, sodass Zusammenschlüsse wie Vereine oder auch die Freikirchen mehr und mehr „der Politik“ insgesamt mit ihren Anliegen gegenübertraten.

Nicht so in Deutschland: Eine solche Form parteipolitischer Neutralität bei gleichzeitiger Beteiligung an der Auseinandersetzung war hier praktisch unmöglich, auch weil in der Öffentlichkeit jede Äußerung gegen die Erwartungen einer deutlichen Zuordnung zu einer der Parteien abgewogen wurde. Wie der Rausschmiss aus dem Kirchenchor in Brohl am Rhein dabei eindrücklich zeigt, waren es nicht nur eher politische

⁷¹ Losenhausen an Kempkes, 20. 9. 1929, mit Anhang, BArch, R 45 II/137, 52 f.; Einwohnerbuch Ahrweiler (1926), 128.

Zusammenschlüsse wie Gewerkschaften und andere berufliche Interessenvertretungen, die dementsprechend zu einer Eingliederung in die parteipolitische Konfliktstruktur neigten. Das Streben zu einer eindeutigen Zuordnung reichte über Veteranenverbände und die Kirchen auch bis in eher gesellige Aktivitäten wie den Wander- und Sportverein⁷² oder den Gemeindechor hinein. Der Fall aus Brohl mag dabei besonders drastisch wirken – daraus, wie er zeitgenössisch in einem Briefwechsel thematisiert wurde, lassen sich allerdings keine eindeutigen Rückschlüsse darauf ziehen, ob man es hier mit Außergewöhnlichem zu tun hat.

Und tatsächlich ist es nicht schwierig, Hinweise auf weitere, ähnliche Episoden zusammenzutragen: Ein Mediziner, der politische Betätigung für sich selbst ablehnte, weil er in seiner Tätigkeit „als Arzt mit allen Parteien arbeiten“ müsse; ein Stadtverordneter der DVP und Mitglied einer Angestelltengewerkschaft, der sich zum Austritt aus der Partei und der Niederlegung seines Mandats drängen ließ, als seine Gewerkschaft sich in den Dienst der Konservativen Volkspartei stellte; ein Vorsitzender einer kommunistischen Ortsgruppe, der zwischen seiner Mitgliedschaft in der Partei und im Schützenverein entscheiden musste; oder ein Sozialdemokrat, den seine Genossen dafür angriffen, dass er trotz seiner Tätigkeit im Kulturausschuss der Partei noch nicht aus der Kirche ausgetreten sei⁷³ – all diese Fälle verweisen darauf, wie stark gesellschaftliche Zugehörigkeiten und Parteilichkeit sich in der Weimarer Republik gegenseitig bedingten und wie tief die Politisierung im Sinne der Parteien in den Alltag hineinreichte.

Sie zeigen zudem, dass der verbindliche Ton, mit dem parteipolitische Loyalitäten in Deutschland eingefordert wurden, keine leeren Worte waren. In Großbritannien ließen selbst solche Vereinigungen, die sich parteinah betätigten, das Recht ihrer Mitglieder zu einer individuellen po-

⁷² Dazu etwa: Fritz Landsberg, Die Schüler bei den Wahlen, VZ, 6. 5. 1928; Wie wählt der Arbeitersportler? PP, 4. 5. 1928; Rauh-Kühne, Katholisches Milieu (1991), 141–162, 174–185, 188 f.

⁷³ Neipperg an Brüning, 14. 3. 1932, BArch, R 43 I/586 (Zitat); DVP Westfalen-Nord an Reichsgeschäftsstelle, 21. 8. 1930, R 45 II/115, 179; Bezirk 19 Westfalen an Zentrale, Organisationsbüro, 27. 5. 1924, BArch, RY 1/I 3/20–21/20, 118; Gustav Westphalen, Gladbach-Rheydt, Eine Partei, keine Kirche, FW, 2 (1930) 3, 21 f. Vgl. die Quellenübersicht bei Müller (Hrsg.), Katholische Kirche (1963); Ummenhofer, Feuer und Wasser (2003), 228 f.

litischen Überzeugung unberührt, und in der Öffentlichkeit wurde dieses lautstark verteidigt. Dagegen galt es in Deutschland als eine Selbstverständlichkeit, die Mitglieder im Sinne des Kollektivinteresses der Vereinigung zu verpflichten, und dieses wurde nicht selten von oben herab diktiert. Einzelne Mitglieder und ganze Gruppen konnten sich dem freilich widersetzen, doch der Raum hierfür war eng umgrenzt. Wie zudem die Rausschmisse und der Zwang zur Entscheidung zwischen verschiedenen Mitgliedschaften zeigen, wog jeder einzelne Loyalitätsanspruch mit großem Gewicht auf den sozialen Beziehungen der Wähler.

* * *

Soziale Rollen strebten in Deutschland nach Eindeutigkeit. Viele Zuordnungen schlossen eine Reihe anderer Zuordnungen aus und zielten auf exklusive Identifikation mit einer politischen Sache. Dass galt nicht nur für die Vereinswelt der Arbeiterbewegung und des Katholizismus, die klassisch als politisch überformte, dichte Milieus beschrieben worden sind. Die kulturelle Logik der Unvereinbarkeit sozialer Rollen mit bestimmten politischen Loyalitäten prägte die gesamte deutsche Gesellschaft tiefgreifend: Tatsächlich kann man im Unvermögen, soziale Zugehörigkeiten unabhängig von politischer Loyalität zu gestalten, überhaupt den grundlegenden Mechanismus erkennen, aus dem die Funktionsweise der Milieubildung und die parteipolitisch motivierte Abschottung gesellschaftlicher Teilgruppen voneinander sich erklären.

Aus dem Anspruch auf Ausschließlichkeit gegenüber anderen Zugehörigkeiten entsprang das Streben nach Einheitlichkeit: Soziale Gruppen wie Arbeiter, Katholiken, Bürger, aber auch Stadtviertel und Dorfgemeinschaften neigten dazu, die Zuordnungen zu Vereinen und zu Parteien für alle Mitglieder möglichst gleich zu halten, sodass alle sich in allen gesellschaftlichen Zusammenhängen als Mitglieder desselben Kollektivs begreifen konnten. Hierin lag der Keim für die Fantasie einer homogenen Volksgemeinschaft, welche die ganze Gesellschaft vereinen und mit ihren Konflikten aussöhnen würde. Gegen 1930, im aufgeheizten Klima zum Ende der Weimarer Republik, nahm dieses Streben nach Homogenität noch zu, und der Konformitätsdruck, der von der Zuordnung politischer Loyalitäten ausging, stieg unaufhörlich an.

Dagegen entwickelte Großbritannien sich in der Zwischenkriegszeit zu einer Zivilgesellschaft, die sich auf Werte und Ideale unabhängig von und quer zu den Parteien verständigen konnte. Wie die britische Vereinswelt im Wahlkampf zeigt, war diese Entwicklung von zentralen Merkmalen der öffentlichen Auseinandersetzung charakterisiert, die uns bereits in anderen Zusammenhängen begegnet sind: Die Wählerschaft wurde nicht als eine Ansammlung von Kollektivinteressen, sondern als eine Masse von Individuen behandelt. Zudem war der politische Streit hier deutlicher abgetrennt vom gesellschaftlichen Alltag, und ihm wurde insgesamt eine geringere Bedeutung beigemessen als in Deutschland. Daraus erklärt sich die Distanzierung organisierter Interessen von einer parteipolitischen Vereinnahmung, und das sorgte für den Spielraum für Abweichungen innerhalb von Vereinen und Verbänden, der in Großbritannien deutlich größer war als in Deutschland.

Um der Bandbreite politischer Meinungen unter den eigenen Mitgliedern gerecht zu werden, stellten viele Organisationen die politische Beteiligung hinten an. So verhinderten sie das Risiko einer Spaltung der eigenen Bewegung. Für alle organisierten Interessen galt eine solche Zurückhaltung zwar auch in Großbritannien nicht: Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften oder auch einige freikirchliche Gemeinden traten offensiv als Unterstützer einzelner Parteien auf. Selbst hier jedoch musste das keine monolithische Unterordnung unter die parteipolitische Loyalität bedeuten. Bei Unstimmigkeiten über den Kurs versuchte man vielmehr pragmatische Lösungen zu finden, die das Engagement auch für gegnerische Mitglieder versöhnlich oder zumindest zumutbar machte.

Streitigkeiten mussten so nicht wie in Deutschland zu einer Aufspaltung organisierter Interessen in getrennte Zusammenschlüsse entlang der parteipolitischen Grenzziehungen führen, weil die Politik letztlich gegenüber dem Vereinszweck selbst einen untergeordneten Stellenwert besaß. Selbst parteinahe Zugehörigkeiten konnten darum in Großbritannien nicht in einem so hohen Maße politisiert werden wie in Deutschland. So mochten etwa auch Konservative oder Liberale trotz Gegnerschaft zur Labour Party Mitglied einer politisch engagierten Konsumgenossenschaft bleiben: Das Ideal des gemeinsamen Wirtschaftens, ganz zu schweigen von den praktischen Vorteilen der Mitgliedschaft, wog höher als eine Übereinstimmung mit der politischen Gesinnung der sozialistischen Vereinsmitglieder.

Schließlich galt das auch umgekehrt. Parteipolitische Homogenität besaß für die Mehrheiten in solchen Vereinen keinen Wert gegenüber der Sache des Vereins selbst. Ein Mitglied wegen seiner politischen Überzeugungen auszuschließen, wie es im Kirchenchor in Brohl am Rhein und anderswo in Deutschland geschah, wäre hier kaum jemandem in den Sinn gekommen.

Damit besaß die britische Gesellschaft ein höheres Maß an Ambivalenztoleranz und politischer Gelassenheit. Mit der Akzeptanz von Unterschieden, dem Aushalten von Gegensätzlichkeit und Widersprüchen tat man sich leichter, weil man die unterschiedlichen Rollen, die verschiedene soziale Kontexte bedingten, strikter voneinander und von einer parteipolitischen Vereinnahmung trennte. Bürger ordneten ihre sozialen Beziehungen wie „Baukastenmenschen“, um einen Begriff von Ernest Gellner zu borgen: Ihre einzelnen Engagements ließen sich voneinander trennen und unterschiedlich kombinieren wie Module, die nicht zwangsweise voneinander abhingen, sondern für sich funktionierten und damit nicht Teil einer einzigen, allumfassenden und auf Totalität zielenden Zugehörigkeit bildeten. Für solche „Baukastenmenschen“ gab es eine wesentlich größere Vielfalt, unterschiedliche soziale Rollen aus verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten miteinander zu einer individuellen Zusammenstellung zu verbinden, ohne sich völlig einer Sache zu verschreiben.⁷⁴

Die Rollen der Wähler hatten damit schließlich in beiden Gesellschaften unterschiedlich starke Rückwirkungen auf die Rollen der Bürger. Insgesamt reichte die Politisierung in Großbritannien weniger in die Gesellschaft und den Alltag außerhalb des Wahlkampfs hinein als in Deutschland. Die scharfe Abgrenzung und Konkurrenz zwischen den Parteien und ihren Anhängern, die nicht nur Wahlwerbung und Presseöffentlichkeit, sondern auch die Tätigkeit von interessierten Organisationen in Deutschland suggerierte, prägte dagegen in der Weimarer Republik auch über die politische Auseinandersetzung hinaus das Zusammenleben der Bürger tiefgreifend⁷⁵ – sogar bis in die Religiosität hinein war es in der deutschen Gesellschaft von Bedeutung, welche Partei man unterstützte.

Hintergrund dessen war die bereits bemerkte Bedeutung von Politik, die in Deutschland einen sehr viel höheren Stellenwert genoss als in

⁷⁴ Gellner, *Conditions of Liberty* (1994), hier bes. 97–104, der vom „modular man“ als einer Grundbedingung für eine moderne Zivilgesellschaft spricht.

⁷⁵ So auch eindrücklich: Häberlen, *Vertrauen* (2013).

Großbritannien. Es war die längere Gewöhnung der Briten an den politischen Konflikt und seine Auswirkungen, die hier für mehr Gelassenheit gegenüber Differenzen sorgte – und für gezielte Eingrenzungsversuche. Schließlich verengte sich im Gefolge der Korruptionsbekämpfung in Großbritannien nach 1918 der Handlungsspielraum organisierter Interessen in der Wahlkampfarena, was die Verankerung der unmittelbaren Beziehung zwischen Wählern und Politikern in der lokalen Gemeinschaft stärkte. Umgekehrt bot zur selben Zeit die Nationalisierung des Wahlrechts in Deutschland Vereinen und Verbänden immer mehr Einflussmöglichkeiten als noch vor dem Krieg. Der Wegfall der lokalen Rahmung beförderte damit hier zugleich die Tendenz der Eingliederung des Vereinslebens in die nationale parteipolitische Konfliktstruktur, an der sich das Engagement nun zunehmend ausrichtete.

Der Bedeutung dieses Bruchs wenden wir uns nun vertieft zu, indem wir von den Rollen der Wähler auf eine andere Personengruppe zu sprechen kommen. In den letzten Abschnitten ist sie bereits angeklungen, und auf einige der Befunde daraus wird noch zurückzukommen sein. Nach den Verhältnissen der Bürger im politischen Konflikt zueinander müssen wir nun ihre Beziehungen zu ihren Vertretern und denen in den Blick nehmen, die es werden wollten.

Politiker: Demokratische Führung

In gewisser Weise stand wenn nicht im Zentrum, so doch im Fokus, der Demokratien der Zwischenkriegszeit eine Personengruppe, die sehr viel kleiner war als die unüberschaubare Masse der Wählerschaft: die Abgeordneten und jene, die es werden wollten. Es lag an den Volksvertretern in den Parlamenten, die großen und kleinen Entscheidungen über das Gemeinwesen zu treffen und die Staatsschiffe durch die politischen und wirtschaftlichen Krisen der Zeit zu steuern. Das war aber nur eine von vielen Rollen, die Abgeordnete spielen musste. Bevor sie im Parlament Platz nehmen konnten, galt es erst einmal, gewählt zu werden und dafür um Stimmen zu werben. Hier waren es andere Funktionen, in denen Kandidaten der Wählerschaft gegenüber treten mussten.

Nachdem wir uns in den vorherigen Kapiteln ausführlich mit den öffentlichen Rollen der Wähler in der politischen Auseinandersetzung beschäftigt haben, werden wir nun das Auftreten von Politikern genauer beleuchten. Die Perspektive ist dabei wie zuvor aus den Wahlkreisen, gewissermaßen von unten, auf die politische Elite gerichtet. Der Fokus liegt auf Kandidaten und Abgeordneten in ihrer Beziehung zur Gesamtbürgerschaft, denn diese Beziehung bestimmte die Funktion der Politiker als Volksvertreter. Wie wir es für die Wähler verfolgt haben, beschäftigen sich die folgenden Abschnitte damit, wie Kandidaten und Abgeordnete in beiden Gesellschaften öffentlich auftreten konnten: Was für Rollen waren impliziert, wenn über das politische Personal gesprochen wurde? Was waren die sozialen Hintergründe von Kandidaten, und wie stellten sie sich in der Öffentlichkeit selbst dar, unmittelbar vor Ort und in den Medien? In vielerlei Hinsicht blieb ihr Auftreten, wie wir sehen werden, von den

Traditionen geprägt, die beide Gesellschaften der Zwischenkriegszeit aus dem 19. Jahrhundert geerbt hatten.

Um dem nachzuspüren, ist zunächst ein Blick auf einen markanten Unterschied zwischen den Wahlkämpfen in beiden Ländern geboten, der nicht zuletzt darum geklärt werden muss, weil er den Vergleich erschwert. Er begleitet uns schon die ganze Zeit: Die unterschiedlichen Wahlrechte in beiden Ländern bedeuteten auch, dass das politische Personal für die Auseinandersetzung einen unterschiedlichen Stellenwert besaß. Dementsprechend verliefen die Diskussionen um das öffentliche Auftreten von Politikern und ihre Funktionen in beiden Gesellschaften auf verschobenen Ebenen – und dem muss die Untersuchung gerecht werden. Darüber hinaus ist es lohnenswert, an der Bedeutung der Personen für die Wahlkampfpraxis nachzuzeichnen, welche weitreichenden Veränderungen sich in Deutschland aus der Einführung des Listenwahlrechts ergaben. Diese werden oft als markante Veränderung angeführt, seltener jedoch in ihren konkreten Auswirkungen nachgezeichnet. Im Kontrast mit Großbritannien lässt sich dies besonders gut erreichen, weil sich das politische System auf der Insel in dieser Sache geradezu im Gegenteil durch ungemeine Beständigkeit auszeichnete.

Personalisierung

Das gesamte britische Wahlsystem war vor wie nach dem Ersten Weltkrieg ausschließlich auf einzelne Kandidaten in den Wahlkreisen fixiert. Das Wahlrecht kannte nicht einmal Parteien, sondern nur die Kandidaten und ihre Agenten, die es persönlich für den Wahlkampf verantwortlich machte. Die Stimmabgabe spiegelte dies wieder: Noch bis 1969 führten britische Stimmzettel einzig die Namen der Kandidaten, nicht jedoch deren Parteizugehörigkeit auf.¹ In diesem System kamen selbst diejenigen, die ihre Stimme für eine Sache pauschal einer der Parteien geben wollten, nicht umhin, sich mit den Kandidaten zu beschäftigen – nur durch deren Person war auch ein Programm wählbar. In Deutschland lagen die nach dem Ersten Weltkrieg andersrum. Vor 1914 hatten hier ähnlich wie in Großbritannien einzelne Kandidaten im Zentrum der Auseinandersetzung

¹ Lawrence, Masters (2009), 147.

vor Ort gestanden. Unmittelbar nach dem Krieg wich diese Fokussierung dem Listenwahlrecht, mit dem wir uns bereits ganz zu Anfang der Arbeit beschäftigt haben.

Die deutschen Wahlkämpfe wurden damit entpersonalisiert – allerdings geschah dies nicht schlagartig. Einige Zeit noch blieben im Wahlrecht und der Technik des Wählens Überreste der traditionellen Personenwahl aus dem Kaiserreich erhalten. Wie vor 1914 brachten nämlich die Wähler zur Wahl der Nationalversammlung sowie des ersten Reichstags noch private Zettel mit, um ihre Stimme abzugeben. Theoretisch konnten jeder diese selbst anfertigen, in der Praxis verließ man sich aber auf Stimmzettel, die von den Parteien gedruckt und zur Verfügung gestellt wurden. Diese entsprachen einer kuriosen Mischung aus neuem Listenwahlrecht und der Tradition der Stimmabgabe für einzelne Kandidaten. Denn während man mit ihnen die Stimme eindeutig für eine Partei und deren Kandidatenliste abgab, blieb das rechtliche Kriterium für die Gültigkeit des Zettels noch 1919, dass ein *Kandidat* von der gewünschten Liste benannt wurde. Das änderte sich auch zur ersten Reichstagswahl ein Jahr später nicht grundsätzlich, wobei nun alternativ oder zusätzlich zum Namen eines Kandidaten auch die Kennzeichnung „Kreisvorschlag“ gefolgt von der amtlich festgelegten Nummer der Parteiliste möglich wurde. Der Name der Partei blieb auch dann noch vollkommen unerheblich: Er durfte zwar zusätzlich auf dem Zettel stehen, aber wer ohne einen Kandidaten oder die Listennummer nur „Zentrum“ oder „SPD“ auf das Papier schrieb, gab eine ungültige Stimme ab.²

Trotz des Listenwahlrechts blieb es in diesem System nicht unwichtig, die Namen des politischen Personals zu kennen. War einer von diesen nämlich falsch, konnte der Stimmzettel bei der Auszählung abgelehnt werden. Besonders in Grenzregionen zwischen zwei Wahlkreisen barg dies große Gefahren. So tauchten bei der bayerischen Landtagswahl 1920 in einer Straße im Ludwigshafener Norden plötzlich Zettel der SPD auf, die jedoch den Namen des Kandidaten aus dem anderen, dem südlichen

² Hoffmann, Wahl (1918), 17 f.; Kaisenberg/Welser, Reichswahlgesetz (1920), 75 f. In Württemberg waren die Stimmzettel bereits 1919 und 1920 staatlich gefertigt, aber auch hier gab es statt einem Einheitszettel einen pro Partei: Meyer, Wahlprüfungsgericht (2010), 99 f.

Stimmbezirk trugen³ – eine Verwechslung, die viele Stimmen kosten konnte. Oder war die Ursache keine Verwechslung, hatte hier ein Gegner gezielt die falschen Stimmzettel verteilen lassen? Ein solches Spiel hatten die Demokraten in Zweibrücken ein Jahr zuvor der SPD vorgeworfen, die im nah gelegenen Dudweiler DDP-Stimmzettel gefälscht und am Tag der Wahl zur Verteilung gebracht habe. Auf dem Papier war unter die richtigen auch ein falscher Name eingemischt, um die damit abgegebene Stimme später bei der Auszählung für ungültig erklären zu lassen. Erst spät sei die Sache bemerkt worden; „vermutlich“ hätte man ähnliche Dinge „auch sonst da und dort getrieben“, klagten die Demokraten. Zumindest entsprechende Vorwürfe waren in der Tat weiter verbreitet: In Westfalen wurden die Sozialdemokraten beschuldigt, im Januar 1919 gefälschte Stimmzettel mit dem Namen „Matthäus Schiffer“ statt „Matthias Schiffer“ in den Umlauf gebracht zu haben.⁴

Bereits im Kaiserreich waren dies übliche Praktiken gewesen.⁵ Wie verbreitet derartige Winkelzüge nach dem Krieg blieben, ist schwierig zu sagen, nicht zuletzt weil entsprechende Vorwürfe kaum als Tatsachenfeststellungen unparteiischer Zeugen, sondern zugleich als Angriffe auf die unfaire Taktik der politischen Gegner dienten. Die Versuchung zur öffentlichen Anklage war dementsprechend groß. Zumindest in der Fantasie aller Beteiligten spielte die Gefahr von Fälschungen jedenfalls bis 1920 eine große Rolle. Anders wären die vielen detaillierten Hinweise nicht zu erklären, mit denen Zeitungen ihre Leser auf das korrekte Aussehen der Stimmzettel hinwiesen.⁶

Das war erst ab 1924 vorbei, als auch die Deutschen einen staatlich gefertigten Einheitsstimmzettel einführten, wie er in Großbritannien schon seit 1872 verwendet wurde. Auf den neuen Zetteln, die nun alle Wahlvorschläge auf einem Blatt sowie jeweils ein Feld zum Ankreuzen enthielten, wurde das politische Personal weiter in den Hintergrund gerückt. Groß

³ Unrichtiger Stimmzettel, PP, 1. 6. 1920.

⁴ Schreiben an das Bürgermeisteramt Zweibrücken, 30. 1. 1919, StALu, alt, ZR I 1412/17, 236–241; Wie wähle ich Zentrum? MA, 30. 4. 1924.

⁵ Anderson, *Democracy* (2000), 49.

⁶ Zum Beispiel: Achtung! Zentrumswähler! Prüft die Stimmzettel! MZ, 15. 1. 1919; Die Kandidaten des Zentrums, MZ, 27. 5. 1920; Anzeige der DNVP in: Westfälischer Merkur, 19. 1. 1919; Zehn Gebote für den Wähler, Berliner Lokal-Anzeiger, 5. 6. 1920; vgl. Wie agitiert man ([1919]), 5.

zeigte der neue Stimmzettel die Listennummern und die Namen der Parteien, erst darunter die der jeweiligen vier Spitzenbewerber der Liste.

Dass die Personen gegenüber den Parteien bei der Wahlentscheidung nun eine nachrangige Stellung einnahmen, bestätigte Ende der 1920er Jahre das Wahlprüfungsgericht. In Niederbayern hatte 1928 ein Hans Eder auf der Liste des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes ein Reichstagsmandat gewonnen – allerdings hatte der Wahlvorschlag zwei Buchstaben im Nachnamen des Mannes unterschlagen, denn in Wirklichkeit hieß er Johann Ederer. BVP und SPD beantragten darum, das Mandat für ungültig zu erklären, da der Kandidat nicht zweifelsfrei identifiziert werden könne. Vor 1914 wäre dies ein eindeutiger Fall gewesen, und auch jetzt verstieß der Wahlvorschlag „unzweifelhaft“ gegen die Bestimmungen des Wahlrechts, wie das Wahlprüfungsgericht feststellte. Dennoch entschied das Gremium pragmatisch gegen eine Annullierung der Wahl: In der falschen Namensangabe könne man kaum eine bewusste Täuschung der Wählerschaft sehen, und die einzelne Kandidatur sei letztlich unerheblich, da nach dem Verhältniswahlrecht Stimmen nicht mehr für einzelne Personen, sondern für eine Liste und damit für Parteien abgegeben würden. In seiner Entscheidung, die auch für zukünftige Streitfragen richtungsweisende Funktion besaß, bestätigte das Wahlprüfungsgericht so mit einer Verzögerung offiziell, was inoffiziell bereits jeder wusste: Der ganze Wahlkampf drehe sich „nicht um die Persönlichkeit, sondern um die Partei“.⁷

Es hatte zwar einige Jahre gedauert, in denen die Personalien der Kandidaten wie ein Überbleibsel aus dem Kaiserreich auch im Listenwahlrecht der Weimarer Republik noch eine gewisse Bedeutung behalten hatten. Doch spätestens jetzt war es auch rechtlich damit vorbei. Tatsächlich spielte auch bereits zu diesem Zeitpunkt das politische Personal in den Wahlkämpfen der Weimarer Republik eine äußerst untergeordnete Rolle.

Ganz anders lag die Sache in Großbritannien, wo sich alles auf die Kandidaten fokussierte. Bereits zu Beginn der Kampagne unterstrichen die lokalen Organisationen der Parteien deren zentrale Stellung, indem sie die rechtlichen Bestimmungen über ihre alleinige Verantwortlichkeit mit einem symbolischen Akt unterstrichen: Nach der formalen Aufstellung

⁷ Entscheidungen des Wahlprüfungsgerichts beim Reichstag, Reichstagswahl 1928, BArch, R 101, 5364, 64–66.

der Kandidaten lösten die Ortsvereine sich selbst für die Zeit bis nach der Wahl auf. An ihre Stelle trat für die Durchführung der Kampagne ein Komitee unter der Leitung des Wahlagenten, das dem Namen nach unabhängig von der Partei war.⁸ Es waren keine Parteien, so legte dieser Brauch nahe, sondern allein die Kandidaten, die den Wahlkampf führten.

Nun galt es, die Kandidatur namentlich im Wahlkreis bekannt zu machen. Schließlich mussten die Wähler allein anhand des Namens wissen, wem sie beim Urnengang ihre Stimme geben würden. Unzählige Plakate mit einfachen Slogans dienten darum der Verbreitung der Kandidatennamen vor Ort. Hinzu kamen Bemühungen darum, den Namen auch als eine Person erkennbar zu machen. Auf den Wahladressen der Kandidaten entwickelte es sich nach 1918 zur Norm, ein Porträtfoto abzudrucken; Fortschritte in der Foto- und Drucktechnologie hatten dies gegenüber der Vorkriegszeit erleichtert. Nicht selten wurden Wähler in diesen Adressen gebeten, die Bilder hinter den Fenstern in ihrem Haus anzubringen, um ihre Unterstützung zu demonstrieren und dem Kandidaten bei seiner Persönlichkeitsoffenisve zu helfen. Hinzu kamen Bildplakate in den Straßen und kleine „Give-aways“, die wie Sammelbildchen an Kinder verteilt wurden. So konnten schließlich nicht nur die lokalen Kandidaten, sondern auch das nationale Spitzenpersonal der Parteien vor Ort bildlich bekannt gemacht werden.⁹ Britische Politiker aller Ebenen besaßen so vor Ort eine hohe Sichtbarkeit.

Besonders eindrücklich zeigte sich die Konzentration auf Personen selbst dann, wenn Kandidaten während des Wahlkampfes abwesend waren. Das kam nicht selten vor, weil das Parlament in der Zwischenkriegszeit öfters überraschend und kurzfristig aufgelöst wurde. Abgeordnete, die weit entfernt auf Reisen waren, mussten sich dann vertreten lassen, während sie Richtung Heimat eilten – und in Zeiten, als die meisten Wege noch mit Schiff und Bahn statt mit dem Flugzeug zurückgelegt werden mussten, konnte das dauern. Die Parteifahne konnten in solchen Situationen der Agent und die Aktivisten aus dem Ortsverein hochhalten. Dazu war es aber üblich, dass ein oder mehrere Familienmitglieder einsprangen,

⁸ Lo, *Conduct* (1928), 84; Pollock, *Money* (1932), 180.

⁹ Beers, „Timid Disbelief“ (2011), 135 f.; Green, *Growing Up* (1981), 61; vgl. etwa die winzige Broschüre mit Porträtfotos von „Ramsay MacDonald’s Labour Cabinet“, 1923, CArch, 416/O.58.

um die Kandidatur persönlich zu vertreten. So sprach Douglas Newtons Tochter in Cambridge bei dessen Nominierung und weiteren Wahlkampfveranstaltungen, als Newton selbst sich mit seiner Frau Anfang der 1920er Jahre auf dem Heimweg von Brasilien befand. Cecil Pike ließ sich 1935 in Sheffield von seinem Onkel vertreten, bevor er selbst von der Weltreise zurückkehrte, die er für den Wahlkampf abbrach.¹⁰

Dabei war es nicht unbedingt erforderlich, dass die Verwandten als kompetente Politiker auftraten. Wichtiger war, an Stelle des abwesenden Kandidaten mit Persönlichkeit zu punkten. Zu einiger lokaler Bekanntheit gelangte so der 32-jährige Basil Briscoe, als er in Cambridgeshire für seinen Bruder einsprang, den Abgeordneten Richard Briscoe: Wie er selbst gegenüber der Wählerschaft bemerkte, lag Basil die Politik nicht sonderlich; als Züchter und Trainer könne er kompetenter über Pferderennen sprechen. Zudem war er beschäftigt mit den Vorbereitungen für die Heirat seiner siebzehnjährigen Verlobten in London, über die in der Lokalpresse wenige Tage vor der Wahl berichtet wurde. Mit viel Energie verteidigte Basil nichtsdestotrotz in einer Reihe von Versammlungen die Leistungen seines Bruders, der wie so oft – das wurde ihm vorgeworfen – mit Abwesenheit glänzte. Nicht einmal den Anschuldigungen, Richard vernachlässige seine parlamentarischen Pflichten, konnte Basil allerdings viel politisches Fachwissen entgegenhalten. So verteidigte er seinen Bruder hauptsächlich mit der Vermutung, dessen Anwesenheitszeiten wären „wahrscheinlich“ nicht schlechter als die anderer Parlamentarier. Offensichtlich reichte das aus – jedenfalls wurde Briscoe wiedergewählt.¹¹

Ein unpolitisches Familienmitglied als Ersatzpolitiker, das offen zugab, nicht viel von der Materie zu verstehen – das wäre in Deutschland nur schwer vorstellbar gewesen.¹² Schließlich waren die Wahlkämpfe hier, der Logik des Wahlrechts entsprechend, aber ohnehin wenig auf die Personen vor Ort zugespielt. Kandidaten fungierten mehr als Platzhalter für die Sache einer politischen Bewegung, und dieser galt die eigentliche Aufmerksamkeit. Einen persönlichen Ersatz für einen verhinderten Kandi-

10 Sir Douglas Newton Adopted; Sir Douglas Newton's Message, CDN, 1. und 8. 11. 1922; Air Dash to End Long Journey, SDI, 6. 11. 1935.

11 Mr. A. B. Briscoe; „Most Dangerous Threat“, CDN 11. und 13. 11. 1935 („probably“).

12 Vgl. Wertheimer, Portrait (1929), xii.

daten brauchte es darum in Deutschland nicht, denn die Sache konnten auch Parteifreunde vertreten.

Allerdings reflektierte auch die Personalisierung im Wahlkampf die etwas verzögerte Entwicklung von Wahlrecht und Stimmtechnik. Dabei konnte es von Partei zu Partei und Ort zu Ort deutliche Unterschiede geben. Mehr Gewicht als alle anderen legten auf persönliche Attraktivität die bürgerlichen Parteien. Zu Anfang der Republik warben diese mitunter noch mit den Namen ihrer Kandidaten, ohne allzu ausdrücklich auf deren Parteizugehörigkeit zu verweisen. So riefen bis 1920 etwa die Pfälzer Demokraten vereinzelt zur Wahl des „Mitbürgers“ Dr. Friedrich Raschig auf¹³ – schließlich musste auch auf dem Stimmzettel zu dieser Zeit noch für einen Namen gestimmt werden. Hier klang für eine gewisse Zeit noch die Vorstellung einer verdienten Person an, die sich unabhängig von einer modernen Parteimaschine auf eine direkte Vertrauensbeziehung zu den Mitbürgern stützen konnte.

Der Wandel weg hiervon zeigte sich vier Jahre später in Westfalen deutlich, wo den Anforderungen an das Listenwahlrecht entsprechend nun schon nicht mehr ausschließlich die Namen der Kandidaten genannt wurden. Neben Tätigkeitsberichten der Wahlkreis-Spitzenkandidaturen fand das seinen Ausdruck in Slogans wie: „Wählt Liste Nr. 5 (Dr. Hugo u. Engberding)“.¹⁴ Unter Weglassung der Namen wurden solche Slogans dann zu *dem* Standardspruch der Wahlwerbung aller Parteien in der Weimarer Republik. Zur Identifikation diente neben dem Parteinamen nun nicht mehr eine Kandidatur, sondern die Listennummer, üblicherweise in der Zusammensetzung: „Wählt Liste X, Parteiname“. Die Partei hatte nun in den Wahlslogans die Person ersetzt, während es in Großbritannien weiterhin „Vote for Smith“ oder „Vote for Brown“ hieß.

Vereinzelt gab es in der Weimarer Republik Ausnahmen. So zeigt sich bei der pfälzischen Zentrumspartei, dass unter bestimmten Bedingungen Persönlichkeit als politisches Argument auch im Listenwahlrecht der Weimarer Republik funktionieren konnte. Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung zwischen dem linken und rechten Flügel des pfäl-

¹³ GAL, 17. 1. 1919; 4. 6. 1920.

¹⁴ Deutsch-Volksparteiliche Nachrichten für Münster und das Münsterland, 27.11. und 4. 12. 1924, aus StAMs, NL ten Hompel, Nr. 86; vgl. Childers, *Social Language* (1990), 340–342.

zischen Parteiverbandes, die wir weiter oben behandelt haben, spielten hier nämlich 1924 Kandidatenfragen eine gewisse Rolle. Der Konflikt, der zwischenzeitlich zur Spaltung und Konkurrenz zwischen Zentrum und BVP führte, hatte sich an der Kandidatur des Reichstagsabgeordneten Hermann Hofmann entzündet. Dementsprechend versuchten Hofmanns Unterstützter auch im Verlauf der Kampagne und später die Aufmerksamkeit auf diese Personalie zu lenken. Allerdings stellte diese Konstellation insgesamt eine große Ausnahmesituation dar, und mit ihrem Verschwinden kehrte auch das pfälzische Zentrum zu den unpersönlichen Mustern der Wahlwerbung zurück – wie vorherzusehen war, spielte die Personalie Hofmann schon 1928 wiederum keine besondere Rolle mehr, nachdem die Kontrahenten ihren Streit beigelegt hatten.¹⁵

Ab Ende der 1920er Jahre nahm die Personalisierung in Deutschland wieder etwas zu, ohne jedoch jemals das Niveau der britischen Wahlkämpfe zu erreichen. Das war auch eine Reaktion darauf, dass viele Beteiligte das Verschwinden der persönlichen Bindung von Kandidaten an Wahlkreis und Wähler beklagten. Wiederum waren es vor allem die bürgerlichen liberalen Parteien, die versuchten, gegenzusteuern. Strategen in der DDP etwa wollten die Spitzenkandidaten zum Aushängeschild der Partei und zum Hauptträger der Agitation in ihren jeweiligen Wahlkreisen machen. Ähnlich wie in Großbritannien sollten sie an ausgewählte Bürger einen Werbebrief versenden, dem eine Bildpostkarte mit Unterschrift beiliegen sollte. Die Zentrale sandte Proben an die nachgeordneten Gliederungen der Partei. Leider ist kaum festzustellen, in welchem Umfang solches Material tatsächlich zur Verwendung kam.¹⁶

In der Zeitungsöffentlichkeit auf lokaler und regionaler Ebene fanden die Personen jedenfalls kaum Aufmerksamkeit. Wenn es um Politiker ging, konzentrierte sich die Auseinandersetzung hier zudem zunehmend auf eine andere Gruppe: Das nationale Spitzenpersonal gewann auch in der Provinzpresse gegenüber den örtlichen Politikern ein Übergewicht. So war eine Übersicht von Porträts der Wahlkreiskandidaten, welche die SPD 1930 in der Parteipresse veröffentlichte, äußerst selten. Etwas häu-

15 Plakat „Ich wähle Zentrum“ (1924), StALu, PGV 13/6; zu den Hintergründen oben, S. 210–211, 305–307.

16 Materialübersicht zur Reichstagswahl 1928, BArch, R 45 III/40, 69–78. Zur Planung: Stephan, Parteiorganisation ([1928]), 5, 15 f.; Erkelenz, Leitfaden ([1924]), 26.

figer wurden dafür führende Persönlichkeiten wie Gustav Stresemann, Heinrich Brüning und Adolf Hitler abgedruckt.¹⁷ Allerdings waren solche Bilder insgesamt selbst um 1930 eher unüblich, jedenfalls im Vergleich mit Großbritannien. Hier bestätigt sich, was die Forschung über nationale Medien und die Selbstdarstellung von Reichstagsabgeordneten betont: Abgesehen von einigen wenigen nationalen Figuren, die aus der Weimarer Republik auch heute noch visuell bekannt sind, blieb das Gros der deutschen Politiker gesichtslos.¹⁸

Das galt insbesondere für die Masse der Durchschnittskandidaten und Hinterbänkler vor Ort. Anders als ihre britischen Pendants hätte diese angesichts ihrer geringen bildlichen Präsenz vor Ort wohl kaum jemand auf der Straße erkannt. Das lag auch an der unterschiedlichen Strukturierung der Provinzpresse in beiden Ländern: Die meisten deutschen Lokal- und Regionalblätter waren sehr kleine Unternehmungen. Anders als ihre größeren und damit wirtschaftlich besser aufgestellten britischen Pendants, besaßen sie kaum die Mittel für eine eigenständige Bildberichterstattung über tagesaktuelle Ereignisse in der Region. Sehr viel stärker konzentrierte sich der Fotojournalismus in Deutschland darum, vor allem in den 1920er Jahren noch, in einigen wenigen großen Illustrierten Zeitschriften, die eine überregionale Leserschaft ansprachen.¹⁹

Zeitgenossen, welche die Wahlkämpfe Ende der 1920er Jahre in beiden Ländern verfolgten, kamen zu eindeutigen Schlüssen: In Großbritannien stünden die jeweiligen Kandidaten in den Wahlkreisen im „Mittelpunkt des Gefechts“. Darüber hinaus gebe es ein großes Interesse an den führenden Politikern der großen Parteien, die überall mit ihren Reden oder von Bildplakaten bekannt seien. In Deutschland dagegen sei das gesamte politische Personal „mit dichtem Nebel umhüllt“, urteilte ein Beobachter

17 Etwa: Wen wählen wir? PP, 12. 9. 1930; „Unsere Spitzenkandidaten zum Reichstag“, SPD-Wahlzeitung, Darmstadt, Nov. 1924, AdsD, NL Eduard David, 1/EDAG000012; Neues im Bilde, NPL, 18. 8. 1930; Brüning-Porträts z. B. in MA, 31. 7. 1932; NPL, 30. 7. 1932.

18 Mergel, *Kultur des Schauens* (2007). Die Einwände von Dussel, *Pressebilder* (2012), 180, 202 mit Anm. 108, gehen an diesem Argument völlig vorbei. Seine Kodierung von „Politik“ sagt nichts über die spezifische Menge von Abgeordnetenmotiven, und seine relativen Quantifizierungen der Bildinhalte zueinander geben keinen Aufschluss über ihre Seltenheit insgesamt. Das gilt insbesondere im Kontrast mit Großbritannien.

19 Ebd., 28–37, 48–53; vgl. Stutterheim, *Englische Presse* (1933), 99 f.

1929. Selbst denjenigen Politikern, die sich redlich darum bemühten, mache es in Deutschland die schiere Größe der Wahlkreise unmöglich, eine persönliche Verbindung zu ihren Wählern zu pflegen. Nur die wenigsten Wähler in Deutschland, das vermuteten Kenner der Verhältnisse, kannten mehr als nur den Spitzenkandidaten ihrer Partei, und viele wüssten nicht einmal dessen Namen.²⁰

Dieser fundamentale Unterschied zeigt sich auch in den folgenden Abschnitten. Darum sind wir hier und da mit der Schwierigkeit konfrontiert, auf leicht verschobenen Ebenen argumentieren zu müssen: Während es für den britischen Fall häufig um einzelne greifbare Personen vor Ort geht, müssen wir uns in Deutschland stärker mit Debatten über das politische Personal als eine anonyme Gruppe beschäftigen. Verhindern lässt sich das nicht, denn wie der unterschiedliche Grad der Personalisierung zeigt, war dieser typische Fokus in der Logik der zeitgenössischen Auseinandersetzung selbst begründet. In Deutschland wurde schlicht und einfach viel über die Sache, kaum dagegen über einzelne Kandidaten und Abgeordnete gesprochen, während in Großbritannien auch große thematische Fragen in der Auseinandersetzung mit einzelnen Personen behandelt wurden. Das betraf Diskussionen um die Rolle der Politiker selbst, die dementsprechend in Deutschland abstrakter über das Personal insgesamt, in Großbritannien konkreter über einzelne Personen geführt wurden.

Wie noch zu zeigen ist, hatte das weitreichende Konsequenzen bis in die Funktionsweise der demokratischen Systeme beider Länder. Bevor wir uns damit beschäftigen, wenden wir uns zunächst aber inhaltlich den verschiedenen Rollen für Politiker in Deutschland und Großbritannien zu. Ein erster Ansatzpunkt dafür ist die öffentliche Selbstdarstellung der Kandidaten und ein frappierender begrifflicher Unterschied zwischen beiden Gesellschaften, der das Sprechen über Politiker prägte.

Diener und Führer

Der zentrale Ort für die Selbstdarstellung britischer Politiker war ihre Wahladresse. Inhaltlich unterschieden sich diese Flugblätter der Kandidaten je nach Wahlkreis, Kandidat und dessen Parteizugehörigkeit. Formell

²⁰ Weingartz, *Psychologie* (1929), Zitate 492 f.; Pollock, Money (1932), 224.

aber folgten sie alle einem ähnlichen Schema:²¹ Auf der Vorderseite befanden sich neben dem Portrait des Kandidaten dessen Name und eine Art Slogan. An anderer Stelle, oft auf der Rückseite, konnte dazu bei Männern auch ein Bild der Ehefrau mit einer speziell an Wählerinnen gerichteten Botschaft enthalten sein. Der Text war gegliedert wie ein Brief. Nach der Anrede entschuldigten sich einige Kandidaten dafür, dass sie sich anlässlich der anstehenden Entscheidungen der Wählerschaft aufdrängen mussten. Gerne erklärten sie, die örtliche Parteigruppe sowie Freunde im Wahlkreis hätten sie um den Antritt der Kandidatur gebeten. Manche hoben auch die Einstimmigkeit dieser Entscheidung hervor oder betonten, dass man ihnen diese besondere Ehre wiederholt zugetragen habe. Pflichtbewusst folgten sie dem Ruf und stellten sich dem Wahlkreis demütig zur Verfügung – wobei viele Kandidaten zugleich darauf hinwiesen, dass sie ob ihrer Erfolgsaussichten zuversichtlich seien. Sofern sie bereits im Parlament gesessen hatten, hoben sie ihre treuen Dienste während der letzten Legislaturperiode hervor und baten um Erneuerung der Unterstützung. Nach dem skizzierten Wahlprogramm schlossen die Kandidaten ihre Adressen oft mit einer erneuten ergebenen Bitte um die Stimme sowie der Zusicherung, das Beste für den Wahlkreis zu tun, sollte ihnen die Ehre der (Wieder-)Wahl zuteilwerden.

Die Schlüsselvokabel, die in der gesamten Wahlkommunikation in Variationen zum Ausdruck kam, war der „Dienst“ an den Wählern. Nicht wenige Kandidaten wählten als Grußformel das demütige „*Your obedient servant*“, wenngleich nicht alle so weit gingen, den „ehrlichen, loyalen und gewissenhaften Dienst“ ausdrücklich zu ihrem „Schlagwort“ oder „Motto“ zu erklären.²² Auch bei der Verkündung des Wahlergebnisses gerierten die Sieger sich entsprechend. Gemäß dem Ideal einer Vertretung nicht von Partei-, sondern von Interessen des Ortes, erklärten nach der Wahl die Gewinner gegenüber der Menschenmenge sowie der lokalen Presseöffentlichkeit typischerweise, sie würden ihr Möglichstes tun, *allen* Bürgern des Wahlkreises im Parlament zu dienen – unabhängig von Klas-

²¹ Das Folgende basiert auf einer Durchsicht von Wahladressen in der Sammlung CPA, PUB 229; vgl. oben, S. 188.

²² So: James Wignall (Labour), Forest of Dean, 1923, CPA, PUB 229/3/9, 78 („My Watchword Is: Honest, Loyal & Faithful Service“); L. Forestier-Walker (Conservative and Unionist), Monmouth, 1923, CPA, PUB 229/3/15, 44 („whose Motto is ‚Service.‘“).

se und Parteizugehörigkeit –, um damit das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen.²³

Auch in Deutschland war der Politiker als Diener nicht unbekannt. Als ein solcher fand sich Hermann Hofmann in der Pfalz zu seinem 50. Geburtstag geehrt, nachdem er einige Jahre zuvor im Mittelpunkt einer Kampagne für seine Person gestanden hatte. Das Parteiblatt würdigte seine Tätigkeiten umfangreich und betonte als deren besonderes Charakteristikum Hofmanns Bestrebung, der pfälzischen Heimat „*in anhänglichster Treue zu dienen*“. Zwar sei versucht worden, ihn wegen seiner Leistungen im Parlament für andere Gebiete abzuwerben. Hofmann aber habe den Pfälzern immer die Treue gehalten, und darum würden diese auch umgekehrt weiter zu ihm stehen – insbesondere die Ludwigshafener Katholiken,²⁴ die bei der Aufstellung Hofmanns als Herausforderer der pfälzischen BVP eine zentrale Rolle gespielt hatten.

Es war kein Zufall, dass die Begrifflichkeit des Dienens auch in Deutschland ausgerechnet dort auftauchte, wo die Auseinandersetzung sich der britischen Konzentration auf eine lokale Personalie annäherte. Allerdings war es sicherlich ebenso wenig ein Zufall, dass sich der Dienst hier, anders als in Großbritannien, nicht ausdrücklich auf die Bürgerschaft insgesamt, sondern auf die Idee der „Heimat“ und die gedachte Parteianhängerschaft des Zentrums, die Katholiken, bezog. Wie gesehen, war zudem der gesamte Fall Hofmann eine Ausnahme, und anders verhielt es sich auch nicht mit der Sprache des Dienens in deutschen Wahlkämpfen.

Die weitaus üblichere Bezeichnung für deutsche Politiker war die des Führers. Am bekanntesten ist das heute noch für die NSDAP und ihre Fokussierung auf „den Führer“ Hitler. Dabei waren die Nationalsozialisten mit ihrer vollkommen auf eine Person ausgerichtete Politik in der späten Weimarer Republik bei weitem nicht allein. Vor allem das Zentrum inszenierte ebenso ab 1930 mit Heinrich Brüning seinen Spitzenkandidaten allerorten als den Führer oder sogar, dem italienischen Vorbild folgend, als

23 Zum Beispiel: Sheffield Elections, SDI, 16. 11. 1922; Conservatism Triumphant in Town and Country, CC, 5. 11. 1924; Angus Victor's Reception, Dundee Courier, 1. 6. 1929.

24 Abg. Hofmann 50 Jahre, NPL, 8. 9. 1930 (Hervorhebung im Original); vgl. schon: Der Bruderzwist, NPL, 16. 4. 1924, sowie die Werbung für Wilhelm Marx als „selbstlosen Diener“ des Volkes in NPL, 27. 3. 1925.

den „Duce“, der Deutschland aus der Krise führen würde.²⁵ Auch die KPD begann zu dieser Zeit, Ernst Thälmann als den einen großen Führer zu stilisieren. Manch einer, wie der Anarchist Ernst Mühsam, konnte darüber nur spotten, weil er in dieser Entwicklung nicht mehr als ein Nachäffen der „ekelhafte[n] Personenvergottung“ der Faschisten, ein Hinterherlaufen hinter der NS-Propaganda sehen konnte.²⁶

Dass der Vorwurf der Imitation nicht gänzlich aus der Luft gegriffen war, zeigen auch die Reaktionen in anderen Parteien. So berichtete der Wahlkreisverband Westfalen-Nord der DVP im Januar 1931, dass es allerorts ein großes Interesse an den Personen der Parteiführer gäbe. Die Westfalen fragten an, ob die Parteizentrale nicht mehr Informationen über Eduard Dingeldey zur Verfügung stellen könne. Aus dem Wortlaut des Gesuchs ging dabei hervor, dass es sogar am einfachsten Grundwissen über den Vorsitzenden der eigenen Partei fehlte: Ein kurzer Lebenslauf, außerdem kurze Notizen über Dingeldeys persönlichen und politischen Werdegang würden gebraucht, um dem „Persönlichkeitskult der Nationalsozialisten“ etwas entgegen zu stellen. Schließlich mache es Eindruck, wenn man von „unseren Führern“ belegen könne, sie stünden nicht minder als die Nazis mit ganzer Person für eine Sache ein.²⁷

Angesichts der Aufmerksamkeit, welche die kultartige Verehrung bestimmter „Führerfiguren“ bereits in zeitgenössischen Diskussionen um das „Führertum“ fand, ist es nicht verwunderlich, dass auch die historische Forschung sich ausgiebig damit beschäftigt hat. Nicht selten wurde die Suche nach der Figur dabei als ein Spezifikum der deutschen Geschichte in einer Art behandelt, die nicht zufällig Anklänge an die These vom Sonderweg besitzt. So wurde der „Führer-Mythos“ um Hitler schon bis auf die Befreiungskriege zurückverfolgt: In einer Lesart bildete die Überhöhung eines „heroischen deutschen Führertums“ bereits ein zentrales Element des romantisch-konservativen Nationalismus, der sich gegen Napoleon richtete; in einer anderen Interpretation ging die Suche nach einem „Mann der Tat“ auf die Bewunderung für die überwältigenden Leistungen

25 Stegerwald vor dem kathol. Nürnberg, Bayerische Volkszeitung, 14. 7. 1932, in ACDP, 01-206, Ko10, Nr. 1110 („Duce“); NPL, 16. und 30. 7. 1932; vgl. Kitzing, Wahlkampfstrategie (2006), 100.

26 Wildt, Führererwartung (2010), 199; vgl. Rohe, Reichsbanner (1966), 116–119.

27 Schreiben vom 3. 1. 1931, BArch, R 45 II/115, 218.

des französischen Staatsmanns selbst zurück. Auch in Deutschland habe man sich nach einem großen Führer gesehnt, der die vertrackte Kleinstaaterei beenden und das Werk der Befreiung und Einigung der Nation vollbringen würde. Erst Bismarck konnte die letztere Hoffnung erfüllen, weshalb er zum Objekt der Heldenverehrung avanciert sei, die bereits im späten Kaiserreich als Ausdruck der Sehnsucht nach einer einigenden Führerfigur gedeutet wurde – über den Weltkrieg, der die Zerrissenheit der Gesellschaft allen vor Augen führte, habe diese schließlich noch weiter zugenommen.

Gemein ist diesen Traditionslinien, dass sie – Adolf Hitler im Hinterkopf – nach Führerpersönlichkeiten und -erwartungen suchen, die mit ihrem Charisma alle anderen überragten, die an der Spitze der gesamten Nation standen und dabei dezidiert antiparlamentarisch waren. Sie schließen an die klassischen Urteile von Kurt Sontheimer und M. Rainer Lepsius an, die im „Führer“-Gedanken eine per se antidemokratische Ideologie sahen.²⁸

Gebundet von der Überhöhung Hitlers in der nationalsozialistischen Bewegung, übersehen diese Urteile allerdings – wie auch die Zeitgenossen –, dass es noch eine andere Quelle für die Führerrolle gab. Um das zu erkennen, muss man einen weiter gefächerten Blick auf die Verwendung der Führerbegrifflichkeit werfen, wie es neuere Ansätze tun. Diese heben hervor, dass Zeitgenossen die Frage der Ausgestaltung politischer Führung auch *innerhalb* der Demokratie intensiv als ein Problem diskutierten. Sie zeigen damit, dass das Sprechen über Führer noch andere Charakteristika hatte, die sich zum Teil sogar, ganz im Gegenteil, als emanzipatorisch und demokratisch verstehen lassen. Schaut man nicht so sehr auf die Spitze der Politik, sondern den Weg dahin, dann war ein Führer schließlich nicht nur jemand, der *über* allen stand. Er war auch jemand – und das war auch für Adolf Hitler ganz zentral –, der „als einer von uns“ *vor* stand, treffender noch: der *vor*anschrift als Inspiration und Anführer einer politischen Bewegung.²⁹

28 Kershaw, Hitler-Mythos (1999) 28–33, verweist auf Sontheimer; vgl. Lepsius, Modell (1993), 100–103; ähnlich Wehler, Gesellschaftsgeschichte (2008), IV, 554–556; weniger teleologisch Möller (Hrsg.), Charismatische Führer (2004).

29 Auch für das Folgende ausführlich Mergel, Führer (2005), hier bes. 113, 117 f.; te Velde, Charismatic Leaders (2012).

In diesem Sinne ist es kaum verwunderlich, dass die „Führer“-Begrifflichkeit auch jenseits esoterischer Heilserwartungen als dominierende Beschreibung für deutsche Politiker funktionierte. Schließlich war sie bereits im 19. Jahrhundert äußerst plausibel: Die Entwicklung der konstitutionellen Ordnung in Deutschland war vor allem eine Geschichte des Ringens gesellschaftlicher Gruppen um Emanzipation. Aus ihrer Mitte kürten das liberale Bürgertum, die katholische Minderheit und die arbeitenden Massen „Führer“ im Kampf um Freiheit und Partizipationsrechte gegenüber den Herrschenden im Absolutismus und später im Obrigkeitsstaat, bald auch im Versuch, eigene Interessen gegenüber denen anderer durchzusetzen.³⁰ Auch darum war, wenngleich selbst die Zeitgenossen im Kult der NSDAP um „den Führer“ eine Besonderheit sahen, die Rolle in der Weimarer Republik bei allen Parteien und Bewegungen weit verbreitet. In vielen Zusammenhängen bezeichnete sie wenig mehr als „einen von uns“, der für die gemeinsame Sache eintrat.

Jenseits der Sehnsucht nach einem großen Führer, der als Heilsbringer das Volk aus der Krise leiten sollte, war so auch im alltäglichen Sprechen über Politiker der „Führer“ die selbstverständlich benutzte Begrifflichkeit. Entsprechend begegnet sie einem in einer großen Bandbreite von Medien der Auseinandersetzung. So wurden die Kandidaten in den Planungen der Parteien entsprechend betitelt, etwa wenn die DNVP „Führerfilme“ von ihrem Spitzenpersonal anfertigen ließ. Die Zentrale der DDP bot ihre Bildpostkarten und weitere Wahlkampfmedien als Material zu den „demokratischen Führern“ an.³¹ Die Bezeichnung der Gegner war ebenfalls ganz selbstverständlich von dieser Begrifflichkeit durchzogen, wenn etwa in einem der seltenen Fälle eine Parteizeitung Porträts von „Führern der andere[n]“ druckte. Bei Versammlungen wurde so nicht nur das nationale Spitzenpersonal, sondern auch örtliche Redner und Gegenredner bezeichnet – zum Beispiel wenn Sozialdemokraten den Anhängern von

³⁰ Hinweise dazu bei Schulz, Napoleon (2004), 20 f.; Heilbronner, „Freiheit“ (2007), 143 mit Anm. 341; vgl. aber Möller, Gagern (2003), 122: Der Begriff sei während der Revolution 1848/49 noch nicht aufgetaucht.

³¹ DNVP: Rundschreiben der Hauptgeschäftsstelle Nr. 59, 27. 4. 1928, BArch, R 8005/68, 26; DDP: Rundschreiben Nr. 9, 14. 3. 1928, BArch, R 45 III/39, 103; Besprechung über Wahlmethoden, 12. 4. 1928, Rundschreiben Nr. 17, 30. 4. 1928, BArch, R 45 III/40, 25 f., 69–78; vgl. Die demokratischen Führer im Wahlkampf, VZ, 16. 5. 1928; Bericht 4. Parteitag DDP (1922), 92, 95 f.

BVP und Zentrum die unfairen Mittel vorhielten, die „euere [!] Führer“ in Versammlungen anwendeten.³²

Auch wenn aus Perspektive der Wähler argumentiert wurde, war dies die selbstverständliche Begrifflichkeit. So bemängelte der Landwirtschaftsfunktionär und spätere Reichstagsabgeordnete Sebastian Schlittenbauer gegenüber den bayerischen Bauern, dass bei der letzten Wahl im Mai 1924 ein Drittel der ländlichen Wähler daheim geblieben sei. Wenn nun wieder Hunderttausende Bauern nicht ihre Stimmen abgäben, dann müssten auch „die Führer“ jede Verantwortung für den Misserfolg ihrer Arbeit für die Landwirtschaft ablehnen.³³ Ähnlich hieß es in einem Aufruf „an die Frauen“ in Münster, diese sollten sich nicht von ihren Überzeugungen abbringen lassen, beherzt für die Verdienste des Zentrums eintreten und gerecht sein, indem sie die Leistung „unserer Führer“ anerkannten.³⁴ In solchen Appellen steckte die Annahme, dass die politische Führung äußerst eng mit ihrer Anhängerschaft verbunden sein müsse. Schließlich war es nicht ungewöhnlich, sich auch als Wähler selbst entsprechend zu verkaufen – zumindest wenn man über einigen Einfluss vor Ort zu gebieten glaubte, wie es die „Führerin“ von sich behauptete, die im März 1932 einen Brief an Reichskanzler Brüning schrieb.³⁵

In diesen Bedeutungen war der Begriff auch in Großbritannien durchaus verbreitet. Ganz selbstverständlich sprach man vom „leader“ oder den „leaders“ einer Partei, einer Gewerkschaft oder einer Bewegung, und auch abstrakter von „our leaders“ als der Führungsschicht der Gesellschaft. Bekanntlich werden auch heute noch politische Eliten in Großbritannien so bezeichnet, da der Begriff nicht kompromittiert ist – den *einen* „Leader“ hat es anders als in Deutschland nie gegeben, und Adolf Hitler ist auch im Englischen „*the Führer*“. Als ein Beispiel aus den 1920er Jahren mag „eine Arbeiterin“ genügen, die sich auf den archetypischen Erlöser der christlichen Tradition bezog, als sie 1924 unter Verweis auf Jesus Christus und seine Arbeit unter den Armen und Unterdrückten in einem Leserbrief

32 Neues im Bilde, NPL 18.8.1930; Volkskonservative Stimmen (1930), StALu, Ds 588/14; Aus den Bezirken, PP, 12.9.1930.

33 An die bayerischen Bauern! Bayerischer Kurier, 18.11.1924.

34 Juliane Hommerich, Ein Wort an die Frauen, MA, 4.12.1924; vgl. Protest des Münsterischen Klerus, MA, 25.4.1925; Stump, Zentrumspartei Düsseldorf (1971), 97.

35 Schreiben an Brüning, 7.3.1932, BArch, R43 I/585, 207; vgl. Dr. med. Korn, Steine-Breslau, Arbeitsgemeinschaft Breslau-Land Nord-Ost, FW, 2 (1930) 30, 13–18, 17.

versicherte: „Unsere Labour-Führer versuchen ihr Bestes für die Hebung der Arbeiter (die Reichen können für sich selbst sorgen).“³⁶

Als ein einfacher Kandidat oder Abgeordneter im Bezug auf die gesamte Wählerschaft im Wahlkreis leuchtete die Anführer-Rolle in Großbritannien aber wenig ein. Die britischen Parlamentarier des 19. Jahrhunderts waren zum großen Teil eben nicht die Vorkämpfer klar umrissener sozialer und politischer Bewegungen von unten, sondern Mitglieder einer kleinen Elite gewesen, die miteinander mit allen Mitteln um Stimmen konkurrierten und sich dafür den Wählern anboten – als Diener. Das Muster der Wahladressen, nach der Betonung der Einladung aus dem Wahlkreis ergeben um das Vertrauen der Wählerschaft zu bitten, konnte dementsprechend in den 1920er Jahren schon auf eine lange Vorgeschichte zurückblicken. Wenn überhaupt, dann hatten Kandidaten in früheren Zeiten noch weit demütiger um Stimmen geworben.³⁷

Insofern verweisen die unterschiedlichen Rollenbetonungen für Politiker in Deutschland und Großbritannien vor allem auf unterschiedliche Traditionen und Bezugspunkte. In Großbritannien versuchten Politiker aller Parteien, ihre Dienste der breiten Wählerschaft *insgesamt* zu verkaufen – und wenn sie auch nur von einem Teil gewählt worden waren, verstanden sie sich doch zumindest in ihrer öffentlichen Selbstdarstellung als Repräsentanten und Diener der gesamten Bürgerschaft vor Ort. Demgegenüber lag in Deutschland der Fokus für die Volksvertreter stärker auf den festen Anhängerschaften der Parteien als geschlossene Gruppierungen: Als deren Führer wurden Abgeordnete an die Spitze gewählt, für deren Sache mussten sie sich beweisen. Auch darum hatte ihre eigene Person, wie im vorherigen Abschnitt gesehen, eine untergeordnete Bedeutung.

Das war aber nur ein Merkmal des öffentlichen Auftretens von Politikern in Deutschland und Großbritannien. Insgesamt folgte dieses komplexeren Logiken, als es nur der Blick auf die Semantik des Führens und des Dienens suggerieren mag. In gewisser Hinsicht sind diese Begrifflichkeiten sogar irreführend. Die britischen Diener waren nämlich in keiner

³⁶ One of the Working Women, „Don’t Vote Tory!“, SDI, 22. 10. 1924 („Our Labour leaders are trying their best for the upliftment of the workers (the rich can take care of themselves).“).

³⁷ Lawrence, *Masters* (2009), 1, 5 f., 122; Vernon, *Politics* (1993), 80 f.; Eastwood, *Contesting* (1997), 30.

Weise wie ein einfacher Befehlsempfänger ihrem Herrn, der souveränen Wählerschaft, untergeordnet; und umgekehrt gaben die deutschen Abgeordneten keineswegs unangefochtene Anführer ab, denen ihre Anhänger bedingungslos folgten. Darauf deutet ein Blick auf die soziale Stellung der Kandidaten und Volksvertreter in beiden Gesellschaften hin, mit der wir uns als nächstes beschäftigen. Hier zeigt sich nämlich, dass die britischen Diener keineswegs unter und die deutschen Führer keineswegs über dem Volk standen – ganz im Gegenteil.

Alte und neue Eliten

Der Name Stephenson war und ist in Sheffield kein unbekannter. Zunächst war da John Stephenson, ein begabter Handwerker, der Anfang des 19. Jahrhunderts als kleinster Partner eine Schriftgießerei mitgründete, an deren Spitze er nach einigen Jahren aufstieg. Sein Sohn Henry machte aus Stephenson, Blake & Company eines der führenden Unternehmen auf diesem Gebiet in Großbritannien. Gestützt auf den geschäftlichen Erfolg, trat er um 1880 ins öffentliche Leben ein, zunächst in der Schulaufsicht, dann im Stadtrat, als Bürgermeister erhielt Henry Stephenson 1887 den Ritterschlag. Schon zu dieser Zeit, während des Aufstiegs der Stadt zu einem Industriezentrum, galten die Stephensons als wichtige Familie in der Sheffielder Gesellschaft. Sir Henry machte sich insbesondere als Förderer derjenigen höheren Schulen einen Namen, aus denen nach seinem Tod die University of Sheffield hervorging – noch heute trägt eines ihrer Gebäude im Stadtzentrum seinen Namen. Sein Sohn, Henry Kenyon Stephenson, folgte in diese Fußstapfen. Er übernahm die Schriftgießerei wie auch Spitzenpositionen in anderen Sheffielder Unternehmen; wenige Jahre vor dem Krieg diente er der Universität als Schatzkanzler und der Stadt erstmals als Ratsherr. Als einziger stand er dem Stadtrat zweimal als Bürgermeister vor, kurz nach dem Krieg vertrat er in der angesehenen Repräsentativposition des Master Cutler die Industrie der Stadt nach außen, im Dezember 1918 wurde er als Liberaler ins Parlament gewählt.

Als Stephenson sich 1922 seinem Wahlkreis erneut empfahl, tat er das unter anderem mit einem Brief an die Wählerschaft, der aufwändig in faksimilierter Handschrift gedruckt war – von einem Schriftgießer durfte man ästhetisch höchst ansprechende Druckerzeugnisse erwarten. Stephen-

son bat um das erneute Vertrauen der Wähler, weil er sich um das Wohl der Stadt verdient gemacht habe – und indem er ausführlich auf seine Vita und all seine Verdienste einging, verwies er zugleich mehr als deutlich auf seine Position an der Spitze der lokalen Hierarchien, als führender Repräsentant, als wohlhabender Förderer der Stadt und nicht zuletzt als einflussreicher Unternehmer.³⁸

Vor einem solchen sozialen Hintergrund konnte ein Kandidat kaum als ein einfacher Bediensteter auftreten, der dem souveränen Bürger als Befehlsempfänger Untertan war. Ganz im Gegenteil erhob einen Abgeordneten wie Stephenson seine soziale Stellung schließlich weit über die Masse der Wählerschaft, und Stephenson versuchte für seine Kampagne ausdrücklich Kapital daraus zu schlagen. Zu der sprachlichen Figur des Politikers als Diener musste das nicht im Widerspruch stehen: Sie entsprach einem aristokratischen Ethos des Dienstes der Besten an der Gemeinschaft, der von dieser belohnt wurde. Das traf das Selbstverständnis vieler wohlhabender Parlamentarier in Großbritannien. Als „Anerkennung“ für seine „ausgezeichneten Leistungen für die Stadt und das Land“ sei Stephenson 1918 in Sheffield gewählt worden, versicherte ihm ein ehemaliger Abgeordneter der Stadt in seinem Gratulationsschreiben.³⁹

Ähnlich wie Stephenson bewegte sich in Cambridge der konservative Abgeordnete, ein Adliger namens Douglas Newton, in den höchsten Kreisen der örtlichen Gesellschaft. Seine Stellung gründete auf altem Landbesitz. Dessen genaue Größe in den 1920er Jahren ist nicht einfach festzustellen, aber einige Hinweise lassen sich finden. In der umfangreichen Aufstellung von John Bateman aus den 1870er und 1880er Jahren ist das Anwesen aufgeführt: Mit dem Gut in Cambridgeshire, auf dem später sein Sohn leben sollte, sowie einem zweiten, etwas größeren Besitz in der Nähe, rangierte Newtons Vater zu jener Zeit in der Gruppe der „Großgrundbesitzer“ unter den 2500 größten Landbesitzern im gesamten Königreich. Auf einer im Stadtarchiv überlieferten Karte von 1901, die das Anwesen in Cambridgeshire verzeichnet, war es zumindest bis zu diesem Zeitpunkt nur wenig geschrumpft. Während Bateman den Besitz 1883

³⁸ Letter to electors, 8. 11. 1922, Sheffield Local Studies Library, MP 935 M; Millington, Stephenson Blake (2002), bes. 73, 85–88, 111–117, 142–144.

³⁹ Stuart of Wortley an Stephenson, o. D., SArch, StepC 61 („your fine record of service to your City and Country are rewarded“).

auf 2794 Morgen mit einem jährlichen Ertrag von 3.371 Pfund schätzte – vom Besitzer als „einigermaßen korrekt“ bestätigt –, waren auch nach der Jahrhundertwende immerhin noch 2529 Morgen im Besitz der Newtons, aufgeteilt in das Gut selbst sowie zwölf Farmen.⁴⁰

Newtons wichtige Stellung für die lokale Wirtschaft war damit kaum zu übersehen. So war es nicht ungewöhnlich, dass im Verlauf des Wahlkampfes die Sprache auf die Verhältnisse auf seinen Ländereien kam. Newton verwies auf die überdurchschnittlichen Löhne, die er seinen Landarbeitern zahlte, auf seine Cottages – mit Gärten! –, die er zu niedrigen Preisen oder kostenlos vermiete, oder auf den halben freien Tag am Samstag, den er seinen Leuten schon seit 1913 gewähre. Unverkennbar versuchte Newton den gütigen Patriarchen zu geben, der für das Wohlergehen der von ihm Abhängigen sorgte. Allerdings trat Douglas Newton keineswegs so offensiv als ein Zugehöriger der besseren Kreise auf wie Henry Kenyon Stephenson in Sheffield – tatsächlich hielt er sich diesbezüglich eher bedeckt. Auf die gute Behandlung der Landarbeiterschaft ging seine Kampagne eher reaktiv ein, wenn diese von Seiten der Gegner in Frage gestellt wurde. Von sich aus versuchte Newton dagegen sehr viel nahbarer als „Freund“ und „Nachbar“ zu punkten, bei dem alle Gehör fänden.⁴¹

Soweit es ging, verzichtete Newton darauf, seine privilegierte gesellschaftliche Stellung breitzutreten. Damit war er Teil eines breiteren Trends, der bereits um die Jahrhundertwende eingesetzt hatte. Zu dieser Zeit war es für Kandidaten noch durchaus üblich gewesen, gezielt ihren persönlichen Reichtum als Stütze der lokalen Gemeinschaft zu betonen: Man versprach sich Erfolg vom Auftritt als wohlwollender Gönner, der sein ganzes soziales Prestige und auch seine finanzielle Kraft für den Wahlkreis in die Waagschale warf. Langsam kam diese Rolle jedoch aus der Mode. Vielerorts ließ sich bereits vor dem Ersten Weltkrieg beobachten, dass der Kandidat als lokaler Unternehmer oder großer Magnat, der ausdrücklich auf seine gehobene Stellung verwies, anderen Inszenierungen wich. An Attraktivität gewann ihm gegenüber die Rolle des Politikers als „einer von

⁴⁰ Bateman, *Great* (1883), 332, 495, xxvii („fairly right“); Croxton Park Estate Plan (1901), CArch, 87/P3.

⁴¹ Daily Notes, [Feb/März 1922], CArch, 363/O.1, 43; Flugblatt, 18.3.1922, CArch, 363/O.1, 22; Sir Douglas Newton Adopted, CDN, 1.11.1922 („friend and neighbour“).

uns“, als ein starker (und mannhafter) Kämpfer mit echten Wurzeln im Volk, der sich hochgearbeitete hatte und nun für die Rechte der Arbeiter und kleinen Leute kämpfte.⁴²

Der offensichtliche Grund für diesen Wandel lag im Aufstieg der Arbeiterpartei. Schließlich war ein Motiv ihrer Gründung gewesen, dass die Arbeiter eigene Vertreter ins Unterhaus schicken müssten, statt sich von reichen Gentlemen repräsentieren zu lassen. Labour attackierte offensiv die soziale Ungleichheit, aus der die Inszenierung von Repräsentanten als Männern mit großem Vermögen sich speiste, und wendete sie als ein Argument gegen die älteren Parteien. Das stand nach dem Ersten Weltkrieg etwa hinter dem „capital levy“, das Labour-Kandidaten Anfang der 1920er Jahre zu einer Kernforderung ihrer Kampagnen machten. Eine Kapitalabgabe auf große Vermögen sollte dazu dienen, Kriegsschulden abzubauen und die Staatsfinanzierung gerechter zu gestalten. Unter anderem beklagte die Partei so im November 1922 in einem Flugblatt, dass eine Gruppe von nur 280 Personen während des Krieges ihr Vermögen um durchschnittlich 700.000 Pfund habe vergrößern können. Davon finanzierten die Reichen nun die „Rolls-Royce-Parteien“ und deren Zeitungen, um sich die Macht zu sichern und dafür zu sorgen, dass die kleinen Leute die Zeche für den Krieg zahlten.⁴³

Angesichts solcher Angriffe auch noch die gehobene wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung von Kandidaten gegenüber den einfachen Bürgern zu betonen, hätte Labour nur in die Hände gespielt. Kein Wunder also, dass Douglas Newton sich in Cambridge eher als „Nachbar“ denn als reicher Grundbesitzer gab. Und es war vielleicht auch kein Zufall, dass Henry Kenyon Stephenson in Sheffield 1923 sein Mandat verlor: Anfang der 1920er Jahre, als allzu explizite Hinweise auf das soziale Prestige von Politikern unüblich geworden waren, hatte seine Selbstdarstellung bereits etwas Anachronistisches.

Nicht nur die Labour Party, auch die anderen Parteien hatten nämlich bereits zu dieser Zeit die Zugkraft von Kandidaturen erkannt, die ganz im

⁴² Good, „Quit Ye Like Men“ (2007), 153–157, argumentiert das nicht explizit, man beachte aber die Datierung seiner Nachweise. Vgl. Pugh, *Making* (1982), 119 f.; auch für das Folgende: Clarke, *Lancashire* (1971), 220–230, 244 f.

⁴³ The Millionaire Press, CArch, 363/O.2, 110–113 („Rolls-Royce Parties“); Lawrence, *Politics of Class* (2011), 252.

Gegenteil auf authentische Erfahrung in der Lebenswelt der Arbeiterschaft blicken konnten. Insbesondere in roten Hochburgen, wie West Ham oder an den Ufern des Clyde, in den Kohlenrevieren in Cumberland, Durham oder dem Süden von Wales und in industriellen Zentren wie Preston oder dem Colne Valley, versuchten Liberale und Konservative so ihre Kandidaturen an die Verhältnisse vor Ort anzupassen, um ihre Chancen zu erhöhen. Diese standen zwar niemals gut – um aber überhaupt den Anschein einer ernsthaften Herausforderung darzustellen, setzten in solchen Gegenden auch die älteren Parteien auf Kandidaten, die überzeugend auf eine Verwurzelung in der Arbeiterklasse verweisen konnten. Liberale, die in der Lib-Lab-Tradition als Gewerkschafter aktiv waren, konnten leicht mit Labour-Kandidaten mithalten, wenn es um die Qualifikation als echter Prolet ging. Doch auch einige Konservative konnten, wie David Evans 1924 in Pontypridd, von sich behaupten, dass sie sich mit größerem Recht als ihre Gegner von der Labour Party als Arbeiterkandidat bezeichnen könnten. Sollte er die Wahl verlieren, meinte Evans, würde er auch den Gang zurück in die Zeche nicht scheuen.⁴⁴

Im industriellen East End von Sheffield, wo Torys wie Cecil Pike oder Matt Sheppard auf dieselbe Art mit ihrem proletarischen Stallgeruch argumentierten,⁴⁵ führte dies zeitweise zu paradoxen Konstellationen. Die Labour Party selbst trat nämlich ausgerechnet hier seit 1922 mit denkbar unproletarischen Repräsentanten auf: Cecil Henry Wilson ähnelte vom Typus her Henry Kenyon Stephenson. Auch Wilson stammte aus einer angesehenen und wohlhabenden Sheffielder Unternehmerfamilie, die als Liberale den Kurs der Lokalpolitik mitbestimmten. Als Kriegsgegner hatte er seinen Weg aus der liberalen Partei zu Labour gefunden, doch zugleich besetzte er auch in den 1920er Jahren noch eine Stellung im Familienunternehmen. Wilson stand nicht in der Fabrikhalle, er saß auch nicht nur als Ko-Direktor in der Chefetage, als echter Kapitalist gehörte ihm sogar ein Teil des Metallverarbeitungswerks, das mit einer Belegschaft um die

⁴⁴ James, *Politics of Identity* (2008), 171; *The General Election*, Glasgow Herald, 27. 10. 1924; Ramsden, Balfour and Baldwin (1978), 252–257; Jarvis, *Class Politics* (1996), 75.

⁴⁵ „Brightside Noise“, SDI, 18. 10. 1924; vgl. *Tory Workers*, SDI, 20. 10. 1931.

150 Mitarbeiter nicht zu den kleinsten Arbeitgebern in Sheffield zählte.⁴⁶ Sein Parteifreund im benachbarten Wahlkreis, Arthur Augustus William Harry Ponsonby – Konservative liebten es, ihn in der Presse mit der Auflistung dieser Namen als einen „echten feinen Pinkel“ zu verspotten⁴⁷ – war der Sohn des Privatsekretärs von Königin Victoria, ein Aristokrat aus dem ländlichen Süden, der vor allem für sein Engagement um eine Demokratisierung der Außenpolitik bekannt war.

Mit einer solchen Personalpolitik setzte die Arbeiterpartei dem Wandel hin zu einer Annäherung der politischen Klasse an die Bevölkerung zugleich enge Grenzen. In Sheffield hatte die lokale Labour Party bei der Aufstellung von Wilson und Ponsonby sogar Anwärter übergangen, die vor Ort schon länger einen Anspruch geltend machen, aber nicht so viel soziales Prestige vorweisen konnten.⁴⁸ In bürgerlichen und gemischteren Gegenden wie den Midlands und im Süden Englands, wo die Partei ebenfalls Mandate gewinnen musste, wenn sie regierungsfähig werden wollte, lag eine solche Auswahl noch offensichtlicher auf der Hand. Entsprechend nahm hier die Anzahl der Akademiker zu. Gerade in einem Ort wie Cambridge hätte ein Gewerkschafter als Kandidat nur geringe Anziehungskraft ausgestrahlt. Es war nur logisch, dass von den fünf Anwärtern, die hier nacheinander ihr Glück versuchten, allein drei Absolventen der Universität waren, zwei mit Dokortitel.⁴⁹

Bereits beim Durchbruch der Labour Party 1922 machte sich das im Parlament bemerkbar. Schon jetzt hatte innerhalb der Fraktion ein „Prozess der Verbürgerlichung“ eingesetzt, wie Michael Rush und Valerie Cromwell argumentieren. Im Unterhaus war die Partei nicht mehr wie zuvor fast exklusiv mit Arbeitern und Partei- oder Gewerkschaftsfunktionären vertreten. Hinzu kamen Abgeordnete, die ähnlich wie bei den anderen großen Parteien rekrutiert waren: Angehörige der Mittelschicht mit akade-

⁴⁶ Wilson, *Metal Years* (1960), 175, 192 f., 200–202, 230; Lohnbuch der Sheffield Smelting Company, 1920–1930, SArch, SSC2/3/22; Walton, *Sheffield* (1984), 236 f.

⁴⁷ General Election Notes, SDT, 26. 11. 1923 („real, live toff“); *A Working Man's Wife*, Arthur Augustus William Henry [!], SDI, 1. 12. 1923; Election Campaign, SDT, 20. 10. 1924.

⁴⁸ Mathers, *Sheffield Municipal Politics* (1979), 207 f.; zu den Personen: dies., Wilson (1982); Martin, Ponsonby (1984).

⁴⁹ Nämlich: Dr. Hugh Dalton (1922, siehe oben, Abb. 1 auf S. 40), David Hardman (1929), Dr. Alex Wood (1931–1935). Dazu Owen, *MacDonald's Parties* (2007), 8.

mischem Hintergrund, darunter einige Absolventen der Eliteuniversitäten, sogar eine Handvoll Adliger vertraten die Sache der Arbeiter im Parlament. Unternehmer und Aristokraten wie Wilson und Ponsonby oder die Akademiker in Cambridge gaben also keineswegs ungewöhnliche Repräsentanten ab.

Wohlgemerkt bestanden noch große Unterschiede zwischen den Parteien, insbesondere zu den konservativen Parlamentariern, die aus bedeutend privilegierteren Verhältnissen kamen: Fast zwei Drittel der Tories im Parlament hatte eine Privatschule besucht, und kaum ein Arbeiter hatte es in ihre Reihen geschafft. Auch war umgekehrt die Gruppe der Abgeordneten, die sich auf keinen proletarischen Hintergrund berufen konnten, innerhalb der Labour-Fraktion numerisch in der Minderheit. Aber bis in die 1930er Jahre stieg ihr Anteil beständig an, und ihre Wirkung ging über ihre bloße Anzahl weit hinaus. Denn gegenüber der Masse der Gewerkschaftsabgeordneten waren sie in Führungspositionen wie dem Vorstand der Parlamentsfraktion oder den beiden Kabinetten von 1924 und 1929 bis 1931 deutlich überrepräsentiert.⁵⁰

Groß war auch ihr Einfluss über das Parlament hinaus. Wohlhabende Sozialisten wie Stafford Cripps, Beatrice und Sidney Webb oder die (Noel-) Buxtons waren zwar gegenüber der Masse der Parteimitgliedschaft wenige. Als mediale Berühmtheiten projizierten sie aber ein breites Bild von der Labour Party, das auch traditionelle soziale Eliten ganz selbstverständlich mit einschloss. Insgesamt habe die Aufstellung bürgerlicher, intellektueller und aristokratischer Kandidaturen damit auch großen Nutzen für die Labour Party gehabt. So argumentierte zumindest Egon Wertheimer, der zur Zeit der Unterhauswahl von 1929 in England als Korrespondent für den *Vorwärts* tätig war: Männer wie Mosley hätten die Partei in einem ganz anderen Maße salonfähig gemacht, ihr gar einen gewissen „Glamour“ verliehen, der ihre Attraktivität bei der Wählerschaft deutlich vermehrt und so zum Wahlerfolg beigetragen habe.⁵¹

⁵⁰ Rush/Cromwell, *Continuity* (2000), 473 f., 483, 479, Zitat 482 („process of embourgeoisement“); Guttsman, *British Political Elite* (1963), 236–243; Worley, *Labour Inside* (2005), 25–28, 110.

⁵¹ Wertheimer, *Portrait* (1929), 148 f. („new glamour“); dem folgt: Pugh, „Blackshirts!“ (2005), 113 f.

Insgesamt änderte der Aufstieg der Labour Party damit die Auswahl des politischen Spitzenpersonals in Großbritannien nicht radikal. Neue Karrieren wurden möglich für engagierte Politiker, die nicht mehr notwendigerweise gut betucht sein mussten. In einigen Wahlkreisen trug dies bedeutend zur Verkleinerung der sozialen Kluft zwischen dem politischen Personal und denen bei, die es vertreten sollte. Zugleich bestätigte aber auch die Arbeiterpartei selbst die Tradition der Auswahl politischer Eliten in Großbritannien.

Insgesamt fand die Labour Party sich so grundsätzlich mit den sozialen Unterschieden der britischen Klassengesellschaft ab, aller radikalen Rhetorik zum Trotz. Auch bei der Labour Party, urteilte Egon Wertheimer, sei in Großbritannien der „Glaube an die angeborene Überlegenheit der oberen Schichten“ weit verbreitet – ganz anders als bei den Arbeiterparteien auf dem Kontinent. Wertheimer meinte sogar einen gewissen „proletarischen Snobismus“ bei einer großen Zahl der Aktivisten zu erkennen, die sich angesichts der Zugehörigkeit von Mitgliedern der „herrschenden Klasse“ zu ihrer Partei regelrecht geschmeichelt fühlten. Das mochte übertrieben sein – jedenfalls dürfte es auch in der britischen Arbeiterbewegung viele Aktivisten gegeben haben, die sich mehr Gleichheit in der Gesellschaft ausmalten. Für den Moment und für praktische Planung waren solche Visionen aber kaum brauchbar, und das spiegelte sich in den Wahlkampfstrategien der Partei. Selbst ein Fabier habe als Vortragender seine Verwendung, hieß es da zum Beispiel, wenn es eine „intellektuelle Atmosphäre“ brauche, um die besseren Kreise anzusprechen. „Verhöhne nicht ihre Kultur weil es Dir daran mangelt und die Gesellschaft Dir ihre Früchte vorenthalten hat, sondern versuche ihnen bei Versammlungen mit einem entsprechend gebildeten Redner auf ihrer Ebene zu begegnen.“⁵²

Radikale Neuerungen konnten so auch bei den alten Parteien ausbleiben. Die Zahl tatsächlicher Arbeiterkandidaturen bei den Konservativen blieb gering, und erfolgreich war davon fast keine. Viele Kandidaten und

⁵² Wertheimer, *Portrait* (1929), 116 („belief in the inborn superiority of the upper classes“), 138 f. („proletarian snobbery“, „ruling class“), vgl. 132 f., 146–149; *Preparation for a General Election*, LO, Apr 1921, 1 f. („intellectual atmosphere“, „Don’t sneer at their culture because you lack it and society has denied you its blessings, but seek to meet them on their plane by providing the right sort of educated speaker at indoor meetings.“).

Abgeordnete kamen weiterhin aus der wohlhabenden Oberschicht – nur allzu ausdrückliche Hinweise darauf mussten sie nun in ihren Werbeanstrengungen zunehmend vermeiden. Mehr als das Profil derer, die typischerweise zum Politiker wurden, veränderte die Labour Party so, wie diese auftreten konnten. Damit beschäftigt sich der nächste Abschnitt ausführlicher – zunächst ist aber noch ein vergleichender Blick auf die soziale Herkunft deutscher Volksvertreter geboten.

Kandidaten und Abgeordnete in der Weimarer Republik waren insgesamt deutlich bodenständiger als ihre britischen Pendants. So gab es in der deutschen Sozialdemokratie keinen Noel Buxton, keinen Stafford Cripps, keinen Arthur Ponsonby – und es wäre auch „undenkbar“ gewesen, dass derartige Figuren in der SPD eine Karriere hätten machen können, urteilte mit Wertheimer vielleicht der beste zeitgenössische Kenner der Arbeiterbewegung in beiden Ländern.⁵³ Auch für die anderen Parteien bestätigt der Vergleich zwischen den gewählten Fallstudien diesen Eindruck: Lokale Magnaten wie aus den politischen Unternehmerdynastien der Stephensons und Wilsons in Sheffield oder Gutsherren wie Douglas Newton sind mir in den deutschen Fällen vor Ort nur wenige begegnet, obwohl die Wahlkreise hier bedeutend größere Gebiete umfassten. Einzig in Westfalen fällt Felix von Merveldt, kurzzeitig Abgeordneter der DNVP, aus einem alten Adelsgeschlecht ins Auge; darüber hinaus wären hier Alfred Hugenberg oder Franz von Papen zu nennen – letzterer allerdings trat trotz seiner Betätigung als Redenschwinger im Wahlkampf nicht selbst als Kandidat auf. Zudem handelte es sich hier eher um Ausnahmefiguren, Politiker von nationalem Format, die ungleich größere Bekanntheit genossen als Abgeordnete vom Schlage eines Stephenson, Wilson oder Newton, die eher zur Masse der unbekannten Hinterbänkler zu zählen sind.

Schaut man auf dieses Gros der Volksvertreter, dann fallen bei einer Durchsicht von Kandidatenlisten in Deutschland andere Typen auf: Ein Hochschulprofessor in Dr. Georg Schreiber vom Münsteraner Zentrum; Lehrer wie dessen uns bereits bekannter Parteikollege Hermann Hofmann aus Ludwigshafen oder sein Namensvetter Johannes Hoffmann, der pfälzische Spitzenkandidat der SPD; Rechtsanwälte wie Dr. Albert Zapf (DVP) in der Pfalz; Angestellte und leitende Angestellte wie Heinrich

⁵³ Wertheimer, *Portrait* (1929), viii-xi, Zitat viii („Unthinkable“).

Engberding (DVP) und Rudolf ten Hompel (Zentrum) im Münsterland oder Gerhard Jacobshagen (SPD) in Ludwigshafen; Arbeiter verschiedener Industriezweige in den Reihen der KPD; schließlich eine ganze Zahl von Funktionären: Der Syndikus der Industrie- und Handelskammer Bochum, Otto Hugo (DVP); der Gewerkschafter Alfred Janschek (SPD); der Landesökonomierat Carl Herold (Zentrum).⁵⁴ Man wird solche Kandidaten nicht als einfache Durchschnittsbürger kennzeichnen können – schließlich konnten die meisten von ihnen auf respektable Karrieren und den Aufstieg in gehobene Stellungen zurückblicken. Aber mit dem alten Reichtum, der einem in britischen Wahlkreisen der Zwischenkriegszeit begegnet, konnten sie sich kaum messen.

Dieser Kontrast mag zufällig den Untersuchungsregionen geschuldet sein, die keine den britischen Verhältnissen ähnelnden Kandidaturen hervorgebracht haben. Doch ein Blick in die Parlamente in beiden Ländern bestätigt, wenigstens für den erfolgreichen Teil der Kandidaten in Deutschland, die Eindrücke aus den Wahlkreisen: Auch der Reichstag der Weimarer Republik wirkte deutlich bodenständiger als das britische Unterhaus der Zeit. Michael Rush zufolge wandelte sich das House of Commons seit dem 19. Jahrhundert langsam von einem Ort der wohlhabenden Gentlemen, die als Amateure ihr Mandat aus Verpflichtungsgefühl, wegen des sozialen Prestiges oder aus Ambition angestrebt hatten, hin zu einem bezahlten Vollzeitparlament aus Berufspolitikern, die nicht mehr notwendigerweise über Reichtum verfügen mussten. Diese Entwicklung vollzog sich fließend bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts; die Zwischenkriegszeit bildete hierbei eine Zwischenzeit, in der beide Charakteristika deutlich sichtbar waren. Währenddessen hat Thomas Mergel in seiner Untersuchung des Weimarer Reichstags die deutschen Abgeordneten als soziale Aufsteiger beschrieben. In bis dahin – und auch danach – unbekanntem Maße hatte ein Großteil von ihnen seinen Weg ins Parlament über eine Karriere als Funktionär in Parteien und Verbänden oder über den Staatsdienst gefunden. Auch im europäischen Verbleich war der Anteil solchermaßen rekrutierter Abgeordneter in Deutschland groß – ein Befund, der sich nicht zuletzt mit dem ungleich größeren Einfluss or-

⁵⁴ Meine Einschätzung beruht auf einer Durchsicht der Verzeichnisse in den Reichstags-Handbüchern, 1.–7. Wahlperiode, 1920–1932.

ganisierter Interessen auf die Kandidatenauswahl in Deutschland deckt, der ihnen in nicht geringem Umfang eine Entsendung von Vertretern ins Parlament ermöglichte.⁵⁵

Das britische Unterhaus dagegen fiel durch ganz andere Typen von Abgeordneten auf. So gab es in der Zwischenkriegszeit kein anderes europäisches Parlament mit einer so großen Menge blauen Bluts. Der Anteil der Adligen lag in Großbritannien mindestens dreimal so hoch wie in Deutschland; zu Höchstzeiten war jeder sechste Abgeordnete Aristokrat. Buxton, Cripps, Ponsonby – diese Figuren waren keine Einzelfälle. Auch was die Unternehmer und Geschäftsleute betrifft, täuscht der Eindruck aus Sheffield nicht: Wiederum war deren Anteil im britischen Unterhaus mit zwischen etwa 20 und 35 Prozent ungewöhnlich groß, während der Reichstag mit um die fünf Prozent weit unter dem europäischen Durchschnitt lag. Höher lag in Großbritannien schließlich auch die Quote derjenigen mit Universitätsabschluss, wenngleich die Zahlen dafür auf den ersten Blick einen nicht ganz so beeindruckenden Unterschied zeigen: Etwa jeder zweite britische Abgeordnete konnte sich Akademiker nennen, in Deutschland waren es 40 Prozent. Diese Ziffern kaschieren jedoch die größere Exklusivität der britischen Hochschullandschaft gegenüber einem eher egalitären Ausbildungssystem in Deutschland: Zwei von fünf Konservativen, fast jeder vierte Liberale und immerhin noch jeder zwölfte Labour-Abgeordnete kam von den Eliteschmieden in Oxford oder Cambridge, die in Deutschland ihresgleichen nicht hatten.⁵⁶

Alles in allem zeichnen diese einzelnen Hinweise einen deutlichen Kontrast zwischen dem deutschen und britischen politischen Personal der Zwischenkriegszeit: Letzteres rekrutierte sich aus einer sehr viel schmaleren gesellschaftlichen Elite. Das hieß auch, dass sich der moderne Karrieretypus des aufsteigenden Berufspolitikers in Deutschland schneller durchgesetzt hatte als in Großbritannien. Diese Hintergründe beeinfluss-

⁵⁵ Rush, *Role* (2001); Mergel, *Parlamentarische Kultur* (2012), 98–104; zur Kandidatenaufstellung oben, S.328–335.

⁵⁶ Best/Hausmann/Schmitt, *Challenges* (2000), 150 f., 176; Rush/Cromwell, *Continuity* (2000), 472, 474, 482 f.; Cotta/Best, *Professionalization and Democratization* (2000), 499 f., 503. Der zeitgleich ungewöhnlich hohe Anteil von Abgeordneten mit Hintergrund in der Arbeiterklasse, auf den diese Arbeiten für den britischen Fall verweisen, ist nicht sauber zu vergleichen, weil unklar ist, wie Gewerkschafts- und Parteifunktionäre hier und in Deutschland kodiert wurden.

ten ganz entscheidend, wie Kandidaten in den Wahlkämpfen ihr Verhältnis zur Wählerschaft zu gestalten versuchten. Dem wenden wir uns als nächstes zu. Dabei interessiert uns weiterhin insbesondere die Frage nach der sozialen Distanz zwischen Politikern und Bevölkerung, die wir an Douglas Newton und Henry Kenyon Stephenson bereits aufgegriffen haben: Offensichtlich musste eine elitäre Führungsschicht wie in Großbritannien anders mit dem Abstand zum gemeinen Bürger umgehen als die Anwärter aus den mittleren bis gehobenen Schichten in Deutschland, die aus der Politik eine Karriere zu machen versuchten.

Distanz und Nähe

Trotz ihres hohen gesellschaftlichen Status suchten britische Parlamentarier und die, die es werden wollten, im Wahlkampf gezielt die Nähe zur Bürgerschaft. Der „Nachbar“ Douglas Newton war nur ein Beispiel für diese Strategie. Beliebte Fotomotive in den Lokalzeitungen zeigten Kandidaten vom Gruppenbild mit Unterstützern oder dem Spaziergang durch die Straßen, begleitet vom Agenten, über das Gespräch mit einzelnen Wählern an einer Haustür oder in der Mittagspause bis hin zur Rede an einem öffentlichen Platz, umgeben von einer Traube von Menschen. Auch vor der Familie und dem Privatleben machten die Fotoreportagen keinen Halt. Hier trafen sich die Interessen der Journalisten, die mit Boulevardgeschichten auf hohe Verkaufszahlen spekulierten, mit denen der Kandidaten, die ihre Bekanntheit zu steigern versuchten.

Es entsprach den Planungen der Wahlkampfstrategen, Politiker gezielt als Privatpersonen in Szene zu setzen und der Kampagne so eine persönliche Note zu geben. So riet ein Agent seinen Kollegen für den Umgang mit Pressefotografen: „Niemand will Fotos von einem Mann. Aber ein Mann mit einem Hund ...!“⁵⁷ Tatsächlich ließ sich die Ehefrau von Harold Gray im Garten mit ihren Lieblingshunden ablichten; Grays Nachfolger Richard Briscoe zeigte die Lokalzeitung beim Kopfballduell während eines Fußballspiels (unten, Abb. 11); Douglas Newtons Tochter begegnete einem beim Händeschütteln – das waren nur einige der Bilder, die in Cambridge

57 In a Nutshell, LO, Okt 1935, 202 („Nobody wants the photograph of a man. But a man and a dog!“).

Anfang der 1920er Jahre durch die Presse gingen.⁵⁸ In solchen Motiven wurden die Kandidaten nicht als Politiker, sondern als Menschen wie alle anderen inszeniert.

Das hieß auf der anderen Seite nicht, jegliche Distanz zur Wählerschaft einzuebnen. Wenn Kandidaten nicht gerade ein Fußballtrikot trugen, war auf vielen Bildern ihre Angehörigkeit zu einer exklusiven Oberschicht äußerlich deutlich zu sehen. Nicht nur ihre Kleidung, auch die aufrechte und steife Körperhaltung bekundete einen Statusunterschied gegenüber bequemer gekleideten und sich lässiger bewegenden Wählern, auf die sie trafen. Insgesamt hatte dabei die Kleidung, mit der britische Politiker auftraten, seit der Vorkriegszeit an Förmlichkeit abgenommen. Der viktorianische Cutaway mit Gehrock und Zylinder war schon länger aus der Mode gekommen, weil er Klassenunterschiede zu deutlich unterstrich und so als nachteilig für den Wahlerfolg gesehen wurde. Umgekehrt stand aber ebenso außer Frage, sich zu zwanglos zu kleiden. Die Porträts auf ihren Wahladressen zeigten die Kandidaten fast durchgehend im förmlichen Anzügen, gelegentlich auch Uniformen, die in unterschiedlichen Graden von Eleganz die Ernsthaftigkeit des Anlasses unterstrichen (vgl. Abb. 12 sowie oben, Abb. 1, S. 40).

Ein allzu legeres Auftreten hätte leicht als falsche Anbiederung verstanden werden können. Selbst Frank Gray, dessen Wahlkampf an den Haustüren in Oxford wie der von kaum jemand anderem auf dem Prinzip der Bürgernähe beruhte, war sich sicher, dass seine Kleidung in armen Stadtteilen gewisse Vorurteile hervorrief – und dies auch sollte. Diese im persönlichen Kontakt zu überwinden, war die eigentliche Herausforderung, die ihn bei den Wählern empfehlen sollte: Ziel war die Demonstration sowohl der Zugehörigkeit zur Oberschicht als auch der Tatsache, dass diese keinen unüberwindbaren Graben zum einfachen Volk darstellte.⁵⁹ Dafür die richtige Balance aus Distanzierung und Nähe zu finden, hing für Kandidaten nicht zuletzt von ihrem eigenen Hintergrund und persönlichem Stil ab. Die Botschaft, auf die sie zielten, blieb die gleiche: Das Stichwort war Nahbarkeit. Ob als einfache Männer aus dem Volk oder Angehörige der gesellschaftlichen Elite, in den Wahlkampfpraktiken

⁵⁸ Diese Beispiele aus CC, 1. 11. 1922; 8. 11. 1922; 28. 11. 1923.

⁵⁹ Gray, *Confessions* (1925), 39, vgl. sein Portraitbild in dem Buch; Lawrence, *Culture of Elections* (2011), 470–472. Zu Grays Wahlkampf oben, S. 131.



Abb. 11. Nähe: „From Platform to Playing Field“ – Pressefotografien von Richard Briscoe (markiert mit einem Kreuz; rechts auf Bild 4) beim Fußball. Foto Cambridge Chronicle, 28. 11. 1923, Cambridgeshire Collection.



Abb. 12. *Distanz: Richard Briscoe in steifer Haltung und förmlicher Kleidung. „Captain Briscoe spends an entertaining five minutes with the employees at the Cottenham Apple Grading Station during the luncheon interval.“ Foto Cambridge Chronicle, 22. 10. 1924, Cambridgeshire Collection.*

mussten Politiker öffentlich beweisen, dass sie sich keineswegs zu gut waren, auch den Geringsten auf Augenhöhe zu begegnen.

Derartige Motive gehörten in Deutschland zur Ausnahme. Der Schnappschuss vom Kandidaten, den ein Lokalreporter in den Straßen der Stadt machte, war hier praktisch unbekannt. Die wenigen öffentlichen Bilder von Wahlkampfaktivitäten in der Presse zeigten Abgeordnete und Kandidaten anders, meist als Redner hinter einem Pult, entfernt von einer großen und anonymen Masse von Zuhörern, falls diese überhaupt zu erkennen war. Die Nachfrage nach dieser Art von Inszenierung war so selbstverständlich, dass sie auch private Sammlungen wie die des Pressefotografen Georg Pahl im Bundesarchiv dominieren. So wurden deutsche



Abb. 13. „Minister, Parteiführer, Spitzenkandidaten am Rednerpult“ im Wahlkampf. Von links nach rechts und oben nach unten: Wilhelm Marx, Heinrich Brüning, Carl Severing, Paul Löbe, Otto Braun, Hermann Dietrich, Julius Curtius, Gregor Strasser, Alfred Hugenberg, wie sie den Lesern einer Lokalzeitung begegneten. *General-Anzeiger Ludwigshafen*, 10. 9. 1930.

Politiker deutlich distanzierter von der Bevölkerung präsentiert, als das in Großbritannien der Fall war.⁶⁰

Das galt auch für die meisten Bilder, die von den Parteien direkt in Umlauf gebracht wurden. Selbst um 1930 wiesen diese noch erstaunliche Entsprechungen zur Bildersprache des 19. Jahrhunderts auf. Besonders greifbar wird dies in den Bildpostkarten, welche die Parteiführung der DDP an die Wählerschaft verschickt wissen wollte. Sie zeigten ein frontales Porträtfoto, darunter den Namen der abgebildeten Person sowie eine

⁶⁰ Der Appell an die Wähler, GAL, 10. 9. 1930; *Neue Illustrierte Zeitung*, 3. 3. 1932, 4. 8. 1932; Pahl: BArch, Bild 102-01179 (Karl Jarres, März 1925); Bild 102-01209 (Willy Hellpach, 26. 3. 1925); Bild 102-10279 (Alfred Hugenberg, August 1930); Bild 102-13229 (Heinrich Brüning, März 1932); vgl. auch Bild 183-Fo628-0207-001 (Willi Münzenberg, 1930). Ausnahmen: BArch, Bild 102-10311 (März 1925); vgl. Bild 146-1983-122-01A (Sommer 1932); beide Bilder in Ritter (Hrsg.), *Wahlen und Wahlkämpfe* (1997), 179 f.

politische Losung, die mit einigem Pathos ins Grundsätzliche ging. Statt eines knappen Slogans, wie sie auf britischen Wahladressen zu finden waren – „Der Abgeordnete für alle“, „Keine Lebensmittelsteuern“ oder „Britisches Geld den Briten“ –,⁶¹ hieß es etwa von der Vorsitzenden des DDP-Reichsfrauenausschusses, Martha Dönhoff: „Verantwortung und Vertrauen – zwei Hauptträger der Demokratie, sie sind die bedeutendsten Grundlagen jeder politischen Frauenarbeit, sollten es wenigstens sein.“ Auch wenn es sich hierbei um gedruckte Fotos handelte, auf denen zumindest die DDP-Frauen mit freundlicher Miene abgelichtet waren; die Postkarten erinnern in ihrer Komposition in erstaunlichem Maße an die würdevoll-gewichtigen Abgeordnetendarstellungen, die in Deutschland bereits in den 1840er Jahren verbreitet waren. Porträts in den Zeitungen verzichteten auf einen Wahlkampfsspruch, ansonsten entsprachen sie ebenfalls diesem Muster. Üblicherweise schauten die fast ausschließlich männlichen Vertreter dabei wesentlich weniger heiter drein als die DDP-Frauen.⁶²

Die Ähnlichkeit der Darstellungen in der Presse zu denen, welche die Parteien offiziell herausgaben, ist nicht verwunderlich – schließlich blieben viele Zeitungen in Deutschland äußerst eng an die Parteien gebunden. Das gab deutschen Politikern deutlich mehr Kontrolle über ihre Imagepolitik, als das auf dem Medienmarkt in Großbritannien der Fall war, wo Abgeordnete und Kandidaten sich stärker auf die kommerziellen Regeln der Lesererwartungen und Auflagenziffern einlassen mussten. Neben der Abnahme der Personalisierung im Wahlkampf trug auch dies dazu bei, dass Politiker in Deutschland schlicht keine Notwendigkeit sahen, auch ihre persönliche Seite hervorzukehren, um Aufmerksamkeit und Bekanntheit zu erlangen. Es ist darum nicht verwunderlich, dass man aus den öffentlichen Bildern nichts darüber erfährt, welche Hobbys deutsche Politiker pflegten und ob sie eine Familie hatten (oder einen Hund). Anders

61 So als zufällig gewählte Beispiele: A. V. Alexander, Hillsborough, 1924 und später, hier CPA, PUB 229/4/6, 75 („The People's Representative“); G. T. Garratt, Cambridgeshire, 1931, CPA, PUB 229/6/8, 19 („No Food Taxes“); Douglas Newton, Cambridge, 1924, CPA, PUB 229/4/3, 96 („British Money for British People“).

62 Bildpostkarten Martha Dönhoff und Gertrud Bäumer, BArch, R 45 III/40, 112 f. Ob die Männer in dieser Reihe ernster dreinschauten? Weitere Bildpostkarten habe ich leider nicht gefunden. Aus Zeitungen etwa: Neues im Bilde, NPL, 18. 8. 1930; Die Führer im kommenden Reichstag, NPL, 17. 9. 1930.

als ihre britischen Gegenüber, und anders auch als etwa das politische Personal in den USA, erschienen deutsche Volksvertreter stets als öffentliche Personen, niemals in ihrem Privatleben, sie waren immer in Funktionen abgebildet, stets „Politiker“ statt ein „Mensch“ wie alle anderen Bürger.⁶³

Führende politische Strategen konnten sich dies auch nicht anders vorstellen. Als während des Präsidentschaftswahlkampfes 1925 Hindenburg von ausländischen Zeitungsvertretern gefragt wurde, wie viele Zigarren er täglich rauche oder wieviel Hochwild er in seinem Leben erlegt habe, erschloss sich ihm offenbar der Wert solcher Fragen nicht recht: Als nächstes werde man wohl noch nach der Anzahl von Rebhühnern fragen, die er im Leben gegessen habe, war seine erste Reaktion. Auch einen von Hindenburgs leitenden Wahlkampfplanern überraschten die Fragen sichtlich. Ihm selbst wären sie jedenfalls nie in den Sinn gekommen, und er war es wohl auch von deutschen Zeitungsleuten nicht gewohnt, wie sein Rasonieren über die Neugierde der Journalisten „amerikanischen Stils“ zeigte: Offenbar nahmen diese bei ihren Lesern ein Interesse für „sehr belanglose private Betätigungen“ an. In Deutschland sollten solche nichts mit Politik zu tun haben sollte, darum begriff man sie als völlig unerheblich.⁶⁴

Traten Politiker öffentlich dennoch anders als Politiker auf, erzeugte das Irritationen. Das sprechendste Beispiel dafür bietet der berühmte Skandal um das Bild von Friedrich Ebert und Gustav Noske in Badehose. Als im Sommer 1919 die *Berliner Illustrierte Zeitung* ein Foto des Reichspräsidenten und des Reichswehrministers als Badegäste an der Ostsee abdruckte, entbrannte ein Sturm der Entrüstung – über das Auftreten der beiden Politiker wie auch über die Tatsache, dass sie sich so hatten ablichten lassen und dass die Zeitschrift das Bild veröffentlicht hatte. Ob die Streitenden dabei für die neue republikanische Führung oder gegen sie eintraten, die gesamte Kontroverse beruhte darauf, dass eine derartige Darstellung der Männer an der Spitze des Staates nicht dazu passen wollte, wie man sie sich vorstellte. Die Öffentlichkeit erwartete Staatsmänner; spärlich gekleidete Touristen konnten diese Rolle nicht ausfüllen.⁶⁵

63 Dazu Mergel, *Parlamentarische Kultur* (2012), 359 f., 390–398; ders., *Kultur des Schauens* (2007).

64 Schultze-Pfaelzer, *Hindenburg* (1925), 27–29; vgl. Mergel, *Gegenbild* (1999), 378–382.

65 Ders., *Kultur des Schauens* (2007), 531 f., 557.

Sicher trug auch diese breit ausgetretene Affäre dazu bei, dass Politiker allerorts in der Weimarer Republik bemüht waren, ihre Persönlichkeit aus politischen Angelegenheiten herauszuhalten: Die Diskussion um das Badehosenbild führte ihnen die Gefahr vor Augen, die ein öffentlicher Auftritt als gewöhnlicher Privatmensch barg.

Diese Erfahrungen ließen es geboten erscheinen, Abstand zur Wählerschaft zu wahren. Wie aus dem 19. Jahrhundert gewohnt, als Volksvertreter von unten dies zur Unterstützung ihres Emanzipationsanspruchs hervorkehrten,⁶⁶ blieben Politiker in Deutschland so bemüht, sich als ernsthafte und gewichtige Figuren zu inszenieren. Das entsprach schließlich auch ihrem sozialen Hintergrund: Gerade als Aufsteiger mussten viele von ihnen, anders als ihre britischen Kollegen, keine Kluft nach unten überwinden. Stattdessen suchten sie zu beweisen, dass sie der hohen Bedeutung des politischen Betriebs gewachsen waren. Zugleich lag darin aber auch eine Schwierigkeit für die deutschen Kandidaten und Parlamentarier, die im Vergleich mit Großbritannien geradezu paradox wirkt. Denn obwohl in diesem Kontrast eher das britische politische Personal als abgehoben gelten konnte, war es ausgerechnet in Deutschland, dass Klagen über die fehlende Bodenhaftung von Volksvertretern laut wurden: Hier war die Forderung nach Gleichheit zwischen den Repräsentanten und den Repräsentierten um einiges lauter als in Großbritannien.

Diese Erwartung zeigt sich im Kontrast nirgendwo deutlicher als an den Diskussionen um die Vergütung der Abgeordneten in beiden Ländern. In Deutschland erreichte diese nach den turbulenten Inflationsjahren ab Juni 1924 ein stabiles Niveau zwischen 562 und 750 Mark. Das entsprach etwa der Hälfte eines Professorengehalts sowie ungefähr 80 Prozent eines Beamtenolds im höheren Dienst, aber dem drei- bis dreieinhalbfachen Lohn eines Industriearbeiters. Im internationalen Vergleich war das nicht außergewöhnlich viel, dennoch erregte die Höhe der Diäten in der Weimarer Republik Missfallen. Dazu kam noch die Bahnfahrkarte, mit der Parlamentarier kostenfrei im Reich umher reisen konnte. Abgeordnete nutzten diese nicht nur für dienstliche Zwecke, und dass sie dabei auch noch das Privileg genossen, in der ersten Klasse sitzen zu dürfen, erhob sie in den Augen vieler Zeitgenossen unanständig weit über das Los der Durch-

⁶⁶ Dazu: Schröder, *Von großen Männern* (2011).

schnittsbürger. Es ist bezeichnend, dass der Reichstag in Deutschland die Abgeordnetendiäten 1923 an die Entwicklung von Beamtengehältern kopelte, um der Empörung zu entgehen, die sonst bei Erhöhungen durch die Öffentlichkeit schallte.⁶⁷

In Großbritannien störte die Vergütung für Parlamentarier dagegen praktisch niemanden. Die 400 Pfund jährlich, die britische Abgeordnete erhielten, lagen in einer ähnlichen Größenordnung wie die deutsche Aufwandsentschädigung. Mitte der 1920er erhielten Parlamentarier im Unterhaus etwas weniger als das Dreifache von Arbeitern und das Zweieinhalbfache des Durchschnittseinkommens. Im Vergleich mit den Berufsklassen des Zensus war ihr Einkommen immer noch etwas mehr als das der niedrigeren akademischen Berufe (etwa 320 Pfund); weniger verdienten Parlamentarier in dieser Klassifikation nur als die höheren Professionen (582 Pfund) sowie die leitenden Führungskräfte (480 Pfund). In Großbritannien schien aber niemand den Abgeordneten ihre Diät zu neiden. Wenn überhaupt, dann wurde ihre Vergütung eher als verhältnismäßig niedrig diskutiert, auch mit Verweis auf die erheblichen Ausgaben, die Abgeordnete für ihre Arbeit davon tätigen mussten. Als das Unterhaus die Diäten 1937 auf einen Schlag um die Hälfte auf 600 Pfund erhöhte und die Abgeordneten sich damit in die oberen fünf Prozent aller Einkommen katapultierten, gab es bezeichnenderweise keinerlei öffentlichen Aufruhr – obwohl zur selben Zeit hohe Arbeitslosigkeit herrschte.⁶⁸

Die Sehnsucht nach sozialer Gleichheit zwischen Bürgern und politischer Klasse war also in Deutschland stärker ausgeprägt. Auch daraus ergaben sich die typisch deutschen Auseinandersetzungen um die Aufstellung von Kandidaturen, die alle Berufsgruppen und Bevölkerungsschichten abbilden sollten: Der Reichstag sollte dem Volk möglichst ähnlich sehen.⁶⁹ Die Distanzierung im öffentlichen Auftreten von Kandidaten und Abgeordneten stand geradewegs im Gegensatz zu dieser Erwartungshaltung. Dennoch war sie nicht unplausibel: Die Forderung nach Gleichheit war in Deutschland nämlich nur eine Seite der Medaille.

⁶⁷ Mergel, *Parlamentarische Kultur* (2012), 109–118.

⁶⁸ Vergleiche nach Routh, *Occupation and Pay* (1965), 104; Ball, *Portrait* (2013), 106; Gwyn, *Democracy* (1962), 227.

⁶⁹ Oben, S. 328–335.; Mergel, *Parlamentarische Kultur* (2012), 362–367; vgl. hierzu auch Fritzsche, *Germans Into Nazis* (1999).

Auf ihrer Rückseite waren, geradezu gegenteilig, lautstarke Klagen über die enttäuschende Mittelmäßigkeit der Volksvertreter eingraviert. Daraus speisten sich die Diskussionen um echte politische Führer, derer es nach Meinung vieler in der Republik mangelte. Oft wurde dafür das Verhältniswahlrecht verantwortlich gemacht, das die Macht von der Wählerschaft in die Hinterzimmer der Parteimaschinen verlagert habe. Hier wendete sich die zeitgenössische Kritik an den Verfahren der Kandidatenaufstellung in Deutschland gegen diejenigen, die davon profitierten. Anders als noch im Kaiserreich mussten Kandidaten nun nicht mehr persönlich in kleinen Wahlkreisen die Stimmberechtigten überzeugen, entscheidender für ihre Wahl sei ihre Beziehung zu den Strippenziehern in den Parteien und Verbänden geworden, die über die Aufstellung der Listen entschieden. Da die Erfahrung recht genau zeigte, welche Listenplätze sicher waren, würden die meisten Mandate im Grunde schon hier verteilt, und dies fördere graue Funktionärstypen – die im Weimarer Reichstag in der Tat eine bemerkenswert große Rolle spielten – statt visionärer Führungspersönlichkeiten.⁷⁰

Gleichheit und brillante Außergewöhnlichkeit, Bürgernähe und staatsmännische Ferne – dass diese konträren Erwartungen in Deutschland widersprüchlich wirkten, erkannten schon Zeitgenossen. So kritisierte der Journalist Richard Lewinsohn: Zum einen erwarte man von Parlamentariern die „Gebärde und das Auftreten eines Heldenentors“, die Gage eines solchen billige man ihnen aber nicht zu, weil man vom Abgeordneten als „Mann des Volkes“ umgekehrt katonische Strenge erwarten.⁷¹ Ein Widerspruch musste das aber nicht unbedingt sein. Hätte man wahrhaft beeindruckenden politischen Führungspersönlichkeiten diese Gage vielleicht durchaus gegönnt? War es nicht gerade das Mittelmaß der in geordneten Bahnen als „Bonzen“ aufgestiegenen Volksvertreter, das die Missgunst über ihre relativ gute Bezahlung auslöste?

Das legte an die Weimarer Volksvertreter allerdings einen äußerst hohen Anspruch an, der zudem ein doppelter war. Einerseits sollten sie herausragend sein und führen können, wie es auch dem Sprachbild des Politikers als Führer entsprach. Andererseits galt Bürgernähe als eine

⁷⁰ Goverts, Wahlverfahren (1930); Koellreutter, Reichstagswahlen (1930), 27 f.; vgl. Mergel, Parlamentarische Kultur (2012), 367–374; Schanbacher, Wahlen (1982), 113–116.

⁷¹ Lewinsohn, Geld (1931), 106 f.

Tugend, die gerade in der Demokratie ein großes Gewicht besaß. Das Moment, „einer von uns“ zu sein, aus dem sich die „Führer“-Figur ebenfalls speiste, blieb von großer Bedeutung. Diesen Spagat zu meistern, war dabei kein spezifisch deutsches Problem, sondern eine Aufgabe, die für die parlamentarische Demokratie schlechthin kennzeichnend war. Auch in Großbritannien galt es schließlich, Distanz und Nähe zwischen Bürgern und Politikern zu balancieren, wenn wohlhabende Kandidaten und Abgeordnete die soziale Kluft zu ihren Wählern durch Nahbarkeit in der Rolle als Volksvertreter ausglich.

Der Unterschied zwischen Deutschland und Großbritannien gründete hier also nicht in prinzipiell unterschiedlichen Erwartungen gegenüber der politischen Klasse. Doch zum einen lagen in der Weimarer Republik die Forderungen an beiden Enden weiter auseinander – die deutsche Öffentlichkeit wollte zugleich mehr Gleichheit und mehr Außergewöhnlichkeit. Und zum anderen – und das war der bedeutendere Unterschied zwischen der jungen Republik und der alten parlamentarischen Monarchie – konnte in Deutschland die eine Rolle gegen die andere ausgespielt werden, als schlossen sie sich gegenseitig aus. Vor allem darum war es für Volksvertreter in Deutschland schwieriger als für ihre britischen Kollegen, die öffentliche Doppelerwartung auszufüllen.

Kam nämlich ein Politiker in Deutschland aus gehobenen Kreisen, wurde ihm dies mit Nachdruck als undemokratisch vorgeworfen: So erging es Franz von Papen 1932, als von der extremen Rechten bis zur extremen Linken gegen sein „Kabinett der Barone“ und seine „Herrenklubregierung“ gewettert wurde.⁷² Wer sich dagegen aus einfachen Verhältnissen hochgearbeitet hatte, dem konnten diese ebenso vorgehalten werden: Das war der Hintergrund der Anfeindungen, die sich kurz nach dem Krieg von bürgerlicher Seite über Friedrich Ebert ergossen. Wie konnte ein einfacher „Sattlergeselle“, der das Regieren nie gelernt hatte, so die verbreiteten

⁷² Etwa: Antifaschistische Aktion, Flugschrift Nr. 1 (KPD), Juli 1932, sowie: Am 31. Juli (Zentrum), Juli 1932, StALu, Ds 588/18; Der 6. November (NSDAP), Nov 1932, StALu, Ds 588/19; Abrechnung! (SPD), Juli 1932, LAV NRW, Abt. Westfalen, Oberpräsidium Münster, Nr. 4320, 293–306; Eine Abrechnung mit Hugenberg und von Papen (NSDAP), 1932, StAMs, Stadtgeschichtliche Dokumentation, Nr. 62.1/7; auch Stump, Zentrumspartei Düsseldorf (1971), 89; Stadel, Reichstagswahlen (1993), 165, 179, 213, 222, 237 f.; Paul, Aufstand (1992), 105 f.

Vorwürfe, nun einen Staat lenken, wie es vor dem Krieg nur Adlige getan hatten? Aus dieser Sicht mussten soziale und politische Stellung zusammen passen, und das taten sie bei Ebert und vielen anderen nicht, die nun in die Regierungsverantwortung aufstiegen.

In Großbritannien waren derartige Vorhaltungen öffentlich kaum ein Thema. Ramsay MacDonald, der sich hier aus nicht minder einfachen Verhältnissen bis zum Premierminister hochgearbeitet hatte, musste keine Diffamierungen wie Friedrich Ebert erleiden. Offensichtlich hatte dieser Unterschied etwas mit Gewohnheit zu tun. In Großbritannien war es schon lange üblich gewesen, dass die ganz unten in den Wahlkreisen gewählten Abgeordneten bis ganz oben in die Regierung an die Spitze der Nation aufstiegen und damit eine Vielzahl politischer Rollen in einer Person vereinigen mussten. In Deutschland dagegen war das bis zum Ende des Weltkriegs ein Privileg derjenigen geblieben, die sich über den Staatsdienst beruflich qualifiziert hatten oder über Verbindungen zur Krone verfügten. Erst mit der Parlamentarisierung war für Volksvertreter zu der Verteidigung von Wählerinteressen die Teilhabe an der parlamentarischen Regierung hinzugekommen, die noch ungewohnt war.

Auch darum fiel es in Deutschland nicht leicht, die verschiedenen Funktionen eines Abgeordneten in der Demokratie miteinander in Einklang zu bringen: zugleich Staatsmann als auch Volksvertreter, gleichzeitig einer wie das Volk und einer der Besten an seiner Spitze, bürgernah und professionell distanziert in einem. Auch in den öffentlichen Selbstinszenierungen und Erwartungen gegenüber Politikern zeigte sich so in der Weimarer Republik, was das letzte Kapitel zur Wählerschaft sichtbar gemacht hat: Die deutsche Gesellschaft tat sich schwer damit, unterschiedliche soziale Rollen miteinander zu vereinbaren, die leicht in Widerspruch zueinander geraten konnten. Das wirkte sich schließlich auch darauf aus, wie die Vertretungsverhältnisse in den parlamentarischen Systemen beider Länder funktionierten.

Enttäuschte Versprechen

Die modernen Massendemokratien sind Repräsentativsysteme: Die Bürger entscheiden nicht direkt über öffentliche Angelegenheiten, sondern bestellen dafür Vertreter. Damit ist in das System eine potenzielle Pro-

blematik eingebaut, angelegt in der Doppelrolle der Abgeordneten. Zum einen sind sie als Volksvertreter gewählt, die Ansichten der Bürger zu vertreten – zum anderen müssen sie als Parlamentarier verhandeln. Beides kann in Widerspruch zueinander geraten, denn eine Festlegung auf eine bestimmte Position durch die Wählerschaft kann der Kompromissfindung im Parlament im Weg stehen.

Klassisch hat Edmund Burke dieses Problem auf zwei idealtypische Repräsentanten zugespitzt: Soll dieser wie ein Delegierter mit seinem Mandat an einen Befehl gebunden sein, auch gegen seine eigenen Überzeugungen? Oder soll er, wie ein unabhängiger Treuhänder, völlig frei im Interesse der Allgemeinheit selbst gegen den ausdrücklichen Willen der Repräsentierten entscheiden können? Dieses Dilemma ist zu grundlegend, als dass es sich zugunsten einer der Positionen auflösen ließe. Es verweist darauf, dass Repräsentation in den Massendemokratien prinzipiell mit einem Problem belegt ist: Wie muss die eigene Stimme der Repräsentierten, die unabhängig von ihren Repräsentanten sprechen können, von letzteren berücksichtigt werden?⁷³

Dazu gibt es in verschiedenen Gesellschaften zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Erwartungen, welche die Grenzen legitimer Repräsentation bestimmen. Insofern prägt das Verhältnis von Bürgern zu ihren Repräsentanten ganz fundamental, wie das System insgesamt funktioniert und welche politische Entscheidungsfindung es möglich macht. Für die britische und die deutsche Zwischenkriegszeit beschäftigen wir uns damit im Folgenden anhand von drei beispielhaften Fällen, in denen Abgeordnete ihren Versprechungen nicht nachkommen konnten, in denen sie unbeliebte Entscheidungen trafen und diese anschließend verantworten mussten. Gerade in solchen Situationen wurden die Erwartungen darüber sichtbar, wie weit die Abgeordneten mit ihren Wählern übereinstimmen sollten: Die Beziehungen zwischen Politikern und Bürgern und damit die parlamentarischen Systeme in beiden Ländern mussten sich vor allem im Grenzfall beweisen.

In Großbritannien zeigt beispielhaft die Krise der Landwirtschaft, wie Abgeordnete in Rechtfertigungsnöte gelangen konnten. Unter weltweitem Konkurrenzdruck waren seit dem Krieg vielerorts die Löhne für die Land-

⁷³ Dazu immer noch grundlegend: Pitkin, *Representation* (1967), hier bes. Kap. 7.

arbeiterschaft stetig im Sinken begriffen. Anfang der 1920er Jahre sprach man von einigen Regionen, wo die Landarbeiter nur noch 25 Schilling Lohn pro Woche erhielten, als „Hunger-Gegenden“. Besserung war nicht in Sicht, und die Farmer versuchten, die Lohnkosten weiter zu drücken. Auch der ländliche Wahlkreis Cambridgeshire konnte zu diesen „Hunger-Gegenden“ gezählt werden. Hier trat erstmals im Dezember 1923 Richard Briscoe an, der uns bereits begegnet ist: in Abwesenheit, vertreten von seinem unpolitischen Bruder, der seine Fehlzeiten im Parlament zu verteidigen versuchte. Durch übermäßige parlamentarische Ambitionen fiel Briscoe jedenfalls nicht auf.

Briscoes Strategie in seinem ersten Wahlkampf bestand darin, das Programm des Premiers Stanley Baldwin zu unterstützen, wobei er besonders die Maßnahmen für die Landwirtschaft hervorhob, die Baldwin in seinem Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bewarb. Bauern sollten eine Subvention von einem Pfund pro Morgen Ackerland erhalten können, sofern sie den Landarbeitern auf ihrem Hof einen Lohn von mindestens 30 Schilling die Woche zahlten. Briscoe spitzte Baldwins Vorschlag im Laufe seiner Kampagne immer weiter zu und erweckte den Eindruck, als würde er sich für einen allgemeinen Mindestlohn für die Landarbeiterschaft einsetzen. Die Arbeiter stünden vor einer „großen Entscheidung“, versicherte er am Vorabend des Wahltages: Mit ihrer Stimme könnten sie dafür sorgen, dass sie in Zukunft fünf Schilling mehr für einen „garantierten Mindestlohn“ von 30 Schilling erhalten würden.⁷⁴

Briscoe wurde gewählt, die Konservativen erhielten insgesamt jedoch keine Mehrheit für ihr Programm. Dennoch brachten ihn seine Versprechungen in Bedrängnis, als kaum elf Monate später nach dem Sturz der Labour-Regierung erneut gewählt wurde. Auf seinen Versammlungen wurde Briscoe von Wählern immer wieder auf die fünf Schilling angesprochen, „die er uns versprochen hat“, und auch sein Gegner von der Labour Party, G. T. Garratt, ließ nicht locker – schließlich würde er selbst auch nicht herumlaufen und Versprechungen abgeben, die er nicht einlösen könne, argumentierte dieser. Darüber hinaus habe Briscoe im Parlament

⁷⁴ Briscoes Wahladresse; *The Cambridgeshire Elector* (Wahlzeitung), 6. 12. 1923, CArch, 416/O.34 („guaranteed weekly minimum wage“); *Vote to Save Agriculture*, CC, 5. 12. 1923; vgl. Mr. Baldwin's Adress, T, 19. 11. 1923; „Lincolnshire“, *Farming Subsidy*, T, 26. 11. 1923 („starvation areas“).

sogar argumentiert, ausgerechnet in seinem ländlichen Wahlkreis gebe es eine enorme Anzahl an Personen, die gegen jedwede Festlegung eines verbindlichen Mindestlohns für die Landarbeiterschaft seien.

Ihren Höhepunkt fand die Auseinandersetzung eine Woche vor dem Wahltag in einem Klassenzimmer in Great Wilbraham. Hier steigerten sich die Unterbrechungen seiner Rede, die mittlerweile zu einem üblichen Merkmal seiner Versammlungen geworden waren, zu einem regelrechten Tumult: Ausgehend von „ein oder zwei Hitzköpfen und Jugendlichen“ sowie einem Dorfbewohner, der „mit einem Stock durch die Gegend fuchtelte“, um „seinen Ansichten Nachdruck zu verleihen“, wurde Briscoe massiv mit den „30 Schilling“ unter Druck gesetzt, die er schuldig geblieben war. Als er die Versammlung verlassen wollte, wurde die Situation brenzlich. Man versperrte ihm den Ausgang, und nur mit der Hilfe eines Polizisten und einiger Unterstützer erreichte er das Auto – um unter dem „höhnischen Gelächter des Mobs“ davon zu fahren.⁷⁵

Wie typisch war allerdings diese Kontroverse? Auch in vielen anderen ländlichen Wahlkreisen hatten Konservative 1923 mit den 30 Schilling aus Baldwins Programm geworben. Anderswo waren die Reaktionen aber deutlich nüchterner geblieben. Davon berichtete etwa aus einer anderen „Hunger-Gegend“ der Labour-Politiker Noel Buxton, dem nicht weit entfernt in Norfolk sein konservativer Gegner ebenso mit einem Slogan von „5 Schilling extra pro Woche“ zusetzte. Buxton zufolge war die Stimmung im Wahlkreis eher von Skepsis geprägt – könne ein Vorhaben mit so vielen Wenns und Abers wie das Programm der Torys tatsächlich das grundlegende Problem lösen? Hinzu kamen empörte Reaktionen unter einigen Wählern, die wie Politiker im Parlament in der Wahlparole einen billigen Bestechungsversuch erkannten: Ob der Vorschlag nicht „unter die Korruptionsgesetze fiele“, habe ein Landarbeiter bei einer Versammlung

⁷⁵ County Conservative's Campaign, County Labour Campaign, CDN, 14. 10. 1924 („We would like that five ‚bob‘ he promised us.“); County Labour Campaign, ebd.; Hansard, Serie V (Commons), Bd. 174, 2. 6. 1924, 973; Capt. Briscoe & the Liberals, CDN, 27. 10. 1924; vgl. Captain Briscoe's Lively Night, CDN, 18. 10. 1924; „Deliberate Misrepresentation“, CDN, 22. 10. 1924 („one or two hot-heads and youths“, „brandishing a stick to enforce [...] his own views“, „our thirty bob“, „derisive howl from the mob“).

gefragt.⁷⁶ Insgesamt schien dies die typischere Reaktion zu sein: Außerhalb von Cambridgeshire blieb ein allgemeiner Aufschrei aus.

Einiges spricht also dafür, in den Geschehnissen um Richard Briscoe einen Ausnahmefall zu sehen. Es brauchte besondere Umstände, um einen Abgeordneten in Großbritannien unter solchen Rechtfertigungszwang zu setzen: Neben dem Wahlversprechen war da noch die ungeschickte erste Rede eines wenig erfahrenen Politikers im Unterhaus, der vielleicht nicht damit gerechnet hatte, dass er sie einmal vor seinen Wählern würde verteidigen müssen. Schließlich spielte auch die gekonnte Zuspitzung durch den Gegner eine Rolle, der den „wichtigen Teil“ aus Briscoes Parlamentsrede vervielfältigen und im Wahlkreis als Flugblatt verteilen ließ. Die Konservativen selbst versuchten denn auch, die Angriffe auf Briscoe als eine Kampagne der Tatsachenverdrehung abzutun.⁷⁷

Zugleich demonstriert die Episode im Vergleich zu Deutschland einige charakteristische Eigenheiten der Auseinandersetzung in Großbritannien. Typisch war so die Zuspitzung eines komplexen politischen Programms auf das einfache und äußerst konkrete Versprechen von 30 Schilling in der Woche für den einzelnen Arbeiter. Wichtiger noch war die ebenso klar greifbare Verantwortlichkeit in der Kontroverse, die sich aus der Personalisierung der Kampagne ergab: Es war der Abgeordnete Richard Briscoe, der ein Versprechen gegeben hatte und der nun persönlich dafür geradestehen musste. Dafür musste er sich in unmittelbarer Nähe den Anfeindungen aus der Wählerschaft aussetzen. Diese waren heftig, zum Teil wurde Briscoe gar körperlich bedroht – dennoch blieb die ganze Auseinandersetzung für ihn in gewisser Hinsicht ohne Konsequenzen. Letztlich schien sich nämlich die Wählerschaft insgesamt seiner Urteilsfähigkeit bereitwillig unterzuordnen: Allem Wahlkampfgetöse zum Trotz wurde Briscoe mit einer komfortablen Mehrheit von 59 Prozent der Stimmen wiedergewählt.⁷⁸ Die gleiche Sprache sprachen die nüchternen bis skeptischen Reaktionen außerhalb von Cambridgeshire: An Wahlkampfversprechungen hefteten

⁷⁶ Noel Buxton, *Rural Electorate & the Farming Dole*, LM, Jan 1924, 402 f. („5s. extra a week“, „came under the Corrupt Practices Act“); Alfred Stephens, Carmarthen, 1923, CPA, PUB 229/3/15, 7; Hansard, Serie V (Commons), Bd. 176, 28. 7. 1924, 1825; zu Norfolk: Howkins, *Poor Labouring Men* (1985), Kap. 8.

⁷⁷ „A Fine Party Stunt“, CDN, 22. 10. 1924 („the important part“); County Electors' Choice, CC, 22. 10. 1924.

⁷⁸ Conservatism Triumphant in Town and County, CC, 5. 11. 1924.

sich keine allzu großen Hoffnungen, was den britischen Abgeordneten große Freiheit in ihrer parlamentarischen Tätigkeit einräumte.

In Deutschland war diese deutlich kleiner. Allerdings zeigte sich das in einer etwas anderen Form als bei den Auseinandersetzungen in Großbritannien. Ein ähnlich gelagerter Fall eines Abgeordneten in Rechtfertigungsnot lässt sich hier nämlich nicht so detailliert beschreiben. Schließlich konzentrierten sich Propaganda und Berichterstattung hier, wie gesehen, weniger auf einzelne Personen und mehr auf die Sache und abstrakte Programme. Auch daran lässt sich aber in Auseinandersetzungen um enttäuschte Versprechungen ablesen, welche Erwartungen die Öffentlichkeit an das Abgeordnetenmandat stellte. Exemplarisch zeigen das zwei große und wohlbekannte Debatten der Zeit, die hier nur eine kurze Skizze erfordern, um einige charakteristische Punkte herauszustellen.

Einmal war das die Kontroverse um die Aufwertung der Vermögen und der Schulden, welche die Inflation fast gänzlich vernichtet hatte. Bis 1923 fraß die rasante Geldentwertung in Deutschland große Vermögen auf, darunter auch etwa 25 Milliarden Mark an Ersparnissen, die 1917 noch auf knapp 31 Millionen privaten Sparkonten gelegen hatten.⁷⁹ Zugleich hatten sich Schuldner gegenüber ihren Gläubigern mit billigem Papiergeld von jeglichen Lasten befreien können. Als die Währungsreform die Verhältnisse stabilisiert hatte, forderten darum allenthalben die Verlierer der Inflation eine Entschädigung in Form einer Wiederaufwertung der verlorenen Vermögen oder der wertlos gewordenen Schulden. Als bei den beiden Reichstagswahlen im Mai und im Dezember 1924 die Aufwertungsfrage überall zu einem zentralen Thema des Wahlkampfs wurde, gerierte sich insbesondere die DNVP als Vertreterin der mittelständischen Inflationsopfer. Da die Deutschnationalen sich bis zu diesem Zeitpunkt nie selbst an einer Regierung beteiligt hatten, fiel ihnen das leicht. Typisch für die Nähe von Parteien zu Interessenverbänden in Deutschland stellte die DNVP den Ehrenvorsitzenden des einflussreichen Hypothekengläubiger- und Sparerschutzverbandes, Georg Best, an sicherer Stelle ihrer Reichsliste auf und garantierte ihm so einen Sitz im Parlament. Mit Best würde ein „anerkannt hervorragender“ Vertreter der „betrogenen Sparer und Hypothe-

⁷⁹ So Jones, *Inflation* (1979), 147. Für das Folgende daneben v. a. Childers, *Inflation* (1982).

kengläubiger“ in den Reichstag einziehen, warben die Deutschnationalen in Westfalen.

Es ist bezeichnend für den Stil der deutschen Wahlwerbung, dass anders als in Großbritannien allerdings wenig über konkrete Beträge gesprochen wurde. Den deutschen Inflationsopfern wurde nicht wie den britischen Landarbeitern eine feste Summe im Fall eines Wahlerfolgs zugesagt. Die Debatte kreiste sehr viel abstrakter um die allgemeinen „Anforderungen der Moral und Gerechtigkeit“, wie es ein Redner in seinen dreistündigen Ausführungen zu der Frage bei einer Versammlung in Münster ausdrückte. Wer darüber spekulieren wollte, was ihm seine Stimme für die DNVP im Geldbeutel bringen mochte, musste sich selbst in die Materie einarbeiten: Georg Best hatte einen Gesetzentwurf erarbeitet, den die Deutschnationalen als Teil ihrer Wahlwerbung in Zeitungsbeilagen verteilen ließen. Auch Kandidaten anderer Parteien hielten sich mit eindeutigen Versprechungen bedeckt und gaben stattdessen eher grundlegende Erklärungen ab.⁸⁰

Statt eines konkreten Versprechens hatte man es in Deutschland also eher mit vagen und vorsichtigen Ankündigungen zu tun. Schließlich konnte hier auch keine Partei davon ausgehen, eine absolute Mehrheit zu erlangen und ein angekündigtes Programm eins zu eins umsetzen zu können. Umso bemerkenswerter ist das Ausmaß der Enttäuschung, die sich nach der Wahl breit machte. Mit deutlichem Mandatszuwachs trat die DNVP erstmals im Januar 1925 in die Regierung, doch eine erwartete umfassende Neuregelung der Aufwertung blieb sie schuldig. Das lag nicht nur an den Verhandlungen mit den anderen Regierungsparteien – auch in der eigenen Fraktion fand sich keine Mehrheit für den Gesetzentwurf Georg Bests, dem andere wirtschaftliche Interessen entgegenstanden. Verbitterung bei vielen Wählern war die Folge.

Die Wahlversprechen hätten nur dem „Bauernfang“ gedient; es gebe keine Partei, die „mehr gegen ihre eigenen Wähler arbeitet, wie gerade die ihrige“; noch nie habe eine „politische Partei ihr Wort so schnöde und hinterhältig gebrochen“ – das war der Tenor der Briefe von Betroffenen und Anhängern der DNVP, die sich beim Fraktionsvorsitzenden Kuno

⁸⁰ „Aufwertung und Wahlkampf“, WL, 21.11.1924; Anzeigen und Beilage in WL, 5.12.1924; Jones, *Inflation* (1979), 153–156.

von Westarp stapelten.⁸¹ In düsteren Tönen beschwor auch in Münster ein verbittertes „Inflationsoffer“ in einem offenen Brief Konsequenzen: Elend und Not hätten wie bei einer Münze, die zu lange im Umlauf war, die Charakterstärke der Sparer abgegriffen; viele von ihnen würden nun unterbewusst nach einem Vers aus Vergils Aeneis handeln: „Flectere si nequeo superos, acheronta movebo“ – wenn es mir nicht gelingt, die Götter umzustimmen, so werde ich die Unterwelt in Bewegung setzen.⁸²

Gegen die Vorhaltungen versuchten die Deutschnationalen sich in der Sprache nationaler Verantwortlichkeit und ökonomischer Notwendigkeiten zu verteidigen: Ohne den Druck der DNVP hätte es überhaupt keine Aufwertung gegeben; ferner könne man nicht vollkommen einseitig nur die Interessen einer Gruppe berücksichtigen; schließlich sei ein besserer Kompromiss schlicht nicht möglich gewesen, weil der Versailler Vertrag der gesamten Wirtschaft so schwere Lasten auferlegt hätte. Mit dieser Art von Rhetorik war die DNVP keineswegs allein. Die Argumentation mit Sachzwängen war seit der Revolution ein typisches Merkmal der öffentlichen Kommunikation aller Parteien, die Verantwortung übernahmen und darauf bemüht erschienen, ihre Leistungen gegen höhere Erwartungen zu verteidigen – ein Kennzeichen dafür, dass sie sich beinahe permanent unter Rechtfertigungsdruck sahen.⁸³ (Eine gewisse Verlängerung hat die zeitgenössische Betonung von Zwängen in der Weimar-Forschung gefunden: Es ist kein Zufall, dass auch die Geschichtswissenschaft sich ausgiebig mit der Frage von Zwangslagen und Handlungsspielräumen in der Weimarer Politik beschäftigt.)⁸⁴

In den 1920er und 1930er Jahren schien die Verteidigung mit den Sachzwängen nur wenig Erfolg zu haben. Das merkte die DNVP sehr schnell nach ihrem ersten großen Wahlerfolg. Anders als Richard Briscoe und

81 Ohnezeit, DNVP (2011), 290–296, Zitate 295; Dörr, Deutschnationale (1964), 325–332, Zitat 330, Anm. 162.

82 Der offene Brief eines Betrogenen; Das Erwachen der betrogenen Gläubiger und Sparer, VM, 25. 3. 1925.

83 Childers, Inflation (1982), 423–428; bes. prägnant z. B.: Schreiber, Diskussionsfragen (1924), 7 f.; Flugblatt: Die Sozialdemokraten sind schuld! (SPD, 1930), StALu, Ds 588/14; vgl. Mergel, Parlamentarische Kultur (2012), 348–352.

84 Anregend dazu: Ferguson, Constraints (1996), bes. 635–643. Die klassische Kontroverse hat kürzlich eine Neuauflage gefunden, die den alten Argumenten aber kaum etwas hinzuzufügen hat: Müller, Wirtschaftspolitik (2014); Köster, Keine Zwangslagen? (2015).

die Tories in Großbritannien erlitten die Deutschnationalen nämlich schon bei den folgenden Landtagswahlen eine empfindliche Niederlage; bei der Reichstagswahl von 1928 verlor die Partei im Vergleich zum Dezember 1924 fast ein Drittel ihrer Stimmen und ihres Wähleranteils. Den traditionellen liberalen Parteien, die sich ebenso sparer- und gläubigerfreundlich gegeben hatten, erging es nicht anders. Der anonyme Mahner aus Münster schien recht zu behalten: Wie statistische Analysen der Wählerwanderung zeigen, wandten sich viele Wähler enttäuscht von der DNVP ab, um zunächst einer der vielen kleinen Interessenparteien und schließlich den Nationalsozialisten ihre Stimme zu geben.⁸⁵

Im Vergleich mit Großbritannien hatte die deutsche Wählerschaft ungleich höhere Ansprüche an Wahlprogramme: Selbst von vagen Versprechungen erwartete man hier viel. Für Kompromisse, für die Zwänge und die Notwendigkeiten, mit denen die Volksvertreter sich vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen versuchten, schien es wenig Verständnis zu geben, wie die Wähler mit dem Stimmzettel demonstrierten. Wie bei den widersprüchlichen Forderungen zum Auftreten der Abgeordneten, die einerseits einfache Leute aus dem Volk, andererseits zu einer Auslese aus den Besten gehören sollten, waren die Erwartungen der Weimarer Gesellschaft an ihre Volksvertreter geradezu „absurd“ hoch.⁸⁶ Mit diesen Voraussetzungen umzugehen, war keine einfache Sache.

Zunehmend gelangte die Problematik des Umgangs mit diesen Erwartungen in das Bewusstsein der Zeitgenossen, wie ein letzter Fall zeigt: die bekannte Kontroverse um den Bau des Panzerkreuzers A Ende der 1920er Jahre. Im Wahlkampf hatten die Sozialdemokraten 1928 überall im Reich mit der Parole „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“ gegen das Kriegsschiff agitiert, in dem viele Anhänger der Partei vor allem ein Symbol für eine befürchtete Remilitarisierung der Gesellschaft sahen.⁸⁷ Nach der Wahl brachte das die SPD in die Bredouille, denn die Koalitionäre in der gemeinsamen Regierung bestanden auf einer Fortsetzung des Projekts. Und tatsächlich stimmte das Kabinett unter dem sozialdemokratischen

85 Falter, *Hitlers Wähler* (1991), 118–120; Vogel/Nohlen/Schultze, *Wahlen in Deutschland* (1971), Tab. A11, 296 f.

86 So Mergel, *Parlamentarische Kultur* (2012), 362.

87 Etwa: „Kein Geld für Kinderspeisung!“, PP, 12. 5. 1928; „Es ist kein Geld da!“ PP, 8. 5. 1928.

Reichskanzler Hermann Müller schließlich im August 1928 dem Bau des Kriegsschiffs zu.

An der Parteibasis schäumten die Genossen gegen den Beschluss, der diametral zu ihren eigenen Wahlversprechungen lag. Politisch kostete die Affäre einiges an Kapital: Auf parteiinternen Druck stellte die SPD-Fraktion als größte Regierungspartei selbst den Antrag, den Bau des Panzerkreuzers zugunsten einer Kinderspeisung einzustellen. Die Abstimmung ging verloren, aber die Kriegsschiffgegner in der Partei errangen einen symbolischen Sieg, denn auch die sozialdemokratischen Minister folgten der Fraktionsdisziplin: Sogar Reichskanzler Hermann Müller stimmte gegen den eigenen Kabinettsbeschluss.⁸⁸

In der Rückschau mahnten Zeitgenossen an, dass all dies vermeidbar gewesen wäre. Es hätte überhaupt keine Veranlassung gegeben, im Wahlkampf gegen den Panzerkreuzer zu agitieren; und dass dieser in einer Großen Koalition ohnehin kommen würde, hätte man wissen können. Nun räche sich, meinte selbstkritisch der sozialdemokratische Journalist Max Cohen, dass die „Führer“ im Wahlkampf nicht genug Augenmerk auf die möglichen Erfordernisse von Bündnissen im Parlament gehabt und nichts gegen die „törichte Agitationsweise“ getan hätten. Fortan müsse die SPD ihre gesamte Propaganda weniger von den emotionalen Reflexen an der Basis und mehr von der „politischen Wirklichkeit“ bestimmen lassen; vor allem dürfe sie in der Wahlagitation nicht mehr Dinge versprechen, die sie nachher nicht einlösen könne.⁸⁹ Was Cohen und andere forderten, war ein stärker taktisch geprägter Umgang mit der öffentlichen Erwartungshaltung, um nicht noch deren Unnachgiebigkeit zu bestärken.

In Großbritannien agierte die politische Elite vorsichtiger – gerade führende Politiker neigten dazu, den eigenen Handlungsspielraum möglichst eng zu konturieren. Damit ließ sich der Gefahr begegnen, mit den tatsächlichen Handlungen Enttäuschungen zu provozieren. So hatte Stanley Baldwin seinen Vorschlag zur Unterstützung der Landwirtschaft 1923 schließlich bewusst an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, die einen Rücktritt von seiner Verwirklichung erleichterten. Noch vorsichtiger hatte sich vor Baldwin bereits sein Vorgänger, Andrew Bonar Law, mit der

⁸⁸ Wacker, *Bau* (1959), 79–87, 107–109, 134–145.

⁸⁹ Max Cohen, *Agitation gegen Politik*, *SozM*, 34 (1928) 9, 737–741, Zitate 738, 741.

Agrarkrise beschäftigt. Von Law ist die Äußerung überliefert, es gebe keinen größeren Fehler in der Staatskunst, als Vorschläge zu machen, die nach Lage der Dinge unmöglich seien.⁹⁰ Entsprechend handelte er, als er im Frühjahr 1923 Vertreter der Bauernschaft und der Landarbeiter empfing: Jeglichen ihrer Bitten um staatliche Unterstützung erteilte er eine unmissverständliche Absage.

Mehr noch, Law versuchte selbst die Erwartung zu dämpfen, dass die Politik *überhaupt* Hilfe oder gar eine Lösung der Probleme bringen könne: Die Forderungen nach finanziellem Beistand würden, so Law, darauf hinaus laufen, dass die Regierung die Nahrungsmittelproduktion übernehmen müsse – das sei allerdings keine Option, denn der Staat könne nicht für das Funktionieren eines Wirtschaftszweigs verantwortlich gemacht werden. Wie jede andere Branche müsse auch die Landwirtschaft sich aus ihrer eigenen Profitabilität finanzieren. Ausdrücklich machte Law bei dieser Absage deutlich, dass er sich auch in keinerlei Verpflichtung sah: Schon bei der letzten Wahl habe er über all diese Dinge nachgedacht und befunden, dass er keinerlei Zusagen geben könne. Schließlich erlaubte er sich darum darauf hinzuweisen, dass er kein Versprechen breche.⁹¹

Konkrete Versprechen zu vermeiden und damit Erwartungen zu dämpfen, schien auch die Lektion zu sein, die Richard Briscoe in Cambridgeshire lernte. Schon als er 1924 das erste Mal mit dem früheren Wahlversprechen des Mindestlohns von 30 Schilling konfrontiert wurde, beteuerte er statt konkreter Zusagen nur noch, dass er nicht mehr als diese eine Versicherung geben könne: „Ich werde mein Bestes für Euch tun.“⁹² Was aber bei dem unerfahrenen Politiker Briscoe ein individueller Lernprozess war, hatte in Deutschland systematischen Stellenwert: Der gesamte politische Betrieb musste sich erst an den Parlamentarismus gewöhnen.

Vor dem Weltkrieg hatten die Abgeordneten im deutschen Reichstag noch als Gegengewicht einer Regierung gegenüber gestanden, die der

⁹⁰ Der Anlass für diese Worte waren die Verhandlungen um den Anglo-Irischen Vertrag von 1921, die wie das Folgende als ein Beispiel herangezogen werden könnten. Siehe Salvidge, Salvidge (1934), 205–221, Äußerung Laws 218; dazu: Fair, Anglo-Irish Treaty (1972), 142–145; allgemein: Mergel, Identitätspolitik (2004), 205–214.

⁹¹ No Subsidy for Agriculture, T, 19. 3. 1923; z. T. zitiert in Howkins, Poor Labouring Men (1985), 156 f.

⁹² County Conservatives' Campaign, CDN, 14. 10. 1924 („I will do my best for you.“); vgl. „The Compleat Candidate“, LO, März 1922, 24 f.; vgl. oben, S. 314–317.

Monarch unabhängig von ihnen bestimmte. Trotz Möglichkeiten zur Mitgestaltung nahmen sie so prinzipiell eine Oppositionsrolle ein. In der Republik dagegen waren es gewählte Volksvertreter selbst, die nun auch Entscheidungen in den Kabinetten trafen. Dass sie sich damit noch lange schwer taten, zeigte die Affäre um den Panzerkreuzer, in dem die SPD strukturell auf die alte Positionierung als Partei gegen die Regierung zurückfiel – obwohl sie selbst diese Regierung mittrug.⁹³ Mit der Parlamentarisierung seit 1918 wurde die Bürde der oft mühsamen Kompromissfindung sowie die Last der Verantwortung auf den Schultern der Abgeordneten erhöht, die erzielten Ergebnisse vor der Wählerschaft zu vertreten. Was es hierfür brauchte, war vor allem ein geschickter Umgang mit Erwartungen auf allen Ebenen der Kommunikation mit der Öffentlichkeit: Zu hohe Ansprüche an das, was Politik leisten sollte, mussten schnell zu Enttäuschungen führen.

Die parallele Entpersonalisierung der Kampagnen in Deutschland hatte dabei gravierende Konsequenzen, wie der Kontrast mit Großbritannien ebenfalls zeigt. In den britischen Wahlkämpfen standen Einzelfiguren wie Richard Briscoe im Zentrum, die als Personen ihre eigene Politik vertraten mussten und bei Enttäuschungen auch die volle Wucht der Unzufriedenheit abbekamen. Dagegen waren Debatten wie diejenige über den Panzerkreuzer oder die Aufwertung nicht auf einzelne Abgeordnete und ihre Entscheidungen konzentriert. Das Listenwahlrecht in Deutschland führte so zu einer Diffusion von Verantwortlichkeit. Einzelne Kandidaten – und mehr noch Redner, die kein Mandat anstrebten – mussten weniger Acht geben auf ihre Forderungen und Zusicherungen, da sie für diese als Individuen weniger Verantwortung übernehmen mussten. Umgekehrt hieß das auch, dass Unzufriedenheit sich weniger an einzelnen Abgeordneten wie Briscoe in Cambridgeshire ableiten konnte. Stattdessen wuchs in der Weimarer Republik die Enttäuschung mit den Parteien und dem parlamentarischen System insgesamt, das den hohen Erwartungen an die Fähigkeit der Politik zur Problemlösung nicht gerecht werden konnte.

⁹³ Vgl. Winkler, Weimar (2005), 338.

* * *

Die Beziehung von Volksvertretern und Kandidaten zur Bürgerschaft blieben in Deutschland und Großbritannien auch in der Zwischenkriegszeit stark von den Traditionen des 19. Jahrhunderts geprägt. So hatte die unterschiedliche Entstehung und Entwicklung des Parlamentarismus in beiden Gesellschaften tiefe Spuren hinterlassen, die auch unter den Bedingungen des Massenwahlrechts nur langsam verwischten. Nach wie vor trat ein großer Teil der britischen Kandidaten in ihren Wahlkreisen den Wählern als Vertreter einer elitären Oberschicht entgegen. Auch der Aufstieg der Labour Party änderte daran wenig. Während nämlich die Arbeiterpartei die soziale Ungleichheit zwischen dem Volk und seinen Vertretern kritisierte, setzte sie einer Herausforderung der traditionellen Beziehungen zugleich Grenzen, indem sie ähnliche Eliten als ihre Kandidaten rekrutierte. Diese traten ganz wie die Vertreter der alten Parteien auf; etwas volksnäher zwar, im Prinzip aber dem aristokratischen Ethos eines Dienstes an der Gemeinschaft vor Ort folgend. Dagegen entsprach das Bild der deutschen Anwärter in vielerlei Hinsicht immer noch einer Logik aus der Zeit des Kampfes um Rechte in der konstitutionellen Monarchie des 19. Jahrhunderts: Als Anführer von unten und als Repräsentanten klar umrissener politischer Bewegungen beanspruchten deutsche Politiker, das Volk und einzelne Gruppen von ihm zur Teilhabe an der Macht zu führen.

In der Massendemokratie sahen sich dabei britische wie deutsche Politiker mit der Schwierigkeit konfrontiert, Distanz und Nähe zur Bevölkerung zu balancieren, ein Teil des Volkes zu sein und gleichzeitig zu seinen Besten zu gehören. Dieser demokratischen Doppelerwartung begegneten britische Kandidaten vor ihrem elitären Hintergrund vor allem, indem sie sich im Wahlkampf nahbar und als Menschen wie alle anderen in Szene setzten, um so den Graben zum einfachen Bürger zu überbrücken. Der in Deutschland weiter verbreiteten Typus des Aufsteigers, der als Berufspolitiker Karriere machte, musste demgegenüber umgekehrt versuchen, seine Herausgehobenheit zu betonen. Dabei wurde für deutsche Volksvertreter zu einem größeren Problem, dass man ihnen die jeweils andere Seite der Abgeordnetenrolle als Kritik vorhalten konnte: Volksnahe Repräsentanten traf der Vorwurf der Mittelmäßigkeit, herausgehobene Eliten die Klage mangelnder demokratischer Rückbindung an die Wähler.

Im Vergleich mit Großbritannien äußerte sich darin ein größeres Streben nach sozialer Gleichheit in Deutschland. Zudem zeigt sich hierin auch an Politikern die Schwierigkeit der Weimarer Gesellschaft, mit widersprüchlichen Rollenerwartungen in unterschiedlichen sozialen Kontexten umzugehen – das letzte Kapitel ist darauf ausführlicher eingegangen. Die parlamentarische Regierungsweise erforderte von den Repräsentanten, verschiedene Rollen zugleich auszufüllen, weil in der Funktion als Volksvertreter im Wahlkreis andere Regeln galten als für die Arbeit als Abgeordneter im Parlament. Dies voneinander zu trennen, fiel in Deutschland deutlich schwerer.

Der Grund dafür lag im Umfang der Vorerfahrungen: In Großbritannien war man seit jeher an die parlamentarische Regierungsweise und die Anforderungen gewöhnt, die sie an das politische Personal stellte. In Deutschland dagegen verschoben sich mit der Parlamentarisierung des politischen Systems erst nach 1918 die Gewichte, die den Parlamentariern nun weit mehr Verantwortung auf die Schultern legte. Der Spagat und die Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Abgeordnetenrollen wurde damit schwieriger; sowohl die Öffentlichkeit als auch die Abgeordneten selbst konnten nicht auf langsam gewachsene Routinen zurückfallen und mussten sich darin erst einleben.

Die unterschiedlichen Vorerfahrungen mit dem Parlamentarismus hatten schließlich Konsequenzen für die Funktionsweise des Repräsentationssystems in beiden Ländern. In Großbritannien gingen die lange eingeübten Vertretungsmechanismen in der Zwischenkriegszeit weiter ihren Gang. Ihr Kennzeichen war ein abgeklärtes Erwartungsmanagement, das die Ansprüche an die Volksvertreter und die Politik bewusst klein zu halten versuchte. Auch in der Massendemokratie ließ die Gesellschaft sich von einer paternalistischen Elite regieren, deren Urteilsvermögen sie vertraute. Dagegen erhoffte man sich in der Weimarer Republik deutlich mehr: Wie die Kehrseite zu den hohen Erwartungen an die Wählerschaft, die wir im vierten Kapitel beobachtet haben, schlug auch den deutschen Volksvertretern ein hoher Anspruch an ihre Fähigkeiten zur Problemlösung und zur Durchsetzung von Forderungen entgegen. Dass Parteien und Kandidaten diese Haltung im Wahlkampf noch fütterten, womit sie das Dilemma der Führungsschicht verschärften, drang zum Ende der 1920er Jahre zunehmend als ein Problem ins Bewusstsein der Zeitgenossen.

Doch daran etwas zu ändern, blieb in der sich nun anbahnenden wirtschaftlichen Krise kaum Zeit. Die Kompromisslosigkeit, mit der Forderungen an die Politik getragen wurden, nahm in dieser Situation in Deutschland stetig zu, wie auch die Unzufriedenheit mit den Repräsentanten, die den an sie gerichteten Hoffnungen offensichtlich nicht gerecht wurden. In Folge der Entpersonalisierung der Kampagnen seit dem Kaiserreich ließen sich diese Frustrationen zudem kaum noch an einzelnen Volksvertretern festmachen. Stattdessen verdichteten sie sich zu einer allgemeinen Enttäuschung über die Unzulänglichkeiten des Systems. Auf die genaue Dynamik dieser Entwicklung werden wir im Kontrast mit Großbritannien im übernächsten Kapitel unsere Aufmerksamkeit richten. Darin werden wir sehen, wie die Logiken der öffentlichen Auseinandersetzung, die wir in den vorangegangenen Kapiteln aus den verschiedenen Perspektiven politischer Planer, der Propagandisten, der lokalen Presseöffentlichkeit, der Vereinswelt und schließlich der Abgeordneten untersucht haben, in beiden Gesellschaften in einem unterschiedlichen Schicksal für die Demokratie mündeten.

Zunächst aber ist dafür noch ein Blick auf die Formen der unmittelbaren Auseinandersetzung nötig. Abgesehen vielleicht von den Hausbesuchen, sind diese bisher eher vereinzelt im Zusammenhang ausführlicherer Diskussionen medial vermittelter Streitigkeiten wie in Flugblättern oder Zeitungen aufgetaucht. Das liegt auch daran, dass Handlungen von Angesicht zu Angesicht von besonderer historischer Flüchtigkeit sind, weil sie nur sporadisch in Quellen zu greifen sind. Eine zentrale Wahlkampfpraxis der Zwischenkriegszeit allerdings lässt sich gut systematischer untersuchen: Politische Versammlungen. Diesen wenden wir uns als Nächstes zu, nachdem wir hier und da – insbesondere im letzten Abschnitt für die Kampagne in Cambridgeshire – bereits einige einzelne Einblicke gewinnen konnten. Auch dabei können wir in gewisser Weise die Erkenntnisse der vorangegangenen Kapitel zusammenführen. An den Veranstaltungspraktiken lässt sich beobachten, wie die öffentlichen Rollen der Wähler und ihrer Repräsentanten sowie die Logiken des Konfliktaustrags, die wir einzeln diskutiert haben, konkret vor Ort ausgespielt wurden.

III

DER STREIT

Versammlungen: Deliberation und Demonstration

Versammlungen sind ein ursprüngliches Mittel der politischen Kommunikation. In einfacher Form braucht es nicht viele Voraussetzungen, um auf diese Weise Wahlkampf zu betreiben: Ein Redner tritt einem Publikum gegenüber, das er im unmittelbaren Austausch von seiner Sache zu überzeugen versucht. Auch wenn die Arrangements meist komplexer waren, besaß diese Praxis der Kampagnenführung auch noch in der Zwischenkriegszeit in beiden Gesellschaften enorme Bedeutung. Kein Wunder: Zwar hatte die Presse massive Verbreitung gefunden, und die Anfänge des Rundfunks erlaubten einzelnen Politikern, drahtlos über große Distanz in den Häusern der Bürger zu sprechen. Aber die Volksvertreter mit allen Sinnen erlebbar zu machen, noch dazu in einem Schlagabtausch in Echtzeit, das vermochten solche Medien nicht – anders wurde das vielleicht mit dem Fernsehen im späten 20. Jahrhundert.

So lebten politische Versammlungen in der Zwischenkriegszeit gerade *von* technischen Neuerungen der Zeit. Die Entwicklung von Mikrophon und Lautsprechanlage ließ nun Veranstaltungen eines Ausmaßes zu, das bisher undenkbar gewesen wäre. Entsprechend ist es keineswegs abwegig, dass Jon Lawrence von der britischen Zwischenkriegszeit, mehr noch als vom 19. Jahrhundert, als einem „Goldenen Zeitalter der Versammlung“ gesprochen hat.¹ Auch für Deutschland liegt der Einfluss dieser Entwicklungen auf der Hand: Oder wäre eine Geschichte der Weimarer

¹ Lawrence, Masters (2009), 103 („Golden age of the meeting?“).

Republik ohne politische Massenversammlungen und die dazugehörigen Aufmärsche der Parteien denkbar? Insofern bieten sich Versammlungen als eine ideale Arena an, die Rollenerwartungen und die Annahmen über den Verlauf der Auseinandersetzung, die wir in den vorherigen Kapiteln herausgearbeitet haben, in unmittelbarer Ausführung zwischen Bürgern und Politikern zu beobachten.

Die direkte Erreichbarkeit immer größerer Menschenmengen war aber nicht der einzige Umstand, aus dem sich die Bedeutung der Veranstaltungstätigkeit ergab. Im Zeitalter der Massenmedien haben politische Versammlungen immer ein doppeltes Publikum: Nicht nur zu den Anwesenden, auch zu einer virtuellen Zuhörerschaft, die aus der Distanz über die Berichterstattung von den Vorfällen erfährt, sprechen die Redner. Gerade in Anbetracht des neuen demokratischen Massenwahlrechts erhielt diese Facette der Wahlveranstaltungen in der Zwischenkriegszeit zunehmende Bedeutung. Schließlich erreichte man auf indirektem Wege eine weitaus größere Zahl von Wahlberechtigten als nur in den Veranstaltungen selbst. Indem die Berichterstattung den Versammlungen eine größere Reichweite gab, blieb aber umgekehrt zugleich die Veranstaltungspraxis selbst für den virtuellen Wahlkampf von Bedeutung. Die hier vorgetragenen Argumente und Reaktionen auf gegnerische Vorwürfe bildeten nämlich so etwas wie einen Grundstock für die Austragung des Wahlkampfs in den Medien, die sich immer wieder auf Aussagen und Geschehnisse bezogen, die in konkreten Versammlungen an konkreten Orten vorgefallen waren.

In diesem Sinne waren Wahlveranstaltungen und die Presseberichterstattung in gegenseitigen Bezügen und Abhängigkeiten miteinander verschränkt. Das gilt es bei der Untersuchung zu beachten. Aus der zeitlichen Distanz ist es ohnehin nicht mehr anders möglich, als die Berichterstattung Dritter für Einblicke in die Versammlungstätigkeit auszuwerten – Blicke auf die Geschehnisse vor Ort erhält man also nur durch eine Brille, die von zeitgenössischen Aufmerksamkeiten und Problemwahrnehmungen getönt ist. Aber das muss man nicht als Problem sehen. Denn in dem Sinne, wie die Versammlungspraxis in einem doppelten Verhältnis zur Zuhörerschaft vor Ort und zu einem breiteren Publikum zu sehen ist, machte auch die Berichterstattung darüber mehr als nur eine zeitgenössische Reflexion aus: Sie kann vielmehr geradezu als ein *Teil* der Versammlungspraxis gelten.

Insofern sind für ihre Untersuchung auch nicht nur die Handlungen selbst wichtig, die den Berichten entnommen werden können, sondern gerade auch die Art und Weise, wie über ihren Ablauf geurteilt und welche Erwartungen an die Durchführung gestellt wurden. All das beeinflusste mit, wie Bürger und Politiker vor Ort aufeinander trafen und stritten.

Gegenüber dem doppelten Publikum hatten politische Versammlungen schließlich eine doppelte Funktion, die sich als Thema durch das Kapitel zieht. Deliberation und Demonstration mögen als Begriffe dafür auf den ersten Blick wie ein Gegensatzpaar wirken. Wie wir noch sehen werden, ist ihre Beziehung zueinander aber in vielerlei Hinsicht eine enge. Wahlversammlungen boten die Möglichkeit, sowohl anwesende Zuhörer und Zuschauer als auch solche in Abwesenheit von der eigenen Person und dem Programm zu überzeugen. Das war der Zweck der Ansprachen und des Austauschs der Argumente zwischen Rednern, Gegenrednern und denjenigen, die sich aus dem Publikum beteiligten: Wahlversammlungen waren wichtiger Teil des deliberativen Prozesses in der politischen Gemeinschaft, um die verschiedenen Positionen und Optionen abzuwiegen und am Ende für eine von davon zu entscheiden.

Um in diesem Prozess wahrgenommen zu werden, galt es mit Wahlveranstaltungen allerdings zunächst einmal, Aufmerksamkeit zu gewinnen und auch eher zufällige Beobachter in den Bann zu ziehen. Nichts war für Wahlkämpfer schlimmer, als ignoriert zu werden: Darum mussten Parteien und Kandidaten Präsenz demonstrieren – und Stärke gegenüber den Gegnern, die sich um dasselbe mühten. In Deutschland wie in Großbritannien verfolgte man mit Wahlversammlungen grundsätzlich beide Ziele: das der Überzeugung und das der Machtdemonstration. Doch der Schwerpunkt verschob sich in beiden Gesellschaften im Verlauf der 1920er Jahre zunehmend in unterschiedliche Richtungen.

Um dieser Entwicklung nachzuspüren, müssen wir zunächst einige grundsätzliche Unterschiede zwischen der Durchführung und dem Ablauf politischer Versammlungen in Deutschland und Großbritannien klären. Die ersten beiden Abschnitte beschäftigen sich darum mit dem typischen Ablauf von Wahlveranstaltungen in beiden Gesellschaften, wie er sich aus den unterschiedlichen Traditionen der Politisierung unterschiedlich entwickelt hatte. Danach gehen wir auf unterschiedliche Formen von Störungen des idealtypischen Verlaufs ein, bevor wir uns den Reaktionen

von Parteien und Kandidaten sowie ihrem Umgang mit den Störversuchen widmen. Diese offenbaren deutliche Unterschiede in den Einschätzungen des Charakters der politischen Auseinandersetzung, und sie setzten eine geradezu konträre Entwicklungsdynamik in Gang, die am Schluss des Kapitels zu skizzieren ist.

Hustings zu Fragerunden

Britische Wahlversammlungen der Zwischenkriegszeit standen in einer Traditionslinie, die über ein Jahrhundert in die Vergangenheit reichte. Zu jener Zeit hatte nur eine sehr kleine Gruppe von Personen das Wahlrecht besessen, und die Abstimmung war öffentlich erfolgt. Von den sogenannten *hustings*, einer eigens für die Durchführung der Wahl errichteten Bühne, hielten die Kandidaten damals ihre Ansprachen an die Menschenmenge, und über mehrere Tage fand in einem langwierigen Prozess auch an demselben Ort die Wahl statt. Die Literatur betont vor allem den demonstrativen und häufig zügellosen Charakter der Geschehnisse. Bereits vor der Abstimmung organisierten Kandidaten und ihre Agenten in den Wahlkreisen ihre Unterstützer für den Auftritt. In imposanter Zahl, mit den Erkennungszeichen und Farben ihres Favoriten geschmückt, zeigten sie öffentlich seinen breiten Rückhalt vor Ort an. Dabei waren auch Nichtwähler involviert, die auf diesem Weg und bei der offenen Abstimmung mit Handzeichen ihrer Unterstützung Ausdruck verleihen konnten, obwohl sie kein Stimmrecht besaßen.

Der Wahlkampf nahm in diesen öffentlichen Versammlungen wahrlich den Charakter eines Kampfes an: Physische Präsenz und die Demonstration von Stärke waren notwendig für die Durchsetzung eines Kandidaten. Die gegnerischen Parteien griffen zu lautstarken Einschüchterungen bis hin zur Androhung und Anwendung von Gewalt, um sich gegenseitig an der Stimmabgabe zu hindern. Wer den Abstimmungsort beherrschte, konnte die Abstimmung zu seinen Gunsten beeinflussen. Ein Umschlagen in offene Gewalt zwischen den rivalisierenden Fraktionen vor Ort war dabei stets möglich und kam immer wieder vor.²

² O’Gorman, *Voters* (1989), 126–141; Vernon, *Politics* (1993), 82–99; Lawrence, *Speaking for the People* (1998), 75–77, 92–94, 181–188; ders., *Masters* (2009), 14–22.

Wahlversammlungen in der Zwischenkriegszeit hatten sich weit von diesem lärmenden Spektakel entfernt. Schließlich war die öffentliche Nominierung auf den *hustings* mit der Einführung des Stimmgeheimnisses bereits 1872 abgeschafft worden. Die Wahlrechtsausweitungen hatten zudem den überwältigenden Großteil der Erwachsenen zu Wählern gemacht, die zur Beeinflussung des politischen Prozesses nicht mehr auf die Taktik der Einschüchterung angewiesen waren. Dennoch blieben einige Kennzeichen der frühen politischen Versammlungen in Großbritannien auch nach dem Ersten Weltkrieg erhalten: Es ist wohl kein Zufall, dass der Begriff der *hustings* fortlebte – und fortlebt –, indem er sich vom spezifischen Namen der Tribüne für die Nominierung zu einer allgemeinen Bezeichnung für Reden und Diskussionen im Wahlkampf oder den Verlauf der Kampagne insgesamt wandelte.³

Auch in der Zwischenkriegszeit wiesen Wahlversammlungen noch Elemente auf, die an den demonstrativen Charakter der Nominierungshustings erinnerten. So wurden Veranstaltungen typischerweise angekündigt als „Versammlung zur Unterstützung“ eines Kandidaten oder seiner Kampagne⁴ – als ginge es bei dessen Rede nicht um die Überzeugung von Wählern, sondern von vornherein nur um die Zurschaustellung seines Rückhalts im Wahlkreis. In diesem Sinne war auch das Vertrauensvotum zu verstehen, mit dem viele Wahlversammlungen noch Anfang der 1920er Jahre traditionellerweise schlossen: Die Zuhörer wurden gefragt, per Akklamation oder in einer Abstimmung per Handzeichen dem Kandidaten ihr Vertrauen auszusprechen oder ihm ihre Unterstützung zuzusagen. Wenn die Abstimmung gut lief, konnte in der Presse anschließend von der „einstimmigen und enthusiastischen“ Annahme des Vertrauenszuspruchs durch die Wahlversammlung berichtet werden. Bei einer gegnerisch gesinnten Zuhörerschaft barg sie dagegen Risiken: Die Menge mochte dem Kandidaten nicht nur eine Abstimmungsniederlage bereiten, sondern auch noch mit dem Gesang eines Liedes wie „The Red Flag“ ihre Opposition

³ Die Bedeutung einer Versammlung steckt ebenfalls schon lange in dem Begriff: „husting, n.“, OED Online, Juni 2015, 29. 6. 2015 <<http://www.oed.com/view/Entry/89732>>.

⁴ Die typische Formel lautete „meeting in support of“. Siehe neben Anzeigen in der Presse etwa Sheffield Elections, SDT, 18. 10. 1924; Einladungsflugblätter 1922, in CArch, 363/O.1, 85–89.

unterstreichen. Wenigstens Anfang der 1920er Jahre noch nahmen einige Zeitgenossen das Ergebnis der zeremoniellen Abstimmungen durchaus ernst. Anders wäre wohl kaum zu erklären, dass der Berichterstatter einer Zeitung sogar bei einer Massenversammlung – Arthur Henderson trat im März 1922 in Cambridge auf – peinlich genau registrierte, dass es beim Vertrauensvotum für den Kandidaten genau „zwei Gegenstimmen“ gegeben habe.⁵

Dennoch kamen derartige Abstimmungen im Verlauf der 1920er Jahre zunehmend außer Gebrauch. Jenseits von Elementen wie Vertrauensvotum und Unterstützungserklärungen erinnerte an den Versammlungen der Zwischenkriegszeit zudem schon vorher nicht mehr viel an die Nominierungsveranstaltungen um 1800. Insbesondere hielten Kandidaten ihre Wahlversammlungen nun getrennt voneinander ab – es handelte sich also dem Charakter nach grundsätzlich um private Veranstaltungen, die nur nach dem Ermessen der Veranstalter der Öffentlichkeit zugänglich waren. Für den Verlauf dieser Versammlungen hatte sich über das 19. Jahrhundert eine Liturgie herausgebildet, die sich in groben Zügen idealtypisch beschreiben lässt.⁶

Traditionellerweise traten die Kandidaten dem Publikum nicht allein entgegen. Unterstützt wurden sie von einem Vorstand aus örtlichen Parteiaktivisten, von denen einer die Versammlungsleitung innehatte. Hinzu kamen weitere Redner sowie in manchen Fällen die moralische Unterstützung von Familienmitgliedern. Die Rotation mit weiteren Sprechern war allein für die zeitliche Planung paralleler Versammlungen wichtig: Parteifreunde mussten die Zuhörerschaft bei Laune halten, während der Kandidat seinen Weg von einer Vorgängerversammlung zum nächsten Engagement fand. Zudem musste er bei seinem Eintreffen vorgestellt und gewürdigt werden, um seine Tauglichkeit für das angestrebte Mandat herauszustellen. Dem Nachweis seiner Eignung dienten in gewisser Weise auch Ehefrauen, die ihre Männer begleiteten, um vielleicht eine kurze Grußadresse an das Publikum und besonders die versammelten Frauen

⁵ Sheffield Polling, YTS, 14. 12. 1918 („unanimously and enthusiastically“); Rowdies on the Warpath, SDI, 28. 11. 1923; Mr. A. Henderson, CDN, 14. 3. 1922 („two dissentients“); vgl. Mr. Cope Morgan, CDN, 10. 3. 1922; Mr. A. Neal Defends his Votes, SDI, 13. 11. 1922; Lo, *Conduct* (1928), 99 f.; Lawrence, *Masters* (2009), 109 f.

⁶ Für das Folgende: Ebd., Kap. 2–4.

zu richten. Selbst wenn sie in einer stillen Rolle auftraten, war dies für den wichtigen persönlichen Touch einer Kampagne von Wert: Die Versammlungen drehten sich nicht nur um die Vorstellung eines politischen Programms, sondern um die Vermarktung des Kandidaten und seiner Fähigkeit als eine rundum überzeugende und nahbare Persönlichkeit.

Dafür musste er sich in seinem Auftritt der Prüfung durch die versammelten Zuhörer unterziehen. Für den Inhalt gab es dabei keine allzu starren Regeln und Erwartungen: In ihren Ansprachen mochten Kandidaten ihr Programm in allgemeinen Zügen vorstellen, von Versammlung zu Versammlung eingehender auf einzelne Probleme und deren Lösungen eingehen, die Gegner attackieren oder auf konkrete Vorwürfe reagieren, denen sie sich ausgesetzt sahen. Unentbehrlich war im Verlauf der Veranstaltungen aber, dass auch das Publikum mitzureden hatte. Wie in der Presseöffentlichkeit, in der Wähler mit Leserbriefen intervenieren konnten, gaben auch die Veranstaltungen den Bürgern die Möglichkeit, die Kampagne mitzuformen. Traditionell hatte sich dafür über das 19. Jahrhundert der Anspruch herausgebildet, dass die Zuhörer ein Recht auf Fragen hatten: Versammlungen waren nicht nur ein Forum für die Selbstdarstellung der Kandidaten; sie mussten hier auch auf die Anliegen der Wählerschaft eingehen und Stellung zu deren Forderungen beziehen. Klassisch – und wohl in den meisten Fällen – wurde dafür im Anschluss an die Rede vom Vorsitzenden die Versammlung für Fragen aus dem Publikum geöffnet, die der Kandidat dann zu beantworten hatte.

Dabei gab es einen fließenden Übergang zu einer flexibleren Gestaltung des Ablaufs, indem das Publikum bereits während der Ansprache einbezogen wurde oder sich selbst aufdrängte. Wenn etwa genügend Besucher energisch auf ein bestimmtes Thema oder einen Vorwurf hinwiesen, konnte ein Kandidat kaum umhin, direkt darauf einzugehen. Manche gingen auch von sich aus so weit, Kontrolle über den Verlauf der Versammlung aus der Hand zu geben: In Sheffield etwa fragte Ernest Dalton sein Publikum gleich zu Beginn, zu welchem Thema man ihn sprechen hören wolle. Andere gestalteten ihre Veranstaltungen direkt zu reinen Fragerunden um. Auch in diesem Rahmen ließ sich mit etwas Geschick das eigene Programm vorstellen, ohne eine förmliche Rede zu halten. Im Austausch und der Prüfung des Kandidaten durch die Wählerschaft aber, in der Möglichkeit für den Einzelnen, sich mit seinen Fragen und Anliegen Gehör

zu verschaffen – das war die Annahme hinter dieser Herangehensweise –, lag der eigentliche Wert und die Attraktivität der Wahlversammlungen.⁷

Das Ideal einer breiten Partizipationsmöglichkeit zeigt sich dabei in der Verwendung des Fragerechts, die mitunter selbst zu einem Diskussionsgegenstand wurde. Traditionell üblich waren mündliche Fragen durch Zuruf aus der Zuhörerschaft. Dazu kam die Möglichkeit, schriftlich formulierte auf einem Zettel auf das Podium zu reichen. Wer diese als Politiker aus Prinzip nicht beantworten wollte, musste sich nach dem Grund fragen lassen⁸ – schloss das nicht diejenigen von ihrem Recht auf eine Befragung aus, die sich vielleicht einen eigenen öffentlichen Redeauftritt nicht zu trauten? Schwerer noch wog die Kritik an der umgekehrten Praxis, nur geschriebene Fragen zuzulassen. Diese Einschränkung hatte Vorteile für die Organisatoren einer Versammlung, denen an einem geordneten Ablauf und an weitreichender Kontrolle gelegen war. Gerade Veranstaltungen mit großem Publikum konnte man so besser in den Griff bekommen.⁹ Mit der Beschränkung auf schriftliche Fragen ließen sich nämlich spontane und lautstarke Gegenreden aus dem Publikum leichter unterbinden. Hinzu kam die Möglichkeit, eine diskrete Zensur bei der Auswahl der zu beantwortenden Fragen zu treffen – insbesondere wenn so viele eingereicht wurden, dass der Kandidat sie ohnehin nicht alle beantworten konnte.

In Sheffield, besonders im Osten der Stadt, wo Wahlversammlungen traditionell einen lebhaften Verlauf nahmen und die Zuhörerschaft sich nur schwer bändigen ließ, waren geschriebene Fragen dementsprechend weit verbreitet. Am Beharren auf dieser Technik wurde aber heftige Kritik geäußert: Gerade die Neigung, auf diese Weise unbequeme Fragen „sang- und klanglos abzuwürgen“, würde die Zuhörerschaft zu Recht gegen die Kandidaten aufbringen, monierte ein Lokaljournalist.¹⁰ Diskriminierte diese Technik nicht zudem die Ungebildeten, die sich mit der Verschriftlichung ihrer Anliegen vielleicht schwer taten? Leicht konnte man darin

7 In the Political Whirl, SDI, 28. 5. 1929; Sir Douglas Newton's Campaign, CDN, 8. 3. 1922; Lawrence, Masters (2009), 108.

8 Etwa: A Tinsley Workingman, The Election, YTS, 4. 12. 1918.

9 Vgl. Election Meetings, CAJ, Juli 1923, 152–154, hier 153 f.; Frank H. Edwards, Notes on the Conduct of Open-air Meetings, LO, Juli 1923, 6 f.

10 So: Watchman, Sheffield Day by Day, SM, 27. 10. 1924 („quietly suppressed“).

eine Beschneidung ihres legitimen Rechts auf Einmischung zugunsten wortgewandterer Wähler sehen.

Wie solche Kontroversen zeigen, hatten sich britische Wahlversammlungen seit den *hustings* vom Charakter her stark verändert. Ihre Funktion zur Demonstration von Geschlossenheit und Stärke gegenüber den Konkurrenten hatten sie nicht gänzlich verloren. Aber diese Logik war zunehmend überlagert worden vom Ideal der Versammlung als einem Ort, an dem die Kandidaten sich den kritischen Fragen der Bürgerschaft stellen mussten. Wahlveranstaltungen zeigten dabei in Großbritannien zentrale Charakteristika des Verhältnisses zwischen Bürgern und Politikern ganz unmittelbar: Wie in den propagandistischen Selbstdarstellungen traten die Großen und Mächtigen hier den Wählern und ihren Anliegen auf Augenhöhe entgegen, und deren Anspruch auf eine Prüfung ihrer Vertreter musste man als ernstzunehmend behandeln. In der Weimarer Republik waren es dementsprechend andere Erwartungen, welche die Versammlungspraktiken vor Ort prägten.

Das Ideal der Sachlichkeit

Auch der Ablauf deutscher Wahlversammlungen knüpfte an Traditionen aus der Vorkriegszeit an. In Deutschland reichten diese allerdings nicht so weit zurück wie in Großbritannien. Die typische Form deutscher Veranstaltungen hatte sich hier aus der Politisierung um 1848/49 entwickelt: Die Keimzelle der Entwicklung zu den späteren Wahlversammlungen fand sich hier gewissermaßen in revolutionären öffentlichen Volksversammlungen. Wie bei den britischen *hustings* kamen so auch bei den ersten deutschen politischen Versammlungen im 19. Jahrhundert Anhänger der verschiedenen Überzeugungen an einem Ort zusammen. Weniger als in Großbritannien ging es hier aber ursprünglich um gegenseitige Machtdemonstrationen. Vielmehr stand die gemeinsame Meinungsbildung auf einem relativ offenen Forum im Zentrum der Versammlungstätigkeit.

Dieses deliberative Moment sollte noch eine lange Nachwirkung auf deutsche Wahlveranstaltungen haben, wie auch ihr Charakter als offene Versammlungen, der in Deutschland stärker erhalten blieb als in Großbritannien. Zwar entwickelten sie sich auf dem Kontinent nicht minder als auf der Insel – und recht schnell – in Richtung von Veranstaltungen, die

von einzelnen Parteien getrennt voneinander ausgerichtet wurden. Die Vorstellung aber, dass es sich auch hierbei um *Volksversammlungen* statt um rein private und geschlossene *Parteiversammlungen* handeln müsse, blieb in Deutschland durch das gesamte Kaiserreich hindurch als Konsens fest verankert. Sie äußerte sich nicht nur in dem Anspruch auf Öffentlichkeit: Typisch für deutsche Wahlveranstaltungen blieb bis in die Weimarer Republik hinein, dass auch der politische Gegner im Programm einen festen Platz hatte.¹¹

Institutionalisiert war dessen Auftritt in der Figur des Diskussionsredners. Die Veranstalter von Versammlungen räumten gegnerischen Parteien das Recht ein, mit eigenen Agitatoren aufzutreten, die im Anschluss an den ersten Vortrag reihum eine feste Redezeit erhielten. Dadurch kam in Deutschland eine Veranstaltungsdauer zustande, die im internationalen Vergleich für Erstaunen sorgte: Deutsche Wahlversammlungen konnten schon einmal fünf Stunden und einzelne Reden über ein bis zwei Stunden andauern. Besucher aus dem Ausland irritierte das, in der Weimarer Republik war es aber, was das Publikum erwartete.¹² Von demselben Podium, auf dem zuvor der Hauptredner über eine oder mehrere Stunden gesprochen hatte, konnten die Diskutanten im Anschluss Stellung beziehen, Kritik üben und einen eigenen Appell an die Zuhörer richten. Am Ende dieser sogenannten „Aussprache“ erhielt wiederum der erste Sprecher die Gelegenheit zu einem Schlusswort, um noch einmal auf die Angriffe der Gegner zu reagieren.

Die dialogische Struktur der Versammlungen, in denen sich Redner und Gegenredner auf einer Ebene gegenüber einem zu überzeugenden Publikum behaupteten, entsprach der Idee des politischen Kampfes als einem rationalen Austausch von Argumenten. „Sachlichkeit“ lautete der Schlüsselbegriff für die Erwartung, die an diesen Schlagabtausch innerhalb der deutschen Wahlversammlungen gestellt wurde. Nicht mit persönlichen Angriffen oder demagogischen Verhetzungen, sondern mit den richtigen Argumenten, basierend auf einer breiten Kenntnis der relevanten Tatsa-

¹¹ Ausführlich zur Vorkriegszeit sowie für das Folgende: Welskopp, Banner (2000), 291–338; Anderson, *Democracy* (2000), 295–305; Gawatz, *Wahlkämpfe* (2001), 190–204.

¹² Wells, *German Cities* (1932), 113; Pollock, *Elections* (1928), 699; Wachenheim, *Memoiren* (1973), 105 f.; fünfstündige Versammlung: Aus den Provinzen, MA, 25. 3. 1924; vgl. Hellpach, *Wirken* (1949).

chen, wollte die Wählerschaft hier überzeugt werden – „sachliche Reden“ würdige das Publikum anerkennend mit Beifall, während „unsachliche“ Beiträge nicht goutiert würden, war in Berichten immer wieder zu lesen.¹³

Von den Vorträgen wurde mehr als nur Propaganda, sondern so etwas wie eine objektive Aufklärung über die politischen Verhältnisse erwartet. Das wirkte auch auf Beobachter aus dem Ausland als eine besondere Eigenschaft der deutschen Versamlungsansprachen: Reden in Deutschland seien „ausgesprochen gehaltvoll“ und würden im „Stil einer echten deutschen Vorlesung“ gehalten, meinte ein amerikanischer Besucher. Wer diesem Format nicht gerecht wurde, dem konnte im Wahlkampf ein geradezu absurd anmutender Vorwurf gemacht werden: Es hieß dann, man habe eine „Wahlrede“ gehalten. „Eine richtige Wahlrede.“ Und das war nicht als Kompliment gemeint.¹⁴

Die Berichterstattung reflektierte die Annahme eines vernünftigen Austauschs von Argumenten in ihrer Begrifflichkeit. So wurde die hohe „Sachkenntnis“ in den „Referaten“ der Hauptredner gelobt, wie auch die „sachlichen Ausführungen“ der Diskutanten in der anschließenden „Aussprache“. In deren Verlauf wurden Bemerkungen und Stellungnahmen „zurückgewiesen“, „richtig gestellt“ und „widerlegt“, wie typische Floskeln für die knappe Zusammenfassung der Geschehnisse lauteten. Wer dem hohen argumentativen Niveau nicht gerecht wurde, konnte leicht mit besserem Wissen „abgefertigt“ werden, insbesondere wenn eine Rede oder Gegenrede mit „zwingender Logik die Richtigkeit“ einer Position darzulegen vermochte. Den Gegnern ließ sich so eine „vollendete Schlappe“ zufügen, und manch ein Diskussionsredner holte sich im Schlusswort des Hauptredners eine „gründliche Abfuhr“. In den Berichten schien es, als ob in den deutschen Wahlversammlungen allein über eindeutig feststellbare Wahrheiten verhandelt würde.

Dabei fand dieses Vokabular nicht nur in solchen Berichten Verwendung, die Parteien im Wahlkampf für ihre Außendarstellung in den Zeitungen

¹³ So z. B. in: Bericht über Wahlerfahrungen bei der Reichstagswahl am 20. Mai 1928, Kreis Jerichow II, BArch, R 45 II/74, 60; Über die Zentrumsversammlung in Drensteinfurt, MA, 27. 3. 1924.

¹⁴ Wells, *German Cities* (1932), 113 („decidedly solid“, „in true German lecture style“); „Wahlrede“: Severing in Münster, MA, 28. 8. 1930; Adolf Hitler in Ludwigshafen, PP, 27. 8. 1930.

veröffentlichten. Auch die Beschreibung der Geschehnisse in anderen Quellen liest sich in demselben Stil: In privaten Medien, wie Protokollbüchern eines Ortsvereins, den internen Berichten von Wahlkämpfern oder den Beobachtungen der staatlichen Verwaltung, fand dieselbe Begrifflichkeit der sachlichen Auseinandersetzung Verwendung. Die Erwartung eines rationalen Diskurses, die sich darin ausdrückte, ging also tiefer als es eine rein öffentliche Stilisierung für Zwecke der Propaganda nahelegen würde.¹⁵ Es ist dementsprechend wenig verwunderlich, dass „Sachlichkeit“ auch nach 1945 in Deutschland wiederum zu einem Schlüsselbegriff in den Erwartungen der Deutschen an den politischen Streit wurde.¹⁶

Dennoch sollte der rationalistische Zug der deutschen Wahlversammlungen in der Weimarer Republik nicht zu hoch veranschlagt werden: Letztlich wurde er nämlich immer von Parteilichkeit übertrumpft. Zwar war es nicht ungewöhnlich, auch die Gegner zu loben, wenn sie sich in einer Veranstaltung durch „sachliche“ Ausführungen und kenntnisreiche Einwände hervorgetan hatten. Insofern galt „Sachlichkeit“ als ein Ideal für den Stil der Auseinandersetzung. Aber niemand folgte der Logik des rationalen Debattierens so weit, gegen die besseren Argumente des Gegners einsichtig eine Niederlage anzuerkennen – jedenfalls ist mir ein entsprechendes Zugeständnis nicht ein einziges Mal untergekommen, weder in der öffentlichen Berichterstattung, noch in Interna. Überzeugen ließ sich letztlich kaum jemand, und Sieger und Besiegte standen immer schon fest: Es waren stets die anderen, deren Argumente „widerlegt“ wurden und die sich eine saftige Klatsche einfuhren.

Auch in den deutschen Wahlversammlungen ging es damit noch um anderes als die inhaltliche Auseinandersetzung. Auch das Ritual der „Aus-

¹⁵ Die hier zitierten typischen Begriffe aus: Eine Abfuhr der Hitlerjünger, PP, 16. 5. 1928; Wählerversammlung in Edigheim, PP, 12. 5. 1928; Das Parteileben in Münster, MZ, 8. 1. 1919; Der Auftakt zum Wahlkampf, VM, 19. 3. 1924; Erste Wahlversammlung der SPD Münster, VM, 11. 11. 1924; Aus den Provinzen, MA, 4. 4. 1924; Öfftl. Wählerversammlung im Stadtsaal am 27. 5. 1920, LAsp, T91/50; Öffentliche Versammlung, 28. 5. 1920, Protokollbuch des Zentrumswahlvereins Blumenthal/Hann., 1918–1933, ACDP, 06-051/K001; Schreiben des Landjägeramts Epe an die Landjägerabteilung zu Ahaus, 27. 8. 1930, LAV NRW, Abt. Westf., Kreis Ahaus, Nr. 650, 30; vgl. auch Heinrich Peus, Unsere Agitation, SozM, 27 (1921) 9, 448–451; Berichte 1932, BArch, R 45 II/377, 133 f., 141 f.; Georg Bernhard, Das Brett vor dem Kopf, VZ, 29. 4. 1928.

¹⁶ Mergel, Sachlichkeit (2003).

sprache“ mit Gegenreden und einem Schlusswort zielte letztlich auf die Erringung symbolischer Siege, und dieses Ziel hatte mitunter eine höhere Bedeutung als die Überzeugung möglicher Wähler. Das entspräche zumindest den typischen Versammlungsberichten, die über den tatsächlichen Inhalt von Gegenreden häufig keinerlei Auskunft gaben, sondern sich mit ihrer Abqualifizierung als „unsachlich“ oder „widerlegt“ begnügten. Auch, dass die Gegner das Wort überhaupt nicht ergriffen hatten, war darum einen Bericht wert – hatten sie damit ihre Niederlage im Kampf nicht automatisch eingestanden? So diente der Modus der „Sachlichkeit“ trotz seines deliberativen Anklangs nicht minder der demonstrativen Zurschaustellung von Überlegenheit.

In diesem Sinne erklärte sich auch Kuno von Westarp die Regeln der Auseinandersetzung in den Wahlversammlungen der Zwischenkriegszeit. Westarp war kein Freund der Aussprache: Hier entsandten die gegnerischen Parteien seiner Erfahrung nach ihre Kräfte „zweiten und dritten Ranges“, begleitet von einem „Störungstrupp“ von Parteifreunden, die lautstark eine möglichst lange Redezeit erstritten – nur um diese dann für „abgedroschene Gehässigkeiten“ zu nutzen. Von den eigenen Parteifreunden hätten vor allem Außenseiter die Aussprache als Möglichkeit erkannt, ihre Ansichten in „unklare[n] Ergüsse[n]“ zum Besten zu geben. Wie viele seiner Zeitgenossen stellte Westarp einen hohen Anspruch an eine sinnvolle politische Auseinandersetzung, und wie viele seiner Zeitgenossen zeigte er sich insgesamt enttäuscht über die Unfähigkeit der meisten Teilnehmer, diesen gerecht zu werden.

Obwohl die Aussprachen für ihn also „meist ebenso unerquicklich wie unersprißlich“ waren, mochte er dennoch nicht darauf verzichten. Ganz im Gegenteil bestand er, wo immer man ihn engagierte, auf der ausdrücklichen Einladung aller Parteien: Der Disput mit den Gegnern „mußte“ nämlich schon darum sein, „um den Vorwurf feigen Ausweichens zu vermeiden“.¹⁷ Der Teilnahme an den Diskussionen kam damit auch unabhängig von ihrem Inhalt eine große Bedeutung zu. Parteien nutzten sie,

¹⁷ Westarp, *Konservative Politik* (2001), 170 f.; vgl. Öffentliche Wählerversammlung der Sozialdemokratie in Wolbeck, VM, 4. 9. 1930; Die Politik des Zentrums, MA, 16. 11. 1924; Abgeordneter Gronowski vor Zentrumswählern Münsters, MA, 29. 8. 1930.

um Präsenz in gegnerischen Versammlungen zu demonstrieren, und diese Demonstration von Stärke besaß für sich großen Wert.

Anders als in Großbritannien hatte die Entwicklung von Wahlveranstaltungen in Deutschland ihren Ausgang in stärker deliberativen Versammlungen genommen. Das Erbe davon zeichnete sich noch in der Zwischenkriegszeit in der Versammlungskultur ab. Sie reflektierte damit den hohen Anspruch an die Rationalität der Auseinandersetzung und ihrer Teilnehmer, die uns bereits aus der indirekten Wahlwerbung wohlbekannt sind. Allerdings: Überwogen wurden diese Annahmen von der Parteinahme, die sich über das 19. Jahrhundert entwickelt und bis in die Zwischenkriegszeit verfestigt hatte. Die Parteien zeigten sich nun – wie wir noch genauer sehen werden – zunehmend von der objektiven Wahrheit ihrer politischen Glaubenssätze so überzeugt, dass ein Abrücken davon trotz der dialogischen Gestaltung der Wahlveranstaltungen und bei aller Hochschätzung des sachlichen Ideals niemals wirklich in Frage kam. So lag das demonstrative Herauskehren der eigenen Position auch in deutschen Veranstaltungen stets nahe.

In jedem Fall beeinflussten die Erwartungen in Deutschland zudem in einem anderen Maße, wer sich wie an der Auseinandersetzung beteiligen konnte, als das in Großbritannien der Fall war. Das rekapituliert der nächste Abschnitt.

Partizipation und Parteilichkeit

Die Messlatte für Beteiligung an Wahlversammlungen lag in Deutschland zweifellos höher als in Großbritannien. Nicht jeder mochte sich zutrauen, vor einem großen Publikum auf die Bühne zu steigen, um eine Gegenrede zu halten. Die überzeugende Teilnahme an einer langen Diskussion nach einer ausschweifenden Rede erforderte umfangreiche Kenntnisse der politischen Vorgänge; zudem einiges Talent oder eine Ausbildung und Übung, um aus dem Stand einen ausführlichen Beitrag zu improvisieren, der kritisch auf den Vorredner einging. Den Respekt der Gegner und einer breiteren Öffentlichkeit erlangte dabei nur, wer die Werbung für seine Partei in diesem Format „sachlich“ einzubringen vermochte.

Diskutanten, die an diesen Hürden scheiterten, erhielten wenig Nachsicht: Dass ein Redner „sich besser noch eine zeitlang auf seinen Hosen-

richtet werden. Oberflächlich könnte man darin eine klare Begrenzung der Teilnahmemöglichkeiten sehen: Hier entsprach die soziale Kluft zwischen elitären Politikern und einfachem Volk einer strikten Hierarchie in den Versammlungen. Gegenüber der Struktur von Rede und Gegenrede, die in Deutschland im Idealfall als ein Streit zwischen Gleichen gesehen werden konnte, lag damit ein deutlicheres Machtgefälle vor.

Praktisch allerdings war es paradoxerweise gerade die hierarchische Rollenverteilung, die in Großbritannien der Bürgerschaft als einer Ansammlung einzelner Wähler mehr Teilnahmemöglichkeiten bot. Denn dem Kandidaten eine offene Frage oder eine freche Herausforderung vom eigenen Platz entgegenzuwerfen, auch einen Kommentar auf einem Zettel aufs Podium zu reichen, verlangte weniger ab, als für ein Korreferat auf die Bühne zu steigen. Das verlieh den Interaktionen in den britischen Wahlversammlungen der Zwischenkriegszeit insgesamt eine andere Struktur als den deutschen „Aussprachen“. In Großbritannien trat mehr *die* Politik in Person der Kandidaten gegenüber der Wählerschaft als Ganzes auf, um Rechenschaft abzulegen und sich von jedem einzelnen Bürger prüfen zu lassen. Statt einen hohen Diskurs zu pflegen, kam es hier eher darauf an, dem gemeinen Volk auf Augenhöhe zu begegnen.

Der hohe Anspruch an Rede und Gegenrede in Deutschland dagegen begrenzte die aktive Teilnahme am Streit praktisch auf ausgebildete Parteiredner mit ihren Unterstützern, die vor einem weitgehend passiven Publikum aufeinander trafen. Das „Volk“, das in den *Volksversammlungen* der Weimarer Republik zur Auseinandersetzung seiner politischen Differenzen zusammentrat, war damit streng parteipolitisch geformt: Faktisch waren es ausschließlich Parteivertreter, die in den klassischen Wahlversammlungen für ihre Anhänger sprachen. Und das lag nicht nur an den praktischen Konsequenzen der Notwendigkeit einer tiefgründigen politischen Bildung. Mitunter waren als Teilnehmer der Aussprache überhaupt nur Parteivertreter vorgesehen: Zumindest in einem Fall lässt sich ausdrücklich belegen, dass „Parteilose“ für die Diskussion prinzipiell keinen Zutritt zur Bühne erhielten.¹⁹ Die Konflikte wurden so ausschließlich zwischen den Parteien ausgehandelt. Wenn hier also das Volk auftrat, so tat

19 Mitgliederversammlung, 30. 11. 1924, Protokollbuch des Zentrumswahlvereins Blumenthal/Hann., ACDP, 06-051/K001; vgl. Stephan, Parteiorganisation ([1928]), 38.

es das in der Annahme, dass alle deutschen Wähler in den Parteien eine Repräsentation gegeneinander fänden.

Freilich spielte Parteilichkeit auch in den britischen Wahlversammlungen eine große Rolle. Die Gegner waren hier zwar nicht so formell in den Veranstaltungsablauf integriert wie in Deutschland. Aber gerade die offene Zugänglichkeit der Versammlungen für alle Bürger ermöglichte auch politischen Gegnern, Fragen und Zurufe dafür zu nutzen, die Kandidaten anderer Parteien herauszufordern und in Verlegenheit zu bringen. Wie bereits angedeutet, wurden diese Möglichkeiten in der freien britischen Versammlungsliturgie gerne zu gezielten Unterbrechungen des Programms genutzt, das ein Kandidat vorgesehen hatte – Potential für die demonstrative Zurschaustellung von Präsenz und Stärke gab es also hier nicht minder. Und auch der Ablauf deutscher Versammlungen, der idealtypisch einer strengeren Ordnung folgte, blieb nicht immer diszipliniert und frei von Störungen.

Diesen wenden wir uns als nächstes zu: Zwischenrufer hatten, der unterschiedlichen Partizipationsschwelle entsprechend, einen unterschiedlichen Stand in den Versammlungskulturen beider Gesellschaften.

Zwischenrufe und Lautsprecher

Britische Zeitungen berichteten gerne und ausführlich über jegliche Art von Störungen in Wahlversammlungen, darunter auch Zwischenrufe: Solche Geschehnisse waren aufregend und brachten Leben in die Kampagnen, Berichte darüber ließen sich gut verkaufen. Historikern ermöglicht das den Gewinn farbiger Eindrücke – im letzten Kapitel über die turbulenten Verhältnisse in Cambridgeshire Anfang der 1920er Jahre haben wir das bereits kurz berührt. Die Auseinandersetzung hier fußte auf einem Hin und Her zwischen Kandidaten und einzelnen Gegnern, das keineswegs außergewöhnlich war. Auch in der Stadt Cambridge sahen Politiker sich immer wieder Widerspruch aus dem Publikum ausgesetzt. So erntete der Konservative Douglas Newton bei seinem ersten Wahlkampf Protest, als er seinen Gegner von der Arbeiterpartei als „sozialistischen Kandidaten“ bezeichnete – aufgeregt brüllten einige Zuhörer aus der Menge lautstark „Labour“ zurück, bis Newton diesem Teil des Publikums „auf halbem Wege entgegenkam“ und für den Rest seiner Rede von dem „so-

genannten Labour-Kandidaten“ sprach, um wieder „einigermaßen Ruhe“ herzustellen.²⁰

Derartige Schlagabtausche, die sich aus Einwüfen zwischen Rednern und Teilen des Publikums ergab, sind in Deutschland kaum überliefert. Deutsche Zeitungen berichteten deutlich weniger über Zwischenrufe; insbesondere über deren Inhalt schwiegen sie sich aus. Breit ausgetretene Episoden wie die über Newton in Cambridge findet man in der deutschen Presse jedenfalls praktisch nicht. Das allein muss zwar noch nicht heißen, dass es in Deutschland auch in der Menge weniger Zwischenrufe gab – schließlich wäre denkbar, dass hier einfach unterschiedliche journalistische Standards darüber entschieden, was als berichtenswert galt und was nicht. Zumindest deutet es aber darauf hin, dass Unterbrechungen des Redners in Deutschland grundsätzlich eine geringere Rechtmäßigkeit zugesprochen wurde: Man schloss Zwischenrufe von der Berichterstattung aus, weil sie weniger als etwas galten, das zur eigentlichen Versammlung dazugehörte. Darum begnügten Berichte sich, sie – wenn überhaupt – mit wenigen Hinweisen zu erwähnen, die deutlich ihren Charakter als Störung hervorhoben: Dass eine Versammlung einen „stark angetrunkene[n]“ Besucher aufforderte, doch „endlich den Mund zu halten“, nachdem er mit „allerhand dummen Zwischenrufen“ negativ aufgefallen sei, hieß es dann etwa.²¹ Eine ideale Versammlung, so unterstellte die Berichterstattung, würde in ihrer Würde nicht von solchen Unterbrechungen gestört.

Die geringere Legitimität von ungeordneten Zwischenrufen in Deutschland zeigt sich im Kontrast zwischen beiden Gesellschaften wohl an kaum einer Sache so deutlich wie der Einführung von Mikrofonen, Verstärkeranlagen und Lautsprechern. Der Einsatz dieser technologischen Neuerung hatte das Potential, die möglichen Dimensionen politischer Veranstaltungen und damit auch ihre Interaktionsdynamik grundsätzlich zu verändern. Anfang der 1920er Jahre mussten Redner noch mit der Kraft ihrer eigenen Stimme auskommen, um auch größere Zuhörerschaften von mehreren Hundert Wählern zu adressieren. Gegen das Gebrüll großer Gegnergruppen hatten einzelne Politiker dabei kaum eine Chance, sich Gehör zu verschaffen. Nicht zuletzt aus diesem Grund empfahl ein britischer Wahl-

20 Sir Douglas Newton's Campaign, CDN, 8. 3. 1922 („Socialist candidate“, „meet them half way“, „so-called Labour candidate“, „comparative peace“).

21 Aus dem Münsterland, VM, 6. 12. 1924; vgl. Aktive Wirtschaftspolitik, WL, 1. 6. 1920.

kampftratgeber der Zeit, mehrere Redner abwechselnd einzusetzen, welche die Opposition durch unermüdliches Gegenanreden langsam „zermürben“ und so das Duell der Stimmbänder für sich entscheiden könnten.²² Der Einsatz von Lautsprechern verschob nun die Machtverhältnisse zu Gunsten der Politiker. Plötzlich wurde es möglich, mit geringem körperlichem Krafteinsatz zuvor undenkbare Menschenmengen zu beschallen – und Widerworte ließen sich einfach übertönen.

In Deutschland wurde diese Neuerung unter den Wahlkämpfern durchweg positiv eingeschätzt. In Städten wie auf dem Land handle es sich bei Lautsprechern um ein „ganz vorzügliches“ Mittel für den Wahlkampf, resümierte die SPD bereits 1928 – leider hätten entsprechende Anlagen wegen des hohen Preises noch nicht überall zum Einsatz kommen können. Schließlich waren sie teuer und groß. Üblicherweise waren die verwendeten Verstärkeranlagen fest auf speziellen Lastwagen montiert, damit man sie für Versammlungen unter freiem Himmel von Ort zu Ort transportieren konnte. Man muss sich diese Gefährte als wahre Ungetüme vorstellen: Nach zeitgenössischen Angaben konnten sie um die 10 Tonnen wiegen, und sie kosteten bis zu 12.000 Reichsmark. Ihre Leistung war dementsprechend beeindruckend: Im Sommerwahlkampf 1932 brüsteten die pfälzischen Nationalsozialisten sich damit, dass ihr „Großlautsprecher“ zwei Kilometer weit schalle, um die eigene Propaganda bis „ins letzte Haus des Städtchens oder Dorfes zu tragen“.²³

Einer gewissen Faszination für diese technischen Möglichkeiten konnte man sich auch in Großbritannien nicht entziehen. Spätestens in den 1930er Jahren wurden hier ebenfalls weiträumig Lautsprecherwagen eingesetzt, insbesondere auf dem Land. Die Begeisterung darüber, dass damit auch „unwillige und lustlose Zuhörer“ der Botschaft nicht mehr „entkommen“ konnten, war aber zumindest nicht ungeteilt. Selbst unter Wahlkampfstrategen hörte man kritische Stimmen. Sei es wirklich wünschenswert, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören, indem man die Stimme des

²² Houston/Valdar, *Modern Electioneering* (1922), 98 („wearing down“); vgl. z. B. Mr. A. Neal Defends his Votes, *SDI*, 13. 11. 1922.

²³ SPD-Parteivorstand (Hrsg.), *Sozialdemokratie im Wahlkampf* (1928), 40 (Zitat); Schadt (Hrsg.), *Tätigkeitsberichte* (1977), 166; *Der Großlautsprecher auf Fahrt*, *NSZ*, 25. 7. 1932 (Zitat); vgl. *Berichte über Lautsprecherwagen der Hindenburgausschüsse*, Apr 1932, *BArch*, R 43 I/586.

Kandidaten, zu einem „höllischen Gebell“ verstärkt, durch „Wände und Fenster“ schallen ließ? Hier machte sich selbst unter den Propagandisten die tiefsitzende Überzeugung bemerkbar, dass der Wahlkampf sich in gewissen Grenzen halten und vor der Privatsphäre der Bürger in ihren Häusern Halt machen sollte,²⁴ um nicht dem Ansehen des eigenen Kandidaten zu schaden. Das stand in einem deutlichen Kontrast zu Deutschland, wo Wahlkämpfer – wenn überhaupt – genau gegenteilige Klagen äußerten: Hier bedauerte man allenfalls, dass verfügbare Anlagen nicht laut genug seien, um auch in großstädtischer Umgebung in jedem Fall den Lärm der Straßen zu übertönen.²⁵ Über ein möglicherweise unangemessenes Eindringen in Rückzugsräume der Bürgerschaft machte man sich jedenfalls weit weniger Sorgen als in Großbritannien.

Auch für die Beziehung zwischen Politikern und Publikum in den Versammlungen selbst sah man in Deutschland an der Einführung von Lautsprechern nichts Problematisches. Zumindest fand hier keine Diskussion über ihre Nachteile statt, wie britische Agenten sie führten. Die Strategen auf der Insel sahen nämlich durchaus Probleme im Einsatz von Lautsprecheranlagen, die über rein technische Schwierigkeiten hinausgingen. In riesigen Veranstaltungen mit nationalen Berühmtheiten galt die Verstärkung der Rede für ein Massenpublikum als eine Selbstverständlichkeit. Jenseits dessen wurde die Effektivität von Verstärkeranlagen aber auch als ein möglicher Nachteil wahrgenommen: Da Lautsprecher Herausforderungen des Kandidaten aus dem Publikum bedeutend erschwerten und Störungen nahezu unmöglich machten, meinte ein Agent, betrachte die Zuhörerschaft sie manchmal als „nicht Cricket“ – als unfair –, und das schade dem Ansehen des Kandidaten.

Der Agent schlug darum vor, Lautsprecher in solchen Fällen als ein eher symbolisches Machtmittel zu verwenden. Ein Redner könne eine Anlage mitführen, er müsse diese aber nicht unbedingt nutzen: Wenn die Gegner zu viel Lärm machten, könne man sie mit dem Umlegen eines Schalters zum Verstummen bringen. Bis dahin aber reiche „allein die Drohung“, den

²⁴ G. E. Fenwick (North Dorset), *An Open-air Election Campaign*, CAJ, Nov 1929, 197–199 („unwilling and unenthusiastic listeners could not escape“); Ubique, *In Medias Res*, CAJ, Jan 1929, 2–5 („infernally bawling“, „walls and windows“); *Use your Loud Speaker*, LO, Jan 1936, 11 f.; vgl. oben, Kap. 1.

²⁵ SPD-Ortsverein Hannover, *Geschäftsbericht* 1928, 34.

Verstärker anzuschalten, um für eine „faire Anhörung“ des Redners zu sorgen. Und in der Tat gab es Politiker, die in ihren Versammlungen auch in den 1930er Jahren noch demonstrativ auf eine Verwendung ihrer Lautsprecheranlage *verzichteten*. Deren Einsatz wurde ihnen nämlich mitunter auch dann noch als ein stilles – oder eher lautstarkes – Eingeständnis ihres eigenen Versagens im Umgang mit Gegnerschaft aus dem Publikum ausgelegt. Wer sich solcher Hilfsmittel bediente, zeigte nur zu deutlich, dass er das Spiel allein mit den eigenen Fähigkeiten nicht gewinnen konnte.²⁶

Dieser Umgang mit Verstärkern demonstrierte, dass Zwischenrufe und Unterbrechungen aus dem Publikum in Großbritannien in gewisser Weise „dazu“ gehörten²⁷ – anders als in Deutschland, wo sie als eine Störung der eigentlichen Ordnung galten. Dementsprechend empfand man in der Weimarer Republik anders als auf der Insel keine großen Skrupel, sie als ein technisch lösbares Problem aus der Welt zu schaffen.

So verwundert es nicht, dass man sich auch mit weitergehenden Störungen in Großbritannien leichter tat als in Deutschland: Opponierende Versammlungsteilnehmer begnügten sich hier wie dort nicht immer mit einzelnen Zwischenrufen, Pfiffen oder Gelächter. Größere Gruppen konnten leicht so viel Lärm veranstalten, dass der eigentliche Redner nicht mehr zu hören war, zumal bevor sich ab Mitte der 1920er Jahre Verstärkeranlagen verbreiteten. Das Ausmaß der Störungen reichte so in beiden Gesellschaften von einzelnen Unmutsbekundungen bis hin zum systematisch geplanten Niederbrüllen von Rednern. Den ultimativen Erfolg errangen die Störer, wenn sie die „Sprengung“ einer Versammlung erreichen konnten, wie der deutsche Begriff für den erzwungenen Abbruch hieß. Besonders köstlich schmeckte der Sieg, wenn man dann auch noch, wie zum Hohn, an Ort und Stelle statt der Gegner eine eigene Veranstaltung abhielt.

Um solche Geschehnisse einzuschätzen, ist ein tieferer beispielhafter Blick in die Vorgänge in einigen Wahlversammlungen hier wie dort nö-

²⁶ Ubique, *In Medias Res*, CAJ, März 1928, 65–69, hier 68 („not cricket“, „the mere threat“, „fair hearing“); Good, „Quit Ye Like Men“ (2007), 148; vgl. Tilby, *Election* (1935), 706; Lawrence, *Masters* (2009), 105–107.

²⁷ Vgl. auch Aye, *Humour* (1931), 37, für den „die Stimme“ („the Voice“) des Zwischenrufers fester Teil des Wahlversammlungsschauspiels ist.

tig. Dem wenden sich die nächsten beiden Abschnitte zu, zunächst für Großbritannien, dann für Deutschland.

Störungen als Spiel

Die Herausforderungen durch Zwischenrufer, denen sich Douglas Newton in Cambridge gegenüber sah, waren vergleichsweise erträglich. Deutlich heftiger ging es regelmäßig in Sheffield zu, jedenfalls in Teilen der Stadt. Insbesondere die Wahlkreise Brightside und Attercliffe hatten hier über Jahre eine Reputation als schlimme Pflaster erworben, wenn es darum ging, gegnerischen Politikern im Wahlkampf das Leben schwer zu machen. Liberale und konservative Kandidaten, die sich in diese roten Hochburgen wagten, mussten einiges einstecken: Ständige Unterbrechungen, Pfiffe und Buh-Rufe, unverschämte Fragen, das galt lokal als die „Art von Attercliffe“. Kandidaten, die sich einer solchen Behandlung ausgesetzt sahen, schlugen allerdings nicht selten zurück, und so ging es mitunter hoch her.

Zum Ende einer stürmischen Versammlung in Brightside Anfang der 1920er Jahre etwa musste der Liberale Tudor Walters sich die herausfordernde Frage gefallen lassen, was er während des Krieges getan habe. Einschüchtern ließ er sich von der Unterstellung der Drückebergerei nicht, und er gab eine durchaus konfrontative Antwort: „Mehr als Ihr. Ich habe hart und ohne Bezahlung gearbeitet, während Ihr doppelten Lohn in den Munitionsfabriken eingestrichen habt.“ Mit dieser offensiven Gangart war Walters nicht der einzige. Sein Kollege Arthur Neal, der sich im Wahlkreis Hillsborough ebenso lautstarken Störungen ausgesetzt sah, griff die Urheber schonungslos als Kriegsdienstverweigerer und Verräter an den Männern im Schützengraben an.²⁸

Es war nicht unüblich, dass Störungen die gesamte Kampagne eines Politikers, von Versammlung zu Versammlung, systematisch begleiteten. So erging es Anfang der 1920er Jahre neben Tudor Walters und Arthur Neal auch Thomas Casey, dessen Fall hier exemplarisch etwas ausführlicher geschildert sei. Schon zu Beginn seiner Kampagne 1922 besetzten große

²⁸ Election Campaign, SDT, 16. 10. 1924 („the Attercliffe way“); Warm Time For Sir T. Walters, SM, 11. 11. 1922 („More than you. I worked hard for no salary, while you got double wages for making munitions.“); Rowdyism at Sheffield Election Meetings, SDI, 9. 11. 1922.

Menschenmengen Caseys Versammlungen: In einem Fall mussten er und seine Entourage gar aus einem Nebenzimmer Stühle holen, als sie am Versammlungsort eintrafen, da Zuhörer die Plätze auf dem Podium wie zur Demütigung besetzt hatten. Das Publikum lärmte und sang „The Red Flag“, um seine Gegnerschaft deutlich zu machen. Üblicherweise weigerte Casey sich zunächst, gegen den Krach anzubrüllen. Der Versammlungsvorsitzende appellierte an die Menge, ihn doch zumindest im Sinne des *fair play* anzuhören. Als Casey sich in einer Versammlung still auf den Podiumstisch stellte, um auf Ruhe zu warten, verhöhnte man ihn: „Was für eine schöne Statue!“ – „Er hat nichts zu sagen.“ – oder, an Caseys Ehefrau gerichtet: „Ist er daheim genauso still?“ Andere Stimmen versuchten, ihm etwas Unterstützung zu geben, und wenn er zu einer Rede ansetzte, war vereinzelt auch Applaus zu hören. „Wenn er Manns genug ist, hierher zu kommen, lass uns ihn genauer ansehen“, brüllte ein Zuhörer.

Dass Casey als Liberaler in dieser roten Hochburg aber eigentlich nichts zu suchen habe, sprachen andere unumwunden aus. Den Anspruch auf Vorherrschaft über das Arbeiterviertel warf man zum Beispiel einem seiner Unterstützungsredner entgegen: „Ihr seid am falschen Ende der Stadt.“ Zu einem weiteren wiederkehrenden Thema entwickelte sich schließlich, eng damit verbunden, die Verteidigung von Caseys Konkurrenten, dem Labour-Kandidaten Cecil Henry Wilson. Bereits zu Beginn der Kampagne hatte Casey mit dessen Erwähnung einen Sturm der Entrüstung und Rufe ausgelöst, er solle „Wilson in Ruhe lassen und über Casey sprechen“. Auch später führte die Nennung des Namens immer wieder zu Aufruhr – immerhin konnte Casey fortfahren, wenn er statt über „Wilson“ über „meinen Gegner“ redete.

Mindestens zwei von Caseys Wahlversammlungen wurden auf diese Weise gesprengt: Die Liberalen verließen unter Spottrufen und Pfiffen den Saal, während ihre Gegner die Veranstaltung im eigenen Sinne fortsetzten. Dennoch zeigte Casey selbst sich nicht allzu vergrämt. In einer Versammlung bedankte er sich ausdrücklich bei der lebhaften Opposition für ein bisschen Ruhe, nachdem diese zumindest den „Anschein“ gemacht hatte, ihm die Möglichkeit zu einer Rede zu gewähren: „Ich verstehe, dass das hier Wahlkampf ganz nach alter Schule ist“, bemerkte Casey und verwies damit auf die Tradition turbulenter politischer Versammlungen im 19. Jahrhundert. Umgekehrt wurde auch ihm mitunter Respekt gegen-

übergebracht. So hieß es zur Fragerunde in einer Versammlung – auch wenn diese ebenso ständig unterbrochen wurde –, dass Casey immerhin ein „Sportsmann“ sei und sich überhaupt um eine Beantwortung mühe, „selbst wenn wir nichts von den Antworten halten“.²⁹

Die Auseinandersetzung war heftig, es mangelte ihr zugleich aber nicht an einer Menge guten Willens auf beiden Seiten. Das reflektierte schließlich auch der Ausgang der Wahl. Casey verlor sein Mandat – deutlich. Bei der Verkündung der Sieger gab er sich dennoch als ein guter Verlierer: Er winkte der Menge „fröhlich“ zu, gratulierte den gegnerischen Labour-Aktivisten für ihre „Tatkraft und Entschlossenheit“ und betonte seine Zufriedenheit damit, dass die Wahlbeteiligung hoch gelegen habe.³⁰ Offenbar konnte man in Großbritannien auch mit derartig stürmischen Auseinandersetzungen ganz gut leben: Aus der Vorkriegszeit war man schließlich nichts anderes gewohnt.

Das wird besonders deutlich im Kontrast zur Weimarer Republik. Wie bereits die vergleichsweise hohe Empfindsamkeit gegen einfache Zwischenrufe andeutet, hatten die Beteiligten hier größere Schwierigkeiten damit, wenn der Wahlkampf aus dem Ruder lief.

Störungen als Störungen

Ein prominentes Opfer systematischer Störungen und Sprengungsversuche in der frühen Weimarer Republik war Gustav Stresemann. Auch bei einem Auftritt in Ludwigshafen im Mai 1920 wurde er von Arbeitern niedergeschrien: Sobald er zu seiner Rede ansetzen wollte, sei er nach den Berichten von Anhängern der USPD und von Kommunisten mit Pfiffen und Buh-Rufen bedacht worden, obwohl auch ein Arbeitervertreter offenbar versucht habe, die Situation zu beruhigen. Anhänger der Deutschnationalen hätten ihrerseits die Lage mit Zurufen angeheizt,

²⁹ „Reds“ Capture Platform, SDI, 7. 11. 1922 („If he has face enough to come, let’s study him“, „Let Wilson alone and tell us about Casey“); Rowdyism at Sheffield Election Meetings, SDI, 9. 11. 1922 („Tha’art at t’wrong end o’ t’town“, „I recognise that this is electioneering quite of the old order“, „some semblance of giving him a hearing“); Mr. Casey Again Heckled, SDI, 13. 11. 1922 („He is a sport and answers even if we think nothing of the answers“); Renewed Liveliness, SDI, 14. 11. 1922 („It’s a fine statue“, „he’s nothing to say“, „Is he as quiet as this at home, Mrs. Casey?“).

³⁰ Sheffield Elections, SDI, 16. 11. 1922 („cheerily“, „energy and determination“).

im Anschluss an den Abbruch der Versammlung durch den Vorstand sei ein Stuhl geflogen und schließlich eine „solenne Prügelei“ ausgebrochen, berichtete das örtliche Parteiblatt der Sozialdemokraten.

Die Empörung war nicht gerade klein, wie auch bei zumindest einer späteren Kampagne, als Stresemann ähnliches widerfuhr. Dass ein Politiker seines Formats eine solche Behandlung über sich ergehen lassen musste, empfanden nicht wenige als eine Unverschämtheit. Entsprechend mühte sich auch die Zeitung der Pfälzer Sozialdemokraten zu beteuern, dass man die Sprengung nicht verteidigen oder beschönigen wolle – um dann aber genau das zu tun: Die Bürgerlichen, die sich selbst stets einer feinen Kampfesweise rühmten, hätten keinen Grund zur moralischen Entrüstung. Schließlich sei es einer ihrer Parteigenossen gewesen, der in Ludwigshafen den ersten Stuhl geworfen habe. Insgesamt hätten die bürgerlichen Kreise noch zu weit schlimmeren Methoden gegriffen: Das hätten die Angriffe auf Hellmut von Gerlach in Berlin, auf Matthias Erzberger in Esslingen, wie auch die versuchte Sprengung einer Versammlung des Genossen Osterroth in München gezeigt. Wie aus den Zurufen zu schließen sei, habe wenigstens ein Teil der Störer in Ludwigshafen ausdrücklich Rache für diese Geschehnisse nehmen wollen.³¹

Die Entrüstung zeigte, dass Versammlungen in Deutschland üblicherweise sehr viel ruhiger verliefen als in Großbritannien. Es mag paradox klingen, dafür ausgerechnet eine Versammlungssprengung anzuführen: Aber die Aufmerksamkeit, die dieser eine Vorfall vor Ort erzeugte, machte mehr als deutlich, dass es sich hierbei um ein eher außergewöhnliches Ereignis handelte – eine Sprengung wurde gerade wegen ihrer Seltenheit in mehreren Runden so ausführlich behandelt. Aus diesem Grund fand sie ihren Weg zudem von der lokalen Bühne in die nationalen Medien – der Artikeldienst der DVP nahm die Ereignisse ebenso auf wie die *Kölnische Volkszeitung*, ein Leitmedium der Zentrumspartei.³²

31 Reichstagswahlen, PP, 20. 5. 1920 (Zitat), 21. 5. 1920; Ueber die Vorgänge in der Ludwigshafener Stresemann-Versammlung, PP, 26. 5. 1920; Die Stresemann-Versammlung in Ludwigshafen gesprengt, GAL, 20. 5. 1920; Georg Bernhard, Das Brett vor dem Kopf, VZ, 29. 4. 1928.

32 Etwa: Kölnische Zeitung, 20. 5. 1920; Nationalliberale Correspondenz, 25. 5. 1920; beide in: BArch, R 8034 II/7063, 145 f.

Schon in der Vorkriegszeit hatten politische Versammlungen in Deutschland üblicherweise einen vergleichsweise geordneten Verlauf genommen.³³ Das galt noch in der Weimarer Republik, als Wahlveranstaltungen grundsätzlich ebenfalls deutlich ruhiger verliefen, als das etwa in Großbritannien der Fall war. Zu Sprengungen, wie sie Thomas Casey und andere auf der Insel routinemäßig erlebten, kam es in Deutschland nur in Einzelfällen. So meinte mit Paul Löbe ein erfahrener Versammlungsredner, dass „weniger als ein Prozent“ der Wahlveranstaltungen überhaupt absichtlich gestört werde. In der Rückschau resümierte Löbe, dass bis auf Kommunisten und Nationalsozialisten zudem Tötlichkeiten bei politischen Auseinandersetzungen „nahezu unbekannt“ gewesen seien. Wenn sie doch einmal vorgekommen wären, dann hätte gerade deshalb ihr Urheber eine „gewisse Berühmtheit“ erreicht, weil der „ungewöhnliche Zwischenfall“ jahrelang Gesprächsthema geblieben sei.³⁴

Einen Eindruck vom eher gemäßigten Verlauf deutscher Versammlungskampagnen gibt beispielhaft eine systematische Beobachtung von 88 Wahlversammlungen, welche 1930 die Verwaltung im pfälzischen Bezirk Frankenthal, nördlich von Ludwigshafen, durchführte. Obwohl zu dieser Zeit die Gemüter für deutsche Verhältnisse äußerst erhitzt waren, vermerkte die interne Aufstellung, dass polizeiliches Einschreiten nicht ein einziges Mal nötig gewesen sei. Wenn der Verlauf einzelner Veranstaltungen hier kommentiert wurde, war das üblicherweise mit einem „Ruhig verlaufen“ oder einem „Ohne (jegliche) Störung“. Ein wenig lebhafter wurde es nur in drei Fällen: Bei einer Nazi-Versammlung in Großbockenheim protestierten Arbeiter dagegen, als „Faulenzer“ tituiert zu werden. In Grünstadt legte ein betrunkenener Kommunist in einer SPD-Versammlung ein „ungebührliches“ Verhalten an den Tag, weshalb man ihn rausschmiss. Und am selben Ort unterbrachen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten bei einer weiteren Veranstaltung fortlaufend einen Abgeordneten der Wirtschaftspartei, der dennoch seine Rede beenden konnte. Sonstige Störungen, das vermerkte der Bericht der Gendarmerie, seien nicht

33 Das betont Anderson, *Democracy* (2000), 295–305; etwas lebhafter: Gawatz, *Wahlkämpfe* (2001), 194–196.

34 Löbe, *Weg* (1994), 192–196; vgl. Pollock, *Party System* (1929), 888 f.; Wells, *German Cities* (1932), 113 f.

vorgekommen.³⁵ Verglichen mit dem Radau, der in Großbritannien als üblicher Teil der Auseinandersetzung angenommen wurde, wirken solche Ereignisse recht unspektakulär.

Vor diesem Hintergrund verwundert die Aufregung nicht, welche die Sprengung der Stresemann-Versammlung in Ludwigshafen 1920 erregte. Sie hatte im Vergleich mit Großbritannien zudem noch einen Hintergrund in der unterschiedlichen Struktur der Versammlungskampagnen in Deutschland und Großbritannien. Wie bereits weiter oben angedeutet, waren deutsche Wahlversammlungen äußerst langwierige Angelegenheiten: Parteien neigten in Deutschland dazu, wenige, aber dafür umfangreiche Veranstaltungen mit großen Publikumszahlen abzuhalten. Die britischen Kampagnen vor Ort bestanden dagegen aus einer großen Anzahl recht kurzer Engagements in rascher Abfolge. Typisch dafür ist zum Beispiel die Kampagne in Cambridge im Oktober 1924. In etwa zwei Wochen vor dem Wahltag hielten die drei Kandidaten hier jeweils zwischen zwei und vier Versammlungen pro Abend ab, am Mittag und frühen Nachmittag kamen gesonderte Veranstaltungen für Wählerinnen hinzu, und beinahe täglich ergänzte zumindest die Labour Party das Programm mit einer ausgedehnten Tour öffentlicher Reden unter freiem Himmel an verschiedenen Straßenecken im Ort. Insgesamt lassen sich mindestens 98 Wahlkampfveranstaltungen in der Stadt nachweisen, und dazu kam noch eine Reihe weiterer „Freiluft-Versammlungen“, die in den Ankündigungen der Konservativen nicht einzeln aufgezählt sind.³⁶

In Deutschland konnte man dagegen deutlich weniger Versammlungen erwarten: Einige Monate zuvor hatte die Polizei in Ludwigshafen anlässlich der Reichstagswahl gerade einmal 20 Veranstaltungen gezählt – dabei traten hier doppelt so viele Parteien an wie in Cambridge, und die Stadt war mehr als anderthalb Mal so groß. Auch das war nicht ungewöhnlich: In anderen deutschen Städten beschränkten die Parteien sich ebenso auf einige wenige Veranstaltungen, die dafür einen größeren Umfang ein-

35 Versammlungsübersicht und Berichte, Aug-Sep 1930, LAsp, H 33/199, 10 f., 15, 27, 38 (Zitate); ähnlich: Polizeipräsidium Ludwigshafen, Halbmonatsberichte, Apr-Mai, Okt-Dez 1924, LAsp, H 74/83; Halbmonatsberichte, März-Apr 1925, LAsp, H 74/94.

36 Auswertung der Ankündigungen in CDN, Okt 1924 („open-air meetings“); vgl. Lawrence, *Masters* (2009), 103, 109; Burness, *Count Up* (2010), 50; Ball, *Portrait* (2013), 193; Good, „Quit Ye Like Men“ (2007), hier bes. 145 f.

nahmen um ein großes Publikum auf einen Schlag zu bedienen.³⁷ Vor diesem Hintergrund richtete eine erfolgreiche Sprengung in Deutschland fraglos einen größeren Schaden an als in Großbritannien: Wurde einer Partei hier eine Versammlung gesprengt, war zugleich ein großer Teil ihrer gesamten Kampagne zerschlagen. In Großbritannien dagegen konnte – und musste – man leichter über einzelne Versammlungssprengungen hinwegsehen: Immerhin standen in den Terminplänen noch eine Reihe weiterer Engagements für denselben Tag, den Tag darauf und später. Das machte es nicht nur einfacher, es machte es geradezu notwendig, sich von einzelnen Rückschlägen nicht entmutigen zu lassen und über eine erfolgreiche Sprengung hinweg schnell zur Tagesordnung überzugehen. In Deutschland traf ein erfolgreicher Angriff schwerer.

Schließlich erklärt die Außergewöhnlichkeit von Versammlungssprengungen in Deutschland, wieso die Beteiligten die Geschehnisse hier in einen breiteren, nationalen Rahmen einordneten: Da es vor Ort kaum zu Ähnlichem kam, bezogen Versammlungsteilnehmer wie auch Kommentatoren in der Presse Störungen regelmäßig auf Vorkommnisse in weit entfernten Orten. Gerade die Hauptstadt genoss diesbezüglich in Deutschland einen schlechten Ruf, wie die Kennzeichnung von Störungsversuchen als „Berlinereien“ zeigt:³⁸ Neben dem Reflex auf die Sittenlosigkeit der Metropole kam darin die Annahme zum Ausdruck, dass man hier weit eher mit radauhaften Versammlungen zu rechnen habe als im Provinzalltag. So verwundert nicht, dass auch in Ludwigshafen Versammlungsteilnehmer wie Kommentatoren in der Presse die Störungen gegen Stresemann auf Übergriffe im weit entfernten Esslingen, in München und in Berlin bezogen.

Hiermit wurde das Ereignis zugleich aber in einen Rahmen gesetzt, der die britischen Gepflogenheiten sprengte. Denn bei den Angriffen, auf die hier angespielt wurde, handelte es sich um mehr als das Niederbrüllen

37 Besatzung – Halbmonatsberichte März-Mai, Okt-Dez 1924, LAsp, H 74/83; Einwohnerzahlen nach: Southall u. a., *Census Data* (2004) (Zensus von 1921: 59 264); Focke, *Wahlen* (2010), 36 (Ludwigshafen 1924: 101 700); Veranstaltungskalender in VM, Aug-Sep 1930; dazu: Severing spricht in Münster, VM, 28. 8. 1930; Die Verfassung... ein Blatt Papier, VM, 12. 9. 1930; Zentrumsbezirkversammlung Uppenberg-Kinderhaus, MA, 1. 9. 1930; SPD-Ortsverein Bremen, Jahresbericht 1928, 7.

38 So: Stegerwald vor dem kathol. Nürnberg, Bayerische Volkszeitung, 14. 7. 1932, in: ACDP, 01-206, K010 Nr. 1110.

von Politikern und die Auflösung oder Übernahme ihrer Versammlungen: Der bekannte Pazifist Hellmut von Gerlach war in Berlin von baltischen Freikorpskämpfern planmäßig überfallen und brutal zusammengeschlagen worden; Matthias Erzberger war es in Esslingen noch schlimmer ergangen. Hier hatte ein Unbekannter zum Ende der Versammlung von außerhalb eine Handgranate in den Saal geworfen, die zum Glück für alle Anwesenden bis in den angrenzenden Ankleideraum flog, ehe sie explodierte.³⁹

Die zeitgenössische Betonung eines Zusammenhangs dieser Ereignisse rückte geplante Versamlungsstörungen so in die Nähe der politischen Mordanschläge, welche die junge Republik erschütterten. Matthias Erzberger war neben Walther Rathenau nur das prominenteste Opfer einer größeren Zahl politisch motivierter Attentate: Dabei hatte allein auf ihn bereits wenige Monate zuvor ein Angriff stattgefunden, den er verletzt überlebte, bevor ein weiterer Mordversuch ein Jahr später dann Erfolg hatte. Auch der Überfall auf Hellmut von Gerlach stand in Zusammenhang mit Gerüchten über seine geplante Ermordung und weiteren – teils bewaffneten – Angriffen bei öffentlichen Anlässen, die Gerlach zumindest nach eigener Einschätzung nur knapp und mit Glück überlebte.⁴⁰ In diesem Klima, das vom Bürgerkriegsszenario der Revolution und der versuchten Gegenrevolution geprägt war, verwundert es nicht, dass man in Deutschland empfindsam auf Störungen der Ordnung in der öffentlichen Auseinandersetzung reagierte, die man kaum gewöhnt war.

Die Einordnung von Versamlungsunterbrechungen und Sprengungen in den Rahmen der innenpolitischen Verfeindungen der Revolutionszeit zeigte, wie ernst man sie nahm. Und diese Ernsthaftigkeit galt auch für die Vorkommnisse in den Versamlungen selbst. Insgesamt erwartete man in der Weimarer Republik verglichen mit Großbritannien eine größere Seriosität, wie die Geschehnisse in Ludwigshafen und Sheffield im Vergleich exemplarisch zeigen. Das war typisch für den Ton und die Rahmung des Streits, wie wir in einem Zwischenfazit sehen, bevor wir uns dem Umgang mit den Störungen in beiden Gesellschaften zuwenden.

39 Auschreitungen gegen H. v. Gerlach, Die Versamlungssprengung in Charlottenburg, VZ, 21. 2. 1920; Der Anschlag auf Erzberger, VZ, 16. 5. 1920.

40 Winkler, Weimar (2005), 117, 160 f.; Schulte, Gerlach (1988), 182 f.

Krieg und Spiel

In Großbritannien war auch in den extrem turbulenten Versammlungen in den Sheffielder Arbeitervierteln stets ein spielerisches Element zu spüren. Es äußerte sich im Spaß daran, Kandidaten mit mehr oder minder originellen Angriffen zu sticheln und zu verspotten. An diesem Ton änderte sich auch nichts, als Anfang der 1930er Jahre Faschisten und Kommunisten eine größere Präsenz zeigten. So reagierten Zuhörer auch auf Oswald Mosley und andere Vertreter seiner New Party 1931 mit Witzen über ihren Reichtum; man ahmte spöttisch die vornehmen Akzente nach, die von der Rednertribüne zu hören waren; oder man sang, in Anspielung auf Mosleys bekanntermaßen gutes Aussehen, das derbe Lied „Why Was He Born So Beautiful“ – „Why Was He Born At All“.⁴¹

Im Idealfall glänzten die Kandidaten mit Schlagfertigkeit. Douglas Newton etwa, der in Cambridge immer wieder von einem Chor roter Störenfriede mit dem Lied „The Red Flag“ unterbrochen wurde, gratulierte seinen Gegnern kurzerhand für die Sangeskünste: Man merke ihre Verbesserung seit Beginn seiner Kampagne. Sein liberaler Gegner, Sidney Cope Morgan, hatte gar Worte des Dankes für seine Unterbrecher übrig: „Ihr entlastet meine Stimme und baut Eure Aufregung ab.“ Auf die Herausforderung einiger Studenten, die sich offensiv als Konservative bekannten, konterte er: „Je mehr Ihr mir zuhört, desto weniger konservativ werdet ihr sein.“⁴²

Mit Antworten wie diesen konnte man die schmunzelnden Sympathien auch der Gegner erlangen. Sie entsprachen der Idealvorstellung eines gelungenen Schlagabtauschs in den politischen Versammlungen: einer witzigen Herausforderung, auf die der Kandidat mit einer geistreichen Entgegnung antwortete. Als Paradebeispiel dafür wurde in der Zwischenkriegszeit immer wieder die legendenhafte Anekdote des Kandidaten vorgebracht, der am Abend vor dem Wahltag für sein junges Alter angegriffen wurde: Ob seine Mutter wisse, dass er sich um diese Zeit noch draußen rumtreibe? Der Kandidat reagierte darauf mit einem Wortwitz

⁴¹ Worley, Mosley (2010), 120 (Zitat), 111; vgl. Pugh, „Blackshirts!“ (2005), 132 f.

⁴² „Improved Singing“, CDN, 24. 10. 1924; Election Jottings, CDN, 13. 3. 1922 („Thank you: it relieves my voice and relieves your feelings.“; „The more you listen, the less you will be Conservative.“).

auf seine Chancen zum Einzug ins Parlament: „Jawohl, der Herr, und morgen wird sie wissen, dass ich drin bin.“

„*Heckling*“, wie in Großbritannien der Begriff für das Zwischenrufen lautete, wurde so immer an der Erwartung gemessen, über die inhaltliche Auseinandersetzung hinaus humoristische Unterhaltung zu liefern. Die typische Gegenüberstellung von zwei Gegenspielern ist dabei bereits im Verb „to heckle“ selbst angelegt. Anders nämlich als der deutsche „Zwischenruf“, der sich auf seinen eigenen Inhalt bezieht – man ruft *etwas* zwischen –, nimmt das englische „to heckle“ nicht eine Sache, sondern eine Person zum Objekt: Man „hecklet“ *jemanden*. Im englischen Zwischenruf lag der Fokus auf der Herausforderung einer Person statt auf dem Inhalt des Einwurfs.

Wohlgemerkt ging es damit nicht einfach darum, wer mit den besten Blödeleien auf sich aufmerksam machte. Auch der Schlagabtausch des „*Heckling*“ entsprach einer Prüfung der Kandidaten. Diese drehte sich aber weniger um den Abgleich inhaltlicher Überzeugungen als um das Schaffen von Vertrauen in die Fähigkeiten für das politische Mandat. Schließlich folgten die Debatten im Parlament ebenfalls einem Stil- eingeübt in den Debattierclubs an Privatschulen und Universitäten – in dem man mit gewandtem Wortwitz ebenso punkten konnte wie mit guten Argumenten. Dass Kandidaten in der Lage wären, sich in dieser Umgebung zu behaupten und hier geschickt die Interessen ihres Wahlkreises zu vertreten, konnten sie mit Schlagfertigkeit im Wahlkampf beweisen.⁴³ Sie demonstrierten damit zugleich ihre Fähigkeit als natürliche Repräsentanten wie auch Nahbarkeit: Indem sie sich den Angriffen und dem Spott der Masse aussetzten, zeigten sie wie in ihren Selbstinszenierungen in Flugblättern und der Presse, dass sie sich nicht zu schade waren, dem Volk auf Augenhöhe zu begegnen.

Der öffentlichen Auseinandersetzung gab der humorvolle Schlagabtausch zwischen Bürgern und Politikern den Ton eines sportlichen Wettkampfs. An den Begrifflichkeiten, die in den Versammlungen selbst zur Thematisierung des Streits verwendet wurden, wird das mehr als deutlich. Wie wir bereits gesehen haben, appellierte man an „fair play“, man

43 Lo, *Conduct* (1928), 108 („Yes, Sir, she does and she will know that I am in tomorrow.“); Aye, *Humour* (1931), Kap. 3.

hielt die Unterdrückung von Opposition für „nicht Cricket“, und man lobte den Sportsgeist der Teilnehmer. Damit blieb auch gegenseitige Anerkennung kein Ding der Unmöglichkeit: Wer „Manns genug“ war, einer gegnerischen Menge gegenüberzutreten, und wer sich den traditionellen Schmähungen aussetzte, die der „Wahlkampf alter Schule“ mit sich brachte, konnte durchaus darauf hoffen, den Respekt der Gegner zu gewinnen. In dem Sinne stiftete das geteilte Vokabular des sportlichen Wettstreits in der Auseinandersetzung ein Moment der Einigung.

Auch über die Versammlungen hinaus wurde der Wahlkampf in Großbritannien als ein sportlicher Wettbewerb beschrieben – das war typisch für die Rahmung des öffentlichen Streits insgesamt. So war es üblich, die Konkurrenzsituation zwischen den Kandidaten mit einem Boxkampf gleichzusetzen: Mit ihren Reden und Gegenreden wie auch den verteilten Flugblättern tauschten die Kandidaten „Hiebe“ aus; „hartes Zuschlagen“ war dabei nur Recht, solange man nicht „unter die Gürtellinie“ zielte, denn solche „Fouls“ richteten den größeren Schaden an und verdarben das Spiel. Auch die Umschreibung des Wahlkampfs als Pferderennen erfreute sich großer Beliebtheit: Je näher im „parlamentarischen Rennen“ mit dem Wahltag die Ziellinie rückte, desto wichtiger wurde es, „auf der letzten Runde“ noch einmal die letzten Energien zu mobilisieren, um nach einem „Endspurt“ im Ziel mindestens eine Nasenlänge Vorsprung zu haben.⁴⁴ Hier teilten sich die Anwärter in Sieger und Verlierer, die sich im Anschluss gegenseitig zum guten Wettkampf gratulierten.

Die Metaphorik, die in Deutschland verbreitet war, stand dazu in einem markanten Kontrast. Hier wurde der Wahlkampf mehr als eine kriegerische Auseinandersetzung aufgefasst: So sprach man vom „Aufmarsch“ der Parteien zur „Wahlschlacht“; auf die ersten „Vorpostengefechte“ folgten nach und nach immer mehr propagandistische „Bomben und Granaten“, bis die Anstrengungen der Parteien sich schließlich zu einem wahren „Trommelfeuer“ steigerten. Am „Mobilmachungstag“ schließlich

44 Candidates Meet in the Ring, SDI, 24. 5. 1929 („blows“); Free Speech, SDI, 9. 11. 1935 („hard hitting“, „foul blows“); Liberal Poll of 27,775, SDI, 31. 5. 1929 („below the belt“); Election Jottings, CDN, 13. 3. 1922 („Parliamentary race“, „last lap“, „final spurt“); The Conservative Campaign, CDN, 11. 3. 1922; Lo, Conduct (1928), 125.

„marschierten“ auch die Wähler „in den Krieg“, sofern sie nicht zum „Millionenheer“ der Nichtwähler zählten.⁴⁵

Einige Historiker sehen in der zeitgenössischen Verwendung dieser Sprachbilder einen Hinweis auf die Weltkriegserfahrung und eine Verhärtung politischer Gegnerschaft bis hin zu einer „Brutalisierung“ der Politik.⁴⁶ Diese Ursachensuche übersieht allerdings eine äußerst lange Kontinuität: Die Metaphorik des Krieges hatte die Entstehung der modernen Politik in Deutschland seit ihren Anfängen im frühen 19. Jahrhundert begleitet und geprägt – mitnichten kann sie also einfach als ein Kind des Weltkrieges gelten. Entsprechend ist Vorsicht geboten, hierin eine direkte Konsequenz aus der Erfahrung des Krieges zu sehen.⁴⁷ Fraglos allerdings verweist die Prominenz dieser Sprache in der Weimarer Republik auf bedeutende Unterschiede zum Verständnis der Auseinandersetzung als ein sportlicher Wettkampf, die in Großbritannien größere Bedeutung hatte – und das auch hier bereits vor dem Ersten Weltkrieg.⁴⁸

So haftete dem Konflikt als kriegerischer Auseinandersetzung ein größerer Ernst an. Ein Spiel mochte man allein aus Spaß an der Sache spielen – zumindest ließ sich eine Niederlage leichter verschmerzen, weil es sich eben nur um ein Spiel handelte. Im Krieg war demgegenüber der Einsatz höher: Nur wenige zogen aus reiner Freude am Kämpfen selbst in den Kampf. Den Sieg zu erringen hatte in der militärischen Auseinandersetzung eine ungleich höhere Priorität. Denn anders als im Spiel, wo das Verlieren nur im Spiel selbst Bedeutung hat, drohten mit der Niederlage im Krieg auch Konsequenzen über diesen hinaus. Eine indirekte Rolle für

45 Diese Begriffe aus: Franz Wehling, *Politik der Sachlichkeit*, MA, 20. 8. 1930; Bomben ([1924]); Wahlsorgen, *Gesellige*, 20. 3. 1924; Kreuzerhöhung nicht Kreuzerniedrigung, *NPL*, 11. 9. 1930; Wahlauf Ruf „Deutsche Schwestern!“ des Frauenausschusses des Reichs-Landbundes, 18. 11. 1924, *BArch*, R 8034 II, 5104. Vgl. die unreflektierte Übernahme dieser Wahlkampfsprache bei Lau, *Wahlkämpfe* (2008).

46 So Schumann, *Politische Gewalt* (2001), 267 f.; Lau, *Wahlkämpfe* (2008), 246 f. (Begriff).

47 Etwa: Schröder, *Von großen Männern* (2011), 32–34; Welskopp, *Banner* (2000), 314–316; Suval, *Electoral Politics* (1985), 17–20; Gawatz, *Wahlkämpfe* (2001), 310–317; zur Kritik der „Brutalisierungs“-These v. a. Ziemann, *Front und Heimat* (1997).

48 Rix, *Party Agent* (2001), 239; Vernon, *Politics* (1993), 135 f. Der Kontrast heißt indes nicht, dass kriegerische Metaphern in Großbritannien und die Sprache des Sports in Deutschland völlig unbekannt waren – hier wie dort gab es beides, aber die Gewichte waren unterschiedlich verteilt. So hatte der Sport in Deutschland insgesamt eine deutlich geringere Prägestärke, vgl. allein Eisenberg, „English Sports“ (1999).

die Erwartungen an die Auseinandersetzung spielte der zurückliegende Weltkrieg damit doch, weil er dunkle Vorahnungen über den Ausgang beschwor: Er hatte der deutschen Gesellschaft gezeigt, welche katastrophale Konsequenzen die Niederlage bringen würde.

Entsprechend waren Störversuche und Sprengungen in Deutschland von einer Verbissenheit gekennzeichnet, die der britischen Auseinandersetzung eher fremd war. Wie in den vorherigen Kapiteln auch an anderen Elementen des Wahlkampfs immer wieder zu sehen war, fällt an der deutschen Versammlungskultur im Vergleich vor allem ihre Humorlosigkeit auf: Sie zeichnete sich weniger durch stichelnde Angriffe und originelle Spontaneität aus, wie in Großbritannien, und war stärker von aufrechter Empörung und kalter Entschlossenheit geprägt. Dass man wie in britischen Versammlungen nur mit dem Gegner spielte – ihm mit Lärm verbot, bestimmte Begriffe und Namen im Mund zu führen; oder ihn trotz Überlegenheit zumindest kurzfristig zu Wort kommen ließ –, das war in der Weimarer Republik nicht üblich. Hier wurde weniger gelacht, denn es galt alles oder nichts.

Das betraf selbst diejenigen Versammlungsstörer, die in Deutschland den Spaß an ihrem Handwerk nicht verhehlen konnten. Auch diese zeichnete im Vergleich eine besondere Kaltschnäuzigkeit aus: Unverkennbar ist zum Beispiel, wie Sozialdemokraten, insbesondere dann aber die Nationalsozialisten, recht unverhohlen mit ihrer Stärke drohten und sich an ihren Erfolgen weideten – den Kern der Freude machte hier immer mehr der Erfolg als das Spiel für sich aus.⁴⁹

Mit dem Ton der Seriosität traf sich in Deutschland schließlich die grundsätzlich geringere Legitimität von Zwischenrufen in deutschen Versammlungen. Wer ernsthaft etwas beizutragen hatte, konnte schließlich die Aussprache nutzen, zu der es am Ende der Versammlung Gelegenheit gab. Entsprechend zielten deutsche Wahlkampfveranstaltungen stärker als ihre britischen Pendanten auf einen „ruhigen, würdigen“ oder einen „ruhigen und ordentlichen Verlauf“ – sogar ein Leitfaden für nationalsozia-

49 Etwa: Aus dem Münsterlande, V, 30. 11. 1924; Blutige Versammlungsschlacht in Bad-Dürkheim, E, 30. 8. 1930; Reichardt, Kampfverbände (2002), 121 f.; Nazi-Banditen als Versammlungssprenger in Dürkheim, PP, 29. 8. 1930, 30. 8. 1930; Aus unserer Wahlagituation, PP, 31. 8. 1930; Die gesprengte Versammlung in Dürkheim, PP, 1. 9. 1930.

listische Versammlungsleiter erhob dies für die eigenen Veranstaltungen zur Maxime.⁵⁰

Auch in Großbritannien nahmen freilich die Stimmen zu, die das Geschrei in Wahlveranstaltungen und deren planmäßige Sprengung kritisierten. Nicht ohne Grund versuchte etwa Thomas Casey in Sheffield, die Störungen seiner Versammlungen in Propaganda für die eigene Sache umzumünzen: Indem er offensiv mit den Angriffen gegen seine Kampagne für sich warb, spekulierte er um Stimmen aus Mitleid und Entrüstung, die einem die unehrenhafte Kampfweise der Gegner einzubringen versprach. Damit kalkulierte er auf eine Öffentlichkeit, deren Toleranz für derartige Verhaltensweisen im Sinken begriffen war.⁵¹

Tatsächlich hielten es auch seine Gegner für geraten, auf dieselbe Stimmung einzugehen. Bereits zu Beginn der Kampagne hatten die Labour-Kandidaten in Sheffield in einem offenen Brief dazu aufgerufen, dass *allen* Kandidaten die faire Gelegenheit zur Vertretung ihrer Ansichten gegeben werde. Die eigenen Anhänger wurden angehalten, den Gegnern das Leben nicht unmöglich schwer zu machen, weil nicht zuletzt die Arbeiterpartei selbst lange genug für Redefreiheit gekämpft habe. Cecil Henry Wilson, der Kontrahent Thomas Caseys in Attercliffe, verurteilte die Behandlung seines Konkurrenten und schickte schließlich sogar seinen Wahlagenten in eine dessen Veranstaltungen, um das Publikum um faire Behandlung zu bitten. Ähnliche Episoden hat Jon Lawrence für eine ganze Reihe anderer Orte zusammengetragen: Die Vorkommnisse in Sheffield waren typisch für eine Reihe von Auseinandersetzungen, die sich überall in Großbritannien um diese Zeit abspielten.⁵² Den Querulanten wurde mehr und mehr zugesetzt.

Zugleich aber differenzierte man in Großbritannien stärker als in Deutschland. „*Rowdyism*“ – das organisierte Niederschreien von Gegnern –, das galt als unerwünscht und einer Demokratie nicht würdig. Jeder sollte seine Argumente vortragen können, damit die Wählerschaft

⁵⁰ Stephan, Parteiorganisation ([1928]), 38; Fischer, Versammlungsleiter (1932), Zitat 30.

⁵¹ Inserat Thomas Casey, SM, 14. 11. 1922; vgl. „Cheltonia“, Law and Order at Political Meetings, CAJ, Okt 1923, 221–225, hier 225.

⁵² A. V. Alexander, Robert Morley, Arthur Ponsonby, Cecil H. Wilson, Offener Brief, YTS, 7. 11. 1922; Sheffield Divisions, YTS, 13. 11. 1922; Rowdyism Boomerang; Attercliffe Uproar, SDI, 8. 11. 1922; The Passer By, SDI, 15. 10. 1924; Lawrence, Transformation (2006), 198, 201.

zwischen den unterschiedlichen Positionen abwägen könne. Anders als noch in der Vorkriegszeit besaßen nun schließlich alle das Stimmrecht, mit dem sie ihrem Unmut Ausdruck verleihen konnten, ohne unerwünschte Kandidaten anzubrüllen. Zugleich sorgte man sich aber darum, dass ein gewisses Maß an Lebhaftigkeit erhalten bleibe. Wie allein die Debatte über die Verwendung von Lautsprechern zeigte, bestand die Gefahr einer zu großen Kontrolle über Versammlungen darin, dass man kaum noch ein interessiertes Publikum finden würde, wenn die Wahlveranstaltungen ihren Unterhaltungswert verlören. „*Heckling*“ – schnippische Zwischenrufe, der humorvolle Schlagabtausch zwischen Kandidaten und Wählern – das sollte darum erhalten bleiben, um nicht zuletzt der Wählerschaft die Möglichkeit zu geben, Politiker mit unbequemen Interventionen in Verlegenheit zu bringen.⁵³

In Großbritannien mehrten sich also Forderungen nach einer Zivildisierung der traditionell ruppigen Versammlungskultur. Zugleich machte man sich aber Sorgen darum, dass sie nicht den spielerischen Reiz verlieren dürften, der vom Trubel und dem lebhaften Schlagabtausch ausging. In Deutschland differenzierte man hier weniger: Vor dem Hintergrund einer äußerst geordneten und ruhigen Veranstaltungstradition, welche die Ernsthaftigkeit der Auseinandersetzung betonte, sah man mit großer Besorgnis auf jede Art von Störung des ordentlichen Ablaufs des Streits in der Öffentlichkeit. Gerade, dass man hier traditionell weniger gewohnt war, ließ die Beteiligten besonders empfindsam auf Aufruhr reagieren. Die aufgeheizte Stimmung in der unmittelbaren Nachkriegszeit und die fundamentale Verfeindung zwischen Revolutionären und Gegenrevolutionären tat vor diesem Hintergrund ihr Übriges, die Ernsthaftigkeit des öffentlichen Streits in den Versammlungen und seine potentiell gravierenden Konsequenzen hervorzuheben.

Angesichts dieser unterschiedlichen Einstellungen und Sensibilitäten verwundert es nicht, dass Störer in beiden Gesellschaften auch unterschiedlich starke Reaktionen hervorriefen. Das zeigen die Arrangements

53 Diese typischen Argumente und Abwägungen etwa in: Brightside Peace, SDI, 23.10.1924; Sheffield Fights, SDI, 16.10.1924; „Red Men of Romsey“, CDN, 25.10.1924; Free Speech, SDI, 9.11.1935; R.H. Edwards (Birmingham), Order at Public Meetings, CAJ, Feb 1929, 23–25; By the Way, YTS, 29.11.1923; vgl. Lawrence, Masters (2009), 123 f., 128.

der Parteien für die Kontrolle von Veranstaltungen, denen wir uns als nächstes zuwenden. In beiden Gesellschaften versuchten Parteien und Politiker, Ordnung in Versammlungen durchzusetzen. Die Motivation dafür war hier wie dort eine doppelte: Nur in Veranstaltungen, die ruhig verliefen, konnten die eigenen Argumente überhaupt gegenüber den Versammelten ausgesprochen und, über die Presseberichterstattung der Reden, an eine breitere Öffentlichkeit gerichtet werden. Zudem demonstrierte die Durchsetzung von Ruhe und Ordnung, als ein Selbstzweck, die Stärke der Bewegung, ihrer Ideen und deren Durchsetzungsfähigkeit gegenüber lautstarker Gegnerschaft.

Zu diesen Zwecken setzten Parteien und Kandidaten in Deutschland wie in Großbritannien Ordner in ihren Versammlungen ein. Wie die nächsten beiden Abschnitte zeigen, gingen aber die Kontrollversuche in der Weimarer Republik weiter, und auch im Stil unterschied sich der Umgang mit Störungen in beiden Gesellschaften – es ist kein Zufall, dass uns so die Begrifflichkeit des Krieges in Deutschland noch weiter begleiten wird.

Militarisierung: Deutsche Saalschützer

Nichts zeigt so deutlich die deutsche Ambition, einen besonders tiefgreifenden und massiven Durchgriff zu ermöglichen, wie der Einsatz von uniformierten Mitgliedern quasi-militärischer Wehrverbände für den „Saalschutz“, wie solche Arrangements in der Weimarer Republik bezeichnet wurden. Aus dem Bild der öffentlichen Auseinandersetzungen dieser Jahre sind diese „Sturmtrupps“ der Parteien,⁵⁴ wie ein amerikanischer Beobachter sie zeitgenössisch nannte, kaum wegzudenken. Entsprechend viel Aufmerksamkeit haben Organisationen wie das Reichsbanner, der Stahlhelm, und die SA bereits in der Literatur gefunden.

Die Gründung der Verbände auf der Rechten hatte ihren Hintergrund im Bürgerkriegsszenario der Revolutionszeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg. Aus Freikorps und den Einwohnerwehren, die überall zur Abwehr des Bolschewismus entstanden waren, gingen schließlich Verbände wie die spätere Sturmabteilung der NSDAP und der Stahlhelm hervor. Von Anfang an brachten die Mitglieder solcher Gruppierungen so eine

⁵⁴ Pollock, *Party System* (1929), 889 („shock troops“).

militärische oder quasi-militärische Ausbildung und Haltung mit. Der Schutz von Versammlungen nationaler Redner gehörte dabei im Rahmen der Abwehr der Revolution zu den selbstverständlichen Aufgaben der frühen Wehren und Ordnungsdienste: Gerade in den tumulthaften Monaten der Revolution wurden diese zum Ziel linker Störungsversuche, die es aufzuhalten galt. Aber auch nachdem die Situation sich in den 1920er Jahren beruhigt hatte, griffen die bürgerlichen Parteien der Rechten für ihre Saalschutzvorkehrungen weiter auf Mitglieder der Wehrverbände zu, die sich in Deutschland mittlerweile als feste Größe etabliert hatten.⁵⁵

Auch die roten Saalschutzvorkehrungen gingen auf die Auseinandersetzung zwischen Linken und Bürgertum in der unmittelbaren Nachkriegszeit zurück. Selbst das republikanische Reichsbanner Schwarz Rot Gold stand indirekt in dieser Tradition. Faktisch handelte es sich um eine sozialdemokratisch dominierte Organisation, die ebenso aus einer Wahrnehmung der Bedrohung entstanden war: Nachdem die Rechte gegen die Revolution und ihre Nachwehen aufgerüstet hatte, war es nun an der Reihe der Arbeiterschaft, sich zur Abwehr der Gefahr zu organisieren, die von den nationalistischen Wehrverbänden für die eigene Bewegung und das Projekt der Republik ausginge. Eine Reihe von Vorläuferorganisationen, die von Veteranenvereinen mit militärischem Ehrgeiz bis hin zu zivilen Vereinigungen für Versammlungsschutz reichten, wurde so 1924 zum Reichsbanner zusammengeschlossen.⁵⁶

In der Literatur ist dabei einigermaßen umstritten, inwiefern das Reichsbanner sich dem militärischen Auftreten des Stahlhelm und dem militanten Gebaren der SA annäherte. Nicht selten wird dabei der Eindruck erweckt, der republikanische Wehrverband habe angesichts des Zeitgeistes, der Popularität der militärischen Formensprache also, praktisch keine Wahl gehabt, sich ebenfalls Uniformen anzulegen, Fahnen zu schwingen und durch die Straßen und in Versammlungssäle zu marschieren, um in einer kriegesischen politischen Kultur Stärke und Bereitschaft demonstrieren zu können.⁵⁷ Gegen die Zwangsläufigkeit betonen allerdings andere

⁵⁵ Zu den Hintergründen: Berghahn, *Stahlhelm* (1966), hier bes. 13–22; Longerich, *Bataillone* (1989), hier bes. 9–32; Westarp, *Konservative Politik* (2001), 173.

⁵⁶ Rohe, *Reichsbanner* (1966), hier bes. 17–80.

⁵⁷ In diese Richtung etwa ebd., 96–130; mit weiterer Literatur, selbst aber widersprüchlich dazu: Mennen, *Selbstinszenierung* (2013), 237, 246, 258 f.

Historiker, das Reichsbanner selbst habe, wenn auch unfreiwillig, damit selbst einen entscheidenden Beitrag zu einer Militarisierung der Politik in Deutschland beigetragen. Die Diskussion geht dabei über die Annäherung der politischen Auseinandersetzung an die militärische Formensprache hinaus. Der Kontinuität des Kriegs- und Bürgerkriegsszenarios entsprechend, in der die Schutzverbände standen, steht hierbei auch zur Debatte, inwiefern der Verlauf der Auseinandersetzung in Deutschland selbst damit zunehmend von kriegerischen Werten bestimmt wurde: Statt sich zivilisiert zu streiten, so meinen Vertreter der „Militarisierungs“-These, sei in Deutschland zunehmend physische Durchsetzungsfähigkeit in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gerückt.⁵⁸

Zumindest in Teilen hat diese These Widerspruch erfahren. So hat kürzlich Benjamin Ziemann betont, wie stark ganz im Gegenteil *anti-militaristische* Überzeugungen im Reichsbanner verankert waren. In der Tat hätten viele Mitglieder des Verbandes als überzeugte Pazifisten auch nur äußerst widerwillig eine Uniform getragen – einzelne Zweige des Reichsbanners hätten sogar noch 1930 eine Anschaffung entsprechender Kleidung abgelehnt. Zudem weist Ziemann darauf hin, dass Mitglieder des Reichsbanners ihre quasi-militärischen Insignien in der Öffentlichkeit nur als „Mittel zum Zweck“ trugen: „Soldatenspielerei“ sei im Reichsbanner keineswegs ein „innerer Wert oder Selbstzweck“ gewesen, das Aufmarschieren in militärischer Montur habe ausschließlich der „effektiven öffentlichen Darstellung der eigenen Stärke gedient“.

Auf eine derartige Differenzierung hat bereits Karl Rohe in seiner Pionierarbeit zu dem republikanischen Wehrverband hingewiesen: Den „Appell an das Frontsoldatische“ habe das Reichsbanner als ein Mittel verwendet, um Vorwürfe der Drückebergerei abzuwehren und die eigene Weltanschauung mit den Weihen der genuinen Kriegserfahrung zu legitimieren. Er sei aber niemals, wie bei den rechten Verbänden, als Glaube an eine Mission des Soldatentums verinnerlicht worden. Ziemann treibt diese Unterscheidung aber noch weiter. Er leitet daraus ab, dass der republikanische Wehrverband angesichts seiner ambivalenten Haltung *nicht* zu

⁵⁸ V. a. Mommsen, *Militär* (1997); Schumann, *Politische Gewalt* (2001), hier 14 mit Anm. 10 und 11; sowie Stibbe, *Germany* (2010), 83–89, für weitere Literatur.

einer „übergreifenden Militarisierung der Weimarer politischen Kultur“ beigetragen habe.⁵⁹

In der Differenzierung der Einstellungen zu Uniformierung und Aufmärschen ist Ziemann sicher zuzustimmen: Klassische Darstellungen zur „Militarisierung“ der Politik zeichnen ein Bild einheitlicher Akzeptanz und sogar Begeisterung über die Zunahme militärischer Handlungsformen in Deutschland, die fraglos überzogen ist. Darin verschwinden die Widerstände und mahnenden Stimmen, die diese Veränderung der öffentlichen Auseinandersetzung in Deutschland begleiteten. Auch die Tatsache, dass andere Formen der Auseinandersetzung damit keineswegs aus der Welt verschwanden, wird darin plakativ übergangen.⁶⁰

Andererseits geht auch Ziemann zu weit, wenn er aus seinen Hinweisen auf Widerspruch ableitet, das Reichsbanner selbst habe keinen Anteil an einer „Militarisierung“ der deutschen Politik der Zwischenkriegszeit getragen. Seine Argumentation beruht hier auf einer einigermaßen spitzfindigen Differenzierung zwischen Uniformierung als „Selbstzweck“ und „Mittel zum Zweck“, die kaum überzeugt. Denn selbst wenn Mitglieder des Reichsbanners die „Soldatenspielererei“ als Eigenwert ablehnten und nur aus Gründen der Demonstration von Stärke uniformiert auftraten, dann bleibt immer noch diese Feststellung: Dass sie *öffentlich* ein militärisches Auftreten pflegten, statt sich in zivil an der Auseinandersetzung zu beteiligen, ist der eigentlich wichtige Befund. Denn dieser zeigt, dass der republikanische Wehrverband grundsätzlich die symbolpolitische Herausforderung der Rechten annahm und sich auf das Wettrüsten im militärischen Stil einließ. Nur vor dem Hintergrund dieser Norm erklären sich überhaupt die Debatten und Widerstände gegen den Kurs innerhalb des Vereins. Dabei ist es bezeichnend, dass man auch im Reichsbanner Vorwände wie zu hohe Kosten vorschieben musste, um gegen eine Uniformierung des Ortsvereins zu argumentieren.⁶¹ Offenbar war es doch auch hier nicht ganz so einfach, sich aus *prinzipiellen* Gründen gegen ein

59 Ziemann, *Commemorations* (2013), 72–75, 94 („Soldatenspielererei“, „a means to an end“, „intrinsic value or an end in itself“, „effective public representation of one’s own strength“, „overall militarisation of Weimar’s political culture“). Vgl. Rohe, *Reichsbanner* (1966), 130 (Zitat), 107.

60 Besonders etwa Mommsen, *Militär* (1997), 270–272 (mit Hinweisen auf weitere Literatur); dagegen etwa auch Mennen, *Selbstinszenierung* (2013), 251–268.

61 Ziemann, *Commemorations* (2013), 74.

uniformiertes Auftreten zu verwahren. Insofern kann kein Zweifel daran bestehen, dass auch das Reichsbanner – wenn auch einigermaßen widerwillig – seinen Teil dazu beitrug, dass eine Kleidung der öffentlichen Auseinandersetzung in militärische Formen in Deutschland zunehmend zur Normalität wurde.

Und das Reichsbanner blieb damit nicht allein. Spätestens in den frühen 1930er Jahren stellten auch die katholischen Parteien Schutzformationen auf, die sich am militärischen Auftreten der rechten Verbände orientierten.⁶² Im Münsterland bildete der Parteienachwuchs dafür eine „Katholische Liga“; analog zur „Bayernwacht“ der BVP stellten die Parteien in der Pfalz eine „Pfalzwacht“ und in Baden eine „Badenwacht“ auf. Der öffentliche Auftritt und das Selbstbild dieser Gruppierungen zeigen, dass der martialische Auftritt der Parteien als quasi-militärische Kampfverbände in der späten Weimarer Republik über die protestantische, nationale Rechte hinaus geteiltes Gut darstellte. Regelmäßig veranstaltete nun etwa die Katholische Liga im Münsterland Propagandamärsche für die Sache der Partei und deren Führer Heinrich Brüning. Auch den örtlichen Veranstaltungen des Zentrums gab sie ein militärisches Gepräge, indem sie mit Trommeln, Pfeifen und Standarten in Versammlungen einmarschierte, um diese durch massive Präsenz in Aufstellung vor gegnerischen Störungen zu schützen.

Als „echte deutsche Helden“ sollte dieses „Elitekampftruppe des Jungzentrums“ in den Wahlkampf gehen, wie einst die „jungen Helden von Langemarck“ im Weltkrieg gefochten hätten, rief ein Redner der Liga zu – vielleicht ohne diese Analogie bis zum Ende durchdacht zu haben: Dem Mythos nach, der in der Zwischenkriegszeit als Symbol für Opfermut weit verbreitet war, hatte man die „Helden von Langemarck“ schließlich im Krieg grausam und sinnlos verheizt. Das romantische Pathos des Selbstbeweises in der Feuertaufe des Kriegs wog aber schwerer als solche nüchternen Betrachtungen: *„Heraus aus dem Schützengraben des Disputierens, des Theoretisierens“*, hieß es weiter in der Adresse an die Katholische Liga. *„Heute gilt die Tat! Der Alarmruf ist ertönt, unser Führer bläst zum Sturm.“*

⁶² Mennen, *Selbstinszenierung* (2013), 262–265.

Wir als junge katholische Generation folgen ihm in heiliger Begeisterung, und unser Alarmruf dröhnt über deutsche Lande dahin“.⁶³

Das martialische Selbstbild hinter diesen Mobilisierungsaufrufen war dabei keine Besonderheit des konservativ-bürgerlich geprägten katholischen Milieus im Münsterland. Auch in der Vorderpfalz, wo die örtlichen Verbände als dezidierte Republikaner eher auf dem linken Flügel der Zentrumspartei zu verorten waren, erklangen ähnlich markige Worte. So marschierte auch hier die Pfalzwacht in Uniform als Teil gigantischer Kundgebungen zur Rahmung von Versammlungen mit Musik und Fahnen auf. Vor dem Auftritt des „Führers“ Heinrich Brüning im Juli 1932 wurde die Versammlung mit einem „schneidigen Marsch“ eröffnet. Das örtliche Zentrumsblatt bemerkte selbst zu diesem „einzigartige[n] Schauspiel“, dass man sich angesichts des Spektakels „unwillkürlich versucht fühlt, eine Parallele mit dem einstudierten, wohlexerzierten Begeisterungstheater der Hitler-Paraden zu ziehen“.

Bei den sozialdemokratischen Verbänden mochte man sich mit solchen Vergleichen und in der militärischen Ausschmückung der eigenen Demonstrationen und ihren Beschreibungen insgesamt bedeckter halten. Einzelne Stimmen verrieten aber auch hier einen gewissen Stolz auf die militärisch-disziplinierten Stärkedemonstrationen des Reichsbanners und später der Eisernen Front. Die Nazis „sind gewarnt“, sich nicht zu Dummheiten hinreißen zu lassen, hieß es etwa in der Münsteraner Parteipresse, nachdem zwei Wochen vor der Wahl im September 1930 das Reichsbanner in einem „Marsch der Zehntausend“ durch die Stadt gezogen war. Und bereits 1928 brüstete sich das Parteiblatt in Ludwigshafen mit dem Massenaufmarsch der „Arbeiterbataillone“, die „einheitlich kampfbentschlossen“, „wuchtig und diszipliniert“ eine Reihe von Kundgebungen mit Paul Löbe in der Pfalz begleitet hatten.⁶⁴

63 Zur Brüning-Versammlung in Münster, MA, 12. 7. 1932; Katholische Liga, MA, 14. 7. 1932; Warum heute ein starkes Zentrum? MA, 14. 7. 1932; Eine Zentrumsversammlung im Gertrudenhof, MA, 23. 7. 1932; Katholische Jugend und der 31. Juli, MA, 17. 7. 1932 (Zitate, Hervorhebungen im Original); vgl. Kitzing, Wahlkampfstrategie (2006), 99 f.; zu „Langemarck“: Ziemann, „Macht der Maschine“ (1998); Weinrich, Kult (2009).

64 Ein einzigartiges Schauspiel, NPL, 18. 7. 1932 (Zitate); Aufmarsch zur Brüning-Kundgebung, NPL, 16. 7. 1932; Herr Stadtpfarrer Wagner begibt sich auf den Kriegspfad, NSZ, 19. 10. 1932; Der Marsch der Zehntausend, VM, 1. 9. 1930 (Zitate); Reichs-

Tatsächlich ließ der politische Gegner sich davon beeindrucken. Mit ernsthafter Sorge beäugte etwa der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Otto Schmidt aus Hannover schon Mitte der 1920er Jahre das Reichsbanner: Wie aus Schmidts Korrespondenz hervorgeht, meinte er in der Uniformierung und dem offensiven Auftreten gezielte „Bürgerkriegsrüstungen der Schwarz-Rot-Gelben“ zu erkennen.⁶⁵ Konnte man diese ihren Lauf gehen lassen, ohne ihnen etwas entgegenzustellen?

Je rabiater die Gegner antraten, desto resoluter musste das eigene Auftreten werden: Die deutschen Parteien rüsteten auf. Um Ruhe und Ordnung herzustellen, entwickelte die Politik so in einem kumulativen Prozess von der extremen Linken über die Mitte bis hin zur extremen Rechten ein zunehmend martialisches Auftreten, das sich an militärischen Vorbildern und einer kriegerischen Haltung orientierte. Zwar gab es durchaus Widerspruch und Kritik an dieser Entwicklung. Bei aller angebrachten Differenzierung bleibt aber gerade im Kontrast mit Großbritannien festzustellen, dass solche Einwände wenig praktische Wirkung zeigten. Insgesamt erfreute sich die Ausstaffierung von Versammlungen und Kundgebungen mit Uniformen, Märschen, Trommeln, Standarten und Fahnen in Deutschland breiter und zunehmender Beliebtheit über Parteigrenzen hinweg.

Die Attraktivität dieses Auftretens hatte derweil auch eine Ursache in den hohen Hürden, die für eine aktive Partizipation nach den traditionellen Formen deutscher Wahlveranstaltungen galten. Ein Korreferat in der Aussprache zu halten, das erforderte ein hohes Maß politischer Bildung und rednerischer Fähigkeit. Mit einer Trommel, einer Fahne oder als Körper in einer Uniform dagegen konnte beinahe jeder bedeutungsvoll an den propagandistischen Anstrengungen seiner Partei mitwirken, ohne Gefahr zu laufen, sich eine Blöße geben zu müssen. Insofern waren es gerade die hohen Ansprüche an die „Sachlichkeit“ der Auseinandersetzung, die in Deutschland eine Verlagerung hin zu symbolischen Demonstrationen provozierten.

präsident Gen. Löbe in der Pfalz, PP, 30. 4. 1928 (Zitate); weitere Beispiele: Stegerwald vor dem kathol. Nürnberg, Nürnberg, Bayerische Volkszeitung, 14. 7. 1932; Stegerwald spricht in Worms, Wormser Neueste Nachrichten, 29. 10. 1932, beide in: ACDP, 01-206, K010 Nr. 1110; Nr. 1131; Aus den Bezirken, PP 12. 9. 1930; Mennen, Selbstinszenierung (2013), 248 f., 265; Rohe, Reichsbanner (1966), 96–130.

⁶⁵ Terhalle, Deutschnational (2009), 121 f.

In Großbritannien, wo den Zwischenrufen und dem Gebrüll der Beteiligungsfreudigen insgesamt mehr Freiraum gelassen wurde, lastete keine so hohe Erwartung auf der öffentlichen Auseinandersetzung – hier konnte man auch ganz ungeordnet und lautstark mitmischen. Da Störungen insgesamt weniger als ein Problem wahrgenommen wurden, mussten Ruhe und Ordnung zudem nicht mit so aufwändigen Mitteln erzwungen werden. So gab es weniger Bedarf, ihnen ähnlich entschlossen und formiert mit überwältigender Macht gegenüberzutreten wie in Deutschland.

Abrüstung: Britische Ordner

Gänzlich unbekannt waren politische Uniformen und Insignien, Fahnen, Trommeln und ähnliche quasi-militärische Ausstaffierungen auch in Großbritannien nicht – sie fanden hier allerdings weit weniger Resonanz als in Deutschland und blieben ein Randphänomen, das niemals bei allen Parteien ankam. Entsprechend betrachtete man sie nicht als ein zunehmend unumgängliches Mittel des eigenen Auftretens in der Auseinandersetzung. Noch Anfang der 1930er Jahre, als sie in Großbritannien erstmals eine gewisse Verbreitung fanden, galten sie eher als Kuriositäten: Faschisten wurden darum schon einmal mit einem Schaffner verwechselt, wenn sie in Uniform einen Bus bestiegen, und es waren nicht nur Außenstehende, die sich über die politische Uniformierung mokierten – sogar Mitglieder der Bewegung selbst hielten die Verkleidung mitunter für etwas albern.⁶⁶

Die Reaktionen der Öffentlichkeit gingen in eine ähnliche Richtung. Als etwa Oswald Mosley im Oktober 1931 in Sheffield auftrat, erregte er zwar durchaus einiges Aufsehen, und örtliche Kommentatoren gingen anerkennend auf seine einnehmende Ausstrahlung als Versammlungsredner ein. Dass man die Veranstaltung aber vor allem für ihren Unterhaltungswert lobte, deutete schon eine skeptische Distanz zu Mosley und seinem Projekt einer New Party an. „Er hinterließ bei mir den Eindruck einer intelligenten aber einsamen Gestalt“, urteilte ein Kolumnist.⁶⁷ Wenn den Faschisten in Großbritannien zwar auch nicht mit einvernehmlicher Ablehnung begegnet wurde, schien von ihrem Auftreten, das sich an die

⁶⁶ Pugh, „Blackshirts!“ (2005), 137; Coupland, *Black Shirt* (2004), 100 f., 104 f., 112 f.

⁶⁷ General Topics, SDI, 19. 10. 1931 („He struck me as a brilliant, but isolated, figure“).

uniformierten Marschkolonnen auf dem europäischen Festland anlehnte, jedenfalls kaum eine breite Ansteckung mit Begeisterung auszugehen. Selbst ausgesprochene Antisozialisten, welche die Sorge vor der roten Gefahr teilten, mochten den Paraden der Faschisten nur wenig abgewinnen: Als eine eher „peinliche Angelegenheit“ etwa befand der Diakon des Jesus College in Cambridge eine Prozession der örtlichen Faschisten am Wahltag 1922, die in der Lokalöffentlichkeit mit beredtem Schweigen übergangen wurde.⁶⁸ Solche Reaktionen sprechen nicht dafür, dass die militärische Formensprache des kontinentalen Faschismus in der britischen Politik großen Widerhall fand.

Die Frage, wie nah Mosleys Unternehmungen auf der Insel an den politischen Mainstream heranrückten, ist dabei unter Historikern umstritten. Insbesondere Martin Pugh hat eine Lanze dafür gebrochen, die Bedeutung des Faschismus für Gesellschaft und Politik in der britischen Zwischenkriegszeit nicht zu unterschätzen, da vielfältige Verflechtungen zum und große Sympathien am rechten Rand der konservativen Partei bestanden hätten. An diesen Befunden kann wenig Zweifel bestehen. Zugleich weist aber auch der Widerspruch, den Pugh von Jon Lawrence und anderen erfahren hat, auf die Gefahr hin, hieraus allzu weitreichende Schlussfolgerungen zu ziehen. Insgesamt zeigte sich die faschistische Bewegung in ihrem Stil in Großbritannien zu sehr im Gegensatz zu dem Wandel der politischen Kultur der Zwischenkriegszeit, als dass man sie allzu weit in das Zentrum der Entwicklungen rücken darf. Viel eher als Erfolge oder nachhaltiger Einfluss war es schließlich gerade ihr *Scheitern*, das ein Schlaglicht auf die dominanten Erwartungen an die öffentliche Auseinandersetzung in Großbritannien wirft. Denen konnten die britischen Faschisten in ihrer Nachahmung kontinentaleuropäischer Vorbilder nämlich nicht gerecht werden.⁶⁹

Der Vergleich mit Deutschland ist hierfür illustrativ, und die Entwicklung von Ordnerdiensten in britischen Versammlungen bietet ein gutes Beispiel, da er auch in Großbritannien Faschisten involvierte. Tatsächlich

68 Percival Gardner-Smith, Tagebücher, II, 16. 11. 1922, Jesus College Archives, Cambridge („an awkward affair“).

69 Pugh, „Blackshirts!“ (2005), weist selbst auf die kontroverse Aufnahme seiner Argument nicht hin. Siehe v. a. Lawrence, *Fascist Violence* (2003); Pugh, *National Government* (2005); Lawrence, „Olympia“ (2005); Worley, *Mosley* (2010).

gibt es einige Hinweise, dass bereits in den 1920er Jahren vielerorts Faschisten in konservativen Wahlversammlungen als Ordner agierten.⁷⁰ Die späteren Blackshirts, die dabei in Großbritannien zum Einsatz kamen, unterschieden sich allerdings merklich von den deutschen Braunhemden. Zwar spielten auch in Großbritannien Drill, militärisch-strenges Auftreten und ein männlicher Körperkult keine geringe Rolle in der Selbstorganisation und dem Selbstbild der Faschisten. Es fehlte aber nahezu völlig an der Mythisierung des heroischen Kriegseinsatzes, der in Deutschland bis in die gemäßigt-bürgerlichen Milieus reichte, sowie der Konzeption als einer Bürgerkriegsarmee in Wartestellung, die das Selbstverständnis der deutschen SA prägte. Wo deutsche SA-Männer die Kaserne nachahmten und den Gebrauch von Schusswaffen einübten, erinnerte das Training britischer Faschisten in vielen Fällen doch eher an ein Ferienlager, in dem man mit Cricket, Radfahren und Fechtübungen den Körper fit hielt. Es ist bezeichnend, dass Oswald Mosley die British Union of Fascists zum Ende der 1930er Jahre in eine Kampagne für den Frieden führen konnte, die seiner persönlichen, grundsätzlichen Reaktion auf den Ersten Weltkrieg entsprach: Wie breite Teile der britischen Gesellschaft war auch Mosley davon überzeugt, dass alles für die Verhinderung eines erneuten Massensterbens getan werden müsste.

Schließlich unterschied sich dementsprechend auch die soziale Zusammensetzung der militanten Rechten in beiden Gesellschaften: Wo der paramilitärische Arm des Nationalsozialismus sich in Deutschland auf junge, gewaltbereite Männer stützte, die frustrierende soziale Abstiegs Erfahrungen zu einer Gemeinschaft zusammengeschweißt hatten, war der britische Faschismus deutlich gemischter. Insbesondere spielten Frauen hier eine große Rolle für die Organisation und die alltäglichen Aktivitäten in den örtlichen Zweigen. Mosley kannte aus seiner Karriere als konventioneller Parteipolitiker deren Wert für den Aufbau und den Unterhalt einer Parteimaschinerie. Spätestens als er mit der Union eine solche zu errichten versuchte, um auf legalem Weg eine Machtoption zu ermöglichen, begannen die Ortsvereine Mitte der 1930er Jahre zunehmend gewöhn-

⁷⁰ Lawrence, „Olympia“ (2005), 265; Pugh, National Government (2005), 254.

lichen konservativen Clubs zu ähneln, wie ein Schwarzhemd klagte.⁷¹ Entsprechend brachten Faschisten in Großbritannien kaum ein ähnliches Maß an Militanz in die politische Auseinandersetzung, wie es ihren kontinentaleuropäischen Vorbildern eigen war.

Dennoch war selbst das für die britischen Verhältnisse zu viel. Die Versammlungskultur und die Diskussion um Ruhe und Ordnung entwickelten sich hier in eine Richtung, die – anders als in Deutschland – keinen Anlass und keinen Raum für das strenge Auftreten selbst einer relativ zivilen Eingreiftruppe bot. Entsprechend unterschied sich der Stil der Ordnungsdienste, und entsprechend blieb auch der Einsatz von Faschisten oder anderer Ordner in Uniform in einem Versuchsstadium stecken, statt sich zu einer breit akzeptierten Norm auszuweiten. Typisch war dafür die Ankündigung der British Fascists im Mai 1929, im Rahmen ihres „Kampfes gegen den Hooliganismus“ überall im Land Wahlversammlungen schützen zu wollen. Das Engagement beruhte nämlich offensichtlich kaum auf förmlichen Vereinbarungen mit denjenigen, deren Versammlungen so befriedet werden sollten: „Offiziell“ würde niemand um Hilfe bitten, erklärte ein faschistischer Funktionär, einige Kandidaten „lassen aber Freunde Andeutungen machen und so“.⁷²

Vielleicht kam der angebotene Schutz einigen Politikern tatsächlich gelegen. Es spricht aber Bände, dass sie sich dann zugleich scheuten, eine allzu enge Verbindung zu den Faschisten einzugehen, indem sie das öffentlich zugaben. Die Ordnerdienste beruhten dementsprechend auf kaum greifbaren Arrangements, die von Seiten der Konservativen jederzeit abgestritten werden konnten: Schließlich konnte man auch Faschisten kaum die Teilnahme an den eigenen öffentlichen Versammlungen verwehren; dass sie dabei einschüchternd auf andere Teile der Zuhörerschaft wirkten, mochte ein willkommener Nebeneffekt sein. Ihre Dienste offiziell in Anspruch zu nehmen, war also nicht unbedingt nötig; es reichte, ihre Anwesenheit zu tolerieren.

⁷¹ Kontrastiere z. B. ders., „Blackshirts!“ (2005), 137–143, 152, 261 f.; Gottlieb, *Body Fascism* (2011), hier bes. 119, 121; dies., *Fascist Men* (2004), hier bes. 87–89, 91 f., mit Reichardt, *Kampfbünde* (2002).

⁷² „Rough House“ Men, SDI, 27. 5. 1929 („war on hooliganism“, „Not officially [...] but they drop hints through friends, you know.“).

Auf diese Art schien auch die „inoffizielle Leibwache“ aus örtlichen Faschisten zu funktionieren, die Douglas Newton in Cambridge 1924 begleitete. In den Parteiinterna finden sich nicht einmal Hinweise auf die Existenz einer solchen Gruppe, und auch in der Öffentlichkeit hat sie nur wenige Spuren hinterlassen. Ihr Bestehen geht aus der öffentlichen Anklage eines Gegners hervor, der Newton in einem offenen Brief fragte: Heiße er die Taten der „30 oder 40 Adelssprösslinge“ gut, die seine Versammlungen frequentierten, um Widerspruch zu unterdrücken? Würde er die örtlichen „Fascisti“ öffentlich maßregeln und sich von ihnen distanzieren?

Dahinter steckte ein weitreichender Vorwurf: Was die Konservativen und mit ihnen die Faschisten als „Rowdytum“ bezeichneten, sei tatsächlich nichts weiter als der legitime Protest von Zuhörern. Nur mit einem lauten Aufschrei könnten die Versammelten sich schließlich gegen „Aussagen“ verwahren, die sie instinktiv als „Zerrbilder der Wahrheit“ erkennen würden. Newton reagierte auf die Anschuldigung mit Schweigen. Immerhin meldeten sich allerdings die Faschisten selbst zu Wort, die betonten, dass sie stets nur in der Defensive gehandelt hätten. Sie konnten sich sogar auf den Labour-Kandidaten und seinen Agenten berufen, die ihnen bestätigten, dass umgekehrt die Versammlungen der Arbeiterpartei einen völlig ruhigen Verlauf nähmen.⁷³

Diese Debatte war typisch für den Einsatz von Ordnern in Großbritannien. Auch wenn es sich dabei nicht um selbsterklärte Faschisten handelte, fand die Diskussion stets in diesem Rahmen statt: Wurden Ordner wirklich benötigt, um Hooligans und systematische Störenfriede hinauszuerwerfen, oder handelte es sich bei ihnen schlichtweg um ein Instrument zur Einschüchterung unliebsamer Gegner? In Sheffield begann während derselben Kampagne eine ganz ähnliche Kontroverse, als große Teile des Publikums bei einer konservativen Wahlversammlung in Attercliffe den Saal verließen. Die Konservativen, so lautete die spätere Anschuldigung

73 G. H. Crouch, *Organised Rowdyism*, CDN, 23. 10. 1924 („unofficial bodyguard“ [Anführungszeichen im Original], „30 or 40 scions of the aristocracy“, „rowdyism“, „statements“, „travesties of the truth“); R. S. Muttelbury, W. Darwin, *Organised Rowdyism*, CDN, 24. 10. 1924; vgl. auch F. W. Edwards, *Rowdyism at Meetings*, CDN, 27. 10. 1924; sowie die örtliche Diskussion unter Studenten: *Organised Rowdyism*, *The Gownsmen*, 25. 10. 1924; N. A. de Bryne, *Foolish Fascisti*, ebd.; G. F. Simond, „Foolish Fascisti“, ebd., 1. 11. 1924.

und Erklärung für den Exodus, hätten die Versammlung mit Mitgliedern einer Gang besetzt, um rabiāt gegen Zwischenrufer vorzugehen.⁷⁴ Hier kamen also keine Faschisten zum Einsatz, sondern die traditionelle Strategie für die Versammlungskontrolle, die vor dem Ersten Weltkrieg üblich gewesen war: Kandidaten engagierten Schläger, um auch handfeste Auseinandersetzungen gegen die Opposition gewinnen zu können, die sich häufig ebenso der Dienste gekaufter Fäuste bediente. Wie anderswo schlugen die Konservativen in Sheffield noch 1924 diesen Weg ein.⁷⁵

Ganz wie in Cambridge wurden auch hier in der Folge Vorwürfe laut, die Torys nutzten die Bekämpfung von Unruhe als Vorwand, um mit den Methoden des „gemeinen Hooligans“ unliebsame aber legitime Kritik zu unterdrücken. Konfrontiert mit den Geschehnissen, reagierten die konservativen Kandidaten, indem sie Unwissenheit vorschützten und jegliche Verantwortung abstritten. „Niemand ist je als Ordner in meinen Versammlungen aufgetreten“, beschwichtigte etwa Matt Sheppard in seinem Wahlkreis Brightside die Öffentlichkeit. Das konnte allerdings kaum mehr überzeugen, als auch ein unabhängiger Journalist Opfer der konservativen Befriedungsstrategie wurde: Sobald er bei einer Versammlung sein Notizbuch aufgeschlagen habe, hätte ihn ein „offizieller oder inoffizieller Türsteher“ in „bestimmender und beleidigender Manier“ angefahren und schließlich nach seiner Adresse gefragt, berichtete ein Lokalreporter in großer Aufmachung. Ähnliches sei auch einem Fragesteller widerfahren: Zwei oder drei Männer hätten zugleich drohend die Hände auf seine Schultern gelegt und die Preisgabe seines Namens und seiner Anschrift gefordert.

Angesichts der Skandalisierung in der Lokalpresse hatte in diesem Fall der konservative Kandidat, Richard Storry Deans, keine andere Möglichkeit mehr, als die Vorfälle einzuräumen. Dem Reporter gegenüber versprach er, dass sie sich nicht wiederholen würden – das kam einem Eingeständnis der Vorwürfe gleich, die Torys würden übel beleumundete Gestalten aus dem lokalen kriminellen Milieu einsetzen, um systematisch unliebsame Kritiker zu unterdrücken. Tatsächlich verstummten nach der Skandalisierung die Klagen in der Lokalöffentlichkeit: Es schien, als ob die

⁷⁴ Breezy Meeting, SDI, 21. 10. 1924.

⁷⁵ Lawrence, *Transformation* (2006), 189, 200.

Konservativen angesichts der öffentlichen Entrüstung ihren Ordnerdienst in der Folge einschränkten.⁷⁶

In derartigen Fällen wurde in Großbritannien die Grenze dessen verhandelt, was als legitime Meinungsäußerung galt und wo systematische Störungen um der Störung willen begannen. Was konnte noch als *heckling* gelten, und wo begann *rowdyism*? Vornehmlich an Parlamentsdebatten und persönlichen Zeugnissen hat für diese Debatte Jon Lawrence gezeigt, dass eine Mehrheit der britischen Politiker – trotz des Einsatzes von Ordnern – öffentlich eine Position zugunsten der Zwischenrufer einnahmen: Auch wenn diese zuweilen über die Stränge zu schlagen drohten, konnte man der Wählerschaft in Versammlungen nicht grundsätzlich ihr Recht auf Interventionen nehmen, indem man sie einschüchterte.⁷⁷ Wie die Beispiele aus Sheffield und Cambridge zeigen, schlossen diese Argumente an eine ebenso gelagerte Diskussion in der breiteren Öffentlichkeit vor Ort an. Und diese hatte letztlich handfeste Konsequenzen dafür, ob und in welcher Art Ordnerdienste auftreten konnten.

So gibt es Anzeichen dafür, dass britische Politiker nicht nur in Sheffield äußerst sensibel auf das Aufkommen von Klagen über ihre Ordner reagierten und sich insgesamt eher zurückhaltend in ihrem Einsatz zeigten. Die Wahl von 1924 bildete eine Art Höhepunkt für den Einsatz von Saalordnern: Die Torys bedienten sich ihrer Dienste vor allem, um aktiv aus den Vorwürfen des „Rowdytums“ Kapital zu schlagen, mit dem die Labour Party als eine gefährliche Feindin verfassungsmäßiger Politik und der Meinungsfreiheit angegriffen werden konnte.⁷⁸ Allerdings mussten sie dabei feststellen, dass die Strategie bei dem Einsatz übereifriger Ordner Gefahren barg. Anscheinend blieb es darum bei dem einmaligen

⁷⁶ Disgusted, Mr. Faraday's Meeting Last Night, SM, 21. 10. 1924; Sheffield Day by Day, SM, 21. 10. 1924; Canard of Tory Chuckers-Out, SDI, 22. 10. 1924; Jas. Ryan, Rowdyism at Attercliffe, SDI, 22. 10. 1924 („common hooligan“); „Keep Order“, SDI, 23. 10. 1924; Brightside Peace, SDI, 23. 10. 1924 („No one has ever come to a meeting to keep order for me.“); Tory Manners in Brightside, SM, 23. 10. 1924; Gang Controversy, SDI, 24. 10. 1924; Sheffield Tory Roughs, SDI, 25. 10. 1924 („official or unofficial doorkeeper“, „peremptory and abusive manner“); vgl. Bean, Gang Wars (1981), 42; mit Price, Troublemakers (2008), 122, Anm. 23.

⁷⁷ Lawrence, Fascist Violence (2003), 251–253, 262.

⁷⁸ Vgl. Lo, Conduct (1928), 109.

Experiment; jedenfalls erlangten ähnliche Debatten nach 1924 weder in Cambridge noch in Sheffield noch einmal eine größere Bedeutung.

Erhebungen zu insgesamt 1079 Versammlungen in 13 verschiedenen Wahlkreisen zu den Unterhauswahlen von 1922 und 1935 deuten ebenfalls auf einen eher verhaltenen Einsatz von Ordnern hin: Folgt man der Auswertung von Jon Lawrence und Kit Good, werden Ordnerdienste in der Berichterstattung für gerade einmal zwei der 1079 erfassten Veranstaltungen erwähnt (und diese fanden beide 1922 statt). In den Vorkriegswahlkämpfen, die ebenfalls in dem Projekt erfasst sind, hatte dagegen der Anteil der Versammlungen mit Erwähnung von Ordnern noch fast zehnmal so hoch gelegen.⁷⁹ Die Auszählungskriterien bedeuten zwar nicht, dass Saalordner in den übrigen Versammlungen ausgeschlossen sind, nur weil sie keine Erwähnung fanden. Aber auch bei der Annahme ihrer Präsenz trägt die Nichterwähnung Bedeutung: Offensichtlich agierten sie zurückhaltend genug, dass es nicht (mehr) zu einer Thematisierung ihres Einsatzes kam.

Schließlich finden sich dafür auch in den Anweisungen der Wahlkampfplaner ausdrückliche Hinweise. Wer den Einsatz von Ordnern empfahl, betonte in der Zwischenkriegszeit, dass man sich hierfür nicht mehr auf den „üblichen Boxer-Typus“ verlassen dürfe, sondern eine „anständige, einwandfreie Truppe“ brauche, die einen kühlen Kopf bewahren könne. Auch Ordnerinnen wurden empfohlen, deren Vorteil allein für die Förderung einer weiblichen Präsenz in den Versammlungen, zur Ermutigung von Wählerinnen also, auf der Hand läge.⁸⁰ Gerade letzterer Vorschlag barg großes Potential für die Deeskalation von Auseinandersetzungen: Gegen Frauen war mit Fäusten keine Ehre zu gewinnen.

Die Abrüstung der britischen Parteien in ihren Saalschutzarrangements stand in markantem Kontrast zu Deutschland. Schließlich bestand in der Weimarer Republik überhaupt keine Frage, dass der Saalschutz und die Durchsetzung von Ruhe eine höhere Legitimität besaßen als Zwischenrufe: Diskussionen über den Einsatz von Ordnern, wie sie in Großbritannien

⁷⁹ Lawrence/Good, *Electing John Bull* (2005). Vorkriegszeit (1895 sowie 1910): 1348 Versammlungen mit 24 Erwähnungen von Ordnern.

⁸⁰ W. E. Stabler, *Stewarding of Meetings and the Use of Political Clubs*, CAJ, Feb 1925, 40–42 („usual prize-fighting type“, „good, clean crowd“); *The Meeting Campaign*, LO, März 1922, 13–15; ersterer Hinweis auch in Lawrence, „Olympia“ (2005), 266 f.

entbrannten, fanden hier überhaupt nicht einmal statt.⁸¹ Das Recht der Parteien, Gegnerschaft in den eigenen Versammlungen zu unterdrücken, stand völlig außer Frage. Entsprechend rüsteten die deutschen Parteien auf, und sie brüsteten sich mit der Stärke ihrer Schutzverbände, um Gegner einzuschüchtern und zu zeigen, dass sie auch für handfeste Auseinandersetzungen gerüstet waren.

In Großbritannien dagegen gerieten Politiker zunehmend in die Defensive: Hier schien es sogar ratsam so zu tun, als trage man nicht einmal Verantwortung für diejenigen, die in den eigenen Wahlversammlungen für Ruhe und Ordnung sorgten. Vor dem Hintergrund der ruppigen britischen Wahlkultur des 19. Jahrhunderts wirkte diese Entwicklung einigermaßen kurios, hatten doch Stärkebehauptungen und Einschüchterungen noch vor dem Weltkrieg fraglos als ein Teil der politischen Auseinandersetzung gegolten. Nun wurden sie zunehmend als illegitim empfunden. Paradoxe Weise konnte auch hierfür das Ideal einer „lebhaften“ politischen Auseinandersetzung als Maßstab herangezogen werden: Es waren dann die Freiheiten der Zwischenrufer und die Möglichkeit zum lautstarken Protest, die in derselben traditionellen Versammlungskultur wurzelten, die einem massiven Durchgriff der Kandidaten Grenzen setzte.

Die Entwicklung von Saalschutzarrangements und das Ausmaß der Kontrolle über Versammlungen orientierten sich damit zuletzt in beiden Gesellschaften an den unterschiedlichen Aufmerksamkeiten der Parteien. In Großbritannien hingen die Möglichkeiten zum Einsatz von Saalordnern vom Urteil einer breiteren Öffentlichkeit ab, die ein übermäßiges Einschreiten zunehmend kritisch beäugte. Wer auf die parteiunabhängigen Wähler spekulierte, die sich davon beeinflussen ließen, musste fürchten, mit dem Einsatz handfester Mittel wichtige Sympathien in der Auseinandersetzung zu verspielen. In Deutschland dagegen sahen Parteien nicht so sehr auf eine Öffentlichkeit, der sie gegenübertraten – stattdessen nahmen sie sich

⁸¹ Eine Anmerkung: In meiner Lesart des faschistischen Einflusses auf die britische Politik folge ich der eher orthodoxen Sicht, die zuletzt Lawrence, „Olympia“ (2005), und Worley, Mosley (2010), bekräftigt haben (vgl. oben, Anm. 69.). Selbst in der Bewertung von Pugh, National Government (2005), 254–256, bliebe aber immer noch der Unterschied signifikant, dass es in Großbritannien immerhin eine Diskussion um die Legitimität von Saalordnern und ihren korrekten Einsatz gab, was man von Deutschland nicht behaupten kann. Auch wenn man also Pugh folgt, bleiben meine weiterführenden vergleichenden Schlussfolgerungen unberührt.

selbst und die eigenen Anhänger vornehmlich im Kontrast zum Gegner wahr: In dieser Ausrichtung war es nur konsequent, zur Verteidigung der Sache angesichts der gegnerischen Rüstungen nicht klein beizugeben, sondern Paroli zu bieten.

Den Stil der politischen Versammlungskultur verschob das geradezu in entgegengesetzte Richtungen. Bevor wir diese Entwicklung zum Schluss des Kapitels resümieren, ist noch ein letzter bedeutender Einfluss anzusprechen, der mit dem Einsatz von Saalordnerinnen angedeutet ist: Die Integration der weiblichen Wählerschaft in die demokratische Auseinandersetzung hatte nicht zu unterschätzende Auswirkungen darauf, wie der Konflikt konkret ausgetragen wurde – zumindest in einer der beiden Gesellschaften.

Frauen

Mit der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung von Frauen als Wählerinnen ist ein Faktor angesprochen, der in den vorangehenden Kapiteln bereits verschiedentlich aufgetaucht ist – nun ist die Gelegenheit gekommen, die einzelnen Stränge zu einer systematischen Diskussion zusammenzuführen: So haben wir gesehen, wie Frauen eine zentrale Bedeutung als Aktivistinnen gewannen, die den lokalen Parteimaschinen Leben einhauchten – insbesondere für den Wahlkampf von Haustür zu Haustür wurden sie unersetzlich. In der Presseöffentlichkeit galten die Wählerinnen, die erst kürzlich das Wahlrecht erlangt hatten, schon einmal als Modellstaatsbürger; stärker als an den Männern wurden an ihnen ausdrücklich Erwartungen über das ideale Verhalten der Bürgerschaft als rational kalkulierende und nüchterne Entscheider verhandelt. Auch in der Wahlkampfkommunikation der Parteien konnte man ein Zugehen auf Frauen und zeitgenössische Vorstellungen ihrer Rolle in der Gesellschaft erkennen, wo die häusliche Sphäre des Konsums – gegenüber der männlich dominierten Welt der Produktion – in den Fokus des Werbens um die Wählerschaft rückte. In dem Sinne war der Parteienkommunikation deutlich anzusehen, dass die politisch mündige Bürgerschaft weiblicher geworden war.

Allerdings verweisen all diese Punkte auf einen Unterschied: Bezeichnend ist für sie, dass sie in Deutschland in der Zwischenkriegszeit niemals

eine so große Bedeutung erlangten wie in Großbritannien. Auf der Insel wurde der weiblichen Konsumentin weit mehr Aufmerksamkeit geschenkt, hier exerzierte die Presseöffentlichkeit an der Wählerin Staatsbürgerideale durch, und hier gewann mit dem Häuserwahlkampf ein bedeutender Kampagnenbestandteil ein weibliches Gesicht – bis in die Organisation der Faschisten hinein, die sich damit fundamental vom militant-männlichen Nationalsozialismus in Deutschland unterschied. Sicher, auch die britische Politik blieb in der Zwischenkriegszeit in hohem Maße eine Männerdomäne. Aber man war hier stärker als in der Weimarer Republik darum bemüht, auch Frauen einen Platz einzuräumen.

Die Literatur legt das bereits für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg nahe: Deutlich zeigen die einschlägigen Arbeiten, dass Frauen schon vor 1914 in der britischen Wahlkampfkultur eine größere Rolle gespielt hatten als in Deutschland, wenngleich sie hier wie dort kein Stimmrecht besaßen. So spricht etwa Jon Lawrence bereits für die Zeit vor 1914 von einem „weiblichen Massenaktivismus“ in Großbritannien, während sich die deutschen Parteien zu dieser Zeit noch eher mäßig interessiert zeigten, die Energien von Frauen für ihre Zwecke einzusetzen – oder sie auch nur an Versammlungen teilnehmen zu lassen. Nicht zuletzt bestanden in Deutschland lange rechtliche Hürden für die Beteiligung von Frauen: Bis 1908 war ihnen in den meisten Ländern des Reichs die Mitgliedschaft in politischen Vereinen sowie die Teilnahme an politischen Versammlungen sogar gesetzlich verboten.⁸²

Auch nach 1918 gibt die Entwicklung der Versammlungskultur ein plastisches Beispiel für den unterschiedlichen Einfluss von Frauen auf die Auseinandersetzung in beiden Gesellschaften ab. Dabei ist es nicht einfach zu sagen, in welchem Ausmaß Wählerinnen hier wie dort an Versammlungen beteiligt waren – verbürgte Zahlen, noch dazu im Kontrast, gibt es nicht. Es ist aber bezeichnend, dass während der Kampagne zur Nationalversammlungswahl in Deutschland noch Frauen – trotzdem sie nun das Stimmrecht besaßen – bei Wahlversammlungen abgewiesen wurden. In den 1920er Jahren war dies zwar offensichtlich nicht mehr der Fall, aber

82 Lawrence, Masters (2009), 83–87, Zitat 87 („mass female activism“); Suval, Electoral Politics (1985), 166–168; Gawatz, Wahlkämpfe (2001), 59; Welskopp, Banner (2000), 335–337; wie immer optimistischer: Anderson, Democracy (2000), 297 f.

noch 1930 schien es manch einem Beobachter eine besondere Betonung wert, wenn die Hälfte der Zuhörerschaft aus Frauen bestand. Offenbar galten derartige Teilnehmerzahlen als Seltenheit.⁸³ In Großbritannien dagegen konnte man Mitte der 1930er Jahre registrieren, dass mittlerweile „oft“ mehr Frauen als Männer an den politischen Versammlungen teilnahmen – diese Beobachtung war gar so weit zu einem Stück Normalität geworden, dass der Rückblick auf nahezu ausschließlich männlich besetzte Veranstaltungen „befremdlich“ wirkte.⁸⁴

Tatsächlich schien man in Deutschland auch nicht sehr geneigt, bei der Gestaltung von Wahlveranstaltungen weiblichen Bedürfnissen entgegenzukommen. Deutsche Versammlungen fanden typischerweise in einem männlichen Setting statt: Als klassischer Veranstaltungsort diente ein Wirtshaus, das der Versammlung einen Rahmen als geselliger Abend bei Bier und Zigaretten gab. Dieses Arrangement hatte sich aus der Entstehung politischer Zusammenkünfte in Deutschland ergeben. Nach der Märzrevolution fanden diese zunächst nicht wie in Großbritannien anlässlich von Wahlen statt, sondern blieben an Vereine gebunden, die sich in trinkseliger Runde in Wirtshäusern trafen. Darüber gingen Volksversammlungen und Gastronomie in Deutschland „eine Symbiose“ von „eigentümlicher Intensität“ ein, wie Thomas Welskopp es formuliert hat.⁸⁵ Bestand hatte diese bis in die Zwischenkriegszeit. Insbesondere in kleineren Städten oder Gemeinden und für Versammlungen, die nicht als Massenkundgebungen ausgestaltet wurden, blieb das Wirtshaus der typische Versammlungsort. Dabei schlossen Wirte offenbar auch Verträge mit den Parteien ab – die Sache sollte sich schließlich lohnen –, welche die Besucher zum Kauf von Getränken verpflichteten.⁸⁶

Diese Art der Geselligkeit war völlig auf ein männliches Publikum zugeschnitten. Darüber klagte zum Beispiel die Demokratin Illa Uth, eine enge Mitarbeiterin von Anton Erkelenz und zeitweilige Geschäftsführerin des DDP-Reichsfrauenausschusses. Insbesondere Mütter, Hausfrauen, Groß-

83 Für Wahrheit, Freiheit und Recht! MA, 18. 11. 1918; Aus unserer Wahlagitation, PP, 3. 9. 1930.

84 So: Salvidge, Salvidge (1934), 19 f., Zitat 20 („often“, „oddly“); vgl. z. B. Through a Woman's Eyes, SDI, 29. 5. 1929

85 Welskopp, Banner (2000), 304 f. (Zitate), 335–337.

86 Zentrum Pfalz: Anleitung für die Wahlarbeit, [Juni/Juli 1932], ACDP, 01-586, K035.

mütter – Frauen also, die eng an die häusliche Sphäre gebunden blieben – trauten sich kaum zu den typischen Parteiversammlungen. Und wer wolle es ihnen verübeln? Die Lokale seien ungemütlich und verqualmt, insbesondere durch die „Rauchsitte“ werde den Frauen in Deutschland die politische Arbeit „verleidet“. Uth schloss daraus, dass zumindest vorerst kein Weg daran vorbeiführe, die politische Belehrung der Frauen auszulagern. Da man die Männer wohl kaum zum Verzicht auf die Zigarette bringen könne, müssten zusätzlich gesonderte Frauenversammlungen, nachmittags bei Kaffee und Kuchen, veranstaltet werden.⁸⁷

Dieser Lösungsvorschlag machte deutlich: Eine Anpassung der politischen Sitten an die Bedürfnisse von Wählerinnen erwartete man nicht. Ein Konservativer wie Kuno von Westarp sprach das auch ganz unverblümt aus. Die stürmischen Versammlungen, die er zu Anfang der Weimarer Republik erlebte, überzeugten ihn nicht etwa davon, dass sich an der Veranstaltungskultur etwas ändern müsse, um der Teilnahme von Frauen gerecht zu werden. Erfahrungen wie die Stürmung einer Rednertribüne oder die Verwendung von Bierseideln als Wurfgeschosse hätten ihn stattdessen „in der Auffassung bestärkt, daß die Frau zu schade war, in diese Art von Kämpfen hineingezogen zu werden“.⁸⁸

In diesem Sinne waren in Deutschland Frauen gefordert, sich mit den (männlichen) Gepflogenheiten abzufinden und sich anzupassen, wenn sie einen Platz in der öffentlichen Auseinandersetzung finden wollten. Das galt auch für die Verbreitung demonstrativer Werbemittel wie die uniformierten Propagandamärsche, die sich in den frühen 1930er Jahren steigender Beliebtheit erfreuten. Frauen drängte das militärische – und damit traditionell männliche – Auftreten der Parteien noch weiter an den Rand der Sichtbarkeit; zumindest war das der Eindruck von führenden Aktivistinnen wie Marie Juchacz und Gertrud Hanna. Auch ihnen schien die einzige Lösung aber nicht darin zu liegen, für zivilere Formen zu kämpfen, in denen auch die Damen einen Platz fänden. Stattdessen drängten sie darauf, eigene Uniformen zu erhalten, um in den Marschkolonnen

87 Erkelenz, *Leitfaden* ([1924]), 20–24, Zitat 20; dazu: Bergerson, *Ordinary Germans* (2004), 72; Kellmann, *Erkelenz* (2007), 84.

88 Westarp, *Konservative Politik* (2001), 172.

Sichtbarkeit zu erlangen.⁸⁹ Statt auf klassische Frauenrollen zuzugehen, forderte die deutsche Auseinandersetzung den Bürgerinnen so entweder Enthaltung oder die Entwicklung einer militanten Weiblichkeit ab.

In Großbritannien dagegen ließ sich Umgekehrtes beobachten: Hier forderte man weniger eine Anpassung von der weiblichen Wählerschaft, als man sich bemüht zeigte, ihrem Beteiligungsanspruch zu entsprechen und auf sie zuzugehen. Auch hier veranstalteten Kandidaten gesonderte Wahlversammlungen nur für Frauen – und darüber hinaus kamen sie auch in ihren „normalen“ Veranstaltungen der weiblichen Wählerschaft entgegen. Vermutlich fiel das in Großbritannien ohnehin leichter, weil Wahlversammlungen hier traditionell nicht in einer Männerdomäne wie den deutschen Gaststätten verankert waren. Im Gegenteil: Die Antikorrupcionsgesetzgebung des späten 19. Jahrhunderts legte hier nahe, sich von Wirtshäusern möglichst fern zu halten, da der Ausschank von Alkohol als ein traditionelles Mittel zur Wählerbestechung zu einer Anfechtung des Mandats, zumindest aber zu Stirnrunzeln führen konnte. Tatsächlich war es Kandidaten ausdrücklich verboten, für ihre Wahlkampforganisation Räumlichkeiten anzumieten, für die eine Ausschanklizenz für Alkohol bestand. Als typischer Versammlungsort dienten so nach dem Ersten Weltkrieg vor allem Schulen: Hier standen allen Parteien kostenlos Klassenzimmer zur Verfügung, was die knappen Wahlkampfkassen bei einem umfangreichen Versammlungsspensum entlastete.⁹⁰ Solche Räumlichkeiten boten allerdings ein deutlich nüchterneres und neutrales Terrain als Gaststätten: Hier mussten Frauen sich nicht in eine vornehmlich männliche Sphäre vorwagen.

Zudem versuchten Agenten und Kandidaten in Großbritannien, Wählerinnen aktiv zur Teilnahme zu ermutigen. Auch darum ließen männliche Politiker sich typischerweise von ihren Ehefrauen begleiten; und auch dafür setzte man Ordnerinnen ein, die Frauen dazu ermutigen sollten, sich den Männern gleich am politischen Prozess zu beteiligen. In Großbritannien ging die Bereitschaft, Frauen zu integrieren, aber noch darüber

89 Marie Juchacz und Gertrud Hanna an Reichskampfleitung der Eisernen Front, Juli 1932; Rundschreiben zum Wahlkampf, Juli 1932, BArch, RY 20/II 146/2/6, 20 f., 24, 26; vgl. SPD Leipzig, Ortsgruppe Hartha, Wahlbetrachtungen, 19. 3. 1932, BArch, RY 20/II 146/3/4, 71; vgl. Häberlen, Vertrauen (2013), 72.

90 Seager, Parliamentary Elections (1921), 47 f., 111 f.

hinaus, indem ihre Anwesenheit hier – gleichsam im Gegensatz zu den deutschen Verhältnissen – zu einem Argument für bessere Sitten und einen zivileren Umgang in den Versammlungen gewendet wurde. Ein starker Einwand gegen die zwielichtigen Gestalten etwa, die in Sheffield 1924 als Saalordner der Konservativen agierten, war deren Behandlung der anwesenden Frauen: Einige Entrüstung entlud sich hier darüber, wie die „Arbeitsscheuen“ und „Hooligans“ ihrer „widerlichen aber naturgemäßen Tätigkeit“ nachgegangen seien, die Damen im Publikum zu beschimpfen. Sahen so Respekt und Höflichkeit aus?⁹¹

Gravierender noch als Beleidigungen war es, wenn die Auseinandersetzung körperlich wurde. Dazu kam es etwa im Wahlkreis Central in Glasgow, als sich 1929 nach viel Gebrüll und einer versuchten Stürmung der Rednertribüne eine Versammlung des konservativen Abgeordneten William Alexander im Chaos auflöste: In dem Durcheinander waren auch die Schreie von Frauen zu hören, die in der Handgemenge Gefahr liefen, verletzt zu werden. Ähnliche Ereignisse hatten schon zuvor im Verlauf der 1920er Jahre immer wieder Empörung in der medialen Berichterstattung ausgelöst. Wo Frauen in der Wahlkampfarena Opfer von Gewalt zu werden drohten, gingen die Vorkommnisse überregional durch die Presse: Hier war deutlich eine Grenze überschritten. Hatte man handfeste Auseinandersetzungen vor dem Weltkrieg noch als etwas behandeln können, das zwischen Männern nun einmal vorkommen konnte, gab es nun, da Frauen mit gleichen staatsbürgerlichen Rechten beteiligt waren, keine Entschuldigung mehr für derartiges Verhalten.⁹² Frauen als Staatsbürgerinnen gaben damit ein starkes Argument für die Notwendigkeit einer Abkühlung der politischen Leidenschaften und einer Zivilisierung der Versammlungskultur ab.

Die Teilnahme von Wählerinnen an öffentlichen Versammlungen wurde in Großbritannien damit nicht nur offener begrüßt und aktiver gefördert als in Deutschland. Anders als auf dem Kontinent, wo Frauen einiges an Anpassung abverlangt wurde, waren auf der Insel sogar Bemühungen zu erkennen, die Bedingungen der Auseinandersetzung zu verändern, um

⁹¹ Independent Voter, *Tory Manners in Brightside*, SM, 23. 10. 1924 („workshies“, „their disgusting but natural job“).

⁹² Fight at Tory Meeting, SDI, 18. 5. 1929; Lawrence, *Fascist Violence* (2003), 242 f.; vgl. *The Politics of Women*, YTS, 24. 10. 1924.

den Bedürfnissen des schwachen Geschlechts entgegenzukommen. In dem Sinne wirkte die Ausweitung des Wahlrechts auf Frauen in Großbritannien stärker auf die öffentliche Austragung politischer Konflikte zurück als in Deutschland. Sie begünstigte den Abschied von demonstrativen Mitteln zugunsten einer Kultur des Zuhörens und der rationalen Debatte, die als zunehmend notwendig eingeschätzt wurde.

Demonstration und Deliberation

Vor 1914 konnte man in Großbritannien noch meinen, die Wahlveranstaltungen der Kandidaten dienten vor allem der Markierung ihrer Durchsetzungsfähigkeit: „Engländer betrachten die gewöhnliche politische Versammlung mehr als eine Demonstration statt als einen Ort für ernsthafte Diskussionen, und darum finden sie auch an Gegendemonstrationen nichts auszusetzen“, beschrieb der amerikanische Politikwissenschaftler Abbott Lawrence Lowell diese Erwartung noch wenige Jahre vor dem Weltkrieg.⁹³ In den Kampagnen nach 1918 änderte sich das: Konfrontative Stärkebekundungen kamen zunehmend in Verruf, und das wirkte sich auf beide Seiten der Auseinandersetzungen in den Wahlversammlungen aus. Die Kehrseite des Misstrauens, mit dem man auf übermäßig massive Saalordnerarrangements blickte, lag darin, dass Kandidaten umgekehrt auch die gezielten Störversuche ihrer Gegner moderieren mussten. Versammlungen aller Parteien konnten damit mehr zu einem „Ort für ernsthafte Diskussionen“ werden, wie es Lowell ausgedrückt hätte.

Das vielleicht eindrucklichste Anzeichen dafür gaben Experimente mit geteilten Versammlungen ab. Hier stellten sich Kandidaten der konkurrierenden Parteien gemeinsam einem Publikum, das sie jeweils von sich zu überzeugen versuchten. In kurzen Reden und Erwiderungen traten die Politiker nicht nur miteinander in Dialog, auch die Bürger wurden involviert. Ihnen erlaubte das Versammlungsformat, eine Rückmeldung aller Konkurrenten zu ihren Fragen und Anliegen im direkten Vergleich zu erhalten. Vereinzelt fanden solche Veranstaltungen bereits Anfang der

⁹³ Zit. nach Clarke, Lancashire (1971), 139 („Englishmen regard an ordinary political meeting as a demonstration, rather than a place for serious discussion, and as such they think it fair game for counter demonstration“). Vgl. für das Folgende v. a. Lawrence, Transformation (2006).

1920er Jahre statt, und ein konservativer Agent berichtete durchaus positiv vom Erfolg solcher Experimente: Es habe seinem Kandidaten die Möglichkeit gegeben, Unwahrheiten direkt zurückzuweisen – „Wir, die wir eine gute Sache vertreten, müssen solche Versammlungen nicht fürchten.“⁹⁴

Zum Ende der 1920er Jahre fanden derartige Veranstaltungen größere Aufmerksamkeit. Mit dem *Daily Express* fand sich nun eine Zeitung mit nationalem Massenpublikum, die in diese Richtung drängte. Zur Unterhauswahl 1929 versuchte sich das Blatt an einer großangelegten Kampagne, die in den Wahlkreisen die Konkurrenten auf gemeinsame Tribünen bringen sollte. Allerdings schien für viele Kandidaten die Befürchtung, im direkten Vergleich die schlechtere Figur abzugeben, die optimistische Zuversicht über das eigene Programm zu überwiegen. An vielen Orten – so etwa in Cambridge – schlugen einzelne oder mehrere der Anwärter die Einladung aus:⁹⁵ Geteilte Versammlungen zur kontroversen Diskussion der gegenseitigen Standpunkte entwickelten sich kaum über Nacht zu einem neuen Standard. Immerhin wurden sie aber denkbar, und einzelne Erfahrungen damit fanden die Anerkennung einer Öffentlichkeit, die darin für die politische Debatte große Vorzüge gegenüber klassischeren Formaten sah.⁹⁶

Beeindruckt zeigte sich auch eine deutsche Beobachterin. Die Sozialdemokratin Hedwig Wachenheim hatte während des Wahlkampfs 1929 Gelegenheit, einer geteilten Versammlung mit je einem Redner der Konservativen, der Liberalen und der Arbeiterpartei beizuwohnen. Wachenheim zeigte sich erstaunt: „[W]ie freundlich die Redner miteinander waren“ – das wäre in Deutschland undenkbar gewesen. Weder hätten die Konservativen „uns“, noch „wir die Konservativen“ so angesprochen. Dabei konnte Wachenheim selbst daheim kaum als Radikale gelten: Sie war bürgerlicher Herkunft, stand im Selbstverständnis einer Reformistin fest auf dem rechten, pragmatischen Flügel der SPD, und pragmatischer Kooperation mit den Bürgerlichen war sie kaum abgeneigt. Trotzdem sei der zivile Umgang

94 C. F. Davey, *Electioneering Notes*, CAJ, März 1923, 55 f. („We, who have a good cause, need never fear such a meeting.“).

95 David Hardman, „Mixed Politics“, CDN, 2. 5. 1929; „Political Cowardice“, CDN, 6. 5. 1929; Sir Douglas Newton & Hecklers, CDN, 11. 5. 1929; vgl. aber schon: Sir Douglas Newton's Campaign, CDN, 8. 3. 1922; Candidates Meet in the Ring, SDI, 24. 5. 1929.

96 Etwa: Meetings; N.C., Election Debate Meetings, YTS, 12. und 13. 11. 1935.

der britischen Politiker miteinander nicht in ihren „deutschen Schädel“ reingegangen – „für mein zum Klassenkampf erzogenes Gehirn“ sei das „undenkbar“ gewesen, eröffnete sie in ihren Memoiren. Wachenheim sah in dieser Erfahrung einen Beweis dafür, dass die Engländer politisch reifer und „besser erzogen waren als wir“.⁹⁷

Als ein Anzeichen gestiegener politischer Bildung mochten auch britische Beobachter die Experimente mit diesem Veranstaltungsformat deuten. In jedem Fall waren sie ein Symptom eines breiteren Wandels, den Kommentatoren auf der Insel zeitgenössisch bemerkten. Zunächst nahmen ihn viele als ein Anwachsen von Gleichgültigkeit wahr: Im Vergleich mit der Lebhaftigkeit, die der britischen Versammlungskultur traditionell eigen gewesen war, kamen die Kampagnen der Zwischenkriegszeit den Erwartungen der Zeitgenossen gemäß eher schleppend in Fahrt. Die mancherorts hitzig geführten Auseinandersetzungen 1931 bildeten noch einmal eine gewisse Ausnahme; insgesamt nahm aber der Eindruck zu, dass die Wahlkämpfe seit dem Kriegsende zunehmend an Farbe verloren und an Langeweile gewonnen hätten. Die Gleichsetzung dieses Befundes mit einem Desinteresse der Wählerschaft stieß sich aber an der parallelen Beobachtung, dass Versammlungen durchaus weiter Interesse fanden; auch die Wahlbeteiligung sank nicht.

Man hatte es also mehr mit einer „neuen Stimmung“ zu tun, wie es ein Leitartikler formulierte: Statt ihre Meinungen und Gegenmeinungen in einem lautstarken Schlagabtausch auszutauschen, hörten die Zuhörerschaften aufmerksam zu, um sich, still abwägend, privat oder in ruhiger Diskussion, einen Reim auf das Gehörte zu machen und zu einer bedachten Entscheidung zu gelangen. Die Wählerschaft sei anders als früher in der Lage, auch langen Argumentationen in allen Einzelheiten zu folgen und wohlüberlegte Fragen zu stellen. Die alten Leidenschaften, so schien es, waren abgelöst worden von einem Klima rationaler Debatten und „kühler Erwägungen“.⁹⁸

⁹⁷ Wachenheim, *Memoiren* (1973), 106.

⁹⁸ A New Mood, T, 21. 5. 1929; Apathy! SDI, 6. 11. 1935 („cool deliberation“); Election Jottings, CDN, 30. 5. 1929; In the Political Whirl, SDI, 29. 5. 1929; Weingartz, *Psychologie* (1929), hier 489; früher bereits: C. New, *The Woolwich Fight*, LO, Apr 1921, 14–16.

In Deutschland dagegen entwickelte die Auseinandersetzung in den öffentlichen Versammlungen sich geradezu in eine entgegengesetzte Richtung. Die klassischen Aussprachen, die ganz einem Modell rationaler Auseinandersetzung entsprachen, boten bereits in den 1920er Jahren zunehmend Anlass für Frustration. Da sie dem Ideal der Sachlichkeit immer weniger zu entsprechen schienen, wurden sie zu einer Zielscheibe für Kritik. Die „Verflachung der Diskussion“ sei erschütternd, meinte etwa neben Kuno von Westarp auch der ehemalige Reichsinnenminister Erich Koch-Weser zu seinen Erfahrungen als Redner im April und Mai 1924. Diskutanten gingen überhaupt nicht mehr auf die Rede des Hauptredners ein, sondern begnügten sich mit der Wiedergabe immer derselben phrasenhaften Vorwürfe aus den Agitationshandbüchern ihrer Parteien. Dass in der Gegenrede überhaupt kein Bezug mehr auf das Hauptreferat genommen werde, sei allmählich „üblich geworden“, pflichteten andere bei.⁹⁹ Insbesondere beklagten Vertreter der gemäßigten Parteien, dass die Aussprache Extremisten ein willkommenes Forum böte. Völkische und kommunistische Splittergruppen seien mangels Mitgliedern und einer funktionierenden Organisation selbst vielerorts nicht in der Lage, eine wirkungsvolle Propagandatätigkeit zu entfalten und eigene Versammlungen auf die Beine zu stellen. Nach „Art von Parasiten“ zehrten sie aber von den Anstrengungen anderer Parteien, wenn man sie zur freien Diskussion zuließe. Mit dem ihnen „eingräumten Recht“ trieben sie hier dann „den schimpflichsten Mißbrauch“, meinte Carl Severing.¹⁰⁰

Um zu verhindern, dass Versammlungen zu einem „Tummelplatz demagogischer Agitatoren“ verkamen, mehrten sich darum unter Wahlkampfplanern zum Ende der 1920er Jahre die Stimmen, die einen völligen Verzicht auf die traditionelle Aussprache und das Format der Diskussion forderten. An ihre Stelle sollten einheitliche und unwidersprochene Kundgebungen treten, die den Willen und das Mobilisierungspotenzial der eigenen Partei in einer spektakulären Inszenierung demonstrieren würden. Anhänger anderer Parteien – und auch andere Außenstehende – wurden dafür selbst als reine Zuhörer zunehmend ungern gesehen. Man-

⁹⁹ Erich Koch, Eindrücke aus dem Wahlkampf, VZ, 3. 5. 1924; Westarp, Konservative Politik (2001), 170 f.; Der Rechtssieg eine Gefahr für Deutschland und Europa, VM, 24. 4. 1924; Nieder mit dem Bürgerblock, VM, 19. 11. 1924.

¹⁰⁰ Severing, Lebensweg (1950), II, 146 f.

che Anweisungen gingen Anfang der 1930er Jahre so weit, dass überhaupt nur noch Mitglieder und Anhänger der eigenen Sache als Publikum zuzulassen seien.¹⁰¹

Entsprechend entwickelte sich die Versammlungstätigkeit der deutschen Parteien. Die Aussprache mit den Gegnern fiel in den Wahlveranstaltungen mehr und mehr weg, die Kontrolle über ihren Ablauf nahm zu. Eine strengere Organisation war dabei nötig, allein weil das Kundgebungsformat größere und aufwändiger gestaltete Inszenierungen forderte, um imposant zu wirken. Die Neigung, eher wenige, dafür aber große Veranstaltungen abzuhalten, steigerte sich damit in Deutschland um 1930 zur Konzentration der Kampagnen auf regional zentralisierte Riesenkundgebungen, zu denen möglichst viele Anhänger aus dem Umland aufgeföhren wurden: Die Zurschaustellung riesiger Menschenmassen in einer „Heerschau“¹⁰² versprach, die Stärke und Siegesgewissheit der Parteien im lokalen Raum am eindrucklichsten vor Augen zu föhren.

Das erforderte aufwändige logistische Arrangements: Unter Ortsgruppen, befreundeten Vereinen und Organisationen wie den parteinahen Zeitungen wurde im Umland die Werbetrommel geröhrt, damit von überall her die Anhänger der Partei und ihre Unterstötzer in Gruppen zu dem großen Ereignis der Kundgebung anreisen würden. Ortsgruppen organisierten ihrerseits Touren und gemeinsame Fahrten, um mit Autos, Lastwagen oder Sonderzügen auf diese Weise die Anstrengungen ihrer Partei in den regionalen Zentren des Reichs zu unterstützen. Geordnete Auf- und Abmärsche am Veranstaltungsort gerieten dabei zu einem Kennzeichen der Kundgebungen, wie auch Propagandamärsche sich zunehmender Beliebtheit erfreuten, die völlig ohne eine Versammlung mit

¹⁰¹ Jungdeutscher Orden, Landesverband Sachsen, Anordnungen No. 1 für ein Eingreifen in den Wahlkampf, 25. 5. 1930, BArch, R 161/5 (Zitat); DDP, Reichszentrale, Rundschreiben Nr. 19, 3. 5. 1928, BArch, R 45 III/40, 94 f.; DStP, Reichszentrale, Rundschreiben Nr. 4, 25. 8. 1930, BArch, R 45 III/59, 14 f.; SPD-Bezirksverband Brandenburg-Grenzmark, Geschäftsbericht 1928/29, 13–15; Zentrum Pfalz, Anleitung für die Wahlarbeit, [Juni/Juli 1932], ACDP, 01-586, K035; vgl. SPD Speyer, Ausschuß-Sitzung, 22. 6. 1932, LAsP, T 91/50; mit vielen weiteren Hinweisen für diese Entwicklung: Lau, Wahlkämpfe (2008), 201–206.

¹⁰² So etwa: Die gewaltige Kundgebung der katholischen Beamtenschaft, MA, 8. 9. 1930; Letzte Heerschau in Münster, MA, 30. 7. 1932; früher bereits: Aufruf des Reichsbanners zur Reichspräsidentenwahl, VM, 19. 4. 1925.

Rede auskamen. Der Eindruck der Marschkolonne schien gegenüber dem gesprochenen Wort an Überzeugungskraft gewonnen zu haben.¹⁰³

Eng verwoben war diese Entwicklung der Geschehnisse in den Versammlungen vor Ort mit den Reflexionen in der Presse. Ähnlich wie sich Frustrationen über den unvernünftigen Verlauf der Aussprachen anstauten, konnte man über die Zeitungsberichterstattung resignieren, die in den gegnerischen Blättern die eigenen Positionen weniger und weniger zur Kenntnis nahm – in dem Maße, in dem deutsche Parteiblätter sich der Unnachgiebigkeit der politischen Aktivisten unter ihren Lesern anpassten, konnte man auch hier zum Ende der 1920er Jahre immer weniger eine „sachliche“ Berichterstattung und Kommentierung erwarten. Insofern legte in Deutschland auch die Entwicklung der lokalen Medienöffentlichkeit nahe, den Fokus stärker auf große demonstrative Inszenierungen der eigenen Sache zu legen – denn die konnte der Gegner nicht völlig ignorieren.

Auch auf dieser Ebene lief die Entwicklung in Großbritannien in die entgegengesetzte Richtung: Da Zeitungen sich anhand ihrer Verkaufszahlen zunehmen an ein neutrales und ungebundenes Publikum wandten, besaß die Presse selbst ein Interesse an der Förderung einer Kultur der Diskussion gegensätzlicher Standpunkte, die man an eine möglichst breite Leserschaft verkaufen konnte. Und das hatte Rückwirkungen auf die Versammlungen selbst, denn Journalisten förderten diese Perspektive nicht nur in ihren eigenen Spalten. Sie konfrontierten auch die Politik insgesamt mit dieser Erwartung, um sie in ihrem Sinne umzugestalten – konkret etwa in Form der Organisation geteilter Versammlungen, wie die Kampagne des *Daily Express* 1929 zeigte.

Die Versammlungskulturen in Deutschland und Großbritannien entwickelten sich damit in geradezu konträre Richtungen – gerade mit Blick zurück auf die Traditionen des 19. Jahrhunderts. In Großbritannien verabschiedete man sich zunehmend von der demonstrativen Zurschaustellung von Stärke, die noch kurz vor dem Weltkrieg als unumgänglich für die Behauptung der eigenen Sache in der Öffentlichkeit gegolten hatte. Als neues Ideal wurde dem in der Zwischenkriegszeit das rationale Abwä-

103 Etwa: Unterlagen zur Organisation politischer Veranstaltungen, 1931–1936, StAMs, Stadtregistratur, Fach 50 Nr. 96c, hier bes. 40, 48 f.; Organisatorische Notizen in PP, 27. 4. 1928; Paul, *Aufstand* (1992), 120–142.

gen zwischen den konträren Standpunkten gegenübergestellt, die nicht mehr mit den Mitteln des Niederschreiens unterdrückt werden sollten. In Deutschland dagegen zeigte man sich zunehmend desillusioniert über genau dieses deliberative Ideal, das die Erwartungen an den öffentlichen Streit hier grundsätzlich geprägt hatte. Die Folge war darum eine stärkere Konzentration auf die Behauptung der eigenen Position über die machtvolle Demonstration des Rückhalts, den sie im Volk besaß. Die Logik der öffentlichen Auseinandersetzung lief damit in beiden Gesellschaften in entgegengesetzte Richtung.

Dabei lagen Demonstration und Deliberation nicht unbedingt so weit auseinander, wie ihre Behandlung als Gegensatzpaar nahelegt. So gab – und gibt – es bei der Überzeugung anderer eine durchaus enge Beziehung zwischen beiden Herangehensweisen: Selbst wenn gegnerische Parteien sich gemeinsam dem deliberativen Ideal verpflichtet glaubten, stießen sie schnell an die Grenzen des Machbaren, wenn sie ebenso zugleich derart fest von den eigenen Positionen überzeugt waren, diese für objektive und unumstößliche Wahrheiten zu halten – welche Möglichkeiten blieben dann noch, als die eigenen Grundsätze immer lauter zu beschwören und zu versuchen, den Gegner zur Einsicht zu zwingen? Dass die Überzeugung der deutschen Wahlkämpfer von der objektiven Richtigkeit ihrer Weltanschauung in Frustration und letztlich in einer Schließung der Reihen für eine imposante Machtdemonstration mündete, ist dafür ein Paradebeispiel.

Umgekehrt kann auch mit deliberativen Mitteln demonstriert werden, wenn das nicht sogar eine Notwendigkeit ist: Ein völlig freier Diskurs, in dem allein das „bessere Argument“ gewinnt, ist eine idealistische Illusion, denn auch das „bessere Argument“ ist nicht selbstevident. Seine Geltung muss ebenso demonstriert werden, indem sich Mehrheiten oder einflussreiche Stimmen in der öffentlichen Auseinandersetzung darum scharen – in diesem Sinne kann auch deliberativ erzielte Überzeugung oder gar ein derartig hergestellter Konsens nicht auf eine implizite Demonstration von Überlegenheit verzichten. Nicht ohne Grund verwendeten britische Wahlkämpfer in ihrer Ansprache der Öffentlichkeit die Zuversicht über die eigenen Gewinnaussichten als ein Argument für sich: „Stehe auf der Siegerseite“, war ein beliebter Slogan, um auch die letzten unentschlosse-

nen Wähler vom Glauben an die eigene Überzeugungskraft zu bekehren, weil ihr schließlich eine Mehrheit zu folgen bereit war.¹⁰⁴

Demonstrative und deliberative Mittel lagen (und liegen) in der politischen Auseinandersetzung also durchaus nicht so weit voneinander entfernt. Entsprechend verwundert es schließlich nicht, dass es in beiden Gesellschaften, trotz der Schwerpunktverschiebung, auch weiterhin immer Gegenteiliges zu beobachten gab. Auch in Großbritannien nahmen mit den Möglichkeiten des Mikrofons Massenveranstaltungen mit den Parteiführern und anderen Größen an Bedeutung zu. Und auch hier gehörten demonstrative Inszenierungen von Unterstützung, wie etwa Märsche und Paraden am Wahltag, weiterhin zum Bild der Wahlkämpfe, wenngleich diese kaum mehr so ernst genommen wurden wie einst.¹⁰⁵

Umgekehrt verlor man auch in Deutschland, selbst in den 1930er Jahren, das Ideal des deliberativen Austauschs von Argumenten nie völlig aus den Augen. So diskutierten die Ortsgruppen der Parteien darüber, ob man tatsächlich auf die klassische Aussprache verzichten könne, wie die Planer in den Parteizentralen es forderten. Diese mussten feststellen, dass sich an der Basis viele der ausdrücklichen Vorgabe von Kundgebungen widersetzen und weiterhin Diskussionsveranstaltungen durchführten – noch im Februar 1933 kam es sogar vor, dass ein sozialdemokratischer Ortsverein die nationalsozialistischen Gegner ausdrücklich zu einer Aussprache einlud und ihnen eine halbe Stunde Redezeit zugestand. Und selbst zwischen den Extremisten auf beiden Seiten wurden zivile Diskussionen nicht zu einem Ding der Unmöglichkeit: So berichtete ein staatlicher Beobachter aus Bremen im August 1930, man habe in Versammlungen mehrfach Nationalsozialisten und Kommunisten im freundlichen Gespräch sehen können; in einer Veranstaltung der DVP habe gar der kommunistische Diskussionsredner den Beifall der anwesenden Nazis geerntet. Ganz gezielt habe sich die KPD hier darauf verlegt, „zu diskutieren“ – statt sich dem Gegner einschüchternd entgegenzustellen, habe sie bewusst den Versuch gestartet,

¹⁰⁴ So etwa: Adresse Douglas Newton, März 1922, CArch, 363/O.1, 22 („be on the Winning Side“); vgl. Electors: Don't be Gulled, CDN, 9. 11. 1922; Polling Day, YTS, 15. 11. 1922; Houston/Valdar, *Modern Electioneering* (1922), 27, 109 f., 187 f.; Ramsden, *The Newport By-Election* (1973), 38 f.

¹⁰⁵ Lo, *Conduct* (1928), 44–46.

ihn durch freundliches, eindringliches Zureden zu überzeugen.¹⁰⁶ Trotz vieler Enttäuschungen blieb das Vertrauen in die Kraft des besseren Arguments bei vielen Deutschen offenbar ungebrochen – eine Rückbesinnung auf das Ideal der Sachlichkeit blieb damit auch zum Ende der Weimarer Republik möglich.

* * *

In vielerlei Hinsicht entwickelte sich der Streit von Angesicht zu Angesicht in Deutschland und Großbritannien in der Zwischenkriegszeit als eine Reaktion auf die Gepflogenheiten des 19. Jahrhunderts. Im deutschen Kaiserreich war die Auseinandersetzung im internationalen Vergleich stets erstaunlich friedlich und geordnet verlaufen. Das änderte sich radikal in den turbulenten Anfangsjahren der Weimarer Republik. Mehr als das Kriegserlebnis selbst waren es dabei die Angst vor dem Bürgerkrieg und sein punktuell aufflammendes Auftreten in der Zeit der Revolution und Gegenrevolution, die nun zur Verfestigung eines tiefen Misstrauens und offener Feindschaft zwischen den politischen Gegnern führte. Zwar beruhigte sich die innenpolitische Lage zur Mitte der 1920er Jahre. Doch das direkte Aufeinandertreffen der politischen Gegner blieb von der Befürchtung gegnerischer Störversuche und Ausschreitungen geprägt. Es lag eine gewisse Ironie darin, dass in diesem Sinne ausgerechnet das Ideal einer sachlichen Auseinandersetzung in Ruhe und Ordnung, dem sich alle Seiten verpflichtet fühlten, den Ausgang für eine Eskalationsspirale bildete: Weil der politische Streit heiliger Ernst war, ließen Frustrationen über Störungen wie auch das mangelhafte Niveau der Diskussion die Parteien gegenseitig aufrüsten. Das begünstigte eine Hinwendung zu demonstrativen Stärkebekundungen.

Dagegen war man in Großbritannien aus der Zeit vor dem Weltkrieg einiges gewöhnt. Hier war der Wahlkampf vor Ort traditionell ruppig

¹⁰⁶ SPD Nowawes, Mitgliederversammlung, 16. 3. 1932, BArch, RY 20/II 146/2/3, 59 f.; SPD Brandenburg-Grenzmark, Rundschreiben, 3. 10. 1932, 30. 11. 1932, 17. 2. 1933, BArch, RY 20/II 146/2/4, 117, 124, 149; Lageberichte der Landräte, Bremen/Weser-Ems, Aug 1930, LAV NRW, Abt. Westf., Regierung Münster, Nr. VII-2, Bd. 6, 363 f. (Zitat). Vgl. auch Flugblätter: „Zum Diskutieren!“, 1933, LAV NRW, Abt. Westf., Büro Kölpin, Nr. 368; sowie in: VM, 20.–27. 2. 1933; PP, 21. 2.–4. 3. 1933.

geführt worden; Störungen bis hin zu Versammlungssprengungen und Schlägereien waren lange an der Tagesordnung gewesen. Sie galten als Teil des unterhaltsamen Spiels, als das die politische Auseinandersetzung verstanden wurde. Entsprechend wurden solche Handlungsweisen auch nach 1918 im Vergleich mit Deutschland weniger als ein Problem betrachtet. Die Öffentlichkeit neigte hier sogar dazu, diejenigen Politiker zu kritisieren, die Gegnerschaft allzu entschieden und rabiat zu unterdrücken versuchten. Es war bezeichnend, dass Kandidaten darauf reagierte, indem sie ihre Saalschutzarrangements zurückfuhren und weniger konfrontativ gestalteten: Darin zeigte sich wiederum, dass sich in der britischen Auseinandersetzung die Politik stärker an der Vorstellung einer breiten Öffentlichkeit orientierte, während sie in Deutschland auf die Parteien und ihre Anhängerschaften in Gegnerschaft zueinander fixiert blieb.

Insgesamt fügte sich dies in Großbritannien in eine Entwicklung, die geradezu im Gegensatz zu den Geschehnissen in der Weimarer Republik stand: Mit der Abrüstung der Parteien war auch eine Beruhigung der öffentlichen Leidenschaften insgesamt zu beobachten. Zunehmend sahen Politiker den Raum für rabiate Stärkebekundungen schwinden – sowohl in ihren eigenen, als auch in gegnerischen Versammlungen. Radauhaften Demonstrationen von Gegnerschaft entzog das insgesamt die Legitimität. Hinzu kam eine Reflexion auf die Ausweitung des Wahlrechts. Da nun *alle* Bürger an der Urne gleichermaßen ihrer Meinung Ausdruck verleihen konnten, gab es kaum mehr einen Grund, anderweitige Interventionen im Wahlkampf zu tolerieren. Insbesondere die Integration von Frauen als rechtlich gleichgestellter Staatsbürgerinnen, die in Großbritannien mehr Einfluss hatte als in Deutschland, ließ traditionelle männliche Manieren des Aufplusterns zunehmend unangebracht erscheinen. All das resultierte auf der Insel in einer stärkeren Hinwendung zu einem deliberativen Ideal, nach dem Individuen in kühler Abwägung der verschiedenen Optionen über und für das Wohl der Nation entschieden.

Diese gegensätzlichen Entwicklungen prägten den Umgang beider Gesellschaften mit der Krisensituation der frühen 1930er Jahre, wie abschließend das letzte Kapitel zeigt. Es war unverkennbar, wie die demonstrative Zurschaustellung politischer Gegnerschaft einerseits und die neue Stimmung eines rationalen Abwägens der Optionen andererseits einen unterschiedlichen Kurs durch die Krise um 1930 begünstigten.

Demokratie, die Krise und die Einheit der Nation

Um 1930 spitzte sich die gegensätzliche Entwicklung des öffentlichen Streits in Großbritannien und Deutschland zu. Bereits in dem Jahrzehnt zuvor hatte sich das Erbe der politischen Handlungslogiken und Routinen aus dem 19. Jahrhundert, unter den veränderten Bedingungen der Nachkriegszeit, in unterschiedliche Richtungen verschoben. Die wirtschaftliche und politische Krise wirkte nun als ein Durchlauferhitzer, der diese Verschiebungen in eine Entscheidung über das politische System münden ließ. Während sich in Großbritannien ein breiter Konsens um die Erhaltung der Demokratie bildete, trieb die Zunahme der Konflikte die deutsche Gesellschaft an den Rand des Bürgerkriegs und in die Diktatur.

Dieser Fortentwicklung widmen wir uns im Folgenden. Das Kapitel ist ausdrücklich als eine Skizze gedacht: Es kann keinen Anspruch darauf erheben, eine umfassende Geschichte der Krise zu erzählen – insbesondere ihre wirtschaftlichen Hintergründe bleiben unbeleuchtet. Stattdessen versucht es, die Auswirkung der Rollenerwartungen und der Logiken des Streits in beiden Gesellschaften, welche die vorherigen Kapitel herausgearbeitet haben, auf den Fortgang der Demokratie als politisches System aufzuzeigen. Im Versuch, die konkreten und praktischen Handlungslogiken an die gesamtgesellschaftliche Entwicklung rückzubinden, wird die Argumentation dabei notwendigerweise an einigen Stellen deutlich abstrakter, als das in den vorherigen Kapiteln der Fall war.

Inwiefern die Zuspitzungen, die hier geschildert werden, *notwendig* waren – diese Frage muss offen bleiben. Zweifellos wiesen die Entwicklungen

bereits der 1920er Jahre mit hoher Plausibilität auf die Weggabelung hin, die sich ab 1930 ergeben sollte, wie die folgenden Ausführungen zeigen. Ob sie aber zwingend diesen Ausgang finden *mussten*, ist kaum endgültig zufriedenstellend zu klären. Es ist damit den Lesern überlassen, das Kapitel als logische Konsequenz oder als *einen* von vielen möglichen Epilogen auf die Demokratie zu lesen, wie sie in der Zwischenkriegszeit in Deutschland und Großbritannien praktiziert wurde.

Das Kapitel beginnt mit der Eröffnung des Panoramas um 1930. Der Aufstieg der Nationalsozialisten einerseits gegenüber der Bildung einer nationalen Einheitsregierung und dem Scheitern der britischen Faschisten andererseits bilden den Kontrast, entlang dessen der unterschiedliche Fortgang der Entwicklung kommentiert wird. Umfangreicher wird im Anschluss auf die Zwänge politischer Gefolgschaft, die Frage der Gewalttätigkeit sowie das Klima der politischen Auseinandersetzung in beiden Gesellschaften einzugehen sein, die den Extremisten hier wie dort unterschiedliche Möglichkeiten gaben.

Über lange Strecken, das sei vorweg bemerkt, wird der Vergleich dabei asymmetrischer ausfallen als in den vorherigen Ausführungen. Denn zu Deutschland muss deutlich weiter und umfassender ausgeholt werden, um die ungleich umfangreicheren Veränderungen der politischen Landschaft hier zu erfassen: Gerade der Nichterfolg der Faschisten in Großbritannien lässt sich dagegen im Vergleich relativ knapp skizzieren.

Wendepunkt 1930/31

In der Geschichte der Weimarer Republik kann der 14. September 1930 als ein Schlüsseldatum gelten: Auf einen Schlag wurde die NSDAP mit 18,3 Prozent der Stimmen als zweitgrößte Partei in den Reichstag gewählt, auf Kosten der traditionellen konservativen und liberalen Parteien. Die Optionen für eine parlamentarische Regierung in Deutschland schrumpften entscheidend zusammen. Viele Historiker legen der politischen Führung um Heinrich Brüning diese Entwicklung zur Last: Mit der Auflösung des Parlaments und der Ansetzung einer Neuwahl, ausgerechnet in der Zeit der Krise, hätte diese mutwillig die Republik aufs Spiel gesetzt. Dabei sei das Ergebnis der Wahl durchaus vorhersehbar gewesen. Tatsächlich hätten die vorangegangenen Landtagswahlen, bei denen die Nationalsozialisten

ein ums andere Mal große Zuwächse verbuchen konnten, eine „deutliche Sprache“ (Kolb) gesprochen, mehr noch: Der Aufstieg der NSDAP sei im Sommer 1930 „ebenso absehbar“ gewesen wie der Zusammenbruch der bürgerlichen Mitte (Mommsen); „bemerkenswert gelassen“ hätten Brüning und andere dem entgegengesehen (Winkler), wenn sie nicht gar den „voraussehbare[n] Stimmenzuwachs“ der Nationalsozialisten willentlich „in Kauf genommen“ hätten (Peukert).¹

Tatsächlich verblüfft, dass Kalkulationen über die möglichen Konsequenzen einer Neuwahl im Vorfeld bei den Überlegungen im Kabinett praktisch keine Rolle spielten. Die Beratungen unter den Ministern und Parteivorsitzenden waren zwar geprägt von taktischen Erwägungen, vor allem darüber, auf welchem Weg die Regierung ihren Maßnahmenkatalog durchzusetzen versuchen sollte: in herkömmlichen parlamentarischen Verhandlungen, mit Hilfe einer Notverordnung oder direkt auf Grundlage eines Ermächtigungsgesetzes. Wie selbstverständlich wurde dabei auch einberechnet, dass eine Auflösung des Parlaments notwendig werden könnte, wenn die Gesetzesvorhaben hier keine Mehrheit finden würden. Brüning bemerkte sogar, dass in diesem Fall im nächsten Reichstag eine Zweidrittelmehrheit für die Zustimmung zu einem umfassenden Ermächtigungsgesetz nötig werden könnte. Aber *ob* eine solche überhaupt möglich sei, und wie sich mit einer Neuwahl die Kräfteverhältnisse verschieben würden – das brachte niemand zur Sprache.

Entsprechend groß war die Überraschung über das Wahlergebnis. Stellvertretend für viele andere Beobachter in den Redaktionen und Parteizentralen im Reich – nicht zuletzt denen der überraschten Sieger selbst – notierte in der Reichskanzlei Staatssekretär Hermann Pünder zum Ausgang der Wahl, dass ein derartiger Erfolg der Rechtsradikalen „selbst von Pessimisten nicht erwartet worden war“.² Und diese Überraschung verdient, ernst genommen zu werden. Wie wir gesehen haben, hatten

¹ Kolb/Schumann, Weimarer Republik (2013), 126 f.; Mommsen, Aufstieg (2009), 381 f.; Winkler, Weimar (2005), 382; Peukert, Weimarer Republik (1987), 255.

² Akten der Reichskanzlei (1968–1990), Brüning I/II, 1 (1982), 222–427, Brüning: 334, vgl. 429, Zitat Pünder: 426. Vgl. an Reaktionen z. B. SPD-Bezirksverband Hamburg-Nordwest, Tätigkeitsbericht 1929/30, 9; Die Schlacht ist aus, der Krieg geht weiter, E, 17. 9. 1930; Die große Wahlüberraschung, MA, 15. 9. 1930; Melischek/Seethaler, Sieger (2000), 142; Pollock, Reichstag Election (1930), 993.

deutsche Politiker in der Zwischenkriegszeit – anders als ihre britischen Pendants und die Historiker nach ihnen – kaum ein Instrument, Aussagen über die zukünftige Entwicklung der politischen Landschaft zu treffen. Systematische Umfragen wie die Hausbefragungen, die in Großbritannien schon vor der Abstimmung Vorahnungen über das voraussichtliche Ergebnis ermöglichten, wurden in Deutschland nicht praktiziert; stattdessen blieben politische Führung und Wahlkampfstrategen lange Zeit ihren hergebrachten Annahmen über die Zergliederung der Wählerschaft verhaftet. Entsprechend gering blieb die Bedeutung von Prognosen im politischen Alltagsgeschäft, wie sich an den Geschehnissen im Spätsommer und Herbst 1930 zeigte. Und umso deutlicher wurde jetzt klar, dass die klassischen Zuordnungen offenbar nicht mehr allzu verlässlich waren – politische Loyalitäten schienen in Fluss geraten.

In Großbritannien hatten viele Politiker und Strategen diese Ansicht schon länger vertreten: Bereits in den 1920er Jahren hatte sich hier die Annahme verbreitet, dass große Teile der Wählerschaft nicht mehr als verlässliche Unterstützer gelten konnten, weil sie sich unabhängig von den Parteien und von Wahl zu Wahl wechselnd entschieden. In ihrer Behandlung der Bürger hatten Politik und Presseöffentlichkeit darauf hingewirkt, dieser Rolle größere Prominenz zu geben. Genau darauf konnten die politische Führung hier nun kalkulieren, als sie 1931 Neuwahlen ansetzte. Ihr Ziel war die Bildung einer breiten Koalition über Parteigrenzen hinweg, die das Land durch die Krise lenken sollte: Als ein National Government appellierte sie an die Nation insgesamt, in der Notlage beisammen zu stehen. Schon während des Wahlkampfes mehrten sich die Hinweise darauf, dass dieser parteiübergreifende Aufruf der Einheitsregierung verfangen würde; im Ausmaß des Erfolgs übertraf das Ergebnis dann noch die Erwartungen.³

Anders als in Deutschland verständigten sich in Großbritannien die etablierten Eliten darauf – und das beinhaltete Teile der erst kürzlich integrierten Labour Party –, einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu schmieden: Angesichts der Krise gelangte das klassische Spiel der sportlichen Auseinandersetzung an seine Grenzen, und es galt auch mit vormaligen Gegnern zusammenzuarbeiten. Große Teile der britischen Öffent-

³ Thorpe, General Election 1931 (1991).

lichkeit stellten sich hinter die Einheitsregierung und ihren Aufruf an die Nation. Unabhängige Zeitungen verwiesen im Wahlkampf ausdrücklich auf die Ausnahmesituation, um ihre übliche Position an der Seitenlinie zeitweise aufzugeben und das britische Volk zum gemeinsamen Zug an einem Strang aufzurufen. Für Gegner mochte das wie die billige Maskierung konservativer Parteinahme aussehen. Aber gerade da britische Zeitungen sich über ein Jahrzehnt ein Ansehen als neutrale Beobachter und Kommentatoren der politischen Geschehnisse erarbeitet hatten, musste ihr Argumentationsgang in dieser Sache keineswegs unglaublich erscheinen.⁴ So trugen die Presseöffentlichkeit einen wichtigen Teil zur Bildung des Konsenses bei, der auf der Überzeugung gründete, dass nun die ganze Gesellschaft zusammenstehen müsse.

Wohlgemerkt kannte dieser Konsens auch Ausgeschlossene. Teile der Labour Party weigerten sich, gemeinsame Sache mit den Gegnern zu machen. Doch die Grundlage für eine Einigung der Kräfte war so breit, der Regierung eine überwältigende Mehrheit zu beschern.

In der Weimarer Republik dagegen setzte die Polarisierung das politische System insgesamt einer Zerreißprobe aus. Dabei war zeitgenössisch – und auch in der Rückschau – zunächst nicht eindeutig zu erkennen, dass mit der Neuwahl ein fundamentaler Einschnitt erreicht wäre, der das bisher Übliche sprengte. Schließlich hatte es in der Weimarer Republik auch zuvor schon Regierungen gegeben, die relativ unabhängig vom Reichstag auf Grundlage von Ausnahmegesetzen agiert hatten. Und selbst das Kabinett unter Brünnings Vorgänger Hermann Müller, das nach Regierungsdauer tatsächlich auf der langlebigsten Koalition der Weimarer Republik fußte, hatte damit gehadert, sich klar und deutlich auf die eigene Mehrheit im Reichstag zu stützen. Die langwierige Regierungsbildung und die Kontroverse um den Bau des Panzerkreuzers nach der Reichstagswahl von 1928 hatten in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache gesprochen.

Insofern musste auch die Lage nach dem 14. September 1930 in Deutschland noch nicht als fundamental anders erscheinen. Und auch danach entsprach der Übergang in die Diktatur eher einem Prozess als einem klar datierbaren Ereignis.⁵ Die Veränderungen der Auseinandersetzung

⁴ Etwa: By the Way; The „Star’s“ Attitude, YTS, 14. 10. 1931.

⁵ Vgl. zu dieser Perspektive: McElligott, Rethinking (2014).

in dieser Situation wirkten in vielerlei Hinsicht mehr wie Zuspitzungen längerer Entwicklungen seit der Vorkriegszeit und in den 1920er Jahren. Das betraf zum Beispiel die Verbreitung des politischen Konflikts: Im Vergleich mit dem Kaiserreich hatte die Weimarer Republik eine Ausweitung des Streits erlebt, weil unter dem Listenwahlrecht alle Parteien überall miteinander zu konkurrieren begannen. Plakate, Flugblätter, Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel, all das war zudem im Kaiserreich auf ein gewisses Maß beschränkt gewesen – nun zeigten sich darin mehr als je zuvor die Trennlinien, die durch die Gesellschaft liefen.

Die frühen 1930er Jahre führten das ins Extreme. Vor allem nach Ablauf der Amtszeit des Reichspräsidenten schien das Land sich 1932 in einem Dauerwahlkampf zu befinden, der jede – ohnehin nur undeutliche – Grenze zwischen politischem Streit und friedlichem Alltag weiter zu verwischen schien. So wurde allein auf Reichsebene im März und April, dann wieder im Juli, noch einmal im Oktober und November wahlgekämpft, weil sich keine stabile Regierungskoalition fand. Das Taktieren der politischen Führung um den Umgang mit der Krise und wie aus ihm Profit zu schlagen war, stürzte das Land in eine dauerhafte Auseinandersetzung. In Form zahlloser arbeitsloser, junger Männer standen dabei ausgerechnet in der wirtschaftlichen Krise mehr Ressourcen als je zuvor zur Verfügung, um die politischen Kämpfe auf die Straßen zu tragen – und die Extremisten ruhten mir ihrer Agitation auch in den Wochen zwischen den Wahlkämpfen nicht.

Politische Spaltungen wurden permanent sichtbar vor Augen geführt: Parteiabzeichen bis hin zu den Uniformierungen, zu denen die Parteien im Rahmen ihres gegenseitigen Wettrüstens griffen, wurden zum täglichen Anblick – wenn nicht Verbote der Einheitskleidung zeitweilig Einhalt geboten, weil diese die Konflikte gravierender als je zuvor machte. Die demonstrative Zurschaustellung von Parteinahme in der Öffentlichkeit nahm ein zuvor ungekanntes Ausmaß an. So schätzte ein Beobachter zur Juliwahl 1932, dass sich in Ludwigshafen und Mannheim etwa „die Hälfte aller Spaziergänger“ mit dem Tragen von Parteisymbolen am nunmehr gängigen „Abzeichenkrieg“ beteiligt hätten.⁶

⁶ Wahlsonntag in Ludwigshafen und Mannheim, NPL, 1. 8. 1932.

Anders lag die Sache in Großbritannien. Hier hatte ein solcher „Abzeichenkrieg“ vor 1914 als üblicher und erwünschter Teil der Auseinandersetzung gegolten. Nun waren „ein paar Erkennungszeichen hier und dort“ alles, was ein Reporter am Wahltag 1935 in Sheffield noch feststellen konnte. Die geladene Stimmung demonstrativer Parteinahme war im britischen Nachkriegsjahrzehnt den gezielten Beschränkungen im Wahlrecht und der Entstehung eines neuen Klimas des besonnenen Umgangs mit Differenzen zum Opfer gefallen. Nun empfand man hier ein „merkliches Fehlen jeglicher Wahlaufregung“.⁷

Der Kontrast zwischen Ausweitung und Eingrenzung des Konflikts in seiner alltäglichen Sichtbarkeit ist ein Beispiel dafür, wie die Wahlkampflogiken der 1920er Jahre in beiden Ländern in der Krise ihre Zuspitzung fanden und einen unterschiedlichen Kurs nahelegten. In Großbritannien begünstigte die Konzentration des politischen Geschehens auf eine unabhängige und weniger enthusiastische Wählerschaft, die sich seit der Jahrhundertwende abgezeichnet und nach dem Weltkrieg verstärkt hatte, eine zentristische Politik kalkulierter Reaktionen und ein vergleichsweise kühles Klima der Auseinandersetzung. Die Verschärfung des Kampfes der Parteiangehörigen gegeneinander im Nachkriegs-Deutschland beschleunigte sich dagegen in der Unsicherheit der Krisensituation zu einem blindflugartigen Sturz in eine immer stärkere Polarisierung zwischen den verfeindeten Lagern.

In dieser Situation blieb es in Großbritannien für die Extremisten links und rechts des politischen Mainstreams unmöglich, Kapital aus der Krise zu schlagen – sie blieben als Extremisten gebrandmarkt und ausgeschlossen. Das ermöglichte hier, Lösungen innerhalb der bewährten parlamentarischen Ordnung zu finden. In Deutschland dagegen erlaubte die Zerrissenheit der Situation auch den Nationalsozialisten, an viele Logiken der öffentlichen Auseinandersetzung anzuschließen, die sie lediglich als eine konsequente Zuspitzung geteilter Annahmen und weit verbreiteter Unzufriedenheit erscheinen ließ. Anders als ihren faschistischen Cousins auf der Insel gelang es ihnen so, sich als Protagonisten auf der politischen Bühne zu etablieren, wie der Vergleich zeigt.

7 Brisk Polling In Sheffield, YTS, 14. 11. 1935 („A few favours here and there“, „marked absence of any election excitement“).

Nationalsozialisten und Faschisten

Die NSDAP ist für die Phase ihres kometenhaften Aufstiegs um 1930 als eine „Volkspartei des Protests“ charakterisiert worden.⁸ In dieser Bezeichnung stecken zwei Aussagen: über die soziale Zusammensetzung der Bewegung und ihrer Unterstützer sowie die Gründe für ihren Erfolg. Beides hing eng miteinander zusammen. Die Nationalsozialisten knüpften an eine weit verbreitete Unzufriedenheit über das „System“ und sein Nichtfunktionieren an, die auf mehreren Ebenen um sich griff.

Akut schien der deutsche Parlamentarismus nicht in der Lage, die sozialen Notlagen in der wirtschaftlichen Krisensituation zu lindern. Das betonten einfache Erklärungen des nationalsozialistischen Aufstiegs, die in der Zuwendung der Wählerschaft zur NSDAP eine Reaktion auf die anstehenden Verteilungskonflikte und den (drohenden) sozialen Abstieg sehen. Allerdings sind solche einfachen Erklärungen verkürzend, wenn sie auf die hintergründigen Ursachen der Enttäuschungen nicht eingehen: Wieso nämlich die Parteien und die Politik in Deutschland überhaupt in so hohem Maße für die Krise und ihre Konsequenzen verantwortlich gemacht wurden – darüber sagen sie nichts.

Die Ursache hierfür lag tiefer: Sie gründete in der grundsätzlich hohen Erwartungshaltung an die Kompetenz der Politik zur Lösung gesellschaftlicher Probleme, welche die Republik seit ihren Anfängen begleitet hatte. Dass die Volksvertreter nun in der Krise versagten, schien nur ein weiteres Symptom ihrer prinzipiellen Unfähigkeit zu sein, das Volk mit sich selbst zu versöhnen und zu neuer Größe zu führen. Man redete viel, doch das ewige Deliberieren hatte sich im öffentlichen Streit als zunehmend nutzlos erwiesen: Statt Worten brauchte es Taten, wie die Nationalsozialisten pausenlos forderten. Und gaben die anderen Parteien mit ihren Kundgebungen, Demonstrationen und Märschen ihnen nicht recht?

In Großbritannien lagen die Ansprüche an die Politik – das Spiel, das nur begrenzten Einfluss auf das wirkliche Leben hatte – sehr viel niedriger. Wenn darum die britischen Faschisten darauf spekulierten, den deutschen Nationalsozialisten ähnlich Unzufriedenheit mit dem Parlamentarismus

8 Childers, *Nazi Voter* (1983), Begriffe 265, 268 („catchall [!] party of protest“); Falter, *Hitlers Wähler* (1991), Begriff z. B. 364.

zu schüren, verkalkulierten sie sich. Wie in Deutschland versuchte Oswald Mosley mit seiner New Party in der Krisensituation Kapital aus einer Kritik des Parlaments als ineffektiver „Schwatzbude“, als eines „talk-shops“ zu schlagen, das endlich handeln statt reden müsse: An seiner Stelle brauche es einen „work-shop“, der die Probleme anpacke.⁹ Doch in Großbritannien wirkte derartige Rhetorik eher seltsam als mobilisierend: Sie konnte nicht an eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit den Volksvertretern anschließen, weil man von diesen ohnehin nicht so viel erwartete wie in Deutschland.

Hinzu kamen die personalisierten Beziehungen zwischen Wählern und ihren Vertretern in Großbritannien. Ob und wie viel die Repräsentanten tatsächlich arbeiteten und was sie leisteten, war in Großbritannien in jedem Wahlkreis individuell zu sehen und an einzelnen Abgeordneten festzumachen. Weniger als in Deutschland, wo das Listenwahlrecht zu einer Anonymisierung der Vertretungsverhältnisse geführt hatte, gab Unzufriedenheit mit den Volksvertretern so überhaupt einen Anlass zu Pauschalkritik am „System“ – enttäuschende Parlamentarier konnte man schließlich einfach abwählen.

Hier lag in Deutschland ein spezifisches Frustrationsmoment, von dem die NSDAP profitieren konnte. Die Beziehung zwischen Bürgern und Politikern unterlag in der Weimarer Republik einem Erwartungsdruck, der in Großbritannien kein Pendant hatte: Was die Vertreter der etablierten Parteien in ihren Funktionen an der Staatsspitze über die Bürger erhob, warf man ihnen als Entfremdung und Abgehobenheit vom demokratischen Souverän vor. Demgegenüber präsentierte der Nationalsozialismus sich als eine besonders volkstümliche Bewegung, die von dem Aktivismus einfacher Leute lebte. An ihrer Spitze verkörperte das der schlichte Gefreite Adolf Hitler, als die deutschen Kampagnen sich zum Ende der 1920er Jahre auf die Parteiführer zu konzentrieren begannen.

Auch in der alltäglichen Auseinandersetzung vor Ort führten die Nationalsozialisten sich als eine Alternative zur Entfremdung der traditionellen Parteien und ihrer Vertreter vom Volk auf. So forderten NS-Redner gezielt den akademischen Stil klassischer Wahlversammlungen heraus. Wenn hier Rede und Widerrede geführt wurde, bewegten die Argumente sich nicht

⁹ Worley, *Call to Action* (2008), 248 f.; General Topics, SDI, 19. 10. 1931.

selten über den Köpfen der einfachen Bürger. Wo es sich anbot, zogen die Nationalsozialisten diesen Ton ins Lächerliche, um deutlich zu machen: Man musste sich für seine berechtigte Enttäuschung nicht schämen, nur weil man sie nicht als wohlformuliertes Argument in die hochgestochene Diskussion einbringen konnte. Denn viele Nazis vor Ort sprachen wie Jedermann – dass die Gegner aus den alten Parteien darüber auch noch als unsachlichen Populismus schimpften, machte den Unterschied nur noch deutlicher.¹⁰

In Großbritannien staute sich keine ähnlich hohe Unzufriedenheit an, weil man schon lange an die unterschiedlichen Rollen der Parlamentarier wie ihren traditionell herausgehobenen Status gewöhnt war. Der Aufstieg der Labour Party brachte hier zwar das Potential für Kritik und Wandel mit sich. Er änderte aber nichts Grundsätzliches an der überkommenen Ordnung: Er eröffnete Karrieremöglichkeiten für einen neuen Typus von Berufspolitiker; zugleich aber bestätigte auch die Arbeiterpartei mit ihrer Kandidatenaufstellung die klassische Auswahl der Führungsschicht aus einer schmalen Elite. Die anhaltende Prägekraft dieses Rekrutierungsmusters zeigte sich bis in die Extreme: Es ist kein Zufall, dass auch die britischen Faschisten mit Sir Oswald Mosley von einem Aristokraten durch und durch geführt wurden.

Insgesamt gab es in Großbritannien kaum populistische Ressentiments, die sich gegen das traditionelle Establishment hätten mobilisieren lassen. Das war Resultat der Beziehungspflege zwischen Politikern und Bürgern: Die breiten sozialen Gräben zum einfachen Bürger vermochten die britischen Eliten situativ in ihren öffentlichen Auftritten zu überbrücken, und entsprechend wurden die britischen Volksvertreter niemals ähnlich abgekapselt und unverantwortlich gegenüber ihren Wählern wahrgenommen, wie das in Deutschland der Fall war.

Dagegen konnten sich die Frustrationen in Deutschland nicht einfach an einzelnen Personen ableiten, wenn das Regierungshandeln dem Willen des Volkes nicht zu entsprechen schien. So fiel es den Nationalsozialisten hier vergleichsweise leicht, als Neulinge im politischen Betrieb von

¹⁰ Etwa: Wettersturz vernichtet die Zentrumsernte, E, 10. 9. 1930; vgl. SPD Cuxhaven, Distrikts-Versammlung, 30. 9. 1930, BArch, RY 20/II 146/9/2, 236; Pyta, Gegen Hitler (1989), 409; Dr. Wirth und die Pfalz, NPL, 13. 10. 1932; DNVP Schlossviertel, Bericht über Wahlerfahrungen, 12. 11. 1920, GStA PK, I. HA Rep. 94, 620/2.

den enttäuschten Erwartungen zu profitieren. Ihrerseits hatte dabei die NSDAP kaum Gelegenheit, ihre Wähler vor den Kopf zu stoßen, weil sie niemals in die Zwänge des parlamentarischen Regierens eingebunden war – und sich auch niemals darin einbinden ließ. Wohlweislich setzte Hitler im Kampf um die Macht alles auf eine Karte: Seine Strategie des Alles-oder-Nichts in den Wahlkämpfen und Regierungsverhandlungen Anfang der 1930er Jahre mochte gewagt erscheinen. Sie war aber eine Notwendigkeit, um die Attraktivität der Bewegung nicht zu kompromittieren. Nur so konnte die Klage über das prinzipielle Nichtfunktionieren der Vertretungsverhältnisse im „System“ glaubhaft bleiben.

Eng damit verbunden zogen die Nationalsozialisten in Deutschland Konsequenzen aus der Verquickung der Politik mit wirtschaftlichen und anderen Sonderinteressen, die hier weit weniger Regeln unterlag als in Großbritannien. So schien es in Deutschland, als würden viele Mandate unabhängig vom Wählerwillen verteilt: Gerade bei den bürgerlichen Parteien waren sichere Plätze auf den Kandidatenlisten für Geld zu haben. In den Augen vieler Kritiker dienten die Parlamentarier damit weniger ihren Wählern als den Sonderinteressen von Verbänden und Vereinen und dem eigenen Aufstieg zum „Bonzen“ – eine Kritik, welche die Nationalsozialisten mit der Verächtlichmachung ihrer Gegner um 1930 auf die Spitze trieben.¹¹

Und tatsächlich fuhr die NSDAP selbst in dieser Sache einen anderen Kurs. Auf Verhandlungen mit Interessenverbänden schien sie sich nicht einzulassen: Für die Verteilung von Kandidatenplätzen zählten hier allein die Verdienste um die Partei. Darüber hinaus mussten die nationalsozialistischen Kandidaten öffentlichkeitswirksam erklären, dass sie zusätzlich zu ihrem Reichstagsmandat keine Aufsichtsratsposten annehmen würden.¹² So konnte die NSDAP sich entschlossen zeigen, jeglichen Versuchen der unmoralischen Beeinflussung zu widerstehen.

Das bedeutete auch eine Absage an die Bedienung ständischer Sonderinteressen, die in der Kommunikation der deutschen Parteien mit der Wählerschaft seit langem eine zentrale Rolle spielten. Schon zur Sep-

¹¹ Etwa: Bonzen der Demokratie; Millionen-Verschwendungen die zum Himmel schreien, 1930, StALu, Ds 588/14; Worte und Taten, Juli 1932, StALu, Ds 588/18. Auch für das Folgende: Paul, *Aufstand* (1992), Kap. 5.

¹² Döring, „Parlamentarischer Arm“ (2001), 435–451.

temberwahl 1930 ließ die Partei etwa verlauten, dass sie es grundsätzlich ablehne, auf die fortwährenden Anfragen „von allen möglichen Interessengruppen“ Zusagen oder Versprechungen in Aussicht zu stellen. Andere Parteien mochten das tun, in dem sie jedem Berufszweig, „vom höheren Staatsbeamten bis zum Zigarrenmacher“, versprächen, was er hören wolle: „Wir hassen die Bauernfängerei, und nichts liegt uns ferner, als mit schönen Verheißungen eine Menge Wähler anzulocken, nur um dann Stimmvieh zu haben.“ Der Zergliederung der Wählerschaft in Einzelgruppen und der Reduzierung ihrer Interessen auf kleinkarierte Fragen wie der nach dem Preis von Zwiebeln stelle man einen einfachen Grundsatz gegenüber: Gemeinnutz vor Eigennutz.¹³

Freilich verzichtete auch die NSDAP nicht gänzlich auf die Ansprache bestimmter Berufs- und Bevölkerungsgruppen wie den Mittelstand, Arbeiter oder Katholiken¹⁴ – diese Art von Ansprache prägte den Wahlkampf in Deutschland zu grundsätzlich, als dass auch die Nationalsozialisten völlig an ihr vorbeigehen konnten. Sie nutzten die Anrede konkreter Wählergruppen aber vor allem zur Herausforderung der traditionellen Zuordnungen und Loyalitäten: Kein Katholik *müsse* das Zentrum wählen, wie es Kirche und katholische Partei weiszumachen versuchten, und gleiches gelte für Arbeiter und Bürger, die von ihren üblichen Interessenvertretern über Jahre hinweg belogen und betrogen worden wären.

Einen eigenen glaubhaften Anspruch auf die natürliche Repräsentation einzelner Wählergruppen, wie sie insbesondere bei den alten Emanzipationsbewegungen der Sozialdemokratie und des Zentrums aus jahrzehntelanger Einübung gang und gäbe waren, konnten die Nationalsozialisten im selben Atemzug dagegen kaum glaubhaft erheben – schließlich handelte es sich bei ihnen um eine junge, neue Bewegung. Der Appell der NSDAP beruhte damit ganz im Gegenteil vor allem auf dem Versprechen, die viel beklagte Zergliederung der Gesellschaft zu überwinden, die im Wahlkampf immer wieder deutlich vor Augen geführt wurde. Was die alten Parteien im Widerstreit im Parlament nicht zu schaffen vermochten –

13 Was wir versprechen, E, 10. 9. 1930; Auszug aus dem Programm der NSDAP, 1930, StALu, Ds 588/14.

14 Ausführlich, aber mit anderer Wertung als im Folgenden: Childers, *Social Language* (1990); ders., *Nazi Voter* (1983).

die Volksgenossen zu einer Gemeinschaft zu vereinen –, darin lag die Verheißung des Nationalsozialismus.

Die Herausforderung der traditionell festgefahrenen Repräsentationsbeziehungen durch die Nationalsozialisten bedeutete damit in Deutschland allerdings keineswegs eine Öffnung im Sinne einer grundsätzlichen Liberalisierung der Beziehungen der Wähler zu den politischen Parteien – nichts läge ferner. Schließlich steckte auch hinter dem Auftreten der NSDAP wiederum ein Exklusivitätsanspruch auf politische Vertretung, der sogar noch weiter als derjenige der traditionellen Parteien ging: Während diese für einen Teil des Volkes zu sprechen beanspruchten, zielte der Nationalsozialismus auf die Repräsentation des Volkes *insgesamt* als Einheit – und damit auch auf die Macht zur Bestimmung, wer zu jenem gehörte und wer nicht.

In Großbritannien gab es keine schmerzenden Trennlinien, die der Überwindung bedurft hätten. Denn politische Parteinahme reichte in die Allgemeinheit der Bürgerschaft als eine Masse von individuellen Konsumenten nicht so weit hinein, als dass sie im außerpolitischen Alltag große Bedeutung erlangt hatte. Dass zudem die Beziehungen zwischen Politikern und Bürgern in Großbritannien nicht dieselbe Unzufriedenheit auslösten wie in Deutschland, ließ Mosley und seinen Faschisten als eine Alternative keine Chance: Kaum jemand sah überhaupt die Notwendigkeit für eine Alternative. So konnte in Großbritannien die Einigung der Nation in der Krise einvernehmlich und mit Respekt für abweichende Meinungen hergestellt werden.

In Deutschland dagegen traten die Nationalsozialisten an, sie gegen die Vertreter der alten Ordnung zu erzwingen. Der Begriff der „Volkspartei des Protests“ ist darum als Bezeichnung für die NSDAP nicht unproblematisch. Denn während er zentrale Charakteristika ihres Aufstiegs um 1930 erfasst, trägt er zugleich irreführende Assoziationen. Zweifellos erreichten die Nationalsozialisten ihre Erfolge aus dem grundsätzlichen Protest gegen eine politische Ordnung, die mit enorm hohen Erwartungen überfrachtet wurde. Um die Ernte der Unzufriedenheit einzufahren, zielten die Nationalsozialisten dabei auf die Mobilisierung einer breiten Koalition aus allen Wählerschichten, quer zu den traditionellen Gräben. Wie statistische Wahlanalysen zeigen, war ihnen damit auch einiger Erfolg beschieden: Die NSDAP konnte ab 1930 ein breiteres Wählerpotential einfangen als

je einer anderen deutschen Partei gelungen war – wenngleich Katholiken und, in geringerem Maße, Arbeiter sich recht unbeeindruckt zeigten und weiter ihren traditionellen Interessenvertretern folgten.¹⁵

Aber das Konzept der „Volkspartei“ beschwört zugleich eine Politik herauf, die zum Aufstieg der NSDAP, und zur Weimarer Wahlkampfkultur insgesamt, nicht recht passen will. Als Parteientypus geht die „Volkspartei“ im Sinne einer „Allerweltpartei“, einer „catch-all party“, auf politikwissenschaftliche Beschreibungen der Entwicklung nach 1945 zurück. Sie meint eine Partei, die sich im Gegensatz zu den früheren Massenparteien nicht auf eine klar umrissene gesellschaftliche Großgruppe stützt, sondern stattdessen mit einem vagen Programm möglichst viele Wähler zu erreichen versucht. Hinter der Vorstellung einer „Volkspartei“ in diesem Sinne steht die Analogie des Wahlkampfes mit dem politischen Markt: In einem Zeitalter der „Entideologisierung“ opferten die „Volksparteien“ reine Gesinnung und die feste Bindung ihrer Anhängerschaft, um sich stattdessen als attraktives Produkt gegenüber einer größeren Masse zu verkaufen. Damit konnten sie Anklang bei möglichst vielen Bürgern finden, die politisch nicht mehr festgelegt waren und stattdessen von Wahl zu Wahl ihre Stimme abgaben, wie in einer individuellen Kaufentscheidung.¹⁶

Diese Beschreibung trifft in vielen Aspekten die Wahlkampflogik der Parteien, wie sie in der Zwischenkriegszeit in *Großbritannien* zu beobachten war: Hier wäre es nicht abwegig, von Liberalen, Labour Party und Konservativen als Volksparteien in diesem Sinne zu sprechen. In Deutschland allerdings folgte der Wahlkampf noch kaum den Prinzipien eines Marktes – diese sollten hier erst nach 1945 größeren Einfluss gewinnen. Die NSDAP machte diesbezüglich keine Ausnahme: Keineswegs baute ihr Erfolg auf einer Innovationsleistung als Erfinderin der „modernen politischen Wahlwerbung“ auf, wie Gerhard Paul argumentiert hat. Denn ganz im Gegenteil kann man ihre Strategie gar als rückwärtsgewandt verstehen: Die NSDAP orientierte sich an den klassischen Milieuparteien des 19. Jahrhunderts – Sozialdemokraten und Zentrum –, um Aktivisten und Anhänger zu einer festen Klientel zu verschweißen, die in allen Lebenslagen mit Hingabe der Bewegung dienen würden.

¹⁵ Falter, *Hitlers Wähler* (1991).

¹⁶ So: Kirchheimer, *Wandel* (1965), Begriffe 26 f., 29, 34, 36.

Die Forschung, die nur von den Werbeanstrengungen und der Imagepolitik der Nationalsozialisten ausgeht, um ihren Aufstieg und ihren Erfolg zu ermessen,¹⁷ kann das nur unzulänglich erfassen. Sie ignoriert nämlich die sozialen Bedingungen, denen die Bildung von Anhängerschaft vor Ort in Deutschland unterlagen. Die Freiwilligkeit im Entschluss zur Unterstützung der Nationalsozialisten, die eine Sicht auf die NSDAP als eine „Volkspartei“ ähnlich den Volksparteien nach 1945 voraussetzt, veranschlagt sie damit zu hoch. Denn soziale Kontrolle und Zwänge, welche die Beziehungen der Wählerschaft zu den Parteien in Deutschland tief prägten, waren auch für den Aufstieg der Nationalsozialisten von entscheidender Bedeutung. Das zeigt insbesondere eine Skizze ihrer Erfolge in ihren frühen Hochburgen in der ländlichen Provinz.

Zwänge und Hierarchie

In Großbritannien nahm man in der Wahlkampfarena der Zwischenkriegszeit die Wähler grundsätzlich als Individuen an, die nach einer Abwägung der Optionen ihren persönlichen Überzeugungen und ihrem Gewissen zu einer privaten Entscheidung folgen würden: In der unsicheren Ära des Massenwahlrechts orientierten die Parteien sich zusehends an einer solchen Vorstellung des „schweigenden Wählers“, dessen Unabhängigkeit in der Öffentlichkeit der Presse und der Vereinswelt vor Ort zu einem unantastbaren Gut wurde.

Auf deutschen Bürgern lasteten demgegenüber schwere Loyalitätsansprüche. Als Wähler galt man vor allem als Teil sozialer Großgruppen mit festgelegter Verpflichtung zur Unterstützung deren natürlicher Repräsentanten, was die Wahlentscheidung einem sehr viel höheren sozialen Druck aussetzte. In den frühen 1930er Jahren verstärkte sich dieser noch durch die gegenseitige öffentliche Zurschaustellung parteipolitischer Loyalitäten. Politische Strategen hatten seit den 1920er Jahren gezielt den „Gesinnungsexhibitionismus“ gefördert, der Bürger ihre gegensätzlichen Zugehörigkeiten offen zur Schau tragen ließ. Das sollte gezielt Druck auf diejenigen ausüben, die Parteien als ihre natürliche Klientel begriffen: Ein

17 So etwa: Paul, *Aufstand* (1992), Zitat 119, vgl. bes. 93 f.; Childers, *Nazi Voter* (1983); Behrenbeck, „Führer“ (1996); im Urteil folgend: Falter, *Hitlers Wähler* (1991).

Abzeichen für den Volksverein für das katholische Deutschland sollte etwa das ausdrückliche Ziel haben, „daß in kath. Städten, wie z. B. in Trier, ein Mann, der dieses Abzeichen nicht trägt, unangenehm auffällt“, hieß es in einem Vorschlag für die Einführung eines politischen Symbols 1927. Und wurde der Zwang zur öffentlichen Parteinahme, der von derartigen Abzeichen ausging, mit ihrer Verbreitung zum Anfang der 1930er Jahre immer größer. Wer in dieser Situation keine Anhängerschaft besaß oder sie nicht offen zeigen wollte, sah sich zum Beispiel genötigt, an seiner Wohnung statt einer Partei- eine Fahne in den neutralen Farben der Stadt zu hissen, wie es Andrew Bergerson aus Hildesheim berichtet – *irgendeine* Loyalität musste man demonstrieren.¹⁸

Besonders stark war der Druck auf dem Land – und hier lebte auch um 1930 noch etwa ein Drittel der deutschen Bevölkerung. Größere Städte boten eine Vielzahl an möglichen Lebensentwürfen, was auch eine Vielfalt an möglichen Erwartungshaltungen an die politische Loyalität bedeutete. Soziale und politische Rollen bedingten sich hier zwar nicht minder gegenseitig; aber hier gab es immerhin eine gewisse Variationsbreite an Möglichkeiten, die eigenen Zuordnungen zu gestalten – ganz zu schweigen von der relativen Anonymität, die große Städte dem Individuum zum Verstecken boten. Das konnte auch dem Schutz politischer Überzeugungen vor den Anforderungen der Gemeinschaften dienen, in denen man verkehrte – wenngleich die Beispiele aus Trier und Hildesheim nicht gerade auf allzu viel Spielraum hindeuten. In den Dörfern dagegen, wo es nur eine Kirchengemeinde, nur einen Kriegerverein sowie nur ein Wirtshaus gab, wo nur das eine Käseblatt im Sinne der „nationalen“ Sache über die Welt informierte, und wo das Leben des Einzelnen deutlich größere Überschneidungen mit den Leben seiner Mitbürger aufwies – dort war den Erwartungen gegenüber der eigenen Parteinahme und dem Bestreben, die Zuordnungen der Mitglieder der Gemeinschaft in allen Lebenslagen gleich zu halten, kaum zu entgehen.

Aus Perspektive der Städte thematisierten die Zeitgenossen in Deutschland diese Verhältnisse, wenn sie über den Wahlkampf auf dem Land

¹⁸ Arnold Hahn, *Fahnenkampf*, *Simplicissimus*, 30 (1925) 8, 114 („Gesinnungsexhibitionismus“); M. Hartrath an Wilhelm Hohn, 19. 9. 1927, zit. nach Mennen, *Selbstinszenierung* (2013), 154 f., hier 154; Bergerson, *Ordinary Germans* (2004), 134 f.

berichteten: Wer hier auf Erkundungsfahrt gehe, dem biete sich ein „erschütterndes Bild von Unterdrückung und Angst vor freier Meinungsäußerung“, berichtete noch 1928 ein Korrespondent aus dem Pommerschen. Die Portraits von um 1930 lesen sich wie Spiegel der Verhältnisse, die im Kaiserreich üblich gewesen waren: Selbst in den kleinen Städten herrsche hier eine „Stadtluft, die nicht frei macht, sondern beklommen“. Wer eine unbeliebte politische Haltung vertrete, müsse „gesellschaftliche Ächtung, wirtschaftlichen Boykott, persönliche Beschimpfungen“ ertragen.

Hier wie in anderen ländlichen Gegenden versuchte man etwa, die Versammlungen gegnerischer Parteien zu sabotieren, die sich in Orte trauten, in denen üblicherweise eine andere Überzeugung vorherrschte. Fließend war dabei der Übergang zu Boykottdrohungen gegenüber den Wirten, die es wagten, den Gegnern einen Saal zu vermieten. Auch andere Geschäftsleute bekamen bis in den Alltag außerhalb des Wahlkampfs hinein ihre politische Aussätzigkeit zu spüren, wenn man ihre Läden und Lokale auf Grund parteipolitischer Einstellungen mied – häufig hatten politische Streitigkeiten in der Weimarer Republik so Konsequenzen für die alltäglichen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Bürgern. Selbst vor Kindern machte die Erzeugung von Konformitätsdruck keinen Halt: Mitunter gehe der Boykott so weit, berichtete aus dem ländlichen Brandenburg eine Reportage, dass Söhne und Töchter eines politischen Parias – unter Duldung der Lehrer – von ihren Mitschülern gezielt gemieden würden.¹⁹

Bei derartiger Berichterstattung handelte es sich nicht nur um Stimmungsbilder, die für den Effekt und zur Erklärung – und Entschuldigung – des schlechten Abschneidens bestimmter Parteien in ländlichen Regionen dramatisiert wurden. Auch interne Meldungen, die für Überzeichnungen weniger Anlass boten, verwiesen auf die Alltäglichkeit der sozialen Kontrolle parteipolitischen Engagements im ländlichen Raum. So beklagte ein Sozialdemokrat in Ostpreußen, dass Drohungen gegenüber Rednern der Partei hier üblich seien – mitunter habe ein Beamter mit gezogenem Revolver die feindseligen Bewohner einer Ortschaft in Schach halten müssen, um die Genossen vor Übergriffen zu schützen. „Wenn Ihr nicht macht das

19 Wahlbilder aus Pommern, Berliner Tageblatt, 15. 5. 1928 (Zitate); Wahlkampf in Brandenburg, ebd., 11. 5. 1928; Wahlfahrt in die Priegnitz, VZ, 15. 5. 1928; Der Wahlterror auf dem Lande, ebd., 16. 5. 1928; Germersheim, PP, 19. 9. 1930.

Ihr wegkommt, [!] dann kostet es mich ein Wort und Euer Auto liegt im Strassengraben“, hätte ein Gemeindevorsteher anderswo erklärt.²⁰

Wie im Fall des Gemeindevorstehers waren manchmal einzelne Meinungsführer zu identifizieren. Auch wo der Wahlkampf besonnener ablief, spielten diese eine wichtige Rolle. So höre man sich mancherorts bei einem Bier ruhig die Redner aller Parteien an, die ihren Weg ins Dorf fänden; einer mit Einfluss – beruhend auf Beliebtheit, überlegener Bildung, einer wichtigen Stellung im lokalen Gefüge – gebe dann die „Wahlparole“ aus, und „die meisten folgen voll Vertrauen“. Typischerweise handelte es sich hierbei um wichtige Figuren in der lokalen Hierarchie, wie Bürgermeister, Lehrer, Bauern mit großem Landbesitz oder bedeutende Arbeitgeber. In Arbeitersiedlungen griffen, wie ein Echo auf die übliche Wahlbeeinflussung im Kaiserreich, noch immer die „Herren im Direktionsgebäude“ in den Wahlkampf ein, indem sie etwa durchsickern ließen, dass ihnen der Besuch von Versammlungen bestimmter Parteien nicht genehm sei – und der ließ sich vor Ort mit wenig Aufwand überwachen.²¹

Anders als im Kaiserreich ließ sich dabei im Deutschland der Zwischenkriegszeit die Stimmabgabe nicht mehr völlig kontrollieren. Der Schutz des Wahlgeheimnisses hatte seit der Jahrhundertwende Fortschritte gemacht. Völlig anonym erfolgte die Wahlentscheidung allerdings in kleinen Orten auch in der Weimarer Republik noch nicht. So ermöglichte in überschaubaren Gemeinden etwa die Verwendung privater Stimmschein statt eines staatlich gefertigten Einheitsstimmzettels noch bei den ersten beiden Wahlen der Nachkriegszeit weitreichende Kontrollmöglichkeiten. Auch darüber hinaus und später konnte der soziale Druck zu politischer Konformität sich auf Eigenheiten des deutschen Wahlverfahrens stützen: Da die Ergebnisse für jedes noch so kleine Dorf gesondert ausgezählt und veröffentlicht wurden, wusste in Deutschland jeder, wie die Gemeinschaft abstimmte – und jeder wusste, dass dies alle anderen wussten.

In Großbritannien dagegen sicherte der Stimmzettel das Wahlgeheimnis seit den 1870er Jahren effektiv. Das Stimmverhalten von einzelnen Ge-

²⁰ SPD, Bezirks-Partei-Sekretariat Ostpreußen, an Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, 21. 4. 1928, sowie weitere Fälle in: GStA PK, XX. HA, Rep. 2, II, Nr. 3189, hier 32.

²¹ Wahl im Dorf, NPL, 27. 11. 1924 (Zitate); Artur Vogt (KPD), Bericht, Juli–Aug 1930, BArch, RY 1/I 3/25/7.

meinschaften wie Dörfern und Kleinstädten ließ sich hier ebenfalls nicht zuverlässig rekonstruieren: Mit Absicht wurden vor der Auszählung alle Stimmen aus dem gesamten Wahlkreis zunächst an einen zentralen Ort gebracht und hier durchmischt.²² Fraglos mochten auch hier Landgemeinden zu politischer Uniformität neigen – in Wahlkampfzeiten kam das etwa in den Befragungen der Parteien von Haustür zu Haustür sowie der öffentlichen Zurschaustellung von Parteifarben zum Ausdruck, die ebenfalls einen gewissen Druck auf die Nachbarn ausübten.²³ Doch im Vergleich mit Deutschland fiel es hier leichter, abweichende Meinungen bei Bedarf hinter dem Stimmgeheimnis zu verstecken.

Freilich wurde wohl auch in Deutschland das Wahlgeheimnis zumindest ab 1924 gut genug geschützt, dass Abweichler vor Ort nicht unbedingt als Individuen sichtbar werden mussten. In einer Wahlkampfkultur, die sich in hohem Maße um gesellschaftliche Gruppen als politische Kollektive drehte, war aber die Selbstbeobachtung kleiner Gemeinden in ihren Wahlergebnissen mehr als geeignet, Aufmerksamkeit auf die Einheit der Gemeinschaft zu richten und Misstrauen ob der Zugehörigkeit all ihrer Mitglieder zu schaffen. Wo sie heute noch verfügbar sind, spielte den Wahlergebnissen zufolge jedenfalls gleichförmiges Stimmverhalten in den ländlichen Gebieten der Weimarer Republik keine geringe Rolle. Dörfer, in denen einzelne Parteien über 90, gar 100 Prozent der Stimmen abräumten, lassen sich hier stets finden.²⁴

Angesichts solcher Verhältnisse gibt es zu denken, dass die Nationalsozialisten ihre Erfolge besonders in ländlichen Regionen erzielten. Entsprechend ist die Dynamik ihres Aufstiegs hier zu charakterisieren: Bereits ab 1928 konnte man in den frühen Hochburgen der NSDAP beobachten, dass sich ganze Ortschaften „restlos dem Nationalsozialismus“ verschrieben, wie es der Spitzenkandidat der DDP für Schleswig-Holstein beschrieb. Wo den Nationalsozialisten hier dagegen der Durchbruch verwehrt blieb, scheiterten sie gleichfalls am Zusammenhalt ganzer Siedlungen: Wo Orte fest in der Hand des politischen Katholizismus oder der organisierten

²² Ausführlicher: Schröder, *Ceremony and Carnival* (2013), 50 f., 56–62.

²³ Etwa: *A Tour in the County*, CDN, 29. 10. 1924.

²⁴ Die Ergebnisse 1928 und 1924 (1928); Die Ergebnisse 1930 und 1928 (1930); Reichswahlleiter an Reichsbeauftragten für das Wahlprüfungsverfahren, 28. 1. 1929, BAArch, R 1501/125167, 244–247.

Arbeiterbewegung blieben, gelang es auch den Nationalsozialisten nicht, Fuß zu fassen.²⁵ In dem Sinne war es in hohem Maße der soziale Zwang der Gemeinschaft und ihrer politischen Ausrichtung – statt individuellen Protests –, der über Erfolg und Misserfolg der NSDAP entschied.

Zeitgenössisch beschrieben die Nationalsozialisten selbst ihren Feldzug gegen die Republik nach diesem Muster. Ähnlich den Sozialdemokraten, die in ländlichen Gegenden traditionell aus geschlossenen Dorfgemeinschaften ausgegrenzt blieben, klagten auch nationalsozialistische Aktivisten über die Feindseligkeit, die ihnen in einigen Dörfern entgegenschlug. So hieß es über die schwarzen Hochburgen Herxheim und Kindsbach in der Pfalz, dass hier versammelte Menschenmengen die Nationalsozialisten mit Schimpfworten und Drohrufen empfangen hätten. Von der katholischen Kirche aus sei Sturm geläutet worden; die örtliche Feuerwehr stelle sich den Nazis in Uniform entgegen; Dorfbewohner sammelten sich, um – bewaffnet mit Beilen, Äxten und Prügeln sowie unterstützt von der örtlichen Gendarmerie – die Wahlkampfredner der NSDAP mit ihrer SA-Eskorte gewaltsam zurückzuschlagen.

Zweifellos verschwiegen die Nationalsozialisten in solchen Erzählungen die eigenen Provokationen; auch übertrieben sie die Geschehnisse und dichteten wohl manchen Gewaltexzess hinzu – damit werden wir uns weiter unten noch befassen. Entscheidend ist aber an dieser Stelle, dass die grundsätzlich feindselige Abschottung, die in diesen Geschichten zum Ausdruck kam, von anderer Seite Bestätigung fand. Wenngleich sie dafür keine so grellen Farben verwendeten, klagten nämlich Sozialdemokraten nicht minder über dieselben Dorfgemeinschaften, deren geschlossene Loyalität zum politischen Katholizismus sie aus den politischen Umtrieben der Geistlichkeit vor Ort erklärten. Nicht zuletzt rühmte der politische Gegner selbst sich des Zusammenhalts der eigenen Anhänger in diesen Dörfern: Dass sie treu zu ihren Priestern und Führern stünden; auch ihre Bereitschaft, die „nationalen Maulhelden“ der NSDAP „mit Gewalt zurückzuschlagen“, hob in der Pfalz ein Zentrumsblatt mit kaum

25 Zitat: Ministerpräsident a.D. Tantzen, Erlebnisse in Schleswig-Holstein, Berliner Tageblatt, 15. 5. 1928; vgl. z. B. Ernst Heeger an DVP-Reichsgeschäftsstelle, 30. 10. 1932, BArch, R 45 II/120, 74 f.; zum Wahlverhalten Falter, Hitlers Wähler (1991).

verhohlenem Stolz hervor.²⁶ So sah die Kehrseite der Herausforderung geschlossener politischer Gemeinschaften aus.

Nachdem sie die politische Loyalität einzelner Gemeinden übernommen hatten, stimmten die Nationalsozialisten schnell in denselben Chor ein. In der Pfalz konnten sie sich dabei der vollständigen Kontrolle einzelner Ortschaften brüsten: Darstein und Krähenberg, zwei Dörfer mit etwa 110 sowie 150 Wahlberechtigten, erlangten Anfang der 1930er Jahre regionale Bekanntheit für ihre buchstäblich hundertprozentige Unterstützung der NSDAP. Für die Zeitgenossen hatte das große symbolische Bedeutung: Gezielt fuhren einzelne Gegner von außerhalb zur Präsidentschaftswahl im Frühjahr 1932 in diese Orte, um das reine Ergebnis mit einigen Gegenstimmen „zu verpesten“, wie es das örtliche NS-Blatt ausdrückte. Es verstand sich von selbst, dass die Nationalsozialisten nun ihrerseits die Geschlossenheit und Feindseligkeit der örtlichen Bevölkerung gegen die Eindringlinge hervorhoben: Beinahe sei es zu Tötlichkeiten gekommen, und aus Angst vor der eigenen Courage seien einige der Wähler von außerhalb, angesichts der Drohungen der nationalsozialistischen Dorfbewohner, unverrichteter Dinge wieder abgezogen.²⁷

Die Erfolge der Nationalsozialisten in Darstein und Krähenberg entsprachen dabei einer Wählerbewegung, die überall im Reich typisch für das Zustandekommen der Wahlergebnisse ab 1930 waren. Die NSDAP beerbte vor allem kleine Interessenparteien, die ihrerseits seit etwa 1924 den traditionellen bürgerlichen Parteien Wähler abspenstig gemacht hatten. In diesem Fall handelte es sich um die Deutsche Bauernpartei: In Darstein hatten noch bei der Dezemberwahl 1924 fast alle, nämlich 97 der 100 Wähler, ihre Stimme der DVP (81) sowie der DDP (16) gegeben. Vier Jahre später nahm die Bauernpartei (43) der DVP (33) die Mehrheit der abgegebenen Stimmen (78) ab, bevor im September 1930 dann volle

²⁶ Bolschewistischer Straßenterror der Schwarzen, E, 23. 8. 1930; „Christliche“ Sturmabteilungen, E, 27. 8. 1930; Ein Vorstoß nach Herxheim, PP, 19. 5. 1928; Eine vernünftige Bevölkerung, NPL, 19. 8. 1930 (Zitate); Die Nationalsozialisten in Venningen, NPL, 6. 8. 1932; Die schwarze Mordpest in der Pfalz, NSZ 13. 7. 1932; Die Wahrheit über Kindsbach, NSZ 16. 7. 1932; Pol. Zusammenstoß in Kindsbach, Landstuhler Zeitung, 12. 7. 1932; vgl. ADGB, Ortsausschuss Eisenberg und Umgebung an BA Frankenthal, 30. 8. 1928, LAsp, H33/200, 2 f.

²⁷ Und Darstein bleibt doch Darstein! NSZ, 12. 4. 1932; Auch Krähenberg bleibt trotz alledem ein Darstein, NSZ, 13. 4. 1932 (Zitat).

ein hundred Prozent der 106 Stimmen auf die NSDAP entfielen. In Krähenberg verlief die Entwicklung ähnlich: Hier war es die DNVP gewesen, die 1924 mit 110 von 117 gültigen Stimmen dominiert hatte; abgelöst wurde sie 1928 von der Bauernpartei (100 von 121 Stimmen). Zwei Jahre später wurde die NSDAP zur größten Partei (91 von 128), bis dann im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl von 1932 auch alle restlichen Wähler Adolf Hitler ihre Stimme gaben.²⁸ Deutlicher könnte nicht sein, dass man es hier mit Gemeinschaften zu tun hatte, die als Einheit stimmten.

Örtliche Meinungsführer und ihre Richtungsvorgaben spielten bei der derartigen Übernahme ganzer Gemeinden eine zentrale Rolle. Nicht selten waren es Pfarrer, Ortsvorsteher oder einflussreiche Figuren in der bürgerlichen Vereinswelt, die den Übertritt zum Nationalsozialismus trieben, wie die Forschung in vielen Fällen aufgezeigt hat. In der Pfalz, um bei dem Fallbeispiel zu bleiben, entsprach der Großniedesheimer Bürgermeister Werner Stephan dem musterhaft: Großniedesheim, ein Dorf um die 350 Stimmberechtigte, war klassisch gespalten in eine sozialdemokratische und eine Anhängerschaft der Volkspartei. Als letztere sich ab 1928, zum Teil über den Umweg der Bauernpartei, den Nationalsozialisten anschloss, machten die Zeitgenossen im Zentrum der Entwicklung den rührigen Bürgermeister Stephan sowie den protestantischen Pfarrer Dr. Willmann aus, beide „fanatische Anhänger“ der Partei, wie ein Verwaltungsbericht hervorhob. Stephan hatte als Figur dabei überlokale Signalwirkung, da er sich zuvor als Vertreter landwirtschaftlicher Interessen in der DVP auch über den Ort hinaus engagiert hatte.²⁹

Ob Figuren wie Stephan dabei mehr als Treiber der Entwicklung oder als Getriebene agierten, ist im Einzelfall – und auch hier – nicht einfach zu rekonstruieren.³⁰ Offensichtlich hatten die Interventionen einflussreicher Eliten vor Ort Gewicht. Andererseits haben aber unsere vereinzelter

²⁸ Die Ergebnisse 1928 und 1924 (1928), 24, 70; Die Ergebnisse 1930 und 1928 (1930), 24, 70; zum Muster: Falter, *Hitlers Wähler* (1991), 118–120.

²⁹ BA Frankenthal, Halbmonatsbericht, 1. 11. 1932, LAsP, H 33/1267, III (Zitat); Bericht der Gendarmerie-Station Bobenheim a/Rh. an das BA Frankenthal, 19. 11. 1931, LAsP, H 33/198; Schepua, *Ortsgruppengründungen* (2012); Die Ergebnisse 1928 und 1924 (1928), 30; Die Ergebnisse 1930 und 1928 (1930), 30.

³⁰ Entsprechend umgeht Pyta, *Dorfgemeinschaft* (1996), die Frage in seiner abstrakten Modellierung weitgehend. Dazu und für das Folgende: Wagner, *NSDAP* (1998); Baranowski, *Sanctity* (1995); Hildebrand, *Landbevölkerung* (2004).

Einblicke in das katholische Milieu oder die protestantische Vereinswelt deutlich gezeigt, dass auch gegen die Gruppe der gesammelten Mitgliedschaft keine Politik zu machen war: Hier war es mitunter auch die Masse der Gemeinschaft, die ihre Führer zum Umdenken zwang – darum billigten schließlich um 1930 die Führungen vieler bürgerlicher Vereinigungen, wie es beim Stahlhelm der Fall war, dass Mitglieder ihre Stimme den Nationalsozialisten gaben.

In jedem Fall weist die zentrale Rolle örtlicher Eliten beim Aufstieg der Nationalsozialisten auf die anhaltende Bedeutung gesellschaftlicher Hierarchien für die Bildung politischer Meinungen und Gefolgschaft in Deutschland hin. Im jeweiligen Einzelfall mochte das unterschiedlich ausgespielt werden: So war Protest der Gemeinschaft gegen ihre Führung ebenso denkbar wie ein gemeinsamer Übertritt oder miteinander konkurrierende Eliten, deren Übertritt zum Nationalsozialismus vor allem taktische Gründe hatte, weil sich damit ihr lokaler Herrschaftsanspruch gegen Kontrahenten durchsetzen ließ. In jedem Fall lag darin eine gewisse Ironie: Allen Beschwörungen einer egalitären Volksgemeinschaft und allen Tiraden über die Bessergestellten zum Trotz blieb auch der Erfolg der Nationalsozialisten in hohem Maße von sozialen Eliten vor Ort abhängig.

Das hat schließlich auch die Milieu-Forschung gezeigt, die den Aufstieg der NSDAP in eher städtischen Umfeldern nachzeichnet. Die Anlehnung der Partei und ihre Übernahme der traditionellen, bürgerlichen Vereinswelt war hier ein entscheidendes Kriterium für ihren Erfolg: Die Forschung betont vor allem, dass die Nationalsozialisten sich so die notwendige Respektabilität verschafften.³¹ Man kann die Verflechtungen zwischen NSDAP und bürgerlicher Vereinswelt aber noch anders deuten: Diese ermöglichten der Partei, die Erzeugung gemeinschaftlichen Drucks zur Herstellung politischer Loyalität in den Netzwerken der Geselligkeit – ein typisches Merkmal der Weimarer Konfliktkultur – für sich zu nutzen.

Das war in Großbritannien in diesem Maße keiner Partei möglich – den Faschisten ebenso wenig wie den großen drei. Die Nutzung gesellschaftlicher Hierarchien zur Vorgabe politischen Verhaltens war hier zu einem Ding der Unmöglichkeit geworden. Und auch jenseits dessen war der Druck auf politische Entscheidungen in der britischen Gesellschaft

³¹ Im Überblick: Bösch, *Milieu* (2002), 113–132.

insgesamt sehr viel niedriger, weil man diese strikter von Fragen der Zugehörigkeit und den Beziehungen im außerpolitischen Alltag trennte. Die Toleranz für Abweichungen und der Respekt für die Unantastbarkeit individueller Einstellungen, die in Gruppen wie Vereinen oder Kirchengemeinden üblich war, fanden ihre Entsprechung dabei auch auf dem Land. Zweifellos war gesellschaftlicher Druck auf das Individuum auch hier stärker zu spüren als in einem anonymen städtischen Umfeld. Aber zum einen war er für das politische System insgesamt von geringerer Bedeutung, weil ein deutlich kleinerer Anteil der Briten überhaupt noch in ländlichen Verhältnissen lebte. Und zum anderen ging auch die Ausübung von Zwang in Einzelfällen kaum je so weit wie in Deutschland.

So hatte politisches Abweichlertum hier nicht automatisch gesellschaftliche Ächtung zur Folge. Das zeigte sich in Episoden wie einer Labour-Versammlung in Histon, einem Dorf nördlich von Cambridge: Eine Wählerin forderte den Kandidaten der Arbeiterpartei hier mit einem offenen Bekenntnis zum Konservatismus heraus und trat damit auch ihren Nachbarn entgegen. Zugleich betonte sie ihr gutes Verhältnis zu den „Mit-Dörflern“, für die sie in echter Zuneigung immer nur das Beste getan habe.³² Derartige Anekdoten, welche die Möglichkeit kontroverser Parteinahme auf dem Land ausleuchteten, standen in einem markanten Kontrast zu den Geschichten über die feindselige Abwehrhaltung einheitlicher Dorfgemeinschaften, die in der deutschen Öffentlichkeit das Bild vom ländlichen Wahlkampf prägten. Zwänge oder gar offene Drohungen, das hat Claire Griffiths gezeigt, spielten im ländlichen Raum in Großbritannien eine weitaus geringere Rolle für die politische Ausrichtung von Gemeinden und Individuen.³³

Keine Rede konnte schließlich in Großbritannien davon sein, wie die Nationalsozialisten in Deutschland die Erzeugung gesellschaftlichen Drucks auf die Spitze trieben: Alle informellen Zwänge des Lebens in der Gemeinschaft überstieg noch die Drohung, die von der uniformierten Sturmabteilung der NSDAP ausging. Deren Wirkung lag keineswegs allein in der Faszination der geordneten Marschkolonne im Gleichschritt, welche die dynamische Tatkraft der Bewegung veranschaulichte. Mindestens

³² Lively Meeting at Histon, CDN, 16. 10. 1924 („fellow villagers“).

³³ Griffiths, Labour (2007).

ebenso wichtig war, dass die deutschen Braunhemden Opposition unter Androhung körperlicher Gewalt unterdrückten. (Nicht ohne Grund weisen Skeptiker darauf hin, dass die SA an vielen Orten, zumal in der Provinz, lange eher dem Bild eines einigermaßen wilden Haufens als dem einer disziplinierten, einheitlichen Truppe entsprach.)³⁴ Gerade auf dem Land zogen die Nationalsozialisten systematisch große Gruppen von SA-Männern aus umliegenden Ortschaften zusammen, um einzelne Dörfer gezielt mit einer massiven, einschüchternden Präsenz zu überwältigen. Drohungen wie Anrempelungen gegen Bewohner, insbesondere die Einschüchterung bekannter politischer Gegner, standen dabei im Rahmen einer gleichsam militärischen Besetzung der aufgesuchten Gemeinden auf der Tagesordnung.³⁵ Wer hier bereits zum Nationalsozialismus konvertiert war, konnte so mit den Auftritten seiner Gesinnungsgenossen klar machen, nach wessen Pfeife nun zu tanzen war.

Die Drohung mit körperlicher Gewalt hatte ihren Hintergrund in der Wende zu demonstrativen Stärkebekundungen in den politischen Konflikten der späten Weimarer Republik. Der scharfe Kontrast zu der Hinwendung zu eher deliberativen Formen des Streits, die zeitgleich in Großbritannien zu beobachten war, ist dabei nicht zu übersehen. Es ist nicht überraschend, dass dementsprechend auch körperliche Auseinandersetzungen in beiden Gesellschaften in der Krise einen anderen Stellenwert einnahmen. Die Dinge lagen dabei allerdings komplizierter, als es eine vereinfachende Gegenüberstellung einer zivilisierten britischen Streitkultur gegenüber einer zunehmenden Bereitschaft zum bewaffneten Konflikt in Deutschland nahelegen würde – die Frage nach der Gewaltsamkeit erfordert darum ebenfalls eine etwas ausführlichere Behandlung.

Gewalt

Mit der Verbreitung demonstrativer Konfrontationen nahm auch die politische Gewalt in der Weimarer Republik zu. Das massive Auftreten, die mehr oder minder subtilen Drohungen mit physischer Präsenz und der Durchschlagskraft der eigenen Anhänger, all das mündete letztlich auch

³⁴ Paul, *Aufstand* (1992), 133–142.

³⁵ Reichardt, *Kampfbünde* (2002), hier bes. 103–105, 133–140; Balistier, *Tatpropaganda* (1996), 29 f.

in Handgreiflichkeiten und mehr. Bereits in den 1920er Jahren war es in Deutschland so immer wieder zu politisch motivierten Gewalttaten in der Wahlkampfarena gekommen. Versammlungen boten einen Anlass für körperliche Angriffe auf den politischen Gegner, typischerweise waren handfeste Auseinandersetzungen zudem zwischen Plakatklebetrupps verschiedener Parteien zu erwarten. Wenn diese bei ihren Arbeiten aufeinander trafen, konkurrierten sie kurzzeitig um die Vorherrschaft über einen konkreten Platz oder eine Straßenecke. Kompromisse waren hier nicht immer möglich; schnell fanden sich einige Beteiligte bereit, ein Messer zu zücken oder gar einen Revolver zu ziehen: Bereits vor dem Aufstieg des Nationalsozialismus zu einer Massenbewegung forderte der deutsche Wahlkampf Mitte der 1920er Jahre so in blutigen Zusammenstößen Verletzte – und vereinzelte Todesopfer.³⁶

Um 1930 nahmen solche Vorkommnisse ein beunruhigendes Ausmaß an: Nach und nach seien gewalttätige Auseinandersetzungen in den Versammlungssälen und auf den Straßen Deutschlands zu einem „ubiquitären Phänomen“ geworden, das kaum mehr kontrollierbar erschien – so Dirk Schumann, der sich wohl am eingehendsten mit der Thematik beschäftigt hat. Damit schien es zugleich, als gleite die Republik in eine Art Ausnahmezustand ab: Eine „normale‘ politische Atmosphäre, in der man in gewisser Ruhe Argumente hätte austauschen können“, habe in den frühen 1930er Jahren in Deutschland nicht mehr existiert – „darüber konnte kein Zweifel bestehen“.³⁷ Wenngleich in der Tat kein Zweifel an der Zunahme politisch motivierter Gewalttaten in der späten Weimarer Republik bestehen kann, ist diese Deutung doch nicht unproblematisch. Sie gründet nämlich auf einer normativen Unterteilung zwischen *eigentlicher* Politik, die im friedlichen Austausch von Argumenten bestehe, und körperlichen Auseinandersetzungen, die zu dieser „normalen“ Politik nicht dazu gehören – Gewalt ist dann ein Zeichen dafür, dass die eigentliche Politik nicht mehr funktioniert.

³⁶ Aus Ludwigshafen, NPL, 8. 12. 1924; Polizeipräsidium Ludwigshafen, Halbmonatsbericht, 28.11.–10. 12. 1924, LAsp, H 74/83; Blutiger Zusammenstoß in Köpenick, Berliner Lokalanzeiger, 2. 5. 1924; Blutige Kämpfe zwischen Klebetrupps, Vorwärts, 5. 5. 1924; Der Wahltag, NPL, 27. 4. 1925; Fritzsche, *Presidential Victory* (1990), 215.

³⁷ Schumann, *Politische Gewalt* (2001), Zitate 228, 317.

Hier trifft sich Schumanns Erwartung mit dem rationalistischen Sachlichkeitsideal, das in der deutschen Gesellschaft tief verwurzelt war. Für die Untersuchung der Gewaltsamkeit ist es allerdings nicht hilfreich, sie als ein Problem aus dem „normalen“ politischen Verhalten hinauszudefinieren. Dafür entsprach sie nämlich in zu hohem Maße den Erwartungen und Empfindsamkeiten, die hier wie da auch an die Regeln der friedlichen Austragung von Konflikten gestellt wurden. Gewalt im Wahlkampf schloss in beiden Gesellschaften an die allgemeinen politischen Handlungslogiken an, die allerdings in einem Kontrast zueinander standen – mit unterschiedlichen Konsequenzen.

Das bedeutet nicht, am Gesamtbild einer starken Verbreitung politischer Gewalt in Deutschland in den frühen 1930er Jahren zu rütteln. Es besteht kein Zweifel, dass Tätigkeiten wie Plakatieren oder das Verteilen von Flugblättern, wie auch das Tragen politischer Erkennungszeichen, an vielen Orten wiederholt und immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führte. Rempelen und Prügeleien standen an vielen Orten nun auf der Tagesordnung, immer wieder wuchsen sie sich zu spontanen wie auch geplanten Überfällen und bewaffneten Auseinandersetzungen aus. Insbesondere im Wahlsommer 1932 äußerte die politische Feindschaft zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten sich so in bewaffneten Kämpfen, die Todesopfer forderten. Wer sich an politischen Aktivitäten für eine dieser Parteien beteiligte, musste an vielen Orten stets mit dem Ausbruch von Gewalt bis hin zur Bedrohung des eigenen Lebens rechnen – in der Tat konnte man in Deutschland in der Krise den Eindruck haben, dass der politische Kampf sich an einigen Orten zu einem gewalttätigen Kampf im Alltag gewandelt hatte. Die Beteiligten wie auch unbeteiligte Bewohner betroffener Stadtviertel und Dörfer stürzte das in eine tiefe Unsicherheit.³⁸

Auch für Ludwigshafen sowie Münster und Umgebung lassen sich entsprechende Befunde nachweisen, wenngleich die Vorfälle vor allem in der westfälischen Stadt vergleichsweise glimpflicher abliefen als anderswo. Auch hier kam es immer wieder zu Geschehnissen, die für das Klima der Zeit typisch waren: Schlägereien mit dem politischen Gegner, der an einer Uniform, einer Anstecknadel oder einem Wimpel am Fahrrad zu

³⁸ Ebd.; Häberlen, *Vertrauen* (2013), Kap. 1; Wirsching, *Weltkrieg* (1999), 575–610.

erkennen war; Handgreiflichkeiten, wo dieser ein Plakat der eigenen Partei überklebte oder zerstörte; Zusammenrottungen um Häuser mit einer gegnerischen Fahne; ein Überfall auf eine Gruppe nationalsozialistischer Radfahrer; Steinwürfe auf einen Demonstrationszug der NSDAP in einem Arbeiterviertel; stundenlange Straßenkämpfe zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten – derartige Vorkommnisse fanden, wie in anderen Teilen der Republik, auch in Ludwigshafen und Münster immer wieder statt.³⁹ Zweifellos war die öffentliche Politik in Deutschland in diesen Jahren in einem hohen Maße von Gewalt geprägt.

Ein Vergleich mit Großbritannien ist nicht einfach zu ziehen, da etwa Statistiken über Gewaltvorfälle nicht existieren oder kaum vergleichbar sind. Das hat eine Ursache aber bereits in der Sache selbst. In Großbritannien wurde eine gewisse Menge an Gewalt kaum als ein Problem wahrgenommen, weshalb sie in einem geringeren Maße als in Deutschland in die Aufmerksamkeit der Polizei und der Öffentlichkeit rückte. Das zeigt sich etwa daran, wie über Handgreiflichkeiten berichtet wurde, zu denen es auch hier immer wieder kommen konnte. So musste die Polizei auch in Sheffield 1923 zur Wiederherstellung der Ordnung einschreiten, als bei Wahlversammlungen Schlägereien zwischen Anhängern und Gegnern eines Kandidaten ausbrachen. Im bürgerlichen Cambridge, wo die Auseinandersetzung insgesamt einen ruhigeren Ton hatte, konnte es ebenso vorkommen, dass Kontrahenten ihre Politik so „ernst nahmen“, dass ihr Streit in einem Boxkampf auf offener Straße endete.⁴⁰ Bezeichnend an solchen Vorkommnissen ist aber, dass darüber in Großbritannien ganz beiläufig berichtet wurde – als handelte es sich um Geschehnisse, die kaum eine besondere Beachtung verdienten. Wie gegenüber dem üblichen Gebrüll und anderen Störungen von Wahlversammlungen zeigte man

³⁹ Diese und weitere Fälle: Ausschreitungen nach Schluß der sozialdemokratischen Versammlung, MA, 13. 9. 1930; Rot und Knallrot, WL, 24. 7. 1932; Strafsachen gegen H. J. und 4 Gen.; gegen Vorstand der Ortsgruppe der SPD Limburgerhof; Prozess wegen Werbeumzug der NSDAP am 5. 7. 1932, LAsp, J 27/419. Meine Einschätzung hier und im Folgenden stützt sich auf ähnliche Fälle in der ausgewerteten Presse, die Polizeiakten in den Untersuchungsregionen sowie exemplarisch herangezogene Strafakten der Amtsgerichte Ludwigshafen (LAsp, J 27/416-420) und Mainz (LAsp, J 44). Vgl. für einen exemplarischen Einblick Schaupp, *Radikalisierung* (2010).

⁴⁰ Diese Fälle: Sheffield Campaign, YTS, 30. 11. 1923; Polling Day, CDN, 16. 3. 1922 („took their politics seriously“).

auch angesichts gewalttätiger Zuspitzungen der Auseinandersetzung in Großbritannien eine größere Gelassenheit als in Deutschland.

Tatsächlich wirkte es gar, als erwarte man eine gewisse Anzahl an „Wahlopfern“, die dem politischen Kampf in Rechnung zu stellen wären. Davon ging jedenfalls ein Lokalreporter in Sheffield aus, als er am Wahltag im Oktober 1924 gezielt das örtliche Krankenhaus aufsuchte: Anhand der Behandelten ließ sich ein Überblick über das Ausmaß der Gewalt im Wahlkampf gewinnen – wenngleich es etwas enttäuschend nur zwei Fälle zu vermelden gab. Ein Bericht aus der Notaufnahme in Hammersmith in London, der als Vorbild diente, war da ergiebiger: Hier seien den ganzen Nachmittag über Patienten „hineingeströmt“, die sich in ihren persönlichen „Wahl-Kämpfen“ ein Veilchen geholt, die Nase oder den Arm gebrochen, ein Handgelenk gestaucht „oder ähnliches“ erlitten hätten.⁴¹ Als ein Problem wurden solche Vorkommnisse dabei nicht wahrgenommen – die Berichterstattung spekulierte mehr auf die Ermittlung unterhaltsamer Anekdoten als Teil der üblichen Stimmungsbilder über die Geschehnisse am Wahltag.

Der Kontrast mit Deutschland zeigt damit plastisch die Problematik einer Gegenüberstellung von gewalttätiger Auseinandersetzung gegenüber „normaler“ Politik: Augenscheinlich konnte eine Gesellschaft auch mit einem gewissen Maß alltäglicher Gewalt in der Auseinandersetzung ganz gut leben, sofern diese als ein Teil der „normalen“ Politik akzeptiert war. Insofern war nicht allein die Gewaltsamkeit an sich entscheidend, die in der Weimarer Republik in die öffentliche Auseinandersetzung einzog, sondern ihr Kontrast zu den traditionellen Erwartungen. Und diese entstammten geradezu entgegengesetzten Gewohnheiten: Im Gegensatz zu Großbritannien, wo gewalttätige Auseinandersetzungen im 19. Jahrhundert aus der Wahlkultur kaum wegzudenken waren, waren die Wahlkämpfe des Kaiserreichs im internationalen Vergleich geradezu durch ihre extreme Friedfertigkeit aufgefallen.⁴² Entsprechend war es vor allem die traditionelle deutsche Erwartung, der politische Streit müsse in ei-

⁴¹ Election Casualties; Election Heat, SDI, 30. 10. 1924 („election casualties“, „pouring in“, „election fights“, „etc.“).

⁴² Vgl. etwa Anderson, *Democracy* (2000), 27 f., 304 f.; Gawatz, *Wahlkämpfe* (2001), 295; Suval, *Electoral Politics* (1985), 251, mit Lawrence, *Speaking for the People* (1998), 181–190.

ner zivilen Atmosphäre von Ruhe und Ordnung stattfinden, welche die Verbreitung handfesterer Sitten in der Zwischenkriegszeit nun als höchst bedrohlich erscheinen ließ.

Substanzielle Unterschiede zwischen den Geschehnissen in beiden Gesellschaften schließt das nicht aus, und diese gab es durchaus. Auch wenn rein mengenmäßig kein präziser Vergleich über die Vorkommnisse in beiden Gesellschaften möglich ist, lassen verbreitete Berichte – selbst wenn man in Deutschland eine gewisse Dramatisierung in Rechnung stellt – keinen anderen Schluss als einen deutlich höheren Umfang gewalttätiger Auseinandersetzungen in der späten Weimarer Republik zu. Kein Zweifel kann zudem an der unterschiedlichen Dimensionierung der einzelnen Gewalttaten in beiden Gesellschaften bestehen.

Den Erwähnungen nach hatte man es in Großbritannien vor allem mit einzelnen Personen oder kleinen Gruppen zu tun, deren Streitigkeiten eher spontan zu handfesten Auseinandersetzungen eskalierten, und diese blieben im Ausmaß begrenzt: Üblicherweise kamen keine Waffen, sondern mit den Fäusten nur der Körper selbst zum Einsatz; selten griffen die Beteiligten zu Instrumenten wie Schlagringen und Stöcken oder Rasierklingen. Auch zeitlich blieb der Schlagabtausch in Großbritannien beschränkt: Einzelne Boxkämpfe und Schlägereien waren vorbei, sobald die Streithähne sich abreagiert hatten oder ein klarer Sieger sich durchsetzte. Diese Begrenztheit der Gewalt betont bereits die Literatur zu den Wahlkämpfen des 19. Jahrhundert: Gewalt war vor dem Weltkrieg in Großbritannien zwar weit verbreitet, sie verlief aber üblicherweise in Grenzen. Ganz gleich, ob sie als gezieltes Instrument zur Beherrschung des Abstimmungsortes zum Einsatz kam oder als Teil einer rauen Unterhaltungskultur ausbrach, zielte sie nicht auf eine nachhaltige Beschädigung der Gegner oder gar deren Tod.⁴³

Die Eingrenzung von Gewalttaten wurde mitunter ausdrücklich thematisiert, etwa bei einem der Sheffielder „Wahlopfer“ von 1924. In der Wahlnacht war es hier bei der Ergebnisverkündung zu Rempelen unter den versammelten Bürgern gekommen, die in rivalisierenden Fraktionen immer wieder lautstark gegeneinander ansangen – „The Red Flag“ gegen die Nationalhymne. Unter den Konservativen befand sich dabei ein Stu-

⁴³ Lawrence, *Speaking for the People* (1998), 186–190; Richter, *Riotous Victorians* (1981).

dent, der in dem Kräfteressen Opfer einer gewalttätigen Attacke wurde: Ein Gegner schlug ihm mit einer Glasflasche ins Gesicht, wohl weil der Student eine führende Rolle beim Anstimmen des patriotischen Lieds übernommen hatte. Damit war eine Grenze des Akzeptablen überschritten. Nicht der Gewalteinsatz *an sich* jedoch, sondern einzig sein Ausmaß erregte Anstoß: „Wäre es eine Faust gewesen und ein paar ausgeschlagene Zähne, nun ja, das gehört zum Spiel dazu“, argumentierte ein Leserbriefschreiber. Aber mit einer Flasche auf einen Gegner einzuschlagen und ihn „wahrscheinlich fürs Leben zu entstellen“, das war eine „dreckige, feige und mörderische Tat“, die wohl „kein Brite, der dieses Namens würdig ist, vergeben würde“ – ganz gleich, welcher Partei er angehöre.⁴⁴ Legitime Gewalt musste sich in Großbritannien in Grenzen halten, um zum „Spiel“ dazuzugehören.

Gegenüber Fäusten und Flaschen in Großbritannien lag das Eskalationspotential in den deutschen Auseinandersetzungen deutlich höher. Gewalttaten reichten hier häufig weiter, weil weniger Hemmungen bestanden: Die Kontrahenten waren öfter und besser bewaffnet als in Großbritannien, womit sich auch kleine Pöbeleien schnell zu Messerstechereien oder gar Schießereien zuspitzten. Das lag nicht unbedingt daran, dass die politische Feindschaft sich um 1930 allgemein zur Mordabsicht gesteigert hätte – auszuschließen war diese zumal bei den Extremisten links und rechts aber nie. Damit wurde die Möglichkeit gravierender Verletzungen bis hin zur Gefahr für das eigene Leben etwas, das viele Aktivisten einzuplanen lernten. Es schien ratsam, sich für Aktivitäten wie das Verteilen von Flugblättern oder das Kleben von Plakaten vorsichtshalber zu bewaffnen. Zudem empfahl es sich, Sicherheit in zahlenmäßiger Überlegenheit zu suchen und in großen Gruppen vorzugehen oder Verstärkung in Reserve zu halten, die schnell mobilisiert werden konnte. Das erforderte eine gründliche Planung, die in geradezu militärisch anmutender Organisation mündete: So setzten Aktivisten schon einmal Fahrradfahrer ein, um, einer Vorhut oder

⁴⁴ Britisher, An Election-Night Assault, YTS, 1. 11. 1924 („If it had been a fist and a few teeth out, well, it's all in the game, but a dirty, cowardly, murderous action of this kind is one which no man worthy of the name of Britisher would forgive“, „probably disfigured him for life“).

Kundschaftern gleich, eine angepeilte Zielgegend auszuspähen und bei Feindsichtung Alarm zu geben.⁴⁵

Die deutschen Wahlkämpfer fanden sich in dem, was manche Gewalt- und Sicherheitsforscher eine „Hobbes’sche Falle“ nennen:⁴⁶ Ihr fundamentales Misstrauen über die Absichten der politischen Gegner führte zu Planungen und Kalkulationen, die zur Entgrenzung der Gewalt noch beitrugen. Nicht nur drohten damit einzelne Gewaltakte für sich an Ort und Stelle auszuufern. Sowie eine Auseinandersetzung ihr vorläufiges Ende gefunden hatte, warf eine mögliche Vergeltungsaktion ihren Schatten voraus – wozu sonst stand eine Truppe zum Schutz bereit, wenn man sie nicht auch einsetzen würde? Einzelne Kämpfe blieben damit nicht wie in Großbritannien isolierte Ereignisse für sich. Sie neigten stattdessen dazu, als eine länger gezogene Auseinandersetzung aus geplantem Angriff und Gegenschlag auf längere Dauer gestellt zu werden. Darum war es in Deutschland keine Seltenheit, dass man nach einer verlorenen Schlacht mit zusammengetrommelter Verstärkung zurückkehrte oder den Feinden, vor denen man zunächst den Rückzug hatte antreten müssen, zu späterer Zeit noch einmal auflauerte.⁴⁷ So zogen auch Rachedgedanken sowie eine gewisse Hinterhältigkeit in die körperliche Auseinandersetzung ein, die den situativen britischen Prügeleien fremd waren.

Gegenüber den Vorkommnissen in Deutschland blieben körperliche Auseinandersetzungen in Großbritannien so traditionell deutlich enger eingegrenzt. Im Gegenteil zur Weimarer Republik fußten sie nicht in der Annahme potenzieller massiver Überwältigung durch einen organisierten Gegner, gegen die Vorsorge getroffen werden musste. Die übliche Gewalt spielte sich stattdessen in einem Rahmen mit einem absehbaren Ende ab, der keine allzu schlimmen Entgleisungen befürchten ließ – wie auch bei den Störungen der Wahlversammlungen hing die Legitimität des Gewalteinsatzes in Großbritannien stark von ihrem Ausmaß ab. Letztlich waren damit hier wie da die Rahmungen entscheidend dafür, inwiefern und in welchem Ausmaß Gewalt als ein üblicher Teil der „normalen“ Politik gel-

⁴⁵ Dieses Beispiel: Häberlen, *Vertrauen* (2013), 51; vgl. Wirsching, *Weltkrieg* (1999), 592.

⁴⁶ Pinker, *Better Angels* (2011), 34.

⁴⁷ So: Ausschreitungen gegen Teilnehmer einer Zentrumsversammlung, Juni 1932; Tätliche Auseinandersetzung am Wahltag, Juli 1932, beide LAsp, J 44/572 und 460.

ten konnte und ab wann sie in der Krise zu einer Bedrohung der Ordnung wurde.

Darum hing der Ausgang der Auseinandersetzung nicht allein an den Vorfällen der Gewalt für sich, sondern vor allem an ihrer Behandlung in der Öffentlichkeit. Und diese neigte in Deutschland dazu, die alltäglichen Übergriffe zu einem düsteren Panorama des Verlusts jeglicher Ordnung zu verdichten. In der Krise gab das dem Streit in der Weimarer Republik eine völlig andere Dramatik als den britischen Auseinandersetzungen.

Krieg in den Köpfen

Über die Vorkommnisse vor Ort verstärkte in Deutschland die mediale Öffentlichkeit den Eindruck, der von einzelnen Handgreiflichkeiten ausging, indem sie diese in das Panorama einer Gesellschaft einfügte, die ins Chaos zu versinken drohte. Insbesondere im Sommer 1932 war die Presse voll von Berichten über gravierende Ausschreitungen und bewaffnete Überfälle auf politische Feinde, die aus der gesamten Republik zusammengetragen wurden. Diese waren in der Tat „erschreckend“, wie eine Münsteraner Lokalzeitung zwischen Einzelberichten während der Kampagne im Juli resümierte: Allein am Sonntag, den 10. Juli, forderte der Wahlkampf nach der abgedruckten „Blutbilanz“ im Reich 17 Tote und 191 Verwundete. Nur eine Woche später kostete allein die Schießerei in Altona, die als „Blutsonntag“ Berühmtheit erlangte, ebenso viele Menschen das Leben – selbstredend dominierte die Berichterstattung hierüber die Aufmachung der Presse überall.⁴⁸ Auch an Orten, wo die politische Gewalt einen deutlich maßvolleren Umfang annahm, vermischten sich solche dramatischen Ereignisse mit den örtlichen Geschehnissen zu einem Klima der Gefährdung und Unsicherheit.⁴⁹

Ein Kennzeichen dieser Stimmung war die Verwischung von Verantwortlichkeit. Die historische Forschung hat als Verursacher der Gewaltspirale Kommunisten und Nationalsozialisten ausgemacht⁵⁰ – zeitgenössisch

⁴⁸ Gegen die Wahlkampf-Entartung, MA, 13. 7. 1932; Entfesselter Bürgerkrieg, MA, 18. 7. 1932; Rotmord-Schlacht in Altona, NSZ, 18. 7. 1932.

⁴⁹ Auch für das Folgende: Fulda, *Press and Politics* (2009), Kap. 6; vgl. Blasius, *Weimars Ende* (2006).

⁵⁰ Reichardt, *Kampfbünde* (2002), 64–69; Wirsching, *Weltkrieg* (1999), 575–610.

aber war das keineswegs einfach zu erkennen. Selbst in der Eskalation der politischen Konflikte zur tödlichen Gewalt nämlich hielt die deutsche Presselandschaft ihre Ausrichtung an parteipolitischen Loyalitäten aufrecht, und die Schuldzuweisungen verteilte sie entsprechend. Tatsächlich verstärkte sich die Fragmentierung und Polarisierung der Meinungen in den deutschen Zeitungen um 1930 noch. Dazu drängte nicht nur die lautstarke, politisch aktive Leserschaft. Im schlechten Abschneiden der bürgerlichen Parteien bei der Herbstwahl sahen zudem viele Zeitgenossen eine Bestätigung für die Minderwertigkeit liberaler Zeitungen, die zu viel parteipolitische Zurückhaltung pflegten oder sich gar in Neutralität probierten. Es schien offensichtlich, dass sich dieser Standpunkt nicht auszahle und eine stramme weltanschauliche Linie umso mehr gefordert sei – die Nationalsozialisten waren nur allzu bereit, diesem Muster zu folgen.⁵¹

Entsprechend hing von der konsumierten Zeitung ab, wer für die täglichen Gewaltexzesse verantwortlich gemacht wurde. Auf der Linken beschuldigte man die Nationalsozialisten, in bürgerlichen Blättern wurden zumeist Kommunisten oder Angehörige des Reichsbanners als Täter identifiziert. Die republikanische Schutztruppe fand sich damit auf dieselbe Stufe gestellt wie die nationalsozialistische Parteiarmee – im uniformierten Auftreten unterschieden sich beide freilich auch nicht markant voneinander. Entsprechende Darstellungen reichten weit in die gemäßigte Mitte hinein: Auch in einer Zentrumszeitung wie dem *Münsterischen Anzeiger* machte die Berichterstattung für den Großteil der Bluttaten die Linken als Verursacher aus. Alternativ wurden vage Formulierungen verwendet, die keine eindeutige Zuordnung der Rollen zuließen, damit aber zumindest Zweifel über die Absichten des Reichsbanners förderten.⁵² Die Nationalsozialisten selbst taten ein Übriges, ihre Verantwortlichkeit zu verschleiern. Hysterisch beschworen sie tagtäglich die Gefahr von „Rotmordbanden“ und einer „schwarzen Mordpest“ auf Deutschlands Straßen, die angeblich zahllose Überfälle auf brave Nationalsozialisten verübten.⁵³

⁵¹ Presse und Wahl, NPL, 17. 9. 1930; Heiteres aus der Wahl-Bewegung, PP, 6. 9. 1930; Nationalsozialisten! NSZ, 15. 3. 1932.

⁵² Im Juli 1932 sind mir als einzige Ausnahmen für dieses Muster aufgefallen: Ein Reichsbannermann erschossen ein Nationalsozialist schwer verletzt, MA, 29. 7. 1932; Die Nazi-Ueberfälle in Neuhaus, MA, 2. 8. 1932.

⁵³ Etwa: Immer wieder Rotmord, E, 16. 8. 1930; Bolschewistischer Straßenterror der Schwarzen, E, 23. 8. 1930; Bürgerkrieg in Roxheim, NSZ, 10. 3. 1932; Schwarzroter

In Gegenden und Ortschaften, die sich gemeinschaftlich der NSDAP verschrieben, drangen gegenteilige Darstellungen ohnehin nicht mehr vor. Aber auch anderswo wirkte die heftige Agitation der Nationalsozialisten zu ihren Gunsten, indem sie zum Klima der Unsicherheit beisteuerte. Man musste sich zwar nicht restlos von den Schreckgeschichten überzeugen lassen – zumindest aber säten sie Zweifel. Wem konnte man schließlich glauben, wenn jede Partei ihre eigene Wahrheit vertrat und den anderen Lug, Betrug und Schlimmeres vorwarf? Den Gegnern misstraute man fundamental, und so verwischte mit den Unterschieden zwischen Roten, Schwarzen und Braunen auch die Möglichkeit, Grenzen zwischen den Extremen und den Gemäßigten zu ziehen.

Im Verbund mit der Berichterstattung aus den anderen Lagern gelang es der NSDAP so, mit Provokationen, gewalttätigen Übergriffen und einer ins Hysterische gesteigerten Dramatisierung der Vorkommnisse das Schreckgespenst eines Bürgerkriegs im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Das entsprach einer gezielten Eskalationsstrategie, die der NS-Bewegung selbst nützte: Diese agierte einer Bürgerkriegspartei gleich, welche die Macht mit allen Mitteln zu erlangen versuchte. Auf fruchtbaren Boden konnte ihre Strategie fallen, weil sie letzten Endes das breitere Verständnis der politischen Auseinandersetzung als eines kriegerischen Waffengangs konsequent auf die Spitze trieb. Der Konflikt war in Deutschland schließlich stets in ernsten Tönen gezeichnet worden, welche die dramatischen Konsequenzen eines gegnerischen Sieges beschworen – jeder Partei ging es für ihre Anhängerschaft schon immer um alles oder nichts. So musste nur gezeigt werden, dass die Krise sich zu einem Bürgerkrieg ausgewachsen hatte, in dem der nationalsozialistische Einsatz sich nicht von dem der anderen unterschied, weil alle bereitwillig zur Gewalt griffen.

Und diese Vorstellung reichte tief: An einzelnen Orten schien es gar, als könne die nervöse Stimmung jederzeit in einen tatsächlichen Bürgerkrieg umschlagen. Bekannt sind die Pläne der Nationalsozialisten für einen Einsatz der SA zur Übernahme der Macht, die im Umfeld der Präsidentschaftswahl von 1932 durch die deutsche Öffentlichkeit gingen und zu

Bürgerkrieg in der Pfalz, NSZ, 7. 7. 1932; Die schwarze Mordpest in der Pfalz, NSZ, 13. 7. 1932. Vgl. Schumann, Politische Gewalt (2001), 338–349; Fulda, Press and Politics (2009), 134–136.

einem zeitweiligen Verbot der Truppe führten. Vor Ort zeigten sich solche Planspiele im März und April, wie auch wieder im Juli und August des Jahres, im gleichsam militärischen Zusammenzug von NS-Aktivisten an strategischen Orten. So sammelten sich im pfälzischen Bezirk Frankenthal am Wahltag im Juli 1932 etwa 250 Nationalsozialisten in Freinsheim, weitere 200 SA- und SS-Leute kamen im wenige Kilometer entfernten Gerolsheim zusammen. Ein Stückchen weiter nördlich, in Laumersheim, richtete die Ortsgruppe der NSDAP direkt nach der Wahl über mehrere Tage eine durchgehende Wache von sechs Mann ein, die im Ort in Alarmbereitschaft stand, während weitere sechs Sturmleute in Gruppen zu zwei die Umgebung patrouillierten. Hier wie da fürchtete man ein Losstürmen der Linken, gegen welche die Orte verteidigt werden sollten. So lautete jedenfalls die offizielle Erklärung der Aktivisten für ihr Tun – und dass die Beteiligten selbst dem Schreckgespenst Glauben schenkten, ist kaum auszuschließen. Umgekehrt zeigte man sich in benachbarten sozialdemokratischen Dörfern besorgt: In der Befürchtung eines Überfalls zum Sturz seiner „Linksregierung“ rief der SPD-Bürgermeister von Heßheim im Bezirksamt an, um Schutz anzufordern – sonst müsse er die Bürgerschaft „zur Verteidigung aufrufen“.⁵⁴

Letzten Endes eskalierten die Vorkommnisse hier nicht – nach Intervention der Gendarmerie konnten die Zusammenrottungen und die Wachen wieder aufgelöst werden. Insofern wäre es wohl nicht richtig, von einem echten Bürgerkrieg zu sprechen, der auf Deutschlands Straßen tobte. In den Köpfen vieler Deutscher aber war dieser Bürgerkrieg längst in vollem Gange, und nach seiner Logik handelten sie. Nicht so in Großbritannien, wo man ganz andere Annahmen über die Natur der Auseinandersetzung teilte. An diesen stießen sich die Versuche der Faschisten, hier eine ähnliche Gewaltspirale in Gang zu setzen.

„Englische Demokratie“

Auch in Großbritannien unternahmen die Rechten alles, die Gefahr des Kommunismus aufzubauschen, um sich selbst als einzig verlässliche Ver-

⁵⁴ Tätigkeit der NSDAP, SA und SS, 1925–1933, LAsp, H 33/201, hier 119–126, Zitat 119; Schaupp, Radikalisierung (2010), 131–134; Winkler, Weimar (2005), 449–455.

teidiger in einem möglichen Bürgerkrieg zu positionieren. Die Eskalationslogik entsprach ganz der in Deutschland – aber in Großbritannien verding sie nicht.⁵⁵ Dabei waren die britischen Faschisten noch vergleichsweise defensiver aufgestellt; in der Tat wurden sie häufiger Opfer gewalttätiger Übergriffe, statt sich wie in Deutschland in hohem Maße als deren Verursacher hervorzutun.⁵⁶ Umso bemerkenswerter ist im Vergleich mit der Weimarer Republik, dass die Beschwörung der roten Gefahr in Großbritannien kaum Widerhall fand, und dass hier stattdessen die Faschisten selbst in die Defensive gerieten.

Dazu kam es, weil ihr Auftreten und ihr Anspruch als etwas wahrgenommen wurden, das sich außerhalb des Rahmens der legitimen politischen Auseinandersetzung bewegte. Zwar galt in Großbritannien, mehr als in Deutschland, ein gewisses Maß an demonstrativen Stärkebekundungen und auch Gewalt lange Zeit als ein akzeptierter Teil des politischen Streits. Aber dafür musste sie sich in bestimmten Grenzen halten – und diese sprengten die Interventionen der britischen Faschisten. Das Bild militärischen Auftretens und kalkulierten Gewalteinsetzes in einer bürgerkriegsartigen Auseinandersetzung; die rabiaten Kämpfe zwischen Faschisten und Antifaschisten in den Straßen – die in vereinzelten Zwischenfällen auch britische Nachbarschaften erschütterten –; all das überschritt die Grenzen eines Spiels mit einem gewissen Unterhaltungswert, als das die Auseinandersetzung funktionieren sollte. Der Fehler in der Strategie der britischen Faschisten lag so darin, dass sie politische Parteinahme, den Streit als Kampf und den Gewalteinsetz dafür ernster nahmen als der Rest der Gesellschaft – zu ernst.

Entsprechend zeigte sich die parteiunabhängige Öffentlichkeit einigermaßen unbeeindruckt von den roten Schreckgespenstern und skeptisch gegenüber den Behauptungen der Faschisten. Die Presseöffentlichkeit hatte sich in den 1920er Jahren zu einer Vertreterin der Gesellschaft gegenüber der Politik insgesamt gemacht. Das hieß, eine Position als Hüterin über die politischen Sitten einzunehmen, an denen alle ein geteiltes Interesse haben mussten – die Spielregeln besaßen so einen hohen Wert. Aus dieser Perspektive erschienen selbst kleine Schritte auf die Faschisten zu als

⁵⁵ Worley, Mosley (2010), 122 f.

⁵⁶ Cullen, Political Violence (1993); Tilles, Bullies (2006).

gefährlich. Zwar pflegte niemand kommunistische Sympathien. Die möglichen Konsequenzen einer Eskalation der Auseinandersetzung zwischen Rechten und Linken aber, wenn man auch nur einer der Seiten zu viel Geltung gab, waren aus der Distanz politischer Unabhängigkeit deutlich zu sehen. Schließlich führte der Blick auf den Kontinent und insbesondere die Entwicklung in Deutschland plastisch vor Augen, was auf dem Spiel stand.

Das hatte Konsequenzen für den Stil der Auseinandersetzung: Die Toleranz für radauhaftes Benehmen in der politischen Arena, die bereits in den 1920er Jahren im Schwinden begriffen war, sank nun auf null. Sorgen darum, dass typische Taktiken der Vorkriegszeit, wie organisiertes Niederbrüllen und Versammlungssprengungen, einer Demokratie nicht mehr angemessen bis gefährlich seien, gewannen angesichts der Straßenkämpfe und Saalschlachten in der Weimarer Republik eine kaum zu verleugnende Plausibilität. Immer deutlicher wurde, dass die Tyrannei des Mobs in den Versammlungen einem „Nährboden für Gewalt“ gleichkam, auf dem eine Diktatur gedeihen könne.⁵⁷

In den 1920er Jahren waren mit solchen Verhaltensweisen vor allem die Extremisten der Linken identifiziert worden, denen man eine Steuerung aus Moskau vorwarf. Nun kamen die Faschisten hinzu, die durch ausländisch anmutende Uniformen und militärische Sitten von sich reden machten. Der Politik der Störungen in den öffentlichen Versammlungen verlieh das zusätzlich das Stigma der Fremdheit: Es wollte damit nicht mehr zum Nationalcharakter der Engländer passen, die Auseinandersetzung in solchen Formen zu suchen. Damit konnte in den 1930er Jahren ein Mythos von Demokratie und der Redefreiheit, die sie brauchte und garantierte, als ein Wesenskern der „Englishness“ – als Nationalcharakter aller Briten – an Popularität gewinnen. Insofern war es gerade der Erfolg der Nationalsozialisten in Deutschland, der ihren Cousins in Großbritannien – wie anderswo – die Chancen verhagelte.⁵⁸ Es ist nicht ohne eine gewisse Ironie, dass die Entwicklung der Erwartungen an den politischen Streit damit in Großbritannien in einer paradoxen Umwertung mündete:

57 Free Speech, SDI, 9. 11. 1935 („mob tyranny“, „forcing-beds of violence“); vgl. Rowdy Eve-of-poll Scenes in Sheffield, SDI, 14. 11. 1935.

58 Coupland, *Black Shirt* (2004), 106–108; Bussfeld, „Democracy“ (2001); vgl. Mennen, *Selbstinszenierung* (2013), 355 f.

Die handfeste Behauptung der eigenen Parteinahme, die noch vor dem Krieg als Ausweis englischer Mannhaftigkeit gegolten hatte, wurde nun als der englischen Natur fremd verschrien.

Schließlich blieb auch die politische Führung in Großbritannien auf das Spiel verpflichtet: Die urenglische Demokratie wurde in der Zuspitzung der Alternativen, welche die Krisensituation mit sich brachte, zu einem Gut, das es selbstverständlich zu schützen galt. Die Spielregeln der parlamentarischen Tradition hatten so als Selbstzweck in Großbritannien eine höhere Priorität als die Machtfrage. Nicht so in Deutschland: Im Krieg der politischen Auseinandersetzung waren alle Mittel recht; es zählte nur der Sieg, ganz gleich, wie man ihn erreichte. Daher rührte die Tolerierung bis hin zur aktiven Unterstützung der nationalsozialistischen Umtriebe seitens konservativer Nationalisten an der Spitze des Staates. Das politische Spiel um des Spieles willen galt ihnen nichts; sie kalkultierten auf einen endgültigen Sieg über die verhassten Roten. Den sollten sie auch erringen – nicht jedoch ohne sich mit ihren Spekulationen auf die Macht gründlich zu verrechnen. Denn auf die Gestaltung der innenpolitischen Nachkriegsordnung sollten sie keinen Einfluss mehr nehmen können.

Reflexionen

Die britischen Reaktionen auf die politischen Entwicklungen auf dem Kontinent waren Teil eines breiteren Trends. Die Herausforderung der demokratischen Ordnung in der Wirtschaftskrise löste in ganz Europa um 1930 intensive Debatten um Demokratie und Diktatur aus, die von den Beobachtungen der Geschehnisse in anderen Ländern zehrte. Der Verlauf und Reaktionen auf die Krise sowie die Konsequenzen für die politische und gesellschaftliche Ordnung hingen damit in den verschiedenen Ländern Europas in hohem Maße voneinander ab. Die Beobachtung von Entwicklungen in der Fremde führte nämlich zu intensiven Reflexionen darüber, was das Eigene ausmachte.⁵⁹

In Großbritannien stach die Zeit um 1930 dabei vielleicht weniger als eine deutliche Zäsur hervor denn in Deutschland.⁶⁰ Anders als in der

⁵⁹ Müller/Tooze, *Demokratie* (2015); Kurunmäki/Strang (Hrsg.), *Rhetorics* (2010).

⁶⁰ Siehe aber: Mandler, *National Character* (2006), 176 f.

Weimarer Republik war die Selbstbeobachtung des politischen Streits hier schließlich bereits über die gesamte Zwischenkriegszeit in hohem Maße in der Einrichtung der Wahlagenten und ihren Organisationen institutionalisiert gewesen. Insbesondere war deren Selbstbeobachtung schon traditionell auf lange Zeiträume und eine große Kontinuität angelegt – das entsprach dem eher fließenden Übergang des Wahlsystems von der Vorkriegszeit in die Demokratie gegenüber dem Bruch des Kriegsendes in Deutschland. Einzelne Agenten, wie der Konservative J. A. Pitman, konnten Mitte der 1920er Jahre ihren jüngeren Kollegen bereits aus über 50 Jahren Erfahrung berichten – Pitman hatte seit 1868 Wahlkämpfe organisiert –, die auch angesichts der Ähnlichkeit des Wahlsystems nach 1918 noch Relevanz versprachen. Wahlhandbücher argumentierten ähnlich aus der Rückschau auf die Sitten der Vorkriegszeit, um Schlüsse für die Wahlstrategie der Gegenwart zu ziehen.⁶¹ Die Wahlkämpfe der Zwischenkriegszeit stellte das ans Ende einer langen Kontinuität.

Auch über die engen Kreise der Politprofis hinaus beschäftigte man sich in Großbritannien immer wieder mit dem eigenen Erbe. Anlässlich aktueller Parlamentswahlen erinnerten Zeitungen an die Zeit vor dem Weltkrieg; populäre Literatur thematisierte die neue Massendemokratie und ihre Unwägbarkeiten gegenüber der Wahlkultur des frühen 19. Jahrhunderts; humoristische Veröffentlichungen über Wahlen und das Leben im Parlament griffen – nicht ohne Lust an der Übertreibung – die immer gleichen Episoden über die Rauflustigkeit, die Trunkenheit und die Korruption zurückliegender Zeiten auf. Rohe Bräuche, übertriebener Parteifanatismus und Gewalttätigkeit wurden damit ins Reich der Folklore überführt, die ihrerseits bereits auf eine längere Tradition zurückblicken konnte: Schon vor dem Krieg hatten Zeitgenossen derart auf „früher einmal“ zurückgeblickt.⁶² Die erzählten Geschichten neigten dabei zur Mythisierung der Vergangenheit: Man blickte auf die Wahlkultur der Vorkriegszeit wie auf

⁶¹ Fawcett, *Conservative Agent* (1967), 38; Cambray, *Game of Politics* (1932); vgl. *The Representation of the People*, LA, Jan 1925, 57–64.

⁶² Etwa: *Pictures of the Past*: No. 268, CC, 29. 5. 1929; *Elections of the Past*, CC, 22. 3. 1922; Mottram, *Boroughmonger* (1929); Aye, *Humour* (1931); MacDonagh, *Pageant of Parliament* (1921), 23–32, 53–60; Grego, *Parliamentary Elections* (1886), („in the Old Days“); vgl. Lawrence, *Labour Myths* (2000), 344–346; in der Gegenwart der Zwischenkriegszeit angesiedelt: Cruikshank, *Double Quest* (1936).

alte Sitten, die in einer vergangenen Ära vielleicht üblich gewesen seien, die man nun aber überwunden habe – den Rückfall in solche Verhältnisse ließ dieser Blick als unwahrscheinlich, die Demokratie der Gegenwart als alternativlos erscheinen.

In Deutschland lagen Vergangenheitsbezüge in der Beobachtung der Wahlkämpfe deutlich weniger im Blut. Das verwundert kaum: Anders als in Großbritannien hatten das Ende des Weltkriegs und die Abschaffung der Monarchie einen massiven Einschnitt markiert, der das Wahlsystem fundamental änderte. Da die Bedingungen für die öffentliche Auseinandersetzung sich damit stark gewandelt hatten, boten sich routinierte Vergleiche und Rückgriffe auf die Vorkriegszeit nicht in derselben Form an. Hinzu kam die geringere Institutionalisierung, mit der selbst die Strategen im Betrieb die Methoden und damit den Stil der Auseinandersetzung reflektierten. So brauchte es eine gewisse Zeit der Gewöhnung an die neuen Verhältnisse, bis diese in ihren Eigenheiten deutlicher greifbar wurden. Dass deutsche Parteien um 1930 interne Medien gründeten oder vorhandene Zeitschriften neu aufstellten, um Diskussionen über das Wie der politischen Auseinandersetzung anzustoßen und zu intensivieren, war dafür ein Anzeichen.

Nun nahm die Bedeutung von Rückblicken auf das Kaiserreich zu – insbesondere weil eine Debatte über das Wahlrecht aufflammte, die Argumente aus augenscheinlichen Kontrasten zur Vorkriegszeit gewann. Die Eskalation der öffentlichen Auseinandersetzung und die Zunahme der Gewalttätigkeit stellte die Frage in den Raum, ob nicht die Einführung der Verhältniswahl zu einer Verschärfung der Konflikte beigetragen habe. In dieser rhetorischen Frage versteckte sich eine tragische Ironie: Im Kaiserreich hatte nämlich ausgerechnet die Hoffnung auf eine *Beruhigung* der Wahlkämpfe ein zentrales Motiv für die Einführung des Verhältniswahlrechts abgegeben. Man hatte kalkuliert, dass eine Verteilung von Mandaten nach Proporz den Wettbewerb verringern und damit für eine Entschärfung der persönlichen Konfrontationen zwischen den Kandidaten sorgen würde. Zudem würde ein Verhältniswahlsystem die Stichwahlen abschaffen, in denen viele Zeitgenossen ein hohes Konfliktpotential sahen – der Zwang zu unwürdigen Bündnisse zwischen Parteien, die sich zuvor

befehdet hätten, hatte stets einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen.⁶³ Das Listenwahlrecht sollte also dazu beitragen, ungeliebte Konflikte in der Öffentlichkeit zu verkleinern, indem es eine Trennung der Streithähne voneinander erleichterte.

Unmittelbar nach dem Krieg schien es genau diesen Zweck auch zu erfüllen – zumindest glaubten das die Wahlkommissare, die im staatlichen Auftrag den Wahlkampf zur Nationalversammlung auswerteten. Diese waren sich weitgehend einig, dass der Streit einiges an Schärfe verloren habe. Gerade die erhoffte Wirkung eines Wegfalls persönlicher Verunglimpfungen zugunsten größerer Sachlichkeit sei in „vollem Umfang eingetreten“, meinte ein Gutachter. Ein anderer argumentierte, die Gehässigkeit habe insgesamt abgenommen, weil die „unnatürlichen“ Wahlbündnisse der Vorkriegszeit nicht mehr nötig seien.⁶⁴ Dass es sich hierbei um einen kurzfristigen Effekt handeln sollte, der mehr der Unsicherheit sowie der Aufbruchsstimmung in den Wochen unmittelbar nach Kriegsende geschuldet war, erahnte zu dieser Zeit kaum jemand.

Langfristig nämlich beförderte das neue Wahlrecht genau gegenteilige Entwicklungen. Zumindest zeigten sich die Beobachter etwa zehn Jahre und fünf Reichstagswahlen später nicht minder überzeugt, dass der Streit in der Republik eine Giftigkeit angenommen habe, die ihm zuvor fremd gewesen sei. In einem gewissen Gegensatz zur britischen Perspektive erschien damit in Deutschland die Vergangenheit als die heilere Wahlkampfwelt, von der man sich, in kurzsichtiger Erwartung einer besseren Zukunft, törichterweise entfernt hatte. Sicher, auch damals habe man sich heftig gestritten – aber gerade diejenigen, die ihre politische Karriere bereits im Kaiserreich begonnen hatten, schwelgten nun in Erinnerungen: Vor dem Krieg habe man aufrichtiger, mit Witz und Geist und Schlagfertigkeit, mit einem gewissen Augenzwinkern und mit ehrlicher Anerkennung für den Gegner gekämpft. Dass sich nun keine Personen, sondern nur noch Parteien gegenüberständen, habe nach dem Weltkrieg dagegen Verleumdungen und einer gewissenlosen Hetze Tür und Tor geöffnet. Hemmungen, die es einem Gegenüber aus Fleisch und Blut in einem eng umgrenzten Wahlkreis gab, musste man gegenüber der falschen

⁶³ Gawatz, *Wahlkämpfe* (2001), 49.

⁶⁴ Berichte der Wahlkommissare, 1919, BAArch, R 1501/114494, Zitate 24 (Berlin), 44 f. (Breslau).

Weltanschauung der anderen nicht zeigen, und so habe sich Gegnerschaft zu Feindschaft vertieft.⁶⁵

Die Trennung der Kontrahenten voneinander, die das Verhältniswahlrecht für eine Befriedung der Leidenschaften erzielen sollte, hatte längerfristig eine gegenteilige Wirkung. Dass in der Öffentlichkeit der Wahlkampfarena – abgesehen von den Präsidentschaftswahlen – auch für Bündnisse keine Notwendigkeit mehr bestand, erlaubte eine noch striktere Abschottung der Gegner voneinander. Die politischen Gräben, die sich durch die Gesellschaft des späten Kaiserreichs zogen, vertiefte und verbreiterte das langfristig weiter. Schmerzlich wurde das vielen Beteiligten angesichts der nationalsozialistischen Erfolge um 1930 bewusst. Ein Bündnis gegen die NSDAP nämlich, das machte der Zusammenbruch der bürgerlichen Parteien deutlich, hätte auf breite Unterstützung jenseits der typischen Parteianhängerschaft aufbauen müssen, um das hinterlassene Vakuum zu füllen. Doch wie konnte man in der polarisierten Nachkriegsgesellschaft die Brücken bauen, die dafür nötig waren?

Am ehesten war diese Leistung von der Zentrumsparterie zu erwarten, die schließlich schon seit langer Zeit Bürger und Arbeiter zu vereinen vermochten – allerdings nur unter den Katholiken. Noch einmal verstärkte die Partei darum ab 1930 ihre Bemühungen um die protestantische Wählerschaft. Da sie allerdings zugleich der klassischen Verteidigung katholischer Interessen treu blieb, machten auch die wahlkämpfenden Zentrums Politiker selbst sich wenig Hoffnung, dass diese Strategie Erfolg haben könne. Die Selbstverständlichkeiten parteipolitischer Loyalität, die sich über Jahrzehnte eingeschliffen hatten, ließen sich nicht von heute auf morgen über den Haufen werfen, wie nun mehr als deutlich wurde. Einigermassen resignierend verkündete so Heinrich Brüning auf seiner Wahlkampfreise im Juli 1932, das Zentrum werde unbeirrt seinen Pfad weiter gehen – und es würde begrüßen, wenn parallel zu ihm „eine gleiche Partei marschieren würde mit der gleichen Haltung innerer Verantwortung, und wenn diese Partei eine *protestantische* wäre“.⁶⁶ Eine dritte Partei

65 Etwa: DVP, Vertrauliche Informationen des Fünfer-Kreises, BArch, R 45 II/34, 248–255; Severing, *Lebensweg* (1950), I, 146–148, 184, 236, II, 52–54; Tecklenburg, *Persönwahl* (1931); vgl. Anderson, *Democracy* (2000), 434 f.

66 „Um unser aller Freiheit“, NPL 19. 7. 1932 (Zitat, Hervorhebung im Original); dazu: Paul Rohrbach, *Protestanten, wählt Zentrum!* MA, 29. 6. 1930; als Flugblatt (Juli 1932):

musste her – die allerdings nie zustande kam –, weil die Öffnung zur Volkspartei, die Zentrum und SPD immer wieder halbherzig versucht, aber nie konsequent verfolgt hatten, in der Kürze der verbleibenden Zeit nicht zu leisten war. Die festgefahrenen Repräsentationsverhältnisse blockierten eine Umorientierung.

Eine Möglichkeit zu ihrer Öffnung hatte es indes gegeben, vor allem unmittelbar nach dem Weltkrieg, etwas über ein Jahrzehnt zuvor. Die Etablierung der Demokratie und die Umfirmierung einiger der alten Parteien bedeutete einen Umbruch und einen kurzen Moment der Neuorientierung, wie das Erscheinen einer Reihe von Ratgebern zur Wahl der Nationalversammlung und des ersten Reichstags zeigte. Diese boten den Deutschen Hilfestellung, sich in der neuen Situation zurechtzufinden, indem sie Erläuterungen zum Aufbau des neuen Wahlsystems mit praktischen Hinweisen zum Ablauf des neuen Wahlverfahrens verbanden; darüber hinaus boten sie als Wegweiser überblicksartige Darstellungen zu den unterschiedlichen Parteien und ihren Programmen. Damit zeigten sie zugleich Wege für eine Neuausrichtung des traditionellen Verhältnisses der Parteien zur Wählerschaft auf.

Von Kommunisten bis zu Deutschnationalen konnte man sich in den unterschiedlichen Büchern und Heften eine Übersicht verschaffen – aus neutraler Perspektive und in kritischer Distanz. So hieß es in einem der Ratgeber, dass man sich allein auf die veröffentlichten Aufrufe der einzelnen Parteien „nicht zu sehr“ verlassen dürfe, denn vieles darin sei „bloßes Lippenbekenntnis zu Zwecken des Wählerfanges“ – schöne Worte zur Verhüllung knallharter Interessen. Eine gründliche Prüfung der geschichtlichen Hintergründe der Parteien wie aller Programmpunkte sei darum geboten, um diese sodann mit den eigenen Standpunkten zu vergleichen. „[V]olle Befriedigung“ werde man dabei wohl bei keiner der Parteien finden, aber zumindest könne man so diejenige herausfinden, die den persönlichen Überzeugungen am nächsten käme.

Die Schrift gab dafür ausführliche Übersichten zu den einzelnen Parteien, die am Ende eine Tabelle zusammenfasste. Als selbstverständlich

StALu, Ds 588/18; N 2/171, 22–25; zur Wirkung: DVP, Wahlkreisverband Westfalen-Nord an Reichsgeschäftsstelle, 19. 7. 1932, BArch, R 45 II/117, 16, 19; vgl. Wir laden unsere evangelischen Volksgenossen ein, NPL, 28. 7. 1932; Was geht die Kirche die Politik an?; Warum Brüning? NPL, 29. 7. 1932.

galten viele Gemeinsamkeiten: „Alle Parteien sind heute für Demokratie“, was das gleiche, allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter, persönliche und die Freiheit der Meinung sowie ein freies Versammlungsrecht betreffe. Darüber hinaus bestünden aber bedeutende programmatische Unterschiede: Für einzelne bedeutende Zeitfragen, wie den Standpunkt der Parteien zu Republik oder Monarchie und zu den Kolonien, zur Frage, wie das Heer in Zukunft aussehen, inwiefern Produktionsmittel sozialisiert und wie die Verwaltung organisiert werden sollten, zu all dem und anderem mehr konnten die Leser wie auf einer Checkliste das Angebot mit ihren eigenen politischen Überzeugungen abgleichen. Und tatsächlich erfreuten sich derartige Ratgeber offenbar – wenn auch nur kurzzeitig – einer großen Beliebtheit: Gleich mehrere Verlage spekulierten auf den geschäftlichen Erfolg entsprechender Büchlein; mindestens eins der Werke erreichte innerhalb kurzer Zeit drei Auflagen.⁶⁷

Hier zeigte sich, wie – und dass – man auch in Deutschland die Wählerschaft als unabhängige Bürger behandeln konnte, die frei zwischen den unterschiedlichen Optionen abwogen, statt sich von den Parteien zu einem Loyalitätsbekenntnis nötigen zu lassen. Der Weg dazu führte über den typisch deutschen Anspruch auf die Rationalität der Auseinandersetzung. Umfassendes Faktenwissen und sachliche Argumente, das legten die Ratgeber nahe, sollten von Wahl zu Wahl die Grundlage für die Entscheidung des Individuums für eine der Parteien bilden. Dass die Parteien selbst diesen Weg nach dem Umbruch nicht energischer weiter verfolgt, sondern stattdessen in hohem Maße auf die Kultivierung loyaler Anhängerschaften nach den Mustern der Vorkriegszeit gebaut hatten, musste in der Rückschau der frühen 1930er Jahre wie eine verpasste Chance erscheinen.

* * *

Die Abschaffung der Monarchie zum Kriegsende und die Etablierung einer Republik, deren parlamentarische Regierungen nach einem gänzlich anderen Wahlrecht als zuvor gewählt werden sollten, stellte an den An-

67 Eltzbacher, Parteien (1920), Zitate 6f.; Wie wähle ich? ([1918]); Bielfeldt, Wähler (1918/19); Die Parteien und ihre Programme (1920). Blaustein/Hillger, Wegweiser (1919), konnte auf zwei ähnliche Publikationen zu den letzten beiden Vorkriegswahlen zurückblicken.

fang der deutschen Demokratie grundlegende Veränderungen der Bedingungen, nach denen traditionell gestritten wurde. Diese Veränderungen blieben nicht ohne Konsequenzen für die Kultur des Streits – allerdings brauchte es erst eine Phase der Eingewöhnung, bis den Zeitgenossen das deutlich wurde. Ausgerechnet in diesem Moment wurde die Gesellschaft von einer Krise getroffen, die das politische System einer schwerwiegenden Belastungsprobe unterzog und damit ganz besonders offensichtlich werden ließ, welche Unerbittlichkeit die öffentliche Auseinandersetzung nach 1918 angenommen hatte.

Der Erfolg der Nationalsozialisten war das deutlichste Zeichen dafür. Ihr Aufstieg gründete auf der weitreichenden Unzufriedenheit mit der Interessenvertretung insbesondere durch die traditionellen bürgerlichen Parteien. Diese wiederum fußte auf einer hohen Erwartung an die Politik, Enttäuschung über ihre tatsächliche Leistungsfähigkeit sowie dem Gefühl, es mit einem System der Linken zu tun zu haben, dass diese im Chaos nach dem Krieg gegen die bürgerliche Gesellschaft durchzusetzen vermocht hatte. Um das Banner der Kritik an diesem System sammelte die NSDAP eine Koalition, die versprach, Milieugrenzen zu überschreiten und die zersplitterte Nation zu einen.

Tatsächlich versammelte sie als eine Massenpartei in einem Maße Anhänger verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, wie das zuvor keiner anderen deutschen Partei gelungen war. Das sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie dafür in hohem Grade die traditionellen Hierarchien und Zwänge für sich nutzte, denen die Bildung politischer Gefolgschaft in Deutschland noch immer unterlag. Insbesondere letzteres Moment trieben die Nationalsozialisten auf die Spitze: Sie drohten offen mit Gewalt und schreckten nicht vor ihrem Einsatz zurück, um Loyalität zu erzwingen sowie Feinde zum Schweigen zu bringen und von der Ergebnisfindung auszuschließen.

Einige von diesen antworteten ihrerseits mit Gewalt, und aus einer eskalierenden Spirale gegenseitiger Übergriffe erwuchs die Drohung eines offenen Bürgerkriegs. In einer Wahlkampfkultur, die traditionell von einem Sinn für die Ernsthaftigkeit und die Folgenschwere der Auseinandersetzung bestimmt war, wurde diese zunehmend handlungsleitend – nicht zuletzt, weil die Auffassung vom politischen Konflikt als Krieg mit anderen Mitteln die konservative Führung dazu verleitete, den Nationalso-

zialisten freie Hand zu lassen, um den gemeinsamen Feind auf der Linken auszuschalten. So wurde in Deutschland in der Krise von der Rechten die Einheit der Nation als eine schicksalsverbundene Volksgemeinschaft erzwungen.

Dagegen trat die britische Führungsschicht der faschistischen Herausforderung über Parteigrenzen hinweg geschlossen entgegen. Ohnehin war Mosleys Schwarzhemden nur eine vergleichsweise geringe Popularität beschieden: In der britischen Wahlkampfarena ließ sich Loyalität kaum erzwingen, weil die Freiheit des Wählers als Individuum eine zu hohe Selbstverständlichkeit besaß. Und auf dem Markt der Meinungen kamen die Phrasen über die Fehler des Systems, welche die Faschisten sich von ihren Cousins auf dem Kontinent borgten, nicht an – weil ohnehin nicht viel von der Politik erwartet wurde. Vor allem verstieß der faschistische Auftritt in Großbritannien gegen die Logik des Streits als eines begrenzten Wettkampfs, der im Geist der Sportlichkeit ausgetragen wurde: Die Ernsthaftigkeit, mit der Mosleys Leute sich anschickten, den politischen Kampf zu betreiben, wirkte gerade mit Blick auf die Geschehnisse in Deutschland und anderswo auf dem Kontinent bedrohlich. Sie machte deutlich, dass umgekehrt ein betontes Bekenntnis zur Demokratie als System unabdinglich wurde: Hierzu konnte man trotz anderweitiger politischer Differenzen gemeinschaftlich stehen.

Damit war es auch in Großbritannien ausgerechnet der Moment der Krise, der eine deutlichere Abschätzung und ein tieferes Verständnis der Veränderungen erlaubte, welche die politische Landschaft nach 1918 durchlaufen hatte. Veränderungen in der Wahlkampfkultur, wie das Schwinden demonstrativer Parteinahme und gewalttätiger Auseinandersetzungen, die noch vor 1914 als ein akzeptierter Teil des Streits gegolten hatten, verdichteten sich so zum Mythos einer friedfertigen Demokratie, die dem unaufgeregten und unpräntiösen Naturell der Engländer – und das meinte zu dieser Zeit noch alle Briten – entspräche. In diesem Sinne waren die Entwicklungen in Großbritannien, Deutschland und anderswo in Europa eng miteinander verknüpft. Wie beide Fälle für sich und in gesamteuropäischer Gemeinsamkeit damit zeigen, lagen eine Selbstvergewisserung zur Vertiefung des demokratischen Projekts und sein Scheitern in den 1930er Jahren dicht beieinander.

Schluss

Das Ende des Ersten Weltkriegs katapultierte Deutschland und Großbritannien in das Zeitalter der Massendemokratie. Eine nie dagewesene Zahl an Bürgern erhielt das Stimmrecht, darunter erstmals junge Männer und Frauen. Beide Gesellschaften stellte das vor ähnliche Herausforderungen und Unsicherheiten über die möglichen Veränderungen des politischen Prozesses. Wie musste man die Wählerschaft in ihrer neuen Zusammensetzung ansprechen, um Unterstützung zu finden und Gefolgschaft zu bilden? Wen würde die Erweiterung des Stimmrechts begünstigen? Die Frage nach der Verschiebung der Machtverhältnisse stand ebenso auf der Tagesordnung wie Ungewissheit darüber, wie die politische Auseinandersetzung sich unter den neuen Bedingungen verändern würde.

Im Umgang mit diesen Herausforderungen teilten beide Gesellschaften eine große Menge an Kategorisierungen und Problemwahrnehmungen. Innerhalb des so gesteckten Rahmens allerdings, das zeigt der Vergleich der Bandbreite üblicher Praktiken in den verschiedenen Arenen des Wahlkampfes in beiden Ländern, erwartete und spielte man hier andere Rollen als dort. Der Demokratie als kulturelles System verlieh das in beiden Gesellschaften einen unterschiedlichen Charakter.

In Großbritannien entsprach die Demokratie in hohem Maße dem Modell eines Marktes. Hier priesen die gegnerischen Kandidaten sich selbst und ihre Programme gegenüber der breiten Öffentlichkeit als überlegene Ware und Dienstleister an, um die Wähler wie individuelle Konsumenten für eine (Kauf-)Entscheidung zu ihren Gunsten zu gewinnen. Diese Logik durchzog den britischen Wahlkampf auf allen Ebenen: An der Haustür betrieb man Marktforschung, um die Vorlieben der Wahlberechtigten abzuschätzen. Geschäftsleuten gleich, die den Streit vor allem als Frage praktischer Verkaufskunst behandelten, organisierten Wahlagenten ein

Marketing, das die Wähler vor allem in ihrer wirtschaftlichen Position als Konsumenten ansprach. Die Presseöffentlichkeit schließlich funktionierte gleich in einem doppelten Sinne nach Marktprinzipien: Orientiert am kommerziellen Erfolg, stieß sie auf die Perspektive der Parteiunabhängigkeit als verkaufsstarkes Produkt, das der Leserschaft seinerseits als ein Marktplatz für kontroverse Meinungen diente.

In Deutschland dagegen entsprach die Auseinandersetzung in ihren Regeln noch in weit höherem Maße den ausdrücklich politischen Prinzipien der Repräsentation von Ideen und Interessen. Demnach gliederte die Wählerschaft sich in gesellschaftliche Großgruppen, die eine Vertretung ihrer Weltanschauung sowie ihrer angenommenen Kollektivinteressen in einer der Parteien fanden. Von der Wahlwerbung über die breitere Presseöffentlichkeit bis hinein in die alltägliche Geselligkeit vor Ort wurde deutschen Bürgern die Rolle von Teilhabern ideologisch kohärenter Gemeinschaften mit geteilten Interessen gegeben. Das machte sie im Streit zu gleichsam natürlichen Anhängern derjenigen Parteien, die als ihre Repräsentanten auftraten.

Kennzeichen dieser Logik war im Kontrast mit Großbritannien ein deutlich höherer sozialer Druck, der in der Weimarer Republik auf der Bildung von Gefolgschaft lastete. Von den Führern an der Spitze der politischen Parteien bis zu den Eliten vor Ort wogen gesellschaftliche Hierarchien in Deutschland ungleich schwerer auf der Loyalität der Wähler, die man von den Zeitungsseiten über Vereine bis in ihre Dorfgemeinschaften nicht selten wie weisungsgebundene Untergebene behandelte. Wie selbstverständlich bedingten sich zudem in der Weimarer Republik soziale und politische Zugehörigkeit. Wo man in Großbritannien die Teilnahme am geselligen Alltag von politischer Loyalität als eine Angelegenheit individueller Überzeugung abtrennte, lud die Zugehörigkeit zu Gemeinschaften deutschen Bürgern gleichsam automatische Zuordnungen in der parteipolitischen Konfliktstruktur auf.

Politische Konflikte reichten damit in der Weimarer Republik tiefer in die Gesellschaft hinein als in Großbritannien: Der Streit wirkte sich hier nachhaltiger auf die alltäglichen Beziehungen der Bürger miteinander aus. Überhaupt lag in der deutschen Demokratie auf innergesellschaftlichen Konflikten eine weit größere Betonung als in Großbritannien: Auf dem britischen Wahlkampf-Markt stand grundsätzlich die Politik der Gesellschaft

insgesamt gegenüber – als Anbieter gegenüber einer Masse individueller Käufer, von denen viele in der Vorstellung der Zeit still blieben und sich nicht übermäßig aktiv beteiligten. Über die Teilung der Wähler in Unterstützer der verschiedenen Parteien hinaus stellte das eine prinzipielle Einheit der Bürgergesellschaft her. Dagegen stand im Fokus der deutschen Auseinandersetzung die Kultivierung disziplinierter Anhängerschaften, welche die deutschen Parteien als Massenbewegungen gegeneinander in den Kampf führten. So standen sich hier nicht nur die Parteien, sondern auch die Gruppen selbst entgegen, die sie repräsentierten; für eine unabhängige „schweigende Wählerschaft“ gab es keinen Platz.

Unverkennbar ist in diesen Handlungslogiken das Erbe der spezifischen Entstehungsgeschichte der Demokratie zu erkennen, die in Deutschland anders als in Großbritannien verlaufen war. Der Umgang mit politischen Konflikten blieb in der Zwischenkriegszeit in hohem Maße davon geprägt, welche Routinen des Streits beide Gesellschaften vor dem Ersten Weltkrieg eingeübt hatten.

Gewöhnung

Auf der Insel war das Wahlrecht in einem langwierigen Prozess schrittweise von einer äußerst kleinen Gruppe auf die Bürgerschaft insgesamt ausgeweitet worden. Eine lebhafte Erinnerung dafür gaben noch in der Zwischenkriegszeit die demütigen Bitten der Kandidaten um Unterstützung sowie die Praxis der Hausbesuche ab – diese lebten von Gewohnheiten, die sich über einen Zeitraum von über 150 Jahren eingeprägt hatten. Darin zeigte sich – wie auch in den andauernden Debatten um Wahlkorruption und Stimmenkauf im 19. Jahrhundert –, dass das Stimmrecht in Großbritannien über seine Ausweitung stets den Charakter eines persönlichen Besitzrechtes und Privilegs behalten hatte. Gestärkt hatte das Prinzip der Wahl als einer individuellen Entscheidung zudem die Einführung des Stimmgeheimnisses, das in Großbritannien vergleichsweise früh und, vor allem, konsequent durchgesetzt worden war.⁶⁸ So war es nur folgerichtig, dass die britische Demokratie der Zwischenkriegszeit sich in ihrer Praxis, von der Wahlwerbung über die Presseöffentlichkeit bis hinein

⁶⁸ Crook/Crook, *Voting Practices* (2011).

in das gesellige Vereinsleben, in hohem Maße um den einzelnen Bürger als Souverän drehte.

In Deutschland dagegen war die Initialpolitisierung später und schlagartiger erfolgt. Parlamentarische Wahlen bildeten sich hier erst ab etwa der Mitte des 19. Jahrhunderts heraus, in einer Gesellschaft, die in der Erfassung von der Industrialisierung bereits Vorstellungen vom Volk als Masse sowie von kollektiven (wirtschaftlichen) Interessen im Widerstreit entwickelt hatte.⁶⁹ Mit der Revolution von 1848/49 und dann vor allem den Reichstagswahlen wurde hier zudem sehr früh das Prinzip eines breiten, allgemeinen Stimmrechts eingeführt: Dass die Wählerschaft so in Deutschland vor allem als Ansammlung gesellschaftlicher Großgruppen und Gemeinschaften mit geteilten Interessen erschien, war dementsprechend wenig verwunderlich. Deren Zusammenhalt sicherzustellen, fiel zudem vergleichsweise leicht: Noch bis in die frühen 1920er Jahre bot das deutsche Wahlsystem trotz Verbesserungen in der Durchsetzung des Stimmgeheimnisses weitreichende Kontrollmöglichkeiten, zumal in kleinen Städten und Dörfern auf dem Land. Es begünstigte so eine Fokussierung auf die politische Einheit von Gemeinschaften, die sich von der Beobachtung der Wahlkampfstrategen über deren Propagandaanstrengungen bis in die breitere Öffentlichkeit hineinzog.

Bedeutende Auswirkungen hatte schließlich der Staat, der die politische Konfliktkultur in beiden Gesellschaften im 19. Jahrhundert unterschiedlich geprägt hatte. In Großbritannien bildete er in Form der Regierungsgewalt (*government*) den Preis, um den die Eliten der gegnerischen Parteien stritten. Zugleich besaß er in den Institutionen der Monarchie und des Civil Service eine symbolische Verkörperung, die vom Parteienstreit grundsätzlich unabhängig und unberührt blieb. Nicht so in Deutschland: Hier musste die Teilhabe an der Macht, die in Großbritannien für den Wahlgewinner selbstverständlich war, den Fürsten im 19. Jahrhundert erst abgerungen werden. Ein umfassender Zugriff auf die Regierungsgewalt blieb den deutschen Parteien dabei bis zum Ende des Ersten Weltkriegs verwehrt. Und selbst in die beschränkten Partizipationsmöglichkeiten griff die Monarchie mit ihren überlegenen Mitteln massiv ein. Indem der deutsche Staat Regeln zu seinen eigenen Gunsten setzte und verbog, machte

⁶⁹ Koselleck, Volk (1992), 366–368.

er sich selbst zur Partei im Wahlkampf. Von Parteiverboten bis zu den alltäglichen Interventionen des Beamtenapparats versuchte die Monarchie, die Auseinandersetzung massiv zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Es war diesen Konstellationen geschuldet, dass beide Gesellschaften unterschiedlich hohe Wertschätzungen von politischen Überzeugungen und der Bedeutung der Politik schlechthin entwickelten. Während die parlamentarische Regierungsform in Großbritannien bereits lange eine Selbstverständlichkeit war, mussten Parteien in Deutschland noch als Emanzipationsbewegungen im Namen ihrer Anhängerschaft einen – langwierigen und asymmetrischen – Kampf um die Durchsetzung ihrer Teilhabeansprüche gegen den Staat führen. Die Politik selbst erschien in dieser Situation allen Beteiligten als ein hohes Gut: Gegnern der Teilhabe war sie zu wichtig, als dass man dem Volk und den Parteien Mitsprache gewähren konnte. Diesen wiederum ließ gerade der Streit um die Verweigerung das Recht zur Mitwirkung umso begehrenswerter und bedeutsamer erscheinen. Als es nach 1918 mit dem demokratischen Wahlrecht und der parlamentarischen Regierungsform endlich ganz gewonnen war, hefteten sich dementsprechend hohe Erwartungen an die Volksherrschaft. Zusätzliche Nahrung erhielten diese von der verheißungsvollen Rhetorik über einen versöhnlichen Frieden zwischen demokratischen Gesellschaften, die unmittelbar nach dem Krieg in Deutschland viel Gehör fand, bevor sie von der Realität eingeholt und massiv enttäuscht wurde.

In Großbritannien war demgegenüber die Teilhabe an einer parlamentarischen Regierung schon lange nichts Besonderes gewesen. Die Reformen im Anschluss an den Weltkrieg brachten hier entsprechend nur eine Ausweitung des Wahlrechts, nicht aber eine Änderung der Regierungsweise. So änderte sich auch nichts an den langfristig gewachsenen Erfahrungswerten dafür, was von einer gewählten Regierung und den Abgeordneten im Parlament zu erwarten war. Und diese Erwartungen lagen deutlich niedriger als in Deutschland, da sich nicht zuletzt die Gepflogenheiten des britischen Wahlkampfes im 19. Jahrhundert kaum für eine Idealisierung der Politik geeignet hatten. Der Streit zweier bessergestellter Kandidaten, die alle legalen und viele illegale Mittel ausschöpften, um sich dem Wahlvolk anzubiedern; die lärmende Konfrontation ihrer Anhängerschaften in lautstarken Versammlungen und Kundgebungen, die mitunter in

trunkene Schlägereien ausarteten – all das inspirierte nicht gerade hohe Ansprüche an den politischen Betrieb.

In dem Kontrast der Bedeutungen, welche der Politik hier in beiden Gesellschaften seit dem 19. Jahrhundert zugeschrieben wurden, liegt auch für die Zeit nach dem Weltkrieg ein Schlüssel zur Erklärung der Eigenheiten der Auseinandersetzungen hier wie dort. Die hohe Priorität, welche die Politik in Deutschland genoss, ließ nach 1918 die Beschränkungen fallen, welche die Monarchie der öffentlichen Auseinandersetzung noch auferlegt hatte. Den Konflikt weitete das sowohl im Umfang als auch in der Heftigkeit aus, wie man mit Reue aus dem Abstand einiger Erfahrung um 1930 feststellen musste. Der heilige Ernst, bis hin zu einer gewissen Verbissenheit, mit der in der Weimarer Republik gestritten wurde, war im Vergleich mit Großbritannien bereits Anfang der 1920er Jahre deutlich zu bemerken: Nicht zufällig blieb der Ton des deutschen Wahlkampfs auch in den ruhigen Jahren der Zwischenkriegszeit wie in der Vorkriegszeit von Idealisierung und Prinzipienfragen geprägt; und nicht ohne Grund holte die Auseinandersetzung hier, auf Grundsätzliches zielend, stets weit aus. Schließlich sicherte die Wertschätzung der Politik den deutschen Parteien ihre weitreichende Dominanz über die Bedingungen des Streits in der Öffentlichkeit, der in viel höherem Maße als in Großbritannien von parteipolitischen Grenzziehungen bestimmt blieb.

Im britischen Wahlkampf dagegen wurde der Parteienstreit bewusst anderem untergeordnet: So zählten hier etwa der Rhythmus des Erwerbslebens oder die Privatsphäre der Bürger, als ein Rückzugsraum von der Politik, wesentlich mehr als in Deutschland. Deutlich war dabei auf der Insel das Bestreben zu erkennen, die Auseinandersetzung gegenüber den überschwänglichen Traditionen der Vorkriegszeit bewusst in engere Bahnen zu lenken: Die Wahlreform straffte dafür die Zuweisung von Verantwortlichkeit sowie die Finanzierungsbeschränkungen für die Kampagnen. Dass diese ohnehin stärker in ritualisierte Formen gegossen waren, als das in Deutschland der Fall war, gab der öffentlichen Austragung des Konflikts zudem allein kraft des Gewichts der Gewohnheit engere Grenzen. Und auch jenseits der offiziellen – geschriebenen und unausgesprochenen – Regeln war im Alltag spürbar, dass der Parteienstreit in Großbritannien keinen so großen Vorrang wie in Deutschland genoss. Ganz im Gegenteil, für den alltäglichen Umgang der Bürger miteinander spielten hier

politische Loyalitäten keine so bedeutende Rolle. Denn stärker als in der Weimarer Republik wurden sie, als individuelle Überzeugung, den Fragen sozialer Zugehörigkeit, dem religiösen Glauben oder Vereinszwecken untergeordnet. Daraus ergab sich die größere Toleranz für Ambivalenz und Abweichungen, die den Streit hier prägte.

Schließlich ermöglichte die geringere Bedeutung der Politik in Großbritannien die Durchsetzung einer distanzierten Haltung zum Parteienstreit. Während in Deutschland alle Beteiligten in hohem Maße *in* die Parteipolitik involviert blieben, sah man auf der Insel zunehmend von *außen* und kritisch darauf. In gewisser Weise war diese Sicht hier bereits mit der frühen Professionalisierung des Wahlkampfs in der Gestalt der Agenten seit dem 19. Jahrhundert angelegt. Seit langem hatten diese eine kühle Distanz zur Politik als einem geschäftlichen Betrieb gepflegt – der Konflikt erschien darin mehr als ein praktisches denn als ein Problem moralischer Grundsätze. Spätestens in der Zwischenkriegszeit fand auch die breitere Öffentlichkeit zu einem großen Abstand zum Parteienstreit: Sie blickte mehr auf die Politik als Ganzes, was eine selbstreflexive Kritik politischer Sitten und Gepflogenheiten unabhängig von einer parteiischen Agenda ermöglichte.

Die Bedingungen, unter denen die moderne Massenpolitik in beiden Gesellschaften entstanden war, prägte so die jungen Demokratien der Zwischenkriegszeit in hohem Maße. Das stellt die Frage, welchen Stellenwert demgegenüber der Erste Weltkrieg und seine Folgen besaßen.

Der Krieg

Den Weltkrieg veranschlagten manche Historiker als eine einschneidende Zäsur mit weitreichenden Konsequenzen für die Entwicklung der politischen Kultur der Nachkriegszeit. So ist die Entfaltung demonstrativer Politikstile und die Verkörperlichung der Auseinandersetzung nach 1918 auf den Krieg zurückgeführt worden: Die traumatischen Erlebnisse hätten herkömmliche Vorstellungs- und Symbolwelten in eine Krise gestürzt, und in Reaktion habe sich eine Hinwendung zu stärker greifbaren, performativen Modi der Austragung von Konflikten in der Nachkriegszeit ergeben. Insbesondere für den deutschen Fall wurden zudem die „unrealistischen [...] Erwartungen“ an die Politik auf eine Verdrängung der

„Wahrheit“ über den Krieg und die gravierenden Folgen der Niederlage zurückgeführt, die einer unverantwortlichen Politik der Demagogie Vorschub geleistet hätte.⁷⁰

In gesamteuropäischer Sicht sind diese Interpretationen allein deshalb problematisch, weil sie für die britischen Entwicklungen der Nachkriegszeit kaum zutreffen. Aber auch was Deutschland im Speziellen betrifft, sind die Argumente an den politischen Praktiken schwer nachzuvollziehen. Schließlich gab es für die deutsche Anspruchshaltung der Politik gegenüber wie auch für die Fortentwicklung der Dynamik der Auseinandersetzung Gründe, die weit vor dem Ersten Weltkrieg liegen: Insgesamt lassen die Verbindungen, die sich von den politischen Handlungslogiken der 1920er Jahre bis weit ins 19. Jahrhundert ziehen lassen, in keiner der beiden Gesellschaften gravierende Brüche erkennen, die auf einen fundamentalen Einschnitt und dramatische Veränderungen durch den Krieg hinweisen würden. Um die Rollenerwartungen und Logiken der politischen Auseinandersetzung in Deutschland und Großbritannien in ihrer grundlegenden Struktur zu erklären, ist der Weltkrieg für die Zwischenkriegszeit von erstaunlich geringer Bedeutung; sehr viel schwerer wogen ihm gegenüber die jeweiligen Bedingungen für die Einübung des Streits im 19. Jahrhundert. Insbesondere das unmittelbare Kriegserlebnis selbst, die Erfahrungen des Schützengrabens sowie die Entbehrungen an der Heimatfront, kann man kaum als Ursprung eines fundamentalen Wandels der politischen Praktiken bezeichnen.

Mittelbar allerdings blieb der Weltkrieg hier wie dort nicht folgenlos. Schließlich hing schon die Ausweitung des Wahlrechts in beiden Gesellschaften eng mit der Kriegsanstrengung zusammen, die das Verlangen nach mehr Partizipation nicht mehr abweisbar machte. In Deutschland wäre darüber hinaus die Einführung der parlamentarischen Regierungsverantwortung wie die Abdankung der Monarchie, die Gründung einer Republik und die folgenreiche Umstellung auf ein Verhältniswahlrecht ohne den Krieg und die ihm folgende Revolution zu diesem Zeitpunkt kaum denkbar gewesen. Bedeutend war hierfür vor allem der Ausgang: Die Niederlage ermöglichte in Deutschland den fundamentalen Bruch mit

⁷⁰ Weisbrod, *Repräsentation* (2000); Bessel, *Germany* (1993), Zitate 254 f., 273 f. („unrealistic [...] expectations“, „truth“).

dem alten System, während der Sieg in Großbritannien ein Fortbestehen der alten Ordnung mit geringen Änderungen erlaubte.

Sieg und Niederlage bedingten auch, wie in der Folge mit dem Krieg umgegangen wurde: In Deutschland schuf die Verteilung von Schuld an den Konsequenzen des Weltkriegs enormes Konfliktpotential. Dagegen konnte das Gedenken an die gemeinsam erlittenen Verluste in Großbritannien sogar zu einem Moment werden, das über banale parteipolitische Differenzen hinaus Einheit stiftete. Insofern war es mehr der nachträgliche Umgang mit dem Erlebten und dem Ausgang des Krieges als die unmittelbare Erfahrung selbst, die – konträre – Folgen für die Auseinandersetzung in den 1920er und 1930er Jahren hatte. Mit Recht wird also für Deutschland auf die Bedeutung der Niederlage und den Umgang mit ihr hingewiesen. Verlieren fiel den Deutschen schwer – im Krieg, wie auch im innergesellschaftlichen Streit nach 1918.

Kaum zu unterschätzen sind in diesem Zusammenhang schließlich die Geschehnisse der unmittelbaren Nachkriegswochen und -monate, die den Ton für die Folgezeit anstimmten. So verlief der Übergang in den Frieden in Großbritannien insgesamt ruhig. Vereinzelt kam es zu Unruhen, die sich aus den Konflikten innerhalb der Kriegsgesellschaft ergeben hatten. Eine Verstetigung verhinderte aber die parteiübergreifende Koalitionsregierung, die das Land unmittelbar nach Kriegsende in eine Neuwahl stürzte und die patriotische Stimmung so für eine Verlängerung ihres Mandats ausnutzte. Bis zur nächsten Wahl, im November 1922, verging viel Zeit, um zur Normalität der begrenzten Auseinandersetzung zurückzukehren, die man vor dem Krieg eingeübt und nun noch weiter eingeschränkt hatte.

Auch in Deutschland brachte das Kriegsende eine Koalition an die Macht, die über Parteigrenzen ging. Das protestantische, konservative Bürgertum allerdings gehörte hier nie richtig dazu: Den Staat, der bisher auf ihrer Seite gestanden hatte, übernahmen in einer Revolution die Unterlegenen von früher, Sozialdemokraten und Zentrum, die nun den Takt angaben. Hinzu kamen der punktuell aufflackernde Bürgerkrieg, der tiefe Verunsicherung schuf; schließlich die politischen Mordanschläge und der Versuch einer Gegenrevolution. Es war kaum zu verhindern, dass damit ein fundamentales Misstrauen und tiefsitzende Verfeindungen in die politische Auseinandersetzung einzogen. Bereits Anfang der 1920er Jahre stieß das bei den Parteien ein Pendel gegenseitiger Aufrüstung an. Mit der

Eingewöhnung in die neuen Bedingungen der Massendemokratie hätte dieses seinen anfänglichen Schwung womöglich langsam verloren – der Resonanzraum der Krise ein Jahrzehnt später aber ließ seinen Ausschlag immer heftiger werden, bis der Streit erneut bis hin zur Drohung eines offenen Bürgerkriegs eskalierte.

In Großbritannien versprach die Beschäftigung mit dem Krieg so eine Vergewisserung von Gemeinschaft jenseits der Parteinahme. Dagegen brachen die Niederlage und der Bruch mit dem alten System in Deutschland grundsätzlichen Verfeindungen eine Bahn, welche die junge Republik lange belasten sollten. Wohlgemerkt hatte man bereits mit der Ausweitung und Intensivierung der Wahlkämpfe im späten Kaiserreich eine zunehmende Polarisierung und eine Verschärfung politischer Gegnerschaft beobachten können.⁷¹ Auch ein friedlicher Übergang zu einer parlamentarischen Monarchie mit demokratischem Massenwahlrecht wäre in Deutschland daher wohl reich an Konflikten und Enttäuschungen gewesen, die in ihrem Ursprung dem Weltkrieg vorausgingen. Aber es mochte durchaus die zusätzliche Last der Erfahrung von Revolution und Gegenrevolution gewesen sein, die hier, dem sprichwörtlichen Zünglein an der Waage gleich, den ausschlaggebenden Unterschied zwischen dem Scheitern des demokratischen Projekts in den 1930er Jahren und seinem Fortbestehen ausmachte. Denn Chancen dafür gab es durchaus.

Möglichkeiten

Der Vergleich bietet sich an, um Entwicklungsmöglichkeiten auszuloten, weil er naheliegende Alternativen innerhalb des zeitgenössischen Erfahrungsraums aufzeigt. So weist er nicht nur auf die Unterschiede in den Vorerfahrungen und die Kontraste zwischen der politischen Praxis in beiden Gesellschaften hin. Zugleich legt er *ein* plausibles Szenario dafür nahe, wie sich auch die deutsche Demokratie anders hätte fortentwickeln können. Und eine Verschiebung der Weimarer Demokratie in Richtung des britischen Marktmodells wäre keineswegs unmöglich gewesen.

So rumorte es in manch einer deutschen Gewerkschaft, in manch einem Verein und manch einer Gemeinde ob der Unterwerfung unter die Partei-

⁷¹ Gawatz, Wahlkämpfe (2001), hier bes. 213–226.

en – auch in Deutschland mussten sich Vereinigungen immer am Maßstab der Neutralität messen lassen, und das Argument der individuellen Gewissensfreiheit war auch hier stark genug, in einzelnen Fällen mehr politische Toleranz zu fördern – im Vergleich mit dem Kaiserreich war in den 1920er Jahren in diesem Sinne deutlich mehr möglich. Nach einer gewissen Zeit der Eingewöhnung begannen zudem Experten, mit statistischen Analysen Zweifel über die Annahme der festen Zuordnungen sozialer Gruppen zu den Parteien aufzuwerfen. Auf die Masse spekulierend sinnierten bereits zuvor einzelne liberale Planer darüber, den Wahlkampf stärker an politisch ungebundenen Bürgern auszurichten: Zumindest in Konturen findet man den „schweigenden Wähler“ aus der britischen Diskussion auch in der deutschen Zwischenkriegszeit angedeutet.

Ebenso waren es liberale Zeitungen, die mit Zurückhaltung in politischen Fragen und einer distanzierteren Perspektive geschäftliche Erfolge feierten. Insgesamt begann sich in den 1930er Jahren abzuzeichnen, dass auch in Deutschland der Zeitungsmarkt zu einer Konzentration durch Zusammenlegung von Verlagen und Provinzblättern streben würde⁷² – in Großbritannien hatte das seit längerer Zeit die Durchsetzung parteiunabhängigen politischen Rasonnements in der Öffentlichkeit gefördert. Es ist nicht auszuschließen, dass sich so auch in Deutschland mit der Zeit eine moderierende Logik hätte durchsetzen können, die sich stärker an stillen Zahlen orientierte als an lautstark artikulierten parteipolitischen Überzeugungen.

Erfordert hätte das eine Herabsetzung der großen Geltung von Politik und der traditionellen Wertschätzung starrer Weltanschauungen. Einen Schritt in diese Richtung hätte ein Bedeutungsverlust der Parteien mit sich gebracht, und der war keineswegs undenkbar: Schließlich pflegte die deutsche Gesellschaft einen heftigen Antiparteienaffekt, der sich in tiefer Verachtung für die Politik als maschinenhaften Betrieb äußerte. Die klassische Weimar-Forschung hat darin vor allem ein Problem für die Demokratie gesehen: Aus der Ablehnung der Parteien habe eine Nichtakzeptanz der fundamentalen Konfliktlinien einer modernen Industriegesellschaft und der Notwendigkeit einer pluralistischen Interessenrepräsentation gespro-

72 Frei, *Provinzpresse* (1980), hier bes. 322 f.

chen.⁷³ Es ist offensichtlich, wie stark dieses Urteil der Weimarer Logik der politischen Vertretung sozialer Interessen verhaftet bleibt.

Damit übersieht es, dass die Demokratie sich auch hin zu alternativen Logiken hätte wandeln können, darunter der des Marktes. Die Herabwürdigung des politischen Betriebs wie des Parteienstreits bot dafür geradezu eine Chance – freilich nur, solange dieser, anders als zu Anfang der 1930er Jahre, ein alternativloses Geschäft blieb. Wenn nämlich die Politik insgesamt an Gewicht verlor, indem die ausgesprochene Empörung über den Betrieb sich zu einer alltäglichen Geringschätzung abnutzte, dann hätten politische Differenzen und Konflikte keine so tiefgreifende Bedeutung mehr besessen, dass die Gesellschaft nicht mit ihnen hätte leben können. Wie in Großbritannien wären dann Politiker und Parteien als ein Gegenpart zur Einheit der Bürgerschaft erschienen, gegenüber der es um Popularität zu feilschen ginge, statt diese unterteilt in einzelne Gruppen abzubilden.

Das hätte schließlich dem Ideal der Sachlichkeit entsprochen, das sich wie ein roter Faden durch die deutsche Auseinandersetzung zog. Meist blieb es in der Weimarer Republik der parteipolitischen Loyalität untergeordnet; in logischer Konsequenz barg es aber zugleich das Potenzial, diese als feste Zugehörigkeit aufzulösen. Wer mit Argumenten zu überzeugen versuchte, dem durfte auch die Annahme nicht fern liegen, dass die Überzeugungen der Wähler wandelbar seien, und über die Zeit konnte darin ein Trumpf über die Logik des sozialen Hintergrunds liegen. Der Bürger als Individuum, das rational zwischen den verschiedenen Optionen abwog und von Mal zu Mal anders votierte, lag darum auch in der Weimarer Republik nie in ungreifbarer Ferne. Die Parallelen zum Klima der besonnenen Überlegungen, das in Großbritannien spätestens in den 1930er Jahren zu einer Art Maßstab für staatsbürgerliches Engagement wurde, sind unverkennbar.

Durchsetzen konnten sich die Entwicklungen, die sich hier in verhaltenen Ansätzen zeigten, in Deutschland allerdings erst nach 1945. Nun transformierte die Pressepolitik der alliierten Besatzungsmächte die Öffentlichkeit im Westen hin zu mehr Unabhängigkeit von den Parteien,

⁷³ Klassisch etwa: Bracher, *Auflösung* (1971), 20 f.; Schulze, *Weimar* (1994), 56, 67; vgl. noch Gusy (Hrsg.), *Demokratisches Denken* (2000).

die sich an einem kritisch-distanzierten journalistischen Ethos sowie kommerziellem Erfolg orientierte. Der Rolle des Staatsbürgers als Individuum verhalf zudem die aufkommende Demoskopie zum Durchbruch. In der Zufallsstichprobe konstruierte diese die Wählerschaft als eine Ansammlung von Einzelpersonen mit individuellen Überzeugungen, statt sie als Teilhaber an Gemeinschaftsinteressen zu behandeln. Dem passten sich schließlich mit einer flexibleren und pragmatischeren Ausrichtung die Parteien an,⁷⁴ und auch in der Vereinswelt und nicht zuletzt in den Kirchen setzte sich schließlich das Gebot der aufrichtigen Neutralität und eine Verschiebung zu einer kritischen Haltung gegenüber der Politik insgesamt durch. Nun fanden die „schweigenden Wähler“ auch in der deutschen Öffentlichkeit einen festen Platz und eine starke Vertretung.

Freilich hing der Erfolg dieser Entwicklungen nach 1945 nicht zuletzt mit dem Intermezzo der nationalsozialistischen Diktatur selbst zusammen: Krieg und Vertreibung hatten zu einer beispiellosen sozialen Vermischung der Gesellschaft geführt, die ein Aufbrechen der traditionellen, politisch geformten Milieus begünstigte. Stärker als es die Klagen über den Parteienstreit zuvor vermocht hatten, diskreditierte zudem die Herrschaft der Nationalsozialisten im Nachkriegsdeutschland alles Politische nachhaltig. Auch die deutsche Gesellschaft besann sich nun stärker auf die Dinge jenseits der Auseinandersetzung.

Über die Zwischenkriegszeit hinaus hat man es also im Vergleich zwischen Deutschland und Großbritannien in gewisser Weise mit einer zeitlichen Verschiebung ähnlicher Entwicklungen zu tun. Der Ort der Zwischenkriegszeit in der Geschichte der Demokratie des 20. Jahrhunderts war damit in beiden Gesellschaften ein anderer. Diesen zu bestimmen, wirft auch ein Schlaglicht auf die Bedingungen für ihr Bestehen.

Moderne Demokratie

Großbritannien hatte einen Höhepunkt politischer Parteinahme bereits vor dem Weltkrieg erlebt. Tiefe Spaltungen durch die Gesellschaft anhand parteipolitischer Bruchlinien hatten sich in den Vorkriegswahlkämpfen in einer besonders leidenschaftlichen Auseinandersetzung wie in einem

⁷⁴ Dazu: Kruke/Ziemann, *Observing the Sovereign* (2012).

einmaligen Populismus in der Agitation geäußert. Mit der Ausweitung des Wahlrechts war man darum um Mäßigung bemüht, und tatsächlich fand der Streit in der jungen Massendemokratie nach dem Krieg einen Weg in ruhigere Bahnen. Die gemäßigt-konservative, konsensorientierte Politik, die anderswo in Westeuropa erst nach Kriegsende zum Zeichen eines unbestrittenen „Demokratischen Zeitalters“ werden sollte,⁷⁵ begann in Großbritannien so bereits um 1930. In Deutschland fand man zu einem entsprechenden Klima erst nach 1945: Seinen Höhepunkt hatte der politische Kampf, nach einem Ansteigen der Leidenschaften vor 1914, durch die Ausweitung des Streits in der Zwischenkriegszeit ebenfalls später als in Großbritannien gefunden.

Hinter diesem verschobenen Konjunkturverlauf stand die historisch verschobene Einübung des Wählens. Weit später als in Großbritannien hatte man in Deutschland erst im 19. Jahrhundert begonnen, sich an parlamentarischen Wahlen zu probieren. Die Interventionen der Monarchie prägten dabei der Auseinandersetzung eine Logik auf, die situationsspezifisch ganz verschiedene Konsequenzen hatte.⁷⁶ Im Kaiserreich versprach die Formierung von Massenbewegungen als festen Anhängerschaften hinter den Parteien Emanzipation – hier hatte sie einen liberalisierenden Effekt. Nachdem die Teilhabe aber erreicht war, setzte das Fortleben der verfestigten Vertretungsverhältnisse die neue Demokratie starken Spannungen und einem hohen Erwartungsdruck aus. Sozialer Zwang und Gruppenzugehörigkeiten lösten sich nicht einfach auf, sondern blieben, im Streit immer wieder aufs Neue bestärkt, ein zentrales Merkmal der Auseinandersetzung. Die Pattsituationen, die sich daraus ergaben, hatten nun aber systemsprengendes Potenzial, da die Parteien und ihre Anhängerschaften die volle parlamentarische Verantwortung trugen.

Die Entwicklung des demokratischen Projekts in Deutschland und Großbritannien unterlag so verschobenen Zeitlichkeiten. Das wirft die Frage auf, wie „modern“ eigentlich die moderne Demokratie war, die hier wie da nach 1918 entstand, und wie nah sie uns noch heute liegt. So erscheint, aus der Rückschau des zeitlichen Abstands, der Umgang mit der Politik in der Weimarer Republik fremder und weiter zurückliegend als die Zwischen-

⁷⁵ So Conway, *Rise and Fall* (2004).

⁷⁶ Vgl. dazu schon die Andeutungen bei Suval, *Electoral Politics* (1985), 257; Anderson, *Democracy* (2000), 434–437.

kriegszeit in Großbritannien:⁷⁷ Der Fundamentalismus des Kampfes etwa, der schlussendlich bis hin zum Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung des eigenen Weltbildes reichte, hatte etwas regelrecht Archaisches an sich. Er gründete in der feindlichen Konfrontation von Massenbewegungen, die vor dem Ersten Weltkrieg entstanden waren, die aber noch danach mit ganz traditionellen Mitteln Gefolgschaft sicherstellten. Als Wähler blieb man in der Weimarer Republik in seiner politischen Gesinnung eingebunden in Hierarchien und die sozialen Zwänge von Gemeinschaft, die im Gegensatz zum modernen Verständnis der Gleichheit der Staatsbürger stand.

Wir sind es heute gewohnt, und die Briten waren es bereits zwischen den Weltkriegen, das Kreuz auf dem Stimmzettel weitgehend unabhängig von der Zugehörigkeit zur Kirche oder dem Wanderverein zu denken. In Deutschland tat man sich damit lange schwer. Dieses Unvermögen aber, verschiedene gesellschaftliche Rollen und politische Gesinnungen voneinander zu trennen, wirkt geradezu anti-modern: Wenn die Moderne sich darin von vorhergehenden Zeiten unterscheidet, dass sie von einer Aufgliederung der Gesellschaft in unterschiedliche Teilsysteme geprägt ist, die parallel zueinander jeweils eigenen Logiken folgen und unterschiedliche Rollenerwartungen voraussetzen – dann war die Weimarer Republik, mit ihrem Streben nach Vereinheitlichung aller sozialen Beziehungen unter dem Diktat einer politischen Weltanschauung, in ihren politischen Beziehungen ein zutiefst unmoderner Ort.

In diesem Sinne erscheint Großbritannien in den 1920er und 1930er Jahren als die deutlich modernere Demokratie. Zweifellos war hier eine größere Pluralität sozialer Rollen spielbar. Ganz so einfach ist der Vergleich aber vielleicht trotzdem nicht. In mancher Hinsicht wirkte nämlich umgekehrt die britische Politik sehr viel stärker in Traditionellem verwurzelt, und gerade diese Verwurzelung gab der Demokratie viel von ihrer Stabilität: So blieb der Konflikt hier in seinem Ablauf in weit höherem Maße als in Deutschland in alte Rituale und Symbole gekleidet, die in einer Zeit des Umbruchs Sicherheit vermittelten. Die Parochialität der Auseinandersetzung in kleinen Wahlkreisen, die in hohem Maße auf die Gemeinschaft vor Ort bezogen blieb, mochte unzeitgemäß anmuten; schließlich blieben die

⁷⁷ Kontrastiere: Peukert, Weimarer Republik (1987), bes. 266–268.

Beziehungen zwischen der elitären Führungsschicht und dem einfachen Volk paternalistisch geprägt, während sich in Deutschland bereits ein modernes Berufspolitikertum durchgesetzt hatte – mit guten Gründen lässt sich also der britische Weg in die politische Moderne als ein besonders konservativer beschreiben.⁷⁸ Paradoxerweise waren es schließlich auch die vormodernen Ursprünge der britischen Wahlkultur – das Wahlrecht als individuelles und veräußerbares Besitzrecht – welche die vergleichsweise frühe Prägung der britischen Demokratie nach der Logik des Marktes vorwegnahm.

Musste diese zum Kern der modernen Massendemokratie werden? Die zeitlich verschobene Entwicklung, die sich zwischen beiden Gesellschaften beobachten lässt, bedeutet für sich keine Zwangsläufigkeit oder Notwendigkeit – es ist nicht gesagt, dass die deutsche Demokratie nach 1945 der britischen ähnlicher werden *musste* und dass nur das britische Modell bestehen konnte, denn auch andere Entwicklungslinien wären vorstellbar. Vor allem aber wäre eine solche Deutung nicht zuletzt darum problematisch, da beide Entwicklungen aufeinander bezogen waren und so nur schwer ohne einander denkbar sind: Die Selbstvergewisserung der britischen Demokratie hing schließlich in hohem Maße von der parallelen Errichtung der Diktatur in Deutschland ab, und die Fortentwicklung des demokratischen Projekts in Westdeutschland schuldete nach 1945 ebenso einiges der Erfahrung des Nationalsozialismus sowie dem angelsächsischen Vorbild. Diese Verflechtung beider Geschichten macht es unmöglich, mit Großbritannien einen der beiden Fälle als Vorbild oder Normalfall für das „richtige“ Funktionieren einer modernen Demokratie über den anderen zu erheben.

Gleichwohl ist die Gegenüberstellung aufschlussreich. Dass die Demokratie als Markt sich in der Rückschau als ein erfolgreicherer Modell erweisen sollte, wird man kaum dem Zufall zuschreiben können. Dafür ist im Kontrast zu offensichtlich, wie ihre Mechanismen ein Gutteil zu ihrem Bestehen beitrugen. So besaß sie in der distanzierten Haltung zur Politik als Betrieb ein höheres Niveau der Selbstreflexion und eine Eigenbeobachtung, die in ihrer Offenheit erlaubte, gesellschaftlichen Wandel mit größerer Empfindsamkeit zu registrieren. Anpassungen an Stimmungs-

⁷⁸ So: Lawrence, *Paternalism* (2011).

wandel erleichterte das ebenso wie bewusste Versuche, diese zu steuern und in kontrollierbare Bahnen zu lenken. Insbesondere die Fixierung der Auseinandersetzung auf eine unabhängige Bürgerschaft, die von dieser Art von Beobachtung ausging, hatte starken Einfluss auf Entscheidungsfindung im Gemeinwesen und seine Fortentwicklung. Politik für den gedachten Dritten einer „schweigenden Masse“ jenseits der Parteien und ihrer Anhänger verringerte die Polarisierung der Gesellschaft und wirkte entlastend – nicht zuletzt, weil immer unverbindlich blieb, wer genau zu dieser konturlosen Masse zählte. Anders als fest umrissene Interessengruppierungen mit ihren institutionalisierten Vertretungen, musste sie entweder stumm bleiben, oder sie konnte nur in einer Vielfalt von Stimmen sprechen.

Schließlich und entscheidend ermöglichte die Distanz zwischen Gesellschaft und institutionalisierter Politik eine Emanzipation von Fragen, die das Gemeinwesen betrafen, von der Kontrolle durch die Parteien. Zudem sorgte das für einen vergleichsweise gelassenen bis humorvoll-spielerischen Umgang selbst mit gravierenden Problemen und Einigung über den Streit hinweg, weil Parteilichkeit und politischer Einsatz kein so großes Gewicht besaßen. Gerade dieser Punkt ist für die Demokratie alles andere als trivial: Schließlich geht diese in irgendeiner Form immer vom Ideal der Partizipation der Bürgerschaft aus, setzt also eher Nähe als Distanz zur Politik voraus. Wie seine unterschiedlichen Schicksale in Deutschland und Großbritannien zwischen den Weltkriegen zeigen, ist es dem demokratischen Projekt aber kaum zuträglich, wenn mit diesem Ideal der Politik Vorrang vor allem anderen gegeben wird. Maßhalten war wichtig: Offensichtlich brauchte die Demokratie des 20. Jahrhunderts, wenn nicht unbedingt völlige Gleichgültigkeit gegenüber dem Parteienstreit, so doch zumindest eine gewisse Unaufgeregtheit.

Quellen und Literatur

Archivgut

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin

01-203 (NL Josef Völker)

01-206 (NL Adam Stegerwald)

01-366 (NL August Wegmann)

01-586 (NL Arnold Siben)

06-051 (Zentrum)

Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

Fotosammlung

NL Eduard David

NL Wilhelm Dittmann (Mikrofilmkopien RZ, Fonds 215, Opus 1)

Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin

British Cartoon Archive, University of Kent,

<<http://www.kent.ac.uk/cartoons/>>

British Pathé, <<http://www.britishpathe.com>>

Bundesarchiv, Berlin

R 43 I (Reichskanzlei)

R 45 II (DVP)

R 45 III (DDP/DStP)

R 101 (Reichstag)

R 161 (Jungdeutscher Orden)

R 1501 (Reichsinnenministerium)

R 8005 (DNVP)

R 8034 (Reichslandbund)

Quellen und Literatur

- RY 1 (KPD)
- RY 20 (SPD)
- Digitales Bildarchiv
- Cambridgeshire Archives, Cambridge
 - 87/P3 (Croxton Park Estate Plan)
 - 363 (City of Cambridge Conservative and Unionist Association Records)
 - 416 (Cambridgeshire Trades Council and Divisional Labour Party)
- Cambridgeshire Collection, Cambridge Central Library
- Conservative Party Archive, Bodleian Library, Oxford
 - CCO (Conservative Central Office)
 - PUB 229 (Election Addresses)
- Geheimes Staatsarchiv, Preußischer Kulturbesitz, Berlin
 - I. HA, Rep. 76 Seminare (Preußische Lehrerbildungsanstalten)
 - I. HA Rep. 94 (Kleine Erwerbungen)
 - XX. HA, Rep. 2, II (Oberpräsidium Ostpreußen)
- Jesus College Archives, Cambridge
 - Tagebücher Percival Gardner-Smith
- Labour History Archive and Study Centre, Manchester
 - LP/ID (Labour Party, International Department)
 - LP/MP (Labour Party, Marion Phillips Collection)
 - NEC Minutes (National Executive Committee)
- Lancashire Archives, Preston
 - DDX 1202 (J. R. Almond Papers)
- Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Westfalen, Münster
 - Büro Kölpin
 - Kreis Ahaus
 - NL Wuermeling
 - Oberpräsidium Münster
 - Regierung Münster
 - Soldatenverbände
 - SPD und Reichsbanner

Landesarchiv Speyer

- H 33 (Bezirksamt Frankenthal)
- H 74 (Polizeipräsidium Ludwigshafen)
- J 27 (Amtsgericht Ludwigshafen)
- J 44 (Amtsgericht Mainz)
- T 91 (SPD-Ortsverein Speyer)

LWL-Medienzentrum für Westfalen, Münster, Bildarchiv

Sheffield Archives

- ABC (Albert Ballard Collection)
- CPR (Co-operative Party Records)
- LP(B) (Brightside Divisional Labour Party)
- SSC2 (Sheffield Smelting Company)
- StepC (Stephenson Collection)

Sheffield Local Studies Library

Stadtarchiv Ludwigshafen

- alt (Stadtverwaltung vor 1945)
- Ds (Druckschriften Ludwigshafen)
- N 2 (Nachlass Hans Lutz)
- PGV 3 (SPD)
- PGV 11 (NSDAP)
- PGV 13 (Zentrumspartei)
- PGV 19 (Deutsche Kolpingsfamilie Ludwigshafen)

Stadtarchiv Münster

- NL Sperlich
- NL ten Hompel
- Polizeiregistratur
- Slg-Plakate
- Stadtgeschichtliche Dokumentation
- Stadtregistratur

Stadtarchiv Speyer

- 233-1 (Fotosammlung)

University of Bristol, Special Collections

- DM 1193/1/9 (East Dorset Women's Liberal Associations)

Zeitungen und andere Periodika

Aberdeen Journal
Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung
Die Arbeit
Archiv der Deutschen Volkspartei
Bayerischer Kurier
Berliner Börsen-Zeitung
Bekleidungs-gewerkschaft. Organ des Verbandes christlicher Arbeitneh-
mer des Bekleidungs-gewerbes und des Berufsverbandes christlicher
Hutarbeiter
Berliner Illustrierte Zeitung
Berliner Lokal-Anzeiger
Berliner Tageblatt
Conservative Agents' Journal
Cambridge Chronicle
Cambridge Daily News
Cambridge Independent Press and Chronicle
Charlottenburger Abendpost
Deutsche Tageszeitung
Die Dorfkirche
Devon and Exeter Gazette
Deutsche Allgemeine Zeitung
Dundee Courier
Eisenhammer
Essex Chronicle
Frankfurter Zeitung
Das freie Wort. Sozialdemokratisches Diskussionsorgan
General-Anzeiger Ludwigshafen am Rhein
Germania
Gewerkschaft. Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öf-
fentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs
Glasgow Herald
Gloucester Citizen
The Gownsmen
The Granta

Hansard
Hull Daily Mail
Kladderadatsch
Labour Magazine
Labour Party: Annual Conference Report
Liberal Agent
Manchester Courier
Münsterischer Anzeiger
Manchester Guardian
Metallarbeiter-Zeitung
Montagspost
Nationalliberale Correspondenz
Neue Pfälzische Landeszeitung
North Devon Journal
Nottingham Evening Post
NSZ-Rheinfront
Pfälzische Post
Punch
Rote Fahne
Schwäbische Tageszeitung
Sheffield Daily Independent
Sheffield Daily Telegraph
Sheffield Forward
Sheffield Mail
Simplicissimus
Sozialistische Monatshefte
Statistik des Deutschen Reichs
Der Tag
The Times
Unsere Partei (DNVP)
Volkswille (Münster)
Vossische Zeitung
Western Daily Press
Western Morning News
Western Times
Westfälische Landeszeitung

Westfälischer Merkur
Yorkshire Post
Yorkshire Telegraph and Star
Das Zentrum

Gedruckte Quellen und Literatur

- Adams, Karl-Heinz: Parteienfinanzierung in Deutschland. Entwicklung der Einnahmestrukturen politischer Parteien oder eine Sittengeschichte über Parteien, Geld und Macht, Marburg 2005.
- Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann und Hans Booms, Boppard am Rhein 1968–1990.
- Albertin, Lothar: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972.
- Alemann, Ulrich von und Erhard Forndran: Methodik der Politikwissenschaft. Eine Einführung in Arbeitstechnik und Forschungspraxis, Stuttgart ⁶2002.
- Anderson, Margaret Lavinia: Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany, Princeton 2000.
- Arndt, Agnes, Joachim C. Häberlen und Christiane Reinecke (Hrsg.): Vergleichen, Verflechten, Verwirren? Europäische Geschichtsschreibung zwischen Theorie und Praxis, Göttingen 2011.
- Asquith, H. H.: An Election Guide. Rules for the Conduct and Management of Elections in England and Wales under the Corrupt Practices Act, 1883, London 1884.
- Aye, John: Humour of Parliament and Parliamentary Elections, London 1931.
- Bagehot, Walter: The English Constitution, London 1867.
- Balistier, Thomas: Die Tatpropaganda der SA. Erfolg und Mythos, in: Gerald Diesener und Rainer Gries (Hrsg.): Propaganda in Deutschland, Darmstadt 1996, S. 23–34.
- Ball, Stuart: Portrait of a Party. The Conservative Party in Britain 1918–1945, Oxford 2013.
- Baranowski, Shelley: The Sanctity of Rural Life. Nobility, Protestantism, and Nazism in Weimar Prussia, New York und Oxford 1995.

- Bateman, John: *The Great Landowners of Great Britain and Ireland*, London ⁴1883.
- Bauerkämper, Arnd und Christiane Eisenberg (Hrsg.): *Britain as a Model of Modern Society? German Views*, Augsburg 2006.
- Beamte nicht leichtgläubig sein, das Zentrum hat Euch was zu sagen. Hg. v. Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei (Flugschriften der Deutschen Zentrumspartei), 1928.
- Bean, J. P.: *The Sheffield Gang Wars*, Sheffield 1981.
- Becht, Hans-Peter: Wahlkämpfe, Medien und Öffentlichkeiten im Kaiserreich, in: Clemens Zimmermann (Hrsg.): *Politischer Journalismus, Öffentlichkeiten und Medien im 19. und 20. Jahrhundert*, Ostfildern 2006, S. 79–98.
- Becker, Fritz: Wie richten wir die Wahlagitation vor und an den Wahltagen ein?, Herne ²1913.
- Beers, Laura: Counter-Toryism: Labour's Response to Anti-Socialist Propaganda, 1918–39, in: Matthew Worley (Hrsg.): *The Foundations of the British Labour Party. Identities, Cultures and Perspectives, 1900–39*, Farnham 2009, S. 231–254.
- „A Timid Disbelief in the Equality to which Lip-service is Constantly Paid“: Gender, Politics and the Press Between the Wars, in: Laura Beers und Geraint Thomas (Hrsg.): *Brave New World*, London 2011, S. 129–148.
 - Polling Public Opinion Before Opinion Polling. The Conservative Party and Electoral Prediction Between the Wars, in: Tom Crook und Glen O'Hara (Hrsg.): *Statistics and the Public Sphere. Numbers and the People in Modern Britain, c. 1800–2000*, New York 2011, S. 244–263.
 - Punting on the Thames. Electoral Betting in Interwar Britain, in: *Journal of Contemporary History*, 45 (2010) 2, S. 282–314.
 - *Your Britain. Media and the making of the Labour Party*, Cambridge, MA 2010.
- Beers, Laura und Geraint Thomas (Hrsg.): *Brave New World. Imperial and Democratic Nation-Building in Britain Between the Wars*, London 2011.
- Behne, Adolf: Alte und neue Plakate, in: *Das politische Plakat*, Berlin 1919, S. 5–23.
- Behrenbeck, Sabine: „Der Führer“. Die Einführung eines politischen Markenartikels, in: Gerald Diesener und Rainer Gries (Hrsg.): *Propaganda in Deutschland*, Darmstadt 1996, S. 51–78.
- Bennett, Gill: „A Most Extraordinary and Mysterious Business“. The Zinoviev Letter of 1924, London 1999.

- Benson, Timothy S.: Strube. The World's Most Popular Cartoonist, London 2004.
- Berger, Stefan: Herbert Morrison's London Labour Party in the Interwar Years and the SPD: Problems of Transferring German Socialist Practices to Britain, in: *European Review of History*, 12 (2005) 2, S. 291–306.
- Ungleiche Schwestern? Die britische Labour Party und die deutsche Sozialdemokratie im Vergleich 1900–1931, Bonn 1997.
- Bergerson, Andrew Stuart: Ordinary Germans in Extraordinary Times. The Nazi Revolution in Hildesheim, Bloomington und Indianapolis 2004.
- Berghahn, Volker: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935, Düsseldorf 1966.
- Bericht über die Verhandlungen des 4. Ordentlichen Parteitages der Deutschen Demokratischen Partei. Elberfeld 9. und 10. Oktober 1922, Berlin 1922.
- Berliner Adreßbuch 1920. Unter Benutzung amtlicher Quellen, Berlin 1920.
- Berliner Adreßbuch 1921. Unter Benutzung amtlicher Quellen, Berlin 1921.
- Bertram, Jürgen: Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912, Düsseldorf 1964.
- Bessel, Richard: Germany after the First World War, Oxford 1993.
- Best, Heinrich und Maurizio Cotta (Hrsg.): Parliamentary Representatives in Europe 1848–2000. Legislative Recruitment and Careers in Eleven European Countries, Oxford 2000.
- Best, Heinrich, Christopher Hausmann und Karl Schmitt: Challenges, Failures, and Final Success: The Winding Path of German Parliamentary Leadership Groups towards a Structurally Integrated Elite, in: Heinrich Best und Maurizio Cotta (Hrsg.): Parliamentary Representatives in Europe 1848–2000, Oxford 2000, S. 138–195.
- Biefang, Andreas: Die Reichstagswahlen als demokratisches Zeremoniell, in: Andreas Biefang, Michael Epkenhans und Klaus Tenfelde (Hrsg.): Das politische Zeremoniell im Deutschen Kaiserreich 1871–1918, Düsseldorf 2008, S. 233–270.
- Bielfeldt, A[ugust]: Was jeder Wähler von den Wahlen für Reich, Staat und Gemeinde und den Parteiverhältnissen in Deutschland wissen muß, Altona und Hamburg ³1918/19.
- Biernacki, Richard: The Fabrication of Labor. Germany and Britain, 1640–1914, Bd. 22 (Studies on the history of society and culture), Berkeley u. a. 1995.

- Bingham, Adrian: Representing the People? The Daily Mirror, Class and Political Culture in Inter-war Britain, in: Laura Beers und Geraint Thomas (Hrsg.): *Brave New World*, London 2011, S. 109–128.
- Bisping, Carla: Partei- und Wahlkämpfe in Emsdetten zur Zeit der Weimarer Republik, vorzüglich im Spiegel der Presse, Diss., Münster: Pädagogische Hochschule Westfalen-Lippe, 1974.
- Blasius, Dirk: *Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930–1933*, Göttingen 2006.
- Blaustein, Arthur und Hermann Hillger: *Hillgers Wegweiser für die Reichstagswahl*, Berlin und Leipzig 1907.
- *Hillgers Wegweiser für die Reichstagswahl 1912*, Berlin und Leipzig 1911.
 - *Hillgers Wegweiser für die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung 1919. Mit Anhang: Die preußische Nationalversammlung*, Berlin und Leipzig 1919.
- Blondel, Jean: Politics, in: Vernon Bogdanor (Hrsg.): *The Blackwell Encyclopedia of Political Science*, Oxford und Cambridge, MA 1993, S. 482–484.
- Bomben und Granaten. Gedanken und Worte für den Wahlkampf, Berlin [1924].
- Bösch, Frank: *Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900–1960)*, Göttingen 2002.
- Böttcher, Johannes: *Der Leserbrief in der Presse der Bundesrepublik Deutschland*, Diss., Erlangen-Nürnberg: Friedrich-Alexander-Universität, 1961.
- Boughton, John: *Working-class Politics in Birmingham and Sheffield, 1918–1931*, Diss., Warwick: University of Warwick, 1985.
- Boyce, George: The Fourth Estate: the Reappraisal of a Concept, in: George Boyce, James Curran und Pauline Wingate (Hrsg.): *Newspaper History from the Seventeenth Century to the Present Day*, London 1978, S. 19–40.
- Brach, Wolfgang: *Der Mannheimer Gemeinderat 1945–1984. Biographisches Handbuch*, Mannheim 1984.
- Bracher, Karl Dietrich: *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Villingen ⁵1971.
- Braun, Günter: *Der Freiheit und Demokratie verpflichtet. Beiträge zur Geschichte der Ludwigshafener Sozialdemokratie*. Herausgegeben aus

- Anlaß des 40. Jahrestages der Wiedenzulassung, Neustadt a.d. Weinstraße 1986.
- Braunthal, Gerhard: Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund. Zur Politik der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, Köln 1981.
- Brown, Lucie: Victorian News and Newspapers, Oxford 1985.
- Brunner, Detlev: Bürokratie und Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1918/19 bis 1933, Köln 1992.
- Bry, Gerhard: Wages in Germany, 1871–1945, Princeton 1960.
- Buchanan, Tom: Anti-fascism and Democracy in the 1930s, in: EHQ, 32 (2002) 1, S. 39–57.
- Buchanan, Tom und Martin Conway (Hrsg.): Special Issue „Democracy in Twentieth-Century Europe“. EHQ, 32 (2002) 1.
- Burness, Catriona: Count Up to Twenty-one. Scottish Women in Formal Politics, 1918–1990, in: Pat Thane und Esther Breitenbach (Hrsg.): Women and Citizenship in Britain and Ireland in the 20th Century. What Difference did the Vote Make?, London 2010, S. 45–61.
- Bussfeld, Christina: „Democracy versus Dictatorship“. Die Herausforderung des Faschismus und Kommunismus in Großbritannien 1932–1937, Paderborn u. a. 2001.
- Bytwerk, Randall L.: Die nationalsozialistische Versammlungspraxis. Die Anfänge vor 1933, in: Gerald Diesener und Rainer Gries (Hrsg.): Propaganda in Deutschland, Darmstadt 1996, S. 35–50.
- Cambray, Philip G.: The Game of Politics. A Study of the Principles of British Political Strategy, London 1932.
- Catterall, Peter: Morality and Politics: The Free Churches and the Labour Party between the Wars, in: HJ, 36 (1993) 3, S. 667–685.
- Ceadel, Martin: The First British Referendum: the Peace Ballot, 1934–5, in: EHR, 95 (1980) 377, S. 810–839.
- Charmatz, Richard: Deutsche Demokratie, Wien, Warnsdorf, Leipzig 1918.
- Chickering, Roger: The Great War and Urban Life in Germany. Freiburg, 1914–1918, Cambridge und New York 2007.
- Childers, Thomas: Inflation, Stabilization, and Political Realignment in Germany 1919–1928, in: Gerald D. Feldman u. a. (Hrsg.): Die Deutsche Inflation. Eine Zwischenbilanz, Berlin und New York 1982, S. 409–431.
- The Nazi Voter. The Social Foundations of Fascism in Germany, 1919–1933, Chapel Hill und London 1983.
- The Social Language of Politics in Germany. The Sociology of Political Discourse in the Weimar Republic, in: American Historical Review, 95 (1990) 2, S. 331–358.

- Clarke, Peter: *Lancashire and the New Liberalism*, Cambridge 1971.
- Collins, Randall: *Interaction Ritual Chains*, Princeton 2014.
- Conway, Martin: *Democracy in Postwar Western Europe. The Triumph of a Political Model*, in: *EHQ*, 32 (2002) 1, S. 59–84.
- *The Rise and Fall of Western Europe's Democratic Age, 1945–1973*, in: *Contemporary European History*, 13 (2004) 1, S. 67–88.
- Cook, Chris: *The Age of Alignment. Electoral Politics in Britain, 1922–1929*, London 1975.
- Cotta, Maurizio und Heinrich Best: *Between Professionalization and Democratization. A Synoptic View on the Making of the European Representative*, in: Heinrich Best und Maurizio Cotta (Hrsg.): *Parliamentary Representatives in Europe 1848–2000*, Oxford 2000, S. 491–526.
- Coupland, Philip M.: *The Black Shirt in Britain: The Meanings and Functions of Political Uniform*, in: Julie Gottlieb und Thomas Linehan (Hrsg.): *The Culture of Fascism*, London, New York 2004, S. 100–115.
- Couzin, I. D. u. a.: *Uninformed Individuals Promote Democratic Consensus in Animal Groups*, in: *Science*, 334 (2011), S. 1578–1580.
- Craig, F. W. S.: *British Electoral Facts 1832–1987*, Aldershot 1989.
- Crook, Malcolm und Tom Crook: *Reforming Voting Practices in a Global Age: The Making and Remaking of the Modern Secret Ballot in Britain, France and the United States, c.1600–c.1950*, in: *P&P* (2011) 212, S. 199–237.
- *The Advent of the Secret Ballot in Britain and France, 1789–1914: From Public Assembly to Private Compartment*, in: *History*, 92 (2007) 308, S. 449–471.
- Cruikshank, Robert James: *The Double Quest*, Leipzig 1936.
- Cullen, Stephen: *Political Violence. The Case of the British Union of Fascists*, in: *Journal of Contemporary History*, 28 (1993) 2, S. 245–267.
- Dahm, Karl-Wilhelm: *Pfarrer und Politik. Soziale Position und politische Mentalität des deutschen evangelischen Pfarrerstandes zwischen 1918 und 1933*, Köln und Opladen 1965.
- Dahrendorf, Ralf: *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1977.
- Dale, Iain (Hrsg.): *British Political Party Manifestos, 1900–1997*, London und New York 2000.
- Das politische Plakat*, Berlin 1919.
- Dawson, Michael: *Liberalism in Devon and Cornwall, 1910–1931: „The Old-Time Religion“*, in: *HJ*, 38 (1995) 2, S. 425–437.

- Dawson, Michael: Money and the Real Impact of the Fourth Reform Act, in: HJ, 35 (1992) 2, S. 369–381.
- Party Politics and the Provincial Press in Early Twentieth Century England. The Case of the South West, in: Twentieth Century British History, 9 (1998) 2, S. 201–218.
- Dickens, Charles: The Posthumous Papers of the Pickwick Club, London 1837.
- Die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 14. September 1930 und 20. Mai 1928 in den Gemeinden der Pfalz, Ludwigshafen am Rhein 1930.
- Die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 und 7. Dezember 1924 in den Gemeinden der Pfalz, Ludwigshafen am Rhein 1928.
- Die Parteien und ihre Programme, zusammengestellt für die Reichstagswahl 1920, Berlin 1920.
- Diesener, Gerald und Rainer Gries (Hrsg.): Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert, Darmstadt 1996.
- Döring, Martin: „Parlamentarischer Arm der Bewegung“. Die Nationalsozialisten im Reichstag der Weimarer Republik, Düsseldorf 2001.
- Dörr, Manfred: Die Deutschnationale Volkspartei 1925 bis 1928, Diss., Marburg: Philipps-Universität Marburg, 1964.
- Dowe, Dieter, Jürgen Kocka und Heinrich August Winkler (Hrsg.): Parteien im Wandel. Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Rekrutierung, Qualifizierung, Karrieren, München 1999.
- Downs, Anthony: An Economic Theory of Democracy, New York 1957.
- Dussel, Konrad: Pressebilder in der Weimarer Republik: Entgrenzung der Information, Münster 2012.
- Radiowahlkampf. Oder: Welche Bedeutung besaß der Hörfunk in der Weimarer Republik?, in: Hans-Peter Becht, Carsten Kretschmann und Wolfram Pyta (Hrsg.): Politik, Kommunikation und Kultur in der Weimarer Republik, Heidelberg u. a. 2009, S. 127–141.
- DVP: Wahlhandbuch 1924. Hg. im Auftrag der Reichsgeschäftsstelle, Berlin ²1924.
- Wahlhandbuch 1928, Staatspolitischer Verlag 1928.
- Eastwood, David: Contesting the Politics of Deference. The Rural Electorate, 1820–60, in: Jon Lawrence und Miles Taylor (Hrsg.): Party, State, and Society, Aldershot 1997, S. 27–49.
- Edelman, Murray: Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt am Main 1976.

- Ehlermann, Hans: Der Reichsschulgesetzentwurf der Rechtsregierung. Marx – Keudell – Stresemann, [Berlin] 1928.
- Einwohnerbuch des Kreises Ahrweiler 1926/1927, Ahrweiler 1926.
- Eisenberg, Christiane: „English Sports“ und deutsche Bürger. Eine Gesellschaftsgeschichte 1800–1939, Paderborn 1999.
- Election Expenses 1922. ParlP 1924 (2), XVIII.681–774.
- Election Expenses 1923. ParlP 1924 (151), XVII.775–868.
- Election Expenses 1924. ParlP 1926 (1), XXII.523–617.
- Election Expenses 1929. ParlP 1929–30 (114), XXIV.755–853.
- Election Expenses 1931. ParlP 1931–32 (109), XX.1–87.
- Election Expenses 1935. ParlP 1935–36 (150), XX.217–303.
- Election Notes for Conservative Speakers and Workers. General Election, 1929. Hrsg. v. National Union of Conservative and Unionist Associations, 1929.
- Election Notes for Conservative Speakers and Workers. General Election, 1931. Hrsg. v. National Union of Conservative and Unionist Associations, 1931.
- Eltzbacher, Paul: Die neuen Parteien und ihre Programme. Ein Wegweiser im Wahlkampf. Umgearbeitete Ausgabe, Berlin 1920.
- Erkelenz, Anton: Demokratie und Parteiorganisation. Dem Andenken an Friedrich Naumann und Wilhelm Ohr, Berlin [1924/5?]
- Leitfaden für Wahlorganisatoren und Wahlwerber, [Berlin] [1924].
 - Wie retten wir die deutsche Republik? Wie gewinnen wir die Reichstagswahlen?, o. O. [1927].
- Fair, John D.: The Anglo-Irish Treaty of 1921: Unionist Aspects of the Peace, in: *Journal of British Studies*, 12 (1972) 1, S. 132–149.
- Fallada, Hans: Bauern, Bonzen und Bomben, Berlin 2011.
- Falter, Jürgen, Thomas Lindenberger und Siegfried Schumann: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933, München 1986.
- Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler, München 1991.
- Fawcett, Arthur: Conservative Agent. A Study of the National Society of Conservative and Unionist Agents and its Members, Driffield 1967.
- Fenske, Hans: Wahlrecht und Parteiensystem. Ein Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte, Frankfurt am Main 1972.
- Ferguson, Niall: Constraints and Room for Manoeuvre in the German Inflation of the Early 1920s, in: *Economic History Review*, 49 (1996) 4, S. 635–666.

- Field, William: British Electoral Data, 1885–1949 [computer file]. Colchester, Essex: UK Data Archive [distributor], November 2007. SN: 5673, 2007.
- Fischer, Ludwig: Der Versammlungsleiter seine Rechte und Pflichten mit Sammlung der Verordnungen gegen politische Ausschreitungen und den dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen des Reiches und der Länder, Diessen 1932.
- Focke, Kai: Wahlen und Abstimmungen in der Stadt Ludwigshafen am Rhein (1919–1932). Eine Wahlanalyse der zentralen Stadtteile in der Zeit der Weimarer Republik, Saarbrücken 2010.
- Föllmer, Moritz: Individuality and Modernity in Berlin. Self and Society from Weimar to the Wall, Cambridge 2013.
- Föllmer, Moritz und Rüdiger Graf (Hrsg.): Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt am Main und New York 2005.
- Fraser, Hugh: The Law of Parliamentary Elections and Election Petitions. With Suggestions on the Conduct and Trial of an Election Petition, Forms and Precedents, and Statutes Bearing on the Subject, London ³1922.
- Frei, Norbert: Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern, Stuttgart 1980.
- Freidson, Eliot: Professionalism. The Third Logic, Cambridge 2001.
- Fritzsche, Peter: Germans Into Nazis, Cambridge 1999.
- Presidential Victory and Popular Festivity in Weimar Germany: Hindenburg's 1925 Election, in: CEH, 23 (1990), S. 205–224.
 - Rehearsals for Fascism. Populism and Political Mobilization in Weimar Germany, New York und Oxford 1990.
- Führer, Karl Christian: Auf dem Weg zur „Massenkultur“? Kino und Rundfunk in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift (1996) 262, S. 739–781.
- Politische Kultur und Journalismus. Tageszeitungen als politische Akteure in der Krise der Weimarer Republik 1929–1933, in: Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte, 10 (2008), S. 26–51.
- Fulda, Bernhard: Press and Politics in the Weimar Republic, Oxford 2009.
- Garner, Robert, Peter Ferdinand und Stephanie Lawson: Introduction to Politics, Oxford ²2012.
- Gash, Norman: Politics in the Age of Peel. A Study in the Technique of Parliamentary Representation 1830–1850, London u. a. 1953.
- Gawatz, Andreas: Wahlkämpfe in Württemberg. Landtags- und Reichstagswahlen beim Übergang zum politischen Massenmarkt (1889–1912), Düsseldorf 2001.

- Geertz, Clifford: Thick Description: Toward an Interpretive Theory of Culture, in: The Interpretation of Cultures. Selected Essays, New York 1973, S. 3–30.
- Gellner, Ernest: Conditions of Liberty. Civil Society and its Rivals, New York 1994.
- Gemein, Gisbert Jörg: Die DNVP in Düsseldorf 1918–1933, Diss., Köln: Universität Köln, 1969.
- Giddens, Anthony: The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration, Cambridge 1984.
- Gijzenbergh, Joris: The Semantics of „Democracy“ in Social Democratic Parties. Netherlands, Germany and Sweden, 1917–1939, in: AfS, 53 (2013), S. 147–174.
- Ginzburg, Carlo: Der Käse und die Würmer. Die Welt eines Müllers um 1600, Frankfurt am Main 1983.
- Gliddon, Paul: Politics for Better or Worse: Political Nonconformity, the Gambling Dilemma and the North of England Newspaper Company, 1903–1914, in: History, 87 (2002) 286, S. 227–244.
- The Political Importance of Provincial Newspapers, 1903–1945: The Rowntrees and the Liberal Press, in: Twentieth Century British History, 14 (2003) 1, S. 24–42.
- Goch, Stefan: Aufstieg der Konsumgesellschaft – Niedergang der Milieus? Viele Fragen, in: Michael Prinz (Hrsg.): Der lange Weg in den Überfluss. Anfänge und Entwicklung der Konsumgesellschaft seit der Vormoderne, Paderborn u. a. 2003, S. 413–436.
- Goffman, Erving: The Presentation of Self in Everyday Life, New York 1959.
- Good, Kit: „Quit Ye Like Men“: Platform Manliness and Electioneering, 1895–1939, in: Matthew McCormack (Hrsg.): Public Men. Masculinity and Politics in Modern Britain, Basingstoke, New York 2007, S. 143–164.
- Gosnell, Harold F.: Why Europe Votes, Chicago 1930.
- Gottlieb, Julie: Body Fascism in Britain: Building the Blackshirt in the Inter-War Period, in: CEH, 20 (2011) 2, S. 111–136.
- Britain’s New Fascist Men: The Aestheticization of Brutality in British Fascist Propaganda, in: Julie Gottlieb und Thomas Linehan (Hrsg.): The Culture of Fascism, London, New York 2004, S. 83–99.
- Gottlieb, Julie und Thomas Linehan (Hrsg.): The Culture of Fascism. Visions of the Far Right in Britain, London und New York 2004.
- Gottwald, Herbert: Bund katholischer Deutscher „Kreuz und Adler“ (BkD) 1933, in: Dieter Fricke u. a. (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die

- bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 1, Leipzig 1983–1986, S. 348–350.
- Goverts, Henry: Wahlverfahren und lebendige Demokratie in Deutschland, in: Soziologische Studien, Potsdam 1930, S. 121–163.
- Graf, Rüdiger: Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaaneignungen in Deutschland 1918–1933, München 2008.
- Was macht die Theorie in der Geschichte? „Praxeologie“ als Anwendung des „gesunden Menschenverstandes“, in: Jens Hacke und Matthias Pohl (Hrsg.): Theorie in der Geschichtswissenschaft. Einblicke in die Praxis des historischen Forschens, Frankfurt am Main und New York 2008, S. 109–129.
- Gray, Frank: The Confessions of a Candidate, London 1925.
- Green, Alfred: Growing Up In Attercliffe. Honey with a ladle . . . Vinegar with a teaspoon, Sheffield 1981.
- Grego, Joseph: A History of Parliamentary Elections and Electioneering in the Old Days. Showing the State of Political Parties and Party Warfare at the Hustings and in the House of Commons from the Stuarts to Queen Victoria, London 1886.
- Gregory, Adrian: The Last Great War. British Society and the First World War, Cambridge 2008.
- Grevelhörster, Ludger: Münster zu Anfang der Weimarer Republik. Gesellschaft, Wirtschaft und kommunalpolitisches Handeln in der westfälischen Provinzialhauptstadt 1918 bis 1924, Schernfeld 1993.
- Grießmer, Axel: Massenverbände und Massenparteien im wilhelminischen Reich. Zum Wandel der Wahlkultur 1903–1912, Düsseldorf 2000.
- Griffiths, Clare V. J.: Labour and the Countryside. The Politics of Rural Britain 1918–1939, Oxford 2007.
- Grüber, Heinrich: Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten, Köln u. a. 1968.
- Gründer, Horst: Rechtskatholizismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Rheinlande und Westfalens, in: Westfälische Zeitschrift, 134 (1984), S. 107–155.
- Gusy, Christoph (Hrsg.): Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000.
- Guttsman, W. L.: The British Political Elite, London 1963.
- Gwyn, William B.: Democracy and the Cost of Politics in Britain, London 1962.
- Häberlen, Joachim C.: Vertrauen und Politik im Alltag. Die Arbeiterbewegung in Leipzig und Lyon im Moment der Krise, 1929–1933/38, Göttingen 2013.

- Haese, Klaus und Wolfgang U. Schütte: *Frau Republik geht Pleite. Deutsche Karikaturen der zwanziger Jahre*, Leipzig 1989.
- Handbuch der Aemter und Landgemeinden in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen, Berlin 1931.
- Handbuch für die Wähler der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Hrsg. von der Zentralleitung der USPD, Berlin 1920.
- Handbuch für sozialdemokratische Wähler 1920, Berlin 1920.
- Handbuch für sozialdemokratische Wähler 1924, Berlin 1924.
- Hardtwig, Wolfgang (Hrsg.): *Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900–1933*, München 2007.
- (Hrsg.): *Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939*, Göttingen 2005.
 - *Volksgemeinschaft im Übergang. Von der Demokratie zum rassistischen Führerstaat*, in: Detlef Lehnert (Hrsg.): *Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volksheim“ im Vergleich 1900–1938*, Köln 2013, S. 227–253.
- Harris, Percy: *Forty Years in and out of Parliament*, London u. a. [1947].
- Haupt, Heinz-Gerhard und Jürgen Kocka (Hrsg.): *Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung*, Frankfurt am Main 1996.
- Heilbronner, Oded: *„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Dynamit“. Populäre Kultur, populärer Liberalismus und Bürgertum im ländlichen Süddeutschland von den 1860ern bis zu den 1930ern*, München 2007.
- Hellpach, Willy: *Wirken in Wirren. Lebenserinnerungen. Eine Rechenschaft über Wert und Glück, Schuld und Sturz meiner Generation. Bd. 2, 1914–1925*, Hamburg 1949.
- Hettling, Manfred: *Partei ohne Parteibeamte. Parteisekretäre im Linksliberalismus von 1900 bis 1933*, in: Dieter Dowe, Jürgen Kocka und Heinrich August Winkler (Hrsg.): *Parteien im Wandel*, München 1999, S. 109–134.
- Hildebrand, Daniel: *Landbevölkerung und Wahlverhalten. Die DNVP im ländlichen Raum Pommerns und Ostpreußens 1918–1924*, Hamburg 2004.
- Hilson, Mary: *Women Voters and the Rhetoric of Patriotism in the British General Election of 1918*, in: *Women's History Review*, 10 (2001) 2, S. 325–347.
- Hinkel, Sascha: *Adolf Kardinal Bertram. Kirchenpolitik in Kaiserreich und Weimarer Republik*, Paderborn u. a. 2010.
- Hirschauer, Stefan: *Die Empiriegeladenheit von Theorie und der Erfindungsreichtum der Praxis*, in: Herbert Kalthoff, Stefan Hirschauer und

- Gesa Lindemann (Hrsg.): Theoretische Empirie, Frankfurt am Main 2008, S. 165–187.
- Hirschauer, Stefan: Praktiken und ihre Körper. Über materielle Partizipanden des Tuns, in: Karl H. Hörning und Julia Reuter (Hrsg.): *Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und sozialer Praxis*, Bielefeld 2004, S. 73–91.
- Hoffmann, Paul: Die Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung nach dem Reichswahlgesetz und der Wahlordnung vom 30. November 1918. Mit Musterbeispielen dargestellt, Berlin 1918.
- Hofmeister, Björn: Kultur- und Sozialgeschichte der Politik in der Weimarer Republik 1918 bis 1933, in: *AfS*, 50 (2010) 3, S. 445–501.
- Holford, John: *Reshaping Labour. Organisation, Work and Politics in Edinburgh in the Great War and After*, Beckenham 1987.
- Holl, Karl: Konfessionalität, Konfessionalismus und demokratische Republik. Zu einigen Aspekten der Reichspräsidentenwahl von 1925, in: *VfZ*, 17 (1969) 3, S. 254–275.
- Hollins, Timothy John: The Conservative Party and Film Propaganda between the Wars, in: *EHR*, 96 (1981) 379, S. 359–369.
- The Presentation of Politics. The Place of Party Publicity, Broadcasting and Film in British Politics, 1918–1939, Diss., Leeds: University of Leeds, 1981.
- Houston, Henry James und Lionel Valdar: *Modern Electioneering Practice*, London 1922.
- Howkins, Alun: *Poor Labouring Men. Rural Radicalism in Norfolk 1872–1923*, London u. a. 1985.
- Hürten, Heinz: *Deutsche Katholiken 1918–1945*, Paderborn u. a. 1992.
- International Historical Statistics, Bd. 3: Europe. Hg. v. Palgrave Macmillan Ltd. Basingstoke 2013.
- James, Leighton S.: *The Politics of Identity and Civil Society in Britain and Germany. Miners in the Ruhr and South Wales 1890–1926*, Manchester und New York 2008.
- Jarvis, David: British Conservatism and Class Politics in the 1920s, in: *EHR*, 111 (1996) 440, S. 59–84.
- The Shaping of Conservative Electoral Hegemony, 1918–39, in: Jon Lawrence und Miles Taylor (Hrsg.): *Party, State, and Society*, Aldershot 1997, S. 131–152.
- Jones, Aled: Local Journalism in Victorian Political Culture, in: Laurel Brake, Aled Jones und Lionel Madden (Hrsg.): *Investigating Victorian Journalism*, Basingstoke 1990, S. 63–70.

- Jones, Larry Eugene: Inflation, Revaluation, and the Crisis of Middle-Class Politics. A Study in the Dissolution of the German Party System, 1923–28, in: CEH, 12 (1979) 2, S. 143–168.
- Kailitz, Steffen: Demokratie und Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik in international vergleichender Perspektive. Eine Replik auf den Beitrag von Tim B. Müller, in: VfZ, 63 (2015) 3, S. 437–451.
- Kaisenberg, Georg: Die Dezemberwahlen 1924. Ergänzungsheft zu „Die Wahl zum Reichstag“, Führer für die Reichstagswahlen, Berlin 1924.
- Die Novemberwahl 1932. Zweites Ergänzungsheft zur 4. Auflage. Die Wahl zum Reichstag. Führer für die Reichstagswahlen, Berlin 1932.
 - Die Wahl des Reichstags 1932. Ergänzungsheft zu Die Wahl zum Reichstag. Führer für die Reichstagswahlen, Berlin ⁴1932.
 - Die Wahl zum Reichstag. Führer für die Reichstagswahlen, Berlin ³1928.
 - Die Wahl zum Reichstag. Führer für die Reichstagswahlen, Berlin ⁴1930.
 - Die Wahl zum Reichstag. Führer für die Reichstagswahlen auf Grund des neuen Reichswahlgesetzes und der neuen Reichsstimmordnung, Berlin 1924.
- Kaisenberg, Georg und Hans Welser: Reichswahlgesetz und Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten nebst Reichswahlordnung, Berlin 1920.
- Kalthoff, Herbert, Stefan Hirschauer und Gesa Lindemann (Hrsg.): Theoretische Empirie. Zur Relevanz qualitativer Forschung, Frankfurt am Main 2008.
- Kamps, Klaus (Hrsg.): Trans-Atlantik – Trans-portabel? Die Amerikanisierungsthese in der politischen Kommunikation, Wiesbaden 2000.
- Kästner, Erich: Fabian. Die Geschichte eines Moralisten, München ²⁷2011.
- Kaufmann, Doris: Katholisches Milieu in Münster 1928–1933. Politische Aktionsformen und geschlechtsspezifische Verhaltensräume, Düsseldorf 1984.
- Kellmann, Axel: Anton Erkelenz. Ein Sozialliberaler im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin und Münster 2007.
- Kelly's Directory of Sheffield and Rotherham, 1929.
- Kershaw, Ian: Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung, Stuttgart ²1999.
- Kirchheimer, Otto: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift, 6 (1965) 1, S. 20–41.
- Kittel, Manfred: Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918–1933/36, München 2000.
- Kittel, Manfred u. a.: Faktoren der Stabilität und Instabilität in der Demokratie der Zwischenkriegszeit. Ein vergleichendes Forschungsprojekt

- des Instituts für Zeitgeschichte zur deutschen und französischen Geschichte, in: VfZ, 46 (1998) 4, S. 807–831.
- Kitzing, Michael: Wahlkampfstrategie und politisches Selbstverständnis der Badischen Zentrumspartei in der Endphase der Weimarer Republik (1929/30–1933), in: Freiburger Diözesanarchiv, 126 (2006), S. 93–131.
- Koellreutter, Otto: Der Sinn der Reichstagswahlen vom 14. September 1930 und die Aufgaben der deutschen Staatslehre, Tübingen 1930.
- Kolb, Eberhard: Führungskrise in der DVP. Gustav Stresemann im Kampf um die „Große Koalition“ 1928/29, in: Wolther von Kieseritzky und Klaus-Peter Sick (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert, München 1999, S. 202–227.
- Kolb, Eberhard und Dirk Schumann: Die Weimarer Republik, München⁸ 2013.
- Koselleck, Reinhart: Volk, Nation, Nationalismus, Masse, in: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 7, Stuttgart 1992, S. 141–431.
- Koss, Stephen: Nonconformity in Modern British Politics, London 1975.
- Köster, Roman: Keine Zwangslagen? Anmerkungen zu einer neuen Debatte über die deutsche Wirtschaftspolitik in der Großen Depression, in: VfZ, 63 (2015) 2, S. 241–257.
- Kramer, Helmut: Fraktionsbindungen in den deutschen Volksvertretungen 1819–1849, Berlin 1968.
- Kroen, Sheryl: A Political History of the Consumer, in: HJ, 47 (2004) 3, S. 709–736.
- Krüger, Gerd: „Treudeutsch allewege!“. Gruppen, Vereine und Verbände der Rechten in Münster (1887–1929/30), Münster 1992.
- Kruke, Anja und Benjamin Ziemann: Observing the Sovereign: Opinion Polls and the Restructuring of the Body Politic in West Germany, 1945–1990, in: Kerstin Brückweh u. a. (Hrsg.): Engineering Society. The Role of the Human and Social Sciences in Modern Societies, 1880–1980, Basingstoke 2012, S. 234–251.
- Krumeich, Gerd: Die Dolchstoß-Legende, in: Etienne François und Hagen Schulze (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001, S. 585–599.
- Kühne, Thomas: Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt, Düsseldorf 1994.
- Kurtz, Thomas: Berufssoziologie, Bielefeld 2002.

- Kurunmäki, Jussi und Johan Strang (Hrsg.): *Rhetorics of Nordic democracy*, Helsinki 2010.
- Labour Party: *Report of the Twenty-Ninth Annual Conference of the Labour Party*. Brighton, 1929, London 1929.
- Landau, Paul: *Flugblatt und Flugschrift*, in: *Das politische Plakat*, Berlin 1919, S. 24–29.
- Lau, Dirk: *Wahlkämpfe der Weimarer Republik. Propaganda und Programme der politischen Parteien bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1924 bis 1930*, Marburg 2008.
- Lauth, Hans-Joachim und Christian Wagner: *Politikwissenschaft: Eine Einführung*, Paderborn u. a. ⁶2009.
- Lawrence, Jon: *Electing our Masters. The Hustings in British Politics from Hogarth to Blair*, New York 2009.
- „Why Olympia mattered“, in: *HR*, 78 (2005) 200, S. 263–272.
 - *Fascist Violence and the Politics of Public Order in Inter-war Britain: the Olympia debate revisited*, in: *HR*, 76 (2003) 192, S. 238–267.
 - *Labour – The Myths it has Lived By*, in: Duncan Tanner, Pat Thane und Nick Tiratsoo (Hrsg.): *Labour’s First Century*, Cambridge 2000, S. 341–366.
 - *Labour and the Politics of Class, 1900–40*, in: David Feldman und Jon Lawrence (Hrsg.): *Structures and Transformations in Modern British History*, Cambridge und New York 2011, S. 237–260.
 - *Paternalism, Class, and the British Path to Modernity*, in: Simon Gunn und James Vernon (Hrsg.): *The Peculiarities of Liberal Modernity in Imperial Britain*, Berkeley 2011, S. 147–164.
 - *Speaking for the People. Party, Language and Popular Politics in England, 1867–1914*, Cambridge 1998.
 - *The Culture of Elections in Modern Britain*, in: *History*, 96 (2011) 324, S. 459–476.
 - *The Transformation of British Public Politics after the First World War*, in: *P&P* (2006) 190, S. 185–216.
- Lawrence, Jon und Kit Good: *Electing John Bull: the Changing Face of British Elections, 1895–1935* [computer file]. SN: 5078, Colchester 2005.
- Lawrence, Jon und Miles Taylor (Hrsg.): *Party, State, and Society. Electoral Behaviour in Britain since 1820*, Aldershot 1997.
- Lee, Alan J.: *The Origins of the Popular Press in England, 1855–1914*, London 1976.
- LeMahieu, Dan L.: *A Culture for Democracy. Mass Communication and the Cultivated Mind in Britain Between the Wars*, Oxford 1988.

- Lepsius, M. Rainer: Das Modell der charismatischen Herrschaft und seine Anwendbarkeit auf den „Führerstaat“ Adolf Hitlers [1986], in: Demokratie in Deutschland, Göttingen 1993, S. 95–118.
- Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993.
 - Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. (1966), in: Demokratie in Deutschland, Göttingen 1993, S. 25–50.
- Lerg, Winfried B.: Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980.
- Lewinsohn, Richard: Das Geld in der Politik, 5.–7. Aufl., Berlin 1931.
- Llanque, Marcus: Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg, Berlin 2000.
- Lo, Lung-Chi: The Conduct of Parliamentary Elections in England. PhD Diss, Fac Political Science, Columbia University, New York 1928.
- Löbe, Paul: Der Weg war lang. Erinnerungen. Mit einem Geleitwort von Rita Süßmuth und einem Vorwort von Heinz Westphal, Berlin ⁸1994.
- Longerich, Peter: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989.
- Lösche, Peter und Franz Walter: Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1991.
- Lüdtke, Alf, Inge Marbolek und Adelheid von Saldern (Hrsg.): Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1996.
- MacDonagh, Michael: The Pageant of Parliament, Bd. 1, London 1921.
- Macintyre, Stuart: Little Moscows. Communism and Workin-class Militancy in Inter-war Britain, London 1980.
- Mallmann, Klaus-Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.
- Mandler, Peter: The English National Character. The History of an Idea from Edmund Burke to Tony Blair, New Haven und London 2006.
- Manning, Leah: A Life for Education. An Autobiography, London 1970.
- Marriott, John: The Culture of Labourism. The East End Between the Wars, Edinburgh 1991.
- Marshall, Barbara: The Political Development of German University Towns in the Weimar Republic: Göttingen and Münster 1918–1930, Diss., London, 1972.

- Martin, David E.: Ponsonby, Arthur Augustus William Harry (1st Baron Ponsonby of Shulbrede), in: Joyce M. Bellamy und John Saville (Hrsg.): Dictionary of Labour Biography VII, London und Basingstoke 1984, S. 192–197.
- Mathers, Helen: Sheffield Municipal Politics 1893–1926. Parties, Personalities and the Rise of Labour, Diss., Sheffield: University of Sheffield, 1979.
- Wilson, Cecil Henry, in: Joyce M. Bellamy und John Saville (Hrsg.): Dictionary of Labour Biography VI, London und Basingstoke 1982, S. 272–275.
- Matthew, H. Colin G., Ross McKibbin und John A. Kay: The Franchise Factor in the Rise of the Labour Party, in: EHR, 91 (1976) 361, S. 723–752.
- McCarthy, Helen: Democratising British Foreign Policy: Rethinking the Peace Ballot, 1934–5, in: Journal of British Studies, 44 (2010), S. 358–387.
- Parties, Voluntary Associations, and Democratic Politics in Interwar Britain, in: HJ, 50 (2007) 4, S. 891–912.
- The British People and the League of Nations. Democracy, Citizenship and Internationalism, c. 1918–45, Manchester und New York 2011.
- The League of Nations, Public Ritual and National Identity in Britain, c. 1919–56, in: History Workshop Journal, 70 (2010) 1, S. 108–132.
- Whose Democracy? Histories of British Political Culture between the Wars, in: HJ, 55 (2012) 1, S. 221–238.
- McElligott, Anthony: Rethinking the Weimar Republic. Authority and Authoritarianism, 1916–1936, London und New York 2014.
- McKibbin, Ross: Class and Conventional Wisdom. The Conservative Party and the „Public“ in Inter-war Britain, in: The Ideologies of Class, Oxford 1990, S. 259–293.
- Parties and People. England 1914–1951, Oxford 2010.
- McKinlay, Alan und R. J. Morris (Hrsg.): The ILP on Clydeside, 1893–1932. From Foundation to Disintegration, Manchester und New York 1991.
- McLean, Iain: The Legend of Red Clydeside, Edinburgh 1983.
- Meier, Gerd: Die Regionalpresse der Weimarer Republik – Innovationen und Traditionen, in: Clemens Zimmermann (Hrsg.): Politischer Journalismus, Öffentlichkeiten und Medien im 19. und 20. Jahrhundert, Ostfildern 2006, S. 169–192.
- Zwischen Milieu und Markt. Tageszeitungen in Ostwestfalen 1920–1970, Paderborn 1999.
- Melischek, Gabriele und Josef Seethaler: Sieger und Verlierer in der Nachwahlberichterstattung der Berliner Tagespresse 1928–1932, in: Hans

- Bohrmann u. a. (Hrsg.): Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien, Wiesbaden 2000, S. 121–156.
- Mennen, Kristian: Selbstinszenierung im öffentlichen Raum. Katholische und sozialdemokratische Repertoirediskussionen um 1930, Münster u. a. 2013.
- Mentor, E.: Kleiner Katechismus für rechtstehende Katholiken und solche, die es werden wollen, Berlin 1924.
- Mergel, Thomas: Der mediale Stil der Sachlichkeit. Die gebremste Amerikanisierung des Wahlkampfes in der politischen Selbstbeobachtung der alten Bundesrepublik, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.): Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2003, S. 29–54.
- Führer, Volksgemeinschaft und Maschine. Politische Erwartungsstrukturen in der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus 1918–1936, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.): Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939, Göttingen 2005, S. 91–127.
 - Gegenbild, Vorbild und Schreckbild. Die amerikanischen Parteien in der Wahrnehmung der deutschen politischen Öffentlichkeit 1890–1920, in: Dieter Dowe, Jürgen Kocka und Heinrich August Winkler (Hrsg.): Parteien im Wandel, München 1999, S. 363–395.
 - Identitätspolitik – Misstrauen gegenüber dem Staat. Aspekte des Verhältnisses zwischen Zivilgesellschaft und Politik in Deutschland und Großbritannien in der Zwischenkriegszeit, in: Ralph Jessen, Sven Reichardt und Ansgar Klein (Hrsg.): Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2004, S. 197–218.
 - Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf ³2012.
 - Propaganda in der Kultur des Schauens. Visuelle Politik in der Weimarer Republik, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.): Ordnungen in der Krise, München 2007, S. 531–559.
 - Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990, Göttingen 2010.
 - Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft, 28 (2002) 4, S. 574–606.
 - Wahlkampfgeschichte als Kulturgeschichte. Konzeptionelle Überlegungen und empirische Beispiele, in: Barbara Stollberg-Rilinger (Hrsg.): Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?, Berlin 2005, S. 355–376.

- Meyen, Michael: Leipzigs bürgerliche Presse in der Weimarer Republik. Wechselbeziehungen zwischen gesellschaftlichem Wandel und Zeitungsentwicklung, Leipzig 1996.
- Meyer, Stephan: Das justizförmige Wahlprüfungsgericht beim Reichstag der Weimarer Republik. Institution, Verfahren, Leistung, Berlin 2010.
- Millington, Roy: Stephenson Blake. The Last of the Old English Typefounders, Delaware und London 2002.
- Mitchell, Jeremy C.: The Organization of Opinion. Open Voting in England 1832–68, Basingstoke u. a. 2008.
- Mlitz, Andrea: Dialogorientierter Journalismus. Leserbrief in der deutschen Tagespresse, Konstanz 2008.
- Möller, Frank (Hrsg.): Charismatische Führer der deutschen Nation, München 2004.
- Heinrich von Gagern – der Führer der liberalen Revolution, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 15 (2003), S. 119–132.
- Mommsen, Hans: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar. 1918–1933, Berlin 32009.
- Militär und zivile Militarisierung in Deutschland 1914 bis 1938, in: Ute Frevert (Hrsg.): Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1997, S. 265–276.
- Morsey, Rudolf: Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966.
- Mottram, R. H.: The Boroughmonger, London 1929.
- Mowat, Charles Loch: Britain Between the Wars 1918–1940, London 1966.
- Muhs, Rudolf, Johannes Paulmann und Willibald Steinmetz: Aneignung und Abwehr. Interkultureller Transfer zwischen Deutschland und Grossbritannien im 19. Jahrhundert, Bodenheim 1998.
- Müller, Hans (Hrsg.): Katholische Kirche und Nationalsozialismus. Dokumente 1930–1935, München 1963.
- Müller, Jan-Werner: Contesting Democracy. Political Thought in Twentieth-Century Europe, New Haven 2011.
- Müller, Tim B.: Demokratie und Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik, in: VfZ, 62 (2014) 4.
- Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien, Hamburg 2014.
- Müller, Tim B. und Adam Tooze: Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg, in: dies. (Hrsg.): Normalität und Fragilität, Hamburg 2015, S. 9–35.
- (Hrsg.): Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2015.

- Nohlen, Dieter und Philip Stöver: Elections in Europe, in: dies. (Hrsg.): Elections in Europe. A Data Handbook, Baden-Baden 2010, S. 69–124.
- Nolte, Paul: Jenseits des Westens? Überlegungen zu einer Zeitgeschichte der Demokratie, in: VfZ, 61 (2013) 3, S. 275–301.
- O’Gorman, Frank: Campaign Rituals and Ceremonies. The Social Meaning of Elections in England 1780–1860, in: P&P (1992) 135, S. 79–115.
- The Secret Ballot in Nineteenth-Century Britain, in: Romain Bertrand, Jean-Louis Briquet und Peter Pels (Hrsg.): Cultures of Voting. The Hidden History of the Secret Ballot, London und Paris 2007, S. 16–42.
- Voters, Patrons, and Parties. The Unreformed Electoral System of Hanoverian England 1734–1832, Oxford 1989.
- Ohnezeit, Maik: Zwischen „schärfster Opposition“ und dem „Willen zur Macht“. Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik 1918–1928, Düsseldorf 2011.
- Owen, Nicholas: MacDonald’s Parties: The Labour Party and the „Aristocratic Embrace“, 1922–31, in: Twentieth Century British History, 18 (2007) 1, S. 1–53.
- Packer, Ian: A Curious Exception? The Lincolnshire Chronicle and the „Starmer Group“, in: Journalism Studies, 7 (2006) 3, S. 415–426.
- Paul, Gerhard: Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn²1992.
- Petzina, Dietmar, Werner Abelshauser und Anselm Faust: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945, München 1978.
- Peukert, Detlef J. K.: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt am Main 1987.
- Pieroth, Stephan: Parteien und Presse in Rheinland-Pfalz 1945–1971. Ein Beitrag zur Mediengeschichte unter besonderer Berücksichtigung der Mainzer SPD-Zeitung „Die Freiheit“, Mainz 1994.
- Pinker, Steven: The Better Angels of our Nature. Why Violence has Declined, London 2011.
- Pitkin, Hanna Fenichel: The Concept of Representation, Berkeley 1967.
- Polanyi, Michael: Implizites Wissen, Frankfurt am Main 1985.
- Politische Plakate der Weimarer Republik 1918–1933. Ausstellung des Hessischen Landesmuseums Darmstadt, Darmstadt 1980.
- Pollock, James Kerr: German Election Administration, New York 1934.
- Money and Politics Abroad, New York 1932.
- The German Elections of 1928, in: APSR, 22 (1928) 3, S. 698–705.
- The German Party System, in: APSR, 23 (1929) 4.

- The German Reichstag Election 1930, in: APSR, 24 (1930) 4, S. 989–995.
- Pope, Robert: Building Jerusalem. Nonconformity, Labour and the Social Question in Wales, 1906–1939, Cardiff 1998.
- Potthoff, Heinrich: Freie Gewerkschaften. Der Allgemein Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1987.
- Price, David: Sheffield Troublemakers. Rebels and Radicals in Sheffield History, Chichester 2008.
- Protokolle der Sozialdemokratischen Parteitage, 1919–1931.
- Pugh, Martin: „Hurrah for the Blackshirts!“. Fascists and Fascism in Britain between the Wars, London 2005.
- Rezension: Electing Our Masters: The Hustings in British Politics from Hogarth to Blair, by Jon Lawrence, in: EHR, CXXVI (2011) 521, S. 1003–1005.
- The Making of Modern British Politics, 1867–1939, Oxford 1982.
- The National Government, the British Union of Fascists and the Olympia Debate, in: HR, 78 (2005) 200, S. 253–262.
- Püschel, Ulrich: Zwischen Modernität und Tradition. Die Anfänge der Leserbriefkommunikation in der Zeitung, in: Hans Jürgen Heringer und Georg Stötzel (Hrsg.): Sprachgeschichte und Sprachkritik. Festschrift für Peter von Polenz zum 65. Geburtstag, Berlin und New York 1993, S. 69–88.
- Pyta, Wolfram: Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1996.
- „Weimar“ in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft, in: Christoph Gusy (Hrsg.): Weimars langer Schatten – „Weimar“ als Argument nach 1945, Baden-Baden 2003, S. 21–62.
- Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.
- Raithel, Thomas: Funktionsstörungen des Weimarer Parlamentarismus, in: Moritz Föllmer und Rüdiger Graf (Hrsg.): Die „Krise“ der Weimarer Republik, Frankfurt am Main, New York 2005, S. 243–266.
- Rallings, Colin und Michael Thrasher (Hrsg.): British Electoral Facts 1832–1999. Compiled and edited by Colin Rallings and Michael Thrasher, Aldershot ⁶2000.
- Ramsden, John: The Age of Balfour and Baldwin 1902–1940, London 1978.

- Ramsden, John: The Newport By-Election and the Fall of the Coalition, in: Chris Cook und John Ramsden (Hrsg.): By-Elections in British Politics, London und Basingstoke 1973, S. 14–43.
- Rauh-Kühne, Cornelia: Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft. Ettlingen 1918–1939, Sigmaringen 1991.
- Reckwitz, Andreas: Aktuelle Tendenzen der Kulturtheorien, in: ders. (Hrsg.): Die Transformation der Kulturtheorien. Zur Entwicklung eines Theorieprogramms. Mit einem Nachwort zur Studienausgabe, Weilerswilt 2006, S. 705–728.
- Auf dem Weg zu einer kultursoziologischen Analytik zwischen Praxeologie und Poststrukturalismus, in: Monika Wohlrab-Sahr (Hrsg.): Kultursoziologie. Paradigmen – Methoden – Fragestellungen, Wiesbaden 2010, S. 179–205.
 - Die Reproduktion und die Subversion sozialer Praktiken. Zugleich ein Kommentar zu Pierre Bourdieu und Judith Butler, in: Karl H. Hörning und Julia Reuter (Hrsg.): Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und sozialer Praxis, Bielefeld 2004, S. 41–54.
 - Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive, in: Zeitschrift für Soziologie, 32 (2003) 4, S. 282–301.
 - Praktiken und Diskurse. Eine sozialtheoretische und methodologische Relation, in: Herbert Kalthoff, Stefan Hirschauer und Gesa Lindemann (Hrsg.): Theoretische Empirie, Frankfurt am Main 2008, S. 188–209.
- Reichardt, Sven: Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA, Köln 2002.
- Reichstags-Handbuch. 1.–7. Wahlperiode, 1920–1932.
- Reif, Hans: Handelsvertrags-Politik, Bd. 7 (DDP-Schriftenreihe für politische Werbung), [Berlin] 1928.
- Requate, Jörg: Journalismus als Beruf. Entstehung und Entwicklung des Journalistenberufs im 19. Jahrhundert. Deutschland im internationalen Vergleich, Göttingen 1995.
- Kommerzialisierung der Presse im frühen 20. Jahrhundert. Konsumierendes und fragmentiertes Publikum, in: Clemens Zimmermann (Hrsg.): Politischer Journalismus, Öffentlichkeiten und Medien im 19. und 20. Jahrhundert, Ostfildern 2006, S. 121–139.
 - Medienmacht und Politik. Die politischen Ambitionen großer Zeitungsunternehmer – Hearst, Northcliffe, Beaverbrook und Hugenberg im Vergleich, in: AfS, 41 (2001), S. 79–95.
- Richter, Donald C.: Riotous Victorians, Athens und London 1981.
- Richter, Ludwig: Die Deutsche Volkspartei 1918–1933, Düsseldorf 2002.

- Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): Wahlen und Wahlkämpfe in Deutschland. Von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis zur Bundesrepublik, Düsseldorf 1997.
- Rix, Kathryn: Parties, Agents and Electoral Culture in England 1880–1910, London 2016.
- The Party Agent and English Electoral Culture, 1880–1906, Diss., Cambridge: Cambridge University, 2001.
- Roberts, Matthew: Election Cartoons and Political Communication in Victorian England, in: *Cultural and Social History*, 10 (2013) 3, S. 369–395.
- Roberts, Samuel u. a.: Some Memorials of the Family of Roberts, Sheffield 1971.
- Robertson, Nicole: The Co-operative Movement and Communities in Britain, 1914–1960. Minding their own Business, Farnham und Burlington 2010.
- Rohe, Karl: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.
- Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung, in: *Historische Zeitschrift*, 250 (1990) 2, S. 321–346.
- Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1992.
- Rohe, Karl und Andreas Dörner: Politikbegriffe, in: Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.): *Lexikon der Politik*. Band 1: Politische Theorien, München 1995, S. 453–458.
- Rolf, David: The Politics of Agriculture. Farmers' Organisations and Parliamentary Representation in Herefordshire, 1909–1922, in: *Midland History*, 2 (1974) 3, S. 168–186.
- Rosanvallon, Pierre: Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe, Hamburg 2010.
- Rosenthal, Jacob: „Die Ehre des jüdischen Soldaten“. Die Judenzählung im Ersten Weltkrieg und ihre Folgen, Frankfurt am Main und New York 2007.
- Ross, Corey: Media and the Making of Modern Germany. Mass Communications, Society, and Politics from the Empire to the Third Reich, Oxford 2008.

- Rossol, Nadine: *Performing the Nation in Interwar Germany. Sport, Spectacle and Political Symbolism, 1926–36*, Basingstoke und New York 2010.
- Routh, Guy: *Occupation and Pay in Great Britain, 1906–60*. Nachdruck 2010, Cambridge 1965.
- Ruppert, Karsten: *Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930*, Düsseldorf 1992.
- Rush, Michael: *The Role of the Member of Parliament Since 1868. From Gentlemen to Players*, Oxford 2001.
- Rush, Michael und Valerie Cromwell: *Continuity and Change: Legislative Recruitment in the United Kingdom 1868–1999*, in: Heinrich Best und Maurizio Cotta (Hrsg.): *Parliamentary Representatives in Europe 1848–2000*, Oxford 2000, S. 463–492.
- Salvidge, Stanley: *Salvidge of Liverpool. Behind the Political Scene 1890–1928*, London 1934.
- Saunders, Robert: „Let America be the Test“. *Democracy and Reform in Britain, 1832–1867*, in: Ella Dzelzainis und Ruth Livesey (Hrsg.): *The American Experiment and the Idea of Democracy in British Culture*, Farnham 2013, S. 79–91.
- Scannell, Paddy und David Cardiff: *A Social History of British Broadcasting*. Bd. 1: *Serving the Nation*, Oxford 1991.
- Schadt, Jörg (Hrsg.): *Im Dienst an der Republik. Die Tätigkeitsberichte des Landesvorstands der Sozialdemokratischen Partei Badens 1914–1932*, Stuttgart u. a. 1977.
- Schanbacher, Eberhard: *Parlamentarische Wahlen und Wahlsystem in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1982.
- Schauff, Johannes: *Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Untersuchungen aus dem Jahre 1928*. Hg. v. Rudolf Morsey, Mainz 1975.
- Schaupp, Stefan: *Politische Radikalisierung und politische Gewalt*, in: Gerhard Nestler, Stefan Schaupp und Hannes Ziegler (Hrsg.): *Vom Scheitern der Demokratie. Die Pfalz am Ende der Weimarer Republik*, Karlsruhe 2010, S. 97–139.
- Schepua, Michael: *Ortsgruppengründungen und Propaganda. Die NSDAP in den Gemeinden des heutigen Rhein-Pfalz Kreises vor 1933*, in: Gerhard Nestler und Stefan Schaupp (Hrsg.): *Zwischen Revolution und Demokratie. Studien zur Geschichte der Pfalz vom späten 18. bis Mitte des 20. Jahrhunderts*, Neustadt a. d. Weinstraße 2012, S. 225–246.

- Schneider, Werner: Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924–1930, München 1978.
- Schönhagen, Philomen: Die Mitarbeit der Leser. Ein erfolgreiches Zeitungskonzept des 19. Jahrhunderts, München 1995.
- Schönhoven, Klaus: Die Bayerische Volkspartei 1924–1932, Düsseldorf 1972.
- Schreiber, Georg: Brüning–Hitler–Schleicher. Das Zentrum in der Opposition, Köln 1932.
- Grundfragen der Zentrumspolitik. Ein politisches Handbuch in Frage und Antwort, 4. Tausend, Berlin 1924.
 - Politische Diskussionsfragen, 1924.
 - Reichstagswahl und politische Parteien, Münster ²1928.
 - Zentrum und deutsche Politik, 1924.
 - (Hrsg.): Zentrum und Reichspolitik. Ein politisches Handbuch in Frage und Antwort. Unter Mitwirkung von Bell, Dessauer, Esser, Föhr, Hofmann, Joos, Perlitius, Riesener, Schetter, Teusch, Weber, Wegmann, Köln 1930.
- Schröder, Benjamin: Statelty Ceremony and Carnival. Voting and Social Pressure in Germany and Britain between the World Wars, in: Claudia Gatzka, Hedwig Richter und Benjamin Schröder (Hrsg.): Wahlen in der transatlantischen Moderne, Leipzig 2013, S. 41–63.
- Von großen Männern und Politik als Krieg. Überlegungen zur medialen Konstruktion von Abgeordneten-Images im deutschen Vormärz, in: Martin Knauer und Verena Kümmel (Hrsg.): Visualisierung konstitutioneller Ordnung 1815–1848/52, Münster 2011, S. 17–40.
 - Wer ist Freund, wer Feind? Parteien und Wähler in politischer Unsicherheit, in: Tim B. Müller und Adam Tooze (Hrsg.): Normalität und Fragilität, Hamburg 2015.
- Schulte, Franz Gerrit: Der Publizist Hellmut von Gerlach (1866–1935). Welt und Werk eines Demokraten und Pazifisten, München u. a. 1988.
- Schultze-Pfäelzer, Gerhard: Briefe an die Zeitung, in: Zeitungs-Verlag, 31 (1930) 49, S. 1967–1972.
- Wie Hindenburg Reichspräsident wurde. Persönliche Eindrücke aus seiner Umgebung vor und nach der Wahl, Berlin 1925.
- Schulz, Andreas: Der „deutsche“ Napoleon – charismatisches Vorbild der Nationalbewegung?, in: Frank Möller (Hrsg.): Charismatische Führer der deutschen Nation, München 2004, S. 19–41.
- Schulze, Hagen: Weimar. Deutschland 1917–1933, Berlin 1994.

- Schumann, Dirk: Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001.
- Schumpeter, Joseph: Capitalism, Socialism, and Democracy, New York und London 1942.
- Schustereit, Hartmut: Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung von DDP und SPD 1919–1930, Düsseldorf 1975.
- Seager, J. Renwick: Parliamentary Elections Under The Reform Act, 1918. Revised and Brought up to Date, London ²1921.
- Self, Robert C. (Hrsg.): The Austen Chamberlain Diary Letters. The Correspondence of Sir Austen Chamberlain with his Sisters Hilda and Ida, 1916–1937, Cambridge, New York 1995.
- Severing, Carl: Mein Lebensweg, Köln 1950.
- Seymour, Charles: Electoral Reform in England and Wales. The Development and Operation of the Parliamentary Franchise, 1832–1885, New Haven und London 1915.
- Seymour-Ure, C.: The Press and the Party System between the Wars, in: Gillian Peele und Chris Cook (Hrsg.): The Politics of Reappraisal 1918–1939, London 1975.
- Smith, E. A.: The Election Agent in English Politics, 1734–1832, in: EHR, 84 (1969) 330, S. 12–35.
- Sombart, Werner: Händler und Helden. Patriotische Besinnungen, München, Leipzig 1915.
- Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1962.
- Southall, H. R. u. a.: Great Britain Historical Database. Census Data. Parish-Level Population Statistics, 1801–1951 [computer file]. SN: 4560, Colchester 2004.
- SPD Groß-Leipzig: Die Wahlen und die Parteien 1928–1929. Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, A 83-916.
- SPD-Bezirksverband Brandenburg-Grenzmark: Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. Januar 1928 bis zum 31. Dezember 1929. Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, X 281.
- SPD-Bezirksverband Hamburg-Nordwest: Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. Januar 1927 bis 31. Dez. 1928. Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, X 388.
- Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. Januar 1929 bis 31. Dezember 1930. Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung,

- SPD-Ortsverein Bremen: Jahresbericht 1928. Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, X 3874.
- SPD-Ortsverein Hannover: Geschäftsbericht über das Jahr 1928. Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, X 9309.
- SPD-Ortsverein Kassel: Bericht über das Jahr 1928. Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, X 11113.
- SPD-Parteivorstand (Hrsg.): Die Sozialdemokratie im Wahlkampf 1928. Eine Zusammenstellung der Wahlarbeit, 1928.
- SPD-Unterbezirk Lüneburg: Geschäftsbericht vom 1. Januar 1920 bis zum 30. Juni 1920. Maschinenschriftliches Manuskript, Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Z 13354.
- Staat, Peter: Die Reichs- und Landtagswahlen im Kreis Düren während der Weimarer Republik, Diss., Bonn, 1994.
- Stadel, Florian: Die Reichstagswahlen von 1930 und 1932 und die Wahl zum preußischen Landtag 1932 im Spiegel der überregionalen deutschen Presse, Diss., Bonn: Friedrich-Wilhelms-Universität, 1993.
- Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.): Die Wahlen im Bremischen Staatsgebiet. Von der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 bis einschließlich der Reichspräsidentenwahl vom 26. April 1925, Bremen 1925.
- Stephan, Werner: Parteiorganisation im Wahlkampf, Berlin [1928].
- Stibbe, Matthew: Germany, 1914–1933. Politics, Society and Culture, Harrow u. a. 2010.
- Stump, Wolfgang: Geschichte und Organisation der Zentrumspartei in Düsseldorf 1917–1933, Düsseldorf 1971.
- Stutterheim, Kurt von: Die englische Presse von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Berlin 1933.
- Suval, Stanley: Electoral Politics in Wilhelmine Germany, Chapel Hill 1985.
- Swaddle, K. M. O.: Coping With a Mass Electorate. A Study in the Evolution of Constituency Electioneering in Britain, with Special Emphasis on the Periods which Followed the Reform Acts of 1884 and 1918, Diss., Oxford: University of Oxford, 1990.
- Tanner, Duncan: Political Change and the Labour Party, 1900–1918, Cambridge u. a. 1990.
- Taylor, Jane: „Town“ Versus „Gown“. The Establishment of the Cambridge Daily News as a Modern Newspaper at the End of the 19th Century, in: Journalism Studies, 7 (2006) 3, S. 403–414.
- te Velde, Henk: Charismatic Leaders, Political Religion and Social Movements. Western Europe at the End of the Nineteenth Century, in: Jan Willem Stutje (Hrsg.): Charismatic Leadership and Social Move-

- ments. *The Revolutionary Power of Ordinary Men and Women*, New York, Oxford 2012, S. 141–154.
- Tecklenburg, Adolf: *Personenwahl nicht Parteienwahl. Entwurf eines Reichswahlgesetzes*, Kirchhain 1931.
- Terhalle, Maximilian: *Deutschnational in Weimar. Die politische Biographie des Reichstagsabgeordneten Otto Schmidt(-Hannover) 1888–1971*, Köln, Weimar und Wien 2009.
- The Equipment of the Workers. An Enquiry by the St. Philip's Settlement Education and Economics Research Society into the Adequacy of the Adult Manual Worker for the Discharge of their Responsibilities as Heads of Households, Producers and Citizens*, London 1919.
- Thompson, James: „Pictorial Lies“? – Posters and Politics in Britain c. 1880–1914, in: *P&P* (2007) 197, S. 177–210.
- Thorpe, Andrew: *Parties at War. Political Organization in Second World War Britain*, Oxford 2009.
- *The British General Election of 1931*, Oxford 1991.
- Tilby, A. Wyatt: *The Election – and After*, in: *The Nineteenth Century And After*, 118 (1935) 706, S. 705–717.
- Tilles, Daniel: *Bullies or Victims? A Study of British Union of Fascists Violence*, in: *Totalitarian Movements and Political Religions*, 7 (2006) 3, S. 327–356.
- Tilley, John: *Churchill's Favourite Socialist. A Life of A. V. Alexander. With an Introduction by Roy Hattersley*, Manchester 1995.
- Torp, Claudius: *Konsum und Politik in der Weimarer Republik*, Göttingen 2011.
- Treblin, Wilhelm: *Der Dorfpfarrer und der Wahlkampf*, in: *Die Dorfkirche*, 12 (1918/19) 6, S. 145–148.
- *Noch einmal: Der Dorfpfarrer und der Wahlkampf*, in: *Die Dorfkirche*, 13 (1919/20) 4, S. 110–112.
- Trentmann, Frank: *Free Trade Nation. Commerce, Consumption, and Civil Society in Modern Britain*, Oxford 2008.
- Turner, Victor: *Dramas, Fields, and Metaphors. Symbolic Action in Human Society*, Ithaca und London 1974.
- Ullmann, Hans-Peter: *Interessenverbände in Deutschland*, Frankfurt am Main 1988.
- Ummenhofer, Stefan: *Wie Feuer und Wasser? Katholizismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik*, Berlin 2003.
- Vernon, James: *Politics and the People. A Study in English Political Culture, c. 1815–1867*, Cambridge 1993.

- Vogel, Bernhard, Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze: Wahlen in Deutschland. Theorie – Geschichte – Dokumente 1848–1970, Berlin und New York 1971.
- Vogel, Christian: Werben für Weimar. Der „Werbedienst der deutschen sozialistischen Republik“ in der Novemberrevolution 1918–19, Aachen 2008.
- Wachenheim, Hedwig: Vom Großbürgertum zur Sozialdemokratie. Memoiren einer Reformistin, Berlin 1973.
- Wacker, Wolfgang: Der Bau des Panzerschiffes „A“ und der Reichstag, Tübingen 1959.
- Wagner, Caroline: Die NSDAP auf dem Dorf. Eine Sozialgeschichte der NS-Machtergreifung in Lippe, Münster 1998.
- Walton, Mary: Sheffield. Its Story and its Achievements, Otley 1984.
- Ward, Ashley J. W., Jens Krause und David J. T. Sumpter: Quorum Decision-Making in Foraging Fish Shoals, in: PloS one, 7 (2012) 3, e32411.
- Watson, Janet S. K.: Fighting Different Wars. Experience, Memory, and the First World War in Britain, Cambridge und New York 2004.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Studienausgabe, München 2008.
- Weichlein, Siegfried: Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik. Lebenswelt, Vereinskultur, Politik in Hessen, Göttingen 1996.
- Weingartz, Balthasar: Zur Psychologie der englischen Wahlen, in: SozM, 35 (1929) 6, S. 488–493.
- Weinrich, Arndt: Kult der Jugend – Kult des Opfers. Der Langemarck-Mythos in der Zwischenkriegszeit, in: Historische Sozialforschung, 34 (2009) 4, S. 319–330.
- Weisbrod, Bernd: Die Politik der Repräsentation. Das Erbe des Ersten Weltkrieges und der Formwandel der Politik in Europa, in: Hans Mommsen (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung, Köln u. a. 2000, S. 13–41.
- Wells, Roger Hewes: German Cities. A Study of Contemporary Municipal Politics and Administration, Princeton 1932.
- Welskopp, Thomas: Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000.
- Stolpersteine auf dem Königsweg. Methodenkritische Anmerkungen zum internationalen Vergleich in der Gesellschaftsgeschichte, in: AfS, 35 (1995), S. 339–367.
 - Vergleichende Geschichte, in: Europäische Geschichte Online (2010), URL: <http://www.ieg-ego.eu/welskoppt-2010-de>.

- Wertheimer, Egon: Portrait of the Labour Party, London und New York 1929.
- West, J. D. und C. D. Bergstrom: Can Ignorance Promote Democracy?, in: Science, 334 (2011), S. 1503–1504.
- Westarp, Kuno Graf von: Konservative Politik im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Bearbeitet von Freiherr Hiller von Gaertringen, Düsseldorf 2001.
- Wie agitiert man zum und am Wahltag?, Berlin [1919].
- Wie wähle ich? Wegweiser für die Wahl zur Nationalversammlung 1919. Unparteiische Darstellung für alle Wähler, Langensalza [1918].
- Wildt, Michael: Volksgemeinschaft und Führererwartung in der Weimarer Republik, in: Ute Daniel u. a. (Hrsg.): Politische Kultur und Medienwirklichkeiten in den 1920er Jahren, München 2010, S. 181–204.
- Williams, Chris: Democratic Rhondda. Politics and Society, 1885–1951, Cardiff 1996.
- Williams, Jenny: More Lives than One. A Biography of Hans Fallada, London 1998.
- Williamson, Philip: Stanley Baldwin. Conservative Leadership and National Values, Cambridge 1999.
- (Hrsg.): The Modernisation of Conservative Politics. The Diaries and Letters of William Bridgeman 1904–1935, London 1988.
- Wilson, Ronald E.: Two Hundred Precious Metal Years. A History of The Sheffield Smelting Company Limited 1760–1960, London 1960.
- Wilson, Trevor: The Coupon and the British General Election of 1918, in: The Journal of Modern History, 36 (1964) 1, S. 28–42.
- Winkler, Heinrich August: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 42005.
- Wippermann, Klaus W.: Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik, Bonn 1976.
- Wirsching, Andreas: Konsum statt Arbeit? Zum Wandel von Individualität in der modernen Massengesellschaft, in: VfZ, 57 (2009) 2, S. 171–199.
- Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39: Berlin und Paris im Vergleich, München 1999.
- Wodehouse, P. G.: Much Obliged, Jeeves, London [1971] 2008.
- Worley, Matthew: A Call to Action: New Party Candidates and the 1931 General Election, in: Parliamentary History, 27 (2008) 2, S. 236–255.

- Class Against Class. The Communist Party in Britain between the Wars, London und New York 2002.
- Labour Inside the Gate. A History of the British Labour Party between the Wars, London und New York 2005.
- Oswald Mosley and the New Party, Basingstoke 2010.
- Ziemann, Benjamin: Contested Commemorations. Republican War Veterans and Weimar Political Culture, Cambridge 2013.
- Die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg in den Milieukulturen der Weimarer Republik, in: Thomas F. Schneider (Hrsg.): Kriegserlebnis und Legendenbildung. Das Bild des „modernen“ Krieges in Literatur, Theater, Photographie und Film. Band I: Vor dem Ersten Weltkrieg. Der Erste Weltkrieg, Osnabrück 1999, S. 249–270.
- Die Konstruktion des Kriegsveteranen und die Symbolik seiner Erinnerung 1918–1933, in: Jost Dülffer und Gerd Krumeich (Hrsg.): Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918, Essen 2002, S. 101–118.
- „Macht der Maschine“ – Mythen des industriellen Krieges, in: Rolf Spilker und Bernd Ulrich (Hrsg.): Der Tod als Maschinist. Der industrialisierte Krieg 1914–1918, Bielefeld 1998, S. 176–196.
- Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914–1923, Essen 1997.
- Katholische Kirche und Sozialwissenschaften 1945–1975, Göttingen 2007.
- Weimar was Weimar: Politics, Culture and the Emplotment of the German Republic, in: German History, 28 (2010) 4, S. 542–571.
- Zimmermann, Clemens (Hrsg.): Politischer Journalismus, Öffentlichkeiten und Medien im 19. und 20. Jahrhundert, Ostfildern 2006.

Zusammenfassung / Abstract

Die Dissertation untersucht mittels Lokalstudien die Massendemokratie der Zwischenkriegszeit im Medium der Praxis von Wahlkämpfen. Sie argumentiert, dass die britische Demokratie bereits in den 1920er Jahren in deutlich stärkerem Maße als die deutsche nach den Prinzipien eines politischen Marktes funktionierte. Während in der hiesigen politischen Kultur Wähler als Individuen von den Parteien umworben wurden, standen sie sich in Deutschland als Großgruppen und feste Anhängerschaften der Parteien als Gegner – und Feinde – entgegen. Das gab der demokratischen Auseinandersetzung in der Weimarer Republik ein kriegerisches Gepräge, im Kontrast zum pragmatisch-spielerischen Umgang mit Konflikt in Großbritannien. Erklären lässt sich dieser Unterschied aus den Traditionen der Eingewöhnung politischer Partizipation in beiden Ländern im Verlauf des 19. Jahrhunderts, die der „Politik“ in Deutschland ein deutlich höheres Gewicht im sozialen Miteinander mitgab als in Großbritannien. Das letztendliche Scheitern der Weimarer Republik an dieser Attributierung des Politischen mit Bedeutung und des Konflikts mit Ernsthaftigkeit, wirft die Frage auf, ob die moderne Demokratie für ihr Bestehen ein gewisses Maß an Gleichgültigkeit benötigt.

The thesis uses local contexts to study mass democracy in the inter-war period in the medium of electioneering practice. It argues that British democracy already followed the logic of a political market in the 1920s, to a much higher degree than was the case in Germany. Whereas parties wooed voters as individuals here, they were rather seen as part of big social groupings in German political culture, standing off against each other as opponents – and as enemies. This gave democratic contests in the Weimar Republic a war-like character, which stood in contrast to the pragmatic and playful way of dealing with conflict in Britain. The difference is

explained by the traditions of how political participation had been learned throughout the 19th century in both countries, where the German path had resulted in 'politics' weighing much more heavily on social relations than was the case in Britain. The eventual failure of the Weimar Republic due to the attribution of meaning to everything political, and due to the seriousness of conflict, begs the question of whether modern democracy, to persist, requires a certain amount of disinterest among the electorate.